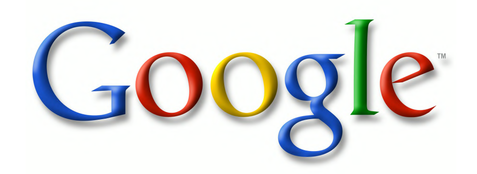
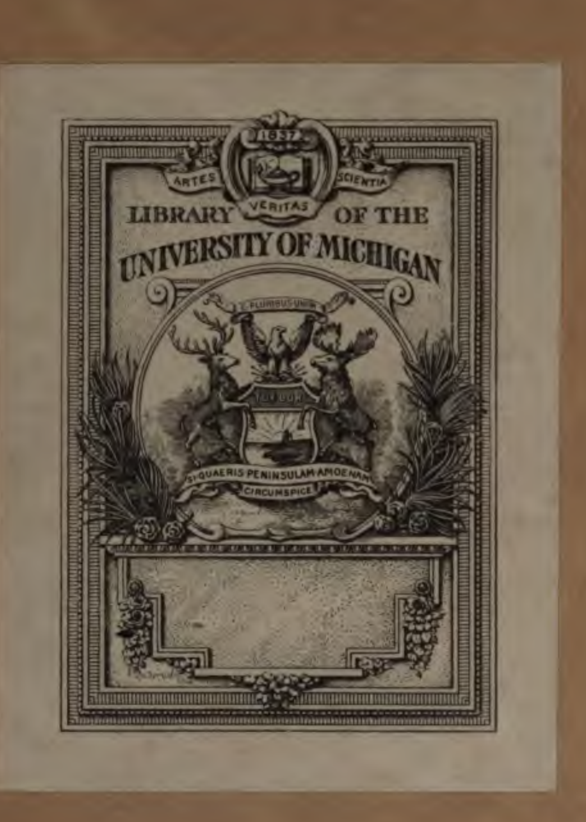
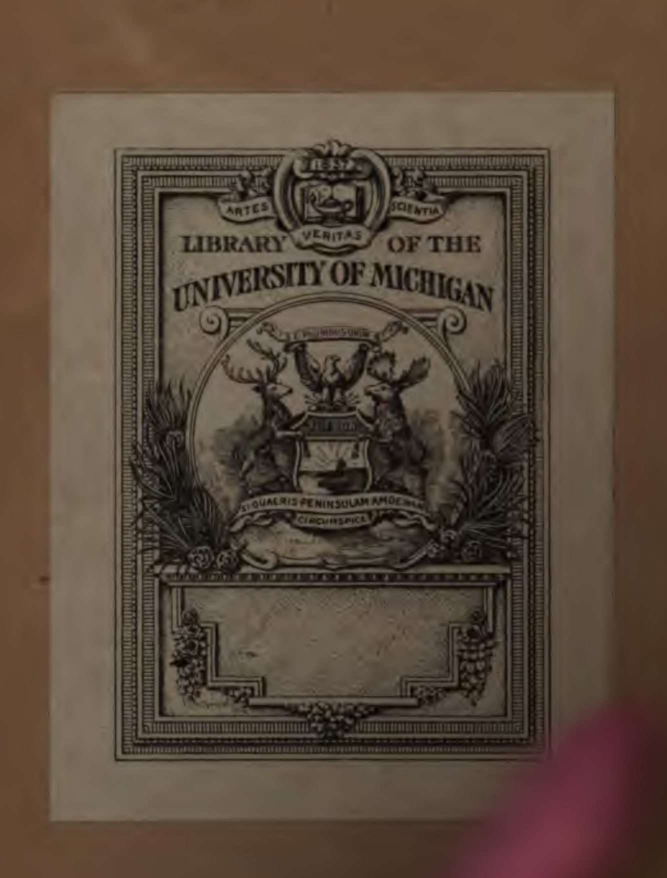
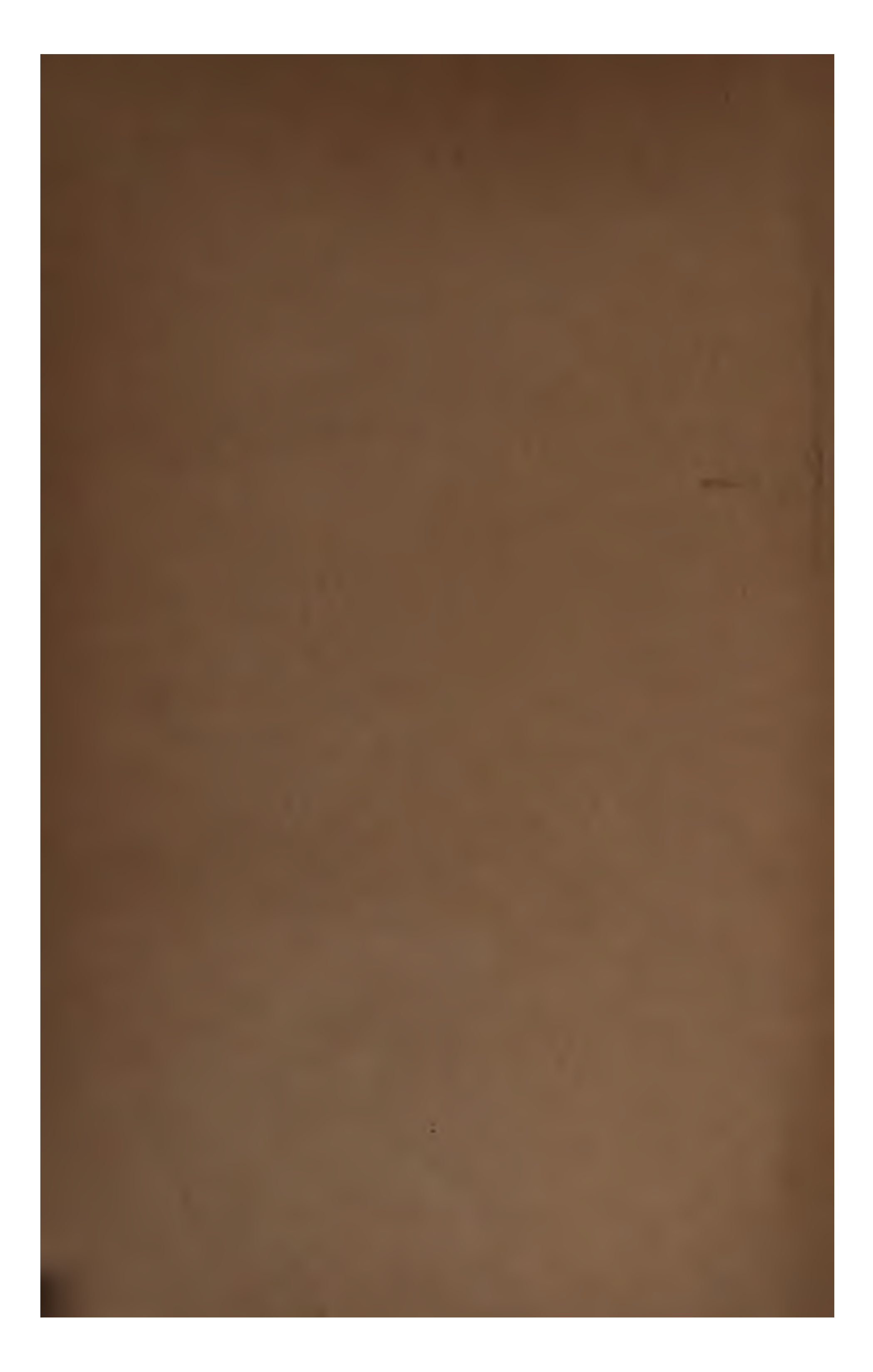



a39015 01808837 0b


1837
ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
E PLURIBUS UNUM
TUEBOR
SI QUAERIS PENINSULAM AMOENAM
CIRCUMSPICE



ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
SI QUAERIS PENINSULAM AMOENAM
CIRCUMSPICE





und

seine Zeit.

Eine Biographie für das deutsche Volk

von

Dr. Hans Blum.

Zweiter Band.

1853—1863.



München 1894
C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung
Oskar Beck.

C. H. Beck'sche Buchdruckerei in Nördlingen.

Inhalt.

Drittes Buch.

Bismarck am Bundestage

von der orientalischen Verwickelung bis zur Berufung auf den Gesandtenposten in St. Petersburg (1853—1859).

Erstes Kapitel.

Bismarcks Thätigkeit in der orientalischen Verwickelung (1853—1856).

Viertes Buch.

Bismarck als Gesandter in Petersburg und Paris und seine Anfänge als Ministerpräsident

(bis zum Frankfurter Fürstentage) 1858—1863.

Erstes Kapitel.

Die Regentschaft in Preußen („die neue Ära" 1858). Die dänische und die italienische Frage (1858/59). Bismarck als Gesandter in Petersburg (1859/62).

Zweites Kapitel.

Der Streit um die preußische Heeresreform. Bismarcks Standpunkt und Anteil (1858—März 1862).

Drittes Buch.

Bismarck am Bundestage

von der orientalischen Verwickelung bis zur Berufung auf den Gesandtenposten nach St. Petersburg

(1853—1859).



Erstes Kapitel.

Bismarcks Thätigkeit in der orientalischen Verwickelung.

Unter dem gebieterischen Drucke des russischen Zaren war Preußen in dem einen Jahre 1850 von der Höhe der führenden Macht Deutschlands hinabgestiegen zu der Demütigung von Olmütz. Seither war so mancher neue Erfolg der russischen Politik hinzugetreten, so daß Kaiser Nikolaus sich als den unumschränkten Gebieter und Schiedsrichter des östlichen wie westlichen Europa betrachtete, mit so sicherem Selbstgefühl, als es nur je im Haupt und Herzen eines Cäsaren wohnte. Da trat auch für ihn jene bittere Stunde der Erkenntnis ein, daß alle irdische Macht und Größe vergänglich und nichtig ist. Wie er Preußen in einem einzigen Jahre von der Führerschaft Deutschlands zur Gefolgschaft Österreichs erniedrigt hatte, so ward er selbst im Laufe eines einzigen Jahres aus der Rolle des monarchischen Zuchtmeisters Europas in diejenige des von allen verurteilten Friedensstörers hinabgedrückt. Statt daß er hochfliegenden Eroberungsplänen nachsinnen konnte, wurde er zur schweren Verteidigung seines eigenen Landes gezwungen. Dieser tiefe Fall war lediglich die Folge maßloser cäsarischer Überhebung. Denn nachdem Kaiser Nikolaus den Westen Europas im Jahre 1852 nach seinem Sinne geordnet hielt, nahm er die alten moskowitischen Pläne gegen die Türkei wieder auf, indem er kurzer Hand im Februar 1853 den Admiral Fürsten Mentschikoff mit dem Ultimatum nach Konstantinopel sandte: die Türkei müsse die Donaufürstentümer,

Serbien und Bulgarien zu selbständigen Staaten werden lassen und Rußland die Schutzherrschaft über dieselben einräumen, ebenso über alle russisch-katholischen Unterthanen der Pforte. Bei jeder Verletzung der Rechte dieser Christen sollte Rußland unmittelbar einschreiten dürfen. Dieses Vorgehen war um so übereilter, da England und Frankreich zuvor geheime Vorschläge des Zaren über die gemeinsame Teilung der Türkei abgelehnt hatten. Der Größenwahn des russischen Selbstherrschers war hierbei deutlich hervorgetreten in der Bemerkung, daß man Österreich gar nicht zu fragen brauche, da dieses im Orient dieselben Interessen habe wie Rußland, während er Preußen nicht einmal erwähnte.

Nun aber erlebte der Kaiser Dinge, die er nie erwartet hatte. Denn nicht bloß die Pforte lehnte sein Ultimatum ab. Auch die Westmächte nahmen Partei für die Türkei. Frankreich, dessen neuer Herrscher die russische Übereilung und Überhebung behaglich verfolgt hatte, sandte sofort eine starke Flotte in die griechischen Gewässer, und England that dasselbe, nachdem Rußland infolge der Ablehnung seines Ultimatums die Moldau und Walachei besetzt hatte und die Bulgaren und Griechen zur bewaffneten Erhebung reizte. Österreich sah hierdurch den friedlichen Gehorsam seiner slavischen Bevölkerung in Frage gestellt, Preußen verurteilte die rechtlose Friedensstörung des Zaren und beteiligte sich daher mit Österreich und den Westmächten an einer am 24. Juli 1853 in Wien zusammentretenden Konferenz, welche die diplomatische Vermittelung des Streites versuchte. Der Zar wies jedoch die am 2. August formulierten Vorschläge hochmütig zurück. Nun erklärte die Türkei am 4. Oktober den Krieg an Rußland, und die Westmächte ließen ihre Flotten in den Bosporus, und nach einer Niederlage der Türkenflotte im Hafen von Sinope am 30. November, auch in das Schwarze Meer einlaufen, mit der Erklärung, daß sie weitere Angriffe auf die türkischen Küsten nicht dulden würden. Rußland rief darauf seine Gesandten von Paris und London ab. Die Wiener Konferenz einigte sich am 5. Dezember über die natürlichen Grundlagen eines dauernden Friedens, die sie der Türkei wie Rußland

vorlegte: die Unverletzlichkeit des türkischen Gebietes und daher Räumung der Donaufürstentümer durch die Russen; Aufnahme der Türkei in den europäischen Staatenverein; Schutz aller Christen im türkischen Reiche durch eine freie Erklärung des Sultans. Während die Pforte diese Bedingungen bereitwillig annahm, wies Rußland sie als eine unbefugte Einmischung in seine „häuslichen Angelegenheiten“ mit der Türkei schroff zurück. So stand man denn unmittelbar vor einem europäischen Kriege, und am 12. März 1854 schlossen die Westmächte in der That ein Bündnis mit der Türkei. Bereits Ende Februar hatten sie den beiden deutschen Großmächten erklärt: sie würden den Krieg gegen Rußland beginnen, wenn dieses die Donaufürstentümer bis zum 30. April nicht räume, und hatten Österreich und Preußen einen förmlichen Vertrag vorgelegt, in welchem die deutschen Großmächte sich verpflichten sollten, die Wiener Beschlüsse mit allen Mitteln zu verwirklichen, welche die vier Mächte in der Konferenz beschließen würden.

Dem Erben der Politik des Fürsten Schwarzenberg, Grafen Buol, war dieser Vorschlag nicht unwillkommen, zumal da Rußland die südlavischen Unterthanen der Pforte bereits in vollen Aufruhr versetzt und Österreich dadurch gezwungen hatte, starke Truppenmassen im Banat und in Ungarn zusammenzuziehen. Große Pläne verband er mit diesen Wirren, von denen die Erwerbung der Donaufürstentümer für Österreich noch nicht einmal die ausschweifendsten waren. Den Westmächten gab er daher die Antwort: Österreich werde sich der Aufforderung an das russische Kabinett anschließen, und im Falle der Ablehnung nur nach den Interessen Österreichs handeln. Aber aus eigener Kraft konnte der Kaiserstaat nicht hoffen, an das Ziel seiner Wünsche zu gelangen. Deshalb hatte Graf Buol vom Beginn der orientalischen Verwickelung an, sich bemüht, Preußen zur Deckung und Stütze Österreichs heranzuziehen, unter dem Vorgeben, daß Österreich rein deutsche Interessen an der unteren Donau verfechte. Am 8. Januar war in Berlin sogar ein förmlicher Bündnisvertrag unterbreitet, hier aber abgelehnt worden, „da man überall einig und von niemand bedroht“ sei. Graf Buol sah

in dieser Zurückweisung indessen noch nicht Preußens letztes Wort. Denn selten zuvor war das preußische Volk beim Ausbruch einer europäischen Krisis von so widerstreitenden Gegensätzen der Meinungen erfüllt und bewegt, als jetzt. Alles was liberal und national dachte, forderte nunmehr gegen Rußland die Vergeltung für Olmütz, deshalb den Anschluß an die Westmächte. Diese Meinung hatte bis in die nächsten Kreise des Königs ihre Anhänger; vor allem im Prinzen von Preußen, in den Vertrauten des Königs, den Grafen Goltz und Pourtales, in dem Londoner Gesandten v. Bunsen, selbst im preußischen Kriegsminister v. Bonin. Minister v. Manteuffel dagegen dachte nicht an Krieg gegen Rußland, verurteilte nur dessen rechtlosen Friedensbruch und hoffte, die Einmütigkeit der Mächte werde den Zaren zur Nachgiebigkeit stimmen und den Frieden erhalten. Die vertrautesten Berater des Königs dagegen, namentlich General v. Gerlach, waren ganz „russisch-grün" gefärbt, schwärmten für ein Zusammengehen Preußens mit dem Zaren, und so lange das nicht möglich war, ohne Preußen von Österreich und den Westmächten zu trennen, für „einen engen Anschluß an Österreich." Unter diesen widerstreitenden Meinungen, die täglich auf den König einstürmten, war dessen Seele und Gemüt monatelang in stärkster Erregung. Rußlands Rechtsbruch empörte ihn ebensosehr als Englands Bündnis mit Frankreich und der Türkei. Dieses nannte er den „Incest mit Revolution und Heidentum". So schien ihm geboten, daß Preußen in diesem „scheußlichen" Kriege neutral bleiben müsse. Völlig erfolglos hatte er durch Entsendung des Grafen Pourtales zu Weihnachten 1853 den Westmächten klar zu machen gesucht, daß auch für diese selbst die Neutralität Preußens wertvoller sein müsse, als dessen Teilnahme am Kriege, und ebenso erfolglos hatte er in eigenhändigen Briefen den russischen Schwager, die Königin Viktoria und den Kaiser Napoleon zu Versöhnung und Nachgiebigkeit beschworen.

Auf demselben Standpunkte, den der König nur notgedrungen und schmerzvoll einnahm, stand Bismarck von Anfang an mit vollster Überzeugung: Preußen müsse sich unbedingt die Freiheit seines

Handelns wahren, dürfe sich nach keiner Seite hin binden, namentlich nicht gegen Österreich. Das tritt schon in dem ersten Bericht zu tage, den er in der orientalischen Verwickelung am 15. Juli 1853 an Manteuffel richtete. Mit welchem Eifer aber Bismarck sich dieser wichtigen Angelegenheit widmete, erhellt am besten daraus, daß er die orientalische Verwickelung in nicht weniger als 185 meist umfassenden Berichten an Manteuffel und außerdem in 58 eingehenden Briefen an den General v. Gerlach behandelt. In dem ersten Bericht vom 15. Juli 1853 schrieb Bismarck schon: „Ich fürchte auch, daß wir in der orientalischen Frage wiederum Österreich unseren vollsten ehrlichsten Beistand leisten, ohne uns den mindesten Dank auszubedingen; und doch sind die Fälle, wo Österreich in der europäischen Politik unserer bedarf oder uns fürchtet, die einzigen, wo wir in der deutschen Politik Fortschritte machen können. Wenn ich doch Sr. Majestät dieses wie ein ‚Herr, gedenke der Athener!' alle Tage vorhalten dürfte. Ich sehe in der That nicht, warum wir, ohne zwingende Ursache und starke Lockung überhaupt, voreilig Partei nehmen müssen. Eine bewaffnete Neutralität, womöglich in Verbindung mit den anderen deutschen Staaten und Belgien, würde eine unseren Interessen entsprechende und würdige Stellung sein, die unserem Einflusse im außerösterreichischen Deutschland einen neuen Schwung gäbe. Österreich muß sich freie Entschließung bewahren, es ist zu nahe am Schauplatz; aber die anderen deutschen Staaten haben bei uns das gleiche Interesse, in Ruhe gelassen zu werden. Einer Neutralität mit 500,000 Mann kann es wohl gelingen, den Krieg, wenn er ausbricht, auf die See und die Türkei zu beschränken." In demselben Sinne schrieb er schon am 9. Juli 1853 vertraulich an Gerlach: „Gegen Österreich kann ich mich des Mißtrauens nicht erwehren; ich bin überzeugt, das es unaufrichtig gegen uns verfährt, es wird uns nach Bedürfnis ohne Gegenleistung benützen und beiseite werfen, und uns die Rolle zuteilen, wie Don Juan dem Leporello bei der Bauernprügelei, ohne auch nur Schöndank dafür zu sagen. Ich will meinen Kopf zum Pfande setzen, daß das heutige Österreich nie unser ehrlicher Bundesgenosse

sein wird. Rüsten sollten wir uns doch jedenfalls, mit so wenig Auffallen als möglich. Thun wir aber gar nichts, so kann uns der Rauch doch stark die Augen trüben, wenn das Feuer auch nicht in unser Haus kommt." Aus denselben Erwägungen bestärkt Bismarck den Minister Manteuffel in einem vertraulichen Bericht vom 3. November 1853 auch in dem Entschlusse „fest bei der Ablehnung beharren zu wollen," die orientalische Frage beim Bunde in einer gemeinschaftlichen Erklärung mit Österreich zu erörtern. Als dann trotzdem Herr v. Prokesch am 10. November eine Aussprache der Bundesversammlung in der orientalischen Frage zu erlangen suchte, hatte sich Bismarck ermächtigen lassen, zu erklären: „Preußen werde auch fernerhin fortfahren, die Freiheit der Entschließung, welche es sich bisher vorbehalten habe, zu benutzen, um im Verein mit seinen Verbündeten alle seine Kräfte der Sicherung des Friedens zu widmen." Dies geschah, wie Bismarck dem Minister am 9. November berichtete, um Österreich zu verhindern, „der Sache den Anstrich zu geben, als sei es in der europäischen Politik der Disponent der gemeinsamen Firmen Österreich und Preußen und habe in dieser Eigenschaft gesprochen!"

Bald zeigte sich, daß auch in dieser Verwickelung die alten „Koalitionsstaaten" der Zollvereinskrisis an der Seite Österreichs standen, und daß namentlich Herr v. Beust in Stuttgart und Karlsruhe Intriguen spann, um die preußische Heerfolge für Österreich als selbstverständliche deutsche Pflichterfüllung hinzustellen. Darin wurde er auch vom Minister v. d. Pfordten in München unterstützt. Da schrieb Bismarck am 19. Dezember 1853 an den General v. Gerlach: „Ich fand die Auffassung unserer Noten, die nach Stuttgart und Karlsruhe in Betreff der Beustschen Intriguen gerichtet worden sind, etwas zu tragisch und den Ton ans Elegische streifend. Man geht von der candiden (unschuldig-lauteren) Voraussetzung eines deutschen Patriotismus bei den Koalitionskabinetten aus und rechnet auf eine Art von Schamgefühl für den Fall, daß sie entlarvt und ohne jedes (vaterländische) Gefühl befunden werden. Das kommt mir so vor, als ob man einen Juden unter Verweisung auf

das kanonische Recht mit sittlicher Entrüstung strafen wollte, weil er Zinsen nimmt. Unter wahrhaft Deutscher Politik versteht jede Regierung eigentlich etwas anderes; im ganzen kann man sagen, daß jeder damit dasjenige bezeichnet, was er vom anderen verlangt. Von Ochsen kann man nichts anderes erwarten als Rindfleisch und von Beust nichts anderes als eine ehrgeizige, intriguante Hauspolitik, namentlich so lange das Königreich Sachsen den Rahmen abgibt für das zu verherrlichende Bild Friedrich Ferdinands von Beust. Wenn wir ihn stürzen können, so wollen wir es je eher je lieber thun, aber nur mehr Wolle und weniger Geschrei als in den Depeschen über die Münchener Umtriebe zu finden ist. In betreff meiner Vorliebe für Bayern, die Sie bei mir anzunehmen scheinen“ — Bismarck hatte sich wiederholt über den bayerischen Bundestagsgesandten v. Schrenk günstig ausgesprochen und geraten, Preußen möge Bayern nach Kräften durch freundliches Entgegenkommen günstig stimmen —, „erlaube ich mir, dieselbe näher zu erläutern. Ich habe keine Vorliebe für das heutige offizielle Bayern, das Bier ausgenommen, auch kein Vertrauen zu den Machthabern; aber ich glaube, es ist die Aufgabe der preußischen Politik, gerade Bayern zu gewinnen. Es liegt geographisch so, daß König Max nicht schon aus einem Blick auf die Landkarte Mißtrauen gegen uns zu saugen braucht, und es ist, wenn wir mit Österreich einig sind, ein nützlicher, wenn wir es nicht sind, ein wichtiger Bundesgenosse für uns. Seine Verbindung mit Österreich gegen uns ist höchst unnatürlich. Unsere eigene Lage kann sehr unbehaglich werden, wenn eine Annäherung zwischen Rußland und Frankreich stattfindet, was für den Kaiser von Rußland allerdings der natürlichste Ausweg sein würde, wenn wir ihm die Hölle zu heiß machen. Österreich bietet gegen diese Gegner so faule und wunde Flecken in Italien und Ungarn, daß es ein schwacher Bundesgenosse für uns sein würde, sich dadurch aber nicht würde abhalten lassen, uns noch auf dem Sterbebette übers Ohr hauen zu wollen, wenn es nicht vorzieht, offen über uns herzufallen. Thun hat aus der Schwarzenbergschen Erbschaft einen vernunftlosen Haß gegen England überkommen, Prokesch

ist nicht anders, und wenn dies Gefühl in demselben Grade herrscht, so zweifle ich nicht, daß man Frankreich große Konzessionen machen würde, um jenem Hasse zu genügen, besonders wenn man uns dabei gleichzeitig die Beine zerschlagen kann. Solchen Möglichkeiten gegenüber sollten wir uns doch auch nach Bundesgenossen umsehen, und namentlich Rußland nicht erkälten. Es ist für uns der wohlfeilste unter den Kontinentalen, da es nur im Orient zu wachsen verlangt, die beiden anderen aber direkt auf unsere Kosten. England allein kann uns zu Lande nicht gegen eine Übermacht schützen. Österreich bedarf zur Durchführung seiner inneren germanischen Zentralisationspolitik der Belebung seiner Beziehungen zu Deutschland, d. h. auf Wienerisch: einer straffen Hegemonie über den Bund; dabei sind wir ihm im Wege, wir mögen uns an die Wand drücken, wie wir wollen, ein Deutsches Preußen von 17 Millionen bleibt immer zu dick, um Österreich soviel Spielraum zu lassen, als es erstrebt. Unsere Politik hat keinen anderen Exerzierplatz als Deutschland, schon unserer geographischen Verwachsenheit wegen, und gerade diesen glaubt Österreich dringend für sich zu gebrauchen, für beide ist kein Platz nach den Ansprüchen, die Österreich macht, also können wir uns auf die Dauer nicht vertragen. Wir atmen einer dem anderen die Luft von dem Munde fort, einer muß weichen oder der andere „gewichen werden“, bis dahin müssen wir Gegner sein, das halte ich für eine unabweisbare Thatsache, wie unwillkommen sie auch sein mag. Ein Bündnis mit Frankreich können wir nicht ohne einen gewissen Grad von Gemeinheit eingehen. Bringen wir aber Rußland dahin, es zu thun, so kann uns die verkehrte Wiener Politik doch nötigen, in diesem scheußlichen Bunde der dritte zu sein, ehe es Österreich wird. Sehr achtbare Leute, sogar mittelalterliche Fürsten, haben sich schon lieber durch eine Kloake gerettet, als daß sie sich prügeln oder abwürgen ließen. Das Interesse der vier mittleren deutschen Staaten, die im Kriege nur Ambos, nicht Hammer werden können, sollte sie eigentlich dahin führen, eine Garantie ihrer Ruhe und Existenz im Anschluß an uns zu suchen; ebenso das von Schweden, Dänemark und Hol-

land; aber keiner ist so klein, er hofft doch zu gewinnen, wenn es drunter und drüber geht. Mit den Koalitions-Kabinetten, besonders mit beiden Hessen, wird freilich nicht viel zu machen sein, doch sind sie alle der Furcht zugänglich, wir könnten uns mit Frankreich verbinden und in Deutschland schlimmstenfalls Entschädigung für unsere Opfer suchen. Wenn ich eine derartige Politik auch unter dem gedachten Kloakengesichtspunkt auffasse, so ist doch die Furcht jener davor immer eine Hilfe bei Unterhandlungen, und wirkt bei den Koalitionsstaaten viel mehr als alle Berufungen an ihre deutschen Gesinnungen. Ich wüßte nicht, was besser geeignet wäre, die Rheinbundspolitik zu hindern, als der Gedanke, Preußen könne durch sie dahin gebracht werden, einmal zu Frankreich zu sagen: was deine Bayern können, das kann auch Karl, und Karl kann mehr. Der kurze Sinn aller dieser Worte ist der: wir müssen uns weder in eigenen, noch durch fremde Phrasen über ‚Deutsche Politik‘ fangen lassen, die gelten doch nur gegen, niemals für uns, sondern dreist eine spezifisch preußische Politik affichieren, die ihre Geltung durch die Interessen und Befürchtungen anderer sucht, nicht durch Gefühle, die jeder vorgibt und keiner hat, uns aber auch nicht wundern, wenn andere, statt unser, diesen Weg gehen, wie Beust.“

Als dann zu Beginn des Jahres 1854 für Preußen die früher dargelegte Entscheidung über Krieg oder Neutralität näher rückte, berichtete Bismarck am 2. Februar eigenhändig an Manteuffel: „Der hiesige Vertreter Rußlands besuchte mich gestern und sprach in dem Sinne, daß man zufrieden sei, wenn wir uns von der anderen Seite nicht zu feindseligen Demonstrationen gegen Rußland bewegen ließen. Ich sehe nicht ein, was uns auch dazu treiben könnte; zu gewinnen haben wir auf der Grenze nichts; da eine Vermehrung unserer polnisch-katholischen Unterthanen keine Kräftigung wäre und wir unsere Anstrengungen nicht gegen Rußland verwenden können, ohne uns in demselben Maße abhängig von Österreich zu machen und in Deutschland Feld zu verlieren. Die österreichische Presse bemüht sich unausgesetzt, uns als im

Schlepptau von Wien erscheinen zu lassen; wenn wir überhaupt kriegslustig wären, so könnte unsere Haltung allerdings von derjenigen Österreichs abhängen, aber nur insoweit, als Österreich der einzige Gegner für uns wäre, von dem wir etwas gewinnen könnten, und wir daher jedenfalls die Seite gegenüber wählen müßten." Als die Nachricht von der Abberufung des russischen Gesandten in Paris in Frankfurt eintraf, schrieb Bismarck aber an Gerlach am 3. Februar 1854 folgende humoristischen Zeilen: „Gestern erhielt ich die telegraphische Nachricht, daß Kisseleff Paris verlasse. Ich war gerade auf dem Klub und besann mich, wen ich wohl am besten damit erschrecken könnte. Mein Auge fiel auf Rothschild; er wurde kreidebleich, als ich es ihm zu lesen gab. Sein erster Ausruf war: ‚Hätte ich das heut früh gewußt,‘ sein zweiter: ‚wollen wir morgen ein Geschäftchen zusammen machen? Excellenz riskieren nichts dabei.‘ Ich lehnte es freundlich dankend ab, und überließ ihn seiner erregten Stimmung."

Nachdem Preußen die in den vorstehend mitgeteilten Berichten und Briefen Bismarcks enthaltenen Ratschläge befolgt hatte, indem es im Januar 1854 den österreichischen Bündnisvorschlag abwies, versuchte Graf Buol in einer Zirkulardepesche vom 9. Februar den Bund zu überzeugen, daß Österreich an der Grenze der Donaufürstentümer „für deutsche Interessen einstehe", und sprach daher die Hoffnung aus: „daß unseren Anstrengungen für eine gemeinsame Sache die Anerkennung und Billigung, und wenn je im Gange der Ereignisse an die gemeinsame Kraft die Anforderung erginge, die thatkräftige Unterstützung der deutschen Regierungen zur Seite stehen werde." Dieses Rundschreiben machte, wie Bismarck am 15. Februar berichtet, einen höchst ungünstigen Eindruck bei den Höfen von München, Dresden und Stuttgart, da man dort wohl die preußischen Wehrkräfte, aber nicht die eigenen Österreich gern zur Verfügung stellte. Die Kleinstaaten seien vollends entrüstet und selbst Herr v. Prokesch „sehr niedergeschlagen, in der letzten Zeit fast schwarzweiß zu nennen, und gewährt ein Bild der Sanftmut und Nachgiebigkeit. Er fürchtet einen österreichischen Banke-

rott, wenn Österreich Rüstungen vornehmen sollte. Ob es überhaupt unseren Interessen entspricht, auf fernere Schwächung der europäischen Stellung Österreichs hinzuarbeiten, darüber könnte ich nur eine Ansicht haben, wenn mir die politische Richtung, welche zu verfolgen in den A.H. Absichten liegt, und das Maß von Kühnheit und Thatkraft, welches dabei entwickelt werden soll, einigermaßen bekannt wäre. Ich kann nicht leugnen, daß es mich einigermaßen erschreckt hat, aus Briefen von Freunden zu entnehmen, daß sich in der Umgebung Sr. Majestät eine Art von Graulichkeit zu erkennen gibt, bei dem Gedanken an die Einsamkeit, in welcher wir uns nach der Trennung von Rußland befänden, und die deshalb einen engeren Anschluß als bisher an Österreich, und die Vermeidung aller Streitfragen mit letzterem für nötig hält. Es würde mich ängstigen, wenn wir vor dem möglichen Sturm dadurch Schutz suchten, daß wir unsere schmucke und seefeste Fregatte an das wurmstichige alte Orlogschiff von Österreich koppelten. Wir sind der bessere Schwimmer von beiden, und jedem ein willkommener Bundesgenosse. Die großen Krisen bilden das Wetter, welches Preußens Wachstum fördert, indem sie furchtlos, vielleicht auch sehr rücksichtslos von uns benutzt wurden; wollen wir noch weiter wachsen, so müssen wir wenigstens nicht fürchten, mit 400000 Mann allein zu stehen, besonders solange die anderen sich schlagen, und wir durch Parteinahme für jeden von ihnen immer noch ein besseres Geschäft machen, als durch frühe und unbedingte Allianz mit einem so wenig kampffähigen Genossen wie Österreich. Jedenfalls steigt der Wert unseres Beistandes noch im Preise mit der fortschreitenden Verwickelung, und man gibt uns später mehr dafür als jetzt. Meine Ansicht würde deshalb dahin gehen, daß wir uns auch mit Österreich jetzt nicht näher einlassen, und wenn es später geschehen sollte, tüchtige Bedingungen in betreff unserer beiderseitigen Stellung in Deutschland daran zu knüpfen."

Ganz in demselben Sinne schreibt Bismarck in einem eigenhändigen Bericht an Manteuffel am 23. Februar 1854: Insoweit „es im Interesse Preußens liegt, Österreich in Überwindung seiner

Verlegenheiten beizustehen, kann man annehmen, daß wir unseren Beistand an Bedingungen knüpfen werden. Daß man uns bei dieser Gelegenheit mit ziemlich wertloser ‚Wiener Währung‘ wird abfinden wollen, kann ich Äußerungen Prokeschs entnehmen, der es als ein besonders dankenswertes Zugeständnis betrachtet, daß das Wiener Kabinett für jetzt nicht mit den Koalitionsstaaten gegen uns komplottiert. Das ist das Raisonnement des Beduinen, der es sich als ein besonderes Verdienst bezahlen läßt, daß er den Reisenden, dessen Hilfe er selbst braucht, nicht anfällt, und dabei doch noch denkt, aufgeschoben ist nicht aufgehoben.“ Auch hier wiederholt Bismarck seine Überzeugung: „Es gibt keine Beweggründe, die es ratsam machten, die Kluft zwischen uns und Rußland, wie sie durch die Verschiedenheit der Interessen absichtslos enstanden ist, irgendwie absichtlich zu erweitern.“ Dann fällt er folgendes denkwürdige Urteil: „Die Gothaisierenden unter meinen Kollegen gehen soweit, daß sie unter den Möglichkeiten preußischer Entschließung die Herstellung Polens nicht aus dem Reiche der Möglichkeit ausschließen. Die Herren kennen Polen nicht und wissen nicht, daß ein unabhängiges Polen nur dann aufhören könnte, Preußens Feind zu sein, wenn wir zu seiner Ausstattung Länder hergäben, ohne die wir wiederum nicht bestehen können, wie die untere Weichsel, ganz Posen und was in Schlesien polnisch spricht. Und selbst dann wären wir des Friedens mit ihnen in keiner Verlegenheit sicher.“

Nun trat jene kritische Wendung in der Haltung der deutschen Großmächte ein, an der die beiderseitigen Wege sich trennen mußten, wenn Preußen seine selbständige und neutrale Politik nicht aufgeben wollte. Am 24. Februar 1854 erhielt Herr v. Bismarck nämlich eine Depesche Manteuffels in Chiffern, welche lautete: „Österreich will Rußland einen Termin zur Räumung der Donaufürstentümer setzen, sonst den Krieg machen. Man wird von uns die Aufstellung eines Armeekorps fordern. Diese Nachricht ist geheim, aber sicher.“ Bismarck kann die Richtigkeit dieser Meldung auch aus Erkundigungen bei den ausländischen Gesandten in Frankfurt und bei Prokesch bestätigen, der davon sehr betroffen sei, meint

aber (in einem Bericht vom 26. Februar), daß Preußen die Aufforderung, ein Armeekorps aufzustellen, dahin ausnützen solle, in unverdächtiger Weise selbst zu rüsten. „Wir bleiben sonst in dieser Beziehung hinter den übrigen Großmächten zurück, und sind im Augenblicke der Not nicht bereit. Dabei müßten wir aber nicht eher offenherzig gegen Österreich werden, als bis wir die Überzeugung haben, daß man dort aus Not wirklich so denkt, wie Prokesch anzudeuten bemüht ist," d. h. die preußischen Bedingungen „einer für Preußen vorteilhafteren Abgrenzung der Stellungen beider Mächte in Deutschland" ehrlich annimmt und ausführt, „und daß Frankreich und England nicht entgegentreten, oder unmögliche Bedingungen stellen. Bis wir darüber sicher sind, würde ich Rußland nicht alle Hoffnung benehmen und die Brücke zwischen ihm und uns so weit erhalten, daß wir dem Kabinet von Petersburg doch näher stehen, als die anderen drei Mächte."

Im März 1854 besuchte Herr v. Bismarck im Auftrag des Ministers die Höfe von Kassel und Hannover, um die dortigen Herrscher und Minister über Preußens Stellung in der orientalischen Krisis aufzuklären und die von Österreich verbreiteten Irrtümer zu zerstreuen. In einer ganzen Reihe von Berichten an Manteuffel und den König und in mehreren Briefen an den General v. Gerlach teilt Bismarck die günstigen Ergebnisse dieser Reise mit. Hannover und Kurhessen wollen unbedingt mit den beiden deutschen Mächten gehen, soweit diese in der orientalischen Frage einig sind. Die Idee des hannöverschen Ministers v. Lütken dagegen, „den Großmächten für schleunige Entschließung einen Stimmführer der Mittelstaaten beizugesellen," bezeichnet Bismarck als „eine sehr bedenkliche; der Grundsatz der Stimmenmehrheit würde in dieser Trias nur gegen Preußen geltend gemacht werden, nicht aber, wenn die Mittelstaaten, vielleicht gestützt auf auswärtige Einflüsse, den vereinten Großmächten gegenüber in der Minderheit wären." Freilich „hat sich durch den langen Frieden die Theorie der Gleichheit der Souveräne unter sich bei den Mittelstaaten in einer krankhaften Weise ausgebildet."

Am 5. April schon kann Bismarck dann von Frankfurt aus dem Minister berichten: daß dieselbe Auffassung, welche er in Kassel und Hannover vorfand, „auch die herrschende bei den Höfen von München, Dresden, Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt, Wiesbaden und den Großh. Mecklenburgischen ist. Ich kann dieselbe im ganzen dahin kennzeichnen, daß man dringend wünscht, durch das Organ der Bundesversammlung und unter der Ägide eines Bündnisses der beiden deutschen Großmächte seine Mitwirkung an der europäischen Politik zu bethätigen. Die Wünsche in betreff des Inhaltes dieser Politik sind etwa folgende. In erster Stelle steht der der Erhaltung des Friedens und des Besitzstandes. Kriegerische Bestrebungen sind, ebenso wie bei der Masse der Bevölkerung, auch bei den deutschen Regierungen durchaus mißliebig. Ich darf mit Sicherheit behaupten, daß die Sympathien für Österreich einen bedeutenden Rückschlag dadurch erlitten haben, daß man sich überzeugt, wie diese Macht durch die politische Lage Europas den Gefahren eines Krieges, sei es im Osten oder im Westen, vorzugsweise ausgesetzt ist, und wie die Verbündeten Österreichs darauf gefaßt sein müssen, in dessen Kriege verwickelt zu werden. Besonders unzufrieden sind die genannten Regierungen, wie mir scheint ohne Ausnahme, mit der antirussischen Wendung, welche die Wiener Politik seit der Sendung des Grafen Orloff genommen hat.*) Man fürchtet sich mehr vor Frankreich als vor Rußland. Die Haltung der Wiener Presse trägt namentlich dazu bei, an den kleineren Höfen die Befürchtung wach zu erhalten, daß die Kräfte Deutschlands zu einem an sich nicht notwendigen Kriege mißbraucht werden könnten, wenn die Bundesstaaten der Selbstbestimmung zu Gunsten der Großmächte gänzlich entsagten."

Das Einvernehmen der beiden deutschen Großmächte in den orientalischen Wirren, welches Bismarck ebenso wie die Staaten, über deren Gesinnung er urteilt, in diesen Berichten als Voraus-

*) Dieser hatte im Dezember 1853 in Wien den Vorschlag eines russisch-österreichischen Bündnisses überreicht, den Graf Buol rundweg ablehnte.

setzung annehmen, wuchs inzwischen sogar der festen Gestalt eines Bündnisvertrags zwischen Preußen und Österreich entgegen, freilich ohne daß Bismarck hievon eine Ahnung hatte. Dieses Bündnis wurde hauptsächlich von General v. Gerlach und vom König selbst betrieben. Und wenn sie Bismarck nicht in das Geheimnis zogen, so ist damit wohl unfreiwillig anerkannt, daß auch der König und sein vertrautester Berater sich davor fürchteten, durch die mächtige und schlagende Beredsamkeit des jungen preußischen Bundestagsgesandten von dem ihnen lieben Vorhaben zurückgehalten zu werden. Bismarck hat auch nach der vollendeten Thatsache, durch den männlichen Freimut seines Tadels, keinen Zweifel darüber gelassen, daß er schon gegen das Vorhaben sicherlich Einspruch erhoben haben würde.

Alsbald nachdem die früher erwähnten Handschreiben des Königs an Viktoria und Napoleon sich als nutzlos erwiesen hatten, richtete Friedrich Wilhelm nämlich am 11. März einen seiner schwungvollen Briefe an den Kaiser von Österreich, und bot diesem von sich aus ein Bündnis an. In Wien machte das Anerbieten natürlich den angenehmsten Eindruck. Der Kaiser Franz Joseph beantwortete es daher sehr entgegenkommend. Auch sein heißester Wunsch sei die Bewahrung des Weltfriedens, sagte er, und nichts dazu geeigneter, als das vom Könige vorgeschlagene defensive Bündnis ganz Mitteleuropas. Der Feldzeugmeister von Heß werde zur Beratung und zum Abschlusse dieser Verhandlungen nach Berlin kommen. Jetzt erst erfuhr Bismarck von diesen Absichten. Ende März kam Feldzeugmeister Heß nach Berlin und verhandelte hier — auch das ist bezeichnend, und von Gerlach in einem Schreiben an Bismarck vom 5. April ganz naiv zugestanden — außer mit Manteuffel, dem verantwortlichen Leiter der auswärtigen Politik Preußens — mit zwei unverantwortlichen Ratgebern des Königs, Gerlach und Gröben. Was Österreich unter dem „Defensiv-Bündnis ganz Mitteleuropas" verstand, ward aus den Eröffnungen des Feldzeugmeisters Heß auch sofort klar. Denn dieser verlangte ein Schutz- und Trutzbündnis zwischen Österreich, Preußen und Deutschland

Am 5. April schon kann Bismarck dann von Frankfurt aus dem Minister berichten: daß dieselbe Auffassung, welche er in Kassel und Hannover vorfand, „auch die herrschende bei den Höfen von München, Dresden, Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt, Wiesbaden und den Großh. Mecklenburgischen ist. Ich kann dieselbe im ganzen dahin kennzeichnen, daß man dringend wünscht, durch das Organ der Bundesversammlung und unter der Ägide eines Bündnisses der beiden deutschen Großmächte seine Mitwirkung an der europäischen Politik zu bethätigen. Die Wünsche in betreff des Inhaltes dieser Politik sind etwa folgende. In erster Stelle steht der der Erhaltung des Friedens und des Besitzstandes. Kriegerische Bestrebungen sind, ebenso wie bei der Masse der Bevölkerung, auch bei den deutschen Regierungen durchaus mißliebig. Ich darf mit Sicherheit behaupten, daß die Sympathien für Österreich einen bedeutenden Rückschlag dadurch erlitten haben, daß man sich überzeugt, wie diese Macht durch die politische Lage Europas den Gefahren eines Krieges, sei es im Osten oder im Westen, vorzugsweise ausgesetzt ist, und wie die Verbündeten Österreichs darauf gefaßt sein müssen, in dessen Kriege verwickelt zu werden. Besonders unzufrieden sind die genannten Regierungen, wie mir scheint ohne Ausnahme, mit der antirussischen Wendung, welche die Wiener Politik seit der Sendung des Grafen Orloff genommen hat.*) Man fürchtet sich mehr vor Frankreich als vor Rußland. Die Haltung der Wiener Presse trägt namentlich dazu bei, an den kleineren Höfen die Befürchtung wach zu erhalten, daß die Kräfte Deutschlands zu einem an sich nicht notwendigen Kriege mißbraucht werden könnten, wenn die Bundesstaaten der Selbstbestimmung zu Gunsten der Großmächte gänzlich entsagten."

Das Einvernehmen der beiden deutschen Großmächte in den orientalischen Wirren, welches Bismarck ebenso wie die Staaten, über deren Gesinnung er urteilt, in diesen Berichten als Voraus-

*) Dieser hatte im Dezember 1853 in Wien den Vorschlag eines russisch-österreichischen Bündnisses überreicht, den Graf Buol rundweg ablehnte.

setzung annehmen, wuchs inzwischen sogar der festen Gestalt eines Bündnisvertrags zwischen Preußen und Österreich entgegen, freilich ohne daß Bismarck hievon eine Ahnung hatte. Dieses Bündnis wurde hauptsächlich von General v. Gerlach und vom König selbst betrieben. Und wenn sie Bismarck nicht in das Geheimnis zogen, so ist damit wohl unfreiwillig anerkannt, daß auch der König und sein vertrautester Berater sich davor fürchteten, durch die mächtige und schlagende Beredsamkeit des jungen preußischen Bundestagsgesandten von dem ihnen lieben Vorhaben zurückgehalten zu werden. Bismarck hat auch nach der vollendeten Thatsache, durch den männlichen Freimut seines Tadels, keinen Zweifel darüber gelassen, daß er schon gegen das Vorhaben sicherlich Einspruch erhoben haben würde.

Alsbald nachdem die früher erwähnten Handschreiben des Königs an Viktoria und Napoleon sich als nutzlos erwiesen hatten, richtete Friedrich Wilhelm nämlich am 11. März einen seiner schwungvollen Briefe an den Kaiser von Österreich, und bot diesem von sich aus ein Bündnis an. In Wien machte das Anerbieten natürlich den angenehmsten Eindruck. Der Kaiser Franz Joseph beantwortete es daher sehr entgegenkommend. Auch sein heißester Wunsch sei die Bewahrung des Weltfriedens, sagte er, und nichts dazu geeigneter, als das vom Könige vorgeschlagene defensive Bündnis ganz Mitteleuropas. Der Feldzeugmeister von Heß werde zur Beratung und zum Abschlusse dieser Verhandlungen nach Berlin kommen. Jetzt erst erfuhr Bismarck von diesen Absichten. Ende März kam Feldzeugmeister Heß nach Berlin und verhandelte hier — auch das ist bezeichnend, und von Gerlach in einem Schreiben an Bismarck vom 5. April ganz naiv zugestanden — außer mit Manteuffel, dem verantwortlichen Leiter der auswärtigen Politik Preußens — mit zwei unverantwortlichen Ratgebern des Königs, Gerlach und Gröben. Was Österreich unter dem „Defensiv-Bündnis ganz Mitteleuropas" verstand, ward aus den Eröffnungen des Feldzeugmeisters Heß auch sofort klar. Denn dieser verlangte ein Schutz- und Trutzbündnis zwischen Österreich, Preußen und Deutschland

auf alle Zeiten, zur Sicherung ihrer gesamten Besitzungen, von welcher Seite her auch die Gefahr kommen möchte, und andere Unmöglichkeiten. Endlich sollten die Verbündeten auch die Kosten der Rüstung und Kriegführung solidarisch tragen. Von alledem konnte Preußen natürlich nichts bewilligen. Vielmehr fand schließlich der preußische Gegenvorschlag auch bei Österreich Annahme: die beiden Mächten garantieren sich ihren gesamten Besitzstand nur für die Dauer des gegenwärtigen Krieges, verpflichten sich auch zum Schutze der Rechte und Interessen Deutschlands dahin, daß jede der beiden Mächte gegen jeden Angriff auf ihre Gebiete auch in dem Falle eintritt, wenn eine von ihnen im Einverständnis mit der anderen sich veranlaßt findet, aktiv vorzugehen. Besondere Verständigung für den Eintritt dieses Falles sollte vorhergehen. Auch die Bereitstellung der durch dieses Bündnis erforderlichen Kriegsmacht sollte erst nach besonderer Festsetzung erfolgen. Alle deutschen Bundesregierungen sollten aufgefordert werden, dem Bündnis beizutreten. Während der Dauer desselben durfte keine der beiden Mächte einen Vertrag mit anderen Mächten schließen, der mit diesem Bündnis nicht in voller Übereinstimmung stünde. Während der Verhandlungen wurde noch ein besonderer Zusatzartikel von Österreich vorgebracht und von Preußen nach einigem Zaudern genehmigt, nach welchem Preußen sich verpflichtete, auch dann mit seiner Waffenmacht für Österreich einzutreten, wenn Rußland auf eine österreichische, von Preußen unterstützte Aufforderung die Donaufürstentümer nicht räumen würde. In dieser Fassung wurde der Bündnisvertrag am 20. April 1854 abgeschlossen. In einer dem Vertrage beigefügten Militärkonvention war auch die Bereitstellung der preußischen Streitkräfte bis zum Höchstbetrage von 200,000 Mann von dem Einvernehmen der beiden Verbündeten abhängig gemacht. Die Frage, wer die Kriegs- und Rüstungskosten trage, überging der Vertrag mit Stillschweigen. König Friedrich Wilhelm meinte, damit Österreich für eine russenfreundliche Politik gewonnen zu haben. Jedenfalls hatte er sich nun selbst gegen den „revolutionären“ Westen Europas entschieden und ließ keinen Zweifel an dieser Ent-

scheidung. Denn nun traf die volle königliche Ungnade die bisherigen preußischen Vertreter der entgegengesetzten Richtung: Anfang Mai wurde Baron Bunsen aus London abberufen, der Kriegsminister v. Bonin plötzlich entlassen, und der Prinz von Preußen von allen seinen militärischen Ämtern beurlaubt, ja wegen seiner bisherigen Opposition mit Festungshaft bedroht!

Auf Gerlachs erste Nachricht, daß dieser mit Heß in Berlin unterhandle, schrieb Bismarck am 7. April an den General: „Glaubt man denn wirklich bei uns, daß Österreich ernstlich daran gehen werde, ohne unsere Hilfe, sogar ohne vor unserem Angriffe sicher zu sein, einen Krieg auf Tod und Leben mit Rußland allein zu führen, oder sich 200,000 Franzosen in den Pelz zu setzen, und sich von diesen retten zu lassen, wie 1849 von den Russen. Es ist das eine Möglichkeit, die ich gar nicht in die Berechnung aufnehmen würde. ‚Nur Mut, der Tabak raucht sich gut‘, steht auf dem Uckermärker Kanaster. Sobald wir entschieden auftreten mit der Erklärung, daß wir einer Angriffspolitik gegen Rußland unsere Unterstützung versagen, haben wir alle deutschen Regierungen für uns, und Österreich ist froh, unserer für die Verteidigung sicher zu sein. Ich fürchte mich vor dem, was Heß in Berlin kocht; er scheint lange bleiben zu wollen, bringt die Frau mit, legt am Ende Spargelbeete an. Man glaubt hier, daß er bestimmt sei, uns österreichischer und kriegerischer anzustreichen, als es durch des Flügel-Teufels Vermittelung (des Flügel-Adjutanten Edwin von Manteuffel, den der König mit seinem Briefe vom 11. März nach Wien sandte) thunlich war. Ich habe bis jetzt mit den deutschen Staaten die gleichmäßige Erfahrung gemacht, daß sie bereit sein wollen, mit einem österreichisch-preußischen Bündnisse zu gehen, und zwar am liebsten in Neutralität und Frieden, sehr gern gegen Frankreich, allenfalls zur Verteidigung Österreichs gegen Rußland, aber nicht zum Angriff gegen letzteres. Ein russischer Rheinbund hat bei diesen Regierungen selbst mehr Aussichten als ein französischer.“

Am 9. April 1854 schreibt Bismarck an Gerlach weiter:

„Einige Briefe, die ich aus den ministeriellen Regionen erhalte, beunruhigen mich aufs Äußerste, ich muß danach annehmen, daß wir uns von Österreich bereden lassen, mit ihm zusammen die Erstlinge eines neuen Rheinbundes zu werden, indem wir uns aus Feigheit zur Aktion gegen Rußland fortreißen lassen. Haben wir uns wirklich zu einer derartigen Politik von Österreich bereden lassen, so haben wir wieder einmal das Vertrauen der deutschen Regierungen zu uns vernichtet, die hofften, daß wir den Mut haben würden, Österreich in besseren Wegen zu erhalten; daß wir es können, bezweifelt niemand. Eine feige Politik hat noch immer Unglück gebracht; daß wir unsere Kraft wie ein gutmütiger Narr dem Eigennutz Österreichs hingeben, um uns schließlich von ihm bemogeln zu lassen, ist noch das Wenigste; brechen wir aber wirklich auf diesem Wege, dieser Bedienten-Politik, Freunden zu Liebe, mit Rußland, so kostet es den Franzosen ein Wort der Annäherung an Rußland und die sämtlichen deutschen Regierungen fallen ihnen zu, wir und Österreich aber sind die Betrogenen in der Falle. Ich hoffe, es ist nicht wahr, wäre es doch, so muß ich sagen, daß wir nicht im stande sind, auf der mäßigsten Höhe zu stehen, ohne schwindlig zu werden, und ohnmächtig in die Arme des nächsten nervenstärkenden Mannes zu sinken. Beruhigen Sie mich baldigst mit zwei Zeilen, wenn die Lage besser ist, als sie mir vorschwebt; ist meine Besorgnis begründet, so sehe ich schwärzer als am 22. März 1848, wo mir doch die Möglichkeit, zu sagen: ‚Besen seid gewesen‘, keinen Augenblick zu fehlen schien, sondern nur der Wille. Hier aber wird kein Wille mehr helfen, wenn wir einmal in der Rheinbundgaleere drin sind.“ Auch in einem Briefe an Gerlach vom 13. April wiederholt Bismarck die Warnung, daß fast alle deutschen Staaten, wenn die Verbindung der deutschen Großmächte mit den Westmächten zu stande käme, „sich äußerlich mit ihr halten werden, so lange sie einig bleibt, aber mit der feinsten Nase im Winde nach dem ersten Anzeichen einer französisch-russischen Verständigung wittern, um von dieser nicht abgeklemmt zu werden. Ein französisch-russisches Bündnis ist mehreren unter ihnen, wie Württemberg, Sachsen, Darm-

stadt, an und für sich und in erster Linie das erwünschteste; in einer antirussischen Verbindung wird aber nicht Wien-Berlin, sondern wird Frankreich ihr Führer sein."

Sehr glücklich ist Bismarck dann, wie er dem General am 17. April schreibt, „über den gestern als Osterei erhaltenen Brief" Gerlachs vom 12., in welchem dieser Bismarck über den wirklichen Stand der Berliner Verhandlungen aufgeklärt hatte. Von den verschiedenen Bündnisformen empfiehlt Bismarck vorsichtig lieber die „Einschränkung der Garantie auf die Bundesländer, sobald ein Kontrahent einseitig abweicht, weil sie es uns leichter macht, von Österreich nicht fortgerissen zu werden." Am 20. April setzt er dann noch hinzu: „Mit dem materiellen Inhalt unserer orientalischen Politik ist meine Wenigkeit ganz einverstanden, ich glaube aber daß wir sie mit mehr Liebenswürdigkeit gegen Rußland ausstaffieren könnten. Wenn ich mir denke, daß mein Schwager mich mit einer erheblichen Summe anpumpen wollte (wozu glücklicherweise nach seiner bisherigen Lebenslage keine Aussicht ist), so würde ich es vielleicht, unter Berufung auf meine Pflichten als Familienvater, ablehnen, aber ich würde weit davon entfernt sein, mir aus dieser Weigerung ein Verdienst in der öffentlichen Meinung herzuleiten, vielmehr das aufrichtigste Bedauern an den Tag legen, auch wenn ich es nicht fühlte. Dem entsprechend denke ich die Art, wie wir Rußland einen Korb geben sollten. Ich schließe aber, daß man sich nicht (bloß) bemüht hat, fortiter in re zu handeln, sondern sich auch über das suaviter in modo erhoben hat. Es gibt viele Leute, denen Beleidigungen gegen Rußland für Beweise von preußisch-deutschem Patriotismus gelten; aber es sind dies nicht solche Leute, deren Bewunderung irgend welche Quelle praktischen Nutzens für Preußen sein könnte. Prokesch ist so zuthulich und schwarzweiß wie mein Stallkater. Eine nachhaltige Verständigung mit Österreich, um diesem Koalitions- und Rheinbundschwindel ein Ende zu machen, wäre ein großes und leicht zu erreichendes Glück, wenn der Kaiserstaat nicht ‚holter' so sehr herunter wäre. Der Bankerott ist vor der Thür, und im Kriege werden außerhalb der Grenzen nicht

große Armeen verwendbar sein. Wir übernehmen also keine leichte Aufgabe, wenn wir Hand in Hand mit Österreich unser Jahrhundert in die Schranken fordern. Aber ich würde nie dazu raten, Gefahren zu scheuen, wenn sie nur etwas einbringen; nur keine sentimentalen Bündnisse, bei denen das Bewußtsein der guten That den Lohn edler Aufopferung zu bilden hat."

„Ich bin sehr gespannt auf den Inhalt des Bündnisses," schreibt Bismarck weiter am 21. April an Gerlach. „Mich wundert, daß er noch nicht in der Zeitung gestanden hat, jedenfalls erfahre ich ihn durch die zuerst; es ist eine summarische, aber doch zu wenig geheimniskrämerische Art, die königlichen Gesandten zu unterrichten, und dabei weiß ich doch immer noch nicht sicher, welcher von den verschiedenen Preßbengeln der am besten unterrichtete ist."

Am 21. April erhielt Bismarck von Manteuffel die telegraphische Benachrichtigung von dem Abschlusse des Bündnisses vom 20. April. Er beglückwünschte den Minister und dankte ihm in einem Berichte vom 21. April: „Ich habe noch keine Vorstellung von der Tragweite und dem speziellen Inhalt der Konvention. Den Beifall der deutschen Regierungen wird sie in dem Maße haben, als sie Gewähr gegen die Wiener Kriegsbestrebungen bietet; in diesem Sinne sprechen sich meine Kollegen, mit Einschluß des Herrn v. Prokesch aus." Am 25. April kannte Bismarck dann auch den Wortlaut des Vertrages und schrieb darüber an den Minister: „Das Bündnis vom 20. ist wesentlich ein pactum de contrahendo" (eine Verabredung über einen künftig abzuschließenden Vertrag), „durch welches wir den Vorteil erreichen, Österreich den Vorwand zum Drängen zu eigenen leichtsinnigen Beschlüssen zu nehmen und für uns Zeit zu weiterer Beobachtung der Ereignisse zu gewinnen. Wenn Ew. Exc. mir gestatten, das Ziel zu formulieren, welches mir von meinem eine Übersicht allerdings nicht gewährenden Standpunkte vorschwebt, so ist es: 1. durch alle Mittel uns einem kriegerischen Vorgehen gegen Rußland zu entziehen, weil wir mit dem ersten preußischen Kanonenschuß gegen die Russen abhängig werden von den Möglichkeiten einer Verständigung zwischen Paris und Peters-

burg. 2. Zusammenhalten der preußisch-österreichisch-deutschen Staatenmasse unter Bedingungen, die uns mindestens ein wirksames Veto in Betreff der gemeinsamen Politik sichern. Das Bündnis vom 20. in den mir vorliegenden sechs Artikeln bietet eine vortreffliche Handhabe zu diesem System, wenn wir nur mit Entschlossenheit die Auslegung in unserem Sinne von vornherein festhalten. Die Mehrzahl der deutschen Regierungen wird uns dabei thatsächlich unterstützen, wenn auch nicht mit der Absicht, die Entscheidung in Preußens Hand zu legen. Jedenfalls werden sie ein wirksamer Hemmschuh für die vorzeitige Kriegslust Österreichs sein. Läßt sich Österreich nicht von uns auf dem Wege besonnener Politik erhalten, so bin ich überzeugt, daß es bald in Lagen geraten wird, wo es einer thatkräftigen und wohlwollenden Ausführung der zwischen uns bestehenden Abmachungen sehr viel dringender bedarf, und sehr viel höheren Wert darauf legen wird, als jetzt auf deren Unterzeichnung. In dem Falle fürchte ich Nachteile für uns eher von der großmütigen Gesinnung Sr. Majestät gegen einen Bundesgenossen, der in dieser Beziehung so wenig Gegenleistung gewährt, als von den äußeren Ereignissen."

Daß diese „Glückwünsche" Bismarcks an den Minister zum Abschlusse des Bündnisses vom 20. April 1854 schon eine starke Dosis von Vorbehalten und Verwahrungen enthalten, ist einleuchtend. In seiner Stellung als Untergebener konnte Bismarck füglich nicht anders seinen Bedenken Ausdruck geben. Am 28. April schrieb er aber an General von Gerlach: „Über die Behandlung des Bündnisses vom 20. bin ich ganz Ihrer Meinung. Ich habe nicht nur bonne mine gemacht, sondern Manteuffel meinen Glückwunsch zu seinem ausgezeichneten Erfolge dargebracht, diesen Gefühlsausbruch aber natürlich auf eine Auslegung ganz scharf in unserem Sinn gegründet, und gar nicht gethan, als ob eine andere unter Leuten außerhalb der Charité und namentlich unter Preußen möglich wäre. Majestät müssen durchaus darauf halten, daß Allerhöchst Ihre Minister mehr Sekt trinken; ohne eine halbe Flasche im Leibe dürfte mir keiner der Herren in das conseil kommen. Dann würde unsere

Politik bald eine achtbare Farbe annehmen.“ Am Rande des Berichtes aber, welchen Bismarck am 27. April über die Behandlung des Bündnisses vom 20. April am Bundestage dem Minister erstattete, finden sich noch folgende Bemerkungen von Bismarcks Hand: „Die Westmächte haben einseitig 1. die von Rußland acceptierte Note zurückgenommen; 2. die Flotte ins Schwarze Meer geschickt; 3. den Krieg erklärt; 4. den Zweck des Krieges geändert. Im Bündnis vom 20. April sagt Preußen mehr zu als in dem Maivertrage von 1851. Der 20. April täuscht die Erwartungen der deutschen Staaten und diskreditiert Preußen bei ihnen; sie sehen daß Österreich sein Herr ist! Die Donaumündung hat sehr wenig Interesse für Deutschland. Das adriatische Meer, Englands Herrschaft der jonischen Inseln und die Morea! 10000 mal mehr. § 47 der Schlußakte ist auf vorliegenden Fall nicht anwendbar. Die Westmächte sind nicht im stande, Polen in Aufstand zu bringen. Die preußischen und österreichischen Bauern stehen nicht auf. Die russischen wird Rußland leicht gegen den Adel bewaffnen (Galizien), jetzt haben sie nicht ein Messer. Wie sollte Preußen dazu kommen, Polizeidienste in Österreich gratis zu thun? Womit hat Österreich das verdient an uns? Frankreich wird keinen nackten Bundbruch machen, aber uns durch Unverschämtheit dazu treiben, und Vorwand genug finden, wenn es die Zeit für gekommen hält. — Louis Napoleon ist nicht im stande, die Revolution in Deutschland oder Italien nach Belieben loszulassen oder zu halten.“

Wir werden alsbald erkennen, wie richtig Bismarck die durch das Bündnis vom 20. April 1854 geschaffene Sachlage beurteilte.

Kaum hatte Österreich am 20. April 1854 das für seine orientalische Politik geradezu unentbehrliche Bündnis mit Preußen glücklich zu stande gebracht, so regte sich in Wien auch schon wieder der unbelehrbare Dünkel, der sich von der Antretung der „Schwarzenbergischen Erbschaft“ herschrieb. Graf Buol schlug nämlich in Berlin vor, den Beitritt des Bundestags zu dem Bündnis nachzusuchen, aber er that das in einer Denkschrift, über welche Bismarck am 26. April urteilt: „Nach der von Österreich vorgeschlagenen Form

für die Behandlung der Sache am Bunde würde Österreich, wenn nicht allein, so doch mehr als Preußen in der Rolle einer europäischen Macht, wir mehr in derjenigen eines Chorführers der deutschen Staaten auftreten. Sodann würde die von uns beantragte Unterstützung Österreichs über das Maß des wirklichen Sachverhalts hinaus den Charakter eines von den deutschen Staaten selbst und lebhaft empfundenen Bedürfnisses annehmen, und das demnächstige Verhalten der Bundesversammlung mehr den Stempel einer dankbaren Bestätigung der Politik Österreichs als Vorkämpfers deutscher Interessen, und weniger den einer bundesfreundlichen Kräftigung der gefährdeten Stellung Österreichs annehmen. Außerdem würde mit der Aufgabe, die Zustimmung der übrigen Bundesgenossen zu den Anträgen Preußens zu gewinnen, der mit einem etwaigen Mißlingen derselben verbundene Rückschlag unsere Stellung allein treffen." Weder eine gemeinsame noch eine preußische Erklärung könne daher am Bunde eingebracht werden, ehe man sich zuvor versichert habe, daß sie nach ihrem Inhalt und Wortlaut „eine überwiegend günstige Aufnahme in der Versammlung findet." Bismarck begründet dann die Forderung, daß die Anträge am Bunde jedenfalls gemeinsame der beiden Großmächte sein müßten, damit Preußen nicht allein die Mühe und Verantwortlichkeit übernehme. Über den „Inhalt der am Bunde zu machenden Vorlagen" ist er einer von Manteuffel „abweichenden Ansicht", für die er dessen Nachsicht erbittet. Er will nämlich „das Bündnis vom 20. April nicht zum Gegenstande eines Bundesbeschlusses machen," sondern schlägt vor, über den Beitritt zu demselben mit den einzelnen Höfen zu verhandeln, am Bunde aber sich mit einem kurzen Rechenschaftsbericht zu begnügen, der zugleich „die Grundlage für die Herstellung besserer Kriegsbereitschaft der einzelnen Staaten gewähre." Sollte das Ergebnis dieser Anfragen bei den Höfen von der Art sein, daß es „sich für den von Verhandlungen am Bunde unzertrennlichen Grad von Öffentlichkeit nicht eignet", so schlägt Bismarck am 27. April vor, daß Preußen und Österreich der Bundesversammlung den Vertrag vom 20. April mit einer Denkschrift über die bisher beobachtete

Haltung der beiden Großmächte und ihre auf die Zukunft gerichteten Absichten vorlegen, und die Bundesversammlungen nur um „ihr Einverständnis mit der von Preußen und Österreich in der orientalischen Frage innegehaltenen Politik“ sowie um den Beschluß ersuchen: „die Bundesregierungen zu denjenigen Vorbereitungen aufzufordern, welche notwendig sind, um demnächst auf Verlangen ihre Truppenkontingente in kürzester Frist in Bereitschaft stellen zu können.“ Diesem Bericht waren die scharfen Randbemerkungen über den Vertrag vom 20. April beigefügt, die oben mitgeteilt wurden. Ganz in dem Sinne dieses Berichtes schrieb Bismarck am Schlusse des gleichfalls bereits erwähnten Briefes an Gerlach vom 28. April: „Den Beitritt zum Bündnis muß man von Hof zu Hof verhandeln, sonst gibt es schmutzige Wäsche im Bunde.“

Gerlach legte diesen Brief, wie er am 3. Mai Bismarck mitteilte, dem Könige vor, und dieser befahl darauf, an Manteuffel zu schreiben, der Minister solle Bismarck sofort den Befehl erteilen, nach Berlin zu kommen und „die dem Bunde infolge des Vertrags vom 20. April zu machenden Vorlagen mitberaten helfen.“ In der zweiten Maiwoche reiste Bismarck demgemäß auf Befehl seines Herrn nach Berlin und hatte in den Tagen vom 12. bis 15. Mai lange Unterredungen mit dem König und mit Manteuffel. Diese Verhandlungen betrafen die Auslegung des Bündnisses und die Form seiner Behandlung am Bunde, über die Preußen und Österreich sich am 2. Mai verständigt hatten. Daß Bismarck mit seinen Ansichten beim König und Minister nicht vollständig durchdrang, verrät ein Brief Gerlachs an Bismarck vom 12. Mai, in welchem jener schreibt: „Ich wünschte, daß nach Ihren Ansichten verfahren worden wäre, besonders aber bei den Verhandlungen des Vertrags vom 20. April.“ Indessen hatte Bismarck in Berlin wenigstens soviel erreicht, daß die deutschen Höfe vermittels eines vertraulichen Zirkulars an die preußischen Missionen in Deutschland über die preußischen Ansichten unterrichtet wurden. Dieses Rundschreiben wurde noch in Bismarcks Gegenwart ausgefertigt.

Am Bunde sollte Österreich jedoch eine herbe Täuschung er-

leben. Wie bei der Zollvereinskrisis in den Vorjahren, nur noch deutlicher als damals, trat jetzt zu tage, wie verschieden die deutschen Interessen von denen Österreichs seien, daß diese vielmehr mit den preußischen durchaus zusammenfielen. Was Bismarck bis dahin als die mutmaßliche Stimmung der deutschen Bundesstaaten, namentlich der Mittelstaaten, in seinen Berichten und Briefen vorahnend bezeichnet hatte, sprachen diese Staaten selbst schon in der ersten Bundestagssitzung aus, die sich mit dem Vertrage vom 20. April beschäftigte, am 17. Mai. Strengste Neutralität und durchaus keine Einmischung in die türkischen Händel, das war die Losung, die jetzt von allen Seiten am Bunde Österreich entgegenschallte. Bayern aber hielt es außerdem, wie Bismarck am 18. Mai berichtete, „mit seiner Würde nicht vereinbar,“ nachdem es erst in den letzten Tagen von den Vorlagen amtliche Kenntnis erhalten, mit der von Österreich betriebenen Eile „über diese wichtige Angelegenheit im Drange des Augenblicks einen Entschluß zu fassen. Bevor Bayern eine Erklärung abgebe, müsse es die Ergebnisse der Bamberger Konferenz abwarten: dazu wird es eines Zeitraums von drei Wochen bedürfen.“ Auch verlangte Bayern die Niedersetzung eines Ausschusses, um die Antwort auf die preußisch-österreichische Mitteilung abzufassen. In einem Briefe an Gerlach vom nämlichen Tage schreibt Bismarck: die Haltung Bayerns habe nur feststellen wollen, „daß Bayern auf eine preußisch-österreichische Prise nicht sofort und ohne Wahl, sondern nur nach selbsteigener Überlegung nießt.“ Aber im übrigen fand Bismarck gegen die bayerische „Auffassung nichts zu erinnern“ und stimmte gleichfalls für die Vertagung der Sache. Herr v. Prokesch dagegen war darüber „höchst übellaunig“. In der Sitzung vom 24. Mai gaben dann zwar Bayern und sämtliche übrigen Staaten den beiden Großmächten „den aufrichtigen Dank der Bundesversammlung für diese wichtige Mitteilung und lebhafte Freude über die bekundete Übereinstimmung Preußens und Österreichs“ zu erkennen, beschlossen aber auch, nach Bayerns Antrag, einen Ausschuß zu wählen, um einen Bundesbeschluß zu entwerfen, welcher „die unerschütterliche

Einigkeit Deutschlands durch das vertragsmäßige Organ des Willens und Handelns des Bundes entsprechend zum Ausdruck bringe, um jeden Zweifel darüber zu beseitigen, daß alle Bundesgenossen fest entschlossen sind, kräftig und treu zusammenzustehen in den Prüfungen, welche die nächste Zukunft dem gemeinsamen Vaterlande bringen könnte.“ Bismarck hatte — wie er dem König am 26. Mai berichtet — selbst Herrn v. Prokesch vermocht, dem bayrischen Antrag zuzustimmen.

Am 25. Mai 1854 traten, auf Anregung Bayerns und Sachsens, Vertreter dieser beiden Staaten sowie solcher von Hannover, beider Hessen und Nassau zu einer gemeinsamen Konferenz in Bamberg zusammen, um die Bedingungen des Beitrittes zum Aprilbündnis festzustellen. Etwas von jener Großmannsucht der Darmstädter Koalition aus den Tagen der Zollvereinskrisis trugen ja auch „die Bamberger“ zur Schau. Denn sie beschlossen hier gemeinsam: daß nicht der Einzelne, sondern der deutsche Bund dem Bündnis beitrete. Nicht Österreich und Preußen, sondern der deutsche Bund solle bestimmen, ob das in dem Bündnis für gewisse Fälle vorgesehene kriegerische Eingreifen stattfinden solle oder nicht. Auch müsse dem Bunde zur Wahrung der deutschen Interessen beim künftigen Friedenskongresse eine Stimme vorbehalten werden. Dem Bündnisvertrag vom 20. April wollten sie nur dann beitreten, wenn die Aufforderung an Rußland, die Donaufürstentümer zu räumen, noch aufgeschoben und in der Art formuliert werde, daß man Rußland für die Räumung der Fürstentümer auch die Einstellung der Feindseligkeiten der Westmächte zusichere. Deshalb sollten auch die Seestaaten aufgefordert werden, ihre Truppen zurückzuziehen. Diese letzteren Beschlüsse deckten sich vollständig mit der preußischen Auffassung und nahmen in schärfster Weise Stellung gegen die kriegslustige, russenfeindliche Wiener Politik. Dadurch aber unterschied sich die Bamberger Koalition ganz wesentlich von der vormaligen Darmstädter. Bismarck telegraphierte den Inhalt dieser Beschlüsse dem Minister schon am 3. Juni. Am 6. schrieb er an General v. Gerlach darüber: „Die Ergebnisse von Bamberg

werden Ihnen ebenso vorliegen wie mir; ich kann dem staatsmännischen Gebahren und der Kourage, mit welcher die Firma Beust, Pfordten u. s. w. operiert, meine Anerkennung nicht versagen. Prokesch dagegen ist nicht im stande, sich die Unbefangenheit des Urteils zu bewahren. Er hat ein ehrgeiziges Verlangen, seinem Kabinette den Bund als wohlgeschultes Reitpferd vorzuführen, und Lob für seine byzantinischen Reiterkünste zu ernten, und findet es natürlich erbitternd, daß der gleichgültige Bundesgaul den Druck seiner lügenhaften Schenkel gar nicht annimmt, sondern selbständig hinter dem Zügel bleibt. Ich habe ihm, d. h. dem Reiter, plausibel gemacht, daß augenverdrehende Entrüstung für jetzt nichts nützt, und es viel kleidsamer und förderlicher ist, für diese Woche Pfingstferien zu machen und auf Landpartien eine unbefangene Heiterkeit zu affektieren. Wie kann man sich wundern, daß die älteren Kinder in der Bundesfamilie sich erwachsen vorkommen, nachdem man sie in Bregenz, Frankfurt und Darmstadt das große Wort in den Zwistigkeiten beider Eltern hat mitreden lassen. — Gestern kamen unsere Herrschaften (der Prinz von Preußen mit Gemahlin) hier durch. Ich sagte Sr. Königl. Hoheit, was ich von Bamberg wußte, namentlich das Verlangen wegen der Räumungs-Gegenseitigkeit bei etwaiger Sommation; er fand dies eine ganz natürliche und rechtmäßige Sache, eine Übereinstimmung mit meinen Gefühlen, die ich nicht erwartete. Prokesch behauptete, dieses Verlangen involviere eine Veränderung des Vertrages vom 20. April. Das ist unrichtig; die Fassung der österreichischen Sommation ist gar nicht in der Weise vorgeschrieben, daß das Wiener Kabinet nicht einfach auf das Verlangen der Bamberger eingehen könnte. Überhaupt dürfte es das Richtigste sein, die bambergschen Wünsche als selbstverständlich und den Verträgen nicht zuwiderlaufende zu behandeln. Bedenklich ist mir nur die Forderung wegen Bevollmächtigter des Bundes bei den ferneren Verhandlungen, wenn damit gemeint ist, daß der Bund außer Österreich und Preußen besonders vertreten werden soll; grundsätzlich möchte ich gar keine Bevollmächtigten, sondern die Bundesversammlung selbst und in

natura als dritten im Bunde auftreten sehen. Von der Nützlichkeit eines dritten überhaupt bin ich durchdrungen, aber nur kein Neun-Vierteln, sondern gerade die rudis indigestaque moles der Bundesversammlung. Prokesch zeigt mir eben die nach Petersburg gegangene Sommation. Die Bamberger sind also moutarde après diner."

In der That hatte Graf Buol seinem Zorn über die Bamberger Beschlüsse in so ungestümer Weise Ausdruck gegeben. Denn während in Bamberg die treuesten Freunde Österreichs die Forderung aufstellten, Österreich müsse die drohende Aufforderung an Rußland vorerst noch unterlassen und dann in milder Form absenden, stellte Graf Buol umgekehrt den Bamberger Zumutungen eine vollendete Thatsache entgegen, indem er am 3. Juni die Aufforderung sofort, ohne ihre vorherige Beratung mit dem Bunde oder mit Preußen, nach Petersburg abgehen ließ. Den bösen Folgen dieser neuen Überhebung seines Ministers suchte der junge Kaiser vorzubeugen, der mit seiner eben heimgeführten jungen Gattin Elisabeth in Prag weilte. In einem herzlichen Schreiben lud er seinen Oheim, den König von Preußen, zu persönlicher Zusammenkunft nach Tetschen ein. Nachdem der König zugesagt, wurden auch Manteuffel und Buol dorthin beschieden.

Bismarck sah den Ergebnissen dieser Zusammenkunft — die am 8. und 9. Juni stattfand — mit schwerem Herzen entgegen. Denn er kannte seinen König. Ein strammer Russenfreund, wie General v. Gerlach, war dort von Wert. Deshalb schreibt Bismarck an ihn am 10. Juni: „Es ist mir eine große Beruhigung gewesen, zu erfahren, daß Sie mit in Tetschen sind. Die offiziösen Zeitungsartikel lassen mich fürchten, daß bei uns einige Neigung vorhanden ist, den österreichischen Büttel gegen die Bamberger zu spielen, während doch mein französischer Kollege über die letzteren sehr richtig sagt: ils font le jeu de la Russie. Ist man in Wien bös über Bamberg, so mag man auch allein die Kinder, die man erzogen hat, wieder auf ihren Standpunkt zurückschelten; wir aber dürfen Österreich nicht daran gewöhnen, nach Belieben uns

mit den Mittelstaaten, und diese durch uns zu kneifen. Die Bamberger Kourage beruht auf der Voraussetzung, daß wir eine unseren eigenen Interessen entsprechende Politik treiben; sind sie dabei zu großmächtig aufgetreten, so sollten sie von uns doch nur in wohlwollender Weise zurechtgewiesen werden. Unsere Presse stimmt schon wieder ihre Spottlieder darüber an, daß diese Staaten kleiner sind als Preußen, ganz in der Art wie ein neuer Edelmann den roturier (Bürgerlichen) verhöhnt. Meine Kollegen von der Koalition (von Bamberg) stöhnen jetzt schwer darüber, daß man von Wien aus nicht mehr so liebenswürdig gegen sie ist, als vor Jahr und Tag (bei der Krisis des Zollvereins u. s. w.), und sie nach dem Thema: ‚Der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan, der Mohr kann gehen‘ behandelt. Dergleichen Vorkommenheiten würde Österreich mit großem Geschick gegen uns ausbeuten, wenn die Lage umgekehrt wäre, und dabei größere Zwecke doch nicht aus dem Auge verlieren. Wir aber werden vermutlich die Kleinen brutalisieren und sehr stolz sein, daß Österreich uns würdigt, sich auf unseren Arm zu stützen, während es sich den Anschein gibt, als führe es uns mit überlegener Kraft und Einsicht. Wenn Sie einen Augenblick Zeit haben, so schreiben Sie mir, ob wir in Tetschen eine zweite Schlacht verloren haben.“

Diese Befürchtungen Bismarcks betreffs der Tetschener Ergebnisse waren nicht unbegründet. Denn dort billigte der König die Form der österreichischen Aufforderung an Rußland; eine preußische Depesche zu ihrer Unterstützung wurde verabredet, auch eine gemeinsame Antwort an die Bamberger festgestellt, welche ihren Beitritt zum Bündnis mit Sicherheit erwartete und ihren Wünschen Erfüllung versprach, so weit es die Umstände gestatteten.

Manteuffel teilte Herrn v. Bismarck von Tetschen aus am 9. Juni die Auffassung des Grafen Buol in der orientalischen Frage, wenn auch nicht „die Ergebnisse von Tetschen“ mit. Bismarck verschob daher seine Antwort bis zum 16. Juni, um nicht „mit meinen Aussprachen in das Dunkel einer mir gänzlich unbekannten Lage hineinzutappen, und mit verspäteten Ausführungen

große Armeen verwendbar sein. Wir übernehmen also keine leichte Aufgabe, wenn wir Hand in Hand mit Österreich unser Jahrhundert in die Schranken fordern. Aber ich würde nie dazu raten, Gefahren zu scheuen, wenn sie nur etwas einbringen; nur keine sentimentalen Bündnisse, bei denen das Bewußtsein der guten That den Lohn edler Aufopferung zu bilden hat."

„Ich bin sehr gespannt auf den Inhalt des Bündnisses," schreibt Bismarck weiter am 21. April an Gerlach. „Mich wundert, daß er noch nicht in der Zeitung gestanden hat, jedenfalls erfahre ich ihn durch die zuerst; es ist eine summarische, aber doch zu wenig geheimniskrämerische Art, die königlichen Gesandten zu unterrichten, und dabei weiß ich doch immer noch nicht sicher, welcher von den verschiedenen Preßbengeln der am besten unterrichtete ist."

Am 21. April erhielt Bismarck von Manteuffel die telegraphische Benachrichtigung von dem Abschlusse des Bündnisses vom 20. April. Er beglückwünschte den Minister und dankte ihm in einem Berichte vom 21. April: „Ich habe noch keine Vorstellung von der Tragweite und dem speziellen Inhalt der Konvention. Den Beifall der deutschen Regierungen wird sie in dem Maße haben, als sie Gewähr gegen die Wiener Kriegsbestrebungen bietet; in diesem Sinne sprechen sich meine Kollegen, mit Einschluß des Herrn v. Prokesch aus." Am 25. April kannte Bismarck dann auch den Wortlaut des Vertrages und schrieb darüber an den Minister: „Das Bündnis vom 20. ist wesentlich ein pactum de contrahendo" (eine Verabredung über einen künftig abzuschließenden Vertrag), „durch welches wir den Vorteil erreichen, Österreich den Vorwand zum Drängen zu eigenen leichtsinnigen Beschlüssen zu nehmen und für uns Zeit zu weiterer Beobachtung der Ereignisse zu gewinnen. Wenn Ew. Exc. mir gestatten, das Ziel zu formulieren, welches mir von meinem eine Übersicht allerdings nicht gewährenden Standpunkte vorschwebt, so ist es: 1. durch alle Mittel uns einem kriegerischen Vorgehen gegen Rußland zu entziehen, weil wir mit dem ersten preußischen Kanonenschuß gegen die Russen abhängig werden von den Möglichkeiten einer Verständigung zwischen Paris und Peters-

burg. 2. Zusammenhalten der preußisch-österreichisch-deutschen Staatenmasse unter Bedingungen, die uns mindestens ein wirksames Veto in Betreff der gemeinsamen Politik sichern. Das Bündnis vom 20. in den mir vorliegenden sechs Artikeln bietet eine vortreffliche Handhabe zu diesem System, wenn wir nur mit Entschlossenheit die Auslegung in unserem Sinne von vornherein festhalten. Die Mehrzahl der deutschen Regierungen wird uns dabei thatsächlich unterstützen, wenn auch nicht mit der Absicht, die Entscheidung in Preußens Hand zu legen. Jedenfalls werden sie ein wirksamer Hemmschuh für die vorzeitige Kriegslust Österreichs sein. Läßt sich Österreich nicht von uns auf dem Wege besonnener Politik erhalten, so bin ich überzeugt, daß es bald in Lagen geraten wird, wo es einer thatkräftigen und wohlwollenden Ausführung der zwischen uns bestehenden Abmachungen sehr viel dringender bedarf, und sehr viel höheren Wert darauf legen wird, als jetzt auf deren Unterzeichnung. In dem Falle fürchte ich Nachteile für uns eher von der großmütigen Gesinnung Sr. Majestät gegen einen Bundesgenossen, der in dieser Beziehung so wenig Gegenleistung gewährt, als von den äußeren Ereignissen."

Daß diese „Glückwünsche" Bismarcks an den Minister zum Abschlusse des Bündnisses vom 20. April 1854 schon eine starke Dosis von Vorbehalten und Verwahrungen enthalten, ist einleuchtend. In seiner Stellung als Untergebener konnte Bismarck füglich nicht anders seinen Bedenken Ausdruck geben. Am 28. April schrieb er aber an General von Gerlach: „Über die Behandlung des Bündnisses vom 20. bin ich ganz Ihrer Meinung. Ich habe nicht nur bonne mine gemacht, sondern Manteuffel meinen Glückwunsch zu seinem ausgezeichneten Erfolge dargebracht, diesen Gefühlsausbruch aber natürlich auf eine Auslegung ganz scharf in unserem Sinn gegründet, und gar nicht gethan, als ob eine andere unter Leuten außerhalb der Charité und namentlich unter Preußen möglich wäre. Majestät müssen durchaus darauf halten, daß Allerhöchst Ihre Minister mehr Sekt trinken; ohne eine halbe Flasche im Leibe dürfte mir keiner der Herren in das conseil kommen. Dann würde unsere

Politik bald eine achtbare Farbe annehmen." Am Rande des Berichtes aber, welchen Bismarck am 27. April über die Behandlung des Bündnisses vom 20. April am Bundestage dem Minister erstattete, finden sich noch folgende Bemerkungen von Bismarcks Hand: „Die Westmächte haben einseitig 1. die von Rußland acceptierte Note zurückgenommen; 2. die Flotte ins Schwarze Meer geschickt; 3. den Krieg erklärt; 4. den Zweck des Krieges geändert. Im Bündnis vom 20. April sagt Preußen mehr zu als in dem Maivertrage von 1851. Der 20. April täuscht die Erwartungen der deutschen Staaten und diskreditiert Preußen bei ihnen; sie sehen daß Österreich sein Herr ist! Die Donaumündung hat sehr wenig Interesse für Deutschland. Das adriatische Meer, Englands Herrschaft der jonischen Inseln und die Morea! 10000 mal mehr. § 47 der Schlußakte ist auf vorliegenden Fall nicht anwendbar. Die Westmächte sind nicht im stande, Polen in Aufstand zu bringen. Die preußischen und österreichischen Bauern stehen nicht auf. Die russischen wird Rußland leicht gegen den Adel bewaffnen (Galizien), jetzt haben sie nicht ein Messer. Wie sollte Preußen dazu kommen, Polizeidienste in Österreich gratis zu thun? Womit hat Österreich das verdient an uns? Frankreich wird keinen nackten Bundbruch machen, aber uns durch Unverschämtheit dazu treiben, und Vorwand genug finden, wenn es die Zeit für gekommen hält. — Louis Napoleon ist nicht im stande, die Revolution in Deutschland oder Italien nach Belieben loszulassen oder zu halten."

Wir werden alsbald erkennen, wie richtig Bismarck die durch das Bündnis vom 20. April 1854 geschaffene Sachlage beurteilte.

Kaum hatte Österreich am 20. April 1854 das für seine orientalische Politik geradezu unentbehrliche Bündnis mit Preußen glücklich zu stande gebracht, so regte sich in Wien auch schon wieder der unbelehrbare Dünkel, der sich von der Antretung der „Schwarzenbergschen Erbschaft" herschrieb. Graf Buol schlug nämlich in Berlin vor, den Beitritt des Bundestags zu dem Bündnis nachzusuchen, aber er that das in einer Denkschrift, über welche Bismarck am 26. April urteilt: „Nach der von Österreich vorgeschlagenen Form

für die Behandlung der Sache am Bunde würde Österreich, wenn nicht allein, so doch mehr als Preußen in der Rolle einer europäischen Macht, wir mehr in derjenigen eines Chorführers der deutschen Staaten auftreten. Sodann würde die von uns beantragte Unterstützung Österreichs über das Maß des wirklichen Sachverhalts hinaus den Charakter eines von den deutschen Staaten selbst und lebhaft empfundenen Bedürfnisses annehmen, und das demnächstige Verhalten der Bundesversammlung mehr den Stempel einer dankbaren Bestätigung der Politik Österreichs als Vorkämpfers deutscher Interessen, und weniger den einer bundesfreundlichen Kräftigung der gefährdeten Stellung Österreichs annehmen. Außerdem würde mit der Aufgabe, die Zustimmung der übrigen Bundesgenossen zu den Anträgen Preußens zu gewinnen, der mit einem etwaigen Mißlingen derselben verbundene Rückschlag unsere Stellung allein treffen." Weder eine gemeinsame noch eine preußische Erklärung könne daher am Bunde eingebracht werden, ehe man sich zuvor versichert habe, daß sie nach ihrem Inhalt und Wortlaut „eine überwiegend günstige Aufnahme in der Versammlung findet." Bismarck begründet dann die Forderung, daß die Anträge am Bunde jedenfalls gemeinsame der beiden Großmächte sein müßten, damit Preußen nicht allein die Mühe und Verantwortlichkeit übernehme. Über den „Inhalt der am Bunde zu machenden Vorlagen" ist er einer von Manteuffel „abweichenden Ansicht", für die er dessen Nachsicht erbittet. Er will nämlich „das Bündnis vom 20. April nicht zum Gegenstande eines Bundesbeschlusses machen," sondern schlägt vor, über den Beitritt zu demselben mit den einzelnen Höfen zu verhandeln, am Bunde aber sich mit einem kurzen Rechenschaftsbericht zu begnügen, der zugleich „die Grundlage für die Herstellung besserer Kriegsbereitschaft der einzelnen Staaten gewähre." Sollte das Ergebnis dieser Anfragen bei den Höfen von der Art sein, daß es „sich für den von Verhandlungen am Bunde unzertrennlichen Grad von Öffentlichkeit nicht eignet", so schlägt Bismarck am 27. April vor, daß Preußen und Österreich der Bundesversammlung den Vertrag vom 20. April mit einer Denkschrift über die bisher beobachtete

Haltung der beiden Großmächte und [illegible] auf die Zukunft gerichteten Absichten vorlegen, und die Bundesversammlung [illegible] um „ihr Einverständnis mit der von Preußen und Österreich in der orientalischen Frage eingehaltenen Politik" [illegible] und den Beschluß ersuchen: „die Bundesregierungen zu [illegible] aufzufordern, welche notwendig sind, um demnächst auf Verlangen ihre Truppenkontingente in kürzester Frist in Bereitschaft setzen zu können." Diesem Bericht waren die [illegible] Randbemerkungen über den Vertrag vom 20. April beigefügt, die oben mitgeteilt wurden. Ganz in dem Sinne dieses Berichtes schrieb Bismarck am Schlusse des gleichfalls bereits erwähnten Briefes an Gerlach vom 2[illegible]. April: „Den Beitritt zum Bündnis muß man von Hof zu Hof verhandeln, sonst gibt es schmutzige Wäsche im Bunde."

Gerlach legte diesen Brief, wie er am 3. Mai Bismarck mitteilte, dem Könige vor, und dieser befahl darauf, an Manteuffel zu schreiben, der Minister solle Bismarck sofort den Befehl erteilen, nach Berlin zu kommen und „die dem Bunde infolge des Vertrags vom 20. April zu machenden Vorlagen mitberaten helfen." In der zweiten Maiwoche reiste Bismarck demgemäß auf Befehl seines Herrn nach Berlin und hatte in den Tagen vom 12. bis 15. Mai lange Unterredungen mit dem König und mit Manteuffel. Diese Verhandlungen betrafen die Auslegung des Bündnisses und die Form seiner Behandlung am Bunde, über die Preußen und Österreich sich am 2. Mai verständigt hatten. Daß Bismarck mit seinen Ansichten beim König und Minister nicht vollständig durchdrang, verrät ein Brief Gerlachs an Bismarck vom 12. Mai, in welchem jener schreibt: „Ich wünschte, daß nach Ihren Ansichten verfahren worden wäre, besonders aber bei den Verhandlungen des Vertrags vom 20. April." Indessen hatte Bismarck in Berlin wenigstens soviel erreicht, daß die deutschen Höfe vermittels eines vertraulichen Zirkulars an die preußischen Missionen in Deutschland über die preußischen Ansichten unterrichtet wurden. Dieses Rundschreiben wurde noch in Bismarcks Gegenwart ausgefertigt.

Am Bunde sollte Österreich jedoch eine herbe Täuschung er-

leben. Wie bei der Zollvereinskrisis in den Vorjahren, nur noch deutlicher als damals, trat jetzt zu tage, wie verschieden die deutschen Interessen von denen Österreichs seien, daß diese vielmehr mit den preußischen durchaus zusammenfielen. Was Bismarck bis dahin als die mutmaßliche Stimmung der deutschen Bundesstaaten, namentlich der Mittelstaaten, in seinen Berichten und Briefen vorahnend bezeichnet hatte, sprachen diese Staaten selbst schon in der ersten Bundestagssitzung aus, die sich mit dem Vertrage vom 20. April beschäftigte, am 17. Mai. Strengste Neutralität und durchaus keine Einmischung in die türkischen Händel, das war die Losung, die jetzt von allen Seiten am Bunde Österreich entgegenschallte. Bayern aber hielt es außerdem, wie Bismarck am 18. Mai berichtete, „mit seiner Würde nicht vereinbar," nachdem es erst in den letzten Tagen von den Vorlagen amtliche Kenntnis erhalten, mit der von Österreich betriebenen Eile „über diese wichtige Angelegenheit im Drange des Augenblicks einen Entschluß zu fassen. Bevor Bayern eine Erklärung abgebe, müsse es die Ergebnisse der Bamberger Konferenz abwarten: dazu wird es eines Zeitraums von drei Wochen bedürfen." Auch verlangte Bayern die Niedersetzung eines Ausschusses, um die Antwort auf die preußisch-österreichische Mitteilung abzufassen. In einem Briefe an Gerlach vom nämlichen Tage schreibt Bismarck: die Haltung Bayerns habe nur feststellen wollen, „daß Bayern auf eine preußisch-österreichische Prise nicht sofort und ohne Wahl, sondern nur nach selbsteigener Überlegung nießt." Aber im übrigen fand Bismarck gegen die bayerische „Auffassung nichts zu erinnern" und stimmte gleichfalls für die Vertagung der Sache. Herr v. Prokesch dagegen war darüber „höchst übellaunig". In der Sitzung vom 24. Mai gaben dann zwar Bayern und sämtliche übrigen Staaten den beiden Großmächten „den aufrichtigen Dank der Bundesversammlung für diese wichtige Mitteilung und lebhafte Freude über die bekundete Übereinstimmung Preußens und Österreichs" zu erkennen, beschlossen aber auch, nach Bayerns Antrag, einen Ausschuß zu wählen, um einen Bundesbeschluß zu entwerfen, welcher „die unerschütterliche

Einigkeit Deutschlands durch das vertragsmäßige Organ des Willens und Handelns des Bundes entsprechend zum Ausdruck bringe, um jeden Zweifel darüber zu beseitigen, daß alle Bundesgenossen fest entschlossen sind, kräftig und treu zusammenzustehen in den Prüfungen, welche die nächste Zukunft dem gemeinsamen Vaterlande bringen könnte.“ Bismarck hatte — wie er dem König am 26. Mai berichtet — selbst Herrn v. Prokesch vermocht, dem bayrischen Antrag zuzustimmen.

Am 25. Mai 1854 traten, auf Anregung Bayerns und Sachsens, Vertreter dieser beiden Staaten sowie solcher von Hannover, beider Hessen und Nassau zu einer gemeinsamen Konferenz in Bamberg zusammen, um die Bedingungen des Beitrittes zum Aprilbündnis festzustellen. Etwas von jener Großmannsucht der Darmstädter Koalition aus den Tagen der Zollvereinskrisis trugen ja auch „die Bamberger“ zur Schau. Denn sie beschlossen hier gemeinsam: daß nicht der Einzelne, sondern der deutsche Bund dem Bündnis beitrete. Nicht Österreich und Preußen, sondern der deutsche Bund solle bestimmen, ob das in dem Bündnis für gewisse Fälle vorgesehene kriegerische Eingreifen stattfinden solle oder nicht. Auch müsse dem Bunde zur Wahrung der deutschen Interessen beim künftigen Friedenskongresse eine Stimme vorbehalten werden. Dem Bündnisvertrag vom 20. April wollten sie nur dann beitreten, wenn die Aufforderung an Rußland, die Donaufürstentümer zu räumen, noch aufgeschoben und in der Art formuliert werde, daß man Rußland für die Räumung der Fürstentümer auch die Einstellung der Feindseligkeiten der Westmächte zusichere. Deshalb sollten auch die Seestaaten aufgefordert werden, ihre Truppen zurückzuziehen. Diese letzteren Beschlüsse deckten sich vollständig mit der preußischen Auffassung und nahmen in schärfster Weise Stellung gegen die kriegslustige, russenfeindliche Wiener Politik. Dadurch aber unterschied sich die Bamberger Koalition ganz wesentlich von der vormaligen Darmstädter. Bismarck telegraphierte den Inhalt dieser Beschlüsse dem Minister schon am 3. Juni. Am 6. schrieb er an General v. Gerlach darüber: „Die Ergebnisse von Bamberg

werden Ihnen ebenso vorliegen wie mir; ich kann dem staatsmännischen Gebahren und der Kourage, mit welcher die Firma Beust, Pfordten u. s. w. operiert, meine Anerkennung nicht versagen. Prokesch dagegen ist nicht im stande, sich die Unbefangenheit des Urteils zu bewahren. Er hat ein ehrgeiziges Verlangen, seinem Kabinette den Bund als wohlgeschultes Reitpferd vorzuführen, und Lob für seine byzantinischen Reiterkünste zu ernten, und findet es natürlich erbitternd, daß der gleichgültige Bundesgaul den Druck seiner lügenhaften Schenkel gar nicht annimmt, sondern selbständig hinter dem Zügel bleibt. Ich habe ihm, d. h. dem Reiter, plausibel gemacht, daß augenverdrehende Entrüstung für jetzt nichts nützt, und es viel kleidsamer und förderlicher ist, für diese Woche Pfingstferien zu machen und auf Landpartien eine unbefangene Heiterkeit zu affektieren. Wie kann man sich wundern, daß die älteren Kinder in der Bundesfamilie sich erwachsen vorkommen, nachdem man sie in Bregenz, Frankfurt und Darmstadt das große Wort in den Zwistigkeiten beider Eltern hat mitreden lassen. — Gestern kamen unsere Herrschaften (der Prinz von Preußen mit Gemahlin) hier durch. Ich sagte Sr. Königl. Hoheit, was ich von Bamberg wußte, namentlich das Verlangen wegen der Räumungs-Gegenseitigkeit bei etwaiger Sommation; er fand dies eine ganz natürliche und rechtmäßige Sache, eine Übereinstimmung mit meinen Gefühlen, die ich nicht erwartete. Prokesch behauptete, dieses Verlangen involviere eine Veränderung des Vertrages vom 20. April. Das ist unrichtig; die Fassung der österreichischen Sommation ist gar nicht in der Weise vorgeschrieben, daß das Wiener Kabinet nicht einfach auf das Verlangen der Bamberger eingehen könnte. Überhaupt dürfte es das Richtigste sein, die bambergschen Wünsche als selbstverständlich und den Verträgen nicht zuwiderlaufende zu behandeln. Bedenklich ist mir nur die Forderung wegen Bevollmächtigter des Bundes bei den ferneren Verhandlungen, wenn damit gemeint ist, daß der Bund außer Österreich und Preußen besonders vertreten werden soll; grundsätzlich möchte ich gar keine Bevollmächtigten, sondern die Bundesversammlung selbst und in

Einigkeit Deutschlands durch das vertragsmäßige Organ des Willens und Handelns des Bundes entsprechend zum Ausdruck bringe, um jeden Zweifel darüber zu beseitigen, daß alle Bundesgenossen fest entschlossen sind, kräftig und treu zusammenzustehen in den Prüfungen, welche die nächste Zukunft dem gemeinsamen Vaterlande bringen könnte." Bismarck hatte — wie er dem König am 26. Mai berichtet — selbst Herrn v. Prokesch vermocht, dem bayrischen Antrag zuzustimmen.

Am 25. Mai 1854 traten, auf Anregung Bayerns und Sachsens, Vertreter dieser beiden Staaten sowie solcher von Hannover, beider Hessen und Nassau zu einer gemeinsamen Konferenz in Bamberg zusammen, um die Bedingungen des Beitrittes zum Aprilbündnis festzustellen. Etwas von jener Großmannsucht der Darmstädter Koalition aus den Tagen der Zollvereinskrisis trugen ja auch „die Bamberger" zur Schau. Denn sie beschlossen hier gemeinsam: daß nicht der Einzelne, sondern der deutsche Bund dem Bündnis beitrete. Nicht Österreich und Preußen, sondern der deutsche Bund solle bestimmen, ob das in dem Bündnis für gewisse [illegible] vorgesehene kriegerische Eingreifen stattfinden solle oder nicht. [illegible] müsse dem Bunde zur Wahrung der deutschen Interesse[illegible] künftigen Friedenskongresse eine Stimme vorbehalten werden[illegible] Bündnisvertrag vom 20. April wollten sie nur dann [illegible] wenn die Aufforderung an Rußla[illegible] Donaufürstent[illegible] räumen, noch aufgeschoben und in [illegible]rmuliert w[illegible] man Rußland für die Räumung d[illegible]imer auch [illegible] stellung der Feindseligkeiten der B[illegible]usichere- sollten auch die Seestaaten aufgeford[illegible] ihre T[illegible] rückzuziehen. Diese letzteren Beschlüs[illegible]ch voll[illegible] der preußischen Auffassung und nahm[illegible] gegen die kriegslustige, russenfeindlic[illegible] aber unterschied sich die Bamberger K[illegible] der vormaligen Darmstädter. Bismar[illegible] dieser Beschlüsse dem Minister schon an [illegible] er an General v. Gerlach darüber: „D[illegible]

„Einige Briefe, die ich aus den ministeriellen Regionen erhalte, beunruhigen mich aufs Äußerste, ich muß danach annehmen, daß wir uns von Österreich bereden lassen, mit ihm zusammen die Erstlinge eines neuen Rheinbundes zu werden, indem wir uns aus Feigheit zur Aktion gegen Rußland fortreißen lassen. Haben wir uns wirklich zu einer derartigen Politik von Österreich bereden lassen, so haben wir wieder einmal das Vertrauen der deutschen Regierungen zu uns vernichtet, die hofften, daß wir den Mut haben würden, Österreich in besseren Wegen zu erhalten; daß wir es können, bezweifelt niemand. Eine feige Politik hat noch immer Unglück gebracht; daß wir unsere Kraft wie ein gutmütiger Narr dem Eigennutz Österreichs hingeben, um uns schließlich von ihm bemogeln zu lassen, ist noch das Wenigste; brechen wir aber wirklich auf diesem Wege, dieser Bedienten-Politik, Freunden zu Liebe, mit Rußland, so kostet es den Franzosen ein Wort der Annäherung an Rußland und die sämtlichen deutschen Regierungen fallen ihnen zu, wir und Österreich aber sind die Betrogenen in der Falle. Ich hoffe, es ist nicht wahr, wäre es doch, so muß ich sagen, daß wir nicht im stande sind, auf der mäßigsten Höhe zu stehen, ohne schwindlig zu werden, und ohnmächtig in die Arme des nächsten nervenstärkenden Mannes zu sinken. Beruhigen Sie mich baldigst mit zwei Zeilen, wenn die Lage besser ist, als sie mir vorschwebt; ist meine Besorgnis begründet, so sehe ich schwärzer als am 22. März 1848, wo mir doch die Möglichkeit, zu sagen: ‚Besen seid gewesen‘, keinen Augenblick zu fehlen schien, sondern nur der Wille. Hier aber wird kein Wille mehr helfen, wenn wir einmal in der Rheinbundgaleere drin sind.“ Auch in einem Briefe an Gerlach vom 13. April wiederholt Bismarck die Warnung, daß fast alle deutschen Staaten, wenn die Verbindung der deutschen Großmächte mit den Westmächten zu stande käme, „sich äußerlich mit ihr halten werden, so lange sie einig bleibt, aber mit der feinsten Nase im Winde nach dem ersten Anzeichen einer französisch-russischen Verständigung wittern, um von dieser nicht abgeklemmt zu werden. Ein französisch-russisches Bündnis ist mehreren unter ihnen, wie Württemberg, Sachsen, Darm-

stadt, an und für sich und in erster Linie das erwünschteste; in einer antirussischen Verbindung wird aber nicht Wien-Berlin, sondern wird Frankreich ihr Führer sein."

Sehr glücklich ist Bismarck dann, wie er dem General am 17. April schreibt, „über den gestern als Osterei erhaltenen Brief" Gerlachs vom 12., in welchem dieser Bismarck über den wirklichen Stand der Berliner Verhandlungen aufgeklärt hatte. Von den verschiedenen Bündnisformen empfiehlt Bismarck vorsichtig lieber die „Einschränkung der Garantie auf die Bundesländer, sobald ein Kontrahent einseitig abweicht, weil sie es uns leichter macht, von Österreich nicht fortgerissen zu werden." Am 20. April setzt er dann noch hinzu: „Mit dem materiellen Inhalt unserer orientalischen Politik ist meine Wenigkeit ganz einverstanden, ich glaube aber daß wir sie mit mehr Liebenswürdigkeit gegen Rußland ausstaffieren könnten. Wenn ich mir denke, daß mein Schwager mich mit einer erheblichen Summe anpumpen wollte (wozu glücklicherweise nach seiner bisherigen Lebenslage keine Aussicht ist), so würde ich es vielleicht, unter Berufung auf meine Pflichten als Familienvater, ablehnen, aber ich würde weit davon entfernt sein, mir aus dieser Weigerung ein Verdienst in der öffentlichen Meinung herzuleiten, vielmehr das aufrichtigste Bedauern an den Tag legen, auch wenn ich es nicht fühlte. Dem entsprechend denke ich die Art, wie wir Rußland einen Korb geben sollten. Ich schließe aber, daß man sich nicht (bloß) bemüht hat, fortiter in re zu handeln, sondern sich auch über das suaviter in modo erhoben hat. Es gibt viele Leute, denen Beleidigungen gegen Rußland für Beweise von preußisch-deutschem Patriotismus gelten; aber es sind dies nicht solche Leute, deren Bewunderung irgend welche Quelle praktischen Nutzens für Preußen sein könnte. Prokesch ist so zuthulich und schwarzweiß wie mein Stallkater. Eine nachhaltige Verständigung mit Österreich, um diesem Koalitions- und Rheinbundschwindel ein Ende zu machen, wäre ein großes und leicht zu erreichendes Glück, wenn der Kaiserstaat nicht ‚holter' so sehr herunter wäre. Der Bankerott ist vor der Thür, und im Kriege werden außerhalb der Grenzen nicht

große Armeen verwendbar sein. Wir übernehmen also keine leichte Aufgabe, wenn wir Hand in Hand mit Österreich unser Jahrhundert in die Schranken fordern. Aber ich würde nie dazu raten, Gefahren zu scheuen, wenn sie nur etwas einbringen; nur keine sentimentalen Bündnisse, bei denen das Bewußtsein der guten That den Lohn edler Aufopferung zu bilden hat."

„Ich bin sehr gespannt auf den Inhalt des Bündnisses," schreibt Bismarck weiter am 21. April an Gerlach. „Mich wundert, daß er noch nicht in der Zeitung gestanden hat, jedenfalls erfahre ich ihn durch die zuerst; es ist eine summarische, aber doch zu wenig geheimniskrämerische Art, die königlichen Gesandten zu unterrichten, und dabei weiß ich doch immer noch nicht sicher, welcher von den verschiedenen Preßbengeln der am besten unterrichtete ist."

Am 21. April erhielt Bismarck von Manteuffel die telegraphische Benachrichtigung von dem Abschlusse des Bündnisses vom 20. April. Er beglückwünschte den Minister und dankte ihm in einem Berichte vom 21. April: „Ich habe noch keine Vorstellung von der Tragweite und dem speziellen Inhalt der Konvention. Den Beifall der deutschen Regierungen wird sie in dem Maße haben, als sie Gewähr gegen die Wiener Kriegsbestrebungen bietet; in diesem Sinne sprechen sich meine Kollegen, mit Einschluß des Herrn v. Prokesch aus." Am 25. April kannte Bismarck dann auch den Wortlaut des Vertrages und schrieb darüber an den Minister: „Das Bündnis vom 20. ist wesentlich ein pactum de contrahendo" (eine Verabredung über einen künftig abzuschließenden Vertrag), „durch welches wir den Vorteil erreichen, Österreich den Vorwand zum Drängen zu eigenen leichtsinnigen Beschlüssen zu nehmen und für uns Zeit zu weiterer Beobachtung der Ereignisse zu gewinnen. Wenn Ew. Exc. mir gestatten, das Ziel zu formulieren, welches mir von meinem eine Übersicht allerdings nicht gewährenden Standpunkte vorschwebt, so ist es: 1. durch alle Mittel uns einem kriegerischen Vorgehen gegen Rußland zu entziehen, weil wir mit dem ersten preußischen Kanonenschuß gegen die Russen abhängig werden von den Möglichkeiten einer Verständigung zwischen Paris und Peters-

burg. 2. Zusammenhalten der preußisch-österreichisch-deutschen Staatenmasse unter Bedingungen, die uns mindestens ein wirksames Veto in Betreff der gemeinsamen Politik sichern. Das Bündnis vom 20. in den mir vorliegenden sechs Artikeln bietet eine vortreffliche Handhabe zu diesem System, wenn wir nur mit Entschlossenheit die Auslegung in unserem Sinne von vornherein festhalten. Die Mehrzahl der deutschen Regierungen wird uns dabei thatsächlich unterstützen, wenn auch nicht mit der Absicht, die Entscheidung in Preußens Hand zu legen. Jedenfalls werden sie ein wirksamer Hemmschuh für die vorzeitige Kriegslust Österreichs sein. Läßt sich Österreich nicht von uns auf dem Wege besonnener Politik erhalten, so bin ich überzeugt, daß es bald in Lagen geraten wird, wo es einer thatkräftigen und wohlwollenden Ausführung der zwischen uns bestehenden Abmachungen sehr viel dringender bedarf, und sehr viel höheren Wert darauf legen wird, als jetzt auf deren Unterzeichnung. In dem Falle fürchte ich Nachteile für uns eher von der großmütigen Gesinnung Sr. Majestät gegen einen Bundesgenossen, der in dieser Beziehung so wenig Gegenleistung gewährt, als von den äußeren Ereignissen."

Daß diese „Glückwünsche" Bismarcks an den Minister zum Abschlusse des Bündnisses vom 20. April 1854 schon eine starke Dosis von Vorbehalten und Verwahrungen enthalten, ist einleuchtend. In seiner Stellung als Untergebener konnte Bismarck füglich nicht anders seinen Bedenken Ausdruck geben. Am 28. April schrieb er aber an General von Gerlach: „Über die Behandlung des Bündnisses vom 20. bin ich ganz Ihrer Meinung. Ich habe nicht nur bonne mine gemacht, sondern Manteuffel meinen Glückwunsch zu seinem ausgezeichneten Erfolge dargebracht, diesen Gefühlsausbruch aber natürlich auf eine Auslegung ganz scharf in unserem Sinn gegründet, und gar nicht gethan, als ob eine andere unter Leuten außerhalb der Charité und namentlich unter Preußen möglich wäre. Majestät müssen durchaus darauf halten, daß Allerhöchst Ihre Minister mehr Sekt trinken; ohne eine halbe Flasche im Leibe dürfte mir keiner der Herren in das conseil kommen. Dann würde unsere

Politik bald eine achtbare Farbe annehmen." Am Rande des Berichtes aber, welchen Bismarck am 27. April über die Behandlung des Bündnisses vom 20. April am Bundestage dem Minister erstattete, finden sich noch folgende Bemerkungen von Bismarcks Hand: „Die Westmächte haben einseitig 1. die von Rußland acceptierte Note zurückgenommen; 2. die Flotte ins Schwarze Meer geschickt; 3. den Krieg erklärt; 4. den Zweck des Krieges geändert. Im Bündnis vom 20. April sagt Preußen mehr zu als in dem Maivertrage von 1851. Der 20. April täuscht die Erwartungen der deutschen Staaten und diskreditiert Preußen bei ihnen; sie sehen daß Österreich sein Herr ist! Die Donaumündung hat sehr wenig Interesse für Deutschland. Das adriatische Meer, Englands Herrschaft der jonischen Inseln und die Morea! 10000 mal mehr. § 47 der Schlußakte ist auf vorliegenden Fall nicht anwendbar. Die Westmächte sind nicht im stande, Polen in Aufstand zu bringen. Die preußischen und österreichischen Bauern stehen nicht auf. Die russischen wird Rußland leicht gegen den Adel bewaffnen (Galizien), jetzt haben sie nicht ein Messer. Wie sollte Preußen dazu kommen, Polizeidienste in Österreich gratis zu thun? Womit hat Österreich das verdient an uns? Frankreich wird keinen nackten Bundbruch machen, aber uns durch Unverschämtheit dazu treiben, und Vorwand genug finden, wenn es die Zeit für gekommen hält. — Louis Napoleon ist nicht im stande, die Revolution in Deutschland oder Italien nach Belieben loszulassen oder zu halten."

Wir werden alsbald erkennen, wie richtig Bismarck die durch das Bündnis vom 20. April 1854 geschaffene Sachlage beurteilte.

Kaum hatte Österreich am 20. April 1854 das für seine orientalische Politik geradezu unentbehrliche Bündnis mit Preußen glücklich zu stande gebracht, so regte sich in Wien auch schon wieder der unbelehrbare Dünkel, der sich von der Antretung der „Schwarzenbergschen Erbschaft" herschrieb. Graf Buol schlug nämlich in Berlin vor, den Beitritt des Bundestags zu dem Bündnis nachzusuchen, aber er that das in einer Denkschrift, über welche Bismarck am 26. April urteilt: „Nach der von Österreich vorgeschlagenen Form

für die Behandlung der Sache am Bunde würde Österreich, wenn nicht allein, so doch mehr als Preußen in der Rolle einer europäischen Macht, wir mehr in derjenigen eines Chorführers der deutschen Staaten auftreten. Sodann würde die von uns beantragte Unterstützung Österreichs über das Maß des wirklichen Sachverhalts hinaus den Charakter eines von den deutschen Staaten selbst und lebhaft empfundenen Bedürfnisses annehmen, und das demnächstige Verhalten der Bundesversammlung mehr den Stempel einer dankbaren Bestätigung der Politik Österreichs als Vorkämpfers deutscher Interessen, und weniger den einer bundesfreundlichen Kräftigung der gefährdeten Stellung Österreichs annehmen. Außerdem würde mit der Aufgabe, die Zustimmung der übrigen Bundesgenossen zu den Anträgen Preußens zu gewinnen, der mit einem etwaigen Mißlingen derselben verbundene Rückschlag unsere Stellung allein treffen." Weder eine gemeinsame noch eine preußische Erklärung könne daher am Bunde eingebracht werden, ehe man sich zuvor versichert habe, daß sie nach ihrem Inhalt und Wortlaut „eine überwiegend günstige Aufnahme in der Versammlung findet." Bismarck begründet dann die Forderung, daß die Anträge am Bunde jedenfalls gemeinsame der beiden Großmächte sein müßten, damit Preußen nicht allein die Mühe und Verantwortlichkeit übernehme. Über den „Inhalt der am Bunde zu machenden Vorlagen" ist er einer von Manteuffel „abweichenden Ansicht", für die er dessen Nachsicht erbittet. Er will nämlich „das Bündnis vom 20. April nicht zum Gegenstande eines Bundesbeschlusses machen," sondern schlägt vor, über den Beitritt zu demselben mit den einzelnen Höfen zu verhandeln, am Bunde aber sich mit einem kurzen Rechenschaftsbericht zu begnügen, der zugleich „die Grundlage für die Herstellung besserer Kriegsbereitschaft der einzelnen Staaten gewähre." Sollte das Ergebnis dieser Anfragen bei den Höfen von der Art sein, daß es „sich für den von Verhandlungen am Bunde unzertrennlichen Grad von Öffentlichkeit nicht eignet", so schlägt Bismarck am 27. April vor, daß Preußen und Österreich der Bundesversammlung den Vertrag vom 20. April mit einer Denkschrift über die bisher beobachtete

Haltung der beiden Großmächte und ihre auf die Zukunft gerichteten Absichten vorlegen, und die Bundesversammlungen nur um „ihr Einverständnis mit der von Preußen und Österreich in der orientalischen Frage innegehaltenen Politik“ sowie um den Beschluß ersuchen: „die Bundesregierungen zu denjenigen Vorbereitungen aufzufordern, welche notwendig sind, um demnächst auf Verlangen ihre Truppenkontingente in kürzester Frist in Bereitschaft stellen zu können.“ Diesem Bericht waren die scharfen Randbemerkungen über den Vertrag vom 20. April beigefügt, die oben mitgeteilt wurden. Ganz in dem Sinne dieses Berichtes schrieb Bismarck am Schlusse des gleichfalls bereits erwähnten Briefes an Gerlach vom 28. April: „Den Beitritt zum Bündnis muß man von Hof zu Hof verhandeln, sonst gibt es schmutzige Wäsche im Bunde.“

Gerlach legte diesen Brief, wie er am 3. Mai Bismarck mitteilte, dem Könige vor, und dieser befahl darauf, an Manteuffel zu schreiben, der Minister solle Bismarck sofort den Befehl erteilen, nach Berlin zu kommen und „die dem Bunde infolge des Vertrags vom 20. April zu machenden Vorlagen mitberaten helfen.“ In der zweiten Maiwoche reiste Bismarck demgemäß auf Befehl seines Herrn nach Berlin und hatte in den Tagen vom 12. bis 15. Mai lange Unterredungen mit dem König und mit Manteuffel. Diese Verhandlungen betrafen die Auslegung des Bündnisses und die Form seiner Behandlung am Bunde, über die Preußen und Österreich sich am 2. Mai verständigt hatten. Daß Bismarck mit seinen Ansichten beim König und Minister nicht vollständig durchdrang, verrät ein Brief Gerlachs an Bismarck vom 12. Mai, in welchem jener schreibt: „Ich wünschte, daß nach Ihren Ansichten verfahren worden wäre, besonders aber bei den Verhandlungen des Vertrags vom 20. April.“ Indessen hatte Bismarck in Berlin wenigstens soviel erreicht, daß die deutschen Höfe vermittels eines vertraulichen Zirkulars an die preußischen Missionen in Deutschland über die preußischen Ansichten unterrichtet wurden. Dieses Rundschreiben wurde noch in Bismarcks Gegenwart ausgefertigt.

Am Bunde sollte Österreich jedoch eine herbe Täuschung er-

leben. Wie bei der Zollvereinskrisis in den Vorjahren, nur noch deutlicher als damals, trat jetzt zu tage, wie verschieden die deutschen Interessen von denen Österreichs seien, daß diese vielmehr mit den preußischen durchaus zusammenfielen. Was Bismarck bis dahin als die mutmaßliche Stimmung der deutschen Bundesstaaten, namentlich der Mittelstaaten, in seinen Berichten und Briefen vorahnend bezeichnet hatte, sprachen diese Staaten selbst schon in der ersten Bundestagssitzung aus, die sich mit dem Vertrage vom 20. April beschäftigte, am 17. Mai. Strengste Neutralität und durchaus keine Einmischung in die türkischen Händel, das war die Losung, die jetzt von allen Seiten am Bunde Österreich entgegenschallte. Bayern aber hielt es außerdem, wie Bismarck am 18. Mai berichtete, „mit seiner Würde nicht vereinbar," nachdem es erst in den letzten Tagen von den Vorlagen amtliche Kenntnis erhalten, mit der von Österreich betriebenen Eile „über diese wichtige Angelegenheit im Drange des Augenblicks einen Entschluß zu fassen. Bevor Bayern eine Erklärung abgebe, müsse es die Ergebnisse der Bamberger Konferenz abwarten: dazu wird es eines Zeitraums von drei Wochen bedürfen." Auch verlangte Bayern die Niedersetzung eines Ausschusses, um die Antwort auf die preußisch-österreichische Mitteilung abzufassen. In einem Briefe an Gerlach vom nämlichen Tage schreibt Bismarck: die Haltung Bayerns habe nur feststellen wollen, „daß Bayern auf eine preußisch-österreichische Prise nicht sofort und ohne Wahl, sondern nur nach selbsteigener Überlegung nießt." Aber im übrigen fand Bismarck gegen die bayerische „Auffassung nichts zu erinnern" und stimmte gleichfalls für die Vertagung der Sache. Herr v. Prokesch dagegen war darüber „höchst übellaunig". In der Sitzung vom 24. Mai gaben dann zwar Bayern und sämtliche übrigen Staaten den beiden Großmächten „den aufrichtigen Dank der Bundesversammlung für diese wichtige Mitteilung und lebhafte Freude über die bekundete Übereinstimmung Preußens und Österreichs" zu erkennen, beschlossen aber auch, nach Bayerns Antrag, einen Ausschuß zu wählen, um einen Bundesbeschluß zu entwerfen, welcher „die unerschütterliche

Einigkeit Deutschlands durch das vertragsmäßige Organ des Willens und Handelns des Bundes entsprechend zum Ausdruck bringe, um jeden Zweifel darüber zu beseitigen, daß alle Bundesgenossen fest entschlossen sind, kräftig und treu zusammenzustehen in den Prüfungen, welche die nächste Zukunft dem gemeinsamen Vaterlande bringen könnte." Bismarck hatte — wie er dem König am 26. Mai berichtet — selbst Herrn v. Prokesch vermocht, dem bayrischen Antrag zuzustimmen.

Am 25. Mai 1854 traten, auf Anregung Bayerns und Sachsens, Vertreter dieser beiden Staaten sowie solcher von Hannover, beider Hessen und Nassau zu einer gemeinsamen Konferenz in Bamberg zusammen, um die Bedingungen des Beitrittes zum Aprilbündnis festzustellen. Etwas von jener Großmannsucht der Darmstädter Koalition aus den Tagen der Zollvereinskrisis trugen ja auch „die Bamberger" zur Schau. Denn sie beschlossen hier gemeinsam: daß nicht der Einzelne, sondern der deutsche Bund dem Bündnis beitrete. Nicht Österreich und Preußen, sondern der deutsche Bund solle bestimmen, ob das in dem Bündnis für gewisse Fälle vorgesehene kriegerische Eingreifen stattfinden solle oder nicht. Auch müsse dem Bunde zur Wahrung der deutschen Interessen beim künftigen Friedenskongresse eine Stimme vorbehalten werden. Dem Bündnisvertrag vom 20. April wollten sie nur dann beitreten, wenn die Aufforderung an Rußland, die Donaufürstentümer zu räumen, noch aufgeschoben und in der Art formuliert werde, daß man Rußland für die Räumung der Fürstentümer auch die Einstellung der Feindseligkeiten der Westmächte zusichere. Deshalb sollten auch die Seestaaten aufgefordert werden, ihre Truppen zurückzuziehen. Diese letzteren Beschlüsse deckten sich vollständig mit der preußischen Auffassung und nahmen in schärfster Weise Stellung gegen die kriegslustige, russenfeindliche Wiener Politik. Dadurch aber unterschied sich die Bamberger Koalition ganz wesentlich von der vormaligen Darmstädter. Bismarck telegraphierte den Inhalt dieser Beschlüsse dem Minister schon am 3. Juni. Am 6. schrieb er an General v. Gerlach darüber: „Die Ergebnisse von Bamberg

werden Ihnen ebenso vorliegen wie mir; ich kann dem staatsmännischen Gebahren und der Kourage, mit welcher die Firma Beust, Pfordten u. s. w. operiert, meine Anerkennung nicht versagen. Prokesch dagegen ist nicht im stande, sich die Unbefangenheit des Urteils zu bewahren. Er hat ein ehrgeiziges Verlangen, seinem Kabinette den Bund als wohlgeschultes Reitpferd vorzuführen, und Lob für seine byzantinischen Reiterkünste zu ernten, und findet es natürlich erbitternd, daß der gleichgültige Bundesgaul den Druck seiner lügenhaften Schenkel gar nicht annimmt, sondern selbständig hinter dem Zügel bleibt. Ich habe ihm, d. h. dem Reiter, plausibel gemacht, daß augenverdrehende Entrüstung für jetzt nichts nützt, und es viel kleidsamer und förderlicher ist, für diese Woche Pfingstferien zu machen und auf Landpartien eine unbefangene Heiterkeit zu affektieren. Wie kann man sich wundern, daß die älteren Kinder in der Bundesfamilie sich erwachsen vorkommen, nachdem man sie in Bregenz, Frankfurt und Darmstadt das große Wort in den Zwistigkeiten beider Eltern hat mitreden lassen. — Gestern kamen unsere Herrschaften (der Prinz von Preußen mit Gemahlin) hier durch. Ich sagte Sr. Königl. Hoheit, was ich von Bamberg wußte, namentlich das Verlangen wegen der Räumungs-Gegenseitigkeit bei etwaiger Sommation; er fand dies eine ganz natürliche und rechtmäßige Sache, eine Übereinstimmung mit meinen Gefühlen, die ich nicht erwartete. Prokesch behauptete, dieses Verlangen involviere eine Veränderung des Vertrages vom 20. April. Das ist unrichtig; die Fassung der österreichischen Sommation ist gar nicht in der Weise vorgeschrieben, daß das Wiener Kabinet nicht einfach auf das Verlangen der Bamberger eingehen könnte. Überhaupt dürfte es das Richtigste sein, die bambergschen Wünsche als selbstverständlich und den Verträgen nicht zuwiderlaufende zu behandeln. Bedenklich ist mir nur die Forderung wegen Bevollmächtigter des Bundes bei den ferneren Verhandlungen, wenn damit gemeint ist, daß der Bund außer Österreich und Preußen besonders vertreten werden soll; grundsätzlich möchte ich gar keine Bevollmächtigten, sondern die Bundesversammlung selbst und in

natura als dritten im Bunde auftreten sehen. Von der Nützlichkeit eines dritten überhaupt bin ich durchdrungen, aber nur kein Beust-Pfordten, sondern gerade die rudis indigestaque moles der Bundesversammlung. Prokesch zeigt mir eben die nach Petersburg gegangene Sommation. Die Bamberger sind also moutarde après diner."

In der That hatte Graf Buol seinem Zorn über die Bamberger Beschlüsse in so ungestümer Weise Ausdruck gegeben. Denn während in Bamberg die treuesten Freunde Österreichs die Forderung aufstellten, Österreich müsse die drohende Aufforderung an Rußland vorerst noch unterlassen und dann in milder Form absenden, stellte Graf Buol umgekehrt den Bamberger Zumutungen eine vollendete Thatsache entgegen, indem er am 3. Juni die Aufforderung sofort, ohne ihre vorherige Beratung mit dem Bunde oder mit Preußen, nach Petersburg abgehen ließ. Den bösen Folgen dieser neuen Überhebung seines Ministers suchte der junge Kaiser vorzubeugen, der mit seiner eben heimgeführten jungen Gattin Elisabeth in Prag weilte. In einem herzlichen Schreiben lud er seinen Oheim, den König von Preußen, zu persönlicher Zusammenkunft nach Tetschen ein. Nachdem der König zugesagt, wurden auch Manteuffel und Buol dorthin beschieden.

Bismarck sah den Ergebnissen dieser Zusammenkunft — die am 8. und 9. Juni stattfand — mit schwerem Herzen entgegen. Denn er kannte seinen König. Ein strammer Russenfreund, wie General v. Gerlach, war dort von Wert. Deshalb schreibt Bismarck an ihn am 10. Juni: „Es ist mir eine große Beruhigung gewesen, zu erfahren, daß Sie mit in Tetschen sind. Die offiziösen Zeitungsartikel lassen mich fürchten, daß bei uns einige Neigung vorhanden ist, den österreichischen Büttel gegen die Bamberger zu spielen, während doch mein französischer Kollege über die letzteren sehr richtig sagt: ils font le jeu de la Russie. Ist man in Wien bös über Bamberg, so mag man auch allein die Kinder, die man erzogen hat, wieder auf ihren Standpunkt zurückschelten; wir aber dürfen Österreich nicht daran gewöhnen, nach Belieben uns

mit den Mittelstaaten, und diese durch uns zu kneifen. Die Bamberger Kourage beruht auf der Voraussetzung, daß wir eine unseren eigenen Interessen entsprechende Politik treiben; sind sie dabei zu großmächtig aufgetreten, so sollten sie von uns doch nur in wohlwollender Weise zurechtgewiesen werden. Unsere Presse stimmt schon wieder ihre Spottlieder darüber an, daß diese Staaten kleiner sind als Preußen, ganz in der Art wie ein neuer Edelmann den roturier (Bürgerlichen) verhöhnt. Meine Kollegen von der Koalition (von Bamberg) stöhnen jetzt schwer darüber, daß man von Wien aus nicht mehr so liebenswürdig gegen sie ist, als vor Jahr und Tag (bei der Krisis des Zollvereins u. s. w.), und sie nach dem Thema: ‚Der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan, der Mohr kann gehen‘ behandelt. Dergleichen Vorkommenheiten würde Österreich mit großem Geschick gegen uns ausbeuten, wenn die Lage umgekehrt wäre, und dabei größere Zwecke doch nicht aus dem Auge verlieren. Wir aber werden vermutlich die Kleinen brutalisieren und sehr stolz sein, daß Österreich uns würdigt, sich auf unseren Arm zu stützen, während es sich den Anschein gibt, als führe es uns mit überlegener Kraft und Einsicht. Wenn Sie einen Augenblick Zeit haben, so schreiben Sie mir, ob wir in Tetschen eine zweite Schlacht verloren haben."

Diese Befürchtungen Bismarcks betreffs der Tetschener Ergebnisse waren nicht unbegründet. Denn dort billigte der König die Form der österreichischen Aufforderung an Rußland; eine preußische Depesche zu ihrer Unterstützung wurde verabredet, auch eine gemeinsame Antwort an die Bamberger festgestellt, welche ihren Beitritt zum Bündnis mit Sicherheit erwartete und ihren Wünschen Erfüllung versprach, so weit es die Umstände gestatteten.

Manteuffel teilte Herrn v. Bismarck von Tetschen aus am 9. Juni die Auffassung des Grafen Buol in der orientalischen Frage, wenn auch nicht „die Ergebnisse von Tetschen" mit. Bismarck verschob daher seine Antwort bis zum 16. Juni, um nicht „mit meinen Aussprachen in das Dunkel einer mir gänzlich unbekannten Lage hineinzutappen, und mit verspäteten Ausführungen

gegen den Prellstein einer vollendeten Thatsache anzurennen. Obschon ich auch jetzt über die Ergebnisse von Tetschen nicht klar sehe, so führt mich doch die von Eurer Excellenz mitgeteilte Auffassung des Grafen Buol zu sehr in die Versuchung, Ihre Nachsicht für eine Besprechung derselben in Anspruch zu nehmen. Selbst vom alleinigen Wiener Standpunkt halte ich die Politik des Grafen Buol für unrichtig, indem ich glaube, daß Österreich sich früher oder später mit Rußland über das Schicksal der Türkei in Güte verständigen muß und dazu findet sich ein so günstiger Augenblick, wie die jetzige Verlegenheit Rußlands ihn bietet, sobald nicht wieder. Jedes den Russen durch Österreich abgezwungene Zugeständnis wird Rußland nur nötigen, den Augenblick abzuwarten, wo es als Verbündeter eines Feindes Österreichs sich rächen kann, und letzteres hat in Deutschland gegen uns, in Mailand, Rom und Neapel, gegen Frankreich, und zu Hause gegen seine eigenen Unterthanen zu viele streitbringende Interessen, als daß dieser Augenblick nicht kommen sollte. Eine Schwächung Rußlands, durch die es unfähig würde, sich zu rächen, ließe sich nur durch die volle Herstellung Polens, und auch dadurch nicht sicher herbeiführen. Dadurch aber, ganz abgesehen von der Möglichkeit für uns (diese Herstellung Polens zu dulden), wäre ein viel bedenklicheres Übergewicht Frankreichs gegeben, als das jetzige Rußlands. Dabei ist außerdem schwer zu glauben, daß die im Orient zu erringenden Vorteile nicht mehr England als Österreich zu gute kommen sollten, und das ist in demselben Maße für letzteres bedenklich, als ihm das adriatische Meer wichtiger ist wie die Donau. Es ist indessen nicht mein Beruf, die österreichische Politik vom Standpunkte eines Österreichers aus zu kritisieren. Eine andere Frage ist, ob wir wohlthun, uns dieser österreichischen Politik hinzugeben. Graf Buol scheint diese Frage als unwiderruflich abgethan zu betrachten, wenn auch nur durch die einfache Drohung Österreichs, sich andernfalls den Seemächten vertragsmäßig anzuschließen. Diese Drohung halte ich für eine leere, und um vor ihrer Ausführung sicher zu sein, hätten wir nicht einmal nötig, die Möglichkeit durchblicken zu lassen,

daß wir im Verein mit den übrigen deutschen Staaten nötigenfalls feindlich dagegen auftreten könnten; schon die Aussicht auf eine willenlose Abhängigkeit von Frankreich in Bezug auf Kriegführung und Friedensschluß würde Österreich von solchen Schritten zurückhalten. Für uns betrachte ich es jedenfalls als einen Gewinn, daß die Verbindung von Rußland, Österreich und den Mittelstaaten, der wir auf den Wegen deutscher Politik in den letzten Jahren überall begegneten, sich gelöst hat, hoffentlich auf die Dauer. Graf Buol nennt die Mittelstaaten russische Hospodare: sobald sie nicht gehorsam mit Österreich gehen, würde er immer einen ähnlichen Namen für sie finden, sei es Rheinbundsfürsten oder preußische Unionsvasallen. Der Fehler liegt vielmehr in dem verwöhnten Egoismus von Österreich, dem es nur zu oft seit Jahrhunderten gelungen ist, seine Hausinteressen für deutsche einzuschmuggeln."

In diesem eigenhändigen Bericht Bismarcks ist dessen Urteil über die ihm damals noch unbekannten Abmachungen von Tetschen schon im Voraus gefällt. Den infolge der Tetschener Abmachungen von Manteuffel am 16. Juni an die preußischen Gesandtschaften in Deutschland verschickten Erlaß hatte Bismarck als Untergebener freilich einfach hinzunehmen. Dieser Erlaß widerlegte die Bedenken der Bamberger und lud sie zu baldigem Beitritt zum Aprilbündnis ein. Sonst würden Preußen und Österreich in die Lage kommen, sich nur noch mit einzelnen Regierungen zu verständigen. Da der Erlaß „versöhnlich gehalten" war, so zeigte sich Bismarck bemüht, auch von Frankfurt aus darauf hinzuwirken, daß die in Bamberg vertreten gewesenen Regierungen ihre Bedenken als erledigt ansahen. Am 27. und 28. Juni kann dann Bismarck dem Minister berichten, daß sämtliche Bamberger bereit seien, „sich zum Ziele zu legen. Diesen günstigen Erfolg gegenüber der Bamberger Politik verdanken wir vorzugsweise der milden und zum Einlenken die Hand bietenden Fassung unserer Antwort, zu der Eure Excellenz die Wiener Gereiztheit vermocht haben." Am nämlichen Tage schreibt Bismarck an Gerlach: „Von Manteuffel habe ich gestern ein Schreiben erhalten, in diesem und einem früheren vom 9. aus Tetschen schreibt

er eingehender und freundlicher, als seit langer Zeit. Seine Theorie ist: zu einer ehrgeizigen Politik ist der König nicht zu bringen, es ist also auch kein Grund für uns da, etwas zu wagen, sondern wir müssen sehen, daß wir uns möglichst ohne Schaden und Stoßen durchlavieren. Das österreichische Bündnis war nötig, weil wir ohne das entweder in Krieg mit allen, oder in zu enge Verbindung mit den Westmächten geraten wären; wollen wir aber das Bündnis, so müssen wir Österreichs Bedingungen annehmen. Se. Majestät selbst wollen das Bündnis. Die Bamberger scheinen sich zum Ziel zu legen; von russischer Seite selbst redet man ihnen zu, weil man glaubt, daß das Bündnis mit ihnen sich gemäßigter entwickeln werde, als ohne sie, eine meines Erachtens richtige Ansicht."

Inzwischen hatten die Ereignisse auf der Weltbühne ihren Fortgang genommen. Durch die Erfolge von Tetschen schien Österreich nur noch übermütiger geworden. Denn schon am 14. Juni schloß Graf Buol, ohne in Berlin nur anzufragen, mit der Türkei einen Vertrag über die gemeinsame Besetzung der Donaufürstentümer und schob stärkere Truppenmassen gegen die Grenzen Rumäniens heran. In Rußland aber mußte in denselben Wochen die Entscheidung über die österreichische Aufforderung zur Räumung der Fürstentümer getroffen werden. Wäre Zar Nicolaus noch im vollen Besitze seiner Kraft gewesen, so hätte er zweifellos die Zumutung entschieden abgelehnt. Aber auch seine riesenhafte Körperstärke hatte sich allmählich aufgezehrt. Gerlachs Denkwürdigkeiten bestätigen, nach Edwin v. Manteuffels Berichten aus Petersburg, die Schilderung von dem damaligen Zustand des Zaren, die schon Sybel nach den Mitteilungen des preußischen Geschäftsträgers in Petersburg in die Worte faßt: „Der Kaiser war mit Arbeit überlastet, dabei fortdauernd krank, sorgenvoll, abwechselnd auffahrend und unschlüssig. Die früher gewohnte Einheit und Folgerichtigkeit verschwand aus der Behandlung der Geschäfte." Im Ganzen aber beugte der Zar die heftigen Entschlüsse seines gereizten Wesens unter die gelassene Einsicht und „schweigende Mißbilligung seines Kanzlers, des Grafen Nesselrode, und überließ diesem die Ausführung nach eigenem Sinne."

So gab denn Rußland am 29. Juni auch auf die österreichische Herausforderung eine „halbwegs eingehende Antwort“, indem es sich bereit erklärte, die Fürstentümer zu räumen, wenn Österreich die Gewähr übernehme, daß auch die Gegner von weiteren Feindseligkeiten gegen russisches Gebiet abstünden. Bei solchem Waffenstillstand sei Rußland geneigt, den Frieden auf der Grundlage des Wiener Protokolls vom 9. April abzuschließen. Die unruhig-kriegslustige und abenteuerliche Politik des Grafen Buol fand aber an dieser entgegenkommenden Antwort Rußlands kein Genüge. Am 9. Juli erklärte er der russischen Regierung, ihren Wunsch nach einem Waffenstillstand den Westmächten bestens empfehlen zu wollen. Doch könne er keine Gewähr für deren Zustimmung übernehmen, sondern müsse auf der Räumung der Fürstentümer bestehen. Zugleich verlangte er von Preußen die Mobilmachung von 200 000 Mann und der Hälfte der Bundeskontingente. Ja, er meldete, ohne Preußens Zustimmung abzuwarten, einen im Namen der beiden deutschen Großstaaten beim Bundestag einzubringenden Antrag auf Kriegsbereitschaft der deutschen Bundesgenossen an. Nun handelte Preußen aber ganz so, wie Bismarck seit Monaten empfohlen hatte. Es fand die russische Antwort befriedigend, ihre Forderungen billig, und ihren Inhalt geeignet zur Grundlage von Friedensverhandlungen. Daher wurde nur die kriegsmäßige Verstärkung des Pferdebestandes bei der Reiterei und Artillerie verfügt, dagegen durchaus keine Mobilmachung. Von Österreich dagegen verlangten nun die Westmächte, es müsse auf die russische Note vom 29. Juni die einzig gebührende Antwort erteilen, indem es ein Schutz- und Trutzbündnis mit den Seemächten schließe und sofort in den Krieg gegen Rußland eintrete. Während man in Wien über dieser letzten Entscheidung noch zauderte, räumte Rußland plötzlich die Donaufürstentümer aus „strategischen Gründen“, zog seine Truppen hinter den Pruth zurück und entwand damit Österreich den Kriegsfall. In den Vorgängen am Bunde und in Bismarcks Verhalten dabei erkennen wir deutlich das Widerspiel dieser geschichtlichen Scenen.

[illegible] bezeichnend, daß der Bund sich während dieser [illegible] Haltung der preußischen Politik auch nicht einmal über den Abschluß zu dem [illegible] entschieden hatte. [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] Bismarck [illegible] der Beziehungen der [illegible] Lage zu, die Österreich [illegible] geschaffen hat. „Mehrere meiner Kollegen", berichtet er am 11. Juli, „äußern die Ansicht: der Vertrag vom 20. April sei durch den [illegible]-österreichischen Vertrag vom 14. Juni [illegible] und werde es während der Verhandlungen über den Beitritt des Bundes zu demselben noch mehr werden. Für unsere Freiheit des Entschlusses ist es nur günstig, wenn sich Österreich ohne uns in Komplikationen verwickelt, die mit dem Bündnis vom 20. April nichts zu thun haben. Diese unsere Freiheit dürfte zu benutzen sein." In der „Freude über die ruhigere Wendung, welche die orientalischen Leidenschaften in Wien zu nehmen scheinen," nachdem Rußland die Donaufürstentümer geräumt hatte, schreibt Bismarck am 14. Juli an General v. Gerlach: „Gelingt es in dem jetzigen Stadium, Frieden zwischen Österreich und Rußland festzuhalten, so schneiden wir so gut als möglich ab, politisch, pekuniär, nach allen Seiten hin. Doch schien die Ansicht des Prinzen von Preußen noch immer zu sein: wir müssen Rußland den Krieg erklären, dann giebt es ohne Schwertstreich nach, und dann stehen wir mit Rußland und Österreich gegen Frankreich. Ich meine: Rußland wird uns [illegible], wenn wir soeben seine Demütigung herbeigeführt haben; außerdem ist die noch nicht so schnell gemacht, wie S. K. H. annimmt." In demselben Sinne schreibt Bismarck am 21. Juli vertraulich an Manteuffel: „Daß die Westmächte, wenigstens England die russischen Zugeständnisse (vom 29. Juni) zurückweisen, darüber ist kein Zweifel. Und provoziert Österreich allein auf die Seemächte und deren Entscheidung, so lehnt es einfach ab. Wenn das Bündnis vom 20. April nicht eine selbständige Politik auch dem Westen gegenüber feststellt, so wäre es angenehmer für uns gewesen, mit

dem Westen direkt zu verhandeln, als Nullen hinter der Eins Österreich zu bilden, die innerhalb der Konferenz doch auch nur wieder eine Ziffer in dritter Stelle bedeutet. Die Westmächte legen der Wiener Konferenz nur für die deutschen Mächte eine beengende Kraft bei, während sie sich selbst eine unabhängige Bewegung vindicieren." Und in einem Privatschreiben Bismarcks an Manteuffel vom 23. Juli heißt es: „Wir haben kein eigenes Bedürfnis, uns bei den Gefahren und Kosten einer derartigen Eroberung (der Donaufürstentümer durch Österreich) zu beteiligen. Durch Gründe der Billigkeit und Friedensliebe wird sich das Wiener Kabinet nicht mehr abhalten lassen, vielleicht noch durch eine entschiedene Sprache Preußens und der übrigen Bundesgenossen, eine Sprache, welche die Hoffnung abschnitte, daß letztere den österreichischen Staat gegen die Folgen eines leichtsinnig und ehrgeizig gesuchten Krieges vertreten würden, und welche die Möglichkeit eines feindseligen Auftretens gegen Österreich nicht ausschlösse. Ich setze dabei voraus, daß Österreich uns durch willkürliche Bewegungen außerhalb des Bundes und durch gewaltsame und einseitige Deutungen eine größere Freiheit des Handelns wieder gibt. Innerhalb des Bündnisses und dessen rechtmäßiger Entwickelung bietet sich als das nächste Hilfsmittel die Vorlage der russischen Antwort (vom 29. Juni) an den Bund, derselbe hat ein Recht darauf. Die Stellung, welche wir durch die Gleichheit des Interesses zu den Bambergern gewonnen, überschätze ich nicht, und baue für die Zukunft darauf nicht viel, wenn schon etwas. Jetzt frage ich: entspricht es unserem Interesse, den Krieg zwischen Österreich und Rußland zum Ausbruch kommen zu lassen? Ich kann mir denken, daß man sie bejaht, aber eine desfallsige Politik ist nicht die Sr. Majestät des Königs. Wird sie verneint, so können uns die Bamberger von Nutzen sein, um den Eindruck einer Art von Abschreckung zu erhöhen, vermöge dessen wir den kriegerischen Ehrgeiz Österreichs zur Besinnung bringen. Wir laufen dabei nicht Gefahr, von den Bambergern beeinflußt zu werden, sondern fangen nur ihren Wind in unser Segel auf. Wir haben nur Vorteile, keine Nachteile von einer Verbindung mit den Bambergern. An

[illegible] Am 27. Juli [illegible] Bismarck [illegible] nach München, auf Befehl des Königs, um mit diesem [illegible] zusammenzutreffen.

[illegible] jedoch, am 24. Juli, traf der Bund endlich seine Entscheidung. Da zu dieser Zeit bekannt wurde, daß Rußland die Donaufürstentümer räume, und damit der Zusatzartikel zu dem Aprilvertrag seine bedenkliche Geltung verloren hatte, so trat die Bundesversammlung mit allen Stimmen gegen die eine von Mecklenburg-Strelitz dem Bündnis bei, doch sollten die deutschen Großmächte „die auf Grund des Art. 11 der Bundesakte übernommenen Verpflichtungen durch ihre gesamte deutsche und außerdeutsche Macht erfüllen,“ und die Bundesversammlung behielt sich vor, die Mittel

zur Erreichung der Zwecke des Bündnisses eintretenden Falles zu beraten. Bismarck hatte diese Zusätze für unbedenklich gehalten und dem Minister empfohlen, um „den in Bamberg gefaßten Beschlüssen wenigstens eine äußere Genugthuung zu verschaffen," und Österreich hatte zugestimmt, um die neue Führerrolle Preußens am Bunde nicht zu deutlich hervortreten zu lassen. Daß der Bund „zum Einvernehmen mit Berlin und Wien und über die Folgen des Bündnisses ohne Rückhalt herangezogen werden", also auch über die russische Antwort vom 29. Juni beraten müsse, betont Bismarck auch in einem Bericht aus München von Ende Juli, nachdem er dort mit den Königen von Bayern und Württemberg, deren Ministern und seinem eigenen König eingehende Beratungen gehabt. Der König von Württemberg namentlich wiederholte mehrmals mit Accent die Frage, ob „die deutschen Regierungen gewiß und nachhaltig auf das Einverständnis mit Preußen rechnen könnten, wenn sie den Anmutungen Österreichs zu folgen sich weigerten."

Kaum hatte der Bund den Beitritt zum Aprilvertrag erklärt, so zeigte Österreich, das es damit auch die beliebige Verfügung über die Streitkräfte des Bundes erlangt zu haben meine. Denn ohne nur erst in Berlin anzufragen, und obwohl Rußland bereits die Donaufürstentümer räumte, zeigte Österreich nun in einer Zirkulardepesche vom 28. Juli 1854 den deutschen Regierungen an: Österreich und Preußen würden demnächst gemeinsam beim Bunde den Antrag auf Mobilmachung der halben Bundeskontingente zur schleunigsten Beistimmung einbringen. Glücklicherweise weilte gerade damals Herr v. Bismarck seit Anfang August in Berlin; er war dorthin von München mit dem König gekommen, um in alle Einzelheiten der orientalischen Frage eingeweiht zu werden. Der Gegenzug Preußens auf diese österreichische Dreistigkeit trägt daher unerkennbar die Züge seines Geistes, Rates und Geschickes. Dieser Gegenzug bestand in einem preußischen Rundschreiben (vom 3. August) an die deutschen Höfe, in welchem diese unterrichtet wurden, Preußen habe die Verstärkungen seines Pferdebestandes nicht etwa auf Grund des Aprilbündnisses, sondern „aus freier und selbständiger Ent-

Bismarck war natürlich über Österreichs neue Treulosigkeit empört, gleichzeitig aber schmerzlich berührt durch die schwächliche Haltung der preußischen Politik. Schon am 15. August berichtet er an Manteuffel, daß er durch die Abmachung der drei Mächte vom 8. August, ohne Preußen, das Aprilbündnis überhaupt für aufgehoben halte. Selbst die Bereitwilligkeit des Königs, die vier Punkte dem russischen Schwager zur Annahme zu empfehlen, begleitet Bismarck mit unverhohlenem Mißbehagen. „Damit geschieht gewiß das Äußerste, was Österreich von unserer bundesfreundlichen Gesinnung erwarten kann, und vielleicht mehr als thunlich ist," schreibt er dem Minister, „wenn Preußen den bisher von Seiner Majestät dem König so erfolgreich geübten vermittelnden Einfluß auf Rußland behalten will. Denn nachdem der Kaiser Nikolaus sowohl bei Abfassung der russischen Antwort (vom 29. Juni) als auch in Betreff der Räumung der Fürstentümer sich den Ratschlägen unseres A.H. Herren gefügt hat, wird die einfache Unterstützung der österreichischen Forderungen von seiten Preußens wohl kaum von dem Kabinet von St. Petersburg erwartet worden sein." Noch viel freier und bitterer kann Bismarck natürlich seinem Unmut Lauf lassen in einem Briefe an den General v. Gerlach vom nämlichen 15. August:

„Ich habe gestern Abend Nachrichten aus Berlin bis zum 12., und kann nicht sagen, daß ich mein preußisches Selbstgefühl durch die letzteren gehoben fühle. Wir haben uns lange und mit Recht gesträubt, in ernstlicher Verbindung à quatre gegen Rußland zu operieren, so lange die Westmächte (auch) uns darum baten, und (obwohl) Rußland sich schroff und unnachgiebig anstellte. Jetzt thut der Kaiser Nikolaus genau, was Preußen ihm rät, und die Westmächte dagegen machen einen Notenaustausch von entscheidender Wichtigkeit, ohne uns ein Wort dabei zu gönnen: sie affektieren, von uns keine Notiz zu nehmen, und Österreich hat noch so viel Rücksicht für den heruntergekommenen Freund, daß es uns Kenntnis von dem Geschehenen gibt. Das ist die Art, wie man uns behandeln muß, wenn man etwas recht Unverschämtes von uns

erreichen will. Die Leute (d. h. Österreich u. s. w.) werden das schon lernen. Wir konnten keine anständigere Gelegenheit haben, aus der Konferenzscheere loszukommen, mit der wir zur Rolle eines Geld- und Rekrutendepots für den weströstlichen Divan zugeschnitten wurden, ohne daß man uns erlaubte, unsere Finger mit anzulegen. Aber ungebeten, als schlecht behandelter intrus (Eindringling) drängen wir uns in dieses Konzert hinein, und improvisieren eine kleine Stimme für uns, nach der sich die Anderen nicht einmal umsehen. Wir ängstigen uns, allein zu sein, und halten uns am Rockschoß von Österreich fest, das uns durch Buols Lloyd (das offiziöse Blatt Buols) fortwährend die Ruthe geben läßt, überzeugt, daß wir ihm doch nachlaufen, wie ein herrenloser Pudel. Ich finde das selbst mit der Ehre unverträglich, die Se. Majestät die Offiziersehre zu nennen pflegt, und jedenfalls nicht gehandelt wie ein großer Staat. Ich schäme mich aufs tiefste über die Rolle, die wir spielen." Zur Rechtfertigung dieser freimütigen Herzensergießung setzt Bismarck hinzu, daß ihm der „König neulich in Charlottenburg befohlen habe, in wichtigen Fällen direkt zu schreiben."

Am 17. August kann Bismarck dagegen dem Minister und am 18. August dem König mit Befriedigung berichten, daß „nunmehr jede Anmutung zur Aufstellung von Bundestruppen auf allgemeinen Widerstand stoßen werde." Der bayrische Gesandte habe die Anweisung, bei nächster Gelegenheit zu erklären: „Bayern betrachte das deutsche Interesse an der orientalischen Frage durch die Räumung der Donauprovinzen als erledigt, damit auch jede Pflicht zu militärischen Leistungen auf Grund des Beitrittes zum Aprilbündnis als beseitigt." Ein anderer Gesandter habe Bismarck gesagt: „er sehe die Zeit nahen, wo die deutschen Staaten wiederum einen Wettlauf in Abschließung von Separatverträgen mit Frankreich anstellen würden; es könne daraus niemand ein Vorwurf gemacht werden, nachdem Österreich das erste Beispiel gegeben habe." Auch in Bismarcks Immediatbericht an den König findet die Erbitterung der Bundesversammlung über Österreichs Politik ungewöhnlich lebhaften Ausdruck. Die vorstehenden Angaben werden

wiederholt und hinzugefügt: „Den tiefsten Eindruck machte auf die Bundesversammlung die Feststellung der Thatsache, daß Österreich ein Separatabkommen mit den Westmächten vermöge des Notenaustausches von Wien getroffen hat. Mit besonderem Interesse wurde durch die Anfragen mehrerer Gesandten festzustellen gesucht, ob der Notenaustausch vor oder nach der russischen Anzeige der Räumung der Donaufürstentümer stattgefunden habe.“ Prokesch log der Versammlung vor, Gortschakoff habe die Anzeige von der Räumung erst am 16. August gemacht, während der Notenaustausch schon am 8. erfolgt sei. In Wahrheit aber hatte Gortschakoff seine Räumungsnote dem Grafen Buol schon am 7. August übergeben, und Bismarck nagelt den österreichischen Präsidialgesandten auf dieser Lüge fest mit den Worten: „Am Tage vorher (16. August) hatte mir Frhr. v. Prokesch mitgeteilt, daß der Notenaustausch mit voller Kenntnis in Betreff der Mitteilung der Räumung stattgefunden habe, wie es denn auch in Wirklichkeit der Fall war. Es fehlte nach der Sitzung nicht an den bittersten Äußerungen über die Politik Österreichs und über die Rücksichtslosigkeit, mit welcher dieselbe durchgeführt werde. Es wurde gesagt, daß es jedenfalls den deutschen Staaten größere Vorteile verspreche, mit Frankreich in direkter Verbindung zu stehen, als über Wien!“

Diese tiefe Mißstimmung hielt glücklicherweise an, so daß auch in der letzten Sitzung des orientalischen Ausschusses des Bundestages, am 25. August, Österreich nicht an das Ziel seiner Wünsche gelangte, sondern der Ausschuß in die Ferien ging, „um Instruktionen einzuholen.“ Bismarck ist schon am folgenden Tage zu demselben Zwecke wieder in Berlin. Kaum hier angekommen, richtet er, zur Ergänzung seiner Berichte über die letzten Frankfurter Sitzungen, an Manteuffel ein eigenhändiges Schreiben, in welchem er sagt: „Nicht alle meine Kollegen haben eigene Ansichten; aber die Selbständigen unter ihnen urteilen im Vertrauen mir gegenüber wie folgt: Preußen hat dasselbe Interesse wie wir, Österreich vom Kriege gegen Rußland abzuhalten, Preußen hat auch die Macht dazu, wenn es den Mut hat, Österreich einen Angriffs-

krieg gegen Rußland zu untersagen; wenn wir aber sehen, daß Preußen sich durch einen so „bornierten und leichtsinnigen" Menschen wie den Grafen Buol fortreißen läßt, ohne daß dieser bei entscheidenden Entschlüssen auch nur nach der Ansicht Preußens fragt, bevor er zur That schreitet, so müssen wir selbst an unsere Sicherheit denken. Segeln beide deutsche Großmächte unter dem Steuer des Grafen Buol, so ist vorauszusehen, daß Deutschland Schiffbruch leidet, denn die gewisse Folge eines preußisch-österreichischen Krieges gegen Rußland ist die Verbindung des letzteren mit Frankreich, welche Rußland in der Not um jeden Preis erkaufen wird. Kann daher Preußen nicht Österreich vom Kriege abhalten, so werden wir allerdings mit Österreich und Frankreich gehen, so lange beider Wege zusammenfallen, aber mit Frankreich, sobald es sich von Österreich trennt und mit Rußland in Beziehungen tritt." Am 29. August mußte Bismarck seine kurzen Ferien unterbrechen, und auf den Ruf seines Königs aus dem Kreise der Familie in Reinfeld in Pommern sich nach Putbus auf der Insel Rügen begeben, wo Friedrich Wilhelm damals weilte. Denn inzwischen hatte der politische Horizont sich noch bedrohlicher umwölkt. Rußland hatte nämlich am 26. August die vier Punkte rundweg abgelehnt, zugleich jedoch erklärt, daß es sich hinfort auf die Verteidigung seines Gebietes beschränken, diese aber mit fester Entschlossenheit durchführen werde. Bismarck war, wie ihm General Gerlach schrieb, vom König nach Rügen befohlen, „da es von größter Wichtigkeit ist, daß unsere Politik recht klar festgestellt wird." Neben Gerlach weilten auch Oberst Edwin Manteuffel und Alvensleben in Putbus. Nun wurde auch der Ministerpräsident dorthin beschieden. Die dortigen gemeinsamen Beratungen mit dem Könige fanden ihren Abschluß in einem Rundschreiben Preußens an die deutschen Höfe, in welchem erklärt wurde: nachdem Rußland versichert hat, sich auf die Verteidigung seines Gebietes zu beschränken, ist für die österreichischen Truppen in den Fürstentümern keine Gefahr mehr vorhanden, also eine Ausdehnung des Aprilbündnisses zu deren Schutz nicht nötig. Die vier Punkte sind ohnehin nicht unbedenklich, und

[illegible] den Bundesge-
[illegible]
[illegible] werde
[illegible] dem [illegible]
[illegible]
[illegible] aus der [illegible]
[illegible] den [illegible]
[illegible] ange-
[illegible] zu [illegible]
[illegible]
[illegible] vom [illegible]
[illegible] an der
[illegible] müssen.
[illegible] Gesandten aus
[illegible]
[illegible] Bewegungen mit
[illegible] Ver-
[illegible] Regierung
[illegible] und Frage
[illegible] zur
[illegible]

[illegible] 1854 nach Au-
[illegible] Frankfurt zu-
[illegible] die hohen
[illegible] in der orientali-
[illegible] Bismarck die
[illegible] Bismarck be-
[illegible] nach wel-
[illegible] zu einer Mehr-
[illegible] vertraulichen
[illegible] nämlichen Tage
[illegible] des Herrn v. Prokesch
[illegible] Wendung der
[illegible] meiner Kollegen hat er —

nach der Rückkehr aus seinen kurzen Ferien in Badenweiler — unumwunden Sottisen in Betreff seiner Person und seiner Regierung gesagt, den Bund für ein unnützes Institut erklärt, und man hat ihn allseitig meiden müssen, wie eine böse Katze, wenn man nicht gebissen sein wollte.“ Dieser tiefe Ärger stammt bei ihm und dem Grafen Buol, nach Bismarcks Ansicht „von der Enttäuschung durch die russische Antwort (Ablehnung) her.“ Denn sie meinten, diese würde anders ausgefallen sein, „wenn die Haltung Preußens und Deutschlands demonstrativer gegen Rußland gewesen wäre.“

Inzwischen waren aber auf dem europäischen Kriegsschauplatze wieder neue wichtige Ereignisse eingetreten, welche auch auf die Versammlung der Bundestagsgesandten in der Eschenheimer Gasse in Frankfurt erhebliche Rückwirkung äußerten. Am 19. September waren nämlich die englischen und französischen Truppen in der Bucht von Eupatoria gelandet und hatten die Russen am 20. in der Schlacht an der Alma geschlagen. Am 28. September aber war in Wien eine Depesche aus Bukarest eingelaufen, welche meldete, ein Tartar habe dorthin die Nachricht gebracht: daß nach einer großen Niederlage der Russen Sebastopol in die Hände der Verbündeten gefallen sei. Buols Freudenrausch und -Taumel bei dieser „Tartarenbotschaft“ war geradezu ergötzlich. Zweimal an dem einen Tage sandte er feurige Glückwünsche an den Kaiser Napoleon. Zugleich aber hielt er nun ein kräftiges Einschreiten im österreichischen Sinne beim Bunde für angebracht. Am 30. September erklärte er in Berlin, Österreich müsse abgesondert von Preußen am Bunde vorgehen. Und am 1. Oktober erließ er ein Rundschreiben an die österreichischen Gesandten bei den deutschen Höfen, in welchem er „eine gänzliche Unthätigkeit und Apathie des Zentralorgans des deutschen Bundes weder mit der Würde noch mit der Sicherheit der deutschen Regierung vereinbar“ erklärte und „als geringstes Maß von Unterstützung seitens des Bundes“ forderte: daß Österreichs Vorgehen in den Donaufürstentümern unter den Zusatzartikel zum Aprilbündnisse falle, und daher jeder Angriff

[illegible] Wilhelm
[illegible] General-
[illegible] Hochachtung.
[illegible] Diese
[illegible] Dankesworten,
[illegible] den Eindruck hervor, daß
[illegible] Bismarck machte diese traurige
[illegible] seines Königs auch diesmal
[illegible] und Briefen aus jenen Tagen mahnt

er zu unerschütterlichem Beharren Preußens. So schreibt er an Manteuffel am 10. Oktober und am 9. an Gerlach: „Es kommt nur darauf an: daß wir bei den übrigen Staaten die Befürchtung verstärken, die Ausführung der österreichischen Drohungen werde zu einem Bruch im Bunde führen. Dann werden die Wiener Anfragen über den Erfolg eines einseitigen österreichischen Antrages gegen Preußens Willen so beantwortet werden, daß die Ausführung unterbleibt." Noch rückhaltloser äußert er sich am 13. Oktober gegen Gerlach. Er nennt den unwahrhaften Prokesch den „Präsidialtartar" und sagt: „Die Hübnersche (Buol'sche) Gratulation (an Napoleon, nach der Tartarenbotschaft vom 28. September) geben mir die traurige Genugthuung, daß ich die Schlechtigkeit der österreichischen Politik zu keiner Zeit überschätzt habe. Um ein paar stinkende Walachen zu ergaunern" — man glaubte damals, Österreich wolle die von ihm besetzten Donaufürstentümer behalten — „tragen sie kein Bedenken, alles in Deutschland mühsam erworbene Vertrauen aufs Spiel zu setzen, und den deutschen Bundesgenossen mit französischen Bajonetten zu drohen, denn auf deren Spitzen ruht die Wiener Courage, welche in den Depeschen vom 30. September und 1. Oktober ihren Ausdruck gefunden hat; sie hält aber, wie ich noch behaupte, nicht vor."

Am nämlichen Tage, am 13. Oktober, hatte auch Minister v. Manteuffel das Bismarck telegraphisch gegebene Versprechen eingelöst, eine Bismarcks Ansichten entsprechende Rückäußerung über die österreichischen Zumutungen nach Wien und an die deutschen Höfe zu richten. Da hieß es: Österreich bezeichne nur zwei von den vier Punkten des 8. August als solche, die das deutsche Interesse berührten. Die Würde des Bundes erfordere durchaus nicht und werde keineswegs gefördert dadurch, „daß die Bundesversammlung, im Gefolge ohne ihre Mitwirkung vollendeter und in ihrer Tragweite nicht vollständig von ihr übersehener Thatsachen Verdikte ausspricht, deren Bedeutung für Deutschland nach Ziel und Mitteln nicht hinreichend aufgeklärt ist." Die Meinungsverschiedenheit zwischen Berlin und Wien sei nur daraus entstanden, daß Österreich ohne

Preußens und des Bundes Zuziehung Entschließungen gefaßt habe und Verpflichtungen eingegangen sei. „Das scheint uns nicht der Weg zu sein, das Bündnis (vom 20. April) auf eine seinem großen Zwecke entsprechende Weise nutzbar zu machen.“

Diese Note, welche auch als Rundschreiben an die deutschen Höfe gelangte, war so entschieden gehalten, wie Bismarck sie nur wünschen konnte. Aber inzwischen hatte Österreich dieselben Höfe zwei Wochen hindurch mit den kühnsten Mitteln bearbeitet. Die preußischen Gesandten dagegen hatten die Frage, „ob wir wirklich fest bleiben, 14 Tage lang im günstigsten Falle mit einem ‚ich hoffe‘, ‚ich glaube‘ beantwortet“ — wie Bismarck am 19. Oktober Gerlach klagt. Zu alledem kam der unangenehme, schwächliche Eindruck der Sendung v. Wedells nach Paris. Kurz, „die Bamberger“ waren wieder für Österreich kirre geworden. Selbst die sonst stramm-preußenfreundlichen sächsischen Herzogtümer beschlossen am 15. Oktober insgeheim, auch ohne Preußen für die österreichischen Anträge zu stimmen; das stellte Bismarck in einem Privatbrief an Gerlach vom 25. Oktober nachträglich fest. Auch diesem Kleinmut gegenüber mahnt jedoch Bismarck den Minister am 17. Oktober erst recht zum Festhalten an der maßvollen und gegen Österreich entschlossenen preußischen Politik. Denn „müssen die deutschen Höfe sich demnächst für eine Seite erklären, so wird es im Sinne ihrer Politik liegen, daß sie demjenigen beitreten, welchen sie für hartnäckiger in der Behauptung seiner Stellung halten. In den Kreisen der Mittelstaaten herrscht die irrtümliche Annahme, daß ein übertriebenes Vertrauen auf treuen Beistand von seiten der deutschen Höfe eine der Grundlagen unserer Politik bilde. Die bisherige Form der Garantie der österreichischen Besitzungen ist, meines Erachtens, nur anwendbar, so lange Hoffnung vorhanden war, Österreich in den Bahnen der Mäßigung und bundesfreundlichen Gesinnung zu erhalten; sie erscheint aber kaum mehr möglich, nachdem Österreich so unzweideutige und amtliche Beweise gegeben hat, daß es die ehrenvolle Stellung eines Disponenten über die gemeinsamen Kräfte ohne Scheu und ohne Dank gegen seine Bundes-

genossen selbst zu mißbrauchen entschlossen ist." An den General v. Gerlach schreibt Bismarck am 19. Oktober: „Das einzige Mittel, diesen miles gloriosus (ruhmredigen Säbelrassler, d. h. Österreich) zahm zu machen, ist eine große, drohende Haltung Preußens gegen Österreich. Wenn ich hier einem meiner Kollegen sage: ‚wir bleiben fest, auch wenn Österreich es zum Bruch treiben sollte,' lacht er mich aus und sagt: ‚so lange der König lebt, kommt es nicht zum Kriege zwischen Preußen und Österreich.' Wir kämpfen mit zu ungleichen Waffen, Österreich sticht und haut auf uns los, bedroht unsere Freunde und wir machen uns wehrlos aus Ehrlichkeit und Wohlwollen. Wenn uns die deutschen Staaten wirklich desertieren, so glaube ich nicht, daß wir die Neutralität durchführen." Indessen, bemerkt er weiter: „Es ist im Augenblicke nicht wahrscheinlich, daß Österreich einseitige Anträge stellen wird; Prokesch zieht die Hörner schon ein. Ich bleibe dabei, bis mich die Erfahrung eines andern belehrt: Österreich schlägt nicht los, so lange es glauben muß, uns und Deutschland nicht hinter sich zu haben, und gewiß nicht, wenn wir ihm drohen, und die Bamberger werden uns, so lange es mit Diplomatie und nicht mit den Waffen geschehen kann, immer von Nutzen zur Zügelung Österreichs sein können, wenn sie nur Bosheit und entschlossenes Wesen bei uns merken."

Am folgenden Tage (20. Oktober) gibt Bismarck dem Minister Kenntnis von der Stimmung und den Instruktionen der Frankfurter Bundestagsgesandten. Jene sind nicht von der Art, daß Österreich hoffen kann, seine Anträge vom 1. Oktober durchzusetzen und es scheint deshalb, „daß Österreich sie nicht einbringen werde, und mit einer gewissen Eile Akt davon genommen hat, daß die Stimmung der deutschen Höfe keine rückhaltlose Annahme durch Mehrheitsbeschluß erwarten lasse." Dann sagt Bismarck: „Unser Rundschreiben vom 13. d. Mts. hat hier allgemeinen Beifall wegen seiner geschickten Fassung." Seinen Kollegen gegenüber habe er in der letzten Zeit etwa folgende Sprache geführt: Preußen hat die Friedenspolitik, welche alle deutschen Höfe als richtig erkannten, ohne Ehrgeiz und mit Hingabe für Deutschland geführt, indem es sich der

Feindschaft des halben Europa aussetzte; es kann dies ferner nur, wenn Deutschland fest bleibt; lassen aber die übrigen Bundesstaaten Preußen im Stich, lassen sie es zweifelhaft, ob sie uns die Bundesverträge bei einem französischen Angriff ehrlich halten würden, dann ist Preußen allein nicht stark genug, Europa zu trotzen, und muß auf seine Sicherheit denken, indem es Partei nimmt. Sich mit einem plötzlichen Überfall Österreichs an Rußland anzuschließen, lassen weder die Gesinnungen Sr. Majestät noch die Bundesverträge zu; es bleibt uns also dann nur übrig, uns entweder infolge eines oder schon vor einem westmächtlichen Bundesbeschluß den Gegnern Rußlands anzuschließen. Eine solche Schwenkung würde wieder nur dann das Vertrauen der Westmächte haben können, wenn sie mit einem Kabinetswechsel im liberalen Sinne (in Preußen) verbunden wäre. Dann aber würden wir mit dem Westwinde der öffentlichen Meinung sehr rasch und weit von Österreich vorbeisegeln und dieses sich vergeblich bemühen, uns zu halten. Jeder meiner Kollegen, dem ich dies als die mutmaßliche Entwickelung preußischer Politik mit dem Tone eines Unbeteiligten und Unerfreuten vortrug, wurde aufgeregt und beunruhigt davon. Sie fürchten eine solche Möglichkeit mehr als die Cholera.“

Zum Teil auf die Wirkung dieser Reden mag der Entschluß Österreichs zurückgeführt werden, den Bismarck dem König schon am 21. Oktober als von Prokesch selbst verkündet melden kann, „zur Stellung einseitiger Anträge am Bunde nicht zu schreiten.“ Noch maßgebender für diesen Entschluß war freilich der Gang der Kriegsereignisse in der Krim. Denn weit entfernt davon, sich zu ergeben, leistete Sebastopol heldenmütigen Widerstand und alle Streitkräfte der Kriegführenden sammelten sich um jene Festung zu Verteidigung und Angriff. So hatte denn Österreichs Heldenmut zunächst am Pruth gar kein Feld der Bethätigung, und die Überrumpelung des Bundes mit den österreichischen Anträgen erschien unzeitgemäß. Obwohl also diese Gefahr fürs Erste abgewendet war, so säumte doch Bismarck nicht, seinem Vertrauten v. Gerlach, der zugleich des Königs Vertrautester war, aus diesen Vorgängen einige goldene

Lehren für die Zukunft aufzuzeichnen. Am 25. Oktober schrieb er nämlich: „Die Schwäche unserer Stellung liegt in der Überzeugung der deutschen Höfe von unserer unerschöpflichen Gutmütigkeit, sie zweifeln nicht daran, daß wir uns niederträchtig behandeln und unterdrücken lassen, ehe wir uns entschließen, zu denselben undeutschen Waffen zu greifen, wie unsere Gegner. Was ist die Stärke der österreichischen Stellung gegen uns, vermöge deren sie den ganzen Bamberger Schweif nach sich zieht, der noch vor 6 Wochen offen sich für die preußische Anschauung erklärte? Es liegt das doch lediglich in der angeblichen und geglaubten Bereitwilligkeit Österreichs, sich schonungslos mit Frankreich zu verbinden. Der lähmenden Furcht, welche dieser Gedanke an den Höfen verbreitet, können wir nur damit entgegentreten, daß wir sagen: das können wir auch, und bricht man uns die Verträge, so kehren wir uns auch keinen Augenblick mehr daran. Wenn wir jeden Verdacht, etwas Anderes nach Osten oder Westen hin thun zu können, mit sittlicher Entrüstung zurückweisen, so sieht jeder thüringische Dorfpolitiker unserer Widerstandsfähigkeit bis in den Magen, und weiß, daß wir uns fügen müssen, nachdem unser grauer Bundesgenosse in der Bamberger Löwenhaut aus Angst schon früher geschrieen hat, als selbst für seine Sicherheit nützlich war. Für uns kommt es nur darauf an, den Glauben zu erhalten, daß wir noch Züge haben, ehe wir matt sind; wir brauchen uns ebenso wenig an Frankreich zu verkaufen, als Österreich es thun wird, so wild es sich auch anstellt. Aber wir lassen die Leute glauben, daß wir in edler Fassung verdunsten werden, wenn uns das Röhrwasser vollkommen reinlicher Bundestreue ausbleibt, während die Österreicher offen beteuern, daß sie aus jeder Pfütze trinken werden, um ihren Bundesgenossen ins Gesicht zu spucken. Furcht und wieder Furcht ist das Einzige, was in den Residenzen von München bis Bückeburg Wirkung thut."

Österreich gab im Laufe des Oktober friedlichere Erklärungen in Berlin ab. Am 9. November erfolgte die wichtigste: wohl sei Österreich verpflichtet, die Annahme der vier Punkte unter Umständen mit den Waffen zu erzwingen, aber fern sei es von jeder Kriegs-

lich und werde mit fremden Mächten keine Abreden über den Kriegsfall treffen, ohne diese zuvor Preußen und Deutschland mitzuteilen. Da außerdem am Pruth keinerlei Kriegsgefahr drohte, so kam Preußen dem Wiener Anliegen wieder um einen großen Schritt entgegen, indem es am 26. November einen Zusatzartikel zum Aprilbündnis genehmigte, der den in diesem Bündnisvertrage zugesagten Schutz auch auf die österreichischen Truppen in den Fürstentümern ausdehnte und beide Mächte verbindlich machte, für die Annahmen der vier Punkte bei Rußland zu wirken. Auch sollte der Zusatzartikel dem Bunde sofort zum Beitritt vorgelegt werden. Dagegen hatte Preußen hier so wenig wie früher irgend eine Zusage kriegerischer Mitwirkung gegeben für den Fall der Ablehnung der vier Punkte durch Rußland oder eines österreichischen Angriffs. Diese Möglichkeit schien gerade jetzt auch völlig ausgeschlossen, da Fürst Gortschakoff schon am 28. November dem Grafen Buol in Wien erklärte, Rußland genehmige die vier Punkte im Wortlaut. Abermals schien die Grundlage friedlicher Verständigung gewonnen.

Bismarck hatte diesen neuen Verhandlungen mit Wien keineswegs ohne Besorgnis zugesehen. Als ihm Gerlach am 14. November Kenntnis von dem Inhalt des von Österreich erstrebten Zusatzartikels gab, schrieb er am 22. an den General: „Österreich hat uns 1850 mit russischen und 1854 mit französischen Bayonetten eingeschüchtert, bis wir seinen Willen thaten, und hat doch das Monopol des deutschen Patriotismus und der Vertretung deutscher Interessen, und obendrein die Hochachtung Preußens behalten. Wir haben nun alles bewilligt, was Österreich in der groben Note sous le régime du canard (unter der Herrschaft der Ente, d. h. der falschen Tartarenbotschaft) vom 30. September forderte, ohne irgend eine Gegenbürgschaft von Österreich zu erlangen. Mein bayrischer Kollege sagt: „Jtzt sei mer alli eing'schifft, und Österreich allein führt's Steuer." Daß dieser Steuermann leichtsinnig, furchtsam, gewinnsüchtig und eigenmächtig ist, wissen wir. Die Erklärungen in der vertraulichen Depesche vom 9. verbinden Österreich zu nichts. Wenn man in Wien ehrliches Spiel triebe, so wollte ich sagen, wir hätten

wohlgethan, indem das Zugeständnis, das wir machen, der einzige Weg war, Österreich mit Rußland in Unterhandlung zu bringen und die friedlichen Neigungen Rußlands zur Hebung gelangen zu lassen. Aber ich fürchte dasselbe Spiel wie nach dem 20. April. Man hat nur uns und Deutschland auf die österreichische Stellung nachgezerrt, jetzt wird man es an der Zeit finden, wieder einen Schritt abwärts zu thun, und mit denselben Mitteln wie bisher beweisen . . ., daß er die vertragsmäßige Folge der Abmachung sei. Manteuffel schreibe ich derartige Klagelieder nicht, es kann nichts mehr helfen und ihn nur verdrossen machen."

An Manteuffel schrieb Bismarck in der That keine „derartigen Klagelieder". Vielmehr berichtete er nur pflichtschuldig über die geeignetste Behandlung des neuen Zusatzartikels der Großmächte am Bundestage und befürwortete dann am 29. November den Antrag einer großen Zahl von Bundesstaaten, „die Schlußformulierung über den Beitritt zum Zusatzartikel" dem Ausschuß zu überweisen, „weil sonst Herr von Prokesch ohne Zweifel eine vorher bereit gehaltene Redaktion aus der Tasche zieht und durch Überraschung zur Annahme bringt, in welcher zwischen den Blumen der Phraseologie über Deutschlands Einmütigkeit die Schlange der zukünftigen österreichischen (Kriegs-)Kostenberechnung geschickt verborgen ist." Am 1. Dezember folgte dann der Bericht, daß die Bundesversammlung den Beschluß über den neuen Zusatzartikel den vereinigten Ausschüssen zugewiesen habe, und am 2. Dezember die zwischen Bismarck und Prokesch vereinbarte Fassung des Ausschußbeschlusses. Also kein Ton eines „Klageliedes" findet sich in diesen Berichten. Aber nur zu bald sollten die Ergeignisse den Weissagungen Recht geben, die Bismarck im Briefe an Gerlach vom 22. November ausgesprochen hatte.

Trotz aller Ableugnungen in Berlin nämlich hatte Österreich am 2. Dezember in tiefstem Geheimnis ein Schutz- und Trutzbündnis mit den Westmächten abgeschlossen, welches Österreich verpflichtete, mit diesen gemeinsam über die Friedensbedingungen zu verhandeln und kriegerisch vorzugehen, wenn Rußland diese Bedingungen bis

zum 31. Dezember 1854 nicht angenommen hätte. Dieser neue Zug der österreichischen Politik erzeugte auf allen Seiten heftige Aufregung. Rußland sah jetzt das Wort Schwarzenbergs in Erfüllung gehen: Österreich werde die Welt durch seine Undankbarkeit in Erstaunen setzen. Bitterer Haß, grimmiges Rachegefühl gegen das treulose Österreich erfüllt fortan alle russischen Staatsmänner, auch den Fürsten Gortschakoff. Hier kann nur der Eindruck verfolgt werden, den diese neue Wendung in Deutschland hervorrief. Bismarck erhielt die erste allgemeine Kenntnis von dem Wiener Vertrage vom 2. Dezember in einem Telegramm Manteuffels vom 3. Dezember. Die Depesche schloß mit der Bemerkung: der König beabsichtige unbeirrt an den Rechten und Verpflichtungen festzuhalten, die aus dem Vertrage vom 20. April und dem Zusatzartikel für Preußen folgten. Mit Rücksicht auf diesen Schlußsatz schrieb Bismarck am 4. Dezember an Manteuffel: „Wenn, wie ich nach Ew. Excellenz gestriger Weisung annehme, der Vorgang vom 2. d. in dem diesseitigen Verhalten für jetzt nichts ändert, so wäre es m. A. nach besser, die Abstimmung über den Zusatzartikel vom 26. November nicht aufzuschieben, sondern sie in der Zeit vorzunehmen, wo wir den neuen Wiener Vertrag amtlich noch nicht kennen. Denn erfolgt sie später und doch unverändert, so hat es nur um so mehr das Ansehen, als erfolge der Bundesbeschluß mit Kenntnis und Billigung dessen, was am 2. d. in Wien verhandelt ist." Manteuffel folgte Bismarcks Rat, die Bundesversammlung unter Ignorirung des Wiener Abkommens vom 2. Dezember über den Zusatzartikel vom 26. November beschließen zu lassen. Derselbe wurde am 9. Dezember mit allen Stimmen gegen diejenige Mecklenburgs angenommen, aber in einer Form, welche jede Verpflichtung des Bundes zum Angriffe gegen Rußland ausschloß. Hierzu berichtet Bismarck am 10. Dezember an den König. „Man sieht hier in dem am 2. Dezember erfolgten Abschluß ein Symptom kriegerischer Absichten des Wiener Kabinets und zugleich den Beweis, daß Österreich zu den Westmächten in einem intimeren Verhältnisse steht und ...n will, als zu Preußen und seinen übrigen deutschen Bundes-

genossen, und es wird hier allgemein befürchtet, daß Österreich nunmehr den vier Punkten eine für Rußland unannehmbare Auslegung geben und seine Teilnahme am Kriege nur insoweit vertagen werde, als nötig sei, um einen Angriff der Russen auf Österreich herbeizuführen, und so den Fall des Zusatzartikels herzustellen."

Ganz in demselben Sinne hatte sich Bismarck in eigenhändigen und vertraulichen Berichten an Manteuffel schon am 4., 5., 8 und 9. Dezember geäußert. In diesem letzteren Schreiben finden sich folgende bedeutsame Sätze: „Ich würde den Zeitungen in Betreff innerer Fragen vielleicht mehr Freiheit lassen, wenn ich etwas darüber zu sagen hätte; aber ich würde mit unnachsichtlicher Strenge darauf halten, daß die auswärtige Politik der Regierung von jedem preußischen Blatte nicht nur nicht angegriffen, sondern unterstützt werden muß, und jede Zeitung, die mit einem Komma dawider handelt, ohne Federlesen unterdrücken. Ich glaube, daß die Zwangspflicht zum Patriotismus auch in der öffentlichen Meinung wenig Mißbilligung finden würde. Kommt es jetzt wirklich zum Frieden, so ist es meiner Meinung nach ein großer Gewinn für uns, daß wir in der Zeit nach diesem Frieden in besseren, Österreich und die Bamberger aber in schlechteren Beziehungen zu Rußland stehen, als vor dem Kriege. Der Tag der Abrechnung bleibt nicht aus, wenn auch einige Jahre darüber hingehen. Österreich hat sich als eine für jetzt unübersteigliche Barriere in den Weg Rußlands geschoben; die Spitze der Politik des letzteren wird sich für die Zukunft naturgemäß gegen diese Barriere richten. Durch diese Änderung in der Konstellation können wir nur an Gewicht und Freiheit der Bewegung gewinnen."

Am 13. Dezember erhielt Bismarck endlich den Wortlaut des Vertrages vom 2. Dezember. Gleichzeitig verlautete, daß Österreich und die Westmächte Preußen zum Beitritt auffordern würden. Bismarck schreibt an Gerlach darüber am 15. Dezember: „Viel Neues steht nicht darin (in dem Vertrage), ohne Zweifel aber wird man außerdem sich über Auslegung und Spezifikation der vier Punkte verständigt haben, sonst würde der Pastete die

Fühlung fehlen. Ehe wir darüber nicht klar sehen, würden wir mit unserem Beitritt einen Schritt ins Finstere thun. Ich würde überhaupt nicht beitreten, schon deshalb nicht. Jeder sieht, daß wir es aus Furcht thun würden, und daß es also nützlich ist, mehr Furcht in uns zu wecken, um mehr von uns zu erreichen. Der Anstand scheint es mir zu verbieten. Eine solche Ablehnung ist aber ein Bruchstück aus einem politischen System, dessen übrige Folgerungen auch dazu gehören, ob sie in unseren übrigen modus vivendi paßt, das weiß ja man. Man kann über Stimmings und über Kohlhasenbrück nach Potsdam kommen, man kann aber nicht teils auf dem einen und teils auf dem anderen Wege streckenweis gehen. Es muß uns Sommer Teuts erst einmal sehr schlecht gehen, ehe wir Courage haben; so lange wir noch etwas zu verlieren haben, fürchten wir uns; sind wir ausgezogen und durchgeprügelt, so ist Jeder ein Löwe."

Am 16. Dezember legten die drei Mächte den Wiener Vertrag vom 2. in der That in Berlin mit der Aufforderung zum Beitritt Preußens vor. Manteuffel handelte darauf ganz im Sinne der vorstehenden Ratschläge Bismarcks. Er erklärte am 19. Dezember, ehe Preußen genau wisse, welche Beschlüsse die Vertragsmächte zu den vier Punkten gefaßt hätten, könne es sich nicht zu einem möglichen großen Kriege für die Durchsetzung unbekannter Forderungen verpflichten. Dem Könige machte jedoch die Haltung der Westmächte große Sorge. Die von Frankreich aus angedrohte Wiederherstellung Polens und des französischen Durchmarsches durch deutsches Gebiet ängstigte ihn. Um das abzuwenden, schickte er einen Vertrauten liberaler Farbe, v. Usedom, der von 1851 bis 1854 preußischer Gesandter in Rom gewesen war, und der fünf Jahre später Bismarck in Frankfurt ablösen sollte, mit einem rührenden Schreiben an die Königin Viktoria von England, in welchem der König klagte: „als Weltmacht sowohl, wie als protestantische Macht darf Großbritannien Preußen nicht dem Schicksal überlassen, welches ihm zugedacht ist." Lange jedoch ehe diese Sendung ebenso scheiterte, wie fast alle andern, die vom König

ausgingen, schrieb Bismarck am 19. Dezember eigenhändig an Manteuffel: „Ich glaube, daß eine einseitige Verhandlung mit England unsere Beziehungen zu den Westmächten eher schlechter als besser macht. England läßt uns ablaufen, und wir geben ohne Not ein Zeichen, daß wir uns in unserer Haut unbehaglich fühlen, und daß wir auf Störung des Einvernehmens zwischen Paris und London hinarbeiten. Ich halte für zweifellos, daß sich England einseitig auf nichts einläßt; für fraglich, ob die beiden Westmächte jetzt noch ohne Zuziehung Österreichs mit uns verhandeln wollen. Es ist mir eine wahre Herzstärkung gewesen, daß Eure Excellenz die Frage über unseren Beitritt zum Bündnis und unsere sogenannte Isolierung mit kühler Würde und ohne Leidenschaft behandeln. So lange wir den Ausdruck unbefangener Furchtlosigkeit bewahren, hat man auch sicher Achtung vor uns, und wird sich hüten, Drohungen zu gebrauchen, oder gar auszuführen. Wenn nur in Österreich der Glaube an die Möglichkeit zu wecken wäre, daß unsere Geduld und Bruderliebe nicht unerschöpflich ist, und wir den Weg nach Mähren noch nicht vergessen haben, so glaube ich noch immer, daß Österreichs Furcht vor uns förderlicher zum Frieden wirkt, als Österreichs Rechnung auf unseren Beistand."

In ganz ähnlicher Weise äußert sich Bismarck am 21. Dezember gegen Gerlach. Zunächst erklärt er, „England sei genötigt, durch eine ausdrückliche kühle Behandlung Usedoms Frankreich eine Gewähr zu geben, daß es nicht privatim mit uns tripotiere (verhandle). Das scheint auch ganz klar, die Engländer würden in diesem Augenblick katholisch werden, wenn es nötig wäre, um sich den Beistand Frankreichs zu erhalten. Die Baumwolle sitzt ihnen viel tiefer als der Protestantismus im Leibe. Ist Usedom wirklich abgegangen, so würde ich nicht säumen, ihn auch oder einen Anderen nach Paris zu schicken." Das geschah nicht, und als man in Paris von der Sendung Usedoms erfuhr — mit dem die Königin in London übrigens nicht einmal amtliche Verhandlungen eröffnete — sagte der Minister des Äußern Drouyn de l'Huys spöttisch: es scheine, Usedom habe mehrere Bündnisent-

wollte [illegible] den nach Peters=
burg bestimmt [illegible] durch den in London
gemachten [illegible] der verwundbarsten
Stelle, gegen [illegible] Polen, zu decken!
Auch die [illegible] sofort in Erfül=
lung gehen. [illegible] an Gerlach weiter:
„[illegible] müssen [illegible] ist nichts, wir
[illegible] oder verteidigend
[illegible] wenn es sein muß,
auch gegen [illegible] mehr Westmächten
[illegible] Verbindung mit
[illegible] vielmehr aus unserer
[illegible] weil mich ein Bett=
[illegible] kann, als ein
[illegible] Freundschaftsverbindung trete,
[illegible] wenn der [illegible] und feigere ist.“
[illegible] Wiener [illegible] habe es diesen Brief
[illegible] Denn am 24. Dezember [illegible] Graf Buol zwei Noten
[illegible] Berlin aus, von denen die [illegible] offenem Hohn das Ver=
[illegible] Preußens abwies, die Auslegung der vier Punkte durch
[illegible] kennen zu lernen, und zwar mit der Begründung: so
[illegible] wolle, sei eine Verständigung hierüber, und damit
[illegible] Friedensbedingungen, nicht wohl möglich! Dem Hohn
[illegible] Nachfolger des Fürsten Schwarzenberg in der zweiten
[illegible] Bemerkung hinzu, daß Preußen dem Dreibund vom
[illegible] beitrete, gleichzeitig verlangte Buol aber, Preußen
[illegible] durch diesen Vertrag vom 1. Januar ab herauf=
[illegible] eines russischen Angriffs auf die österreichischen
[illegible] dem Aprilbündnis, 200 000 Mann preußi=
[illegible] Auch sei Prokesch angewiesen, die Mobi=
[illegible] Bundeskontingente und deren Zuteilung an
[illegible] österreichische Armee beim Bunde zu beantragen.
[illegible] Minister Manteuffel Herrn v. Bis=
[illegible] dem Ersuchen, darüber vertraulich sich

zu äußern. Bismarck that das sehr eingehend am 1. u. 3. Januar 1855. In dem ersten Schreiben weist er nach, daß weder das Aprilbündnis noch der Zusatzartikel vom 26. November Preußen und den Bund verpflichte, Österreich zu einem Angriffskrieg gegen Rußland beizustehen und „die Verpflichtungen Preußens und Deutschlands in das System des 2. Dezember einzufügen" und mahnt dann von neuem dringend: ohne „unbestimmte Angst vor sogenannter Isolierung und vor einem Kriege mit den drei Kontrahenten vom 2. Dezember," den Entschluß festzuhalten, „unsere Unabhängigkeit und unsere Stellung als Großmacht nötigenfalls auch mit den verzweifeltsten Mitteln und Anstrengungen gegen jedermann zu verteidigen." In dem zweiten vertraulichen Schreiben vom 3. Januar berichtet Bismarck dagegen hauptsächlich, dem Wunsch des Ministers entsprechend, über die tiefgehende Erregung, welche die österreichischen Zumutungen und namentlich die verlangte Aufteilung der Bundeskontingente unter die Heere der beiden deutschen Großstaaten bei den Bundestagsgesandten hervorgerufen hatten. „Dabei zeigte man sich von österreichischer Seite bemüht, unter meinen Kollegen die Meinung zu verbreiten, daß es namentlich Preußen sei, welches darauf bestehe, abweichend von der Bundeskriegsverfassung, die gemischten Armeekorps dem preußischen Heere beizugeben, und fallen dabei zugleich Andeutungen, daß die Selbständigkeit der Mittelstaaten leicht zu brechen sein werde, sobald man sich in den Besitz dieser Truppen gesetzt habe. Der Gesandte eines süddeutschen Staates (und später auch der Großherzog von Hessen) drückte diesen Gedanken mit den Worten aus: ‚Ich möchte wissen, wann wir unsere Armee wiedersehen, wenn sie erst einmal unter österreichischem Befehl in Siebenbürgen steht?' Sein „Votum" faßt Bismarck am Schlusse dahin zusammen: „die von dem Grafen Buol auf Grund des Aprilbündnisses verlangte Truppenaufstellung abzulehnen, weil „der Fall des Bedarfs" im Sinne jenes Vertrags nicht vorliegt; wegen der übrigen, und namentlich infolge des Zusatzartikels vom 26. November etwa erforderlichen Vorbereitungen aber auf die zu erwartenden Anträge der Militär-

[illegible] Verhandlungen hierüber die [illegible] zu übernehmen." [illegible] daß die [illegible] Januar [illegible] d. h. [illegible] Manteuffel, [illegible] des Herrn v. Bis= [illegible] aus. Diese Antwort, [illegible] zurück- [illegible] 1848 [illegible] deutschen Staaten [illegible] zur [illegible] der [illegible] zu finden. [illegible] und beharr=

[illegible] Antwort vom [illegible] des [illegible] De= [illegible] Buol doch bereits am [illegible] den Bund [illegible] die [illegible] Das ge= [illegible] deutschen Staaten [illegible] wurde, daß trotz [illegible] den Befehl er= [illegible] oder ganzen [illegible] zu bean- [illegible] dieses Antrages in [illegible] Graf Buol am [illegible] München, Dresden, [illegible] u. s. w., [illegible] des österreichi= [illegible] ihr jetziger

Besitzstand ihnen gewährleistet und ein verhältnismäßiger Anteil an den Erfolgen des Krieges ihnen zugesichert würde. Was freilich Hannover oder Darmstadt für das Blut ihrer Landeskinder in der Türkei erkaufen könnten, das vergaß Graf Buol mitzuteilen.

In Berlin hatte man die Festhaltung des österreichischen Mobilisierungsantrages beim Bunde erwartet und deshalb war Herr v. Bismarck am 7. Januar nach Berlin berufen worden, um mit dem Minister und dem Könige selbst die Haltung und Erklärung Preußens gegenüber diesem Antrage festzustellen. Bismarck verweilte in Berlin vom 8. bis 20. Januar. Er nahm hier zwar auch seinen Sitz im Herrenhause ein, verhandelte aber namentlich eingehend und häufig mit Manteuffel und dem König in Potsdam. Während des Berliner Aufenthaltes in jenen Januarwochen erhielt Bismarck den Besuch des damaligen französischen Gesandten in Berlin, Marquis de Moustier, der sich bemüssigt fühlte, dem preußischen Bundestagsgesandten Warnungen vor der fehlerhaften preußischen Politik in der orientalischen Frage angedeihen zu lassen, die mit den Worten schlossen: „Cette politique va vous conduire à Jena“ (diese Politik wird Sie nach Jena führen). „Warum nicht nach Leipzig und Waterloo?“ antwortete Bismarck schlagfertig. In Paris hatte man schon lange in dem jugendlichen Bundestagsgesandten die Seele dieser ärgerlichen preußischen Politik erkannt und beeilte sich daher, die Beschwerde des französischen Gesandten in Berlin über diese Äußerung Bismarcks zur Kenntnis des Königs Friedrich Wilhelm zu bringen. Dieser aber billigte Bismarcks Verhalten. Am 20. Januar kehrte Bismarck nach Frankfurt zurück.

Das Ergebnis der gemeinsamen Beratungen in Berlin war ein Rundschreiben Manteuffels vom 17. Januar an die deutschen Höfe, in welchem erklärt wurde, daß Preußen an dem Standpunkt, den es in der Depesche nach Wien vom 5. Januar eingenommen, festhalte, und Herr v. Bismarck sich in diesem Sinne in der Bundesversammlung erklären werde. Nicht minder war diese Erklärung selbst zwischen dem König und Bismarck in Potsdam festgestellt worden. Bismarck legte sie in der Sitzung des Militärausschusses

am 22. Januar in Frankfurt vor. Sie besagte: eine erhöhte Kriegsbereitschaft der Bundeskontingente könne bei der gegenwärtigen Lage Europas nur nützlich sein, aber etwas ganz anderes sei die von Österreich beantragte Mobilmachung und Ernennung eines Bundesfeldherrn. Diese Maßregeln seien entschieden unzeitig. Auch für eine erhöhte Bereithaltung könne Preußen sich nur verwenden, wenn dieselbe lediglich aus Rücksicht auf die allgemeine Lage Europas begründet werde.

Diese Erklärungen waren allen deutschen Staaten höchst erwünscht, außer Braunschweig, das sich aufs engste an Österreich anschloß. Bismarck unterstützte die Wirkung dieser festen Haltung Preußens am 22. Januar noch durch ein Rundschreiben an die deutschen Höfe, welches den Umtrieben der vertraulichen österreichischen Note vom 14. entgegenarbeitete durch die Erklärung: „Wir haben das Bewußtsein, bei den vertraulichen Verhandlungen über den Zusatzartikel vom 26. November v. J. bis zur äußersten Grenze des Entgegenkommens gegangen zu sein. Nach den Erfahrungen, die wir gemacht, würden wir es nicht verantworten können, auf dieser Bahn noch weiter zu gehen." Der tiefe Eindruck dieser preußischen Kundgebungen zeigte sich schon in der ersten Sitzung der Bundesversammlung über die österreichischen Anträge, am 25. Januar. Unter den Gesandten war „das Mißtrauen in die Bundestreue und Friedensliebe Österreichs" so lebendig, daß sich aus [illegible] Verhalten schon mutmaßen ließ, Österreich werde seine Anträge zurückziehen. „In der That halte ich den Augenblick für nahe, wo die Verblendung des préfet de département du Danube (des Donaudepartementspräfekten), wie man Buol hier nennt, allen deutschen Regierungen zu arg wird," heißt es in einem vertraulichen Berichte Bismarcks aus diesen Tagen (26. Januar). Am 31. Januar kann Bismarck dem General v. Gerlach melden: „Sie werden schon wissen daß wir gestern Prokeschs Antrag (im Ausschuß) in optima forma abgelehnt, und er ihn demnächst zurückgezogen hat." Die weitere Entwickelung der Angelegenheit im Ausschusse und in der Bundesversammlung entsprach ganz

diesen Erwartungen, dank der preußischen Festigkeit, zu der Bismarck immer wieder ermuntert. So schreibt er am 2. Februar an Gerlach: „Wenn wir jetzt das Steuerruder des deutschen Schiffes nicht mit entschlossener Initiative ergreifen, so treibt es mit dem Winde österreichischer Einschüchterung und österreichischer Strömung in den französischen Hafen, und wir sind in der Stelle eines widerhaarigen Schiffsjungen auf ihm." Am 5. Februar faßte dann der Militärausschuß, nach dreistündiger Sitzung und lebhaftem Widerspruch Österreichs, Badens und Darmstadts, den Beschluß, den Bismarck zuvor empfohlen hatte: „daß die etwa anzuordnenden militärischen Maßregeln des Bundes weder veranlaßt seien durch die Absicht, auf die Friedensverhandlungen einzuwirken, noch aus irgend einer Bündnisverpflichtung (vom 20. April oder 26. November), den österreichischen Truppen Beistand zu leisten, sondern lediglich herzuleiten aus Art. II der Bundesakte, d. h. in dem Schutze der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit Deutschlands begründet." Um die österreichischen Gelüste zur Einverleibung der Bundestruppen in die kaiserlichen abzuwehren, hatte der Ausschuß außerdem beschlossen, daß die Bereitstellung der Aufgebote nur in deren Standquartieren zu erfolgen habe. Mit vollem Rechte durfte Bismarck am 7. Februar in einem Immediatbericht an den König sagen, daß durch diesen Beschluß „hier am Bunde die preußische Politik einen nicht unerheblichen Sieg über die österreichische davongetragen hat," und zwar trotz aller Einschüchterungsversuche Österreichs, die von Frankreich durch einige grobe Noten des Ministers Drouyn de l'Huys unterstützt worden waren. Am folgenden Tage schon, am 8. Februar, wurde dieser Sieg Preußens noch erhöht durch die fast einstimmige Annahme der Ausschußanträge in der Bundesversammlung. Auch hier wurde jeder Überrumpelung von seiten Österreichs durch einen schleunig angenommenen Antrag Sachsens vorgebeugt, der die Bereitstellung der Bundesaufgebote nicht „unverzüglich im Falle des Bedarfs", sondern „im Falle einer vom Bunde zu beschließenden Mobilmachung binnen 14 Tagen" zum Zweck hatte. Voller Befriedigung durfte Bismarck über diesen glänzenden

Erfolg Preußens am 9. Februar an seinen König berichten. Wie tief die Niederlage in Wien empfunden wurde, werden wir an späteren zahlreichen Versuchen Österreichs erkennen, den Beschluß vom 8. Februar rücksichtslos zu mißachten und zu fälschen.

Bismarck hatte jedoch bei der Abwehr der österreichischen Übergriffe am Bunde im Januar und Februar 1855 keineswegs bloß preußische Interessen gewahrt, sondern recht eigentlich „die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit Deutschlands“ im Sinne des Art. II der Bundesakte, namentlich die Sicherheit der deutschen Westgrenze gegen einen französischen Einbruch. Diesen Einbruch hatte Graf Buol, in seiner Verblendung für die Ansprüche und Zumutungen der Westmächte, insbesondere Frankreichs, schon vorbereitet und gebilligt, ohne dabei irgend ein Gefühl der Schmach zu empfinden. Als Bismarck das erste Wort von dieser österreichischen Rheinbündelei hörte, welche Deutschland zur Etappenstraße für ein französisches Heer von etwa 100,000 bis 200,000 Mann gemacht hätte, die in Polen einfallen sollten, da sagte Bismarck zu einigen seiner Frankfurter Kollegen: sowie Frankreich an der deutschen Grenze zusammenziehe, müsse Preußen im Rheinland zwei Armeekorps und der ganze deutsche Südwesten die seinigen auf Kriegsfuß setzen. „Einer dieser Herren hat das Moustier hinterbracht,“ schreibt Bismarck am 10. Februar 1855 an Gerlach, „darüber ist Manteuffel beunruhigt, und das beunruhigt mich wiederum. Denn mir erscheint die Sache nicht nur an und für sich selbstverständlich, sondern auch, wenn sie es nicht wäre, müßte man doch den Franzosen den Glauben beibringen, daß wir auf Truppen sofort mit Truppen antworten werden. Sehen sie, daß wir unentschlossen sind, so werden sie dreist. Haben sie von Hause aus die Überzeugung, daß wir nicht mit uns spaßen lassen, so bleiben sie artig. Das ist einfach, und schlimmstenfalls so notwendig, daß ich nicht begreife, wie man Moustier das nicht direkt und alle Tage sagen kann, wenn er das Thema berührt. Ich freue mich, daß es ihm auf eine so unverdächtige Weise, durch die Indiskretion eines Kollegen, beigebracht ist. Aber es beunruhigt mich, zu wissen, was man

denn in Berlin den Franzosen in solchen Fällen antwortet, wenn nicht eben das, was er von mir, wie es scheint ganz unerwartet erfahren hat.“ Ebenso sprach sich Bismarck am 11. Februar in einem eigenhändigen Privatschreiben gegen Manteuffel selbst aus: „Die Südwestspitze (Deutschlands) ist eine Art Schlußstein des deutschen Gewölbes, dessen Fall von schwerer Bedeutung werden kann, und der der Stütze deshalb eben so wert als bedürftig erscheint. Für das sicherste Mittel, französischen Demonstrationen vorzubeugen, halte ich eine ruhige, aber sehr entschlossene Sprache Preußens, die gar keinen Zweifel darüber läßt, daß Preußen und der Bund sofort mobil machen würden. Wenn die französischen Absichten, Truppen durch Deutschland zu führen, praktisch näher träten, so ist meine Ansicht die, daß man Marsch- und Operationslinien durch Baden, Württemberg ꝛc. unter keinen Umständen gestatten kann; lieber das Bajonett fällen; denn es würde daraus ohne Zweifel bald die militärische Herrschaft Frankreichs in diesen Ländern, halb mit Liebe halb mit Gewalt, sich entwickeln, und der Bund als Gesamtheit wäre damit schon zerbrochen und gelähmt. Für den ‚Bund‘, für dieses Glashaus, in dem allein die Existenzen der meisten deutschen Staaten möglich bleiben, schlagen sie sich unter Umständen doch, wenn sich alles regel- und verfassungsmäßig dazu entwickelt. Die Bundesakte ist das Brett unter ihren Füßen auf der stürmischen See von Europa; sie klammern sich daran und fürchten nur, daß Preußen es selbst aus den Fugen stoßen könnte.“ Minister Manteuffel hatte ganz in dem Sinne dieses Schreibens, für welches er Herrn v. Bismarck den verbindlichsten Dank aussprach, bereits einen vertraulichen Erlaß an den Grafen Arnim nach Wien gerichtet, so daß diese österreichisch-französische Unverschämtheit vorläufig zurückgestellt wurde. Bismarck aber nennt fortan Österreich eine zeitlang nur noch „Le Département du Danube“, das Donaudepartement Frankreichs. Den bedenklichsten Hintergrund dieser österreichisch-französischen Umtriebe bildeten aber jedenfalls die Verhandlungen der gerade damals in Paris versammelten drei preußischen Diplomaten v. Usedom, v. Wedell und Graf Hatzfeldt mit der französi-

[illegible] „Das [illegible] Trio", wie Gerlach es in [illegible] Bismarck vom 27. Februar nennt, brachte es [illegible] man dort alle die Punkte abgelehnt, die [illegible] nunmehr die Annahme dessen anzu- [illegible] Das war denn doch Sr. Maj. [illegible] derbe telegraphische Depesche [illegible] „Ich habe alles aufmerksam ge- [illegible] eine Sauwirtschaft zu wer- [illegible] Die Lage ist einfach die, daß ich [illegible] Anträgen (der Westmächte) [illegible] v. Wedell dahin ausgeschickt [illegible] Hier sind meine Bedingungen; [illegible] nicht zusagen, 2) weil [illegible] bleibe ich ledig und nous [illegible] Diese ungeschickten Unterhand- [illegible] bei den Bambergern zu [illegible] mit Frankreich schließen [illegible] Damit sollten diese eingeschüchter- [illegible] Arme getrieben werden.

[illegible] und Frankreich gemeinsam [illegible] Bismarck einzuschüchtern, dem sie nicht [illegible] Anteil an dem Scheitern des fran- [illegible] Daß von Berlin aus eine [illegible] Gesandten Moustier [illegible] ist schon erwähnt. Immer- [illegible] nicht nach Leipzig und Water- [illegible] auch den, wahr zu sein. [illegible] „der Armenier" Herr v. Prokesch — [illegible] ihn ständig nennt — eine [illegible] nach einer Sitzung über die Festungsfrage [illegible] sollte für Österreich verletzend [illegible] plump [illegible], was doch gar nicht [illegible] Politik lag. Daß Prokesch der Urheber [illegible] in einer ganzen Reihe von Berichten

und Briefen ausführlich und überzeugend festgestellt. Graf Buol aber nahm die verleumderische Behauptung ohne weiteres als Thatsache und richtete am 20. Februar eine Depesche nach Berlin, in welcher Herr v. Bismarck als ungeeignet erklärt wurde, Österreichs Stimme am Bunde zeitweilig zu vertreten, weil „die Richtung, welche Herr v. Bismarck persönlich seiner Thätigkeit gibt und welcher er durch nur zu notorisch gewordene Äußerungen selbst im Verkehr mit Gesandten nichtdeutscher Mächte geradezu das Gepräge der Feindseligkeit gegen Österreich aufgedrückt hat, eine Vertretung durch Herrn v. Bismarck uns unthunlich erscheinen läßt.“ Manteuffels Entgegnung auf diesen gröblichen Angriff war ebenso würdig als entschieden. Am 27. Februar ließ er nämlich dem Grafen Buol durch den Grafen Arnim in Wien erklären: er bedauere tief, daß der kaiserliche Hof zur Begründung seiner Entschließungen einer schweren Anklage gegen den königlichen Bundestagsgesandten Ausdruck geben zu müssen geglaubt habe. „Von einer Beschuldigung, die uns, zu unserem peinlichen Erstaunen, in so entschiedener Form entgegentritt, müssen wir mit Recht voraussetzen, daß sie dem kaiserlichen Kabinet als völlig zuverlässig berichtet sei. Graf Buol beruft sich indessen dabei nur auf eine Notorietät, von der wir, zu unserer lebhaften Genugthuung, nichts wissen. Wie es daher eine dringende Pflicht für mich ist, einen ausgezeichneten und treuen Diener Sr. Majestät des Königs, den sein Monarch mit besonderem Vertrauen beehrt, gegen unverdiente Anklagen zu schirmen, so sind wir andererseits dem kaiserlichen Kabinet schuldig, die erhobene Beschwerde durch entschiedene Ablehnung der ihr zu Grunde liegenden Beschuldigung vollständig zu beiseitigen. Ist Herr v. Bismarck bei einem Widerstreit der Ansichten und Interessen beider Höfe in dem Falle gewesen, die Rechte seiner Regierung pflichtschuldig vertreten zu müssen, so ist gewiß das Wiener Kabinet das letzte, ihm hieraus einen Vorwurf machen zu wollen.“

Bismarck sprach dem Minister in einem eigenhändigen Privatschreiben am 28. Februar seinen „tiefgefühlten Dank“ aus „für die ebenso wohlwollende als energische Apologie, mit welcher Man-

[illegible]

[illegible] junge-
[illegible] fran-
[illegible]
[illegible] Zeitung vom
[illegible] einbringen.
[illegible] auf Kriegs-
[illegible] der fran-
[illegible] weiteres
[illegible] und würde
[illegible] es wage.
[illegible] Bundestag einer
[illegible] mit der
[illegible] halte." Bis-
[illegible] aus für
[illegible] angeblichen
[illegible] und bemerkt:
[illegible] litteratur ent-
[illegible] eines Agenten

Österreichs oder Frankreichs ohne Prüfung des Thatbestandes amtliche Schritte knüpfen wollte.“ Während aber Minister Manteuffel die Freiheit des Handelns und Urteils des preußischen Bundestagsgesandten vor der Öffentlichkeit in Schutz nahm, erhielt Herr v. Bismarck, wie wir erst jetzt aus seinem Briefwechsel mit dem General v. Gerlach erfahren, einen Verweis in Gestalt der Aufforderung, seine Äußerungen so einzurichten, „daß sie vor Entstellungen und Übertreibungen gesichert wären.“ Bismarck schreibt darüber unterm 19. März: Obwohl es schwerlich in anderen großen Staaten vorkommt, daß man Gesandten auf schwierigen und wichtigen Posten Verweise erteilt, auf die ungeprüfte Angabe eines Gegners hin, so machte ich doch keinen Lärm davon, sondern begnügte mich damit, den Verweis abzulehnen, sowohl in einem amtlichen Berichte, als in einem Privatschreiben an Manteuffel. Ich nahm dabei an, daß dieser auf Irrtum beruhende Tadel meines Verhaltens unter uns geblieben sei, und wickelte mich mit bescheidenem Stolz in den Mantel verkannt gewesener Unschuld. Nun sehe ich aber aus den heutigen Blättern, daß in dem Moniteur (dem amtlichen Blatte der damaligen französischen Regierung) folgendes steht: Herr v. Bismarck ist auf Grund seiner in einer der neuesten Sitzungen gethanen Äußerungen von seiner Regierung verleugnet und getadelt worden.“ Bismarck entwickelt und beweist eingehend, daß er die angeblich getadelte Äußerung überhaupt nicht gethan habe und fährt dann fort: „Ich fühle mich also vollständig gedeckt, und würde, wie gesagt, den ungerechten Verweis friedfertig in die Tasche stecken, wenn ich annehmen könnte, daß der Moniteur auch in seinem nichtamtlichen Teile Dinge schreiben würde, die er à la Prokesch aus der Luft greift. Ich fürchte, daß Manteuffel, um Moustier zu beruhigen, wirklich etwas von sich gegeben hat, worauf sich der Moniteur stützt; ich hoffe, es ist nicht wahr, aber ich habe heut gleich schriftlich und telegraphisch den Antrag gestellt, die Nachricht des Moniteur mit einem gleichen Grade von Amtlichkeit zu dementieren. Geschieht das, so bin ich zufrieden gestellt, geschieht es nicht, so tritt die Sachlage ein, wo ich Ihren Beistand erbitten würde, um zu einer Ge-

nugthuung zu gelangen. Ich würde dann Se. Majestät alleruntertthänigst bitten, mir zu gestatten, daß ich nach Berlin komme, um mich mit den Noten in der Hand zu rechtfertigen. Ich kann mir sonst unter diesem Regime nur die Regel machen, jeden anderen als schriftlichen Verkehr mit meinen Kollegen abzubrechen, und nur genau das weiter zu geben, was mir vom Ministerium amtlich und mit ausdrücklichen Worten befohlen wird. Einen preußischen Bundesgesandten unter Kontrolle und Zensur kann ich mir überhaupt nicht denken, wenigstens werde ich diese Rolle unter keinen Umständen spielen. . . . Sitzen lassen kann ich die Sache nicht. Meine Existenz hier ist ohnehin schwierig, gibt man mich unwahren Angriffen der Gegner preis, so wird sie unmöglich.“ Diesen durch einen amtlichen Bericht und eine Depesche vom nämlichen Tage unterstützten gerechten Beschwerden wurde vom Minister vollkommen Rechnung getragen. Denn er widerlegte amtlich die Angaben im Moniteur. Je geschmeidiger die übrigen Bundestagsgesandten sich damals derartigen Einschüchterungsversuchen allezeit fügten, um so mehr gewinnt Bismarcks Charakterbild durch seine stolze und freie Unbeugsamkeit. Er wußte, daß er dadurch den Gegnern nicht nur für seine Person, sondern auch für seinen Staat erhöhte Achtung abnötigte.

Der Urheber aller der Verleumdungen, welche zu Bismarcks Fall oder Demütigung ersonnen waren, Herr v. Prokesch, war schon vor Erledigung des von ihm angestifteten Intriguenstückes von Frankfurt abgerufen worden. Bereits seit dem 8. Februar, als Österreich die seit Jahren empfindlichste Niederlage erlitt, hatte man in Wien beschlossen, Herrn v. Prokesch in Frankfurt vorläufig durch den Grafen Rechberg zu ersetzen. Denn Graf Buol machte für die österreichischen Mißerfolge in Frankfurt natürlich nicht seine eigene unehrliche und gewaltthätige Politik, sondern Prokeschs Ungeschick verantwortlich. Als das Gerücht von Prokeschs Abgang sich bestätigte, schrieb Bismarck am 26. Februar an Gerlach: „Daß Prokesch fortgeht, ist mir nicht lieb. Ich betrachte das ähnlich, als wenn ich ein stätisches Pferd, das ich 3 Jahre geritten habe, und dessen

Tücken ich genau kenne, gegen ein ebenso böses und fremdes Pferd vertauschen soll. Rechberg ist viel fähiger wie Prokesch; die österreichische Politik und die Stellung ihres Trägers am Bunde gegen Preußen bleibt dieselbe, mein Stand wird also schwerer. Rechberg wird ein geschickterer Prokesch sein. Man betrachtet Prokeschs Berufung nach Wien hier als eine schonende Beseitigung, weil er hier zu schlechte Geschäfte macht." Am 27. Februar setzt Bismarck in einem Bericht an Manteuffel hinzu: „Meine Kollegen sind darauf gefaßt, daß Graf Rechberg das auserlesene Instrument sei, um irgend welche verwegene Staatsstreiche auszuführen. Ich halte nun zwar die Bundesversammlung nicht für den Boden, welcher politischer Verwegenheit einen günstigen Spielraum gewährt, für möglich aber doch, daß Graf Rechberg die Aufgabe hat, dem Bunde die Wahl zwischen dem vollständigen Anschluß an und dem Bruch mit Österreich zu stellen. Die Zukunft wird lehren, was davon zu halten ist." — Diese „Zukunft" gab Herrn v. Bismarck schon bald nachher vollkommen recht. Denn, eingeleitet durch eine österreichische Zirkulardepesche vom 28. Februar 1855, beginnen nun monatelange, bis zum Juni erneuerte Versuche Österreichs, den Bundesbeschluß vom 8. Februar einfach zu mißachten oder zu fälschen, und für die in diesen Monaten mannigfach schwankende Politik Österreichs allezeit den „bündnismäßigen" Beistand Preußens und des Bundes ohne weiteres vorauszusetzen und dreist zu begehren. In die Einzelheiten dieses monatelangen Kampfes kann hier nicht eingegangen werden. Sie bieten dasselbe Gesamtbild, wie alle bisherigen Kämpfe dieser Art: die unerschütterliche Festigkeit Bismarcks gegenüber allen Zumutungen stärkt die nicht immer männliche Haltung Manteuffels und der Bamberger, so daß Österreich abermals neue Niederlagen am Bunde erleidet.

Eine wesentliche Stütze für die feste Haltung, welche Bismarck Preußen empfahl, bot freilich die immer größere Verlegenheit und Isolierung Österreichs, zu welcher die Politik des Grafen Buol geführt hatte. Denn Österreich hatte sich in dem Vertrage mit den Westmächten vom 2. Dezember 1854 ohne wei-

teres dem Ansinnen gefügt, die Ablehnung der an Rußland zu stellenden Friedensbedingungen als Kriegsfall zu betrachten. Diese Grundforderungen waren indessen am 28. Dezember dem Fürsten Gortschakoff in Wien bekannt gegeben und von Rußland am 7. Januar 1855 angenommen worden, so daß die Verhandlung über die speziellen Friedensbedingungen — d. h. die Auslegung der vier Augustforderungen im Einzelnen — nunmehr beginnen konnte. Aber sie begann unter schlimmen Anzeichen für Österreich. Denn Preußen und der Bund sträubten sich immer entschlossener gegen jede Beteiligung an der Orientpolitik des Grafen Buol. Das langsame Fortschreiten der Wiener Konferenzen machte die Kosten der Kriegsrüstung für Österreich von Woche zu Woche unerschwinglicher. Frankreich und England drängten das Wiener Kabinet unaufhörlich zu kriegerischen Schritten gegen Rußland. Und bei alledem wurde dem Kaiserstaat von den Westmächten am 15. Januar noch ein neuer höchst unwillkommener Bundesgenosse aufgenötigt, Sardinien, von dem Graf Buol sagte: „Niemals können die Fahnen Piemonts, auch wenn sie an der Seite der französischen wehen, für uns etwas anderes als feindliche Feldzeichen sein.“ Zudem zeigte sich fast bei jedem Worte über die Bedingungen, welche man Rußland stellen solle, tiefe Meinungsverschiedenheit unter den drei Dezemberverbündeten. Denn Österreich war jetzt aus guten Gründen kriegerischen Drohungen ebenso abgeneigt, als die Westmächte und Sardinien ihrerseits dazu hindrängten. Am 2. März unterbrach ein neues folgenschweres Ereignis die Wiener Friedensverhandlungen plötzlich für Wochen: Kaiser Nikolaus starb infolge einer Lungenentzündung. Die Anstrengungen und Erschütterungen der letzten Jahre hatten seine Körper- und Geisteskraft gebrochen. Bei der ersten Nachricht von diesem „erschütternden Ereignis“ schrieb Bismarck am 7. März an Gerlach: „Die Menschen aller Parteien stehen hier, wie wohl in ganz Deutschland, ernst und betroffen der Unerforschlichkeit des göttlichen Ratschlusses gegenüber, und selbst der Demokrat verschließt sich dem Gefühl nicht, welches uns ergreift, wenn der Hauch des Herrn die Eiche niederwirft. Nur von ein-

zelnen Österreichern, selbst von einem General höre ich, daß sie sich händereibend Glück wünschen, von einem gefährlichen Feinde befreit zu sein."

Diese Hoffnung trog freilich, da Zar Alexander II. bei seinem Regierungsantritt erklärte, die Politik durchaus im Sinne des Vaters fortzuführen. Als am 16. März die Wiener Beratungen wieder begannen, gelangten die Mächte, einschließlich der Türkei, rasch zur Verständigung über die beiden ersten Augustforderungen, die Stellung der Donaufürstentümer und die Freiheit der Donauschiffahrt. Dagegen traten die größten Meinungsverschiedenheiten hervor bei dem dritten Punkt; denn unter der Überschrift „Revision des Vertrages von 1841", (welcher verbot, daß in Friedenszeiten ein fremdes Kriegsschiff die Dardanellen durchfahre), erstrebte man eigentlich die Beseitigung des russischen Übergewichtes auf dem Schwarzen Meere. Die Frage erschien so wichtig, daß England, die Pforte und Frankreich ihre hervorragendsten Minister, Lord John Russell, Aali Pascha und Drouyn de l'Huys, nach Wien sandten. Hier spann nun der französische Minister, ein eifriger ultramontaner Katholik und konservativer Politiker — dem die italienische und deutsche Einheit als gefährliche Greuel erschienen — auf eigene Hand den Plan, Frankreich und Österreich im reaktionär-ultramontanen und antinationalen Sinne dauernd eng zu verbinden. Als er dem Kaiser Franz Josef diesen Bündnisplan vertraulich vortrug und warm befürwortete, gab dieser keine bestimmte Antwort. Kaiser Napoleon aber mißbilligte das Vorhaben in schärfster Weise und lehnte daher auch die Zustimmung zu einem Vorschlage Buols vom 21. April ab, den Drouyn und Russell bereits genehmigt hatten. Dieser als „Ultimatum" Österreichs bezeichnete Vorschlag ging dahin: Rußland solle seine Pontusflotte nicht über den Bestand von 1853 erhöhen dürfen. Härtere Bedingungen Rußland aufzuerlegen, halte Österreich für unzulässig. Die Ablehnung dieses Begehrens aber werde Österreich durch Kriegserklärung an Rußland beantworten. Durch die Ablehnung Napoleons war die Wiener Konferenz freilich vorläufig ergebnislos ver-

laufen. Graf Buol wie Drouyn hofften aber, Kaiser Napoleon werde den persönlichen Einwirkungen seines Ministers doch noch nachgeben. Während dieser jetzt nach Paris zurückkehrte, wiederholte Buol daher dort die Erklärung, daß Österreich sich an einem Kriege der Westmächte zur Erreichung schärferer Forderungen nicht beteiligen werde. Statt aber Drouyns und Buols Vorstellungen nachzugeben, entließ Napoleon seinen Minister wenige Wochen später und eröffnete am 2. Juli die Sitzungen des gesetzgebenden Körpers mit einer Rede, in welcher er Österreich die drohende Anklage entgegenschleuderte: „Wir haben noch zu erwarten, daß Österreich seinen Verpflichtungen nachkomme, den mit uns geschlossenen Bündnisvertrag in Angriff und Verteidigung wahr zu machen, falls die friedlichen Verhandlungen scheitern.“ Wie mit Rußland, so war also Österreich nun auch mit Frankreich unheilbar zerfallen und diese beiden neuen Feinde, welche Buols Politik dem Kaiserstaate geschaffen, sannen auf Rache.

Mit welch' gespannter Aufmerksamkeit und Anteilnahme Bismarck alle diese Ereignisse verfolgte, erhellt deutlich aus seinen Briefen und Berichten jener Monate. So schreibt er am 7. März an Gerlach: „Rechberg“, der inzwischen einstweilen an Stelle Prokeschs die Präsidialgeschäfte der Bundesversammlung übernommen hatte, „spricht sich jetzt so gegen mich aus, daß ich nur wünschen könnte, ihn nicht hier, sondern an Buols Stelle zu sehen. Friede mit Rußland, ehrliche Verständigung mit Preußen, Zusammenhalten gegen Westen, Verdammung des Vertrages mit Sardinien, sind die Grundlagen seiner Gespräche.“ Am 3. April meldet Bismarck dem General weiter: „Rechberg stellt sich nicht nur mit mir, sondern auch mit allen meinen Kollegen besser als Prokesch; ich kann es nur wünschen, wenn wir gut mit Österreich stehen; so lange wir schlecht stehen, wünsche ich niemand als Prokesch.“ In demselben Briefe zeigt Bismarck genaue Kenntnis von dem Zwecke, den die Sendung Drouyns nach Wien im Sinne Napoleons verfolgte. Gleichwohl dankt Bismarck am 27. April dem General lebhaft für „die ersten Nachrichten über die neueren Konferenzen

(in Wien) und den Inhalt der gegenseitigen Vorschläge. Sie irren, wenn Sie annehmen, daß man hier gut unterrichtet sei; die Regel ist, daß Niemand irgend etwas weiß, höchstens Rechberg erhält direkte Nachrichten aus Wien, unter Androhung von Rad und Galgen, wenn er mir davon etwas mitteilen sollte." Dann klagt er: „Hier in Frankfurt ist nichts zu machen, wenn es sich um Initiative handelt. Jeder Hebel, den ich anfasse, ist morsches Holz, das mir in der Hand bröckelt, sobald es sich um die geringste antiösterreichische Bewegung handelt." Damit die deutschen Höfe auch von preußischer Seite Berichte und Leitung empfangen, regt Bismarck daher in demselben Briefe an: „Eine Verbesserung wäre zu gewinnen, wenn ich amtlich ermächtigt würde, mit unsern Gesandtschaften in Deutschland, oder mit den Höfen selbst, in direkte Verbindung zu treten, ersteres schriftlich, das andere durch Besuche. Eine solche ehrgeizige Prätension wird man im Ministerium aber nicht zulassen, und ich finde das auch natürlich: wäre ich Minister, so würde ich mich auch bedenken, und meinen preußischen Kollegen in Deutschland wäre es ärgerlich." In der That hütete sich Herr v. Manteuffel wohl, die Leitung der preußischen Politik an den deutschen Höfen dieser ihm selbst überlegenen Kraft dauernd anzuvertrauen.

Aus einem Berichte Bismarcks vom 8. Mai an den Minister erhellt weiter das große Interesse, welches Bismarck an dem dritten Punkte der Wiener Konferenz, der Stellung Rußlands auf dem Schwarzen Meere nimmt. Aus einem Privatschreiben an Gerlach vom nämlichen Tage erfahren wir sogar, daß der junge preußische Bundesgesandte durch seinen russischen „Freund" Glinka in Frankfurt beim russischen Staatskanzler Nesselrode vielleicht noch wirksamer als der preußische Ministerpräsident der Lösung dieser schwierigsten Streitfrage vorgearbeitet hat. Beide Schreiben Bismarcks von diesem Tage schildern auch den Eindruck, den die plötzliche „Veränderung im französischen Ministerium des Auswärtigen", d. h. die Entlassung von Drouyn, hervorrief: „Herr v. Tallenay, ein Anhänger des Friedens, ist sehr betroffen über

dieselbe und seufzt in Sorge über seines Herrn Undankbarkeit; man meint, daß es dem Kaiser darum zu thun sei, Männer von einer gewissen Unabhängigkeit, wie Drouyn de l'Huys und Thouvenel, aus seiner Umgebung zu entfernen, und in dem Grafen Walewski ein Werkzeug seiner persönlichen Politik, seiner pensée intime, zu haben!"

Am nämlichen Tage erhielt Bismarck von Manteuffel die telegraphische Weisung: so schleunig als möglich für ganz kurze Zeit auf Wunsch des Königs nach Berlin zu kommen, um hier Vorschläge über die Behandlung der orientalischen Frage am Bunde zu machen. Bismarck folgte dem Rufe seines Königs noch am 8. Mai und verweilte in Berlin und Potsdam bis zum 15., am 16. kehrte er nach Frankfurt zurück. Aus dem nächsten eigenhändigen Privatschreiben Bismarcks an Manteuffel vom 18. Mai ist zu entnehmen, daß auch des Königs Lieblingswunsch nach einem möglichst herzlichen Verhältnis zu Österreich in Potsdam zwischen dem Monarchen und Bismarck zur Erörterung gekommen, aber durch den Beschluß erledigt worden sei: „die Initiative zu einer Verständigung könne gegenwärtig nicht von Berlin ausgehen." Es gelang Bismarck in Frankfurt nicht, aus dem Grafen Rechberg „herauszubringen, welches spezielle Programm ihm als Grundlage einer Verständigung etwa vorschwebte. Vielleicht denkt er sich die Herstellung der Einigkeit mit uns als einen Titel auf die Stellung, in der Buol allerdings nicht mehr festsitzen soll, wie man hier meint; die meisten deutschen Höfe haben in Wien unzweifelhaft erkennen lassen, daß Buol ihnen ein Hindernis des Vertrauens zu Österreich ist, und das Schimpfen über Buols Unfähigkeit und Anmaßung ist augenblicklich das Lieblingsthema aller Staatsmänner aus dem Bamberger Revier. Andere meiner Kollegen erzählen mir, daß Buol bis zum Abschied von Drouyn de l'Huys sich der unbedingten Sicherheit überlassen habe, daß nunmehr durch ihn und ohne Preußen das Arrangement der großen Frage fertig sei! Er hat nicht im Traum daran gedacht, daß Drouyn de l'Huys' Einwilligung an der Nichtgenehmigung in Paris scheitern könne." Wie

richtig trifft dieses Urteil die zuvor berichteten, damals noch tief verborgenen Thatsachen! „Ich glaube, daß wir hier jetzt keine Thaten zu stande bringen, und das einzige Mittel, unsere Politik in Deutschland zu fördern, darin besteht, daß Österreich sich mehr und fester von der Überzeugung durchdringt, daß wir es in sein Verderben rennen lassen und vielleicht davon Vorteil haben, wenn es auf der früheren Bahn beharrt, mag es andere Bundesstaaten fortreißen oder nicht, daß wir es aber mit offenen Armen empfangen, wenn es sich zu einer vernünftigen und deutschen Politik bekehren will. Dann wird es schließlich den Weg zu unserer Thür und den Vorwand, sich von Frankreich zu lösen, schon zu finden wissen; denn sicher hat es im Dezemberbündnis jetzt schon das Gefühl der Ratte in einem baufälligen Hause. Tallenay fürchtet für seinen Posten; er glaubt, daß man ihn durch eine weniger friedliebende Persönlichkeit werde ersetzen wollen. Es wäre das sehr unklug, denn der hiesige Geschäftsgang verlangt Ruhe im Blut, mehr wie jeder andere."

Inzwischen hatte Österreich in seiner mißlichen Lage zu dem letzten Mittel gegriffen, indem es in einer geheimen, nie an das Tageslicht getretenen Note an seine treuesten Vasallen im Bunde die Drohung richtete, Österreich werde aus dem Bunde austreten, wenn Deutschland ihm nicht blindlings Heeresfolge leiste. Bismarck erhielt die erste Kunde von diesem Geheimnis durch den russischen Vertreter in Frankfurt, Glinka, forschte der Sache wochenlang eifrig nach und erfuhr endlich vom Herzog v. Nassau: in Darmstadt wenigstens sei diese österreichische Drohung bestimmt abgegeben worden. Da schrieb Bismarck am 10. Juni an Gerlach: „Ich sah Dalwigk gleich an, daß er log, als er vor einigen Wochen die Sache gegen mich ableugnete. Wie schwer ist doch das Lügen, daß man bei so viel Übung keine unbefangene Leichtigkeit darin erlangt. Die Sache (d. h. die österr. Austrittsdrohung) hat jetzt hoffentlich nur noch ein historisches Interesse, denn nach allen Witterungszeichen scheint das österreichische Demonstrationsfieber doch im Fallen und die Gefahr der Ansteckung überstanden. Gewiß ist es gut, daß

wir ihnen den Weg zu uns erleichtern und goldene Brücken bauen, aber doch mit der Vorsicht, daß sie keinen Rückfall bekommen." Dieses Urteil stützt sich auf einen weiteren Beweis großer Verlegenheit, den Österreich inzwischen von sich gegeben hatte, indem es am 25. Mai ein vertrauliches Rundschreiben an die deutschen Höfe mit Ausnahme Preußens richtete, um bei diesen und zugleich in Paris Stimmung für sich zu machen. In einem Privatbrief an Gerlach vom 11. Juni sagt Bismarck: mit diesem Rundschreiben habe Österreich „albern operiert. Daß letzteres von Buol wohl zu erwarten, nehmen alle Bamberger Minister und Gesandte an, und es gehört jetzt hier zum guten Ton, von dem Wiener Premier wie von einem dummen Jungen zu sprechen. Mit besonderer Vorliebe erzählt man sich, wie Schwarzenberg, fühlend, daß er sich ausruhen und vertreten lassen müsse, sich lange besonnen habe, wer wohl unter den höheren Chargen der ungefährlichste Schwachkopf sei, dem er seine Stellung in Verwahrung gebe, wie man einem Lakaien seinen Rock aufzuheben gibt, endlich habe er heureka (ich habe es gefunden) gerufen und dem Kaiser den Grafen Buol als seinen Vertreter empfohlen; darüber sei Schwarzenberg unerwartet vom — geholt worden, und der Kaiser habe die Empfehlung Buols ernstlich genommen und ihn ernannt."

Zugleich ist Bismarck aber unbefangen genug, entgegen der Meinung Gerlachs, die von Buol auf der Wiener Konferenz gemachten Vorschläge, welche Napoleon verworfen hatte, in einem Briefe an Gerlach vom 15. Juni als eine sehr geeignete Grundlage zur Verständigung mit Rußland zu bezeichnen, „wenn man nicht noch einige Saucen stärkender Auslegungen von Westen her über den deutschen Hammel gegossen hätte. Gestern hörte ich von einer aus Wien gekommenen, antiwestlichen, aber eingeweihten Person, daß Buol in den letzten Tagen weinend, in juchtenduftiger Reue, an Gortschakoffs Halse hängt. Mit dem Händedruck des Biedermanns hat er letzterem gesagt: ‚Wenn ein Mann von Ehre einsieht, daß er auf falschem Wege ist, so gesteht er es ein und kehrt um; ich sehe ein, daß ich mich geirrt habe, ich kehre um und

biete Ihnen offen die Hand.' Darauf anhaltendes Händeschütteln aus dem Schultergelenk, mit dem Kopf rechts rückwärts gedreht, gerührtem Lächeln und sentimentalem Blick, gerade auf die Brillengläser Gortschakoffs. Mein Gewährsmann hatte Buols obige Worte buchstäblich aus Gortschakoffs Munde. Prokesch soll bei Rußland schwören, und nie einen anderen Gedanken gehabt haben, als diese Sympathie. Prokesch-Westen können wir ihn nun nicht mehr nennen, höchstens Prokesch-Nord-Osten. Er wird noch die ganze Windrose durchmachen." Auch in die tiefsten und geheimsten Herzensfalten der Gegner, in den oben vorgetragenen geheimen Plan Drouyns, dringt dabei Bismarcks Blick, wenn er fortfährt: „Es war, wie man sagt, ein Lieblingsplan Schwarzenbergs seit der Herstellung des Kaisertums in Frankreich, eine Koalition der drei Kaiser zu stande zu bringen, um Preußen und England, und damit Protestantismus und politische Freiheit, die ‚Revolution in Kirche und Staat' zu erdrücken. Möglich ist, daß Buol unter anderen Gift-Rezepten auch dieses im Nachlaß seines Vorgängers gefunden hat. Noch näher liegt mir bei ihm zur Erklärung seiner Kälte gegen uns, im Vergleich mit der plötzlichen Hitze seiner neuen Liebe zu Rußland, das Motiv persönlicher Gereiztheit gegen Preußen, die Eitelkeit beherrscht ihn ausschließlich, mag er sich die Nägel putzen oder Staatsverträge schließen; wer seine Eitelkeit verletzt, gegen den wütet er so lange, bis er eine neue Verletzung erfährt, über die er die erste vergißt. Bisher hatte er das Bedürfnis, den Russen zu beweisen, wie ungerecht sie gehabt hätten, ihn geringschätzig zu behandeln; jetzt ärgert er sich über Preußen noch mehr. Wir haben ihn verhindert, eine große Rolle an der Spitze der 70 Millionen des April-Bündnisses zu spielen, wir haben ihm einige Dutzend grober Noten im Laufe der letzten Jahre geschrieben, wir haben klüger oder glücklicher operiert wie er, und ihn um den Ruf eines überlegenen Staatsmannes gebracht, von dem er doch die Charaktermaske in Miene und Haltung bei keiner Gelegenheit ablegt. Nach alledem ist nicht von ihm zu verlangen, daß er uns mit dem Eingeständnis, ein leichtfertiger Geck gewesen zu sein, die Hand bieten soll. Der

Deutsche blamiert sich immer lieber vor dem Fremden, als vor einem Landsmann. Nehme ich dazu die Wiener Eifersucht gegen Preußen, die lieber dem Satan etwas zu danken haben mag, als uns, so finde ich es natürlich, daß die Präsidialmacht uns zu zeigen sucht, wie sie uns nicht braucht, um Rußland auszusöhnen. Es liegt das in derselben Richtung, wie wenn die Preußen hier sich forscher vorkommen, wenn sie mit der Prokesch, als wenn sie mit meiner Frau Intimität anknüpfen, oder, um ein geschichtliches Bild zu brauchen, wenn Franz I. sich lieber einem Fremden, als dem connétable Bourbon ergeben wollte" (in der Schlacht von Pavia, 24. Februar 1525). „Für traitres hält man uns in Wien ebenso gut, wie Franz seinen Landsmann."

Im Juni, namentlich am 28. durch ein Rundschreiben an die deutschen Höfe, machte Österreich von neuem den Versuch, sich Frankreichs Gunst und Achtung dadurch zu erhalten, daß Österreich sich den Anschein gab, über die gesamte Wehrkraft des deutschen Bundes nach Belieben verfügen zu können. Deshalb wurden die deutschen Bundesgenossen aufgefordert, sich sofort mit der österreichischen Politik einverstanden zu erklären, worauf eine genauere Vorlage folgen werde. Auf Manteuffels Ersuchen gab Bismarck sein Urteil über diese neue österreichische Zumutung am 30. Juni in den Worten ab: „Wenn wir eine rückhaltlose Billigung der Haltung Österreichs, wie sie in dem Entwurf charakterisiert wird, aussprechen wollten, so würde damit gesagt sein, daß wir den Abschluß des Dezembervertrages, unseren Ausschluß aus den Konferenzen, das einseitige Vorgehen Österreichs in diesen Konferenzen, den Entschluß Österreichs, seine Auslegung der vier und namentlich des dritten Punktes als Ultimatum gegen Rußland aufzustellen und kriegerisch durchzuführen, billigen und anerkennen. Unleugbar ist aber doch, daß alle diese Handlungen Österreichs mit der deutschen Stellung in ausgesprochenem Widerstreite stehen, und daß gerade vermöge dieser Akte, welche wir billigen sollen, Österreich die Rücksichten, welche es seinen deutschen Bundesgenossen auf Grund der alten und der neuen Verträge schuldete, auf das Schwerste verletzt

hat.“ Bismarck rät daher dem Minister, Österreich die Zurückziehung der Vorlage zu empfehlen, falls sie aber aufrecht erhalten wird, sie in den Ausschüssen des Bundestags begraben zu lassen. Noch schärfer schreibt Bismarck am nämlichen Tage (30. Juni) an Gerlach: „Der Wortlaut des Entwurfs der österreichischen Erklärung ist schlimmer, als ich erwartet habe, und wir würden uns vor ganz Deutschland die Nase abschneiden, wenn wir diese Fälschungen rückhaltlos billigen wollten. Ich kann nach diesem Aktenstücke nicht an ehrliches Spiel und Besserung glauben, namentlich seit dem ‚Wiedererscheinen Prokeschs‘ auf der hiesigen Bühne. Der ganze Bund ist über den Abgang Rechbergs aufs tiefste niedergeschlagen, in vollständig elegischer Stimmung. Ich selbst hatte mich persönlich mit ihm befreundet und verliere einen angenehmen Umgang. Letzterer kommt jetzt bei jedem Gespräch darauf, ich müsse Arnims Nachfolger in Wien werden. Meine persönliche Neigung würde sehr dagegen sein. Ich gehöre zu den wenigen mit ihrer dienstlichen Stellung durchaus zufriedenen Leuten in Preußen, und bitte Gott und den König nur, daß es so bleibt; selbst Prokesch nehme ich mit in den Kauf. Eine chiffrierte Depesche von Manteuffel, die gestern hier ankam, warnte auf Grund der Wiener Nachrichten vor den Plänen Österreichs, alle Annäherung sei Heuchelei, und nur darauf berechnet, die Deutschen von uns ab zu Frankreich zu ziehen, Buol fühle, daß er mit Rußland nicht wieder gut werden könne. Wenn man sich in Berlin nur nicht durch geschmiedete Nachrichten der Art einschüchtern und ins westliche Garn jagen läßt. Ich sitze so voll Mißtrauen, wie irgend wer, aber ruhig Blut. Wir müssen Österreich die Brücke offen halten, nur nicht selbst über die Brücke gehen, auch nicht einen Fuß darauf setzen.“

Durchaus im Sinne dieser Ausführungen antwortete Minister Manteuffel telegraphisch an Bismarck am 3. Juli und auf die österreichische Mitteilung vom 28. Juni am 5. Juli nach Wien. Inzwischen hatte Herr v. Prokesch wieder seinen Einzug in Frankfurt gehalten. Bismarck berichtet darüber an Manteuffel am 4. Juli:

„Mein erstes Wiedersehen mit Prokesch war beiderseits frei von Verlegenheit. Die sanfte Heiterkeit, deren Maske er trug, fand ihren Ausdruck auch in der Farbe seiner Handschuhe, die von zartestem himmelblau und ausnahmsweise ganz neu waren. Es schlug gerade zwölf am 2. Juli, und ich bemerkte beiläufig, daß dieser Augenblick genau die Mitte des Jahres sei, worauf er mit durchbrechender Herzlichkeit meine Hand ergriff und sagte: ‚Wohlan, so vergessen wir die Leiden und Sorgen des alten Jahres, und beginnen wir ein ganz neues.‘“

Bismarck ließ sich durch diese Liebesbeweise des „Armeniers“ keinen Augenblick irre machen in der Aufgabe, der neuen österreichischen Zumutung an den Bund kräftig entgegenzutreten. „Um schließlich nicht von einem bayrischen Vermittelungsvorschlag mitgeschleift zu werden,“ nahm Bismarck die Fassung einer gebührenden Antwort selbst in die Hand, indem er die Gesandten von Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Kurhessen „gelegentlich“ bei sich versammelte und hier deren Einverständnis zu folgendem Antrag an die Bundesversammlung gewann: 1. der Kaiserlichen Regierung Dank für die Mitteilung und für ihre Bestrebungen zur Erhaltung des Friedens auszusprechen; 2. zu erklären, daß die dermalige Lage keine Veranlassung für den Bund enthalte, neue Verbindlichkeiten einzugehen oder die bestehenden zu erweitern; 3. die am 8. Februar c. beschlossene Bereitstellung der Bundeskontingente vorläufig fortdauern zu lassen. Minister Manteuffel erklärte sich, auf den Bericht Bismarcks vom 5. Juli, am 7. telegraphisch mit diesem Beschluß einverstanden. Die Sache war damit schon entschieden. Am 5. Juli führte sich zwar Herr v. Prokesch als wiedergekehrter Präsidialgesandter mit großen Worten bei der Bundesversammlung ein, indes bemerkt Bismarck darüber am 6. in einem Immediatbericht an den König etwas boshaft: Er glaube, „sie als vertrauliche betrachten zu sollen, da meiner Erinnerung nach ihr Inhalt wie folgt lautete: ‚Wenn gesunder Menschenverstand die Welt regierte, so würde ich Ihnen den Frieden gebracht haben. Da aber nach dem Rate der Vorsehung die Leiden-

schaften und Thorheiten der Menschen einen entschiedenen Einfluß auf die Händel dieser Welt üben, so kann ich Ihnen nur ein Stück des Friedens bringen, dieses aber liegt auf der Seite von Deutschland."

Mit diesem „Stück des Friedens" war natürlich die österreichische Vorlage gemeint. Statt dessen wurde aber — und zwar mit Prokeschs eigener notgedrungener Zustimmung — am 19. und 26. Juli vom Bundestage der preußische Gegenantrag Bismarcks einstimmig angenommen! „Es war ein mir früher seltenes Vergnügen, unter Prokeschs Vorgang, 15 Stimmen hinter einander ‚wie Preußen' votieren zu hören," schreibt Bismarck triumphierend am 20. Juli an Gerlach. „Mit dem Armenier hatte ich vorher einen harten Strauß, und er machte unredliche Quersprünge und Künste, ehe er pure den Wortlaut unseres Entwurfs genehmigte." Das half aber alles nichts. Am 2. August trat dann die Bundesversammlung die wohlverdienten Ferien an und vertagte sich bis Mitte Oktober.

Seine eigenen Ferien gedachte der preußische Gesandte beim Bundestage diesmal ganz seiner Gesundheit zu widmen, zumal da er im Vorjahre, wie wir sahen, infolge der drängenden politischen Geschäfte, um jede Erholung gekommen war. Im Besitze des bewilligten, wohlverdienten Urlaubes, schrieb er daher am 12. August an Manteuffel, er beabsichtige am 16. „ins Seebad abzugehen, wahrscheinlich nach Trouville"; statt dessen aber fand Bismarck beim Besuche der Weltausstellung in Paris und bei seiner Einführung in die höchsten Kreise daselbst soviel Stoff zur Anregung und Beobachtung, daß er das Seebad ganz aufgab. Er wurde in Paris durch den dortigen preußischen Gesandten Grafen Hatzfeld dem Kaiser Napoleon vorgestellt und begegnete bei einem Hofball in Versailles am 25. August zum erstenmal der Königin Victoria von England. Er wurde der Königin durch den Herzog von Ratibor vorgestellt. Dann nahm er auch an einer kaiserlichen Jagd in Fontainebleau mit nachfolgendem Diner und an einem Diner des französischen Ministers des Äußern, Grafen Walewski, teil. Seine Berichte und Briefe über diesen Pariser Aufenthalt sind ebenso vielseitig als

interessant. Nach seiner am 6. September erfolgten Rückkehr nach Frankfurt, schreibt er am 14. eigenhändig an Manteuffel: „Was ich in Paris an politischen Anzeichen wahrgenommen habe, sprach nicht für die Fortdauer eines geheimen Verständnisses zwischen Wien und Paris. Man prahlte in den ministeriellen Kreisen allenfalls damit, die deutschen Mittelstaaten in der Tasche zu haben; die Erwähnung Österreichs aber war stets mit unwillkürlicher Bitterkeit gepaart, während ich glaubte, man werde uns gegenüber gern sich den Schein geben, mit Österreich sehr gut zu stehen. Eine kriegerische Äußerung habe ich während meines ganzen Aufenthaltes von niemand gehört, im Publikum sprach man von dem Kriege fast immer mit Achselzucken, am unbefangensten von seiten der Militärs. Im Gespräch mit den amtlichen und anderen Politikern [illegible] das Bestreben vor, zu erklären, warum man die österreichischen Vorschläge nicht angenommen habe; neu war mir dabei, daß man [illegible] Österreich befragt habe, ob es im Falle [illegible] für die Durchführung seines eigenen [illegible] zum Kriege zu schreiten, wenn Rußland Schwierig[illegible] habe Österreich mit ausweichen[illegible] darauf erst sei die Ablehnung der West[illegible] Graf Walewski sprach sich in demselben Sinne [illegible] sprach vorzugsweise von dem Befinden Sr. Maje[illegible] und warmer Teilnahme für dasselbe, sagte mir auch [illegible] Unverkennbar wurden wir Preußen [illegible] Fremden mit großer Aufmerksamkeit be[illegible] Österreicher bemerkte man fast nirgends, und [illegible] (der österreichische Gesandte in Paris) erschien bei keinem [illegible] wegen Krankheit, obschon ich ihn inzwischen [illegible] Bezeichnend für die Opfer des Krieges ist in [illegible] vollständige Leere in allen Infanterie-Garnisonen. [illegible] Paris, Lyon und Boulogne sind in achtbarem [illegible] vielleicht 100 bis 120 000 Mann; in den [illegible] aber befinden sich nur Depots, im engsten [illegible] Straßburg, Metz und Rouen hatten die In-

fanterie-Regimenter nur die zur Dressur der fortwährend zugehenden Rekruten nötige Mannschaft bei der Fahne, und jede ausexerzierte Rekrutenabteilung wird sofort auf die Eisenbahn gesetzt, um nach dem Orient abzugehen. Der Wachtdienst in Straßburg und Metz wurde von Nichtkombattanten, den Handwerkern und Arbeitern der Truppenteile, und in Metz von Artillerieschülern gethan. In Straßburg befinden sich nach den mir von Einwohnern gemachten und in Paris von Militärs bestätigten Angaben nur wenig über 500, jedenfalls unter 1000 Mann Infanterie verschiedener Regimenter; auf den Wällen schilderten Kavalleristen. Ein Ordonnanzoffizier des Kaisers gab mir den Unterschied zwischen der Truppenzahl, die nach und nach eingeschifft worden, und der, die jetzt im Orient vorhanden sei, auf einige 80 000 Mann an", d. h. über 80 000 Mann betrugen also die französischen Verluste im Krimkriege bis Ende August 1855. „Die Verkleinerung der Verluste in den amtlichen Berichten wird von der Armee sehr übel genommen, und jeder Offizier ist leicht bereit, den Moniteur in dieser Beziehung Lügen zu strafen." An Gerlach schreibt Bismarck am 15. September: „Mich befällt stets das Heimweh, wenn die Blätter gelb werden, und das waren sie in Paris schon. Auf das Seebad habe ich verzichtet; ich war elend aus Mangel an Bewegung bei zu gutem Leben; die Strapazen des Touristen, verbunden mit vollständiger Trägheit des Geistes, haben mich hergestellt. Sie schelten mich, daß ich in Babylon (Paris) gewesen bin, aber Sie können von einem lernbegierigen Diplomaten diese politische Keuschheit nicht verlangen, die einem Soldaten, wie Lützow, oder einem unabhängigen Landjunker so wohl ansteht; ich muß m. E. die Elemente, in denen ich mich zu bewegen habe, aus eigener Erfahrung kennen lernen, soviel sich mir dazu Gelegenheit bietet. Fürchten Sie dabei nicht für meine politische Gesundheit; ich habe viel von der Natur der Ente, der das Wasser von den Federn abläuft, und es ist bei mir ein ziemlich weiter Weg von der äußeren Haut bis zum Herzen. Ich habe an Vorliebe für den Bonapartismus nicht gewonnen, im Gegenteil, mir fiel es wie eine Last von der Brust, als ich die

Grenze wieder hinter mir hatte, ich hätte den ersten schwarz-weißen Pfahl umarmen können, und sogar für zwei rheinische Fabrikanten, die mit mir im Wagen saßen, hatte ich eine Anwandlung landsmannschaftlicher Gefühle. Es ist wahr, wenn ich an meinen letzten Besuch in Paris denke, unter Louis Philipp, so finde ich die Pariser wunderbar fortgeschritten in der Disziplin und dem äußeren Anstande. Der einzige Mensch, der mit Selbstbewußtsein über die Straße geht, ist der Soldat, vom General bis zum Trainknecht, und wer gar nichts von der neuesten Geschichte wüßte, würde doch aus einem Vergleich der Physiognomie des Straßenlebens entnehmen können, daß die Herrschaft von der Juli-Bourgeoisie auf die Armee übergegangen ist. Die Beleuchtung ist glänzend, doch sieht man noch mehr Polizisten als Laternen; es gibt keinen Winkel in allen Straßen, wo man nicht sicher wäre, in irgend einer Richtung wenigstens dem beobachtenden Blicke eines uniformierten agent de police, gensdarme municipal, und wie sie alle heißen, zu begegnen; man kann nicht stille stehen, ohne neben sich zu hören: circulez, s'il vous plait. Ich würde mich gar nicht gewundert haben, bei dem Aufwachen des Morgens, in ein Gesicht mit drei Bärten und schiefem Hut zu blicken, welches mir mit der gelangweilten Höflichkeit eines Gefängnisschließers sagte: changez de chemise s'il vous plait. Man hört auf, nach eigenem Willen zu niesen oder zu schnauben, wenn man den Fuß in diese Tretmühle gesetzt hat. Der Franzose sagt: c'est précisement ce qu'il nous faut; le despotisme est la seule forme du gouvernement compatible avec l'esprit français.*) Das mag richtig sein, ist aber eine scharfe Selbstkritik. Die Aufnahme der Königin von England im Publikum war unzweifelhaft kalt, man sah das an, wie man eine Menagerie oder eine Parade ansieht, machte seine Witze, und die Begeisterung war allein auf Seiten der Engländer. Ich habe keinen Franzosen gesprochen, der nicht den Frieden gewünscht hätte, am lautesten die

*) „Das eben müssen wir haben; der Despotismus ist die einzige mit dem französischen Geiste verträgliche Regierungsform."

Militärs. Solange Louis Napoleon lebt, glaube ich übrigens, daß er fest sitzt. Er hat in der Garde und in der zahllosen Gensdarmerie zu viel gut bezahlte Leute, welche wünschen, daß alles so bleibe, wie es jetzt ist, und zahlreich genug sind, um Paris im Zaum zu halten. Geld ist alles in Paris, und Montmorency oder ein Marschall ein Hund neben Rothschild, Fould und Pereire."

In jenen Tagen verweilten die preußischen Majestäten in der Rheinprovinz, und Bismarck war zu deren Begrüßung aus Frankfurt herbeigeeilt. Am 5. Oktober berichtet er an Manteuffel wieder aus letzterem Ort: „Der Eifer, mit welchem die süddeutschen Fürsten dem König entgegengekommen sind, namentlich der Besuch des Königs von Württemberg (in Stolzenfels) hat hier ein günstiges Aufsehen gemacht, und in Paris nach den hier eingegangenen Nachrichten unangenehm überrascht; wenn, ungeachtet der Kenntnis von diesem Pariser Befremden, der Großherzog von Hessen zum 15. nach Berlin geht, so liegt darin ein Beweis, daß in Darmstadt die Furcht vor Frankreich abgenommen hat. Man kennt jetzt überall die Entblößung der französischen Garnisonen und sieht etwas weniger Gespenster in der Richtung. Darmstadt sehe ich als eine Art von Wetterglas für die Stimmung der deutschen Regierungen an, das Quecksilber Dalwigks gibt am leichtesten dem Druck der politischen Atmosphäre nach. — Österreich tummelt im Journal de Francfort und Constitutionel in wahrhaft lächerlicher Weise sein lahmes Schlachtroß von Versicherungen dessen, was es für Frankreich thun werde und längst gethan hätte, wenn es nicht von Preußen am Rockschoß gehalten würde. Ich möchte doch wissen, wen sie mit diesen würdelosen Augendienereien gegen Westen und Prahlereien gegen Osten noch zu betrügen glauben; solange die Armee nicht wieder in Galizien steht, ist diese Drapierung mit dem Kriegsmantel zu fadenscheinig."

Zu dieser neuen Anschmeichelung an Frankreich mochte Graf Buol sich gedrängt fühlen durch den größten Waffenerfolg, den die Westmächte im Laufe des ganzen Krieges errangen. Denn nach

einem zwölfmonatlichen Riesenkampfe war Sebastopol am 23. September 1855 gefallen.

Einen Monat nach diesem wichtigen Ereignisse, am 21. Oktober 1855, nahm die Bundesversammlung in Frankfurt ihre Wintersitzungen, unter dem Vorsitze des Herrn v. Prokesch, wieder auf. Aber schon am 26. Oktober berichtet Bismarck an den König, daß Prokesch zum Kaiserlichen Internuntius in Konstantinopel ernannt sei, „und daß sein Abgang von hier ohne Ausnahme als ein erfreuliches Ereignis bezeichnet wird.“

Am nämlichen Tage schildert Bismarck in einem zweiten Immediatbericht den feierlichen Abschied Prokeschs von der Bundesversammlung in der Sitzung vom 25. Oktober: „Er verlas dabei eine Abschiedsrede, in welcher er die Hoffnung aussprach, daß das wohlwollende Vertrauen, dessen er sich während seiner mehrjährigen Amtsthätigkeit allseitig zu erfreuen gehabt habe, ihm auch in der Ferne gesichert bleiben möge. Ich konnte auf diesen, mehr auf dem Gebiete des Gefühls, als in dem der Geschäfte sich bewegenden Vortrag, wenn ich nicht einer zur Heiterkeit geneigten Stimmung der Versammlung neue Nahrung geben wollte, nur mit dem kurzen Ausdruck meiner Überzeugung antworten, daß die Glückwünsche der Versammlung ihn an seinen neuen Bestimmungsort geleiteten. Seine Abreise ist dem Vernehmen nach erst auf den 8. November angesetzt.“

An den General Gerlach aber schreibt Bismarck am 29. Oktober über Prokeschs Abgang: „Der Armenier hat übrigens in der letzten Sitzung noch wieder den größten Unfug getrieben, offenbar in der Absicht, meine Verhältnisse zu Rechberg (seinem Nachfolger) mit einem Streit beginnen zu lassen. Auch Brunnow (den neuen russischen Gesandten in Frankfurt) hat er unartig empfangen. Einige servile Kollegen wünschten, ich sollte Prokesch ein Abschiedsfest geben; die Heuchelei wäre zu groß. Unser Freund Dalwigk hat sich bei dem Einweihungsfest der Mainz-Straßburger Bahn wieder gründlich blamiert, indem gerade er den Toast auf den französischen Kaiser ausbrachte, und zwar mit den Worten: vive l'empereur, „ce

grand homme“; die anwesenden Franzosen haben eine hohe Idee von dem Takt deutscher Minister bekommen.“ In einem Briefe an Gerlach vom 31. Oktober fügt Bismarck noch hinzu: „Prokesch liegt still im Bau, wie ein angeschossener Fuchs. Er entzieht sich uns durch Absagen der Sitzungen. Einigen Balsam hat ihm der bayerische Orden gewährt, den er, dem Vernehmen nach auf Verwendung der Großherzogin von Darmstadt, gegen das Versprechen erhalten hat, seine schützende Hand über Griechenland auszustrecken“, wo der Bruder der Großherzogin, Prinz Otto v. Bayern, seit 1832 auf einem schwankenden Throne saß. „Ich freue mich sehr auf die Zeitungsartikel, in denen er (Prokesch) seine joyeuse entrée in Stambul auf dem Kaiserlichen Kriegsschiff in Feldmarschall-Uniform u. s. w. schildern wird.“ Am 6. November berichtet Bismarck an den Minister Manteuffel weiter: „Prokesch spielt die Rolle des Bösewichts in dem langweiligen Bundesroman bis ans Ende; es scheint, daß er seinem Nachfolger absichtlich einen schwierigen Anfang bereiten will, indem er streitige Sachen in den Vordergrund zieht, Akten verleugnet, die ich fordere, die Ausschußsitzungen willkürlich ausfallen läßt und sich unsichtbar macht. Leider bin ich bei meinen Kollegen in dergleichem Kampf gegen Präsidialwillkür noch immer ohne Beistand, besonders seit Bayern wieder in einer Schwenkung nach Österreich hinüber neigt. Das Wiener Kabinet scheint in der traurigen Lage des Königs Otto (von Griechenland, dem Bruder des bayerischen Königs Max) eine neue Handhabe gewonnen zu haben, um auf Bayerns Haltung zu wirken.“

Mit Prokeschs Nachfolger, Rechberg, kam Bismarck wieder ebenso gut aus, als bei Rechbergs erster Anwesenheit in Frankfurt vom März 1855 an. Dagegen vermißte Bismarck schon lange, zu seiner eigenen geselligen Entlastung einen Attaché. „Es fehlt mir gänzlich das jugendliche, vornehme Element“ in dem Personenbestande der preußischen Bundestagsgesandtschaft, klagt er gegen Gerlach am 16. November, „welches in der Gesellschaft verkehrt, den Klatsch sammelt, tanzt, und sich wichtig macht. Ich bin zu alt und zu verheiratet zum Courmachen. Die anderen größeren

Gesandtschaften sind hier reichlich mit dergleichen ausgestattet.“ Der Brief schließt: „Ich bin nun seit sechs Monaten nicht in Berlin gewesen, und wenig unterrichtet von der dortigen Sachlage.“ Vielleicht infolge dieser Vorstellung erhielt Bismarck am 24. November vom Minister des Innern, v. Westphalen, plötzlich die Aufforderung, auf Grund einer AH. Ordre vom 8. d. zum 29. seinen Sitz im Herrenhause einzunehmen. Ohne Befehl und Urlaub von Manteuffel wagte er aber doch Frankfurt nicht zu verlassen, obwohl „hier nichts los ist, totale Windstille, Rechberg noch immer gut.“ Wenige Tage später traf auch das von Manteuffel erbetene Telegramm ein, so daß Bismarck am 28. November nach Berlin reiste und vom 1. bis 8. Dezember mit dem König und dem Minister eifrig verkehrte. Es handelte sich dabei sowohl um die Bundesgeschäfte, wie um die neuesten Wendungen der orientalischen Frage, namentlich aber um die Verwirklichung jenes Gedankens, den wir Bismarck schüchtern und unmaßgeblich bei Gerlach anregen sahen: Bismarck als preußischen Vertrauten an deutsche Höfe zu entsenden. Im besonderen Auftrag des Königs und der preußischen Regierung reiste er nämlich am 12. Dezember von Berlin nach München und Stuttgart, um dort über die Stellung des Hofes und der Minister zu allen schwebenden Fragen die genauesten Erkundigungen einzuziehen. Das Ergebnis dieser Reisen, das Bismarck dem König am 21. Dezember in einem Immediatbericht und am nämlichen Tage auch dem General v. Gerlach in einem Privatbriefe vorträgt, war ein für Preußen hocherfreuliches, und konnte in Berlin nur dazu ermuntern, den preußischen Bundestagsgesandten recht oft möglichst viele deutsche Höfe bereisen zu lassen. Schon die ungewöhnlichen Ehren und Aufmerksamkeiten, die dem Gesandten Preußens in München und Stuttgart zu teil wurden, waren beredte Zeugnisse seines Erfolges. In München wurde er volle acht Tage vom Hofe festgehalten und gegen die strenge Etikette in die intimsten Kreise des Königshauses eingeführt. Der König versäumte im anregenden politischen Gespräch mit ihm die Dinerstunde; die Königin trank in seiner Gesellschaft das damals noch gänzlich undiplomatische Bier;

sogar zwei Glas, „ich aber drei“. Den Minister v. d. Pfordten, dem er bisher fast immer nur kämpfend gegenüber gestanden, zog er im Laufe dieser acht Tage mächtig an sich und näher an Preußen heran. „Wenn man in München liebenswürdig für mich war, so trug man mich in Stuttgart auf den Händen,“ schreibt er an Gerlach. Hier wollte Bismarck eigentlich nur seinen Bekannten, den Minister des Auswärtigen v. Hügel, besuchen. Aber „der König ließ mich gleich nach meiner Ankunft rufen“ und „sprach sich in einer mehrere Stunden währenden Audienz über die verschiedenartigsten Gegenstände und Personen aus. Se. Majestät stellte mir eine Hofequipage zur Verfügung und gestattete mir die Besichtigung der königlichen Schlösser, auch der selten zugänglichen Wilhelma, und ungeachtet der Kürze meines Aufenthaltes, hatte ich neben wiederholten Audienzen die Ehre, zur Tafel gezogen zu werden und auch den Abend im Kreise des Hofes zuzubringen.“

Diesen äußerlichen Kundgebungen vertrauter Herzlichkeit der von Bismarck besuchten Höfe entsprachen aber auch die dortigen politischen Ergebnisse. Zunächst nämlich stellte Bismarck in München, nach den wiederholten Gesprächen v. d. Pfordtens mit Napoleon in Paris, fest, daß auch Frankreich ein tiefes Bedürfnis nach Frieden empfinde und mit der Neutralisation des Schwarzen Meeres sich befriedigt erkläre. An die Drohung Napoleons, Polen in Aufruhr zu versetzen, wenn der Krieg sich noch zum Frühjahr hinziehen solle, glaubte auch Herr v. d. Pfordten nicht recht, und Bismarck widerlegte und verspottete sie ganz und gar. Noch wichtiger war, daß in München wie in Stuttgart damals sich auch nicht der Schatten eines Verdachtes für die etwaige Regung einer Rheinbundspolitik gewinnen ließ. Ferner, daß beide Staaten von Mißtrauen und Feindseligkeit erfüllt waren gegen die undeutsche, selbstsüchtige und unberechenbare, immer aber auch falsche Politik Österreichs unter Buol, dagegen laut priesen „die weise und feste Politik Preußens, der allein die Erhaltung des Friedens zuzuschreiben sei“; endlich daß sie sich verpflichteten, auch ferner dieser Politik gegen Österreich am Bunde zu folgen, und deshalb die Anregung des

Herrn v. Beust zu neuen Bamberger Konferenzen abgelehnt hatten. Das ist der wesentliche wichtige Inhalt der beiden, vierzehn Druckseiten umfassenden Berichte Bismarcks über seine (infolge des Dezemberwetters) „kalte Reise“ nach München und Stuttgart. Aus seinen ganz vertraulichen Mitteilungen an Gerlach mögen hier nur noch einige Stellen Platz finden. „In der Verurteilung Buols,“ heißt es da, „sind alle Stimmen in München und Stuttgart einig. Jedenfalls hat er das Verdienst, Österreich um das Vertrauen, und sich um die Achtung aller gebracht zu haben. Pfordten verglich ihn mit einer Lokomotive, die nicht weiß, wohin sie rennt, und auf jede Anrede nur Dampf und Geräusch von sich gibt. Der König (Max v. Bayern) weiß die Wichtigkeit der Bundes-Versicherungs-Anstalt sehr wohl für die deutschen Staaten zu schätzen und hat gar keine Lust, aus dem gemeinsamen Schiff zu springen und auf eigene Hand zu schwimmen. Er möchte den Bund gern populär machen, das wird schwer halten. Eine gut gezeichnete Karrikatur hatten sie in München: L. Napoleon mit Pfordten und Beust als Kinder, alle sehr ähnlich, vor sich, und der Unterschrift: ‚Lasset die Kleinen zu mir kommen, denn ihrer ist das deutsche Reich.‘ Der König von Württemberg war sehr bitter gegen Österreich. Er sagte: mit Österreich sei nur zu verkehren, wenn es im Unglück sei; im Glücke sei es treulos. Ersteres werde nicht ausbleiben, wenn es so fortgehe, und dann werde Deutschland einig sein, eher nicht. Das neue Konkordat (Österreichs mit Rom) werde bald ein Nessusgewand werden, jetzt sei es nur ein brevet d'incapacité für die österreichischen Staatsmänner. Frankreich zeige jetzt noch die Sammetpfote in Wien, die Krallen würden aber bald genug zum Vorschein kommen. L. Napoleon könne seiner Stellung, seinem Charakter, seiner Gewöhnung nach nicht Frieden halten, und Italien locke ihn viel mehr als der Rhein. Deutschland mit Preußen seien auch ohne Österreich stark genug, sich Frankreichs zu erwehren; im Kriege zwischen beiden werde der Angreifer unterliegen. Herrn v. Hübner in Paris (dem österreichischen Gesandten) habe man ' Witz sehr übel genommen; auf die Frage: ‚comment se

fait-il que l'empereur et Mr. de Morny soient frères? Est ce que Morny est d'un autre lit?' habe er geantwortet: ‚non, mais d'un autre canapé.'*) In Stuttgart wie in München ist man augenblicklich gut preußisch; ein ewiger Bund ist mit ihnen nicht zu flechten."

Während Herr v. Bismarck so in München und Stuttgart freundliche Beziehungen der süddeutschen Höfe zu Preußen anknüpfte, hatten sich zu Ende des Jahres 1855 auch auf der großen Weltbühne die Aussichten zu baldiger friedlicher Verständigung wesentlich gebessert. Am 16. Dezember richtete nämlich Graf Buol, im Einverständnis mit den Westmächten, eine Depesche nach Petersburg, welche die vier Punkte vom 8. August näher erläuterte, und dabei in scharfer Fassung die Neutralisierung des Schwarzen Meeres und eine kleine Gebietsabtretung in Bessarabien forderte, durch welche die Donaumündungen der russischen Hoheit ganz entzogen wurden. Rußland hatte inzwischen bedeutende Siege in Kleinasien erfochten, und konnte sich nun, ohne Minderung seines Ansehens, nachgiebiger zeigen als im April. Kaiser Alexander beantwortete daher am 23. Dezember den österreichischen Vorschlag entgegenkommend. Doch Graf Buol, jetzt wieder nur um die Gunst der Westmächte buhlend, bestand herrisch auf unbedingter Annahme der österreichischen Bedingungen. Mit tiefem Groll fügte sich Rußland, indem es am 16. Januar 1856 in Wien auf der Grundlage der Buol'schen Forderungen die Friedenspräliminarien unterzeichnete. Als Sitz des künftigen Friedenskongresses wurde jedoch Paris bestimmt, nicht Wien, wie Graf Buol gewünscht hatte. Dem Übergewicht Frankreichs in allen diesen Wirren konnte sich weder England noch Österreich entziehen. Die Wahl von Paris zum Versammlungsort des Friedenskongresses und die Zulassung Sardiniens und der Türkei zum Rate der europäischen Mächte, machten die ungeheure Wandlung deutlich, welche sich im Laufe dreier Jahre in den Macht-

*) Anspielung auf das sittenlose Leben der Mutter Ludwig Napoleons, Hortense, die zugleich Mutter des Herrn v. Morny war.

verhältnissen der europäischen Staaten vollzogen hatte: Die heilige Allianz war vernichtet, an ihrer Stelle hatte das französische Kaisertum die Rolle und Bedeutung des Schiedsrichters Europas sich erstritten.

Für Preußen und Deutschland, und damit auch für Bismarck erheben sich bei diesem Ausgang der orientalischen Wirren vornehmlich zwei Fragen: soll Preußen und der Bund eine besondere Zulassung und Vertretung auf dem Pariser Kongreß fordern? Und in welcher Weise kann und muß Preußen und der Bund seine besonderen Interessen, im Gegensatze zur österreichischen Politik, wahren und zum Ausdruck bringen? Diesen beiden Fragen ist Bismarcks vornehmste Sorge in den Monaten Januar bis März 1856 gewidmet. In zahlreichen und interessanten Berichten und Briefen jener Zeit spricht er seine Ansichten und Ratschläge aus.

Am 22. Dezember 1855 war bei der Frankfurter Bundesversammlung an Stelle des feinen und maßvollen Marquis de Tallenay ein neuer, thatendurstigerer und geräuschvollerer Vertreter Frankreichs bestellt worden, der Graf Montessuy, dessen zudringlicher Geschäftseifer in Bismarcks ersten Berichten aus dem Anfang Januar 1856 oft erwähnt wird. „Er wird aber bald finden, daß hier nicht der Boden ist, die Pariser durch Erfolge in Staunen zu setzen," lautet das abschließende Urteil in einem Briefe an Gerlach vom 9. Januar. Lebhafter wieder tritt schon in jenen ersten Schreiben Bismarcks aus dem neuen Jahre die Mahnung zur Festigkeit Preußens hervor. „Glauben die Österreicher, daß wir unter Umständen auch niederträchtig sein können, so bleibt alles niet- und nagelfest, das ist die alte Leier, die ich im vorigen Jahre sang und jetzt wieder singe. Die Kleinen müssen unumstößlich glauben, daß durch ihr etwaiges Gehen mit Österreich der Bundesbruch nicht verhütet, sondern erst geschaffen wird, weil Preußen dann doch nicht mitgeht; glauben sie das wirklich, so haben wir sie und Österreich." Immer müßte man „lieber direkt vor die Pariser Schmiede gehen und nicht durch die hohle Gasse von Wien." Über Preußens Beteiligung am Pariser Kongreß bemerkte Bismarck zuerst in einem eigenhändigen Privat-

schreiben an den Minister vom 25. Januar 1856: „Wenn wir in das Konzert eintreten, so geben wir unsere bisherige freie Stellung auf, um unter dem moralischen Druck einer Mehrheit von 3 oder, mit Sardinien und der Türkei, von 5 gegen 1 zu treten. Wir laufen Gefahr, mit einem Schlage die Früchte zweijähriger Weisheit und Ruhe einzubüßen, wie sie sich in unserer Einheit mit den deutschen Staaten, in unseren geschonten Beziehungen zu Rußland und in unserer haltbaren und einflußreichen Lage gegenüber den Kriegführenden darstellen, wenn wir dem westlichen Programme beitreten, so lange dasselbe nicht abgeklärter ist als bisher. ‚In diesem Programme ist noch immer zu viel des Unbekannten, als daß man weiß, was man thut, wenn man es annimmt,'*) sagte mir gestern ein französischer Freund; und wenn die Verfasser des Programms über die Bedeutung dieses „Unbekannten" voraussichtlich einig sind, so ist es ohne Zweifel nicht ratsam, zu drei verdächtigen Individuen in ein dunkles Haus zu gehen, dessen Örtlichkeiten und Schlupfwinkel jenen genau bekannt sind. Auf das immerhin teilweis nur äußerliche Zusammenhalten der Bundesstaaten um unsere Fahne, glaube ich ein sehr großes Gewicht legen zu sollen; eine Politik, die aus einer Stellung gegen die kleineren Staaten des Bundes Vorteil ziehen wollte, ist mit den AH. Anschauungen unseres Herrn unverträglich; sie aber in führerloser Gleichgiltigkeit neben uns stehen zu lassen, kann uns niemals nützlich sein. Je kühler wir uns zeigen, desto sicherer rechne ich auf unsere ehrenvolle und freie Zuziehung, besonders wenn wir gleichzeitig alles aufwenden, den Bund amtlich in unserer queue zu behalten. Solche Änderungen im europäischen Rechte, welche uns und die von uns geschlossenen Verträge berühren, werden, wenn sie zustande kommen sollten, das unabweisliche Bedürfnis unserer Teilnahme erzeugen und Empressement von unserer Seite kann nur zu unserm Nachteil auf die materiellen und formellen Bedingungen

*) Jl y a toujours trop d'inconnu dans ce programme, pour savoir ce qu'on fait en l'adoptant.

unseres Eintrittes zurückwirken.“ In einem vertraulichen Bericht an Manteuffel vom 31. Januar setzt Bismarck hinzu: „Ich würde es in keiner Weise für ehrenrührig halten, wenn die Konferenzen ohne jede Beteiligung Preußens eingeleitet würden; sie können in einem solchen Falle schwerlich ein anderes als ein für Preußen ziemlich gleichgiltiges Ergebnis erreichen, und es kann sehr wohl Verhandlungen zwischen einer Mehrheit europäischer Mächte geben, welche für einige der übrigen ohne hervorragendes Interesse sind. Aber in unserer Eigenschaft als europäische Macht von einem Geschäfte ausgeschlossen zu sein, dessen Bedeutung für uns wir dadurch zu erkennen geben, daß wir uns angelegen sein lassen, unter der Aegide des deutschen Bundes eine mit Oldenburg und Darmstadt gleichberechtigte indirekte Beteiligung daran zu gewinnen“ — wie ein Vorschlag des Herrn v. Beust bezweckte — „darin könnte ich für meine Person nichts anderes als eine schwere Wunde für das ehrenvolle Ansehen erblicken, dessen Preußen sich bisher erfreut.“ Auch begegne praktisch „eine Vertretung des Bundes auf Konferenzen Schwierigkeiten und Bedenken der verschiedensten Art,“ die Bismarck eingehend vorträgt. „Ich hoffe, die ängstliche Unruhe nach der Teilnahme an den Konferenzen ist doch nun schon in Berlin geschwunden,“ schreibt er weiter am 6. Februar an Gerlach; „Sr. Majestät kann es doch nicht entgehen, daß man uns nicht nur zuziehen, sondern von allen Seiten an uns zerren will, weil jeder auf uns, die wir nicht kompromittiert sind, hofft. Bis es geschieht aber, müssen wir die Traube für sauer erklären; erkaufen wir den Zutritt durch Aufgabe der Stellung, die wir haben, so figurieren wir natürlich, zugelassen, aber nicht zugezogen, in den Konferenzen auch ohne die Wichtigkeit, welche auf dieser Stellung, hinter der Deutschland steht, beruht.“

Diese Mahnungen und Warnungen waren um so einsichtsvoller, als Österreich gleichzeitig bemüht war, nicht bloß „Deutschland“ von Preußen abzulösen und den „Bund“ einzig und allein durch Österreich auf dem Pariser Kongreß vertreten zu lassen, sondern auch von Preußen und dem Bunde eine „Erklärung“ zu er-

schleichen, welche Österreich in Paris vorzeigen und dahin hätte auslegen können, daß Preußen und der Bund im voraus alle Forderungen Österreichs zu den ihrigen gemacht hätten. Zu diesem Zwecke war Österreich in dreifacher Richtung thätig: erstens die Königreiche, Baden u. s. w. von Preußen abwendig zu machen, zweitens, ganz im Geheimen Preußens Zuziehung zum Kongreß mit allen Mitteln zu hintertreiben, um Preußen in den Augen Europas zu demütigen und aus der Liste der europäischen Mächte gleichsam auszustreichen, und bei dessen Abwesenheit in Paris die Rolle des Vormundes Preußens und Deutschlands um so unverzagter spielen zu können. Von diesen Umtrieben, die Bismarck in den Monaten Februar und März 1856 nur verdachtweise äußert, hatte er zwei Jahre später so zuverlässige amtliche Kenntnis erlangt, daß er im März 1858 dem Minister schreiben durfte: „Die Teilnahme Preußens an der Pariser Konferenz, bei welcher es sich der Hauptsache nach nur um einen Ehrenpunkt handelte, wurde von keiner Macht eifriger hintertrieben, als von Österreich, um durch den Ausschluß Preußens aus dem Rate der Großmächte das preußische Ansehen in den Augen Deutschlands herabzudrücken." Als drittes Mittel endlich zur Erreichung dieses Kongreßideals des Grafen Buol sollte ein Bundesbeschluß dienen, welcher die Annahme einer österreichischen Vorlage folgenden Inhalts bezweckte: „Das gesamte Deutschland sei, im Verein mit Österreich, willens, die Grundlagen anzunehmen und aufrecht zu erhalten, auf welchen durch die bevorstehenden Unterhandlungen der allgemeine Friede fest und dauerhaft errichtet werden sollte." Damit wäre Österreich von Preußen und Deutschland unbeschränkte Vollmacht erteilt worden, die Forderungen der österreichischen Politik als gesamtdeutsche in Paris auszuspielen und zu deren „Aufrechterhaltung" sogar die gesamte deutsche Wehrmacht zu beanspruchen!

Diese Gefahr und die daraus folgende Unannehmbarkeit der österreichischen Vorlage vom 7. Februar legt Bismarck in zahlreichen trefflichen Berichten dar, und zwar um so eindringlicher, als der König wieder einmal stark zu gefährlicher Nachgiebigkeit gegen

Österreich neigte, wie Manteuffel schon am 27. Januar telegraphiert hatte: „Se. Majestät wollen eine Meinungsverschiedenheit mit Österreich möglichst wenig hervortreten lassen.“ Seinen Standpunkt gibt Bismarck, auf Ersuchen Manteuffels, dem preußischen Gesandten in Paris, Grafen Hatzfeld, am klarsten und kürzesten in den Worten zu erkennen: „Sobald die Teilnahme Preußens an den Verhandlungen der Konferenz gesichert ist, werden wir einen den österreichischen Wünschen entsprechenden Beschluß ohne Schwierigkeit zu stande bringen; so lange aber jene Teilnahme nicht feststeht, werden wir uns auf einen geschäftsmäßigen Dank an Österreich beschränken, zu einer amtlichen Äußerung unserer Meinung über den Inhalt der Präliminarien und über die Stellung, welche der Bund zu deren Durchführung einnehmen will, aber keine Veranlassung haben. Wir brauchen Gewißheit, ehe wir eine Haltung aufgeben, in der wir es mit Anstand noch ertragen können, daß man die Konferenzen ohne uns abhält. Versprechungen guter Dienste und Hoffnungen auf deren Erfolg sind noch keine Brücke, auf die wir treten können.“

Diese Abmahnungen Bismarcks, auf die österreichische Vorlage einzugehen, werden noch eindringlicher, als es den österreichischen Umtrieben in der ersten Februarwoche gelingt, Bayern, Sachsen, Hannover u. a. Staaten für eine nur scheinbar unbedenklichere Fassung zu gewinnen, indem dem Bunde „sein freies Urteil rücksichtlich der von den kriegführenden Mächten vorzubringenden Spezialbedingungen“ vorbehalten werden sollte. Außerdem wurde die Zustimmung des Bundes zu der österreichischen Vorlage mit unziemlicher Eile, „mit der Hetzpeitsche“, wie Bismarck am 10. Februar an Manteuffel schreibt, betrieben. Zu seiner großen Bestürzung erhielt Bismarck am nämlichen Tage von Manteuffel ein Telegramm, welches anzeigte: „der König gewärtige weitere Berichterstattung, sei indessen für jetzt der Annahme des Vorschlages nicht abgeneigt.“ Darauf am 11. Februar eine neue ehrerbietige Vorstellung an den Minister, an den General Gerlach aber folgende rückhaltlose, tiefbewegte Aussprache: „Ich habe die ersten 24 Stunden nach jener Chamade (Friedensunterhandlung) schlagenden In-

struktion unter fortwährenden Anfällen galligen Erbrechens gelitten, und ein mäßiges Fieber verläßt mich keinen Augenblick. Ich finde nur in der Erinnerung an den Frühling 1848 ein Seitenstück meiner körperlichen und geistigen Stimmung, und je mehr ich mir die Lage klar mache, um so weniger entdecke ich etwas, woran mein preußisches Ehrgefühl sich aufrichten könnte. Ich hatte gehofft, daß wir uns doch nicht gefangen geben würden, bevor unsere Zuziehung zu den Konferenzen gesichert wäre. Wie stellt sich aber unsere Lage jetzt heraus? Viermal hat Österreich in zwei Jahren das Spiel gegen uns durchgeführt, daß es den ganzen Grund, auf dem wir standen, von uns forderte, und wir nach einigem Sperren die Hälfte oder so etwas abtraten. Jetzt geht es aber um den letzten Quadratfuß, auf dem noch eine preußische Aufstellung möglich blieb. Nicht einmal eine Abänderung in der Erklärung, die Preußen und Deutschland geben sollen, getrauen wir uns entschieden aufzustellen. Pfordten macht die Sache mit Österreich ab, und wenn Bayern gesprochen hat, so ist es für Preußen res judicata. Bei ähnlichen Gelegenheiten der letzten Jahre stellten wir wenigstens von Hause aus bei den deutschen Höfen ein preußisches Programm auf, und keiner von ihnen entschied sich, bevor wir nicht mit Österreich uns verständigt hatten. Jetzt verständigt man sich mit Bayern, und wir fügen uns im Rummel mit Darmstadt und Oldenburg. Damit geben wir das letzte her, was man einstweilen von uns braucht, und hat man den Bundesbeschluß einschließlich der preußischen Zustimmung erst in der Tasche, so werden wir bald sehen, wie Buol mit achselzuckendem Bedauern von der Unmöglichkeit spricht, den Widerspruch der Westmächte gegen unsere Zulassung zu überwinden. Auf Rußlands Unterstützung können wir dabei nicht rechnen, denn den Russen wird die Verstimmung ganz lieb sein, die bei uns folgen muß, wenn wir den letzten Rest unserer Politik für eine Einlaßkarte zu den Konferenzen hergegeben haben, und uns die Thür doch vor der Nase zugeschlagen wird. Ich bin zu diszipliniert, um mich in dienstlichen Berichten so auszusprechen, wie vorstehend, und zu verletzt in meinem Gefühl

als Preuße, um dem Erguß eine regelmäßige Form zu geben, aber es wird mir eine große Beruhigung sein, wenn Sie Sr. Majestät aus diesem Schreiben mitteilen, was kourfähig ist."

In welchem Ansehen Bismarck bei dem König und beim Minister stand, das erhellt am besten aus der Thatsache, daß Manteuffel, nachdem dieses Schreiben beiden unverkürzt vorgelegt worden war, am 14. Februar erwiderte: „Ich bin weit entfernt, Ew. Hochwohlgeboren die lebhaften in dem Schreiben an General v. Gerlach enthaltenen Äußerungen irgendwie übel zu nehmen, vielmehr kann ich mich ganz gut in Ihre Lage versetzen und bedauere nur, Ihnen durch meine Instruktion Ärger und Verdruß zu bereiten." Schließlich bittet der Minister Herrn v. Bismarck: „der Ausführung nicht die Meinungsverschiedenheit entgelten zu lassen, dieselbe vielmehr mit gewohnter Umsicht und Takt zu bewerkstelligen." Bismarck erwiderte darauf am 16. Februar: „Ew. Excellenz Schreiben vom 14. habe ich mit um so lebhafterem Dank erhalten, als es mir einen neuen Beweis gibt von dem persönlichen Wohlwollen, mit welchem Ew. Excellenz auf meine Auffassungen auch dann eingehen, wenn sie von den Ihrigen abweichen. Ich darf hoffen, daß unser AGn. Herr in demselben Sinne einen excès de zèle, der lediglich die Wärme der Teilnahme an dem Ansehen meines Monarchen und meines Landes zur Grundlage hat, nachsichtiger aufnehmen werde, als den entgegengesetzten Fehler einer stumpfen Blasiertheit in dieser Beziehung."

In der That rechtfertigte Bismarck dann im weiteren Verlauf der Angelegenheit auch vollkommen das Vertrauen, welches der Minister auf seine „gewohnte Umsicht und Takt" setzte. An Gerlach hatte Bismarck am 11. Februar am Schlusse seines schmerzbewegten Briefes geschrieben: „Beharrt der König bei der Entschließung, gegen die ich meinen Angriff richte, dann hört mein Latein auf, wenn ich nicht die Flinte ins Korn werfen will." Aber Bismarcks Deutsch hörte noch lange nicht auf, nachdem er von Manteuffel angewiesen war, auf Befehl des Königs der österreichi-
Vorlage in der Hauptsache zwar zuzustimmen, die von Bis-

marck in den Ausschußbericht hineingebrachten „Verbesserungen“ aber gleichzeitig für „sehr zweckmäßig“ erklärt worden waren. Diese „Verbesserungen“, welche Bismarck mit dem bayerischen Gesandten v. Schrenk freundschaftlich vereinbarte, waren schließlich so tiefgreifend, daß Rechberg die österreichische Muttervorlage in dem entarteten Gebilde des Ausschusses kaum noch wiedererkannte, und Graf Buol selbst, auf der Reise zum Pariser Kongreß begriffen, in Frankfurt längeren Halt machte, um die erste zwischen Österreich und Bayern vereinbarte Fassung der österreichischen Vorlage mit Hochdruck durchzusetzen. Wie wenig ihm dies gelang, soll alsbald berichtet werden. Aber schon das persönliche Auftreten des österreichischen Staatslenkers in Frankfurt und Bismarcks Verhalten dabei bildet eine so fesselnde Scene, daß sie unmöglich übergangen werden kann. Bismarck berichtet darüber an Manteuffel vertraulich am 14. Februar:

„Graf Buol ist heute früh hier eingetroffen. Graf Rechberg hatte ursprünglich die Absicht, unsere Kollegen oder doch einen Teil derselben zu Ehren des Grafen Buol einzuladen. Dies ist indes unterblieben. Vor der Sitzung aber sagte mir Graf Rechberg, der Graf Buol würde sich freuen, mich zu sehen, wenn ich nach der Sitzung zum ihm kommen wollte.“ Eine eben von Manteuffel empfangene Depesche gab Bismarck „die willkommene Gelegenheit, dem ohne direkte Ablehnung auszuweichen; ich sagte, daß der Inhalt des Schreibens mich nötige, sofort nach Hause zu gehen. Mein Gedanke dabei war ursprünglich der, wenn der Graf Buol mich zu sprechen wünschte, die schickliche Einladung dazu nicht darin liege, daß er mich zu sich bestelle, ohne auch nur eine Entschuldigung darüber zu machen, daß er aus Ermüdung oder anderen Gründen mich nicht besuche. Inzwischen habe ich erfahren, daß Graf Rechberg dieselbe Aufforderung an jeden einzelnen meiner Kollegen besonders gerichtet hatte, um auf diese Weise die Thatsache festzustellen, das die Bundesversammlung in corpore dem auswärtigen Minister des österreichischen Hofes ihre Aufwartung gemacht habe. Um so mehr wünsche ich mir Glück, durch meine zeitige Entfernung

der Teilnahme an einer in diesem Falle so unpassenden, nur in Bezug auf Mitglieder regierender Familien üblichen Demonstration entgangen zu sein. Ich glaube nicht, daß ein anderer noch so vornehmer Privatmann außer dem Grafen Buol auf den Einfall gekommen wäre, eine derartige huldigende Demonstration zu veranlassen, und überhaupt Gesandte fremder Mächte zu sich zu bestellen, ohne ihnen vorher wenigstens eine Karte oder eine Entschuldigung zu schicken, daß er sie nicht selbst besuche. Es kann sein, daß Graf Buol mein Ausbleiben, da wenigstens etwa 12 der Gesandten sich bei ihm eingefunden haben, übel vermerkt; er liebt mich indes ohnehin nicht, und ich glaube Ew. Excellenz Billigung versichert sein zu dürfen, wenn ich mich nicht dazu verstehe, seine Zufriedenheit auf Kosten dessen zu erwerben, was ich der Stellung eines Gesandten Sr. Maj. des Königs schuldig zu sein glaube.*) Wenigstens hätte er nicht den preußischen Gesandten vom präsidialen Standpunkt aus mit allen diis minorum gentium als gleichförmige Masse behandeln sollen. Graf Montessuy war eben bei mir und sagte mir: „En sortant de chez le Comte de Buol j'ai trouvé dans l'antichambre tout le troupeau de la diète, rangé et surveillé par le Comte de Rechberg et prêt à rendre ses hommages au Comte de Buol." **) Dieser Schilderung gegenüber konnte ich mich nur freuen, mich nicht auch unter dem troupeau befunden zu haben." Aber auch der „noch so hoch gestellte Privatmann" Graf Buol mußte sich dazu bequemen, in Begleitung des Grafen Rechberg, dem unbequemen preußischen Gesandten noch am 14. Februar den Besuch zu machen, den Bismarck ihm versagt hatte. Mit großer Genugthuung berichtet Bis-

---

*) Diese Zustimmung wurde Herrn von Bismarck durch Manteuffel mittels Telegramms vom 16. Februar in den Worten ausgesprochen: „Ihr Verhalten Graf Buol gegenüber billigt der König vollständig."

**) Als ich von dem Grafen Buol hinaustrat, habe ich im Vorzimmer die ganze Heerde des Bundestages vorgefunden, geordnet und überwacht durch den Grafen Rechberg, und bereit, dem Grafen Buol ihre Huldigungen zu erweisen.

marck diese Thatsache folgenden Tags an den König, und vergißt nicht zu erwähnen, daß dem Grafen die thörichte „Bemerkung gelegentlich entschlüpft sei: wenn sich die eifrigen Wünsche Österreichs und Frankreichs in Betreff unserer Mitwirkung (am Pariser Kongreß) nicht verwirklichen sollten, werde er selbst jedenfalls die mit den österreichischen ja ganz identischen Interessen Preußens mit derselben Wärme vertreten!"

Bei seiner Anwesenheit in Frankfurt machte Graf Buol mit der österreichischen Vorlage am Bunde, wie schon angedeutet wurde, ebenso schlechte Geschäfte als mit der sich selbst zugedachten Huldigung in Beziehung auf Bismarcks Beteiligung an derselben. Denn obwohl Graf Rechberg zweimal während der Ausschußsitzung des Bundestages vom 15. Februar zum Grafen Buol schickte, um dessen gewichtiges Nein gegen die von Bismarck befürwortete Fassung des Ausschußbeschlusses einzuholen und zu empfangen, blieb der Ausschuß dennoch bei seinem „preußischen" Beschlusse stehen. Die persönlichen Folgen für Bismarck waren ja natürlich unangenehm. Am 14. Februar nachmittags war nämlich der österreichische Premier, wie Bismarck dem Minister eigenhändig mitteilte, „während seines Besuches bei mir von einer für ihn ganz ungewöhnlichen Liebenswürdigkeit gegen mich gewesen; er mußte glauben, mich damit günstig für die am anderen Tage von Rechberg versuchten Änderungen des Ausschußberichtes zu stimmen; denn als ich ihn nach der Ausschußsitzung am andern Tage verabredetermaßen besuchen wollte, strafte er mich durch kurze Nichtannahme, obschon ich durch Rechberg wußte, daß er zu Hause war und ‚annahm.' Ich möchte nur eine Stunde in meinem Leben einmal das sein, wofür er sich alle Tage hält, dann müßte mein Ruhm vor Gott und Menschen feststehen." „Die österreichische Diplomatie ist über den Verlauf am Bunde sehr aufgebracht, und sieht ihn als Niederlage an," telegraphierte Manteuffel Herrn v. Bismarck am 20. Februar zurück. Dazu hatte diese Diplomatie auch alle Ursache, denn am 21. Februar nahm der Bundestag einstimmig den österreichischen Antrag so an, wie ihn Bismarck mit

dem bayerischen Gesandten verbessert hatte. Danach erklärte der Bund, „in den von den kriegführenden Mächten angenommenen Präliminarien die Grundlagen eines festen und allgemeinen Friedens zu finden, auch die Aufrechterhaltung jener Grundlagen zu seiner eigenen Aufgabe zu stellen, unter Vorbehalt seines freien Urteils rücksichtlich der von den kriegführenden Mächten vorzubringenden Spezialbedingungen.“ Außerdem aber nahm die Bundesversammlung diesen Antrag „nur aus den vom Ausschusse angeführten Gründen“ an, und diese „Gründe“ gaben der „preußischen“ Auffassung recht.

Das war die letzte wichtige Entscheidung, welche der Bundestag in der orientalischen Frage fällte. Bismarck beschäftigt sich nun lebhaft mit dem mutmaßlichen Ergebnis der Pariser Friedensverhandlungen. „Wenn der Friede erreicht wird“, schreibt er am 26. Februar an Gerlach, „so wird ihm natürlich ein Augenblick vorhergehen, wo jeder probiert, was er etwa dem Gegner abdrücken kann, und wie ein Pferdejude die Thürklinke faßt, als wollte er gehen. Ich werde recht zufrieden sein, wenn wir aus den Konferenzen herausbleiben, denn so, wie die Sachen stehen, kommen wir doch bloß praecario (auf Widerruf) hinein und werden darin zu allerhand Gemeinheiten beredet. Wir sind nicht niederträchtig genug, um mit den Leuten ohne Schaden zu verkehren.“ Am 12. März schrieb Bismarck darüber an den Minister: „Die Konferenzmitglieder in Paris sind so diskret, daß gar keine Nachrichten hiehergelangen; eine Ungewißheit, welche an der Börse zu fabelhaften Schwankungen führt; das Hauptspekulationspapier sind die Aktien des Wiener Kredit-Mobilier, oder in Frankfurter Deutsch die „Moppelche“. — In Betreff unserer Stellung zu den Konferenzen kann ich mich nur vollständig dem Urteil Eurer Excellenz anschließen, daß wir kühl und ruhig den Verlauf mit ansehen müssen, wie eine Sache, die uns nur aus allgemein menschlicher Vorliebe für Frieden interessiert; dazu müssen wir jeden Anflug eines schmollenden oder begehrlichen Ausdruckes auf unserem politischen Gesichte vermeiden. Den vorübergehenden Eindrücken, wel-

chen die öffentliche Meinung und das preußische Gefühl der Massen unterliegt, kann ich einen berechtigten Einfluß auf unsere auswärtige Haltung unter den dermaligen Umständen nicht zuschreiben; die Rücksichtnahme auf dergleichen kann dabei nur die Klarheit des Blickes und die Kälte des Urteils trüben. Gereiztheit zu zeigen, ohne Abhilfe zu erlangen oder zu erzwingen, ist für einen Staat gewiß noch schlimmer, als für einen Privatmann. Wir haben bisher kaum einen Grund, mit unserem Schicksale unzufrieden zu sein. Den Umständen nach sind wir zur ersten Rolle in diesem Konflikte nicht berufen, da wir keinen eigenen Vorteil gewinnen wollen."

Am folgenden Tage schon, am 13. März, teilte Minister Manteuffel jedoch Herrn v. Bismarck mit, daß der französische Gesandte ihm soeben die Einladung Preußens zum Pariser Kongreß übergeben habe. „Die Modalitäten sind von der Art, daß wir der völlig bedingungslosen Einladung folgen können." Kühl schreibt Bismarck darüber am 19. März an Gerlach: „Bei Gelegenheit der Einladung nach Paris haben wir meinem Gefühl nach zu viel Empressement gezeigt. Am Morgen war die Aufforderung gekommen, und um 2 Uhr mittags ließen wir schon amtlich drucken, daß Preußen annähme. Etwas kühler, äußerlich wenigstens, wenn man es nicht innerlich hatte, wäre würdiger gewesen. Den Windungen in den österreichischen Blättern merkt man an, daß dem Wiener Kabinet unsere schließliche Beteiligung weder erwartet noch erwünscht gekommen ist. Buol wird sich schließlich doch in die Tinte hineingelogen haben. Das Ergebnis seiner Rechnung wird sein: Verlust an Menschen und Geld, Verlust des Vertrauens und der Führung in Deutschland, Verlust des russischen Bündnisses, mit der Nötigung, nunmehr gegen Rußland ebenso auf der Hut sein zu müssen, wie gegen Italien, und als Äquivalent eine Anweisung auf den guten Willen Frankreichs, deren Zahlung am Verfalltage schon jetzt sehr zweifelhaft wird."

Am 30. März erfolgte der Abschluß des Pariser Friedens, welcher den jahrelangen orientalischen Wirren ein Ziel setzte. Die

Hauptbedingungen waren: Rußland mußte die Donaumündungen und einen Teil Bessarabiens an die Donaufürstentümer abtreten, die in der künftigen Union Rumäniens vereint werden sollten; ferner mußte Rußland auf das einseitige Protektorat über die Donaufürstentümer und die Christen in der Türkei verzichten; die Türkei wurde in den Rat der Großmächte aufgenommen; die Freiheit der Donauschiffahrt wurde ausgesprochen, das Schwarze Meer neutralisiert und Rußland verpflichtet, dort nicht mehr Kriegsschiffe zu halten als die Türkei. Weit wichtiger für Deutschland als diese äußeren Ergebnisse waren jedoch die mehr verborgenen, die Bismarck klar vorausgesagt hatte: Die völlige Vereinzelung Österreichs und die thätige Unterstützung Sardiniens und seines großen Staatsmannes Cavour durch Frankreich. Bismarcks vornehmste Arbeit in jenen Wochen ist, die Ergebnisse dieses Kongresses und Friedensvertrages für die mutmaßliche künftige Haltung der europäischen Großmächte zu berechnen und festzustellen. Dazwischen aber fesselte namentlich eine Erscheinung seine besondere Aufmerksamkeit. England hatte sich vor und auf dem Kongresse nächst Österreich den preußischen und deutschen Interessen am feindseligsten gezeigt. Gleichwohl aber nahm gerade damals der Plan der „Englischen Heirat“, d. h. die Werbung Preußens um die Hand der englischen Prinzessin Viktoria für den Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen festere Gestalt an. Betroffen darüber, schreibt Bismarck an Gerlach am 29. März: „Über die persönlichen Eigenschaften der Prinzessin habe ich kein Urteil, aber die politische Folge könnte nur sein, englischen Einfluß und Anglomanie bei uns einzubürgern, ohne für uns irgend etwas Ähnliches in England zu gewinnen. Disraeli-Stahl*) wird die Drehkrankheit der englischen Politik mit seinen Reden nicht heilen. Die Erbweisheit ist den Leuten seit der Reformbill verloren gegangen; der rohe und leidenschaftliche Eigennutz, die Unwissenheit über festländische Verhältnisse sind ihnen geblieben. Stark ist der Bulle immer noch, aber wo

---

*) Der Führer der konservativen Opposition im englischen Unterhause.

er hinstößt, das weiß er nicht mehr, seit der Nasenring der Oligarchie ihm abgenommen ist." „Seit der Reformbill und dem Zerfall der Parteien ist das Uhrwerk offenbar gelähmt, die Kräfte neutralisieren sich im Innern", setzt Bismarck am 8. April hinzu, „und mit der auswärtigen Politik dieser mächtigen Nation schaltet Palmerston wie ein zorniger alter Trunkenbold, der Tassen und Töpfe zerschlägt, weil er sein Geld verspielt hat. Ich wünschte jedenfalls, daß unsere Bewerbung zur Heirat etwas später erfolgte, nachdem England Gelegenheit gehabt hätte, die vielen Roheiten, die es in Presse, Parlament und namentlich in der Diplomatie gegen uns verübt hat, etwas weiter in Vergessenheit zu bringen. Ein Privatmann würde nicht die Stirn haben, in einem Hause, wo er so unwürdig behandelt worden, ohne weiteres um die Tochter anzuhalten. Bleibt unsere künftige Königin auf dem preußischen Throne auch nur einigermaßen Engländerin, so sehe ich unseren Hof von englischen Einflußbestrebungen umgeben, ohne daß wir irgend welche Beachtung in England finden, außer wenn die Opposition in Presse und Parlament die Königsfamilie und unser Land schlecht macht." Auch von dieser Voraussage ist, wie wir später sehen werden, manches eingetroffen.

Am 20. April hatte Bismarck die Freude, den Minister Manteuffel, bei dessen Rückkehr von Paris, in Mainz zu empfangen, mit ihm nach Frankfurt zu fahren und hier mit ihm bis zum 21. April zu verweilen. Als eine unmittelbare Fortsetzung der bei dieser Begegnung gepflogenen Gespräche ist jenes meisterhafte eigenhändige Privatschreiben anzusehen, das Bismarck am 26. April an den Minister richtete, und das nicht mit Unrecht „der Prachtbericht" benannt wird. Im Eingange bemerkt Bismarck, daß er seit der Anwesenheit Manteuffels in Frankfurt zwar nichts Neues zu berichten habe, fährt aber dann fort: „Doch ist das Alte und Bekannte wichtig genug, um mich auf Ihre Nachsicht rechnen zu lassen, wenn ich nochmals versuche, meine Ansichten über unsere politische Lage zusammenhängender zu fassen, als ich bei mündlicher Besprechung dazu im stande war. Ohne mich in gewagte Vermutungen über

die mutmaßliche Dauer des neuen Friedens einzulassen, darf ich doch als ein Anzeichen des geringen Vertrauens zu derselben das besorgliche Unbehagen hervorheben, mit welchem die meisten europäischen Kabinette in die Zukunft blicken, auch nachdem der Friede gesichert ist. Alle, die großen wie die kleinen, suchen sich einstweilen, in Erwartung der Dinge, die Freundschaft Frankreichs zu erhalten, und der Kaiser Napoleon, so neu und so schmal anscheinend auch die Grundlagen seiner Dynastie in Frankreich selbst sind, hat die Wahl unter den zu seiner Verfügung stehenden Bündnissen. Es scheint nicht, daß die auffälligen Bemühungen Orloffs (des russischen Vertreters auf dem Pariser Kongresse) den Apfel schon vom Baume geschüttelt haben; aber wenn er reif ist, fällt er von selbst, und die Russen werden zur rechten Zeit die Mütze darunter halten. Auch den acte de soumission des Grafen Buol, das Streben Österreichs nach der Ehre, der erste Rheinbundsstaat zu sein, wenn nur Preußen dadurch der zweite oder dritte wird, scheint Napoleon lediglich mit zurückhaltender Höflichkeit aufgenommen zu haben; die offiziöse Wiener Presse gibt aber deshalb die Hoffnung auf eine katholische Liga mit Frankreich nicht auf, und preist einstweilen den Voltairianer Kaunitz als ersten Staatsmann Österreichs, weil er es mit Frankreich gehalten hat. Die deutschen Mittelstaaten sind nach wie vor bereit, sich derjenigen der deutschen Großmächte zu fügen, welche die meiste Aussicht auf Frankreichs Beistand hat, und letzteren zu suchen, wenn die Umstände es rätlich erscheinen lassen. Nicht minder legt England Wert auf die Fortdauer der guten Beziehungen zu Frankreich, und die etwas mürrisch gewordene Ehe der beiden Westmächte wird wohl nicht so hastig geschieden werden. Der Bruch zwischen ihnen ist für beide das Kostspieligste und Gefährlichste, was ihnen begegnen kann; der Krieg hat die französische Flotte groß gezogen, und im etwaigen Kampfe mit ihr, muß England darauf gefaßt sein, zugleich gegen Amerika und Rußland seine Kräfte zu zersplittern. Es ist kaum anzunehmen, daß Louis Napoleon den Krieg jemals um des Krieges willen suchen wird, und daß ihn der Ehrgeiz des Eroberers an-

spornt; es läßt sich erwarten, daß er den Frieden vorzieht, so lange er ihn mit der Stimmung der Armee, und also mit der eigenen Sicherheit verträglich findet. Für den Fall, daß er hiernach des Krieges bedürfen sollte, denke ich mir, daß er sich eine Frage offen hält, welche jederzeit eine nicht allzu mutwillige und ungerechte Veranlassung zu Händeln liefern kann. Hierzu eignet sich die italienische Frage jetzt vorzugsweise.

„Wenn der Krieg selbst nun wohl kaum in so naher Aussicht steht, wie trübe Propheten behaupten, so werden sich doch wahrscheinlich nun politische Gruppierungen bilden, deren Bedeutung und Einfluß schließlich auf dem Hintergedanken der Möglichkeit eines Krieges unter einer bestimmten Konstellation von Bündnissen beruht. Eine nähere Verbindung Frankreichs mit Rußland in diesem Sinne ist gegenwärtig zu natürlich, als daß man sie nicht erwarten sollte; es sind diese beiden diejenigen unter den Großmächten, welche nach ihrer geographischen Lage und ihren politischen Zielen die wenigsten Elemente der Gegnerschaft in sich tragen, da sie so gut wie keine notwendig widerstreitenden Interessen haben. Bisher hat die Festigkeit der heiligen Allianz und die Abneigung des Kaisers von Rußland gegen die Orleans beide in der Entfremdung von einander gehalten, aber der jetzt beendigte Krieg sogar wurde ohne Haß geführt, und diente mehr den inneren als den auswärtigen Bedürfnissen Frankreichs. Nachdem die Orleans beseitigt, der Kaiser Nikolaus tot, und die heilige Allianz gesprengt ist, sehe ich nichts, was den natürlichen Zug jener beiden Staaten zu einander hemmen sollte, und die Liebenswürdigkeiten, welche sie miteinander austauschen, sind mehr ein Beweis der vorhandenen Sympathie, als ein Mittel, dieselbe zu erwecken.

„Zur Zeit des Fürsten Schwarzenberg war viel von dem Plane die Rede, Österreich mit Rußland und Frankreich gegen Preußen und England zu verbinden. Bei der gegenwärtigen Stimmung der Russen gegen Österreich, und bei den gesteigerten Ansprüchen Frankreichs auf Einfluß in Italien, läßt sich nicht annehmen, daß Österreich von Hause aus berufen sein werde, als Dritter im Bunde

zu figurieren, obschon es ihm an dem guten Willen dazu nicht fehlen dürfte.“ Österreich sei andererseits „doch zu vorsichtig, um, selbst im Bündnisse mit uns und England, den Kampf gegen Frankreich und Rußland ernstlich aufzunehmen, wenn es sich irgendwie per fas et nefas (recht und schlecht) vermeiden läßt. Es wird die Partei der Germanen zu schwach halten, um mit ihr zu gehen, und wie mir scheint, nicht mit Unrecht. Wenn sich erwarten ließe, daß in einem derartigen Kriege Preußen, Österreich, der deutsche Bund und England ihre vollen Kräfte ehrlich, innig und vertrauensvoll zusammenwirken ließen, so wäre es Feigheit, am Siege zu zweifeln. So aber stehen die Sachen nicht.“ England könne allerhöchstens sich und die deutschen Küsten vor den Feinden schützen. „Aber der Kontinentalkrieg gegen die Landheere Frankreichs und Rußlands würde der Hauptsache nach auf den Schultern Deutschlands ruhen. Die vier letzten Armeekorps des Bundesheeres haben an sich nicht die Kriegstüchtigkeit der Armee einer Großmacht, und wie viel davon auf unserer Seite stehen würde, das könnte nur der Erfolg lehren. In einem so fraglichen Falle, wie ein Krieg nach Osten und Westen zugleich, würden die Fürsten, soweit sie nicht in der Gewalt unserer Bajonette wären, sich durch Neutralitätsverträge sichern, wenn sie nicht gegen uns im Felde erscheinen. Manche der Fürsten mögen den besten Willen haben; aber von welchen läßt sich wohl erwarten, daß sie, gegen den Rat ihrer Minister, gegen die Bitten ihrer Unterthanen, ihr Land den Drangsalen des Krieges preisgeben, und ihre Schlösser bis zur Wiedereroberung mit dem Aufenthalt im preußisch-österreichischen Lager vertauschen! Sie werden sich leicht überzeugen, daß die Pflichten gegen ihre Unterthanen höher stehen, als die gegen den Bund, daß so mächtige Herren, wie die Kaiser von Rußland und Frankreich, sie schließlich nicht fallen lassen werden, und daß die Rheinbundstaaten überhaupt 1813 und 1814 nicht zu kurz kamen. Der Rheinbund hatte seine Lasten,“ aber auch seine „schätzbaren Fleischtöpfe, und war für die Fürsten nicht so beschwerlich, daß sie, um sich dieser Dienstbarkeit zu entziehen, Land und Leute hätten aufs Spiel setzen, und wie

jener Kaiser in Bürgers Gedicht, ‚in Hitz und in Kälte, im Kriegsgezelte, bei Schwarzbrot und Wurst, bei Hunger und Durst,‘ um ihre und Deutschlands Freiheit hätten werben sollen. Daß die Nachfolger der Rheinbundsfürsten eine wesentlich andere Gesinnung nicht belebt, davon habe ich, in aller Ehrfurcht vor den Mitgliedern des Durchlauchtigsten Bundes, für meine Person mich in den letzten Jahren hinreichend überzeugen können, und nicht bloß die Furcht vor dem Verlust des gewohnten fürstlichen Daseins, nicht bloß die Leidenscheu, auch der saevus habendi cupido (die wilde Habsucht) mancher ziemlich kleinen Herren wird am Tage der Prüfung den Bund zu Fall bringen. Wie die Sachen jetzt liegen, besteht er nach meiner pflichtmäßigen Überzeugung einer wirklichen Gefahr von außen nicht . . . Es bedarf keiner besonderen Verführung, die Ratten aus dem Hause zu locken, wenn es den Einsturz droht. Die fremden Gesandten hier hören es mit sarkastischer Höflichkeit an, wenn gelegentlich von „Bundeskrieg“ im großen Stile gesprochen wird, und wir Bundesgesandte bedürfen der Ernsthaftigkeit der römischen Auguren von guter Schule, um unsere Bundeskriegsverfassung mit gehöriger Gründlichkeit durchzusehen. Es wäre vielleicht früher auch nicht anders gewesen, wenn die heilige Allianz früher zerfallen wäre; daß aber jetzt die innere Morschheit des Bundes so zur Anschauung und zum Bewußtsein bei In- und Ausland gekommen ist, das danken wir insbesondere dem Verhalten Österreichs in den beiden letzten Jahren.“

Sich allein mit Österreich im Bunde „gegen Osten und Westen“ zu wehren, erklärt Bismarck für unmöglich. Denn „Kaiser Franz Joseph ist nicht in demselben Maße Herr seiner Länder und Unterthanen, wie unser A.Gn. Herr. Österreich ist in der Offensive nicht zu verachten, in der Verteidigung aber, im eigenen Lande von Osten und Westen angegriffen, halte ich das heutige Österreich für schwach, und leicht kann auf den ersten glücklichen Stoß des Gegners ins Innere das ganze künstliche Bauwerk des zentralisierten Schreiberregiments von Buol und Bach wie ein Kartenhaus zusammenfallen. Aber wenn ich auch von dieser Gefahr absehe, so liegt die größere

[illegible], [illegible], im Falle eines gemeinschaftlichen Feldzuges, auch in der größten gemeinsamen Gefahr, [illegible] Generale [illegible] dem [illegible], was im [illegible] ist nicht; gegenseitiges politisches Mißtrauen, militärische und politische Eifersucht, der [illegible]. [illegible] der [illegible] [illegible] mit dem Gegner schlüge. Kein General wollte dem anderen den Sieg gönnen, bis es zu spät wäre. Wir haben in unserer Geschichte Erfahrungen genug, bis zu unserem Schicksal auf dem Wiener Kongreß, welche uns berechtigen, gegen die Erfolge österreichischer Bundesgenossenschaft mißtrauisch zu sein, und die Politik der beiden letzten Jahre beweist uns, daß die welschen Praktiken in Wien nicht aus der Übung gekommen sind. Vielleicht würde man uns Bürgschaften durch einen Personalwechsel geben wollen, nachdem Buol ohnehin Glauben und Vertrauen bei allen Kabinetten eingebüßt hat; aber die überlieferte Politik Österreichs und seine Eifersucht gegen uns würde nicht beseitigt sein, und ich könnte dem alten Fuchs im neuen Pelze ebensowenig trauen, wie bisher im räudigen Sommerhaar. Nach der Wiener Politik ist einmal Deutschland zu eng für uns beide. Selbst der scharfe Druck von außen, die dringendste Gefahr der Existenz beider, vermochte 1813 und 1814 das Eisen nicht zu schmieden. Der deutsche Dualismus hat seit 1000 Jahren gelegentlich, seit Karl V in jedem Jahrhundert, regelmäßig durch einen gründlichen inneren Krieg seine inneren Beziehungen geordnet, und auch in diesem Jahrhundert wird kein anderes als dieses Mittel die Uhr der Entwickelung auf ihre richtige Stunde stellen können. Ich beabsichtige mit dieser Ausführung keineswegs zu dem Schlusse zu gelangen, daß wir jetzt unsere Politik darauf richten sollen, die Entscheidung zwischen uns und Österreich unter möglichst günstigen Umständen herbeizuführen. Ich will nur meine Überzeugung aussprechen, daß wir in nicht zu langer Zeit für unsere Existenz gegen Österreich werden fechten müssen, und daß es nicht in unserer Macht liegt, dem vorzubeugen, weil der Gang der Dinge in Deutschland keinen anderen Ausweg hat. Ist dieses richtig, so ist es auch für Preußen nicht möglich, die Selbstverleugnung so weit zu treiben, daß wir das eigene Da=

sein einsetzen, um die Unversehrtheit von Österreich zu schützen, und zwar in einem, meines Erachtens hoffnungslosen Kampfe. Und wenn wir wirklich gegen ein französisch-russisches Bündnis siegreich bleiben, wofür hätten wir schließlich gekämpft? Für die Erhaltung des österreichischen Übergewichts in Deutschland, und der erbärmlichen Verfassung des Bundes.

„Meines Dafürhaltens ist unsere Lage, als die eines gesuchten Bundesgenossen eine günstige, so lange neue politische Gruppierungen sich noch nicht zu scharf zeichnen, so lange ihre Thätigkeit eine diplomatische bleibt, und ein gutes Vernehmen mit den einen nicht den Bruch mit den andern einschließt. Käme es aber zur Verwirklichung eines russisch-französischen Bündnisses mit kriegerischen Zwecken, so können wir meiner Überzeugung nach nicht unter den Gegnern desselben sein, weil wir da wahrscheinlich unterliegen, vielleicht pour les beaux yeux de l'Autriche et de la Diète uns siegend verbluten würden. — Um uns jede Möglichkeit offen zu erhalten, scheint für den Augenblick nichts erforderlich, als vielleicht etwas mehr kostenlose Freundlichkeit gegen Napoleon, und Ablehnung jedes Versuches, uns gratuitement und vor der Zeit an das Schlepptau von anderen zu fesseln."

Dasselbe Jahr noch sollte Preußen reiche Früchte dafür bringen, daß es, dem Rate Bismarcks folgend, dem französischen Kaiser „mehr kostenlose Freundlichkeit" erwies. Jedes der folgenden Jahre aber machte deutlich, daß schon in diesem einzigen Berichte Bismarcks die allein richtige und notwendige Politik für ein ganzes Jahrzehnt Preußen und Deutschland vorgezeichnet sei.

Zweites Kapitel.

Anträge zur Kräftigung des Bundes. Die Neuenburger Verwickelung. Bismarck über die Annäherung Preußens an Frankreich. Die Rastatter Besatzungsfrage. Erkrankung des Königs (1855 bis 1858).

Was Preußen und Deutschland durch die weise Politik Bismarcks während der orientalischen Wirren für die Zukunft gewonnen hatte, das sollten erst spätere Jahre aller Welt kund thun. Während des Krimkriegs selbst ahnten das nur Wenige. Das Urteil der Meisten, auch das der liberalen Redner im preußischen Landtage, sah in der preußischen Neutralität während des Krieges nur ein neues Zeugnis jener Schwäche der Regierung und des Königs, die sich 1850 in Olmütz den Befehlen Österreichs willenlos unterworfen hatte. Nur furchtsames Zurückweichen vor jeder entschiedenen That, nur Scheu und Unlust gegen jede kräftige Entschließung hatte die „öffentliche Meinung“ von diesem Könige und seiner Regierung erwartet, und sah diese Erwartung auch während des Krimkrieges durch die Thatsachen bestätigt und übertroffen. Die deutsche Presse jener Tage ist gesättigt von Kränkungen und Beleidigungen des Königs und seiner Ratgeber. Vielleicht stand das krankhaft reizbare Gemüt Friedrich Wilhelms unter dem Drucke dieser ärgerlichen Stimmen, wenn der König Bismarcks einsichtigeren Ratschlägen zeitweilig widerstrebte. Als das beste Mittel gegen eine schwache und beschränkte Kabinetspolitik erschien aber der

öffentlichen Meinung, nach den unerloschenen Erinnerungen an das Jahr 1848, zweifellos eine volkstümliche Vertretung beim Bunde. Als das beste Mittel zur Stärkung der deutschen Einheit galt ebenso zweifellos die Begründung eines deutschen Kaisertums. Auf diesen Boden stellten sich während des Krimkriegs mehrere Kammern der Mittelstaaten, indem sie eine Volksvertretung am Bunde verlangten; und die gesamte großdeutsch-österreichische Presse pflichtete ihnen bei, indem sie das Verlangen der deutschen Kaiserwürde für Österreich hinzufügte. An den Bundestag freilich gelangte keines dieser Begehren. Denn schon in dem mächtigsten Mittelstaate, in Bayern, war der König beiden Vorhaben gleich abgeneigt. Österreichs Nachbarschaft traute er schon jetzt nicht über den Weg; die Erhöhung dieser Macht durch Verleihung der deutschen Kaiserwürde erschien daher gerade für Bayern bedenklich. Von der Volksvertretung aber hielt König Max schon im eigenen Lande sehr wenig. Bei Bismarcks Anwesenheit in München im Dezember 1855 hatte der König dem preußischen Gesandten bitter geklagt, wie schwer die bayerischen Kammern ihm den Fürstenberuf machten, indem alle möglichen Parteien, Demokraten, Ultramontane und Partikularisten sich abwechselnd zusammenschlössen, um bald seine landesväterlichen Bestrebungen zur Erhöhung der bayerischen Wehrkraft, bald diejenigen zur Verbesserung des bayerischen Unterrichtswesens zu Fall zu bringen. Was konnte da vollends noch eine Volksvertretung am Bunde frommen? Dagegen verkannte König Max nicht, daß der von ihm als ein treffliches Institut verehrte Bundestag bei dem deutschen Volke durch seine völlige Unfruchtbarkeit an schöpferischer Thätigkeit in gründliche Mißachtung gesunken sei, und deshalb sann der König darauf, dem Bunde neue und zugleich volkstümliche Aufgaben zuzuweisen. Schon am 10. November 1855 war daher, trotz v. d. Pfordtens Widerstreben, ein Antrag Bayerns nach Frankfurt abgegangen, das deutsche Handelsrecht, Heimatsrecht, Münze, Maaß, Gewicht und Auswanderungswesen durch einheitliche Bundesgesetze zu ordnen.

Bismarck hatte in seinen Berichten die Anregung solcher „ge-

meinnütziger Einrichtungen" am Bunde in früheren Jahren mit etwas spöttischen Bemerkungen begleitet. Dem jetzigen ernsthaften Antrag Bayerns empfahl er dagegen schon am 26. November 1855, mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung und die innere Güte der Sache, „weder am Bunde, noch auch nur im Stadium der jetzigen Vorverhandlung, entgegenzutreten; vielmehr darauf, unter Hervorhebung der diesseitigen niemals ausgesetzten Bestrebungen, formell einzugehen." Betreffs der geschäftlichen Behandlung der bayerischen Anträge aber wies Bismarck in demselben Berichte nachdrücklich auf die großen politischen Gefahren und verfassungsmäßigen Schwierigkeiten, solche „gemeinnützige Einrichtungen" im Wege der Bundesgesetzgebung zu ordnen. Dazu würde zunächst Einstimmigkeit erforderlich sein, die kaum zu erreichen wäre; wäre sie aber zu gewinnen, so hätte das beschlossene Gesetz dauernde Gültigkeit, „nicht die Eigenschaft kündbarer Verträge, und daher wird jede Freiheit der eigenen Gesetzgebung über den betreffenden Gegenstand geopfert. Die vorbehaltene Kündigung dagegen bietet dem einzelnen, bei sich herausstellendem Bedürfnis, die Möglichkeit, seine Unabhängigkeit wieder zu erlangen, oder doch durch Androhung der Kündigung die notwendig erscheinende Abänderung zu erlangen. Auch den Interessen Preußens dürfte es mehr entsprechen, über gemeinnützige Angelegenheiten der in Rede stehenden Art, kündbare Verträge abzuschließen, als sich durch Bundesbeschlüsse, die nur durch Einstimmigkeit zu lösen bezw. abzuändern sind, an ein Feld zu binden, auf welchem neben allen übrigen Schwierigkeiten noch das Übergewicht der österreichischen Präsidialstellung zu bekämpfen ist. Außerhalb des Bundes bleibt Preußen, als der größte und mächtigste deutsche Staat, die Basis eines solchen Vertrages, und eine Kündigung von seiner Seite kommt einer Auflösung des ganzen Verhältnisses gleich. Bei Bundesbeschlüssen dagegen haben wir gleich den kleineren Staaten nur eine Stimme abzugeben, und sind von der oberen Leitung ausgeschlossen." Minister Manteuffel erklärte sich mit dieser Auffassung und Behandlung vollkommen einverstanden, und betonte namentlich: „Unter allen Umständen müßten wir

also bei jeder Vereinbarung am Bunde daran festhalten, daß derselben nicht eine unbeschränkte Dauer zu geben, uns vielmehr die gleiche Freiheit der Kündigung und Wiederauflösung zu wahren wäre, wie bei Einzelverträgen mit anderen Staaten." Zur Festhaltung dieses Verfahrens wurde Preußen noch besonders veranlaßt durch die von Bismarck entdeckte und nach Berlin berichtete Thatsache, daß Graf Buol sich sehr lebhaft für den bayerischen Antrag aussprach, um die Gegenstände desselben in den Bereich des Bundes und hoffentlich des Präsidiums zu ziehen. Diesem Standpunkt ist Preußen auch treu geblieben, und zwar mit gutem Erfolge. Von den Vorschlägen Bayerns ist nur das deutsche Handelsrecht zur einheitlichen gesetzlichen Gestaltung gelangt*), und im Jahre 1861 im deutschen Handelsgesetzbuche von den einzelnen deutschen Bundesstaaten (auch Österreich) als gültiges Landesgesetz verkündet worden.

Größere Ziele setzte sich, dem Fluge seines Genius entsprechend, der Sächsische Minister, Herr v. Beust. Ende Juni 1856 versandte er an die leitenden Minister in Wien, Berlin und der Mittelstaaten eine Denkschrift betr. Bundesreform, „eine Privatarbeit", wie er bescheiden sagte, und über die er das vorläufige Urteil der Kollegen erbat. Daraus war nun wenigstens in klarster Weise zu ersehen, was der rührigste Minister der Mittelstaaten, zugleich derjenige, der allezeit seine deutsche Gesinnung am schwunghaftesten betonte, unter „Bundesreform" verstand. Er erklärte hier nämlich zunächst alle diejenigen Forderungen für „revolutionär", welche die deutsche Einheit herbeiführen wollten durch feste Unterordnung der Souveräne in Kriegswesen und Diplomatie unter eine starke Zentralgewalt. Er verlangte einen Bundesbeschluß aller Regie-

*) Im Auftrage des Bundes trat am 15. Januar 1857 eine Kommission von Juristen u. s. w. in Nürnberg zur Beratung des Gesetzes (eines preußischen Entwurfes) zusammen und beendigte am 2. Juli 1857 die erste, am 3. März 1858 die zweite, am 12. März 1861 die dritte Lesung. Inzwischen war auch das Handelsseerecht von einer besonderen Kommission in Hamburg vom 26. April 1858 bis 22. August 1860 beraten und abgeschlossen worden. Handels- und Seerecht sind in dem Gesetze vereint.

rungen, daß diese nicht einmal mehr eine Äußerung von Wünschen solcher Art fernerhin dulden würden. Nach außen hin glaubte er die Sicherheit des Bundes ohnehin völlig ausreichend gewahrt. Die Erfahrungen von 1830, 1848 und 1854, welche bei anderen, z. B. bei Bismarck, sehr ernste Zweifel erregten betreffs der Fähigkeit des Bundes, sich gegen das Ausland selbst zu schützen, diese Erfahrungen führte Herr v. Beust getrost als Beweise für seine Behauptung an. Dann aber ging dessen Denkschrift über auf die Mängel der inneren Politik, namentlich der Landesverfassungen. Feierlich verwahrte sich der sächsische Staatsmann, der sich ein Vierteljahrhundert später mit seinem Kollegen v. Friesen um die schimpfliche Ehre stritt, den Verfassungsbruch in Sachsen veranlaßt und durchgeführt zu haben, gegen die beleidigende Annahme, als sinne er etwa auf die Abschaffung der verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung. Nur wollte er ihnen fernerhin bloß das Recht zuteilen, über die Erhöhung einzelner Posten und über den Rechenschaftsbericht zu beschließen. Außerdem wollte er für eine unparteiische Rechtsprechung bei Verfassungsstreitigkeiten ein Bundesgericht einsetzen; für dessen ersprießliche Wirksamkeit aber nahm er die Gleichmäßigkeit der Verfassungen der Einzelstaaten in seinem Sinne zur Voraussetzung.

Bismarck bemerkte treffend: dieser Vorschlag bezwecke lediglich eine Wiederholung der Karlsbader Beschlüsse von 1819. Denn Herr v. Beust brandmarkte damit jede nationale deutsche Regung als hochverräterisch und „revolutionär", und außerdem unterwarf er die Befugnisse der Einzelkammern Deutschlands doch erheblichen Beschränkungen. Diese reaktionäre und antinationale „Privatarbeit" des sächsischen Ministerpräsidenten fand auch nur beim Grafen Buol rückhaltlose Anerkennung, der sich sofort bereit erklärte, vorbereitende Ministerkonferenzen einzuberufen, wie dies s. Z. auch vor den Karlsbader Beschlüssen geschehen war. Dagegen hatten selbst die sonst zuverlässigst reaktionären und undeutschesten Einzelstaaten wie Darmstadt, Hannover, Kurhessen an dem Beustschen Vorschlag sehr Erhebliches zu bemängeln; ebenso König Max von Bayern;

Manteuffel verband höfliche Worte und zweifelnde Fragen mit der Bitte um nähere, „zur praktischen Behandlung geeignete Darlegung“. Ehe Herr v. Beust jedoch dem Verlangen genügen konnte, seine Gedanken „praktisch“ zu gestalten, wurde dieser Bundesreformplan völlig in den Hintergrund gedrängt durch die Neuenburger Verwickelung.

Im preußischen Fürstentum Neuenburg hatte 1848 die radikale Partei die königlichen Behörden verjagt und mit einer neuen demokratischen Verfassung das Ländchen der schweizerischen Eidgenossenschaft als Kanton Neuenburg angegliedert. Unter allen Ereignissen von 1848 erweckte dieses dem König Friedrich Wilhelm die schmerzlichsten Erinnerungen und Empfindungen. Seine Proteste gegen die Vergewaltigung seines Rechtes verschafften ihm 1852 wenigstens ein von den Großmächten in London unterzeichnetes Protokoll, in welchem diese seine Souveränitätsrechte auf Neuenburg unbedingt anerkannten und versprachen, hierüber Unterhandlungen einzuleiten. So lange wollte der König einseitige Schritte unterlassen. Bis zum Pariser Kongresse von 1856 hatte aber keine der Großmächte die Neuenburger Frage jemals wieder berührt. In Paris brachte nun Manteuffel, auf Befehl seines Königs, die neuenburgische Angelegenheit zur Sprache. Aber keiner der anderen Kongreß-Bevollmächtigten verlor auch nur ein Wort darüber, und Graf Walewski überging die Neuenburger Frage, bei Zusammenstellung der Ergebnisse des Kongresses, mit völligem Stillschweigen. Die königstreue Partei Neuenburgs erblickte darin eine völlige Mißachtung der Rechte des Königs durch den hohen Rat Europas, und hielt deshalb nunmehr das Recht zur Selbsthilfe gegeben, da an die im Londoner Protokoll vorgesehenen Verhandlungen der Mächte nun nicht mehr zu denken war. Die Führer dieser Partei begaben sich nach Berlin und legten hier den Plan vor, durch einen Putsch sich selbst und der königlichen Sache zu helfen. Manteuffel riet entschieden ab; der König schwieg, und dieses Schweigen nahmen sie für Zustimmung. In der Nacht auf den 3. September 1856 überraschten und besetzten zwei schwache Trupps von Neuenburger Royalisten,

unter Führung des Oberstlt. Meuron und Grafen Pourtales, das Neuenburger Schloß, verhafteten die republikanischen Behörden und verkündeten die Wiederherstellung der königlichen Regierung. Aber schon am 4. September wurde diese Bewegung durch Zuzüge aus dem Kanton selbst überwältigt. Eidgenössische Kommissare trafen ein, Truppen in der Stärke von 5000 Mann rückten nach, und 66 gefangene „Royalisten“ wurden, unter Anklage des Hochverrats, vor das eidgenössische Schwurgericht verwiesen.

König Friedrich Wilhelm war durch diese Vorgänge aufs tiefste gebeugt; namentlich durch das seinen Getreuen widerfahrene und noch bevorstehende Schicksal: langjähriges Zuchthaus traf sie bei einer Verurteilung. Die sofortige und bedingungslose Freilassung der Gefangenen verlangte der König daher kraft seines fürstlichen Hoheitsrechtes über Neuenburg von der Schweiz. Die Unterstützung dieses Verlangens erbat er von den vier Großmächten. Rußland und Frankreich antworteten bereitwillig, nach Kräften ihre Vermittlung anbietend. Graf Buol dagegen erbat fast höhnisch von Preußen Vorschläge über die Mittel, das Verlangen Preußens bei der Schweiz zu unterstützen. England antwortete und handelte am rücksichtslosesten. Was eine englische Gewähr europäischer Verträge bedeute, lernte damals Preußen ebenso deutlich kennen, als 1867 bei der Luxemburger Frage. Denn höher als die Heiligkeit der Verträge stellte Lord Palmerston damals schon die Wucht der Thatsachen. Alles Fürstenrecht verschwinde, wenn das Volk seine Zustimmung versage, sagte er. Die Schweiz vollends verlangte vom König zunächst den Verzicht auf Neuenburg, ehe sie an die Begnadigung der gefangenen Hochverräter denken könne. In der Not seines Herzens und Gemütes bei diesen Antworten, traf diesmal der König das Richtige, indem er sich von dem blinden Napoleonshaß seiner Vertrauten losmachte und an den stärksten und natürlichsten Bundesgenossen Preußens in dieser Verwickelung, den französischen Kaiser, am 14. September einen herzlichen Brief schrieb. Er erklärte darin den Augenblick für gekommen, wo es von Napoleon abhänge, einen ergebenen und für jede Probe zu-

verlässigen Freund zu gewinnen. Ebenso warm antwortete Napoleon am 24. September aus Biarritz, indem er versprach, die Schweiz friedlich zur Freilassung der Gefangenen zu nötigen. Dem Versprechen ließ der Kaiser die That, eine scharfe Note nach Bern folgen, welche für den Fall der Ablehnung der gerechten Forderung des Königs, der Schweiz in Aussicht stellte, daß Preußens Heer mit Unterstützung der süddeutschen Staaten in der Schweiz einrücken werde. Die Schweiz wies auch diese mächtige und wohlwollende Vermittelung entschieden zurück, indem sie annahm, die süddeutschen Regierungen würden nimmermehr wagen, preußischen Truppen den Durchmarsch zu gestatten, da dort die öffentliche Meinung die preußischen Ansprüche auf Neuenburg für ebenso lächerlich als gehässig erklärte. In ihrem Widerstande fühlte sich die Schweiz aber namentlich gesichert durch die laue und zweideutige Haltung Österreichs und durch die offene Unterstützung Englands.

Nun entschloß sich der König, diese seinem Herzen so wichtige Sache an den Bund zu bringen, und von da ab beginnt Bismarcks umfassende Thätigkeit für dieselbe. Der König hatte seine eigene Auffassung über die Lage und Behandlung der Frage in einem selbstverfaßten Schriftstücke niedergelegt, von welchem Bismarck durch Manteuffel am 25. Oktober 1856 Abschrift erhielt. Außerdem aber war Bismarck auch aus seinem Ferienaufenthalt in Pommern am 20. Oktober nach Berlin berufen worden, um gemeinsam mit Manteuffel und dem Könige die Anfrage Preußens beim Bunde festzustellen. Das geschah in der Zeit vom 22. bis 28. Schon am 30. Oktober legte Bismarck die preußische Erklärung dem Bunde vor. Sie gab der Hoffnung auf eine gütliche Beilegung der Sache, unter Mitwirkung der deutschen Bundesgenossen und der befreundeten Mächte des Auslandes, Ausdruck. Sollten aber die Verhandlungen mit der Schweiz scheitern, so hege der König das Vertrauen, daß den Kräften, welche Preußen eventuell aufzubieten gedenke, die freie Bewegung, d. h. der Durchmarsch, von den beteiligten Bundesstaaten gestattet werden würde. Die Bundesversammlung nahm diese Erklärung so günstig auf, daß

Bismarck am 30. berichtete: „Auch für einen amtlichen Schritt des Bundes zu Gunsten der Befreiung der Gefangenen hoffe ich Einstimmigkeit zu erhalten." Die wichtigste Frage blieb immerhin zweifellos die, ob die süddeutschen Staaten wirklich den Durchmarsch preußischer Truppen nach der Schweizer Grenze gestatten würden, und in welcher Form diese Erlaubnis zu erwirken sei. Wir sahen, daß die Schweiz ihre Unnachgiebigkeit hauptsächlich auf die Voraussetzung stützte, die süddeutschen Staaten würden Preußen das Zugeständnis des Durchmarsches nimmermehr bewilligen. Für Preußen war also schon dieses Zugeständnis von größter Wichtigkeit, nicht minder aber auch die Form seiner Gewährung. Mit Nachdruck machte Bismarck schon am 31. Oktober, nach der ersten Ausschußsitzung über diese Frage, geltend: Preußen müsse daran festhalten, „daß die Bewilligung eines derartigen Durchmarsches von der beteiligten Landesregierung allein abhänge, wenn es auch durch bundesfreundliche Rücksichten geboten scheine, die Gesamtheit von dahin zielenden Absichten oder Übereinkommen in Kenntnis zu erhalten. Einen Mehrheitsbeschluß dürfen wir in dieser Angelegenheit weder herbeiführen noch zulassen, weil derselbe als Präcedenzfall bei anderen Gelegenheiten in zu bedenklicher Weise gegen uns ausgebeutet werden könnte. Unsere während der orientalischen Verwickelungen gemachten Erfahrungen haben bewiesen, wie weit es führen kann, wenn man den Grundsatz zugeben wollte, daß der Bund durch Mehrheitsbeschlüsse eine beliebige aktive Einwirkung auf jede Frage der europäischen Politik nehmen könne." Mit dieser Auffassung erklärte sich Minister Manteuffel in einem Erlaß vom 1. November durchaus einverstanden, teilte aber Herrn v. Bismarck zugleich eine Depesche des Grafen Buol mit, in welcher dieser die Annahme eines auf Truppendurchmarsch gerichteten Antrages als unannehmbar bezeichnete, da sowohl der Bund als die Schweiz neutral seien. Das wagte derselbe Minister zu behaupten, der ein Jahr zuvor sogar den Durchmarsch französischer Truppen durch Süddeutschland vorbereitet hatte, ohne nur den Bund vorher zu fragen! Obwohl nun Österreich auch in Süddeutschland in diesem Sinne eindring-

liche Vorstellungen erhob, nahm doch der Ausschuß des Bundestages schon am 3. November den preußischen Antrag: „daß die betreffenden Bundesstaaten die freie Bewegung (der preußischen Truppen) gestatten werden", ausdrücklich an, unter Streichung eines Passus, welcher „die Berechtigung des Bundes als einheitlicher Macht" betonte.

Mit Recht schreibt Bismarck in einem Berichte vom 4. November diesen raschen und wichtigen Sieg Preußens „wesentlich der Meinung zu, daß unsere Beziehungen zu Frankreich sich neuerdings freundlicher gestaltet haben." Denn während in friedlichen Zeiten die Bundesverfassung und die Haltung der Mittelstaaten und Österreichs Preußen kein Mittel biete, seinen „Einfluß in Deutschland über das Maß seiner einen Stimme unter 17 zu erheben", so komme doch bei jeder Bedrohung des europäischen Friedens „auch in Deutschland der Wert zur Hebung, welchen Preußen vermöge seiner Streitkräfte und sonstigen Hilfsmittel für das Ausland hat." Von den guten Beziehungen Preußens zu Frankreich gab allen Frankfurter Bundestagsgesandten auch ein Vorgang Zeugnis, über welchen Bismarck in demselben Schreiben berichtet. Damals hielt sich nämlich der Vetter des Kaisers, Prinz Napoleon, einige Tage in Frankfurt auf. Graf Montessuy gab ihm zu Ehren eine Soiree, zu welcher alle Diplomaten eingeladen wurden, und am folgenden Tage ein Essen im engeren Kreise. „Da ich dem Prinzen früher nicht bekannt war", berichtet Bismarck, „so muß ich es einem vorgefaßten Entschluß zuschreiben, daß derselbe sowohl auf jener Soiree, als in der bis in die Nacht hinein verlängerten Unterhaltung nach dem Essen sich dem Gespräch mit mir mit einer Ausschließlichkeit widmete, welche für die übrige Gesellschaft bei dem Mangel an sonstiger Beschäftigung einigermaßen peinlich sein mußte. Die Neuenburger Frage behandelte er mit sichtlicher Besorgnis, daß deren Erörterung am Bunde von Österreich als Präcedenzfall ausgebeutet werden könne, wenn letzteres den Beistand des Bundes in seinen italienischen Händeln beanspruchen würde." Nichts macht die Unfähigkeit der damaligen österreichischen Politik

deutlicher als die Thatsache, daß Graf Buol diese „Besorgnis" keineswegs verwirklichte, welche Bismarck selbst schon nach dem Pariser Frieden von 1856 ausgesprochen hatte. Wenn Österreich in der Neuenburger Sache Preußen kräftig unterstützt hätte, so konnte Graf Buol mit Leichtigkeit beim Bunde den einstimmigen Beschluß davontragen: die Bundestreue gebiete, jedem Bundesgenossen auch den Schutz seiner außerdeutschen Besitzungen zu gewährleisten. Damit hätte Österreich für seine italienischen Provinzen künftig eine erhebliche Sicherheit gewonnen. Aber soweit dachte Graf Buol nicht. Seine gehässige Eifersucht gegen Preußen trieb ihn dazu an, Preußen in der Neuenburger Verwickelung überall, am Bunde, in Bern und in Süddeutschland die größten Schwierigkeiten zu bereiten.

Um so erfreulicher für Preußen war der zweite Sieg, den es am Bunde erfocht, indem am 6. November die Bundesversammlung einstimmig die Preußen günstigen Ausschußanträge genehmigte: „den im Londoner Protokoll vom 24. Mai 1852 in Bezug auf die Verhältnisse des Fürstentums Neuenburg niedergelegten Grundsätzen beizutreten und die Schritte der preußischen Regierung bei den eidgenössischen Behörden auf Freilassung der verhafteten Neuenburger bei allen deutschen Regierungen, welche Gesandte in Bern unterhalten, auch namens des deutschen Bundes bevorworten und mit allem Nachdruck unterstützen zu lassen." Preußen handelte unverzüglich nach diesem Beschlusse. Denn als am 12. November Manteuffel Herrn v. Bismarck „für die Umsicht und den Eifer dankte, mit welchen er die schnelle und einstimmige Abstimmung in der Neuenburger Angelegenheit herbeigeführt" habe, zeigte er ihm auch an, Herr v. Sydow, der preußische Gesandte in Bern, erhalte Auftrag, sich mit entsprechenden Weisungen von Berlin nach Bern zu begeben. In der Bundestagssitzung vom 20. November konnte Bismarck dann für Preußen und gemeinsam mit Österreich, Bayern und Baden anzeigen, daß diese Regierungen ihre Vertreter in Bern wegen Vollzuges des Bundesbeschlusses vom 6. November mit Instruktionen versehen hätten. Gleichwohl wies die Schweiz auch die

Aufforderung des Bundes ebenso entschieden zurück, wie die frühere Preußens. Sie that das auch jetzt im Vertrauen auf den Erfolg österreichischer und englischer Umtriebe. Österreichs zweideutige Haltung kennzeichnet Bismarck in einem eigenhändigen Privatschreiben an Manteuffel schon am 17. November mit den Worten: „Ew. Excellenz vertrauliche Mitteilung, daß Österreich uns in der Schweiz thatsächlich nur laue Unterstützung gewährt, erhält eine Bestätigung dadurch, daß die ultramontane Presse der Schweiz, und namentlich die von Österreich und dessen Geistlichkeit inspirierte ‚Schweizer Zeitung' das Schweizer Nationalgefühl mit heftigen Worten gegen unsere Forderung und gegen etwaige ernste Maßnahmen aufstachelt, die Nachgiebigkeit als Schwäche und unehrenvolle Politik bezeichnet und auffordert, zu zeigen, daß die Schweiz nicht jährlich ihr ‚schönes Geld in Haufen für gutmütiges Säbelklirren und friedliche Fanfaren' hergebe. Auch die eigene österreichische Presse predigt gegen ‚Gewaltmaßregeln' Preußens, und die süddeutschen Gesandten deuten an, daß ihnen gleichartige Insinuationen gemacht seien." Von der Haltung Englands bemerkt Bismarck am 6. November, die Schnelligkeit und Einmütigkeit des Bundesbeschlusses von jenem Tage hätten auch auf das Inselreich ihren Eindruck nicht verfehlt. Aber Englands Feindseligkeit trat bald an einem schmählichen Vorgang zu Tage. Kaiser Napoleon hatte nämlich seine Bestrebungen zur Vermittelung des Friedens zwischen Preußen und der Schweiz um so weniger eingestellt, je mehr ihn die kurze Abweisung seiner ersten Vorschläge in Bern erbittert hatte. Er richtete an den König zunächst die vertrauliche Anfrage, unter welchen Bedingungen dieser, nach Freilassung der Gefangenen, auf Neuenburg verzichten würde. Friedrich Wilhelm nannte drei bescheidene Bedingungen; noch ehe jedoch Napoleon der Schweiz diesen wohlfeilen Preis einer Verständigung ganz vertraulich mitteilen lassen konnte, erlangte der englische Gesandte in Berlin, wahrscheinlich durch Bestechung, Kenntnis von den drei Forderungen des Königs. Wenige Tage später erfuhr sie über London der englische Gesandte in Bern, und plötzlich ging die Kunde durch die Welt: England habe die Vermittlung

der Westmächte auf Grund der drei Bedingungen angeboten und die Schweiz das Erbieten angenommen. Entrüstet über diesen treulosen Streich, welcher dem Kaiser Napoleon unmöglich machte, die Vermittelung seiner Regierung für die Vorschläge des Königs in Bern zur Geltung zu bringen, versprach der Kaiser in Berlin nun erst recht seinen persönlichen Einfluß einzusetzen. Er lud daher seinen alten Lehrer, den schweizerischen Bundesgeneral Dufour, nach Paris ein und erklärte diesem bestimmt: er stehe persönlich dafür ein, daß König Friedrich Wilhelm nach Freilassung der Gefangenen auf Neuenburg verzichten werde. Weigere die Schweiz trotzdem die Freilassung, so werde er dem Aufmarsch eines preußischen Heeres kein Hindernis bereiten. Ebenso sprachen sich die französischen Gesandten an den süddeutschen Höfen aus, und Graf Walewski riet Preußen durch den Pariser Gesandten Grafen Hatzfeld zu militärischen Vorbereitungen, als dem besten Mittel, die Schweiz zur Einsicht zu bringen.

Ganz dasselbe hatte Bismarck schon am Schlusse eines Berichtes vom 6. November empfohlen: „Besonders erfolgreich würde in diesem Sinne die Aussicht wirken, daß von den Schweizern ein Ersatz der Kosten der gegen sie aufzuwendenden Maßregeln beansprucht werden könne.“ In demselben Sinne war Bismarck thätig, als er am 28. November nach Berlin berufen wurde, um hier am 2. Dezember in einer gemeinsamen Besprechung mit dem Minister Manteuffel, dem Pariser Gesandten Grafen Hatzfeldt und Herrn v. Balan vom preußischen auswärtigen Ministerium die ferneren Schritte Preußens in der Neuenburger Angelegenheit zu beraten. Bismarcks Ausführungen in dieser Besprechung fanden allseitig so lebhafte Zustimmung, daß ihm der Auftrag erteilt wurde, die Ergebnisse der Sitzung in einer eigenhändigen Denkschrift niederzulegen. Da heißt es: „Der Zeitpunkt, welchen Se. Majestät selbst als denjenigen bezeichnet haben, wo zu ‚Repressalien, nämlich zu Besetzung von Schweizer Gebiet‘ geschritten werden soll, ist eingetreten und zwischen uns und der Genugthuung, welche wir für die Ehre der Krone zu nehmen haben, steht kein geographisches Hindernis, da an der Bereitwilligkeit Badens, den Durchmarsch zu gestatten, im Ernste

wohl niemand zweifeln kann. Der Entschluß zu zwangsweiser Durchführung unseres Rechtes gegen die Schweiz, und der Übergang zur thatsächlichen Vorbereitung derselben, erscheint unter diesen Umständen mit Ehren nicht mehr vermeidlich." Auch der Landtag habe durch seine freudige Zustimmung zur Thronrede bekundet, daß das Land von dem „Bewußtsein einer ungesühnten Ehrenkränkung erfüllt sei. Die Schweiz glaubt nicht daran, daß wir zu militärischen Anstrengungen schreiten, und nur der wirkliche Beginn derselben, nicht aber eine bloße Demonstration wird ihr die Überzeugung davon geben können. Eine ernstgemeinte Rüstung läßt über ihren Charakter keinen Zweifel. Sobald wir daher eine solche mit dem ausgesprochenen Entschlusse vornehmen, zur That ruhig und sicher überzugehen, dürfte sich ihre Rückwirkung auf die Haltung der Schweiz und auf die Erneuerung der Bemühung anderer Kabinette auch fühlbar machen, indem der Unglaube in betreff unseres endlichen Einschreitens schwindet." Namentlich werde Frankreich Preußens „militärische Vorbereitungen als ein wirksames Mittel der Unterhandlung benutzen können. Dem Kaiser Napoleon selbst kann es nur eine sehr unwillkommene Aussicht sein, daß eine starke preußische Truppenmacht in die Schweiz einrückt, und er in den Fall kommt, es entweder unthätig geschehen zu lassen, oder uns an der Durchführung eines von ihm selbst anerkannten und unterstützten Rechtes zu hindern. Er wird daher ohne Zweifel in der ernstesten Weise bemüht sein, die Schweiz zum Nachgeben zu bestimmen." Am Schlusse werden die „nächsten Schritte" aufgezählt, welche sich „nach vorstehender Auffassung nötig machen würden: 1) Gleichlautende Noten an die vier Großmächte und den Bund." Darin würde ein „kurzer Abriß der bisherigen fruchtlosen Unterhandlungen" die Erklärung einleiten, daß der König nun „die Anwendung der eigenen Mitttel zur Herstellung vertragsmäßig anerkannter Zustände in Aussicht nehmen müsse. 2) Eine eingehendere und geheime Erklärung an Frankreich", welche etwa ausspräche, daß Preußen bis zur Durchführung seiner militärischen Maßregeln „es gern sehen würde, wenn sich noch die Möglichkeit

[illegible]

[illegible] und der

[illegible] Bundes-

[illegible] Stimme

[illegible]

[illegible] zu

[illegible] und [illegible]

[illegible] unabhängiges

zu Boden. Denn schon am 19. Dezember konnte Bismarck dem König aus Frankfurt berichten: „Allseitig wird anerkannt, daß unser militärisches Einschreiten gegen die Schweiz in dem gegenwärtigen Stadium eine notwendige Ehrenpflicht für Preußen sei." Nur Graf Rechberg habe diesen Entschluß „nicht mit der sonst allgemeinen Zustimmung, sondern mit einer Art von Bedauern" aufgenommen und Österreich suche bei den Höfen von Karlsruhe, Darmstadt und Nassau dem preußischen Durchmarsch Schwierigkeiten zu bereiten. Diese Versuche nahmen die Form an, „Preußen an den Bund zu verweisen, wenn wir den Durchmarsch beanspruchten, uns die Bundesschlinge nochmals um die Füße zu ziehen, um uns in Unthätigkeit zu erhalten", wie Bismarck am 22. in einem eigenhändigen Schreiben an Manteuffel berichtet. Aber diese Einflüsterungen fanden bei den süddeutschen Höfen diesmal taube Ohren, weil das Eingehen auf Österreichs Zumutung die Souveränität dieser Staaten einfach beseitigt hätte, und weil außerdem „die meisten Regierungen", wie Bismarck treffend bemerkte, „die Frage nachgerade weniger aus dem Neuenburger Standpunkte auffassen, als aus dem einer Exekution gegen den Übermut der Schweizer Demokratie." Trotzdem machte Österreich in einer Depesche vom 23. Dezember diesen Anspruch amtlich in Berlin geltend, und suchte Preußens Vorgehen gegen die Schweiz durch den weiteren Einwand zu hindern, die Neuenburger Frage müsse erst auf europäischen Konferenzen erörtert werden, ehe Preußen die Waffen ergreifen dürfe, da dieses sich im Londoner Protokoll verpflichtet habe, sich einseitiger Schritte zu enthalten, so lange die Mächte über Preußens Rechte mit der Schweiz verhandeln würden. Beide Einwände wies Manteuffel in einer Zirkulardepesche an die Mächte vom 28. Dezember treffend zurück. Bismarck las sie in Frankfurt dem Grafen Montessuy vor, und Beide waren „sowohl von dem Inhalt, als von der Fassung" in so „hohem Grade befriedigt", daß Bismarck am 2. Januar 1857 empfahl, „das Aktenstück auch in der nächsten Bundestagssitzung vorzulegen. Nur müßte die Absicht, diesen Schritt zu thun, bis zur Sitzung selbst geheim bleiben, weil sonst vielleicht

eine österreichische Gegenerklärung vorbereitet werden könnte. Anheimstellen möchte ich noch, in meine, die Mitteilung an den Bund einleitende Erklärung einen Passus einschalten zu dürfen, welcher die Bereitwilligkeit der beteiligten Regierungen, uns den Durchmarsch zu bewilligen, berührt, um damit die Versuche Österreichs abzuschneiden, einzelne Regierungen dadurch unsicher zu machen, daß man die Bedenklichkeit Anderer behauptet." Manteuffel erklärte sich mit Bismarcks Vorschlag und Vortragskonzept vollständig einverstanden, und zur großen Verblüffung Rechbergs gab Bismarck diese Erklärung, unter Mitteilung der preußischen Zirkulardepesche, in der Bundestagssitzung vom 8. Januar ab. Die hievon sichtlich befriedigte Bundesversammlung aber beschloß, sie durch Aufnahme zu Protokoll zur Kenntnis der Regierungen zu bringen.

Die Erfolglosigkeit dieser österreichischen Gegenzüge blieb natürlich auch in Bern nicht unbekannt, und so beschloß man dort, noch vor Ablauf der letzten Überlegungsfrist, die auf Wunsch Frankreichs bis zum 15. Januar von Preußen verlängert worden war, das Anerbieten des Herzogs Ernst von Koburg zu benutzen, welcher der Schweiz seine guten Dienste in dem Streite mit Preußen zur Verfügung gestellt hatte. Zu diesem Zwecke war der schweizerische Bundesrat Furrer am 28. Dezember in Frankfurt eingetroffen, hatte hier — wie Bismarck in mehreren Berichten feststellt — nur mit dem Grafen Rechberg verkehrt und bei Rothschild vergebens versucht, Stimmung für eine schweizerische Anleihe zu machen, und war dann zur Besprechung mit dem Herzog von Koburg nach Karlsruhe gereist. Hier und bei den übrigen süddeutschen Höfen erkannte Furrer aber zugleich, daß die „guten Dienste" des liberalen Herzogs nicht sonderlich erfolgreich seien. Denn überall erklärte man Furrer, der preußische Durchmarsch sei bewilligt und werde am 15. Januar beginnen, wenn die Gefangenen bis dahin nicht frei seien. Diese Berichte veranlaßten den Schweizer Bundesrat zunächst, hastig und mit ärgerlichen Kosten mehrere Milizdivisionen einzuberufen. Aber je näher der 15. Januar rückte, um so geringer war die Schweizer Kriegslust. Am 15. Januar beschloß daher der schweizerische Na-

tionalrat und am 16. der Ständerat mit großer Mehrheit die sofortige Freilassung der Gefangenen. Darauf erklärte sich König Friedrich Wilhelm, wie bisher, zu Verhandlungen mit den Großmächten bereit. Am 23. Januar teilte Bismarck der Bundesversammlung diese Wendung mit und dankte den Regierungen für die während dieser Verwickelung bewiesene bundesfreundliche Gesinnung gegen Preußen.

Die vertragsmäßige Regelung der Neuenburger Frage sollte ein Pariser Kongreß lösen, zu welchem am 10. Februar außer den fünf Mächten auch die Schweiz eingeladen wurde. Der Gang der dort am 5. März begonnenen Verhandlungen ließ es Bismarck wünschenswert erscheinen, „selbst einige Tage unter der Form eines Urlaubs" nach Paris zu reisen. Zum erstenmal am 11. März regte er diesen Gedanken bei Manteuffel an. Am 20. schrieb er an Gerlach, Manteuffel habe „die Anspielung einer Exkursion nach Paris indirekt abgelehnt." Am 31. März dagegen setzte er hinzu: „Wenn mich Manteuffel nicht festhält oder nach Berlin citiert, so bin ich heut über acht Tage, unter Gottes Zulassung, im Lutetischen Kote (in Paris) und verstehe nur gebrochenes Deutsch, wenn ich wiederkomme, da ich wohl vierzehn Tage ausbleibe" (während der Osterferien der Bundesversammlung). Die Berichte Bismarcks aus Paris haben nun nicht wenig dazu beigetragen, die Verständigung der zum Kongresse versammelten Mächte zu erleichtern, zu beschleunigen, und Preußen vor Vereinzelung und Demütigung zu bewahren, die unausbleiblich gewesen wäre, wenn Preußen auf die von dem König gestellten scharfen Bedingungen sich versteift hätte. Am 24. März hatte Preußen nämlich, als Gegenleistung für seinen Verzicht auf Neuenburg, u. a. gefordert die Zahlung von 2 Millionen Franken, d. h. das der früheren Neuenburger Zivilliste von 100000 Franken jährlich entsprechende Kapital, und Aufhebung der demokratischen Verfassung Neuenburgs durch eine binnen Jahresfrist zu wählende Konstituante, zu welcher nur die alteingesessenen Bürger, nicht die Neuangezogenen, Stimmrecht hätten. Diese beiden Punkte hatte der schweizerische Vertreter, Dr. Kern, am 1. April für unannehmbar

erklärt. Die vier neutralen Mächte kamen zu dem nämlichen Ergebnis, als sie im Laufe der nächsten Wochen an einem Vereinigungsprogramm arbeiteten. Zu dieser Zeit kam Bismarck nach Paris. Sein erster Bericht von hier an Manteuffel ist am 11. April geschrieben. Er gab sich als „Ferien- und Vergnügungsreisenden“ aus und beschränkte sich in der Neuenburger Frage auf die Rolle des Zuhörers, um Hatzfeldt nicht ins Gehege zu kommen. Aber alle Diplomaten, die er gesprochen, Graf Walewski, der Engländer Lord Cowley, der Österreicher Baron Hübner u. s. w. sind einig darüber, daß diese beiden Punkte „zu weitgehend“ seien: „Die Geldforderung, weil die von uns beanspruchte Summe zu hoch sei — Graf Walewski nannte eine Million als das Höchste, was man von der Schweiz erlangen könne —; die andere Forderung, weil man es nicht zulässig hält, die Schweiz zu einer Änderung ihrer Verfassung zu nötigen.“ Da die übrigen Bedingungen des Königs, namentlich die völlige Amnestierung aller Neuenburger Royalisten, Verteilung der Kosten des Septemberputsches auf alle Schweizerkantone, Fortführung des Neuenburger Fürstentitels durch den König und kleinere Forderungen von den Neutralen befürwortet würden, so mahnt Bismarck dringend zur Nachgiebigkeit. Denn lehne Preußen die seinen Wünschen nicht vollständig entsprechenden Ergebnisse der Konferenz ab, so habe „die Schweiz, nach dem Bekanntwerden der Meinung der vier Mächte, thatsächlich, wenn nicht rechtlich, einen Widerruf des Londoner Protokolls für sich, wir dagegen erreichen nichts von dem, was wir uns ausbedingen wollen, und überlassen unsere Freunde in Neuenburg auf unbestimmte Zeit der Willkür ihrer Gegner.“ Dieselbe Mahnung richtet Bismarck, nachdem er in Paris auch vom Kaiser Napoleon ausgezeichnet worden ist und mit Walewski und dem russischen Gesandten, General Kiseleff, mehrfach beraten hat, nach seiner Rückkehr von Frankfurt aus am 24. April an Manteuffel: „Wenn die Schweiz nicht in den Neuenburger Royalisten uns gegenüber eine Art von Geiseln in Händen hätte, so könnte es für uns vielleicht unbedenklich sein, die Pariser Konferenzen ohne Ergebnis zu lassen. Auf diese Weise können wir

(aber) in kurzer Zeit wieder unter den Druck eines Ehrenpunktes in ganz ähnlicher Weise geraten, wie vor der Freilassung der Gefangenen. Ist meine Befürchtung, daß die Angelegenheit diesen Verlauf nehmen könne, begründet, so kann ich aus derselben keinen anderen Schluß ziehen als den, daß die Annahme der Vorschläge der Konferenz für uns eine Notwendigkeit ist." Denn jede fernere Klage Preußens würden die Mächte achselzuckend nur mit dem Bedauern beantworten, daß Preußen die Konferenzbeschlüsse nicht angenommen habe.

Das krankhaft gereizte Gemüt des Königs wollte anfangs diese Schlüsse des getreuen Dieners als richtig nicht anerkennen. In Paris hatten die Neutralen am 20. April die preußischen Bedingungen zur Annahme empfohlen bis auf die zwei der Schweiz unannehmbaren Punkte. Der König aber versuchte, unter dem Drucke seiner heftigen Empfindungen, am 26. April wenigstens die Konstituante der Neuenburger Eingesessenen zu retten. Da jedoch der Schweizer Bundesrat am 28. April die Pariser Vorschläge unbedingt annahm, trat nun die von Bismarck vorausverkündete peinliche Lage für Preußen ein, deren Spannung auch der König erkannte. Am 13. Mai meldete er dem Kaiser Napoleon, in Erwiderung eines herzlichen Schreibens vom 6., daß er Geld von den Schweizern gar nicht wolle und die Pariser Bedingungen annehme. Am 26. Mai wurde der Vertrag in Paris unterzeichnet.

Im Herzen und Gemüt des Königs ließ freilich auch dieser friedliche Ausgang, bei dem Preußen alles nur Mögliche erreicht hatte, die schmerzliche Vorstellung zurück: die Revolution habe von neuem unter dem Rat und Siegel der europäischen Mächte einen Sieg erfochten. Ganz anders urteilte Bismarck. Schon die Aufgabe des für Preußen wertlosen Besitzes an Neuenburg mochte er als einen Gewinn für Preußens Machtstellung erkennen, wenn er auch in Paris, wie ein redlicher Anwalt, für Preußens Rechte und Ansprüche „plädiert" hatte. Aber für einen weit höheren und folgenreicheren Gewinn hielt er die freundlichen Beziehungen zu Frankreich, welche diese lange und peinliche Verwickelung Preußen

bescheert hatte. Bismarcks Berichte und Briefe nach seinem Besuch in Paris im April 1857 sind erfüllt von freudiger Genugthuung über das gute Verhältnis zu Frankreich und von weitblickenden Vorschlägen, es für die Zukunft nutzbar zu machen. In der erlauchten Person seines Königs sah er jetzt kaum noch einen Gegner seiner Anschauungen. Denn zwischen den beiden Herrschern war, trotz des ursprünglichen Argwohns Friedrich Wilhelms gegen den revolutionären Emporkömmling, ein freundschaftlich trauliches Verhältnis erwachsen, welches sich im Laufe des Sommers 1857 in herzlichen beiderseitigen Privatschreiben bethätigte.

Dabei bewahrte Bismarck freilich, um das friedliche Verhältnis Preußens zu Frankreich nicht zu trüben, das tiefste Geheimnis über den Inhalt eines Gespräches, das er in Paris mit dem Kaiser Napoleon unter vier Augen geführt hatte. Nachdem der Kaiser sein Entgegenkommen in der Neuenburger Frage dem Gaste dargelegt hatte, führte er aus, wie ungerecht es sei, ihn zu beschuldigen, daß er nach der Rheingrenze strebe. Das linksrheinische deutsche Ufer, mit etwa 3 Millionen Einwohnern, würde für Frankreich nur eine unbequeme, ja unhaltbare Grenze sein. Die Natur der Dinge würde dann Frankreich dahin treiben, auch Luxemburg, Belgien und Holland zu erwerben, oder doch in eine entschiedene Abhängigkeit zu bringen. Das Unternehmen (der Erwerbung des linken Rheinufers) werde daher Frankreich früher oder später zu einer Vermehrung von 10 bis 11 Millionen thätiger Einwohner bringen. Eine solche Vermehrung der französischen Macht werde aber von Europa unerträglich befunden werden. Diese an Napoleon I. erinnernde Prätention sei für die gegenwärtigen Verhältnisse zu hoch; man werde sagen, Frankreichs Hand sei gegen jedermann, und deshalb werde jedermanns Hand gegen Frankreich sein. Vielleicht werde er zur Befriedigung des Nationalstolzes eine kleine Abrundung der Grenzen verlangen, könne aber auch ohne eine solche leben. Wenn er wieder eines Krieges bedürfen sollte, würde er denselben eher in der Richtung von Italien suchen. Denn einesteils habe dieses Land doch immer ein große Affinität mit Frank-

reich; andererseits sei das letztere an Siegen schon reich genug. Als Ergebnis eines solchen Krieges denke sich Napoleon ein Verhältnis der Intimität und Abhängigkeit Italiens zu Frankreich, vielleicht die Erwerbung einiger Küstenpunkte. Zu diesem Programm gehöre notwendig, daß Preußen ihm nicht entgegen sei. Frankreich und Preußen seien aufeinander angewiesen; er halte es für einen Fehler, daß Preußen 1806 nicht wie andere deutsche Mächte zu Napoleon gehalten hätte. Es müsse für Preußen wünschenswert sein, sein Gebiet durch die Erwerbung Hannovers und der Elbherzogtümer zu konsolidieren. Für eine solche Kombination sei es aber nötig, daß Preußen seine Flotte verstärke. Es fehle an Seemächten zweiten Ranges, die durch Vereinigung ihrer Streitkräfte mit den französischen das jetzt erdrückende Übergewicht Englands aufhöben. Eine Gefahr für sie selbst und für das übrige Europa könne darin nicht liegen, weil sie sich zu eigensüchtig-französischen Unternehmungen nicht hergeben würden. Zunächst wünsche er sich der Neutralität Preußens zu versichern für den Fall, daß er mit Österreich in Krieg geriete. Herr von Bismarck möge den König über dies alles sondieren.

Bismarck entgegnete: Er sei doppelt erfreut, daß der Kaiser diese Andeutungen gerade ihm gemacht habe; einmal, weil er darin einen Beweis von Vertrauen erblicken dürfe, und zweitens, weil er vielleicht der einzige deutsche Diplomat sei, der es auf sich nehmen würde, diese ganze Eröffnung zu Hause, auch seinem Souverän gegenüber, zu verschweigen. Er bitte den Kaiser dringend, sich dieser Gedanken zu entschlagen; es liege außer aller Möglichkeit, daß König Friedrich Wilhelm IV. auf dergleichen eingehe; ein ablehnende Antwort sei unzweifelhaft, wenn demselben die Eröffnung gemacht würde. Dabei bleibe im letzteren Falle die große Gefahr einer Indiskretion, einer, gar nicht übel gemeinten, vertraulichen Äußerung darüber, welchen großen Versuchungen Preußen widerstanden habe. Wenn irgend eine andere deutsche Regierung in die Lage versetzt würde, über dergleichen Äußerungen nach Paris zu berichten, so werde das für Preußen so wertvolle gute Vernehmen

mit Frankreich gehört werden. Die Unterredung schloß damit, daß der Kaiser Herrn v. Bismarck für diese Offenheit dankte. Bismarck hat auch erst dreizehn Jahre später in Versailles einem hohen Besucher das erste Wort von diesen Eröffnungen Napoleons aus dem Jahre 1857 erzählt. Wir vermögen aber zu ermessen, wie sehr dadurch seine Augen für die kommenden Verwickelungen, welche Napoleons Politik vorbereitete, geschärft waren, und daß er dadurch doppelt bestärkt wurde in der Überzeugung, Preußen müsse ein gutes Einvernehmen mit Frankreich anstreben, namentlich solange Frankreich sich gegen Österreich feindselig stelle.

Bismarcks politische Ausgangsstätte aber, die liebe „Kreuzzeitungspartei", General Gerlach und die übrigen Vertrautesten des Königs, beharrten noch immer in scharfer und mißtrauischer Feindseligkeit gegen Frankreich. Nach eben diesem Aufenthalte in Paris geriet Bismarck mit dem General v. Gerlach „über das Thema ‚Preußens Beziehungen zu Frankreich' in freundschaftlichen Streit." Dieser Streit ist so bezeichnend für den Standpunkt und die verschiedene Weite des Gesichtskreises der beiden alten Freunde, daß die Hauptsätze aus Bismarcks Briefen an Gerlach hier folgen müssen. Am 2. Mai schreibt er:

„So einstimmig wir in betreff der inneren Politik sind, so wenig kann ich mich in Ihre Auffassung der äußeren Politik hineinleben, der ich im allgemeinen den Vorwurf mache, daß sie die wirklichen Verhältnisse übersieht. Sie gehen davon aus, daß ich einem vereinzelten Mann (Napoleon), der mir imponiert, das Prinzip opfere. Ich lehne mich gegen Vorder- und Nachsatz auf. Der Mann imponiert mir durchaus nicht. Die Fähigkeit, Menschen zu zu bewundern, ist in mir nur mäßig ausgebildet, und vielmehr ein Fehler meines Auges, da es schärfer für Schwächen als für Vorzüge ist. Was aber das von mir geopferte Prinzip anbelangt, so kann ich mir das, was Sie damit meinen, konkret nicht recht formulieren. Meinen Sie damit ein auf Frankreich und seine Legitimität anzuwendendes Prinzip, so gestehe ich allerdings, daß ich dieses meinem spezifisch preußischen Patriotismus vollständig unterordne. Frankreich

interessiert mich nur insoweit, als es auf die Lage meines Vaterlandes reagiert, und wir können Politik nur mit dem Frankreich treiben, welches vorhanden ist, dieses aber aus den Kombinationen nicht ausschließen. Ein legitimer Monarch wie Ludwig XIV. ist ein ebenso feindseliges Element wie Napoleon I. Frankreich zählt mir, ohne Rücksicht auf die jeweilige Person an seiner Spitze, nur als ein Stein, und zwar ein unvermeidlicher, in dem Schachspiel der Politik, ein Spiel, in welchem ich nur meinem Könige und meinem Lande zu dienen den Beruf habe. Sympathien und Antipathien in betreff auswärtiger Mächte und Personen vermag ich vor meinem Pflichtgefühl im auswärtigen Dienste meines Landes nicht zu rechtfertigen, weder an mir noch an anderen: es ist darin der Embryo der Untreue gegen den Herrn oder das Land, dem man dient. Die Interessen des Vaterlandes dem eigenen Gefühl von Liebe oder Haß gegen Fremde unterzuordnen, dazu hat meiner Ansicht nach selbst der König nicht das Recht, hat es aber vor Gott und nicht vor mir zu verantworten, wenn er es thut, und darum schweige ich über diesen Punkt. Oder finden Sie das Prinzip, welches ich geopfert habe, in der Formel, daß ein Preuße stets ein Gegner Frankreichs sein müsse? Aus dem Obigen geht schon hervor, daß ich den Maßstab für mein Verhalten gegen fremde Regierungen nicht aus stagnierenden Antipathien entnehme, sondern aus der Schädlichkeit oder Nützlichkeit für Preußen, welche ich ihnen beilege. In der Gefühlspolitik gibt es gar keine Gegenseitigkeit; sie ist eine ausschließlich preußische Eigentümlichkeit; jede andere Regierung nimmt lediglich ihre Interessen zum Maßstabe ihrer Handlungen, wie sie dieselben auch mit rechtlichen oder gefühlvollen Ausführungen drapieren mag.“ Am 11. Mai setzt Bismarck hinzu: „Berliner Nachrichten sagen mir, daß man mich am Hofe als Bonapartisten bezeichnet. Man thut mir Unrecht damit. Im Jahre 50 wurde ich von unseren Gegnern verräterischer Hinneigung zu Österreich angeklagt, und man nannte uns die Wiener in Berlin; später fand man, daß wir nach Juchten rochen, und nannte uns Spree-Kosaken. Ich habe damals auf die Frage, ob ich russisch oder

westmächtlich sei, stets beantwortet: ich bin preußisch, und mein Ideal für auswärtige Politiker ist die Vorurteilsfreiheit, die Unabhängigkeit der Entschließungen von den Eindrücken der Abneigung oder der Vorliebe für fremde Staaten und deren Regenten."

Gerade in jenen Tagen war der Prinz Napoleon am Berliner Hofe zu Besuch und wurde vom König sehr ausgezeichnet. Bei einem Diner brachte Friedrich Wilhelm einen französischen Toast auf den „französischen Prinzen" aus mit den Worten: „Ich wünsche, daß die erlauchte Familie, der mein Gast angehört, noch lange Frankreich zum Glück gereichen, und daß diese große Nation immer Preußens Freundin bleiben möge." Auch Kaiser Napoleon selbst hatte Herrn v. Bismarck in Paris eindringlich den Wunsch zu erkennen gegeben, mit dem König Friedrich Wilhelm bald persönlich zusammenzutreffen, und Bismarck mahnte eben damals wiederholt in seinen Berichten, diesen Wunsch bald zu erfüllen und erbot sich zu unauffälliger persönlicher Vermittelung. Da mußte ihm denn die verletzende Sprache der „Kreuzzeitung" gegen „Louis Napoleon" und den Prinzen während dessen Anwesenheit in Berlin doppelt peinlich berühren, und er steht nicht an, in einem eigenhändigen Bericht an Manteuffel vom 13. Mai zu bemerken, daß diese Sprache „jedenfalls eine Zurechtweisung verdiene." Dieses Vorkommnis bildete aber nur den äußeren Anlaß, auch dem Minister gegenüber die Notwendigkeit guter Beziehungen Preußens zu Frankreich darzulegen. Dies geschah in einer Denkschrift vom 18. Mai 1857, die mit Recht zu den klassischen Staatsschriften Bismarcks gezählt wird. Er führt darin aus, daß nach dem Zerfall der heiligen Allianz, bei der Feindseligkeit der österreichischen Politik in Deutschland, und da „die Bundesverträge nur einen morschen Stützpunkt für Preußens auswärtige Politik" bilden, die Notwendigkeit eines zuverlässigen Verteidigungssystems für Preußen durch Anbahnung und Eingehung auswärtiger Bündnisse geboten sei. Die Geneigtheit Rußlands, sich Frankreich näher anzuschließen, und die gleichzeitige Werbung Napoleons um die Freundschaft Preußens, könne Preußen nur Vorteile bieten. Lehne man Napoleons Freundschaft ab, so

sei ein französisch-russisches Bündnis und die Vereinzelung Preußens an der Seite Englands und Österreichs die unmittelbare Folge. Daher erscheine notwendig, die Hinneigung Frankreichs für ein Bündnis desselben mit Preußen zu beleben. „Die Pflege freundschaftlicher Beziehungen zu Frankreich braucht also keineswegs feindselige Tendenzen gegen den Frieden Europas zu haben," schließt Bismarck; „im Gegenteil, es liegt in ihr eine erhöhte Bürgschaft des Friedens. Sie vermindert die Wahrscheinlichkeit eines Bruchs zwischen England und Frankreich, sie vertagt die Chance eines französisch-russischen Kriegsbündnisses, gibt uns, wenn es doch zu demselben kommen sollte, die Möglichkeit eines mäßigenden Einflusses auf dessen Gestaltung und Zwecke, und verleiht demselben alsdann eine solche Übermacht, daß es zur Führung eines Kontinentalkrieges gegen dasselbe schwerlich kommen kann; sie ist ferner das Mittel, und vielleicht das einzige, um von der Form und dem Wesen des Deutschen Bundes die Fundamente zum Neubau, und uns einen entscheidenden Einfluß auf letzteren zu erhalten. Bei diskreter Handhabung einer solchen Politik bleibt zugleich, solange die westmächtliche Allianz besteht, unser Verhältnis zu England, da es Frankreichs offizieller Bundesgenosse ist, und zu Rußland, da es dasselbe zu werden strebt, unkompromittiert und jeder Entwicklung fähig. Wir halten dabei die deutschen Staaten zusammen, gewinnen eine Stellung, welche vermöge der Furcht vor ihrer weiteren Entwickelung vielleicht Österreichs Politik bis zur Verträglichkeit mit uns abändern kann, und gegenüber Frankreich ist es leichter, wenn die Umstände es erfordern, aus guten Beziehungen zu kühleren überzugehen, als umgekehrt."

Da General v. Gerlach sich Bismarcks Ausführungen gegenüber in zwei langen Schreiben darauf berief, daß Napoleon nun eben einmal die Revolution darstelle, und deshalb mit ihm kein Bund zu flechten sei, so hielt Bismarck für nötig, auch diesen — beim König jedenfalls besonders wirksamen — Einwand ausführlich geschichtlich zu widerlegen. Er that dies in einem sehr eingehenden Schreiben an Gerlach vom 30. Mai, dessen Inhalt er fast wörtlich

an einer Denkschrift vom 2. Juni an Manteuffel wiederholte. Sie ist nach Inhalt und Form ebenso meisterhaft wie die vom 14. Mai. Die Grundlage derselben bildet die Widerlegung „der Auffassung, daß der Kaiser Napoleon der hauptsächliche Repräsentant der Revolution und mit ihr identisch, und daß ein Kompromiß mit der Revolution ebensowenig in der äußeren wie in der inneren Politik zulässig sei.“ Diese Widerlegung folgt zwei Hauptgedanken: „In den auswärtigen Beziehungen ist es nicht möglich, den letzteren Grundsatz (der Unzulässigkeit eines Kompromisses mit der Revolution) in der Weise durchzuführen, daß die äußersten, davon abgeleiteten Folgerungen noch immer jede andere Rücksicht durchbrechen sollten, und außerdem ist es nicht richtig, die Revolution gerade in dem gegenwärtigen Kaiser der Franzosen ausschließlich zu verkörpern.“ Die Beweisführung ist in jeder Beziehung glänzend und überzeugend, in jedem Wort auf unwiderlegliche geschichtliche Thatsachen gegründet. „Wieviel Existenzen gibt es denn in der heutigen politischen Welt, welche mit voller Kontinuität im Rechte wurzeln,“ und deshalb berufen sind, dem Kaiser Napoleon „die ins Auge fallende Illegitimität des Ursprungs seiner Herrschaft“ vorzuwerfen? fragt Bismarck. Spanien, Portugal, Brasilien, alle amerikanischen Republiken, Belgien, Holland, die Schweiz, Griechenland, Schweden, und namentlich England, können allesamt „ihre dermaligen Rechtszustände auf keinen legitimen Ursprung zurückführen.“ Nicht einmal die deutschen Fürsten haben für ihren heutigen Länderbesitz einen legitimen Rechtstitel. „Wann und nach welchen Kennzeichen haben alle diese Mächte aufgehört, revolutionär zu sein? Es scheint, daß man ihnen die illegitime Geburt verzeiht, sobald wir keine Gefahr von ihnen besorgen, und das man sich alsdann auch nicht grundsätzlich daran stößt, wenn sie fortfahren ohne Buße, ja mit Rühmen sich zu ihrer Wurzel im Unrecht zu bekennen.“ Weshalb verzeiht man nun gerade Frankreich und den Bonapartes den revolutionären Ursprung nicht? „Die Familie Bonaparte hat weder die Revolution in die Welt gebracht, noch würde die Revolution beseitigt oder unschädlich gemacht, wenn

man gedachte Familie ausrottete. Wenn man der Revolution einen irdischen Ursprung nachweisen will, so wäre auch der nicht in Frankreich, sondern eher in England zu suchen, oder noch früher in Deutschland oder in Rom, je nachdem man die Auswüchse der Reformation oder die der römischen Kirche nebst der Einführung römischer Rechtsanschauungen in die germanische Welt als schuldig ansehen will." Der erste Napoleon habe die Revolution bei weitem nicht in dem Grade gefördert, „wie die drei Louis vor ihm (von Ludwig XIV. bis XVI.). Das Haus Bourbon hat auch ohne Philippe Egalité mehr für die Revolution gethan, als alle Bonaparte. Der Bonapartismus ist eine Folge, aber nicht der Schöpfer der Revolution. Auch die ungerechten Eroberungskriege sind kein eigentümliches Attribut der Familie Bonaparte." Dafür wird Ludwig XIV. und „der Trieb zum Erobern" bei England, Nordamerika, Rußland u. s. w. angeführt. Insbesondere sei „der jetzige Kaiser der Franzosen kein Feldherr und der Eroberungssucht nicht verdächtiger als mancher andere." Ebensowenig aber habe er das Bedürfnis, revolutionäre Grundsätze in andern Ländern zu verbreiten. Denn er würde dadurch Gefahren für sich selbst schaffen. „Fremde Staaten mit Hilfe der Revolution zu bedrohen, ist jetzt seit einer ziemlichen Reihe von Jahren das Gewerbe Englands," und Österreich führe „die Grundsätze der Revolution freiwillig bei sich durch." Nach alledem könne die Anknüpfung von „Beziehungen, welche der Lauf der politischen Dinge mit sich bringt," mit dem von Preußen anerkannten Herrscher Frankreichs „in keiner Weise ehrenrührig erscheinen. Ein passives Abwarten der Ereignisse, ein Bestreben, uns von der Berührung durch dieselben fernzuhalten, ist in der Mitte Europas nicht durchzuführen, und wenn wir uns nicht die Rolle des Hammers vorbereiten, so bleibt leicht nur die des Ambos übrig. In der Politik thut niemand etwas für den anderen, wenn er nicht zugleich sein Interesse dabei findet. Die Dankbarkeit und das Vertrauen werden im Falle der Not nicht einen Mann für uns ins Feld bringen; die Furcht, wenn sie vorsichtig und geschickt benutzt wird, kann den ganzen Bund zu unserer Verfügung stellen, und um

sie einzulösen, müssen wir offenkundige Zeichen unserer guten Beziehungen zu Frankreich geben.“ Deshalb „dürfte es sich unter allen Gesichtspunkten empfehlen, unseren Beziehungen zu Frankreich jede Pflege angedeihen zu lassen, welchen nicht unabweisliche Rücksichten entgegenstehen.“

Seltsamerweise besitzen wir keinerlei Antwort Manteuffels oder Gerlachs auf diese Denkschriften und Briefe Bismarcks. Es scheint fast, als ob Manteuffel, der sonst für jede Leistung Bismarcks ein freundlich anerkennendes Wort hatte, hier einem so kühnen Fluge des ihm überlegenen Geistes begegnete, daß er beklommen weder zuzustimmen, noch zu widersprechen wagte. Daß General v. Gerlach aber bei seinem Sprüchlein beharrte, Frankreich und Napoleon sei der leibhaftige Gottseibeiuns, ist aus seinen Denkwürdigkeiten gewiß. In den Kreisen der Allertreuesten und Unfehlbarsten fing Bismarck an, ein wenig verdächtig zu werden. Gerlachs gepreßte Seele bringt diesen Stoßseufzer von nun an in seinen Tagebuchblättern öfters zu Papier. Daß aber Bismarck auch diesmal richtiger geurteilt und geraten hatte, als alle andern, das trat sofort zu Tage.

Kaum war nämlich die Neuenburger Verwickelung durch den Pariser Kongreß abgethan, als Herr v. Beust auch schon seine früher so wenig erfolgreichen Anträge auf Anbahnung einer Bundesreform erneuerte. Diesmal begnügte er sich jedoch nicht, wie 1856, mit einer vertraulichen Denkschrift. Er brachte vielmehr, um „den Reformbestrebungen in Beziehung auf die Bundesorganisation ein für allemal ein Ende zu machen,“ bestimmte Anträge an den Bund, welche verlangten: „eine zur Aufklärung der öffentlichen Meinung dienende Kundgebung“; ferner die Zügelung oder Knebelung der Presse und die Begründung „eines eigenen Bundesorgans zur Berichtigung hervortretender Irrtümer“; Verweisung von Vereinbarungen über materielle Interessen an den Bundestag; gemeinsame (reaktionäre) Abänderungen der Einzelverfassungen der Bundesstaaten; ein Bundesgericht zur Entscheidung über Verfassungsstreitigkeiten. Mit diesem letzteren, anscheinend sehr volkstümlichen Vorschlage war dem sächsischen Staatsmann freilich sein ungefähr

gleichgesinnter badischer Kollege, Herr v. Meysenbug, bereits zuvorgekommen. Diese „Badischen Ansichten“ that Bismarck später (in einem Bericht vom 4. November 1857) mit den harten aber treffenden Worten ab: „Wenn sie an das Tageslicht träten, würde allerdings die öffentliche Meinung für den ersten Augenblick angenehm angeregt werden, aber nur so lange, als man den Inhalt der Anträge noch nicht kennt. Demnächst aber würde die Unpopularität des Bundes dadurch erhöht werden, daß er in die Lage gesetzt wird, gerade in den interessantesten Fällen, z. B. in anhängig zu machenden Verfassungsstreitigkeiten, die Zuständigkeit des Bundesgerichts ausdrücklich abzulehnen.“ Vorläufig aber galt es, daß Preußen zu den Beustschen Anträgen Stellung nehme. Denn diese waren nicht ohne sicheren Rückhalt bei Österreich eingebracht. Das verriet alsbald eine Depesche des Grafen Buol, welche Manteuffel Herrn v. Bismarck am 25. Juni 1857 gleichzeitig mit der Aufforderung mitteilte, sich über die Reformvorschläge des Herrn v. Beust auszusprechen. Die Depesche des Grafen Buol war an den österreichischen Gesandten in Dresden gerichtet gewesen. Sie lobte Beusts Anträge durchgängig und bedauerte nur, daß Österreich, bei der ablehnenden Haltung Preußens, auch diese großartigen Gedanken leider nicht zur Verwirklichung einer Bundesreform werde benützen können. Triumphierend hatte Herr v. Beust diese Note seines Freundes Buol in Berlin vorlegen lassen. Je klarer durch diesen Vorgang festgestellt wurde, daß Preußen auch hier einer sächsisch-österreichischen Intrigue gegenüber sich befinde, um so gründlicher ging dann Bismarck in seinem von Manteuffel erbetenen Bericht am 1. Juli mit dem Bundesprojekt des Herrn von Beust ins Gericht.

Die Mittelstaaten, begann er, seien im Vergleich zu Preußen unverhältnismäßig mit Stimmen am Bunde bedacht. „Es ist daher natürlich, wenn Herr v. Beust sich bestrebt, das Ansehen des Bundes, als einer Einrichtung, welche den sächsischen Minister auf ein höheres Piedestal hebt, zu kräftigen.“ Diesem Ziele werde Beust aber mit seinen Vorschlägen kaum näher kommen. Denn

[illegible]

... keine Begünstigung finden. Es würde es als einen politischen Gewinn für Preußen ansehen, wenn man Herrn v. Beust geneigt machen könnte, mit seinen Vorschlägen offener herauszutreten, und Vorschläge zu zeigen, wohin die politische Freiheit der mittelstaatlichen Regierungen und ihre Bundespolitik gerichtet ist. Das Bundesgericht denkt sich Herr v. Beust, wie es scheint, vorzugsweise zur Sicherstellung der Verfassungen und zur Entscheidung von Streitigkeiten über dieselbe berufen. Das Eigentümliche der letzteren ist aber gerade, daß sie sich nicht durch juristischen Spruch nach formellem Recht entscheiden lassen. Die Zuständigkeit eines solchen Gerichts so festzustellen, daß jeder Überschreitung mit Sicherheit vorgebeugt wird, dazu dürfte keine Kunst der Redaktion ausreichen. Nach dem sächsischen Vorschlage soll die Bundesversammlung, so oft sie findet, daß das Bundesgericht zu weit geht, dasselbe durch

Beschluß in seine Schranken zurückweisen“ dürfen. „Außerdem will Herr v. Beust von der Verfassung (der einzelnen Staaten) so wenig übrig lassen, daß dieser Überrest zu einem, mit der Gefahr der Kompetenzüberschreitung verbundenen gerichtlichen Verfahren keinen Anlaß mehr bieten kann. Eine derartige Verfassungsrevision hat manche ihr eigentümliche Vorzüge, aber dieselben sind nicht gerade geeignet, dem Bunde, wenn sie unter dessen Ägide ins Leben gerufen werden, die dankbaren Sympathien der öffentlichen Meinung in höherem Maße als bisher zu gewinnen.“ Dieses ganze System könne daher „höchstens den Bestrebungen Vorschub leisten, Preußen unter dem Vorwande förderativer Interessen und einheitlicher Gestaltung Deutschlands, von der Grundlage seiner eigentümlichen Entwickelung ab, und mit der Mehrheit der übrigen deutschen Staaten unter Österreichs bundespolizeilicher Leitung entweder ganz in die Bahnen des Kaiserstaates zu ziehen, oder uns dem schwierigsten Konflikte zwischen der Stellung zu dem eigenen Lande und derjenigen zum Bunde auszusetzen. Wie dem auch sei, zu einem wirklichen Ergebnis im Sinne der Beustschen Anregungen wird der Bund ohne Preußens aufrichtige Beihilfe niemals gelangen, und können wir ohne irgendwelche Gefahr Herrn v. Beust eingehend antworten, und ihn dadurch vielleicht veranlassen, daß er mit seinen ungeheuerlichen Plänen mehr in die Öffentlichkeit tritt.“

Indem Bismarck nun in großen Zügen die Antwort entwirft, welche Preußen „ungefähr“ geben könnte, unter „lobender Anerkennung der einsichtigen und wohlerwogenen Vorschläge des Herrn v. Beust,“ die Bismarck zuvor so gründlich zerpflückt hat, erhält nun auch Beusts Bundesgenosse Österreich sein reichlich zugemessenes Teil von schneidender Kritik. Die preußische Antwort müsse betonen, schreibt Bismarck: „Die hauptsächliche Schwierigkeit einer Verständigung zwischen den Bundesregierungen (über die Bundesreform) werde in den eigentümlichen und von der Lage der übrigen Bundesstaaten wesentlich abweichenden Verhältnissen der österreichischen Monarchie liegen. Die Zusammensetzung der Bevölkerung des Kaiserstaates mache es für denselben schwieriger, als für die übrigen

Änderungen der deutschen Verfassungen am Bundestage mit zu bestimmen. „Wir vermögen uns diesen anscheinenden Widerspruch nicht zu lösen", empfiehlt Bismarck — von Manteuffel zu einem Gutachten über die österreichische Erklärung aufgefordert — in einem Bericht vom 1. Oktober, nach Wien zu antworten, und dabei noch hinzuzusetzen: „daß die inneren Zustände der österreichischen Bundesländer, namentlich im Hinblick auf ihren neugeschaffenen organischen Zusammenhang mit den außerdeutschen Besitzungen des Kaisers, bisher nicht den Grad vorsorglichen Schutzes für jede Art von Revolution gewähren, welchen die preußische Regierung der Gesamtheit der Bundesstaaten gesichert sehen möchte, und zu dessen verfassungsmäßiger Sicherstellung in den Bundesgesetzen die Verpflichtung und in der Denkschrift des Herrn v. Beust eine erneute Anregung liegt." Weiter empfiehlt Bismarck, sich nachdrücklich zu verwahren gegen die österreichische Annahme in dem Erlaß vom 6. September, als könne die „Pflege der materiellen Interessen" der Bundesstaaten durch Mehrheitsbeschlüsse der Bundesversammlung betrieben, und Preußen dadurch gezwungen werden, seiner durch vertragsmäßige Vereinbarungen mit den Bundesstaaten auf diesem Gebiete gewonnenen Führung zu entsagen. Hierbei müsse Österreich das ganze Sündenregister vorgehalten werden, welches die Wiener Politik von 1851 an bis jetzt gehäuft habe in dem Streben, statt ehrlicher Verständigung mit Preußen am Bunde, die Bundesmehrheit gegen Preußen zu gewinnen und durch verfassungswidrige Mehrheitsbeschlüsse Preußen zu vergewaltigen. Auch diese Denkschrift Bismarcks wurde der Antwort Manteuffels nach Wien vom 3. November „wesentlich zum Grunde gelegt" und auch Herrn v. Beust in Dresden mitgeteilt. Darauf konnte Minister Manteuffel Herrn v. Bismarck am 24. November melden: nach einem Berichte aus Wien werde Österreich wohl dafür Sorge tragen, daß den Plänen des Freiherrn v. Beust keine weitere Folge gegeben werde; und auch er selbst werde „wahrscheinlich keine besondere Neigung empfinden, für die weitere Verfolgung seiner Reformideen thätig zu sein, zumal auch ihm die Ungunst nicht entgangen sein

[illegible] Bundesgliedern [illegible] Sie [illegible] Un- [illegible] Bundesgliedern" [illegible] Bismarck [illegible] von der [illegible] „Die [illegible] eines [illegible]

Mit [illegible] hatte Österreich, im Einverständnisse mit Baden, einen [illegible] neuen Vorschlag am Bunde [illegible]: den Versuch, die Bundesfestung Rastatt mit 5000 Österreichern zu besetzen, nachdem [illegible] 1841 infolge eines da- mals [illegible] Bundesbeschlusses mit 2500 Badenser gelegen hatten. Nun meldete Bismarck schon anfangs Mai 1857, daß zwischen Österreich und Baden insgeheim verabredet worden sei, die Verdoppelung dieser Besatzung und die Ergänzung der badi- schen durch österreichische Truppen beim Bunde zu beantragen. Die Sache war so geheim betrieben worden, daß der badische Gesandte noch wenige Wochen zuvor auf die Erkundigung des preußischen Militärbevollmächtigten in Frankfurt, des Generals v. Reitzenstein, nach den Wünschen Badens betreffs der Rastatter Besatzung nur erwidert hatte, man wünsche dort nicht kleine Kontingente als Kriegs- besatzung. Auch hatte der Militärausschuß einstimmig, also ein- schließlich des österreichischen Vertreters, sich kurz zuvor dahin aus- gesprochen, daß ein Bedürfnis zur Erhöhung der Rastatter Besatzung nicht vorliege. Das Geheimnis dieser Umtriebe war Bismarck doppelt verdächtig, da er darin „ein klares und durchaus nicht vereinzelt dastehendes Symptom von der Entschiedenheit" erblickte, „mit welcher Baden sich seit dem Eintritte des Herrn v. Meysenbug den öster- reichischen Interessen anschließt, eine Bewegung, welche auf politischem Gebiete sich schon in der Neuenburger Durchmarschfrage fühlbar machte." Bismarck rät daher dringend, „ein Zugeständnis an Österreich in dieser Beziehung, wenn überhaupt, wenigstens nicht

unentgeltlich zu machen." Diese Warnung verstärkt Bismarck in einem weiteren Berichte vom 6. Mai durch die Worte: bei Zustimmung zu dem österreichisch-badischen Vertrage räume Preußen für alle Zeiten Österreich ein „militärisches, auf 5000 Mann guter Truppen und auf den Besitz der einzigen Festung des Landes gestütztes Übergewicht in Baden" ein. Die Zustimmung könne nur aus dem Grunde „einer Vorsichtsmaßregel gegen Frankreich" verlangt werden, welche aber „durch die besonderen Umstände fast den Charakter einer Demonstration gewinnt", und daher für Preußen, dem Bismarck damals, wie wir sahen, die Anknüpfung möglichst freundlicher Beziehungen zu Frankreich anriet, doppelt bedenklich fallen mußte. „Außerhalb dieser Erwägung," fährt Bismarck fort, „haben wir aus Rücksicht auf das politische Gleichgewicht in Deutschland Grund, nicht zu wünschen, daß Österreich, ohnehin gestützt auf die katholischen Sympathien der Mehrheit der badischen Bevölkerung, seine Stellung in diesem Lande zu einer vollständig beherrschenden macht. Der erzbischöfliche Streit hat uns einen Einblick in die österreichischen Beziehungen im badischen Oberlande gewährt, und wenn Österreich sogar unter unseren Augen in Mainz" — wo gleichzeitig preußische Besatzung lag — „es durchführt, regelmäßig mehr Truppen dort zu haben, als es sollte, so ist vorauszusetzen, daß es in Rastatt unter den beabsichtigten Verhältnissen, die Stärke seiner dortigen Besatzung nur nach seinen politischen Bedürfnissen, nicht nach den Bundesbeschlüssen bemessen wird."

Bismarcks Besorgnisse wurden natürlich wesentlich erhöht, als ihm Manteuffel am 8. Mai mitteilte, Österreich und Baden wollten ja den Inhalt ihrer Abmachung dem Bunde zur Beschlußfassung vorlegen, wodurch jene ihren verletzenden Charakter verliere, und der König sei im allgemeinen nicht abgeneigt, dem Antrage zuzustimmen. Doch wünsche der Minister zuvor noch Herrn v. Bismarcks Meinung kennen zu lernen. Bismarck entledigte sich dieses Auftrages in einem Berichte vom 12. Mai. Vom Standpunkte der Bundespolitik aus und des besseren Schutzes der deutschen Westgrenze könne man ja den Antrag nur fördern. Aber das preußische

[illegible]

Bismarcks Widerspruch. Eingehend und mit nachdrücklicher Mißbilligung schildert Bismarck dieses vergewaltigende Verfahren seinem Könige in einem Immediatbericht vom 19. Juni, und fügt am 24. Juni an Manteuffel den Wink hinzu, den Regierungen, namentlich aber Baden zu erklären, daß Preußen für diesen Antrag unbedingt die bundesverfassungsmäßige Einstimmigkeit verlangen werde. Manteuffel handelte dem entsprechend.

Der Antrag Badens und Österreichs wurde nun in der nächsten Bundestagssitzung an den Militärausschuß verwiesen. Ehe hier ein Beschluß gefaßt war, machte der Prinz von Preußen einen Vorschlag zur Verständigung, den Bismarck eifrig unterstützte: Preußen sollte in Rastatt „das Mitbesatzungsrecht im Frieden und Kriege zu gleichen Teilen mit Österreich und Baden in Anspruch nehmen.“ Nach längerer Überlegung erklärte sich Manteuffel am 9. Januar 1858 damit einverstanden. Der Anspruch war so natürlich, daß anfangs selbst Graf Rechberg seine Freude darüber ausdrückte, wenn auf diesem Wege die unliebsame Streitfrage beseitigt werden könne. Aber schon die nur aus technischen Sachverständigen bestehende Militärkommission unterzog das preußische Verlangen, wie Bismarck am 23. Februar 1858 berichtet, nicht einmal „einer eingehenden Erwägung“, und verriet damit deutlich, daß auch sie den österreichisch-badischen Antrag nicht als eine „bundesmilitärische Frage“ ansehe, „sondern daß es sich hier um die Erringung einer politischen Position für Österreich handelt.“ Denn „aus dem rein militärischen Gesichtspunkte könnte es nur erwünscht sein, beide Großmächte für die Verteidigung von Rastatt verpflichtet zu sehen, da die preußischen Truppen nicht schlechter sind als die österreichischen, und nach der Lage unserer Rheinlande schnelleren Zuzug an Mannschaft und Material haben können, als jene.“ Hier und im Militärausschuß war Österreich eben der Mehrheit der Stimmen sicher, und kümmerte sich daher weder um technische, noch um logische, rechtliche und nationale Gründe, welche für Preußens Verlangen sprachen; in der Bundesversammlung dagegen sollte auch hier das alte Spiel erneuert werden, den österreichisch-badischen Antrag verfassungswidrig

... durchzudrucken. Deshalb legt Bis-
... in einem eigenhändigen Privatschreiben
... vom 14. März 185. die Notwendigkeit der Un-
... mit aller Wärme dar. „Schon das Sonder-
... Rastatt in Anspruch nimmt, bedingt
... mehr aber die Vereinbarung von 1841“
... sich über sie hinwegsetzen zu wollen,
... Tage später widerlegt Bis-
... staatsrechtlichen Abhandlung die
... über die Regelung der Besatzungsver-
... Bundesbestimmungen und über die Zulässigkeit von
... Minister Manteuffel benutzte diese treffenden
... Grundlage seiner Antwort nach Wien. Bismarcks
... „Rastatt nicht zu einer österreichischen Festung
... Kommandorecht Preußens nicht durch rücksichts-
... nehmen zu lassen, für deren Befugnis, selbst
... und gewaltsamsten Auslegungen auch nicht
... nachgewiesen werden kann,“ beantwortet
... Freude, mit der Erklärung: „Wir
... dieser Sache nicht nachzugeben.“ Daran
... alle deutschen Regierungen würden
... davon unterrichtet, daß Preußen
... fordere, damit über Preußens
... Zweifel bleibe.
... seiner Regierung, unterzieht Bis-
... vom 4. Mai die gesamte Politik
... namentlich in der Rastatter
... Durch den Vertrag
... „sich selbst ein Armuts-
... Perle aus Badens Krone
... Diener des Großherzogs,
... sich nicht haben
... daß eine badische
... Rastatt gewähre.“ Trotz der

entschiedenen Haltung Preußens zeigte sich aber bald, daß Österreich seine Versuche fortsetzte, durch Einschüchterung und im Vertrauen auf seine mittelstaatlichen Gefolgsleute, auch diesmal Preußen durch einfache Stimmenmehrheit beim Bunde zu vergewaltigen. Einer dieses Gefolges, der württembergische Gesandte v. Reinhard, sagte zu Bismarck in hohem Ton: „Man könne unmöglich zugeben, daß jeder neue Gesandte oder Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Deutschland neue Theorien über das Erfordernis der Stimmeneinhelligkeit aufstelle, sonst müsse der Bund an der Berücksichtigung des Partikularismus zu Grunde gehen." „Ich wandte ihm ein", berichtet Bismarck am 11. Mai, „daß gerade im Gegenteil willkürliche Mehrheitsbeschlüsse, welche keine Begründung im Bundesrecht fänden, zu Spaltungen im Bunde führen müßten." Darauf erwiderte Herr v Reinhard dreist: „daß es gerade für die Möglichkeit fortgesetzten Widerspruchs gegen Bundesbeschlüsse sehr wünschenswert sei, die Bundesfestungen in guten Händen zu wissen." Bismarck gibt dem Minister nur deshalb Kenntnis von dieser Unterredung, um diesem zu zeigen, „wie man die schließliche Lösung von Meinungsverschiedenheiten zwischen einer österreichischen Mehrheit und einer preußischen Minderheit sich vorstellt."

Diesen hochfahrenden Ton seiner Verbündeten stimmte Österreich dann, in erheblicher Verstärkung, selbst an. Aus der Sitzung des Militär-Ausschusses vom 17. Mai berichtet nämlich Bismarck, Graf Rechberg habe sich dagegen ausgesprochen, den preußischen Vermittlungsantrag eines Mitbesatzungsrechtes in Rastatt der Militärkommission zur Einholung einer technischen Begutachtung zuzuweisen, und zwar „weil Baden als beteiligte Territorialregierung ein Widerspruchsrecht habe und dieses Recht auch durch Rechberg geltend mache. Zweitens aber könne nicht zugegeben werden, daß die höheren militärisch-politischen Gründe, welche die Regierungen von Österreich und Baden angeführt hätten, der Kritik einer untergeordneten Behörde, wie die Militärkommission es sei, unterzogen würden. Es war nicht schwer, diese Gründe zu widerlegen, da Baden weder Mitglied des Ausschusses ist, noch aus seiner Eigen-

habe die [illegible] die Berechti-
gung [illegible] geschäftlichen Behandlung der
Vorlage [illegible] und die Militärkommission [illegible]
[illegible] mit Genehmigung [illegible] Instruktion, welche von
einzelnen Regierungen im Bunde [illegible] werden, gehörig
ist." Außerdem [illegible] Preußen [illegible] Recht auf
die technische Begutachtung eines Vorschlages, als Österreich und
Baden ihn lediglich aus Gründen politischer Zweckmäßigkeit be-
kämpften.

Dennoch verweigerte die Mehrheit des Ausschusses in der Bundestagssitzung vom 10. Juni dem preußischen Antrag die technische Vorberatung aus den angeführten Gründen. Bismarck berichtet darüber am 11. Juni unmittelbar an den König: Das von Baden beanspruchte Veto von Landesregierungen, in deren Gebiet Bundesfestungen liegen, sei bisher „niemals behauptet worden und würde, wenn es zur Anerkennung gelangte, die Angelegenheiten aller Bundesfestungen in einem vorher nicht bestimmbaren Grade von den beteiligten Regierungen von Darmstadt (Mainz), Luxemburg, Baden, Bayern (Landau) und Württemberg (Ulm) abhängig machen." Bismarck habe mehreren Kollegen erklärt: man gestehe Preußen nicht einmal die gewöhnliche geschäftliche Behandlung zu, die man jeder Privateingabe gewähre. Es sei ohne Beispiel in den Annalen des Bundes, daß selbst den mindermächtigen Bundesgliedern ein ähnlicher Mangel an Rücksicht und bundesfreundlichem Entgegenkommen amtlich und thatsächlich zu erkennen gegeben werde. „Alle meine derartigen Vorstellungen ziehen aber stets nur die Antwort nach sich, daß Preußen erst seine Hingebung für die Zwecke des Bundes in demselben Maße bethätigen müsse, wie Österreich. Es heißt dies mit anderen Worten, daß wir uns noch mehr als bisher um die Gunst der Bundesregierungen bewerben müßten, ehe diese uns zu Teil werden könne, als ob wir ihrer mehr bedürften, als sie unser." Einem Preußen befreundeten Gesandten, welcher dem badischen, v. Marschall, vorgestellt habe: der Fall der Ausschließung sei noch niemals vorgekommen, und an sich ein sehr

bedenklicher, habe Herr v. Marschall geantwortet: Österreich und Baden hätten alle Möglichkeiten hinreichend erwogen, sich durch dieselben von der Ausführung ihrer Absichten nicht abhalten lassen, und sähen den Folgen ihres Verhaltens entgegen. „Ich kann kaum glauben,“ schließt Bismarck, „daß Herr v. Marschall einen Konflikt mit Preußen, wie den in Aussicht genommenen, als eine gleichgültige und leicht zu nehmende Eventulität bezeichnet hätte, wenn er nicht glaubte, daß derselbe durch Preußens Nachgeben schließlich werde vermieden werden.“

Am nämlichen 10. Juni, da die Mehrheit der Bundesversammlung, unter einstweiliger Aussetzung der Beschlußfassung auf 14 Tage, in einer so „beispiellosen“ Weise gegen Preußen Stellung nahm, erließ Graf Buol eine Note nach Berlin, in welcher er kurzer Hand Preußen „mit seinen weiteren Einwendungen an den Bund verwies.“ Gleichzeitig aber suchte Graf Rechberg doch, durch Preußens feste Haltung beunruhigt, eine Verständigung, zunächst durch vertrauliche Besprechungen mit Bismarck, anzubahnen, über welche Bismarck am 21. Juni dem Minister ebenso vertraulich berichtet. Rechberg hielt eine künftige Verständigung Österreichs mit Preußen in allen Fragen für möglich, wenn Preußen nur erst die Rastatter Frage im Sinne Österreichs erledige. Bismarck erwiderte, daß er gar keine Instruktionen zu Andeutungen über preußische Zugeständnisse an Österreich habe, und werde zu solchen auch nur dann raten, wenn Österreich dem preußischen Staate für das Preußen beleidigende und verletzende Verhalten in der Rastatter Frage volle und öffentliche Genugthuung gebe, z. B. durch Zugeständnisse an Preußen in den Mainzer Besatzungsverhältnissen. Einer bloß mündlichen und allgemein gehaltenen Zusage würde man in Berlin einen materiellen Wert nicht beilegen können. Unbedingte Voraussetzung jeder Vorverhandlung über eine Verständigung sei aber vor allem die Verschiebung der auf den 24. Juni angesetzten Abstimmung der Bundesversammlung. Finde diese statt, und werde Preußen verfassungswidrig durch einen Mehrheitsbeschluß vergewaltigt, so werde Bismarck bei Manteuffel beantragen, „daß Preußen zu Protokoll feststelle,

[illegible]

[illegible] Bismarck [illegible]

[illegible] das Ministerium der [illegible] Bismarck sagte [illegible] Preußen [illegible] Änderung [illegible] Preußen und Öster- [illegible] das [illegible] und auf die [illegible]

[illegible]

aufzubieten. Am 28. Juni mußte Graf Rechberg die von Bismarck schon zuvor entdeckte Thatsache einräumen, daß Österreich in jüngster Zeit wieder Rundschreiben an die deutschen Höfe gerichtet habe, um dieselben zu vermögen, ihre Gesandten zu beauftragen, gegen die Verweisung des preußischen Antrags an die Militärkommission zu stimmen. Am 29. Juni entdeckte Bismarck weiter, daß diese Bemühungen in Hannover und im Haag den unerwarteten und unerfreulichen Erfolg gehabt hatten, die bisher stets preußenfreundlichen Stimmen Hannovers und Luxemburgs nun Österreich zuzuwenden. In Hannover sei dem Ministerium hierüber eine besondere königliche Kabinetsordre zugegangen. Mit Recht erklärt Bismarck in dem vertraulichen Schreiben an Manteuffel vom 29. Juni, welches diese Umtriebe enthüllt, die Thatsache für besonders kennzeichnend, daß Graf Rechberg unmittelbar „nach der Unterredung, in welcher er mir (gestern) die versöhnlichsten Gesinnungen an den Tag legte, sich bereit erklärte, dem Einverständnis mit Preußen seinen ganzen Einfluß zu widmen, und nur bedauerte, daß diese seine persönlichen Gefühle in Wien nicht überall geteilt würden, den (hannöverschen Gesandten) Herrn v. Heimbruch über den Inhalt seiner (neuen) Instruktion befragte und seine lebhafte Freude über dieselbe kund gab. Da Herr v. Heimbruch Bedenken aussprach, ob es ein für den Bund sehr erfreuliches Ereignis sein werde, wenn Preußen aus Mangel an Rücksicht beleidigt werde, hat ihm Graf Rechberg, der ihn seit dem Erfolge der österreichischen Operationen als eine Art von österreichischen Novizen betrachtet, dessen Erziehung gemacht werden müsse, in starken Ausdrücken seine schwächlichen Sympathien für Preußen verwiesen, und unter anderem gesagt, daß der Bund gar keine Anträge mehr würde ablehnen können, wenn er sich an jeden kehren wolle, der sich dadurch beleidigt fühle.“ Bismarck zieht daraus den bedeutsamen Schluß: „Unzweifelhaft sind wir am Bunde lediglich auf das Gewicht unserer eigenen Macht und auf die Kraft verwiesen, welche uns die Festigkeit unserer eigenen Entschlüsse verleiht. Diese Mittel dürften aber ausreichen, nun nicht nur unsere bisherige Haltung durchzuführen,

[illegible] demnächst dem österreichischen Einflusse Schranken
[illegible]

[illegible] nämlichen Tage, da Bismarck dieses vertrauliche Schreiben
[illegible] aufsetzte, war in Berlin ein eigenhändiger Brief des
[illegible] Buol an den österreichischen Gesandten in Berlin, v. Koller,
[illegible] Juni eingetroffen, welchen dieser am 30. Juni im engsten
[illegible] zur Kenntnis Manteuffels brachte. Der Minister ersuchte
[illegible] Juni und 2. Juli Herrn v. Bismarck um seine Meinung
[illegible] diesen Brief Buols, der kurz erklärte, daß Österreich bereit
[illegible] einen Verzicht auf die am Bunde bevorstehende Entscheidung
[illegible] Rastatter Sache in Karlsruhe zu bevorworten und seinerseits
[illegible] weiteren Verhandlungen darüber in Frankfurt zu sistieren —
[illegible] Preußen und der Bund dagegen die Gesamtgarantie des Besitz-
[illegible] Österreichs übernähmen! Dieses ungeheuerliche Verlangen
[illegible] durch die „unaufgeklärten Tendenzen der Politik Frankreichs
[illegible] fortwährenden Bestrebungen, im Orient und in Italien
[illegible] der Unruhe zu unterhalten, mehr als hinreichend für
[illegible] erachtet." Die Abfertigung dieses Ansinnens vollzog Bis-
[illegible] in einem eigenhändigen Privatschreiben an den Minister
[illegible] Juli 1858, offenbar, wie jedes Wort bezeugt, mit
[illegible] Behagen. „Daß Österreich uns die fragliche Zumutung,
[illegible] später machen würde, war zu erwarten," schreibt er;
[illegible] Wiener Politik hat keinen Boden unter den Füßen,
[illegible] nicht auf unseren Beistand voll und sicher rechnen kann.
[illegible] gewundert, daß nicht eher Versuche der Art gemacht
[illegible] und es mir dadurch erklärt, daß Graf Buol entweder
[illegible] Preußen könne vorkommenden Falls doch keine
[illegible] Wahl treffen, oder lieber das Wort, daß man unser bedarf,
[illegible] die Lippen zu bringen vermochte. Man braucht einen
[illegible] die Rastatter Sache war kein ganz geeigneter,
[illegible] Aussicht, und bei geschickter
[illegible] kann man auch bei dieser den Schein behaupten, als
[illegible] um die Interessen des Bundes und um Preu-
[illegible] als um die Österreichs. Schwerlich

ist der Buolsche Brief Österreichs letztes Wort in der Sache. Es hat uns wohl nicht für ‚so schwach oder dumm‘, nach Ew. Excellenz Worten, gehalten, daß es sofortigen Zuschlag von uns erwartet hat. Aber es probiert, wie weit unser Mut und unsere Weisheit reichen, und ob wir nicht durch Überrumpelung, Zureden Dritter und Bangemachen wohlfeil für österreichische Zwecke zu haben sind.“

Die Folgen einer preußischen Zusage schildert Bismarck treffend also: „Der ‚Bund im Frieden‘ das ist der Mittelstaaten eigentliches Element, wo sie wie die Fische im Wasser sich fühlen; sie haben darin eine Behaglichkeit und Wichtigkeit, die ihnen niemals werden kann, wenn sie nackt, ohne den Bund, in der europäischen Politik stünden. Der Bund sowohl als der Frieden würden sich durch den Garantievertrag auf Kosten Preußens befestigen; der letztere vielleicht nur scheinbar, weil die österreichische Politik herausfordernder gegen das Ausland werden würde. Der Bund aber würde alsdann dem Ideal der österreichischen Partei in der Bundesversammlung ziemlich nahe kommen. Der Dualismus wäre verschwunden, Preußens auswärtige Politik mediatisiert, von der Wiener abhängig, und nur diese durch die Mehrheitsbeschlüsse einigermaßen bedingt. Preußen hätte an europäischer Bedeutung nicht um eines Haares Breite vor Bayern voraus, im Gegenteil, Bayern hätte noch die Voraussetzung für sich, daß es schlimmsten Falls durch den Übergang in Feindes Lager seinen eigenen Interessen Rechnung tragen werde, wir aber würden vom Feinde dann nicht so ohne weiteres zu Gnaden aufgenommen werden. Wir hätten dann nur noch die Natur einer Reserve, bestimmt die Thorheiten und Überhebungen des Grafen Buol gut zu machen oder zu bezahlen. Die Annahme des Vorschlages ist so unmöglich, daß man mit dem angestrengtesten Nachdenken schwerlich etwas ausfinden könnte, was gegenwärtig unmöglicher für Preußens Politik nach innen und außen wäre. Die stärkste Unverfrorenheit in dem Vorschlage liegt darin, das man uns anbietet, einen Verzicht auf die Entscheidung der Rastatter Sache in Karlsruhe zu „bevorworten“ und in diesem „Vorwort bei Baden“ ein Äquivalent dafür zu finden, daß wir unserer Selb-

Interesse fordere die Erhaltung des Gleichgewichts mit Österreich, und dieses werde seit Jahren von Österreich geflissentlich und bei jeder Gelegenheit dadurch verletzt, daß die Wiener Politik ihre Interessen für gesamtdeutsche ausgebe. Nur etwa dann, wenn Österreich sich wider Erwarten dazu herbeiließe, Preußen ein erhebliches Übergewicht in der Besatzung von Mainz einzuräumen, könne Preußen diesen erheblichen Machtzuwachs Österreichs in Baden und in einer hauptsächlich mit preußischem Gelde erbauten Festung zulassen, anderenfalls lasse sich die Ablehnung des Antrags schon begründen mit dessen demonstrativem Charakter gegen Frankreich und mit dem kürzlichen einstimmigen Beschlusse der Militärkommission, die Rastatter Besatzung nicht zu erhöhen. Baden habe sich übrigens durchaus nicht bundesfreundlich verhalten. „Zu einem vollständigen Abschluß mit Österreich hat Baden allerdings die Sache nicht führen können, weil dazu die Mitwirkung des Bundes erforderlich war, so weit sie aber ohne letzteren abzumachen war, hat Baden sie, ohne uns zu unterrichten, durchgeführt, und sich gegen Österreich gebunden. Ich möchte wohl hören, was Österreich sagte und thäte, wenn wir ein ähnliches Abkommen über die Besatzung von Rastatt mit Baden geschlossen, oder wenn wir uns etwa mit Darmstadt verständigt hätten, das Bataillon Hessen zu vertreten, welches der Großherzog in Mainz zu halten hat."

Inzwischen sorgten Österreich und Baden selbst dafür, die anfängliche Geneigtheit Preußens für den Antrag zu erschüttern. Denn ohne die von der Geschäftsordnung gebotene vorherige Mitteilung an die Gesandten, wurde der Antrag in der Sitzung der Bundesversammlung vom 18. Juni durch die beiden Staaten eingebracht und auch alsbald durchzudrücken versucht, obwohl Bismarck auf Grund der Geschäftsordnung der sofortigen Beratung widersprach und seine einzige Stimme genügt hätte, um die Weiterberatung zu hindern. Trotz dieses Widerspruches suchten Österreich, Baden und Sachsen den Antrag durchzusetzen. Erst als Graf Rechberg erkannte, daß die Mehrheit sich gegen diese ungesetzliche Behandlung der Sache erklären werde, brach er die Beratung ab und fügte sich

Bismarcks Widerspruch. Eingehend und mit nachdrücklicher Mißbilligung schildert Bismarck dieses vergewaltigende Verfahren seinem Könige in einem Immediatbericht vom 19. Juni, und fügt am 24. Juni an Manteuffel den Wink hinzu, den Regierungen, namentlich aber Baden zu erklären, daß Preußen für diesen Antrag unbedingt die bundesverfassungsmäßige Einstimmigkeit verlangen werde. Manteuffel handelte dem entsprechend.

Der Antrag Badens und Österreichs wurde nun in der nächsten Bundestagssitzung an den Militärausschuß verwiesen. Ehe hier ein Beschluß gefaßt war, machte der Prinz von Preußen einen Vorschlag zur Verständigung, den Bismarck eifrig unterstützte: Preußen sollte in Rastatt „das Mitbesatzungsrecht im Frieden und Kriege zu gleichen Teilen mit Österreich und Baden in Anspruch nehmen.“ Nach längerer Überlegung erklärte sich Manteuffel am 9. Januar 1858 damit einverstanden. Der Anspruch war so natürlich, daß anfangs selbst Graf Rechberg seine Freude darüber ausdrückte, wenn auf diesem Wege die unliebsame Streitfrage beseitigt werden könne. Aber schon die nur aus technischen Sachverständigen bestehende Militärkommission unterzog das preußische Verlangen, wie Bismarck am 23. Februar 1858 berichtet, nicht einmal „einer eingehenden Erwägung“, und verriet damit deutlich, daß auch sie den österreichisch-badischen Antrag nicht als eine „bundesmilitärische Frage“ ansehe, „sondern daß es sich hier um die Erringung einer politischen Position für Österreich handelt.“ Denn „aus dem rein militärischen Gesichtspunkte könnte es nur erwünscht sein, beide Großmächte für die Verteidigung von Rastatt verpflichtet zu sehen, da die preußischen Truppen nicht schlechter sind als die österreichischen, und nach der Lage unserer Rheinlande schnelleren Zuzug an Mannschaft und Material haben können, als jene.“ Hier und im Militärausschuß war Österreich eben der Mehrheit der Stimmen sicher, und kümmerte sich daher weder um technische, noch um logische, rechtliche und nationale Gründe, welche für Preußens Verlangen sprachen; in der Bundesversammlung dagegen sollte auch hier das alte Spiel erneuert werden, den österreichisch-badischen Antrag verfassungswidrig

mit einfacher Stimmenmehrheit durchzudrücken. Deshalb legt Bismarck wiederholt, namentlich in einem eigenhändigen Privatschreiben an Manteuffel vom 14. März 1858 die Notwendigkeit der Unbeugsamkeit Preußens mit edler Wärme dar. „Schon das Sonderrecht, welches Österreich bei Rastatt in Anspruch nimmt, bedingt die Stimmeneinhelligkeit, noch mehr aber die Vereinbarung von 1841" schreibt er. „Sie zu verneinen, sich über sie hinwegsetzen zu wollen, ist einfach ein Vertragsbruch." Drei Tage später widerlegt Bismarck dann in einer meisterhaften staatsrechtlichen Abhandlung die österreichischen Grundsätze über die Regelung der Besatzungsverhältnisse in den Bundesfestungen und über die Zulässigkeit von Mehrheitsbeschlüssen. Minister Manteuffel benutzte diese treffenden Ausführungen als Grundlage seiner Antwort nach Wien. Bismarcks weitere Mahnung aber: „Rastatt nicht zu einer österreichischen Festung werden und das Zustimmungsrecht Preußens nicht durch rücksichtslose Mehrheitsbeschlüsse nehmen zu lassen, für deren Befugnis, selbst durch die spitzfindigsten und gewaltsamsten Auslegungen auch nicht ein Schatten von Recht nachgewiesen werden kann," beantwortet der Minister, zu Bismarcks hoher Freude, mit der Erklärung: „Wir sind fest entschlossen, in dieser Sache nicht nachzugeben." Daran reihte sich die Mitteilung, auch alle deutschen Regierungen würden durch ein preußisches Rundschreiben davon unterrichtet, daß Preußen die Stimmeneinhelligkeit unbedingt fordere, damit über Preußens entschiedenen Entschluß nicht der mindeste Zweifel bleibe.

Gestützt auf diese Festigkeit seiner Regierung, unterzieht Bismarck dann in einer Denkschrift vom 4. Mai die gesamte Politik des badischen Ministers v. Meysenbug, namentlich in der Rastatter Besatzungsfrage, einer vernichtenden Kritik. Durch den Vertrag mit Österreich habe die badische Regierung „sich selbst ein Armutszeugnis ausgestellt und die wertvollste Perle aus Badens Krone verschenkt. Schwer verständlich ist es, wie Diener des Großherzogs, auch wenn sie dem Militär nicht selbst angehören, sich nicht haben schämen können, direkt oder indirekt einzuräumen, daß eine badische Besatzung allein keine Sicherheit für Rastatt gewähre." Trotz der

entschiedenen Haltung Preußens zeigte sich aber bald, daß Österreich seine Versuche fortsetzte, durch Einschüchterung und im Vertrauen auf seine mittelstaatlichen Gefolgsleute, auch diesmal Preußen durch einfache Stimmenmehrheit beim Bunde zu vergewaltigen. Einer dieses Gefolges, der württembergische Gesandte v. Reinhard, sagte zu Bismarck in hohem Ton: „Man könne unmöglich zugeben, daß jeder neue Gesandte oder Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Deutschland neue Theorien über das Erfordernis der Stimmeneinhelligkeit aufstelle, sonst müsse der Bund an der Berücksichtigung des Partikularismus zu Grunde gehen." „Ich wandte ihm ein", berichtet Bismarck am 11. Mai, „daß gerade im Gegenteil willkürliche Mehrheitsbeschlüsse, welche keine Begründung im Bundesrecht fänden, zu Spaltungen im Bunde führen müßten." Darauf erwiderte Herr v Reinhard dreist: „daß es gerade für die Möglichkeit fortgesetzten Widerspruchs gegen Bundesbeschlüsse sehr wünschenswert sei, die Bundesfestungen in guten Händen zu wissen." Bismarck gibt dem Minister nur deshalb Kenntnis von dieser Unterredung, um diesem zu zeigen, „wie man die schließliche Lösung von Meinungsverschiedenheiten zwischen einer österreichischen Mehrheit und einer preußischen Minderheit sich vorstellt."

Diesen hochfahrenden Ton seiner Verbündeten stimmte Österreich dann, in erheblicher Verstärkung, selbst an. Aus der Sitzung des Militär-Ausschusses vom 17. Mai berichtet nämlich Bismarck, Graf Rechberg habe sich dagegen ausgesprochen, den preußischen Vermittlungsantrag eines Mitbesatzungsrechtes in Rastatt der Militärkommission zur Einholung einer technischen Begutachtung zuzuweisen, und zwar „weil Baden als beteiligte Territorialregierung ein Widerspruchsrecht habe und dieses Recht auch durch Rechberg geltend mache. Zweitens aber könne nicht zugegeben werden, daß die höheren militärisch-politischen Gründe, welche die Regierungen von Österreich und Baden angeführt hätten, der Kritik einer untergeordneten Behörde, wie die Militärkommission es sei, unterzogen würden. Es war nicht schwer, diese Gründe zu widerlegen, da Baden weder Mitglied des Ausschusses ist, noch aus seiner Eigen-

schaft als Landesregierung (über das Festungsgebiet) die Berechtigung zu einem Veto in betreff der geschäftlichen Behandlung der Vorlage ableiten kann, und die Militärkommission ziemlich unausgesetzt mit Begutachtung solcher technischer Ansichten, welche von einzelnen Regierungen am Bunde geltend gemacht werden, beschäftigt ist." Außerdem aber habe Preußen um so mehr ein Recht auf eine technische Begutachtung seines Vorschlages, als Österreich und Baden ihn lediglich mit Gründen technischer Zweckmäßigkeit bekämpften.

Dennoch verweigerte die Mehrheit des Ausschusses in der Bundestagssitzung vom 10. Juni dem preußischen Antrag die technische Vorberatung aus den angeführten Gründen. Bismarck berichtet darüber am 11. Juni unmittelbar an den König: Das von Baden beanspruchte Veto von Landesregierungen, in deren Gebiet Bundesfestungen liegen, sei bisher „noch niemals behauptet worden, und würde, wenn es zur Anerkennung gelangte, die Angelegenheiten aller Bundesfestungen in einem vorher nicht bestimmbaren Grade von den beteiligten Regierungen von Darmstadt (Mainz), Luxemburg, Baden, Bayern (Landau) und Württemberg (Ulm) abhängig machen." Bismarck habe mehreren Kollegen erklärt: man gestehe Preußen nicht einmal die gewöhnliche geschäftliche Behandlung zu, die man jeder Privateingabe gewähre. Es sei ohne Beispiel in den Annalen des Bundes, daß selbst den mindermächtigen Bundesgliedern ein ähnlicher Mangel an Rücksicht und bundesfreundlichem Entgegenkommen amtlich und thatsächlich zu erkennen gegeben werde. „Alle meine derartigen Vorstellungen ziehen aber stets nur die Antwort nach sich, daß Preußen erst seine Hingebung für die Zwecke des Bundes in demselben Maße bethätigen müsse, wie Österreich. Es heißt dies mit anderen Worten, daß wir uns noch mehr als bisher um die Gunst der Bundesregierungen bewerben müßten, ehe diese uns zu Teil werden könne, als ob wir ihrer mehr bedürften, als sie unser." Einem Preußen befreundeten Gesandten, welcher dem badischen, v. Marschall, vorgestellt habe: der Fall der Majorisierung sei noch niemals vorgekommen, und an sich ein sehr

bedenklicher, habe Herr v. Marschall geantwortet: Österreich und Baden hätten alle Möglichkeiten hinreichend erwogen, sich durch dieselben von der Ausführung ihrer Absichten nicht abhalten lassen, und sähen den Folgen ihres Verhaltens entgegen. „Ich kann kaum glauben," schließt Bismarck, „daß Herr v. Marschall einen Konflikt mit Preußen, wie den in Aussicht genommenen, als eine gleichgültige und leicht zu nehmende Eventulität bezeichnet hätte, wenn er nicht glaubte, daß derselbe durch Preußens Nachgeben schließlich werde vermieden werden."

Am nämlichen 10. Juni, da die Mehrheit der Bundesversammlung, unter einstweiliger Aussetzung der Beschlußfassung auf 14 Tage, in einer so „beispiellosen" Weise gegen Preußen Stellung nahm, erließ Graf Buol eine Note nach Berlin, in welcher er kurzer Hand Preußen „mit seinen weiteren Einwendungen an den Bund verwies." Gleichzeitig aber suchte Graf Rechberg doch, durch Preußens feste Haltung beunruhigt, eine Verständigung, zunächst durch vertrauliche Besprechungen mit Bismarck, anzubahnen, über welche Bismarck am 21. Juni dem Minister ebenso vertraulich berichtet. Rechberg hielt eine künftige Verständigung Österreichs mit Preußen in allen Fragen für möglich, wenn Preußen nur erst die Rastatter Frage im Sinne Österreichs erledige. Bismarck erwiderte, daß er gar keine Instruktionen zu Andeutungen über preußische Zugeständnisse an Österreich habe, und werde zu solchen auch nur dann raten, wenn Österreich dem preußischen Staate für das Preußen beleidigende und verletzende Verhalten in der Rastatter Frage volle und öffentliche Genugthuung gebe, z. B. durch Zugeständnisse an Preußen in den Mainzer Besatzungsverhältnissen. Einer bloß mündlichen und allgemein gehaltenen Zusage würde man in Berlin einen materiellen Wert nicht beilegen können. Unbedingte Voraussetzung jeder Vorverhandlung über eine Verständigung sei aber vor allem die Verschiebung der auf den 24. Juni angesetzten Abstimmung der Bundesversammlung. Finde diese statt, und werde Preußen verfassungswidrig durch einen Mehrheitsbeschluß vergewaltigt, so werde Bismarck bei Manteuffel beantragen, „daß Preußen zu Protokoll feststelle,

daß es die Bundesverträge als verletzt ansehe, und daß ich erkläre, mich der weiteren Teilnahme an den Beratungen der Bundesversammlung enthalten zu müssen."

Die weitere mündliche Erörterung dieser Angelegenheit mit Manteuffel pflog Bismarck vom 23. Juni an in Berlin. Alsbald nach seiner Rückkehr nach Frankfurt setzte Graf Rechberg die Verständigungsversuche fort, und am 28. Juni traf eine chiffrierte Depesche Buols an Rechberg ein, welche den von Bismarck verlangten Aufschub der Abstimmung in der Bundesversammlung bewilligte und damit begründete, daß Graf Buol „noch einen letzten Verständigungsversuch in Berlin machen" wolle. „Ich weiß nicht, welches der darin angedeutete ‚letzte Versuch' des Grafen Buol sein mag," berichtet Bismarck an Manteuffel, „aber ich bin gewiß, daß er, wenn er mißlingt, nicht der letzte sein wird." Im übrigen wiederholte Graf Rechberg nur seine frühere Forderung, daß Preußen erst in der Rastatter Frage nachgeben müsse. „Erst dann könne das goldene Zeitalter beginnen, in welchem Preußen und Österreich am Bunde niemals wieder gegeneinander stimmen würden. Einen Austausch schriftlicher Versicherungen verbiete das Mißtrauen der Mittelstaaten gegen dualistische Bestrebungen." Bismarck fragte darauf, wo denn unter diesen Umständen für Preußen irgend eine Garantie gefunden werden solle, die des Nachgebens in betreff von Rastatt wert sei. An bundesfreundlichen Versicherungen habe es auch bisher „nicht gefehlt, und wenn es mit der Änderung ernst gemeint sei, so müsse man den mittleren und kleineren Staaten die Thatsache einer erfolgten Verständigung zwischen Preußen und Österreich keineswegs vorenthalten, sie ihnen vielmehr auf das Unzweideutigste kund thun. Diejenigen unter ihnen, welche ehrlich zum Bunde halten wollen, würden sich darüber freuen, und auf die übrigen sei ohnehin für niemand sicher zu rechnen."

Während Österreich so äußerlich den letzten Versuch einer Verständigung mit Preußen machte, setzte es gleichzeitig auch seine Umtriebe gegen Preußen insgeheim ununterbrochen fort, um bei dem Scheitern des Verständigungsversuches neue Kräfte gegen Preußen

aufzubieten. Am 28. Juni mußte Graf Rechberg die von Bismarck schon zuvor entdeckte Thatsache einräumen, daß Österreich in jüngster Zeit wieder Rundschreiben an die deutschen Höfe gerichtet habe, um dieselben zu vermögen, ihre Gesandten zu beauftragen, gegen die Verweisung des preußischen Antrags an die Militärkommission zu stimmen. Am 29. Juni entdeckte Bismarck weiter, daß diese Bemühungen in Hannover und im Haag den unerwarteten und unerfreulichen Erfolg gehabt hatten, die bisher stets preußenfreundlichen Stimmen Hannovers und Luxemburgs nun Österreich zuzuwenden. In Hannover sei dem Ministerium hierüber eine besondere königliche Kabinetsordre zugegangen. Mit Recht erklärt Bismarck in dem vertraulichen Schreiben an Manteuffel vom 29. Juni, welches diese Umtriebe enthüllt, die Thatsache für besonders kennzeichnend, daß Graf Rechberg unmittelbar „nach der Unterredung, in welcher er mir (gestern) die versöhnlichsten Gesinnungen an den Tag legte, sich bereit erklärte, dem Einverständnis mit Preußen seinen ganzen Einfluß zu widmen, und nur bedauerte, daß diese seine persönlichen Gefühle in Wien nicht überall geteilt würden, den (hannöverschen Gesandten) Herrn v. Heimbruch über den Inhalt seiner (neuen) Instruktion befragte und seine lebhafte Freude über dieselbe kund gab. Da Herr v. Heimbruch Bedenken aussprach, ob es ein für den Bund sehr erfreuliches Ereignis sein werde, wenn Preußen aus Mangel an Rücksicht beleidigt werde, hat ihm Graf Rechberg, der ihn seit dem Erfolge der österreichischen Operationen als eine Art von österreichischen Novizen betrachtet, dessen Erziehung gemacht werden müsse, in starken Ausdrücken seine schwächlichen Sympathien für Preußen verwiesen, und unter anderem gesagt, daß der Bund gar keine Anträge mehr würde ablehnen können, wenn er sich an jeden kehren wolle, der sich dadurch beleidigt fühle.“ Bismarck zieht daraus den bedeutsamen Schluß: „Unzweifelhaft sind wir am Bunde lediglich auf das Gewicht unserer eigenen Macht und auf die Kraft verwiesen, welche uns die Festigkeit unserer eigenen Entschlüsse verleiht. Diese Mittel dürften aber ausreichen, nun nicht nur unsere bisherige Haltung durchzuführen,

sondern auch demnächst dem österreichischen Einflusse Schranken zu setzen."

Am nämlichen Tage, da Bismarck dieses vertrauliche Schreiben an Manteuffel aufsetzte, war in Berlin ein eigenhändiger Brief des Grafen Buol an den österreichischen Gesandten in Berlin, v. Koller, vom 27. Juni eingetroffen, welchen dieser am 30. Juni im engsten Vertrauen zur Kenntnis Manteuffels brachte. Der Minister ersuchte am 30. Juni und 2. Juli Herrn v. Bismarck um seine Meinung über diesen Brief Buols, der kurz erklärte, daß Österreich bereit sei, „einen Verzicht auf die am Bunde bevorstehende Entscheidung in der Rastatter Sache in Karlsruhe zu bevorworten und seinerseits die weiteren Verhandlungen darüber in Frankfurt zu sistieren — wenn Preußen und der Bund dagegen die Gesamtgarantie des Besitzstandes Österreichs übernähmen! Dieses ungeheuerliche Verlangen wurde durch die „unaufgeklärten Tendenzen der Politik Frankreichs und die fortwährenden Bestrebungen, im Orient und in Italien Elemente der Unruhe zu unterhalten, mehr als hinreichend für begründet erachtet." Die Abfertigung dieses Ansinnens vollzog Bismarck in einem eigenhändigen Privatschreiben an den Minister vom 5. Juli 1858, offenbar, wie jedes Wort bezeugt, mit grimmigem Behagen. „Daß Österreich uns die fragliche Zumutung, früher oder später machen würde, war zu erwarten," schreibt er; „die gegenwärtige Wiener Politik hat keinen Boden unter den Füßen, wenn sie nicht auf unseren Beistand voll und sicher rechnen kann. Ich habe mich gewundert, daß nicht eher Versuche der Art gemacht worden sind, und es mir dadurch erklärt, daß Graf Buol entweder wirklich annimmt, Preußen könne vorkommenden Falls doch keine andere Wahl treffen, oder bisher das Wort, daß man unser bedarf, nicht über die Lippen zu bringen vermochte. Man braucht einen Anknüpfungspunkt; die Rastatter Sache war kein ganz geeigneter, aber ein besserer stand nicht in naher Aussicht, und bei geschickter Darstellung kann man auch bei dieser den Schein behaupten, als handle es sich mehr um die Interessen des Bundes und um Preußens Stellung in demselben, als um die Österreichs. Schwerlich

ist der Buolsche Brief Österreichs letztes Wort in der Sache. Es hat uns wohl nicht für ‚so schwach oder dumm', nach Ew. Excellenz Worten, gehalten, daß es sofortigen Zuschlag von uns erwartet hat. Aber es probiert, wie weit unser Mut und unsere Weisheit reichen, und ob wir nicht durch Überrumpelung, Zureden Dritter und Bangemachen wohlfeil für österreichische Zwecke zu haben sind."

Die Folgen einer preußischen Zusage schildert Bismarck treffend also: „Der ‚Bund im Frieden' das ist der Mittelstaaten eigentliches Element, wo sie wie die Fische im Wasser sich fühlen; sie haben darin eine Behaglichkeit und Wichtigkeit, die ihnen niemals werden kann, wenn sie nackt, ohne den Bund, in der europäischen Politik stünden. Der Bund sowohl als der Frieden würden sich durch den Garantievertrag auf Kosten Preußens befestigen; der letztere vielleicht nur scheinbar, weil die österreichische Politik herausfordernder gegen das Ausland werden würde. Der Bund aber würde alsdann dem Ideal der österreichischen Partei in der Bundesversammlung ziemlich nahe kommen. Der Dualismus wäre verschwunden, Preußens auswärtige Politik mediatisiert, von der Wiener abhängig, und nur diese durch die Mehrheitsbeschlüsse einigermaßen bedingt. Preußen hätte an europäischer Bedeutung nicht um eines Haares Breite vor Bayern voraus, im Gegenteil, Bayern hätte noch die Voraussetzung für sich, daß es schlimmsten Falls durch den Übergang in Feindes Lager seinen eigenen Interessen Rechnung tragen werde, wir aber würden vom Feinde dann nicht so ohne weiteres zu Gnaden aufgenommen werden. Wir hätten dann nur noch die Natur einer Reserve, bestimmt die Thorheiten und Überhebungen des Grafen Buol gut zu machen oder zu bezahlen. Die Annahme des Vorschlages ist so unmöglich, daß man mit dem angestrengtesten Nachdenken schwerlich etwas ausfinden könnte, was gegenwärtig unmöglicher für Preußens Politik nach innen und außen wäre. Die stärkste Unverfrorenheit in dem Vorschlage liegt darin, das man uns anbietet, einen Verzicht auf die Entscheidung der Rastatter Sache in Karlsruhe zu „bevorworten" und in diesem „Vorwort bei Baden" ein Äquivalent dafür zu finden, daß wir unserer Selb-

ständigkeit entsagen, und das Gesamtkapital der preußischen Macht und Existenz für die ehrgeizigen und leichtsinnigen Spekulationen dem Grafen Buol zur Verfügung stellen sollen, nachdem Österreich uns seit acht Jahren schlecht behandelt, und noch vor kurzem in der orientalischen Verwickelung gezeigt hat, wie es einen solchen Garantievertrag auszubeuten versteht, und wie es uns dafür zu danken gesonnen ist. Je ruhiger und höflicher Ew. Excellenz Zurückweisung dieser dreisten Zumutung gehalten ist, um so fester können wir in der Sache sein."

Manteuffel hatte schon am 30. Juni in Wien erklären lassen, Preußen wünsche in keiner Weise die Rastatter Besatzungsfrage mit dem neuesten tief einschneidenden Antrage Österreichs in Verbindung zu setzen und wolle sich künftigen Eventualitäten gegenüber die Hände nicht binden. Damit war dieser unglaublich dreiste und ungeschickte Zug Buols abgethan, und in Frankfurt drängte Bismarck, mit Zustimmung Manteuffels, auf baldige endliche Entscheidung der Bundesversammlung über den preußischen Antrag, um zu beweisen, daß Preußen sich vor der Gefahr einer Niederstimmung am Bunde daraus nicht fürchte, sondern dieses Ergebnis herausfordere. Denn „Österreich bedarf des Waffenstillstandes am Bunde, nicht wir!" hatte Bismarck hochgemut dem Minister schon am 5. Juli geschrieben. Durch seine Rundschreiben hatte Österreich zwar die große Mehrzahl der Regierungen zu dem Versprechen vermocht, für Österreich zu stimmen, aber als nun am 29. Juli diese Abstimmung in der Versammlung erfolgen sollte, da offenbarte sich, wie Bismarck am nämlichen Tag berichtet, die Angst der preußenfeindlichen Mehrheit vor ihrem eigenen Thun, in dem seltsamen Schauspiel, daß diese, den Grafen Rechberg an der Spitze, alles aufbot, um Bismarck zu bewegen, von dem Antrag auf Abstimmung abzustehen. Er aber blieb fest bei seinem Verlangen. Und als nun mit Preußen nur Kurhessen, die sächsischen Herzogtümer, Mecklenburg und die 15. Kurie stimmten, 5 gegen 12 Stimmen, da waren die Sieger „in einer gedrückten Stimmung, und vielleicht keiner unter den Anwesenden, dem es jetzt nicht lieber gewesen wäre, wenn man unseren

Antrag von Hause aus angenommen hätte, anstatt sich auf österreichische Rundschreiben durch Zusagen für das Gegenteil zu binden. Namentlich bei dem Grafen Rechberg war das Gefühl lebendig, daß er seine Regierung zu einem politischen Fehler verleitet hat."

Daß dieser „Sieg" die Sieger nicht froh machte, verriet bald nachher ein neuer gründlicher Einlenkungsversuch Österreichs, der von dem Grafen Buol selbst ausging. In einem eigenhändigen Schreiben an Manteuffel vom 15. August 1858 bequemte er sich nämlich plötzlich zu der Einsicht, daß eine „Ausgleichung" des Gegensatzes der beiden deutschen Großmächte in der Rastatter Frage nur auf der Grundlage möglich sei, „keinem unserer Höfe durch Beschluß das Aufgeben des grundsätzlich angenommenen Standpunktes anzusinnen. Dieser Zweck wäre nun einerseits durch das Fallenlassen des Antrages auf eine endgültige Schlußfassung, andererseits durch die allgemeine Einwilligung in die einstweilige Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes in Rastatt zu erreichen." Da war denn mit einemmal plötzlich alles eingetroffen, was Bismarck seit länger als einem Jahre als sichere Folge einer festen Haltung Preußens vorausgesagt und erwartet hatte. Kein Wort mehr von dem abenteuerlichen Unternehmen Österreichs, die Sistierung der Rastatter Streitfrage sich von Preußen durch die Gewähr für den gesamten Länderbesitz bezahlen zu lassen. Sogar ein voller Verzicht auf das Unterfangen, Preußens „grundsätzlich angenommenen Standpunkt" durch die Mehrheit der Bundesstimmen rechtswidrig zu beugen. Zugleich ein Beweis der Dankesschuld gegen Bismarcks Verdienste in dieser wichtigen Frage und des Bedürfnisses seines wertvollen Beirates bei deren gütlicher Schlichtung, war die Einladung Manteuffels an Bismarck, gerade jetzt nach Berlin zu kommen, um über die Rastatter Frage Vortrag zu erstatten. In der That sind denn auch die Antworten Manteuffels an Buol in dem nun beginnenden Schriftenwechsel von Bismarck verfaßt. Aus Form und Inhalt ist Bismarcks Geist deutlich zu erkennen, und der Kern der noch zu erledigenden Streitpunkte ist, wie der gesamte Gang und die bedeutsame Entwickelung dieser Frage, unendlich viel wichtiger als

der ursprüngliche Anlaß des Streites. Überall und mit jedem Worte werden die tiefsten und folgenschwersten Gegensätze Preußens und Österreichs, nach ihrer damaligen Stellung im Bunde, berührt und getroffen, einstweilen auch gütlich vertagt und auf die unvermeidliche Stunde herber Entscheidung hinausgeschoben.

Bismarcks Feder entwarf zunächst das Privatschreiben des Ministers Manteuffel an Buol vom 24. August 1858, welches die erste Eröffnung des österreichischen Ministers vom 15. August beantwortete. Hier wurde offen herausgesagt, daß „das Verhalten Österreichs in der Rastatter Sache bisher in Berlin keineswegs den Beweis versöhnlicher Gesinnung gegeben" habe. Doch auch in Preußen walte der gute Wille einer vermittelnden Lösung vor, während die endgültige Entscheidung nur durch einstimmigen Bundesbeschluß möglich sei. Jetzt handle es sich aber nur „um einstweilige Vertagung dieser schließlichen Feststellung". Demselben Zwecke habe zweifellos auch der „bescheidene" preußische Antrag gedient, der am 29. Juni in Frankfurt „siegreich aus dem Felde geschlagen worden" sei. Die Vertagung der Streitfrage könne Preußen nur in dem Sinne annehmen, daß ihm unbenommen sei, jederzeit auf dieselbe zurückzukommen, und ohne daß die Bundesversammlung einen Beschluß über die einstweilige Fortdauer „des jetzigen Provisorii" fasse. Sonach ergebe sich also als Grundlage der erwünschten Verständigung: Fallenlassen des österreichisch-badischen Antrags und einstweilige Zurückziehung des preußischen Gegenantrags, die Rastatter Besatzung auf das bundesbeschlußmäßige Verhältnis von 1841 zurückzuführen.

In seiner Antwort vom 2. September hielt Graf Buol „die Sistierung aller weiteren Schritte durch einen Bundesbeschluß für das Natürlichste und Korrekteste", da der Antrag Österreichs und Badens einmal „Eigentum des Bundes" geworden sei. Dringend mahnte er zur Versöhnung und rief emphatisch aus: „Darum keine bitteren Ausfälle mehr, wie Herr v. Bismarck sie dann und wann vorbringt, und auch keine Depesche mehr, wie die vom 16. August, auf die wir nicht antworten könnten, ohne neue Aufregung hervor-

zubringen.“ Endlich die Mahnung: Preußen möge doch „die schweren Folgen eines Protestes beachten, dem eine Regierung durch die Forderung der Stimmeneinhelligkeit Geltung zu verschaffen sucht.“ Sonst könnte sich dieses unlöblichen Beispiels irgend ein dritter Bundesstaat erinnern, „auf fremden Rückhalt zählend, um einen für uns höchst wichtigen, für Deutschland höchst notwendigen Beschluß zu hintertreiben.“ — Abermals erkennen wir Bismarcks Feder in der Antwort Manteuffels vom 9. September. Mit dem von Graf Buol vorgeschlagenen Verfahren der Beseitigung der Streitfrage am Bunde erklärt sich die Antwort einverstanden und erbittet Anträge zur formell geschäftlichen Behandlung. Den Freimut des Grafen erkennt sie „mit besonderem Danke“ an und glaubt „diesen Dank nicht besser bethätigen zu können, als indem sie ebenso freimütig erwidert: daß irgend ein Zug bundesfreundlicher Gesinnung und rücksichtsvoller Behandlung für uns (bisher in der Rastatter Streitsache) nicht zu entdecken war. Ew. Excellenz rufen aus: Keine Depesche mehr wie die vom 16. August! Ich möchte die Formel für meinen Ausruf dahin fassen: Keine Vorgänge mehr wie die in der Bundestagssitzung vom 29. Juli d. J. und was ihr voranging! Die Depesche vom 16. v. M. ist nur der unverhüllte Ausdruck diesseitiger Eindrücke, Erwägungen und Entschließungen. Verübelt man uns dies, will man in Wien nicht wissen, wie wir denken, und eintretenden Falls handeln werden, so braucht man uns dies nur zu sagen; wir werden dann recht gerne schweigen; aber darüber, ob man uns am Handeln wird hindern können, wird nicht im Wege diplomatischer Depeschen entschieden werden.“

Dem „Ideengang“ der Warnung Buols vor Stimmeneinhelligkeit „ganz zu folgen“, erklärt sich Bismarck „außer Stande“. „Der Grundgedanke des deutschen Bundes besteht darin, eine Vereinigung souveräner Staaten zu sein. Ob dieser Gedanke ein guter und zweckdienlicher, haben wir nicht zu untersuchen; wir verlangen auch für uns keine veränderte Stellung im Bunde, aber wir werden uns durch denselben unsere Souveränitätsrechte in keiner Weise beein-

trächtigen lassen. Eine notwendige Folge jener Grundlage ist, daß in Beziehung auf organische Einrichtungen einstimmige Beschlüsse erforderlich sind, während rein geschäftliche Fragen durch die Mehrheit entschieden werden können. Diejenigen, welche sich bestreben, die Mehrheitsbeschlüsse auf organische Einrichtungen verfassungswidrig auszudehnen, werden anstatt einer Stärkung die Lockerung des Bundes in seiner jetzigen Gestalt erzielen, während sie vielleicht das Gegenteil wollen. Mit Mehrheitsbeschlüssen wird man (auch) großen politischen Gefahren nicht wirksam entgegentreten. Uns würde in der Stunde der Gefahr die aufrichtige und energische Hilfe Österreichs mehr wert sein als alle Frankfurter Mehrheitsbeschlüsse, und ich sollte meinen, daß man auch in Wien darüber nicht viel anders denkt als in Berlin. Ist dem aber so, dann richte man auch in der Zeit der Sicherheit die Rechnung so ein, daß sie im gefährlichen Momente nicht zu unerwünschten und trüglichen Ergebnissen führt."

Nach einem weiteren entgegenkommenden Schreiben Buols an Manteuffel vom 21. September, entwarf Bismarck auf Ersuchen des Ministers am 12. Oktober die Grundzüge und Form des Antrages, in welchem der Bundesversammlung von der Verständigung der beiden Mächte Kenntnis gegeben werden sollte. Österreich ging in der Hauptsache auf diese Vorschläge ein und sprach demzufolge in der Sitzung vom 23. Dezember 1858 zugleich mit Baden „der Bundesversammlung den Wunsch aus, die weitere Verhandlung auf den von ihnen gestellten Antrag einstweilen auf sich beruhen, und jede Erörterung über die Besatzungsverhältnisse von Rastatt bis auf erneute Anregung ausgesetzt zu lassen." Die Bundesversammlung entsprach diesem Wunsche einstimmig. So ward denn diese gefährliche Frage, welche zu Zeiten „die preußische Politik zu mediatisieren" oder den Bund zu sprengen drohte, nach anderthalbjährigem erbittertem Streite ganz in Bismarcks Sinne ausgetragen.

Während aber Bismarck in dieser wichtigen Frage die Leiter der preußischen Politik unentwegt auf der Bahn ehrenvollen und

furchtlosen Kampfes um Preußens gutes Recht festzuhalten verstand, hatte sich in Preußen selbst die denkbar größte Wandlung vollzogen. Durch die Neuenburger Verwicklung schon war die seelische Erregung des Königs Friedrich Wilhelm zu einer fast krankhaften Gemütsstimmung gesteigert worden. Die neuen Streitigkeiten mit Österreich aus Anlaß der Beustschen Bundesreform und der Rastatter Besatzungsfrage im Frühjahr 1857 erhöhten diese Seelenpein in qualvoller, unerträglicher Weise. Noch einmal hoffte des Königs leidende Seele durch brüderliche Vereinigung und Aussprache mit dem kaiserlichen Neffen in Wien den Frieden wieder finden zu können. Nach einer Kur in Marienbad im Juni 1857, reiste Friedrich Wilhelm nach Wien. Aber völlig enttäuscht kehrte er von dort zurück. In Dresden erwarteten ihn ebenso schmerzliche Begegnungen. Ohnmächtig brach er hier nach einem aufregenden Gespräch zusammen. Ein Schlaganfall hatte ihn getroffen. Dann schien sein Zustand noch einmal sich zu bessern. Als aber im Oktober 1857 ein zweiter Schlaganfall ihn traf und seinen Geist umnachtete, konnte kein Zweifel mehr bestehen, daß er an Gehirnerweichung leide und wenigstens zur Zeit nicht im Stande sei, die Regierungsgeschäfte zu erledigen. Ende Oktober erschien daher ein königlicher Erlaß, welcher des Königs Bruder, den Prinzen von Preußen, mit der Stellvertretung des Königs zunächst auf drei Monate betraute.

Die bedeutsamen Folgen dieses Ereignisses erfordern besondere Darstellung. Eine Reihe der wichtigsten Fragen, welche den preußischen Bundestagsgesandten während der letzten Jahre seiner Frankfurter Amtsdauer beschäftigen, wie die kurhessische, die holsteinische, die italienische, die Erneuerung des Zollvereins u. s. w. werden dadurch unmittelbar berührt. Schließlich aber wird auch Bismarcks persönliche amtliche Stellung in Frankfurt infolge der Veränderungen, die sich von 1857 bis 1859 in der Leitung der preußischen Politik vollziehen, getroffen und das Ende seiner Frankfurter Laufbahn dadurch herbeigeführt. Alles das muß später im Zusammenhang dargestellt werden. Hier aber verfolgen wir zunächst Bismarcks

persönliche Erlebnisse in den Jahren seiner Thätigkeit am Bundestage von 1854 an, die Entwickelung seiner Ansichten und sein gesamtes amtliches Wirken in derselben Zeit, endlich sein Verhältnis zu dem Prinzen von Preußen in den Jahren von 1851 an bis zu dem Zeitpunkt, da der Prinz in Vertretung des erkrankten Königs die Zügel der Regierung in die Hand nimmt.

Drittes Kapitel.

Persönliche Erlebnisse Bismarcks von 1854 bis Ende 1858. Seine amtliche Gesamtthätigkeit in Frankfurt. Verhältnis zum Prinzen von Preußen in der Zeit von 1851—1858.

Auch in dem fünfjährigen Zeitraum, dessen harte, in den vorstehenden Kapiteln geschilderte, Kämpfe Bismarck für Preußen am Bundestag auszufechten hatte, bildet Heim und Herd, der trauliche Verkehr mit den Seinigen, der Naturgenuß auf Ferienreisen, die unversiegliche Quelle, aus der Bismarcks Herz und Gemüt neue Kraft schöpft zu neuen Leistungen. Daß auch in diese Stunden und Tage der Erholung, daheim und in der Ferne, die Eindrücke eben durchlebter amtlicher Kämpfe, bewegender Zeitfragen, hervorragender öffentlicher Persönlichkeiten noch hineinragen und mitwirken, darf bei Bismarcks lebhaftem Pflichtgefühl und Interesse für sein Amt nicht Wunder nehmen. Wohl ruht alsdann seine Seele aus von den Mühen und Widerwärtigkeiten des Tages am heimischen Herd, auf der fröhlichen Ferienreise. Aber auch wenn wir uns zum Schlafe legen, spinnt die träumende Seele oftmals die verlassene Tagesarbeit noch eine zeitlang fort. Gleich der erste Brief an die Schwester, Frau v. Arnim, der hier zu erwähnen ist, aus der Weihnachtszeit von 1853, bestätigt das Gesagte. Denn da heißt es: „N. N. (Manteuffel) ist nicht mehr so liebenswürdig wie früher, er hört auf alle möglichen erlogenen Klatschereien, und läßt sich immer einreden, ich strebte nach seiner Erbschaft, während ich froh bin, wenn man mich da läßt, wo ich bin. Ich gewöhne mich

daran, im Gefühle gähnender Unschuld alle Symptome von Kälte zu ertragen und die Stimmung gänzlicher Wurschtigkeit in mir vorherrschend werden zu lassen, nachdem ich den Bund allmählich zum Bewußtsein des durchbohrenden Gefühls seines Nichts zu bringen nicht unerheblich beigetragen zu haben mir schmeicheln darf. Das bekannte Lied von Heine: ‚O Bund, du Hund, du bist nicht gesund‘ u. s. w. wird bald durch einstimmigen Beschluß zum Nationalliede der Deutschen erhoben werden.“

Bismarcks tiefes Gemüt und seine innige Liebe zu Frau und Kindern offenbart sich auch in allen Briefen dieser Zeit, namentlich wenn das Erholungsbedürfnis der Seinen ihn zwingt, eine längere Trennung von ihnen zu erdulden, während er auf seinem Kampfesposten in Frankfurt ausharren muß, da „wer jetzt von Ferien spricht, als ein Attentäter gegen die welthistorische Aufgabe der confédération germanique angesehen wird.“ Gleich im Jahre 1854 war ihm eine solche längere Trennung von den Seinen beschieden, die im Sommer zu Frau v. Arnim nach Kröchlendorf reisten, während er in Frankfurt die orientalische Verwickelung entwirren mußte. Dann, als er Ende August zwei Tage lang die Seinen bei der Schwester wieder besucht hatte, wurde er, wie früher berichtet ist, nach Puttbus auf der Insel Rügen zum König berufen. Vor dem auf den 29. Juni fallenden Geburtstag der Schwester schrieb er an diese: „Unter allen Umständen hätte ich Dir meinen Glückwunsch gern persönlich überbracht, besonders aber jetzt, wo ich meine vagabondierende Gattin bei Dir weiß. Leider aber kommen wir uns hier zu wichtig vor. Ich habe rechtes Heimweh nach Land, Wald und Faulheit mit der obligaten Zugabe liebender Gattinnen und artiger, reinlicher Kinder. Wenn ich von der Straße her eins dieser hoffnungsvollen Geschöpfe schreien höre, so füllt sich mein Herz mit väterlichen Gefühlen und Erziehungsmaximen. Wie vertragen sich denn unsere Nachkommen mit einander*), sind meine auch artig?“ In denselben Tagen schrieb Bismarck an Gerlach: „Meine Frau ist in

*) Graf Wilhelm v. Bismarck heiratete bekanntlich später seine Cousine, die Tochter der einzigen Schwester seines Vaters.

Pommern mit Kind und Kegel, und ich hier ungetrösteter Witwer." Diese Klagen wiederholen sich bei den notgedrungenen Trennungen der folgenden Jahre immer wieder. Namentlich aber offenbart sich Bismarcks herzliche Liebe und Sorge für die Seinigen dann, wenn seine Kinder oder seine Gattin erkranken. So schreibt er aus Frankfurt am 9. Oktober 1854 an Gerlach: „Meine Frau hat leider auf ihrer Rückreise (aus Pommern) liegen bleiben müssen, weil mein ältester Junge erkrankt ist, und wie es scheint, bedenklich. Dieser Zwischenfall lastet beunruhigend und lähmend auf mir; die Nachrichten gehen drei Tage von dort." „Meine Kinder sind besser, aber noch nicht reisefähig," setzt er am 19. Oktober hinzu, und am 25.: „Meine Frau wird hoffentlich Ende dieser Woche aus Pommern abreisen können. Die Kinder sind recht krank gewesen." Im März 1855 erkrankte Bismarcks Gattin lebensgefährlich. Darüber berichtet er bewegt an Gerlach am 12. März: „Meine arme Frau ist sehr krank. Halsgeschwulst, sie kann seit drei Tagen nicht mehr sprechen oder trinken; wenn das dauert, muß eine Operation geschehen. Ich schreibe dies neben ihrem Bett, verzeihen Sie daher, wenn ich dabei in überwachem Zustande radotiere." Glücklicherweise kann der geängstigte Gatte am 19. März dem General weiter melden: „Meine Frau ist Gottlob wieder ganz wohl, im gefährlichsten Augenblick brach die Geschichte von selbst auf, und alles war schnell vorbei, die Angst vorher aber groß, weil die Erstickung drohte, oder Operation."

Einige Monate später, am 20. Mai 1855, als in dem Dorfe, das zu Gerlachs Gut Rohrbeck gehörte, der dortige Pastor seine Kinder verlor, schrieb Bismarck an den General: „Er (der arme Pastor) ist wahrscheinlich mein Schulkamerad und saß in Tertia neben mir. Wenn die Voraussetzung zutrifft, so bitte ich Sie, ihm meinen Gruß und meine Teilnahme an seinem Unglück auszudrücken. Was es heißt, Kinder zu verlieren, habe ich nie verstanden, bis ich selbst welche hatte." Noch einmal, im Oktober 1856 wurde Bismarck „durch eine ziemlich böse Art Pocken" sehr geängstigt, welche zuerst sein „armes Mariechen", dann auch die

übrigen Kinder befiel.‘ Glücklicherweise war aber der liebende Vater damals bei den Seinigen in Reinfeld. „Ich würde meine Rückreise bereits angetreten haben“, schreibt er dem Minister, „wenn nicht meine Kinder von einer immerhin bedenklichen Krankheit befallen wären. Wenn es aus irgend einem Grunde nach Ew. Excellenz Ermessen wünschenswert ist, daß ich ohne Verzug nach Frankfurt oder Berlin zurückkehre, so liegt in dieser häuslichen Sorge allerdings nichts, was mich davon abhalten könnte, denn meine Anwesenheit hier kann den armen kleinen Patienten keine Erleichterung ihrer Leiden gewähren. Wenn indessen, was ich nach meinen Frankfurter Nachrichten annehmen darf, dort nichts für mich zu thun ist, so möchte ich gerne noch etwa 8 Tage bei den Meinigen bleiben, um hoffentlich beruhigter abreisen zu können.“ Das ist die letzte Klage über die Krankheit seiner Kinder, der wir in Bismarcks Briefen aus jener Zeit begegnen. Daß er es in Tagen der Gesundheit auch an väterlicher Strenge nicht fehlen ließ, verraten einige Zeilen an Gerlach vom 25. Mai 1856, da die Kinder Arnim bei Bismarck in Frankfurt zu Besuch waren: „Ich tröste mich, in Ermangelung höfischen Glanzes, mit den stilleren Genüssen des Familienlebens, und mit gelegentlicher Züchtigung meiner Söhne und Neffen, wenn sie mir zuviel Lärm, und sich gegenseitig blutige Nasen verursachen.“

Auch die Gastlichkeit des Bismarckschen Hauses zeigt sich in diesen Jahren von neuem in glänzendem Lichte. So benützte Bismarck die Karnevalswochen von 1855, um Freunde und Gegner, Sieger und Besiegte in den friedfertig-freundlichen Räumen seines Hauses festlich zu versammeln. Es war das gerade die Zeit, da Österreich im Februar 1855 die letzten vergeblichen Versuche gemacht hatte, den Bund und Preußen in die abenteuerliche Orientpolitik des Grafen Buol hineinzuziehen. Gerade da gab Bismarck das großartigste Ballfest, das der Stadt Frankfurt seit Jahren geboten worden war. Vierhundert Personen waren geladen. Die Menuett wurde von preußischen und österreichischen Offizieren und den jüngeren Mitgliedern des diplomatischen Korps in verschiedenen

Militärtrachten des 18. Jahrhunderts getanzt, von den Damen in der Hoftracht der Rokokozeit. Nicht minder glänzend verlief alljährlich die Feier des königlichen Geburtstages im Hause Bismarck, sowie das Ballfest zu Ehren der Vermählung des Prinzen Friedrich Wilhelm mit der Prinzeß Viktoria von England 1858; und daß in Bismarcks Hause auch die Prinzen und Prinzessinnen des preußischen Königshauses sich heimisch fühlten und fast stets verweilten, so oft sie Frankfurt berührten, ist schon früher bemerkt worden. Aber auch alte, liebe gute Freunde sah Bismarck in diesen Jahren als Gäste bei sich: Ludwig v. Gerlach und Graf Schaffgotsch, Gerhard Thadden „mit seiner hübschen Frau", Graf Kayserlingk und manche andere; zuletzt in den Tagen vom 5. bis 11. Mai 1858 auch den alten teuren Universitätsfreund Motley, den amerikanischen Geschichtsforscher. Motley selbst berichtet darüber an seine Frau: Eben als er aus dem Frankfurter Hof nach dem Bahnhof habe fahren wollen, sei Frau v. Bismarck noch erschienen; „und als ich ihr Lebewohl sagte, bestand sie darauf, ich dürfe noch nicht fort, mein Zimmer stände in ihrem Hause bereit, und ich müsse dorthin, statt nach dem Bahnhof zu fahren. Während ich Gegenvorstellungen machte, gab sie plötzlich dem Kutscher meines Mietwagens einen Wink, und ehe ich ihn aufzuhalten vermochte, war er samt meinen Koffern auf dem Wege nach ihrem Hause. Sie ist so gutherzig, liebenswürdig und heiter. Sie wünschte sehr, ich möchte einen Winter in Frankfurt zubringen. Bismarck ist gegen mich ganz unverändert; seine Frau sagt, er erscheint zwanzig Jahre jünger, wenn ich da bin; und das ist der wahre Grund, weshalb sie meine Anwesenheit so gern hat. Sie ist ihm mit Ergebenheit zugethan und er ebenso ihr. Es scheint mir lächerlich, daß jemand durch meine Gesellschaft erheitert und belebt werden sollte; aber es hat seinen guten Grund. Bismarcks ganze Zeit ist so angefüllt mit der langweiligsten aller seccatures (Quälereien), der Politik des deutschen Bundes, daß, wenn ein solcher mittelalterlicher Herr vorübergehend in einen achtzehnjährigen Jüngling verwandelt wird mit dem entsprechenden Betragen, es kein Wunder ist, daß seine

Familie sich darüber freut. Ich mache diese Bemerkungen absichtlich, damit Du Dir nicht einbildest, daß meine wichtige Persönlichkeit ihnen meine Anwesenheit so angenehm mache, sondern daß ich ihr nur wichtig bin als ihres Gatten alter Freund."

So gern und freudig aber Bismarck Gastfreundschaft übte, nach dem Grundsatze „lieber gar keine Geselligkeit, als knickrige", so sehr widerstrebte seiner maßvollen und bescheidenen Natur das Übermaß von Genuß und Prunk, das damals den Leuten von Stande in Frankfurt als fein und notwendig galt. So berichtet er in den Februar- und Märztagen 1856, da sich der Pariser Kongreß bezüglich der orientalischen Frage vorbereitete: „Ich fühle an mir die Wirkungen der sitzenden Lebensweise und der Frankfurter Diners, die mir die Perspektive auf Karlsbad eröffnen. Bis auf einige untergeordnete Intriguen leben wir hier eine ziemlich unpolitische Idylle, die ich als einen Zustand der Ruhe bezeichnen würde, wenn der maßlose Geselligkeitstrieb des Völkchens der Bundesphäaken ein dem entsprechendes Gefühl aufkommen ließe." Was aber solch ein einziges „Frankfurter Diner" besagen wollte, erfahren wir aus einem Briefe an Gerlach vom 20. März 1857: „Ich habe gestern dem neuen Russen (Fonton) zu Ehren ein offizielles Diner in echt Frankfurter Stile gegeben: über zwanzig Nummern auf dem Menu, und ein Dutzend der sonderbarsten Weine. Ich verabscheue eigentlich diese Stoff- und Geldverwüstungen, aber, ‚ob Christian oder Itzig, 's G'schäft bringt's halt so mit sich.'" Bismarck selbst war so bescheiden und so wenig vergnügungssüchtig, daß er im August 1855 dem Minister schreibt, er habe vorgezogen, seine „Kissinger Kur in Frankfurt an Ort und Stelle durchzumachen. Die Diät, die Ruhe und die regelmäßige Lebensart sind am Ende die Hauptsache, und es ist hier in meinem Hause doch nicht ganz so langweilig, wie auf die Dauer in einem Badeorte."

Auch an Beförderungen und Ehrungen fehlte es Bismarck in diesen Jahren nicht. So ward er im April 1854 in den Staatsrat Preußens berufen. Darüber schreibt er am 7. April an Gerlach: „Meine Promotion in den Staatsrat hat mich, als Beweis AH.

Vertrauens, sehr gefreut, im übrigen teile ich ganz Ihr Bedenken und glaube, daß der Staatsrat eine Kriegsmaschine gegen die Partei Westphalen-Raumer (die äußerste Rechte) im Ministerium bilden wird. Meine Frau fragt mich, was eigentlich der Staatsrat sei; ich schrieb ihr: die Quinteſſenz aller der Thorheit und Bosheit, die man in Preußen unter dem Worte „Geheimrat" versteht. Sie sehen, daß ich mir keine Illusionen über diesen Senat mache." Auch erweckt diese Ernennung in ihm geringe Sehnsucht, sich an der Thätigkeit dieser „Kriegsmaschine" zu beteiligen. Dagegen wirken gelegentlich die preußischen Kammerdebatten auf ihn wie Trompetengeschmetter auf ein gedientes Schlachtroß. So schreibt er nach der Verhandlung des Abgeordnetenhauses über die orientalische Frage am 13. April 1854 an Gerlach: „Die Kammerdebatte hat mich amüsiert, und war mir dabei etwa wie dem rauflustigen Schmiedegesellen zu Mute, der den Lärm einer Keilerei hört. Sein Sie barmherzig als an der Quelle sitzender chef de cuisine politique und lassen Sie mir einiges aus dem Menu Ihrer Leistungen zukommen." In das Jahr 1854 fällt weiter Bismarcks Beförderung zum Premierlieutenant, seine Berufung in das Herrenhaus auf Vorschlag des alten und befestigten Grundbesitzes des Landschaftsbezirk im Herzogtum Stettin und die Ehrung welche ihm widerfuhr durch Einladung an das Hoflager des Königs nach Eisenach, den er Ende Mai noch bis Genthin begleiten durfte. Ebendahin gehören die alljährlichen Einladungen zu den Hofjagden nach Letzlingen und die schon früher erwähnten Sendungen Bismarcks an die deutschen Höfe und nach Paris und der ihm hier überall bereitete herzliche Empfang. Im Juli 1855 wurde er auch dem Kaiser Alexander II von Rußland in Frankfurt vorgestellt, mit dem er im September 1855 am Darmstädter Hofe wichtige Unterredungen hatte. Seinen Sitz im Herrenhause nahm Bismarck nur auf besonderen Befehl des Königs gelegentlich ein, doch ohne sich an den Debatten zu beteiligen. So schreibt er der Schwester am 26. November 1856: „Ich habe eine Aufforderung, im Herrenhause zu erscheinen, bekommen, nach deren Inhalt ich zweifelhaft bin, ob

Se. Majestät in der That, wie es darin geschrieben steht, mich in Person oder nur seine unterthänigen Herren und Diener en bloc dort zu sehen wünschen. Im letzteren Falle würde ich mich nicht für berufen erachten, meine wichtigen Geschäfte verwaisen zu lassen, um demnächst unter der Rubrik von „Volk, Edelleute, Häscher und Priester" den Effekt des großen Ensemble im Weißen Saal mit einer Kostümnüance zu beleben."

Vor allem aber dürfen bei Erwähnung der persönlichen Erlebnisse Bismarcks in den Jahren 1854 ff. die Reisen und Reiseschilderungen Bismarcks aus jener Zeit nicht übergangen werden. Die interessanten politischen Berichte Bismarcks bei seinen Besuchen von Paris während der orientalischen und neuenburgischen Verwickelung sind bereits früher vorgetragen worden. Bei seinem letzten Besuche daselbst, im April 1857, wohnte er im Hotel de Louvre und schrieb an die Schwester: „Ich habe fünf Kamine und friere doch, fünf gehende Stutzuhren und weiß nie wie spät es ist, elf große Spiegel und die Halsbinde sitzt doch immer schlecht." Besonders genußreich war ihm eine Reise, die ihn im August 1857 nach Dänemark und tief nach Skandinavien hinein führte. Am 6. August kam er in Kopenhagen an, „nach einer sehr angenehmen Fahrt; weiche Luft, roter Mond, Kreidefelsen mit Teertonnen beleuchtet, zwei Gewitter in See und etwas Wind; was braucht man weiter. Nur hielt mich die schöne Nacht ab, schlafen zu gehen." So schildert er die Reise der Gattin, bei der und den Kindern er vom 1. bis 3. August in Reinfeld verweilt hatte. Am Tage seiner Ankunft in Kopenhagen wurde er noch bei Hofe und vom König empfangen. Die nächsten zwei Tage war er dort „mit Museen und Politik beschäftigt", setzte am 8. August nach Malmö über und fuhr hier, „etwa 8 Meilen nordostwärts" nach Näsbyholm, „einem weißen hochgelegenen Schloß auf einer Halbinsel von einem großen See umgeben." „Durch das Fenster sehe ich in dichtes Epheulaub, welches einige Durchsichten auf das Wasser und die Hügel jenseits läßt," schreibt er von hier der Gemahlin am 9. August, „die Sonne scheint, Fliegen summen, unter

dem Fenster wird breites Schwedisch geredet und aus der Küche tönt ein Reibeisen wie eine Säge herauf. Das ist alles, was ich dir über die Gegenwart schreiben kann. Gestern haben wir nach Rehböcken gepirscht, einen erlegt, ich nicht geschossen, gründlich naß geworden, dann Glühwein und 9 Stunden fest geschlafen. Die Rehböcke sind stärker hier, als ich je gesehen habe, und die Gegend schöner als ich dachte. Prächtige Buchenwälder und im Garten mannsdick Wallnußbäume. Nach dem Essen fahren wir auf dem See und schießen vielleicht eine Ente, wenn wir nicht fürchten, die Sonntagsstille dieser schönen Einsamkeit durch einen Knall zu stören; morgen wird gründlich gejagt, übermorgen Rückfahrt nach Kopenhagen und von da zur Hirschjagd am Mittwoch. Donnerstag über Kopenhagen nach Helsingborg, etwa 20 Meilen nach Schweden hinein, Birk- und Auerhühner in öder Wüste, Quartier in Bauernhäusern, Küche und Lebensmittel bringen wir mit. Das wird etwa acht Tage dauern, und was ich dann thue, weiß ich noch nicht." Bis nach Christiania schweiften seine noch unbestimmten Reisepläne.

Diese schwedische Reise machte Bismarck auf Einladung des Prinzen Friedrich von Hessen, der den Gesandten Preußens am Bundestage schon im Juli für den August auf 14 Tage zur Jagd in Schweden eingeladen hatte. „Er sagte mir, daß außer dem Prinzen von Dänemark einige Sommitäten der politischen Welt des Nordens, Baron von Blixen, der bekannte Skandinave und Freund des dänischen Ministerpräsidenten Hall, und andere dort sein würden. Ich kann also manche Gelegenheit zur Information dabei haben," hatte Bismarck schon am 3. Juli dem Minister berichtet. „Um der leidigen Politik willen" mußte Bismarck denn in der That auch den Aufenthalt in Schweden mehr abkürzen, als ihm lieb war, und nach Kopenhagen zurückkehren. Die hier gewonnen Eindrücke waren so wichtig, daß er dem Minister Manteuffel darüber später in Berlin besonderen mündlichen Bericht erstattete. Immerhin dauerte der Jagdaufenthalt in der schwedischen Wald- und Haidewildnis fast vierzehn Tage und war für Bismarck höchst genußreich. Am 13. August wurde also zunächst die Reise von

Kopenhagen nach Helsingborg in Schweden angetreten und hier mit dem Prinzen Friedrich von Hessen gejagt. Am 14. August aber ging es zu Wagen „etwa 15 Meilen ununterbrochen im wüstesten Walde“ bis Tomsjonäs in Småland (Südschweden), „und vor mir liegen noch 25 Meilen, ehe man wieder in ackerbauende Provinzen gelangt.“ So schreibt er der Gattin, „wiederum die Sonntagsruhe benutzend“, am 16. August. „Keine Stadt, kein Dorf weit und breit, nur einzelne Ansiedler und bretterne Hütten mit wenig Gerste und Kartoffeln, die unregelmäßig zwischen abgestorbenen Bäumen, Felsstücken und Buschwerck einige Ruten angebautes Land finden. Denke Dir von der wüstesten Gegend bei Viartlum (dem pommerschen Elterngute der Frau v. Bismarck) etwa 100 Quadratmeilen aneinander, hohes Heidekraut mit kurzem Gras und Moor wechselnd, und mit Birken, Wachholder, Tannen, Buchen, Eichen, Ellern, bald undurchdringlich dick, bald öde und dünn besetzt, das Ganze mit zahllosen Steinen, bis zur Größe von hausdicken Felsen besäet, nach wildem Rosmarin und Harz riechend; dazwischen wunderlich gestaltete Seen, von Haidehügeln und Wald umgeben, so hast Du Småland, wo ich mich dermalen befinde. Eigentlich das Land meiner Träume, unerreichbar für Depeschen und Kollegen, leider aber auch für Dich. Ich möchte wohl an einem dieser stillen Seen ein Jagdschlößchen haben und es mit allen Lieben, die ich mir jetzt in Reinfeld versammelt denke, auf einige Monate bevölkern. Der Winter wäre allerdings hier nicht auszudauern, besonders im Regenschmutz.“

Hier stellte sich Bismarck nun unermüdlich „in den Dienst der Diana.“ Am 15. August rückte er schon um 5 Uhr früh aus, suchte in brennder Hitze, bergauf, bergab, durch Sumpf und Busch bis 11 Uhr nach Wild und fand gar nichts. Das Gehen in den Mooren und undringlichen Wachholderdickungen auf großen Steinen und Lagerholz war sehr ermüdend. Dafür wurde aber auch zum zweiten Frühstück viel Milch getrunken und dann bis 2 Uhr nachmittags in einem Heuschuppen geschlafen. Nachmittags war die Jagd sehr ergiebig, denn bis Sonnenuntergang wurden 25 Birkhühner

und 2 Auer erlegt. Das Diner wurde im Jagdhaus, „einem wunderlichen Gebäude von Holz, auf einer Halbinsel im See“ eingenommen. Bismarcks Quartier „in dieser Wüstenei“, in der er fast eine Woche lang jagte, befand sich natürlich auch in einem Holzhaus. Seine „Kammer, und deren drei Stühle, zwei Tische und Bettstelle boten keine andere Farbe, als die roher Fichtenbretter, wie das ganze Haus, dessen Wände daraus bestehen. Bett sehr hart, aber nach diesen Strapazen schläft man ungewiegt.“ Aus dem Fenster sah er einen blühenden Haidehügel, darauf Birken, die sich im Winde schaukelten, zwischen ihnen hindurch den Seespiegel, jenseits Tannenwald. Neben dem Hause aber war ein Zeltlager für Jäger, Kutscher, Diener und Bauern aufgeschlagen, auch eine Wagenburg wie in altgermanischer Waidherrlichkeit und eine kleine Hundestadt, 18 oder 20 Hütten, zu beiden Seiten eine Gasse, die sie bilden, aus jeder schaute ein von der Jagdpflicht ermüdetes Hundegesicht, auch noch am darauf folgenden Sonntage. In der Nacht zum Montag aber schlichen sich sechs Wölfe an dieses Waldjägerdörfchen heran und zerrissen einen armen Ochsen. Die Jagdgesellschaft fand ihre frischen Spuren, da sie schon um 4 Uhr aufbrach, wurde der Wölfe aber nicht mehr ansichtig. Nur 4 Birkhühner erlegte man bis abends 8 Uhr, dazwischen schlief Bismarck 2 Stunden auf gemähtem Heidekraut. Als ihm eben der Hund stand, und er mehr auf ihn, als auf den Boden sah, über den er dahin schritt, fiel er und verletzte sich am linken Schienbein. Das hinderte ihn nicht, am Dienstag (den 18. August) die „ungewöhnlich anstrengende Jagd, weit fort und felsig,“ mitzumachen, die ihm einen jungen Auerhahn einbrachte, ihn aber auch „so zahm“ machte, daß er am 19. zu Hause sitzen blieb und Umschläge auflegte, um andern Tages „reisefähig und übermorgen wieder jagdfähig“ zu sein. Er bewundert sich dabei selbst, daß er bei dem reizenden Wetter allein zurückgeblieben ist, kann sich aber „des schändlichen Neides nicht erwehren, daß die andern auch nichts schießen werden. Es ist etwas zu spät im Jahre, die Hühner halten nicht mehr, sonst wäre die Jagd viel reichlicher.“ Dabei tröstet er sich aber auch mit den reizenden

Gegenden, die er trotz seines verletzten Schienbeins am Vortage noch durchschritten hat, „große Seen mit Inseln und Ufern, Bergströme über Felsblöcke, Granitufer mit Tannen und grauen Felsmassen, meilenweite Flächen ohne Häuser und ohne Äcker, alles, wie es Gott geschaffen hat, Wald, Feld, Haide, Sumpf, See. Ich werde doch wohl hierher auswandern.“ Und dabei unterhielt er sich den ganzen Tag damit, dänisch zu lernen und zwar von dem Doktor, der ihm Umschläge machte. Die Jagdgesellschaft hatte diesen aus Kopenhagen mitgenommen. „Hier gibt es keine. Seit sich das Gerücht von der Anwesenheit eines Arztes hier im Walde verbreitet hat, strömen täglich 20 bis 30 Hüttenbewohner hierher, um seinen Rat zu holen.“ Die Kunde von seiner Anwesenheit war verbreitet worden durch „ein sehr spaßhaftes Tanzfest“, das am Sonntag (den 16. August) den auf den 5 Quadratmeilen des Jagdgebietes wohnenden Waldbauern gegeben worden war, und bei dem die Musik abwechselnd gesungen und gespielt wurde. „Und nun kommen die Krüppel, die seit 20 Jahren unheilbar sind, und hoffen Hilfe von ihm.“ Die Welteinsamkeit dieser Wälder ist außerdem trefflich veranschaulicht durch die Thatsache, daß Bismarck alle die tagebuchartigen Briefe an die Gattin, denen die vorstehenden Schilderungen entnommen sind, selbst an die Küste zur Post mitnehmen mußte. Denn jeder Bote hätte auf dem kürzesten Wege dorthin 12 Meilen gehen müssen.

Am 20. August traf Bismarck wieder in Kopenhagen ein. Am 25. reiste er von hier ab und erstattete dem Minister Manteuffel am folgenden Tage in Berlin Bericht über die dortigen Eindrücke. Schon am 31. aber trat er einen neuen größeren Jagdausflug an und zwar nach Kurland. In Polangen („welches übrigens nicht in Preußen, sondern in Rußland liegt“) fand er vier Briefe seiner Frau vor, aus denen er ersah, daß es ihr und den Kindern wohl ergangen sei. In Dondangen in Kurland oblag er alsbald wieder aufs eifrigste der Jagd. Außer verschiedenen Rehböcken und Damhirschen erlegte er 5 Elen, darunter „einen sehr starken Hirsch, der 6 Fuß 8 Zoll hoch war und dann noch den kolossalen Kopf darüber

trug." Da das Tier nach dem ersten Schuß noch lebte, gab ihm Bismarck den Gnadenschuß. Kaum war das aber geschehen, so kam ein anderer, wohl noch größerer vorbeigetrabt. „Ich mußte mich begnügen, ihn freundlich anzusehen, da ich keinen Schuß mehr hatte. Diesen Kummer kann ich gar nicht los werden und muß ihn dir klagen." Am 10. September abends wurde dann zu Wagen die Rückreise aus dieser kurländischen Waldwildnis gegen Memel angetreten und, „40 Meilen Wegs ohne Chaussee, durch Wald und Wüste in 29 Stunden zurückgelegt, im offenen Wagen über Stock und Block, daß man sich halten mußte, um nicht herauszufallen." Nach drei Stunden Schlaf in Memel, ging es am 12. September früh mit Dampfschiff weiter nach Königsberg und am nämlichen Tage abends weiter nach Berlin zum Empfange des russischen Kaisers. Für alle Gebresten, welche die „Frankfurter Diners" angestiftet haben mochten, waren diese außerordentlichen Strapazen und Entbehrungen jedenfalls noch wesentlich heilkräftiger als die zahme Kissinger Kur, bei der Bismarck zwei Jahre zuvor in Frankfurt selbst sich kasteit hatte.

Am Schlusse dieser kurzen Umschau über Bismarcks persönliche Erlebnisse von 1854 bis Ende 1858 mögen zwei Briefe an die Schwester Erwähnung finden, die höchst bezeichnend für Bismarcks Denkweise und Charakter sind. In beiden Briefen handelt es sich um Weihnachtsgeschenke, welche die Schwester für Bismarcks Gattin in Berlin einkaufen soll. Da zeigt sich denn, daß derselbe Mann, der keine „Material- und Geldverschwendung" scheut, wenn es gilt, aus seinen nicht sehr hoch bemessenen Gehalts- und Repräsentationsaufwandsgeldern die höchsten Anforderungen der Frankfurter Geselligkeit zu befriedigen, zur Weihnachtsfreude seiner über alles geliebten Gemahlin nur bescheidene Summen aufzuwenden wagt. Nebenher erfahren wir auch, wie er die ihr zugedachten Geschenke mit feinsinnigem Geschmack auswählt. In dem ersten dieser Briefe, vom 19. Dezember 1857, ersucht er die Schwester, seiner Johanna eine Bijouterie zu besorgen: „sie wünscht sich ein Opalherz, wie Du es hast, und des Menschen Wille ist sein Himmelreich; ich will

etwa 200 Thaler dafür ausgeben." Dann „ein Kleid zu etwa 100 Thaler, nicht mehr; sie wünscht sich sehr licht weiß, à deux passes, moirée antique, oder so etwas; 10 Stab gebraucht sie (gegen 20 Ellen). Findest du sehr preiswürdig und hübsch einen vergoldeten Fächer, der sehr rasselt, so kaufe ihn auch, höchstens 10 Thaler, ich kann die Dinger nicht leiden." Endlich „eine warme große Decke, im Wagen über die Kniee zu legen, mit Dessin von Tiger, Köpfe mit Glasaugen darauf, kann auch Fuchs oder Nilpferd imitieren, irgend ein reißendes Tier, wird kaum 10 Thaler kosten. Wenn Du eine reizende Schwester bleiben willst, so kaufe mir das alles und schicke es gleich mit Eilfracht her." Ein Jahr später, am 10. Dezember 1858, beauftragte er die Schwester abermals mit einer Weihnachtskommission: „Ich möchte Johanna ein Armband schenken, die Gattung, die mir vorschwebt, ist breit, glatt, panzerartig, biegsam, aus schachbrettartig zusammengefügten kleinen viereckigen Goldstücken bestehend, ohne Juwelen, reines Gold, so schwer wie es für etwa 200 Thaler zu haben ist. Was gerade Mode ist, hat um deshalb für mich nicht den Vorzug; man behält dergleichen doch länger als die Mode dauert. Sei so gut und laß es an „Hofrat X., Preußische Gesandtschaft" adressieren, mit eingelegter Zuschrift an mich, sonst denkt der alte Herr, daß es eine kleine Aufmerksamkeit für ihn ist."

Bisher wurden Bismarcks persönliche Erlebnisse und Eindrücke in den Jahren 1854 bis Ende 1858 verfolgt und daraus das Bild seines Wesens und Charakters zu ergänzen gesucht. Zur Vollständigkeit dieses Bildes gehört aber zweifellos auch ein Gesamtüberblick über Bismarcks amtliche Thätigkeit in Frankfurt von 1851 bis Ende 1858. Schon früher ist sein Wirken in den ersten drei Jahren seiner Gesandtschaftsthätigkeit am Bundestage zusammenfassend gewürdigt worden. Das dort Gesagte finden wir bestätigt und verstärkt, wenn wir seine Leistungen von 1854 bis Ende 1858 vergleichen mit denen jener ersten drei Frankfurter Jahre. Denn schon Bismarcks erste Berichte und Briefe aus Frankfurt zeigen dieselbe vielseitige und gründliche politische Beobachtung, dieselbe

geniale diplomatische Naturanlage, wie seine letzten. An dem herben Urteil, das er gleich in den ersten vierzehn Tagen seines Frankfurter Aufenthaltes über die „superklugen Bundestagsmenschen" gefällt hat, braucht er nichts zu ändern bis zu seinem Abgang von Frankfurt im Frühjahr 1859; an der Gesandtenportraits-Gesamtgallerie, die er 1853 dem Minister zusammenstellte, bedürfen kaum einige Züge an Einzelnen späterer Berichtigung. Nicht minder scharfsinnig und gründlich erforscht und beurteilt Bismarck die Haltung der einzelnen Bundesstaaten und Souveräne, die hinter jenen Gesandten stehen und ihnen Instruktionen für ihre Abstimmungen am Bundestag erteilen. Der letzte Zweck aller dieser Ermittelungen ist auch hier nicht etwa Behagen an pikantem persönlichem Stoff, Hofintriguen, fürstlichen Neigungen, Abneigungen, Schwächen u. dgl., sondern die Feststellung, wie jeder dieser Staaten im Stande ruhigen Beharrens, aus Natur oder Temperament, zu Preußen sich richtet, oder wie äußere Antriebe auf ihn wirken, und welche dieser Antriebe geeignet sind, ihn für Preußen zu gewinnen oder in seiner Anlehnung an Preußen zu befestigen. Hierbei wird schon nach kurzer Beobachtung, die keiner schönfärbenden Selbsttäuschung zugänglich ist, das für Preußen höchst ungünstige rechnerische Ergebnis gewonnen, daß Preußen nur ganz weniger Stimmen am Bunde unbedingt sicher ist. Der preußischen Politik Hauptaufgabe, die Bismarck in achtjähriger unablässiger Arbeit zu lösen sucht (man darf sagen in achtjährigem unaufhörlichem und immer erfolgreichem Kampfe) bleibt also: die Mehrzahl der Preußen abgeneigten Stimmen in all den zahllosen Fragen, welche den Bund während dieser Jahre beschäftigen, für Preußen zu gewinnen oder sie doch dem Gegner nicht zufallen zu lassen. Und so wechselvoll alle diese Fragen sind, noch mannigfaltiger und unerschöpflicher sind Bismarcks Hilfsmittel und Wege zu dem einen Ziele, dem er mit ebensoviel kühl abwägender Einsicht als unbeugsamer lebendiger Thatkraft zustrebt. Presse und Vereine, Reden und Beschlüsse der Kammern Preußens und der Einzellandtage, die Organisation gemeinsamer wirtschaftlicher oder landsmannschaftlicher Interessen, religiöse Überzeugungen, konser-

[illegible] Regungen, [illegible] Zwecke zu [illegible], [illegible] Neigungen und Abneigungen [illegible] oder einzelner [illegible] Das [illegible] Preußens [illegible] zu [illegible] [illegible] der [illegible] Erfolge.

[illegible] ist aber auch in der Verwendung und Wirkung [illegible] im Laufe dieser [illegible] Jahre [illegible] zu erkennen. Die Bescheidenheit Bismarcks dem [illegible] gegenüber, die demütige [illegible] seines Königs, [illegible] von Anfang bis zu Ende dieselbe. Nicht minder [illegible] Bereitwilligkeit, mit allen Frankfurter Kollegen, auch den unangenehmen und unehrlichen, in geselliger Eintracht zu leben und den Faden friedlicher Verständigung unversehrt zu erhalten. Um so wirksamer ist dann Bismarcks Auftreten in den Kreisen dieser „Honoratiorenressource", wenn er stolz und kühn mit dem zornigen Blitz seines Auges und Wortes die Gegner trifft, welche Preußen lähmen, demütigen, vergewaltigen wollen. Widerwillig verehren auch die Feinde in ihm den stärksten Geist und Charakter, der je dieser Versammlung angehörte; ihm klagen nicht selten die Gesandten, die mutlos zu Österreichs Übergriffen schweigen, am Ende der Sitzung das Elend ihrer Lage. Das allgemeine Vertrauen, das er genießt, befähigt ihn, die tiefsten Geheimnisse der einzelnen Bundesgesandten und -Regierungen, ja der fremden Gesandten und Staaten zu erfahren und fortlaufend nach Berlin zu berichten. So wandelt sein rastloser Geist und seine unermüdliche Thatkraft allmählich das dienstliche Verhältnis, in dem er steht.

Er ist nicht der Empfangende, sondern der Gebende. Nicht der Minister erteilt ihm Aufschlüsse und Instruktionen, sondern immer mehr befolgt Manteuffel die Richtschnur, welche Bismarck der preußischen Politik in der bescheidenen Form unmaßgeblicher Ratschläge vorzeichnet. Immer häufiger werden Bismarcks „Pendelbewegungen“ zwischen Frankfurt und Berlin. In einem einzigen der letzten Jahre reist er auf Wunsch des Königs etwa zwanzigmal nach Berlin. In allen wichtigeren Fragen, auch in solchen, die den Bund nicht unmittelbar berühren, erfordern und hören König und Minister seinen persönlichen Rat. Die Versuche, die Frankreich während des Krimkrieges und Österreich wiederholt machen, durch heftige Beschwerden in Berlin den unbequemen preußischen Bundestagsgesandten aus Frankfurt zu beseitigen, fallen platt zu Boden. Zu den wichtigsten vertraulichen Eröffnungen und Verhandlungen wird Bismarck außerdem nach Darmstadt, Karlsruhe, München, Stuttgart, Hannover, Kassel, Nassau, endlich nach Paris gesandt und überall gewinnt er das vollste Vertrauen der Fürsten, der Minister und bedeutende Ergebnisse.

Es ist ein seltener Genuß, diesem mächtig aufsteigenden Fluge eines genialen Geistes zu folgen — aber wie wenige unseres Volkes vermochten sich bisher diesen Genuß zu verschaffen. Wie wenige mögen die Berichte Bismarcks vom Bundestage vollständig durchgelesen haben, und daneben alle sonstigen bis jetzt bekannten Briefe Bismarcks aus derselben Zeit. Dieses Werk hat sich daher die Aufgabe gesetzt, jedem aus unserem Volke diesen hohen Genuß zu verschaffen, indem es Bismarcks Wirken bei jeder einzelnen wichtigeren Frage dieser acht Jahre verfolgte und seine hauptsächlichsten Äußerungen und Anschauungen im Wortlaute mitteilte. Dadurch tritt sein Bild und Charakter überall in selbstgezeichneten Linien vor den Leser. Die staatsmännische Bedeutung dieser Berichte und Briefe Bismarcks aber stellt sich ohne weiteres an die Seite der berühmtesten Meisterwerke dieser Art. Man verfolge z. B. die amtliche Korrespondenz Richelieus, welche die prächtige Ausgabe Avenels aus dem Dunkel der französischen Archive an die Sonne unserer Tage ge-

hoben hat. Oder man lese die Gesandtschaftsberichte und Briefe Machiavellis, welche die auch ins Deutsche übersetzte treffliche Biographie Villaris uns bietet, darunter einige hundert zum erstenmal gedruckte. Und dann vergleiche man die Auffassung, Sprache und Darstellung der beiden großen Staatsmänner Frankreichs und Italiens mit den Berichten und Briefen unseres Bismarck aus Frankfurt. Da wird man überrascht sein von der erstaunlichen Ähnlichkeit alles dessen, was zum Kennzeichen staatsmännischer Meisterschaft gehört. Alle drei zeigen dieselbe unbarmherzige Wahrheitsliebe bei der Wägung und Schätzung aller persönlichen und dinglichen politischen Kräfte, aller Menschen, Verhältnisse, Nationen, die bei irgend einem Unternehmen oder Anliegen des Staates in Betracht kommen können. Im voraus berechnen die drei Staatsmänner alle möglichen Einwände und Züge der Gegner und halten danach für alle denkbaren Fälle die Erwiderungen, die Gegenzüge bereit. Richelieus ständige Vorstellung in den Berichten an Louis XIII. oder an dessen Vertraute: „Wir werden dann sagen, wir werden dann wohl antworten“ u. s. w. hat eine überraschende Ähnlichkeit mit der Wendung Bismarcks in den Schreiben an Manteuffel: „Unsere Antwort würde vielleicht, würde ungefähr darauf hinweisen“ u. s. w. In merkwürdigster Weise ähneln dagegen wieder Bismarcks Berichte, Denkschriften und Briefe denen Machiavellis in Bezug auf die taciteische Kürze und Schärfe des Ausdrucks, den sprühenden Mutterwitz und die Fülle treffendster Bilder, die der Feder von selbst zufließen. Der Leser mag in Villaris Werk nur irgend eine Seite aufschlagen, welche Berichte und Schreiben Machiavells im Wortlaut enthält, sei es an die Signoria in Florenz oder an Giucciardin oder Francesco Vettore, über Machiavellis Sendung nach Frankreich oder zum Kaiser Maximilian, nach Carpi oder zu dem Duzfreund aus Kindheitstagen Giulio v. Medici, der als Klemens VII. in Rom die dreifache Krone trug — immer steht uns der Ruf auf der Lippe: das könnte unser Bismarck geschrieben haben! Endlich ist auch die Hauptsache den drei Meistern der Staatskunst in gleichem Maße zu eigen: die rastlose und hingebendste Arbeit für ihr Volk, ihren Staat. Und

auch jenes schöne Urteil, welches Robert v. Mohl über Machiavellis Schriften fällt, gilt ganz und voll von Bismarcks Staatsschriften: „Wenn es überhaupt wahr ist, daß der Stil den Menschen zeigt, so beweist der seinige die ausgeprägteste und klarste Männlichkeit."

Aber in den Mitteln und Wegen, die ihnen für erlaubt gelten, um ihrem Staate zu Freiheit, Größe und Macht zu verhelfen, zeigt sich der bedeutsame Gegensatz der Zeiten und Völker, in denen die drei Staatsmänner wirkten und lebten. In der entsetzlichen sittlichen Verwilderung und Fäulnis seines Zeitalters, in der fast hoffnungslosen Zerrissenheit seines Vaterlandes, erklärt Machiavelli in seinem „Buche vom Fürsten" jedes Mittel, auch den Meuchelmord, den treulosesten Verrat für erlaubt, um Italiens Einheit und verlorene Größe, dessen Reinigung von den „Fremden" wieder zu gewinnen. Sittlich nicht viel geläuterter und besser sind die Mittel, welche der Minister des allerchristlichsten Königs von Frankreich, der Kardinal der römischen Kirche, Richelieu, zur Erreichung seines Lebenszieles anwendet. Was von den Großen des Landes seit den Tagen Ludwigs XI. noch ungebrochen dasteht, wird unerbittlich niedergeworfen. Der Herzog von Montmorency endet auf dem Schaffot, der Herzog von Bouillon wird seiner Herrschaft Sedan beraubt, der Bruder des Königs, Gaston, geächtet; die Hugenotten werden mit Füßen getreten, das Recht hundertfach gebeugt; dem Ausland gegenüber kennt Richelieu vollends für die französische Eroberungslust keine sittliche und rechtliche Schranke. Das katholische Frankreich leiht den deutschen Protestanten im dreißigjährigen Kriege seine Unterstützung, um „die germanische Libertät", d. h. die Ohnmacht Deutschlands, zu vervollständigen. Herzog Bernhard von Weimar stirbt, als er unbequem geworden ist, und das von ihm eroberte Breisach, die stärkste Festung Südwestdeutschlands, fällt an Frankreich. Nichts von ähnlichen Ruchlosigkeiten hat Bismarcks Thätigkeit in Frankfurt und später mit jenen Meistern der Staatskunst gemein, denen wir ihn in allem Großen vergleichen konnten. In seinem gesamten diplomatischen Wirken ist kein unehrlicher, sittlich verwerflicher Zug. Er huldigt nicht einmal der

Kopenhagen nach Helsingborg in Schweden angetreten und hier mit dem Prinzen Friedrich von Hessen gejagt. Am 14. August aber ging es zu Wagen „etwa 15 Meilen ununterbrochen im wüstesten Walde" bis Tomsjonäs in Småland (Südschweden), „und vor mir liegen noch 25 Meilen, ehe man wieder in ackerbauende Provinzen gelangt." So schreibt er der Gattin, „wiederum die Sonntagsruhe benutzend", am 16. August. „Keine Stadt, kein Dorf weit und breit, nur einzelne Ansiedler und bretterne Hütten mit wenig Gerste und Kartoffeln, die unregelmäßig zwischen abgestorbenen Bäumen, Felsstücken und Buschwerck einige Ruten angebautes Land finden. Denke Dir von der wüstesten Gegend bei Viartlum (dem pommerschen Elterngute der Frau v. Bismarck) etwa 100 Quadratmeilen aneinander, hohes Heidekraut mit kurzem Gras und Moor wechselnd, und mit Birken, Wachholder, Tannen, Buchen, Eichen, Ellern, bald undurchdringlich dick, bald öde und dünn besetzt, das Ganze mit zahllosen Steinen, bis zur Größe von hausdicken Felsen besäet, nach wildem Rosmarin und Harz riechend; dazwischen wunderlich gestaltete Seen, von Haidehügeln und Wald umgeben, so hast Du Småland, wo ich mich dermalen befinde. Eigentlich das Land meiner Träume, unerreichbar für Depeschen und Kollegen, leider aber auch für Dich. Ich möchte wohl an einem dieser stillen Seen ein Jagdschlößchen haben und es mit allen Lieben, die ich mir jetzt in Reinfeld versammelt denke, auf einige Monate bevölkern. Der Winter wäre allerdings hier nicht auszudauern, besonders im Regenschmutz."

Hier stellte sich Bismarck nun unermüdlich „in den Dienst der Diana." Am 15. August rückte er schon um 5 Uhr früh aus, suchte in brennder Hitze, bergauf, bergab, durch Sumpf und Busch bis 11 Uhr nach Wild und fand gar nichts. Das Gehen in den Mooren und undringlichen Wachholderdickungen auf großen Steinen und Lagerholz war sehr ermüdend. Dafür wurde aber auch zum zweiten Frühstück viel Milch getrunken und dann bis 2 Uhr nachmittags in einem Heuschuppen geschlafen. Nachmittags war die Jagd sehr ergiebig, denn bis Sonnenuntergang wurden 25 Birkhühner

und 2 Auer erlegt. Das Diner wurde im Jagdhaus, „einem wunderlichen Gebäude von Holz, auf einer Halbinsel im See“ eingenommen. Bismarcks Quartier „in dieser Wüstenei“, in der er fast eine Woche lang jagte, befand sich natürlich auch in einem Holzhaus. Seine „Kammer, und deren drei Stühle, zwei Tische und Bettstelle boten keine andere Farbe, als die roher Fichtenbretter, wie das ganze Haus, dessen Wände daraus bestehen. Bett sehr hart, aber nach diesen Strapazen schläft man ungewiegt.“ Aus dem Fenster sah er einen blühenden Haidehügel, darauf Birken, die sich im Winde schaukelten, zwischen ihnen hindurch den Seespiegel, jenseits Tannenwald. Neben dem Hause aber war ein Zeltlager für Jäger, Kutscher, Diener und Bauern aufgeschlagen, auch eine Wagenburg wie in altgermanischer Waidherrlichkeit und eine kleine Hundestadt, 18 oder 20 Hütten, zu beiden Seiten eine Gasse, die sie bilden, aus jeder schaute ein von der Jagdpflicht ermüdetes Hundegesicht, auch noch am darauf folgenden Sonntage. In der Nacht zum Montag aber schlichen sich sechs Wölfe an dieses Waldjägerdörfchen heran und zerrissen einen armen Ochsen. Die Jagdgesellschaft fand ihre frischen Spuren, da sie schon um 4 Uhr aufbrach, wurde der Wölfe aber nicht mehr ansichtig. Nur 4 Birkhühner erlegte man bis abends 8 Uhr, dazwischen schlief Bismarck 2 Stunden auf gemähtem Heidekraut. Als ihm eben der Hund stand, und er mehr auf ihn, als auf den Boden sah, über den er dahin schritt, fiel er und verletzte sich am linken Schienbein. Das hinderte ihn nicht, am Dienstag (den 18. August) die „ungewöhnlich anstrengende Jagd, weit fort und felsig,“ mitzumachen, die ihm einen jungen Auerhahn einbrachte, ihn aber auch „so zahm“ machte, daß er am 19. zu Hause sitzen blieb und Umschläge auflegte, um andern Tages „reisefähig und übermorgen wieder jagdfähig“ zu sein. Er bewundert sich dabei selbst, daß er bei dem reizenden Wetter allein zurückgeblieben ist, kann sich aber „des schändlichen Neides nicht erwehren, daß die andern auch nichts schießen werden. Es ist etwas zu spät im Jahre, die Hühner halten nicht mehr, sonst wäre die Jagd viel reichlicher.“ Dabei tröstet er sich aber auch mit den reizenden

Gegenden, die er trotz seines verletzten Schienbeins am Vortage noch durchschritten hat, „große Seen mit Inseln und Ufern, Bergströme über Felsblöcke, Granitufer mit Tannen und grauen Felsmassen, meilenweite Flächen ohne Häuser und ohne Äcker, alles, wie es Gott geschaffen hat, Wald, Feld, Haide, Sumpf, See. Ich werde doch wohl hierher auswandern." Und dabei unterhielt er sich den ganzen Tag damit, dänisch zu lernen und zwar von dem Doktor, der ihm Umschläge machte. Die Jagdgesellschaft hatte diesen aus Kopenhagen mitgenommen. „Hier gibt es keine. Seit sich das Gerücht von der Anwesenheit eines Arztes hier im Walde verbreitet hat, strömen täglich 20 bis 30 Hüttenbewohner hierher, um seinen Rat zu holen." Die Kunde von seiner Anwesenheit war verbreitet worden durch „ein sehr spaßhaftes Tanzfest", das am Sonntag (den 16. August) den auf den 5 Quadratmeilen des Jagdgebietes wohnenden Waldbauern gegeben worden war, und bei dem die Musik abwechselnd gesungen und gespielt wurde. „Und nun kommen die Krüppel, die seit 20 Jahren unheilbar sind, und hoffen Hilfe von ihm." Die Welteinsamkeit dieser Wälder ist außerdem trefflich veranschaulicht durch die Thatsache, daß Bismarck alle die tagebuchartigen Briefe an die Gattin, denen die vorstehenden Schilderungen entnommen sind, selbst an die Küste zur Post mitnehmen mußte. Denn jeder Bote hätte auf dem kürzesten Wege dorthin 12 Meilen gehen müssen.

Am 20. August traf Bismarck wieder in Kopenhagen ein. Am 25. reiste er von hier ab und erstattete dem Minister Manteuffel am folgenden Tage in Berlin Bericht über die dortigen Eindrücke. Schon am 31. aber trat er einen neuen größeren Jagdausflug an und zwar nach Kurland. In Polangen („welches übrigens nicht in Preußen, sondern in Rußland liegt") fand er vier Briefe seiner Frau vor, aus denen er ersah, daß es ihr und den Kindern wohl ergangen sei. In Dondangen in Kurland oblag er alsbald wieder aufs eifrigste der Jagd. Außer verschiedenen Rehböcken und Damhirschen erlegte er 5 Elen, darunter „einen sehr starken Hirsch, der 6 Fuß 8 Zoll hoch war und dann noch den kolossalen Kopf darüber

trug." Da das Tier nach dem ersten Schuß noch lebte, gab ihm Bismarck den Gnadenschuß. Kaum war das aber geschehen, so kam ein anderer, wohl noch größerer vorbeigetrabt. „Ich mußte mich begnügen, ihn freundlich anzusehen, da ich keinen Schuß mehr hatte. Diesen Kummer kann ich gar nicht los werden und muß ihn dir klagen." Am 10. September abends wurde dann zu Wagen die Rückreise aus dieser kurländischen Waldwildnis gegen Memel angetreten und, „40 Meilen Wegs ohne Chaussee, durch Wald und Wüste in 29 Stunden zurückgelegt, im offenen Wagen über Stock und Block, daß man sich halten mußte, um nicht herauszufallen." Nach drei Stunden Schlaf in Memel, ging es am 12. September früh mit Dampfschiff weiter nach Königsberg und am nämlichen Tage abends weiter nach Berlin zum Empfange des russischen Kaisers. Für alle Gebresten, welche die „Frankfurter Diners" angestiftet haben mochten, waren diese außerordentlichen Strapazen und Entbehrungen jedenfalls noch wesentlich heilkräftiger als die zahme Kissinger Kur, bei der Bismarck zwei Jahre zuvor in Frankfurt selbst sich kasteit hatte.

Am Schlusse dieser kurzen Umschau über Bismarcks persönliche Erlebnisse von 1854 bis Ende 1858 mögen zwei Briefe an die Schwester Erwähnung finden, die höchst bezeichnend für Bismarcks Denkweise und Charakter sind. In beiden Briefen handelt es sich um Weihnachtsgeschenke, welche die Schwester für Bismarcks Gattin in Berlin einkaufen soll. Da zeigt sich denn, daß derselbe Mann, der keine „Material- und Geldverschwendung" scheut, wenn es gilt, aus seinen nicht sehr hoch bemessenen Gehalts- und Repräsentationsaufwandsgeldern die höchsten Anforderungen der Frankfurter Geselligkeit zu befriedigen, zur Weihnachtsfreude seiner über alles geliebten Gemahlin nur bescheidene Summen aufzuwenden wagt. Nebenher erfahren wir auch, wie er die ihr zugedachten Geschenke mit feinsinnigem Geschmack auswählt. In dem ersten dieser Briefe, vom 19. Dezember 1857, ersucht er die Schwester, seiner Johanna eine Bijouterie zu besorgen: „sie wünscht sich ein Opalherz, wie Du es hast, und des Menschen Wille ist sein Himmelreich; ich will

etwa 200 Thaler dafür ausgeben.“ Dann „ein Kleid zu etwa 100 Thaler, nicht mehr; sie wünscht sich sehr licht weiß, à deux passes, moirée antique, oder so etwas; 10 Stab gebraucht sie (gegen 20 Ellen). Findest du sehr preiswürdig und hübsch einen vergoldeten Fächer, der sehr rasselt, so kaufe ihn auch, höchstens 10 Thaler, ich kann die Dinger nicht leiden.“ Endlich „eine warme große Decke, im Wagen über die Kniee zu legen, mit Dessin von Tiger, Köpfe mit Glasaugen darauf, kann auch Fuchs oder Nilpferd imitieren, irgend ein reißendes Tier, wird kaum 10 Thaler kosten. Wenn Du eine reizende Schwester bleiben willst, so kaufe mir das alles und schicke es gleich mit Eilfracht her.“ Ein Jahr später, am 10. Dezember 1858, beauftragte er die Schwester abermals mit einer Weihnachtskommission: „Ich möchte Johanna ein Armband schenken, die Gattung, die mir vorschwebt, ist breit, glatt, panzerartig, biegsam, aus schachbrettartig zusammengefügten kleinen viereckigen Goldstücken bestehend, ohne Juwelen, reines Gold, so schwer wie es für etwa 200 Thaler zu haben ist. Was gerade Mode ist, hat um deshalb für mich nicht den Vorzug; man behält dergleichen doch länger als die Mode dauert. Sei so gut und laß es an „Hofrat X., Preußische Gesandtschaft“ adressieren, mit eingelegter Zuschrift an mich, sonst denkt der alte Herr, daß es eine kleine Aufmerksamkeit für ihn ist.“

Bisher wurden Bismarcks persönliche Erlebnisse und Eindrücke in den Jahren 1854 bis Ende 1858 verfolgt und daraus das Bild seines Wesens und Charakters zu ergänzen gesucht. Zur Vollständigkeit dieses Bildes gehört aber zweifellos auch ein Gesamtüberblick über Bismarcks amtliche Thätigkeit in Frankfurt von 1851 bis Ende 1858. Schon früher ist sein Wirken in den ersten drei Jahren seiner Gesandtschaftsthätigkeit am Bundestage zusammenfassend gewürdigt worden. Das dort Gesagte finden wir bestätigt und verstärkt, wenn wir seine Leistungen von 1854 bis Ende 1858 vergleichen mit denen jener ersten drei Frankfurter Jahre. Denn schon Bismarcks erste Berichte und Briefe aus Frankfurt zeigen dieselbe vielseitige und gründliche politische Beobachtung, dieselbe

geniale diplomatische Naturanlage, wie seine letzten. An dem herben Urteil, das er gleich in den ersten vierzehn Tagen seines Frankfurter Aufenthaltes über die „superklugen Bundestagsmenschen“ gefällt hat, braucht er nichts zu ändern bis zu seinem Abgang von Frankfurt im Frühjahr 1859; an der Gesandtenportraits-Gesamtgallerie, die er 1853 dem Minister zusammenstellte, bedürfen kaum einige Züge an Einzelnen späterer Berichtigung. Nicht minder scharfsinnig und gründlich erforscht und beurteilt Bismarck die Haltung der einzelnen Bundesstaaten und Souveräne, die hinter jenen Gesandten stehen und ihnen Instruktionen für ihre Abstimmungen am Bundestag erteilen. Der letzte Zweck aller dieser Ermittelungen ist auch hier nicht etwa Behagen an pikantem persönlichem Stoff, Hofintriguen, fürstlichen Neigungen, Abneigungen, Schwächen u. dgl., sondern die Feststellung, wie jeder dieser Staaten im Stande ruhigen Beharrens, aus Natur oder Temperament, zu Preußen sich richtet, oder wie äußere Antriebe auf ihn wirken, und welche dieser Antriebe geeignet sind, ihn für Preußen zu gewinnen oder in seiner Anlehnung an Preußen zu befestigen. Hierbei wird schon nach kurzer Beobachtung, die keiner schönfärbenden Selbsttäuschung zugänglich ist, das für Preußen höchst ungünstige rechnerische Ergebnis gewonnen, daß Preußen nur ganz weniger Stimmen am Bunde unbedingt sicher ist. Der preußischen Politik Hauptaufgabe, die Bismarck in achtjähriger unablässiger Arbeit zu lösen sucht (man darf sagen in achtjährigem unaufhörlichem und immer erfolgreichem Kampfe) bleibt also: die Mehrzahl der Preußen abgeneigten Stimmen in all den zahllosen Fragen, welche den Bund während dieser Jahre beschäftigen, für Preußen zu gewinnen oder sie doch dem Gegner nicht zufallen zu lassen. Und so wechselvoll alle diese Fragen sind, noch mannigfaltiger und unerschöpflicher sind Bismarcks Hilfsmittel und Wege zu dem einen Ziele, dem er mit ebensoviel kühl abwägender Einsicht als unbeugsamer lebendiger Thatkraft zustrebt. Presse und Vereine, Reden und Beschlüsse der Kammern Preußens und der Einzellandtage, die Organisation gemeinsamer wirtschaftlicher oder landsmannschaftlicher Interessen, religiöse Überzeugungen, konser-

vative, liberale, nationale Regungen, weiß er ebenso geschickt zu diesem Zwecke zu verwenden, wie hochfürstliche Neigungen und Abneigungen und wie die Eigentümlichkeiten aller einzelner Minister oder Staaten. Als letzte und gewichtigste Karte Preußens in diesem Spiel um Preußens Machtstellung in Deutschland weiß er aber immer rechtzeitig jenen Trumpf auszuspielen, der von der Versammlung in der Eschenheimer Gasse so häufig vergessen wurde: Preußens Großmachtstellung und unverwüstliche Bündnisfähigkeit in der Schätzung fremder Mächte. Dadurch erzielt er in den wichtigsten und gefährlichsten Verwickelungen dieser acht Jahre die glänzendsten, auch für die Zukunft Preußens und Deutschlands segensreichsten Erfolge.

Unleugbar ist aber auch in der Verwendung und Wirkung dieser gottbegnadeten, reichen natürlichen Anlagen im Laufe dieser acht Jahre eine reifende Entwickelung zu erkennen. Die Bescheidenheit Bismarcks dem vorgesetzten Minister gegenüber, die demütige treue Unterwerfung unter die gebietende Bestimmung seines Königs, bleibt allerdings von Anfang bis zu Ende dieselbe. Nicht minder die liebenswürdige Bereitwilligkeit, mit allen Frankfurter Kollegen, auch den unangenehmsten und unehrlichsten, in geselliger Eintracht zu leben und den Faden friedlicher Verständigung unversehrt zu erhalten. Um so wirksamer ist dann Bismarcks Auftreten in den Kreisen dieser „Honoratiorenressource", wenn er stolz und kühn mit dem zornigen Blitz seines Auges und Wortes die Gegner trifft, welche Preußen lähmen, demütigen, vergewaltigen wollen. Widerwillig verehren auch die Feinde in ihm den stärksten Geist und Charakter, der je dieser Versammlung angehörte; ihm klagen nicht selten die Gesandten, die mutlos zu Österreichs Übergriffen schwiegen, am Ende der Sitzung das Elend ihrer Lage. Das allgemeine Vertrauen, das er genießt, befähigt ihn, die tiefsten Geheimnisse der einzelnen Bundesgesandten und -Regierungen, ja der fremden Gesandten und Staaten zu erfahren und fortlaufend nach Berlin zu berichten. So wandelt sein rastloser Geist und seine unermüdliche Thatkraft allmählich das dienstliche Verhältnis, in dem er steht.

Er ist nicht der Empfangende, sondern der Gebende. Nicht der Minister erteilt ihm Aufschlüsse und Instruktionen, sondern immer mehr befolgt Manteuffel die Richtschnur, welche Bismarck der preußischen Politik in der bescheidenen Form unmaßgeblicher Ratschläge vorzeichnet. Immer häufiger werden Bismarcks „Pendelbewegungen“ zwischen Frankfurt und Berlin. In einem einzigen der letzten Jahre reist er auf Wunsch des Königs etwa zwanzigmal nach Berlin. In allen wichtigeren Fragen, auch in solchen, die den Bund nicht unmittelbar berühren, erfordern und hören König und Minister seinen persönlichen Rat. Die Versuche, die Frankreich während des Krimkrieges und Österreich wiederholt machen, durch heftige Beschwerden in Berlin den unbequemen preußischen Bundestagsgesandten aus Frankfurt zu beseitigen, fallen platt zu Boden. Zu den wichtigsten vertraulichen Eröffnungen und Verhandlungen wird Bismarck außerdem nach Darmstadt, Karlsruhe, München, Stuttgart, Hannover, Kassel, Nassau, endlich nach Paris gesandt und überall gewinnt er das vollste Vertrauen der Fürsten, der Minister und bedeutende Ergebnisse.

Es ist ein seltener Genuß, diesem mächtig aufsteigenden Fluge eines genialen Geistes zu folgen — aber wie wenige unseres Volkes vermochten sich bisher diesen Genuß zu verschaffen. Wie wenige mögen die Berichte Bismarcks vom Bundestage vollständig durchgelesen haben, und daneben alle sonstigen bis jetzt bekannten Briefe Bismarcks aus derselben Zeit. Dieses Werk hat sich daher die Aufgabe gesetzt, jedem aus unserem Volke diesen hohen Genuß zu verschaffen, indem es Bismarcks Wirken bei jeder einzelnen wichtigeren Frage dieser acht Jahre verfolgte und seine hauptsächlichsten Äußerungen und Anschauungen im Wortlaute mitteilte. Dadurch tritt sein Bild und Charakter überall in selbstgezeichneten Linien vor den Leser. Die staatsmännische Bedeutung dieser Berichte und Briefe Bismarcks aber stellt sich ohne weiteres an die Seite der berühmtesten Meisterwerke dieser Art. Man verfolge z. B. die amtliche Korrespondenz Richelieus, welche die prächtige Ausgabe Avenels aus dem Dunkel der französischen Archive an die Sonne unserer Tage ge-

hoben hat. Oder man lese die Gesandtschaftsberichte und Briefe Machiavellis, welche die auch ins Deutsche übersetzte treffliche Biographie Villaris uns bietet, darunter einige hundert zum erstenmal gedruckte. Und dann vergleiche man die Auffassung, Sprache und Darstellung der beiden großen Staatsmänner Frankreichs und Italiens mit den Berichten und Briefen unseres Bismarck aus Frankfurt. Da wird man überrascht sein von der erstaunlichen Ähnlichkeit alles dessen, was zum Kennzeichen staatsmännischer Meisterschaft gehört. Alle drei zeigen dieselbe unbarmherzige Wahrheitsliebe bei der Wägung und Schätzung aller persönlichen und dinglichen politischen Kräfte, aller Menschen, Verhältnisse, Nationen, die bei irgend einem Unternehmen oder Anliegen des Staates in Betracht kommen können. Im voraus berechnen die drei Staatsmänner alle möglichen Einwände und Züge der Gegner und halten danach für alle denkbaren Fälle die Erwiderungen, die Gegenzüge bereit. Richelieus ständige Vorstellung in den Berichten an Louis XIII. oder an dessen Vertraute: „Wir werden dann sagen, wir werden dann wohl antworten" u. s. w. hat eine überraschende Ähnlichkeit mit der Wendung Bismarcks in den Schreiben an Manteuffel: „Unsere Antwort würde vielleicht, würde ungefähr darauf hinweisen" u. s. w. In merkwürdigster Weise ähneln dagegen wieder Bismarcks Berichte, Denkschriften und Briefe denen Machiavellis in Bezug auf die taciteische Kürze und Schärfe des Ausdrucks, den sprühenden Mutterwitz und die Fülle treffendster Bilder, die der Feder von selbst zufließen. Der Leser mag in Villaris Werk nur irgend eine Seite aufschlagen, welche Berichte und Schreiben Machiavells im Wortlaut enthält, sei es an die Signoria in Florenz oder an Giucciardin oder Francesco Vettore, über Machiavellis Sendung nach Frankreich oder zum Kaiser Maximilian, nach Carpi oder zu dem Duzfreund aus Kindheitstagen Giulio v. Medici, der als Klemens VII. in Rom die dreifache Krone trug — immer steht uns der Ruf auf der Lippe: das könnte unser Bismarck geschrieben haben! Endlich ist auch die Hauptsache den drei Meistern der Staatskunst in gleichem Maße zu eigen: die rastlose und hingebendste Arbeit für ihr Volk, ihren Staat. Und

auch jenes schöne Urteil, welches Robert v. Mohl über Machiavellis Schriften fällt, gilt ganz und voll von Bismarcks Staatsschriften: „Wenn es überhaupt wahr ist, daß der Stil den Menschen zeigt, so beweist der seinige die ausgeprägteste und klarste Männlichkeit."

Aber in den Mitteln und Wegen, die ihnen für erlaubt gelten, um ihrem Staate zu Freiheit, Größe und Macht zu verhelfen, zeigt sich der bedeutsame Gegensatz der Zeiten und Völker, in denen die drei Staatsmänner wirkten und lebten. In der entsetzlichen sittlichen Verwilderung und Fäulnis seines Zeitalters, in der fast hoffnungslosen Zerrissenheit seines Vaterlandes, erklärt Machiavelli in seinem „Buche vom Fürsten" jedes Mittel, auch den Meuchelmord, den treulosesten Verrat für erlaubt, um Italiens Einheit und verlorene Größe, dessen Reinigung von den „Fremden" wieder zu gewinnen. Sittlich nicht viel geläuterter und besser sind die Mittel, welche der Minister des allerchristlichsten Königs von Frankreich, der Kardinal der römischen Kirche, Richelieu, zur Erreichung seines Lebenszieles anwendet. Was von den Großen des Landes seit den Tagen Ludwigs XI. noch ungebrochen dasteht, wird unerbittlich niedergeworfen. Der Herzog von Montmorency endet auf dem Schaffot, der Herzog von Bouillon wird seiner Herrschaft Sedan beraubt, der Bruder des Königs, Gaston, geächtet; die Hugenotten werden mit Füßen getreten, das Recht hundertfach gebeugt; dem Ausland gegenüber kennt Richelieu vollends für die französische Eroberungslust keine sittliche und rechtliche Schranke. Das katholische Frankreich leiht den deutschen Protestanten im dreißigjährigen Kriege seine Unterstützung, um „die germanische Libertät", d. h. die Ohnmacht Deutschlands, zu vervollständigen. Herzog Bernhard von Weimar stirbt, als er unbequem geworden ist, und das von ihm eroberte Breisach, die stärkste Festung Südwestdeutschlands, fällt an Frankreich. Nichts von ähnlichen Ruchlosigkeiten hat Bismarcks Thätigkeit in Frankfurt und später mit jenen Meistern der Staatskunst gemein, denen wir ihn in allem Großen vergleichen konnten. In seinem gesamten diplomatischen Wirken ist kein unehrlicher, sittlich verwerflicher Zug. Er huldigt nicht einmal der

Weisheit Talleyrands, die seit dem Anfang des Jahrhunderts der diplomatischen Zunft als die höchste gilt: daß die Sprache nur gegeben sei, um die Gedanken zu verbergen. Er sagt rund heraus, was er denkt, auch was er erstrebt, so weit das gesagt werden kann, und gerade dadurch verblüfft und verwirrt er die „superklugen Bundestagsmenschen" und die fremden Gesandten am meisten. Eine neue Aera der Diplomatie, nicht minder gewaltig als die der alten Meister, aber ehrlicher, wahrhaftiger, rechtsliebender, friedfertiger als die alte, ist mit ihm angebrochen.

Indem wir Bismarck schon in dem Stadium seines Frankfurter Wirkens an die Seite des großen florentinischen Vorkämpfers der italienischen Einheit und an die Seite des Begründers der modernen französischen Staatseinheit stellten, haben wir auch bereits angedeutet, wie weit die nationale Entwickelung Bismarcks während der Jahre seines Frankfurter Aufenthaltes gediehen ist. Wir kommen dem Wesen dieser Entwickelung näher, wenn wir noch einmal die politischen Anschauungen Bismarcks in der deutschen Frage zur Zeit seines Amtsantrittes in Frankfurt zusammenfassen. Damals betrachtete Bismarck die Erhaltung der ungeschmälerten preußischen Königsgewalt und demgemäß die Bekämpfung jeder revolutionären Anschauung als die Hauptaufgabe aller preußischen und deutschen Politik. Denn auf dem Königtum beruhte Preußen und auf Preußen und der Eintracht mit Österreich Ordnung, Friede und Recht in Deutschland. Selbst die preußische Verfassung war Bismarck widerwärtig gewesen, weil das Versprechen ihres Erlasses dem König von der Revolution abgetrotzt war. Was dereinst noch aus ihr werden würde, stand in den Kreisen der Kreuzzeitungspartei, der Bismarck bei seinem Abgang nach Frankfurt, im Mai 1851, noch anhing, zur Zeit nicht fest. Der nationalen Bewegung und der Verfassungseinheit der Jahre 1848 und 1849, dem Dreikönigsbündnis und dem Verfassungswerke von Erfurt, ja auch den ehrlichen und aufopfernden Preußenfreunden, den Gothaern, hatte sich Bismarck feindlich gegenübergestellt. Denn jene Verfassungen beschränkten die Rechte des Königs und Preußens Machtstellung in

einer nach Bismarcks damaliger Auffassung unerträglichen Weise durch das Reichs- oder Bundesparlament, durch den Fürstenrat u. s. w. Und endlich lösten beide Verfassungen jede Verbindung mit Österreich. Dieses eine genügte schon, um Bismarcks Wort, Stimme und That gegen jene Verfassungen in die Wagschale zu werfen. „Vor 16 Jahren lebte ich ruhig als Landedelmann," sagte er am 10. Juni 1866 zu dem französischen Journalisten Vilbort, „da mich der Wille des Königs als Bundestagsgesandten nach Frankfurt rief. Ich war auferzogen in der Bewunderung, ich möchte sagen in der religiösen Verehrung der österreichischen Politik." Deshalb schon sah Bismarck auch das Erfurter Verfassungswerk mit Freuden scheitern und betrachtete den Olmützer Vertrag keineswegs als Niederlage Preußens. Die Wiederaufrichtung des Bundestages und Preußens Wiedereintritt in denselben nach den Dresdener Konferenzen, erschien ihm erfreulich, da hier das beste Zuchtmittel gegen die Revolution gegeben war. Auch ehrenvoll für Preußen hielt Bismarck diese Wendung, da er voraussetzte, in Frankfurt werde der vormärzliche patriarchalische Zustand wiederkehren, daß Österreich und Preußen — wie von 1819 bis 1848 — über alle Fragen sich friedlich verständigten, ehe dieselben zur Beratung und Entscheidung des Bundes gestellt würden. Was dem deutschen Volke noch an Wehrkraft, Rechtseinheit u. s. w. fehlte, das konnte gleichfalls vom Bunde allmählich und besonnen geordnet werden. Diese Erwartung war freilich, nach allem, was Preußen schon seit 1848 bis 1850 von der Politik Schwarzenbergs erlebt hatte, ein schwerer Irrtum. Aber Bismarck betrachtete damals, d. h. ehe er nach Frankfurt kam, Österreichs Verhältnis zu Preußen, nicht nach dem eigenen Urteil, sondern durch die rosenfarbene Brille seines Königs und Manteuffels, seiner Partei. „Aber ich brauchte nicht viel Zeit, um meine Jugendillusionen über Österreich zu verlieren, und ich wurde sein erklärter Gegner," sagte Bismarck 1866 zu Vilbort. „Die Erniedrigung meines Heimatlandes, die Preisgebung Deutschlands gegenüber fremden Interessen, eine hinterlistige treulose Politik, alles das war nicht dazu angethan, mir zu gefallen.

Ich wußte nicht, daß die Zukunft mir eine Rolle zugedacht hatte; aber damals schon faßte ich den Plan, den ich jetzt auszuführen suche, nämlich Deutschland von dem österreichischen Drucke zu befreien." Wir sahen am Wirken Bismarcks in Frankfurt von 1851 bis 1858, wie wahr die ersten der hier mitgeteilten Sätze sind; wie bald er sich von der Verblendung frei machte, die seinen unglücklichen König bis zu dessen unheilbarer Erkrankung nicht verließ, daß Österreich ehrlich gegen Preußen sei und das brüderliche Band der beiden deutschen Großmächte nimmermehr lösen könne; wir finden auch bei jedem Streitfall Preußens und Österreichs am Bunde von 1851 bis 1858 die Wahrheit des Wortes bestätigt, daß Bismarck hier stets seine ganze Kraft einsetzt, und immer mit Erfolg, um Preußens Würde und Recht zu wahren und Österreich daran zu hindern, Preußens und Deutschlands Interessen in die inneren und äußeren Verwickelungen der österreichischen Politik mit hineinzuziehen. Aber das letzte der Bekenntnisse, das Bismarck Herrn Vilbort aussprach: er habe schon in Frankfurt den Plan gefaßt, Deutschland vom österreichischen Drucke zu befreien, erhellt blitzartig Bismarcks gesamtes Wirken in Frankfurt und bietet einen neuen Maßstab zu dessen Beurteilung. In Bismarcks Berichten und Privatbriefen aus Frankfurt finden sich nur wenige Stellen, welche diesen „Plan" andeuten. Es sind dies jene mit größter Bestimmtheit ausgesprochenen Worte: „Daß wir in nicht zu langer Zeit für unsere Existenz gegen Österreich werden fechten müssen" und daß nur dieser Kampf den Zeiger der nationalen Entwickelung Deutschlands auf die richtige Stunde stellen werde. In bedeutsamster Weise aber gliedert sich vor unseren Augen Bismarcks gesamtes Wirken in Frankfurt, wenn wir es nach jenem „Plane" messen, den er auch dem König und Manteuffel nur behutsam anzudeuten wagt, nach dem Plane, Deutschland vom österreichischen Druck zu befreien.

Von diesem einheitlichen Gedanken aus erscheint in der That Bismarcks ganzes Thun in Frankfurt belebt und durchdrungen. Er hindert den „Reaktionsausschuß" an der Ausarbeitung gemeingiltiger Normen über Presse, Vereine, Landesverfassungen, um Preußens

Souveränität nicht zu beschränken und um Preußens Popularität nicht zu beeinträchtigen; zumal da die „revolutionären" Elemente bei genauerem Betracht gar nichts furchterregendes an sich haben. Dagegen entdeckt er, daß alle Reformvorschläge am Bunde nur dazu benützt werden sollen, Preußens berechtigten Einfluß zu vermindern, und er empfiehlt daher, zur Befriedigung aller nationalen Bedürfnisse den Weg einzuschlagen, den Preußen bei Gründung des Zollvereins mit so großem Erfolge betreten hat: den Weg der freien Vereinbarung mit den Bundesgenossen, unter Preußens Führung. Er widerrät jede einseitige Änderung der preußischen Verfassung von oben her, um die Harmonie von Fürst und Volk in Preußen ganz unerschüttert zu erhalten. Die in acht Jahren bei jedem neuen Streitfall mit Österreich erneute Erfahrung, daß Preußen mit Mehrheitsbeschlüssen bedroht wird, wenn es sich österreichischen Ansinnen widersetzt, daß Österreich dagegen Einstimmigkeit verlangt, wenn Preußen etwas für sich oder für Deutschland vom Bunde fordert, begründet in Bismarck schon damals die Überzeugung von der Unhaltbarkeit des Bundesverhältnisses überhaupt. Wiederholt erklärt er deshalb dem Minister und den Frankfurter Kollegen ganz offen: daß Preußen mit dem oder jenem Schritte Österreichs, oder mit einem diesem Schritte gefügigen Beschlusse des Bundes, den Bund und die Bundesverfassung als gebrochen ansehen müsse und demnach an den Beratungen und Beschlüssen der Bundesversammlung nicht mehr teilnehmen werde. Eine solche Erklärung konnte — wie 1850 — Krieg gegen Österreich und den Bund bedeuten, und mehr als einmal waren die Dinge in Frankfurt von Österreich und dessen Anhängern so weit getrieben, daß Preußen sich vor die Entscheidung gestellt sah, diese Erklärung wahr zu machen, oder sich und seine Großmachtstellung Österreich und den Mittelstaaten zu Füßen zu legen. Deshalb sorgte Bismarck auch weitblickend und unablässig dafür, seinem Staate mächtige Bundesgenossen zu gewinnen. Seiner politischen Kunst vornehmlich dankte Preußen durch die Haltung im Krimkriege das treffliche Verhältnis zu Rußland, während Österreichs damalige Politik den grimmigen Haß des Zarenreiches

herausgefordert hatte. Bismarcks Besuchen in Paris und seinen Ratschlägen dankte Preußen weiter die sehr wichtige Annäherung an Frankreich, die schon in der Neuenburger Verwickelung gute Früchte trug und dann auch weiter günstig gegen Österreichs feindselige Pläne fortwirkte.

Endlich aber konnte dem Scharfblicke Bismarcks auch ein wichtiger Bundesgenosse im Innern Deutschlands nicht entgehen, vielleicht der wichtigste von allen in der Stunde der Entscheidung. Damit meinte er nicht die deutschen Regierungen. Denn einige derselben waren ohnehin mit Preußen eng verbunden, andere weniger sichere im Bereich der preußischen Bajonette, die übrigen aber würden, wie Bismarck wiederholt an Manteuffel berichtet, „ohnehin mit dem Stärkeren gehen,“ und als solchen, so hoffte er, würden sie wohl Preußen erkennen. Jener wichtigste Bundesgenosse Deutschlands, den Bismarck zu gewinnen strebte, war vielmehr die nationale Sympathie und Begeisterung des deutschen Volkes für Preußen, und diese war nur zu erreichen bei einer großen und kühnen nationalen Politik Preußens. Unermüdlich hat Bismarck in Frankfurt auch hierfür gearbeitet. Wir sahen, wie eifrig er bei der Zollvereinskrisis die Presse, die Vereine, die Kammern für Preußen zu gewinnen verstand. Bei jeder wichtigen Frage ist er in demselben Sinne thätig; immer wieder richtet er die Mahnung an den Minister, nach Kräften überall in Deutschland, dem Beispiel Österreichs folgend, Preßorgane zu gewinnen, welche für die deutsche Politik Preußens eintreten, und die preußischen Kammern zu freudigen, durch ganz Deutschland widerhallenden Zustimmungen anzuregen. Sogar an die Gründung eines Bundes aller protestantischen Fürsten Deutschlands sehen wir ihn denken. So oft als ihm gestattet wird, besucht er zu demselben Zwecke die deutschen Höfe und Minister. Längst hat er sich — zuerst in Frankfurt selbst — mit den „Gothaern“ versöhnt und einsehen gelernt, daß sie äußerst nützliche Bundesgenossen jener Politik sind und sein werden, die den „Plan“ Bismarcks verwirklichen soll. Ja, auch die Erkenntnis ist bereits in ihm gereift, daß eine gesamtdeutsche

parlamentarische Vertretung unentbehrlich sei, um zu diesem Ziele zu gelangen. Zunächst denkt er allerdings bloß an ein Zollparlament. Am 2. April 1858 schreibt er aus Frankfurt an einen unbekannten Adressaten: „Ich glaube, daß wir den Unionsprojekten von 1849 eine Einrichtung entnehmen, eine Art Zollparlament einrichten müssen. Die Regierungen werden schwer daran gehen, aber wenn wir dreist und beharrlich wären, könnten wir viel durchsetzen. Ich wünschte den Zollverein und den Bund nebst Preußens Stellung zu beiden in unsern Kammern dem Seziermesser der schärfsten Kritik unterzogen zu sehen; davon kann der König, seine Minister und deren Politik, wenn sie ihr Handwerk verstehen, nur Vorteil haben." Am 12. November 1858 äußert er aus Frankfurt gegen die Schwester: „Wenn die Herren (die neuen Minister Preußens) sich aufrichtig um Verständigung und Frieden im Innern bemühen, so können sie in unseren auswärtigen Verhältnissen einen unzweifelhaften Vorzug haben, und das ist mir viel wert; denn wir ‚waren heruntergekommen und wußten doch selber nicht wie.' Das fühlte ich hier am empfindlichsten." Jenseits der Frankfurter Zeit Bismarcks liegend, aber doch nur erfüllt von den Eindrücken und Überzeugungen, die er dort bereits gewonnen hat, sind hier noch zwei seiner Briefe anzuführen, welche die nationale Entwickelung, die er in Frankfurt vollzogen hat, deutlich zum Ausdruck bringen. In einem Schreiben an den Minister v. Schleinitz aus Petersburg, vom 12. Mai 1859, das nur von Bismarcks achtjährigen Erfahrungen in Frankfurt handelt, sagt er: „Stets haben wir uns derselben kompakten Mehrheit, demselben Anspruch auf Preußens Nachgiebigkeit gegenüber befunden. Je unzweideutiger die Verletzung (des Bundeszweckes und der Bundesverträge) zu tage tritt, desto besser. Ich sehe in unserem Bundesverhältnis ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder später ferro et igni (mit Blut und Eisen) werden heilen müssen. Das Wort ‚deutsch' für ‚preußisch' möchte ich gern erst dann auf unsere Fahne geschrieben sehen, wenn wir enger und zweckmäßiger mit unseren übrigen Landsleuten verbunden wären, als bisher; es verliert von seinem Zauber, wenn man es schon

jetzt, in Anwendung auf den bundestäglichen Nexus, abnützt." — Wie aber diese engere Beziehung Preußens zu den „übrigen Landsleuten" leicht zu gewinnen ist, das spricht Bismarck in einem Privatbrief aus Stolpmünde vom 8. September 1861 an den gemäßigt konservativen Freund v. Below-Hohendorf aus: „Wir haben die doppelte Aufgabe, Zeugnis abzulegen, daß das Bestehende der Bundesverfassung unser Ideal nicht ist, daß wir die notwendige Änderung aber auf rechtmäßigem Wege offen anstreben. Wir brauchen eine straffere Befestigung der deutschen Wehrkraft so nötig wie das liebe Brot; wir bedürfen einer neuen und bildsamen Einrichtung auf dem Gebiete des Zollwesens, und einer Anzahl gemeinsamer Institutionen, um die materiellen Interessen gegen die Nachteile zu schützen, die aus der unnatürlichen Gestaltung der deutschen inneren Landesgrenzen erwachsen. Daß wir diese Dinge ehrlich und ernst fördern wollen, darüber sollten wir jeden Zweifel heben. Ich sehe außerdem nicht ein, warum wir vor der Idee einer Volksvertretung, sei es im Bunde, sei es in einem Zoll- und Vereinsparlament so zimperlich zurückschrecken. Eine Einrichtung, die in jedem deutschen Staate gesetzliche Geltung hat, die wir Konservative selbst in Preußen nicht entbehren möchten, können wir doch nicht als revolutionär bekämpfen! Auf dem nationalen Gebiete würden bisher sehr mäßige Zugeständnisse immer noch als sehr wertvoll anerkannt werden. Man könnte eine recht konservative Nationalvertretung schaffen und doch selbst bei den Liberalen Dank dafür ernten."

Durch diese kühnen Gedanken und Vorschläge zur Verwirklichung seines „Planes", Deutschland vom österreichischen Drucke zu befreien, hatte sich Bismarck noch weiter über den engen Gesichtskreis der Partei hinausgeschwungen, aus der er hervorgegangen war. Wir sahen schon aus seinen amtlichen Berichten und Privatbriefen aus Frankfurt, wie oft er genötigt ist, die Politik Preußens, die er empfohlen hat, gegen die Angriffe seines Parteiorgans, der Kreuzzeitung, zu verteidigen. Denn schon Bismarcks scharfe Haltung gegen Österreich erschien dieser „kleinen aber mächtigen Partei" durchaus nicht in der Ordnung. Als er dann aber vollends die

Anlehnung Preußens an den „revolutionären" Kaiserstaat Frankreich empfiehlt, beginnt ein nie ausgetragener brieflicher Streit mit dem alten Freund und Gönner, dem General v. Gerlach. Und in den Tagebüchern des letzteren findet sich mehr als eine Aufzeichnung, welche die vermeintliche Abtrünnigkeit des einstigen „Säuglings" der Gerlachschen Staatsweisheit mit dem tragischen Rufe bucht, den Cäsar einst unter dem Dolchstoß seines Lieblings ausstieß: „Auch du, mein Brutus!" Als Bismarck dann gar in das „nationale" Lager der Gothaer u. s. w. „überschwenkt", da gehört die Kreuzzeitung schon, wie wir bald sehen werden, zu seinen grimmigsten Feindinnen.

Wir besitzen aber auch von Bismarcks eigener Hand einen Bericht, der die gewaltige Entwickelung treu schildert, welche der preußische Gesandte in Frankfurt im Laufe von acht Jahren bewältigt hat, indem Bismarck hier die Erfahrungen und Ergebnisse seiner achtjährigen Beobachtung in Frankfurt zusammenstellt und Ratschläge für die Zukunft erteilt. Dieser Bericht nennt sich daher mit vollem Grunde eine Denkschrift, „betr. die Inangriffnahme einer selbständigen preußisch-deutschen Politik." Sie ist im März 1858 in Frankfurt geschrieben und wurde zunächst an Manteuffel übersandt. Dieser übergab sie seinem Nachfolger im Amt. Wieviel der Nachfolger daraus geschöpft hat, läßt die damalige preußische Politik freilich nicht erkennen. Die Leser aber werden den nachstehend mitgeteilten Hauptgedanken Bismarcks mit Freude und Spannung folgen.

Die Denkschrift beginnt mit Darlegung der friedlichen Eintracht Preußens und Österreichs am Bunde bis 1848 und im Gegensatze dazu der Schwarzenbergischen Politik von 1851 an. Diese Politik „nahm den Plan auf, die Hegemonie in Deutschland, zu welcher Preußen (von 1848 bis 1850) nicht hatte gelangen können, für Österreich durch die Mittel zu gewinnen, welche demselben die bestehende Bundesverfassung bietet. Der Augenblick war für eine solche Konzeption ein sehr günstiger." Denn Österreich stand in den besten Beziehungen zu Rußland und Frankreich;

gegen das Lebensende des Fürsten Schwarzenberg entstehen sogar gegründete Besorgnisse vor einem engen Bündnis der drei Kaiser gegen Preußen und England. „Die große Mehrzahl der deutschen Regierungen, erschreckt durch die Revolution und die aus derselben entspringende Gefahr, einen Teil ihrer Souveränität an Preußen zu verlieren, lehnte sich bereitwillig an Österreich an. Letzteres konnte die, fast ohne Ausnahme noch heut fungierenden, Bundestagsgesandten 1850 selbständig ernennen, und suchte dazu solche Männer aus, welche an das österreichische Interesse gekettet waren." Sodann werden alle Mittel aufgezählt, über welche Österreich „zur Erhaltung und Förderung dieser Stimmungen" verfügt. „Im Besitz der Macht, Mehrheitsbeschlüsse der Bundesversammlung ziemlich sicher herbeizuführen, jedenfalls solche, welche unwillkommen sind, verschleppen und hindern zu können, hat Österreich sein Bestreben natürlich darauf gerichtet, den Wirkungskreis des ihm dienstbaren Werkzeuges zu erweitern" — auch insoweit ganz im Gegensatze zu seiner Haltung bis 1848. Die kleineren und Mittelstaaten sind diesem Bestreben günstig, da ihre Stellung dadurch eine gesamtdeutsche, ja europäische Bedeutung gewinnt, die ihnen versagt bliebe, „wenn sie mit den großen Verhältnissen der Weltpolitik in unmittelbare Beziehungen treten sollten. In diesem System ist aber für Preußen, so lange es nicht auf die Eigenschaft einer europäischen Macht verzichtet, kein Platz. Es darf zu einer strafferen Zentralisation des Bundesverhältnisses nur in dem Maße die Hand bieten, als es die Leitung der Bundeskörperschaft zu gewinnen, und gemeinsame Beschlüsse, die seiner eigenen Politik entsprechen, herbeizuführen" vermöchte. „Bei der jetzigen Organisation des Bundes, und solange die Beschlüsse desselben allein von den deutschen Fürsten und ihren Ministern abhängen, ist es (aber) für Preußen nach aller menschlichen Voraussicht unmöglich, Österreich den dominierenden Einfluß zu entreißen."

Es folgt nun eine gedrängte Darstellung all der Kämpfe die Preußen gegen Österreich am Bunde von 1851 bis 1858 geführt hat, in der inneren wie in der auswärtigen Politik, und eine

Musterung all der Mittel und Waffen, deren Österreich in diesen Kämpfen sich bediente. Als besonders bezeichnend hebt Bismarck dabei hervor, daß Österreich zu Bundespräsidialgesandten, „also zu einem Posten, der neben großer Geschäftskunde einen besonders hohen Grad von Ruhe erfordert, nacheinander drei Männer ernannt hat, deren leichte Erregbarkeit bekannt war. Der Bund, welchem die Beteuerungen Österreichs gelten, ist (also) nichts weiter, als die österreichische Mehrheit im Bundespalast. Die Lage Preußens wäre vielleicht eine bessere, wenn der Bund gar nicht existierte; diejenigen näheren Beziehungen zu den Nachbarn, deren Preußen bedarf, hätten sich deshalb doch, und unter Preußens Leitung, gebildet. Nachdem er aber besteht, kann Preußens Aufgabe nur sein, alle unzweifelhaften Bundespflichten in Krieg und Frieden zwar treu zu erfüllen, aber jede Entwickelung der Bundesgewalt auf Kosten der Unabhängigkeit des Einzelnen abzuschneiden.“ Preußen darf sich also auf keine „Vereinbarungen und sonstige Beschlüsse, zu denen Stimmeneinhelligkeit erforderlich ist, einlassen und müßte die Repressalie der Zurückhaltung seiner Matrikularzahlungen ausüben, sobald die Mehrheit einen Beschluß fassen wollte, zu dem Einstimmigkeit gehört.“

Das einzige Mittel, Preußens Stellung im Bunde und die Beziehungen zu Österreich anders zu gestalten, sei, daß „Preußen den Entschluß faßt, sie auf die einfachen und allein sicheren Grundlagen der beiderseitigen Interessen zurückzuführen. Dies würde geschehen, wenn Preußen an Österreich erklärte, daß es sich auf die strikte Erfüllung unzweifelhafter Pflichten beschränke, über diese hinaus dem Bunde seine Mitwirkung, und der Mehrheit und ihrem Präsidium jedes Zugeständnis versage, daß es bestimmt ablehne, mit Österreich in eine Zolleinigung zu treten, daß es, so lange man von anderer Seite die Verträge ebenso genau beobachte, im Kriege, wenn die deutsche Bundesgrenze angegriffen werden sollte, Österreich mit dem vertragsmäßigen Bundeskontingent zu Hilfe marschieren werde, daß aber jedes Entgegenkommen über die Grenze dieser Bundespflichten hinaus von dem Benehmen Österreichs gegen Preußen,

und von dem Maße der Gemeinschaftlichkeit ihrer politischen Ziele abhängen werde. Nur auf diesem Wege wird für den deutschen Bund die Gefahr gänzlicher Sprengung vermieden werden, welcher er durch die jetzige Überspannung der antipreußischen Bundespolitik entgegengeführt wird."

Preußen müsse wieder „zu der leitenden Stellung gelangen, die es vor 1848 einnahm. Seine Überlegenheit an Mitteln auf diesem Gebiete ist im Vergleich mit Österreich und anderen deutschen Staaten noch immer bedeutend. Die Sicherheit, daß der König von Preußen auch dann noch Herr im Lande bleibe, wenn das gesamte stehende Heer aus demselben herausgezogen würde, teilt kein anderer kontinentaler Staat mit Preußen. Der Grad politischer Freiheit, welcher zulässig ist, ohne die Autorität der Regierung zu beeinträchtigen, ist in Preußen ein viel höherer als im übrigen Deutschland. Preußen vermag seiner Landesvertretung und seiner Presse ohne Gefahr auch in betreff rein politischer Fragen einen freieren Spielraum zu gewähren als bisher. Die Gesamtkraft Preußens darf nicht durch Reibungen im Innern teilweise gebrochen werden, sonst kann sie nach außen hin nicht den dominierenden Einfluß auf Deutschland ausüben, welcher ihr sicher ist, wenn sie ungeschwächt zur Wirkung gelangt. Die königliche Gewalt ruht in Preußen auf so sicheren Grundlagen, daß die Regierung sich ohne Gefahr durch eine belebtere Thätigkeit der Landesvertretung sehr wirksame Mittel der Aktion auf die deutschen Verhältnisse schaffen kann. Die gerade für Preußen spezifisch notwendige Bundespolitik kann durch die Öffentlichkeit und durch öffentliche Besprechungen nur an Kraft gewinnen." Deshalb empfiehlt Bismarck namentlich, „der preußischen Presse zur Besprechung der gesamten Bundesverhältnisse das volle Material und den höchstmöglichen Grad von Freiheit" zu gewähren, und, nach dem Muster des Zollvereins, die dringendsten nationalen Bedürfnisse durch von Preußen gegründete und geleitete vertragsmäßige Vereinigungen mit den Bundesstaaten zu befriedigen; so namentlich die Zollgemeinschaft, Eisenbahnanlagen, Wechsel- und Handelsrecht, Rechtshilfe (Kartell)-

Konventionen, Posteinrichtungen, Papiergeldfragen, Bankwesen u. s. w. — eine nach jeder Richtung großartige Politik, die teilweise erst im Deutschen Reiche an ihr Ziel gelangt ist!

Zum erstenmale soll hier aber auch der Versuch unternommen werden, das Verhältnis Bismarcks zum Prinzen von Preußen während der Jahre 1851 bis 1858 darzulegen. Denn auch diese Untersuchung ist von großer Wichtigkeit für das Verständnis der Anschauungen und Charaktere jener beiden großen Männer, die später in unwandelbar treuem Zusammenwirken die erhebende Wandlung unserer deutschen Geschicke und Verhältnisse vorbereiteten und durchführten. Da ist denn zunächst Leben und Persönlichkeit des Prinzen näher ins Auge zu fassen.

Prinz Wilhelm von Preußen war 1797 geboren, also achtzehn Jahre älter als Bismarck. Er hatte die tiefste Schmach Preußens, die Zeit der napoleonischen Fremdherrschaft, schon mit Bewußtsein erlebt. Bis an den äußersten Osten der preußischen Monarchie hatte der Hof, die Königsfamilie vor dem Zorn und der Rache des welschen Eroberers flüchten müssen. Hier soll die edle Königin Luise zu den jungen Söhnen gesprochen haben: Ihr würdet nicht den Namen preußischer Prinzen und Großneffen Friedrichs des Großen verdienen, wenn ihr nicht Zeit Eures Lebens alles daran setztet, die Ehre Preußens und Deutschlands wieder herzustellen. Prinz Wilhelm hat jene Tage nie vergessen, da am 19. Juli 1810 seiner geliebten Mutter das Herz brach über dem Jammer ihres Volkes, und es erscheint als eine fast wunderbare geschichtliche Fügung, daß er genau sechzig Jahre nach jenem schmerzlichsten Tage seiner Jugend, am 19. Juli 1870, die freche französische Kriegserklärung aufnahm mit der Spitze seines scharfen deutschen Schwertes, und als Heerführer ganz Deutschlands hinauszog gegen den Neffen des Kaisers, der seine hohe Mutter beleidigt hatte, zugleich gegen das friedhässige Volk, das seit Jahrhunderten dem Deutschen Friede und Freiheit nicht gönnte. Er zog ins Feld, um das Knabengelübde gegen die Mutter einzulösen, um nun ein Mehrer des Reichs zu werden, wie keiner vor ihm gewesen. Daß aber sechzig Jahre

nach Luisens Tod „das ganze Deutschland von der Memel bis zum Bodensee gleich einer Pulvermine aufbrannte und von Gewehren starrte und diesem furor teutonicus kein Feind zu widerstehen vermochte",*) das war vornehmlich das Verdienst der Lebensarbeit des Prinzen Wilhelm, des späteren Regenten und Königs von Preußen. Er hatte sein Leben von früh auf in den Dienst der Pflicht gestellt, dessen Früchte dem König und dem Volke, nicht ihm selbst zufallen würden. Denn außer menschlicher Wahrscheinlichkeitsberechnung lag, daß Prinz Wilhelm jemals selbst zur Regierung gelangen werde. In militärischer Pflichterfüllung, in der Lösung der schweren Aufgabe, den soldatischen Geist auch während der langen Friedenszeit im preußischen Heere zu erhalten, fand er jahrzehntelang sein Genüge. Dabei hatte sein jugendliches Herz aber freilich dem königlichen Blute, das in seinen Adern rollte, ein Opfer bringen müssen, das fühlende Menschen immer zu den schwersten rechnen werden: er hatte seiner heißen Jugendliebe zu der ebenso edeln als liebenswürdigen Prinzessin Elise Radziwill entsagt, um eine vollkommen ebenbürtige Ehe zu schließen, da die Ehe seines älteren Bruders Friedrich Wilhelm kinderlos blieb. Am 11. Juni 1829 vermählte er sich mit der Prinzessin Augusta von Sachsen-Weimar, deren Schwester Maria die Gemahlin seines jüngeren Bruders Karl war. Aus dieser Ehe entsproßten zwei Kinder, der am 18. Oktober 1831 geborene Prinz Friedrich Wilhelm, der spätere Kaiser Friedrich III. und die am 3. Dezember 1838 geborene Prinzessin Luise, die spätere Großherzogin von Baden. Seine Kinder liebte Prinz Wilhelm aufs innigste und sorgte eifrig für deren Erziehung und vielseitigste Ausbildung. Namentlich bemühte er sich angelegentlich, wenn auch vergeblich, Albrecht v. Roon zum militärischen Erzieher und Bildner seines Sohnes zu gewinnen.

„Einfach, bieder und verständig" hatte seine Mutter schon 1810 sein Wesen genannt, und so hatte sich der Prinz auch har-

---

*) Worte Bismarcks in der berühmten Reichstagsrede vom 6. Februar 1888.

monisch weiter entwickelt. Seine Bildung und sein Wissen waren bei weitem nicht so umfassend wie die des älteren Bruders, des späteren Königs Friedrich Wilhelms IV. Auch mit den hervorragend glänzenden Geistesgaben des letzteren vermochte er nicht zu prunken und zu blenden. Aber dafür besaß er Gaben, Anlagen und Lebensgewohnheiten, die jenem abgingen: eine allezeit gleichmäßige heitere Liebenswürdigkeit gegen alle, unermüdliche Ausdauer in Erfüllung seiner Pflichten, spartanisch-einfache mäßige Lebensführung, immer gleiche körperliche und geistige Frische, klaren, hellen Verstand und tiefe Menschenkenntnis, welche mit scharfem Blick in jedem auf den Grund des Wesens zu dringen vermochte und, soweit das vom Prinzen abhing, den rechten Mann nicht bloß auswählte, sondern auch an die rechte Stelle setzte und hier festhielt, gegen jeden Ansturm von anderer Seite, solange der Auserwählte nicht selbst den Posten verließ. Selbst die tiefe Frömmigkeit beider Brüder war im innersten Wesen verschieden. Diejenige Friedrich Wilhelms hatte etwas Schwärmerisch-Exstatisch-Apokalyptisches. Diejenige des Prinzen Wilhelm dagegen gründete sich auf die einfache Wahrheit und beseligende Gewißheit des evangelischen Glaubens. In unerschütterlichem Gottvertrauen schritt der Prinz durch alle schweren Entscheidungen seines Lebens, mit felsenfestem Mute und wissend, daß zahlreiche Stellen der Schrift gemahnen: „Fürchte Dich nicht,“ keine einzige aber Menschenfurcht predigt. Aus der eigenen heiteren Freude seiner reinen Seele entströmte in reichem Maße die edelste menschliche Bewegung, das Bedürfnis anderen Freude zu bereiten. Niemals hat auf einen Fürsten jenes Wort weniger Anwendung gefunden, das der Dichter den Vater des Prinzen, den König Friedrich Wilhelm III., zu General York sprechen läßt:

„In unserer Höhe ist die Luft so dünn,
Daß man das Herz fast nicht mehr schlagen hört.“

Vielmehr kennzeichnete Bismarck des Fürsten Herzensgüte treffend, als er dem amerikanischen General Grant während des Berliner Kongresses und nach den Attentaten von 1878 in Berlin sagte: „Nie hat es einen Menschen von schlichterem, großmütigerem,

menschlicherem Charakter gegeben, als der Kaiser (Wilhelm) ist. Er unterscheidet sich ganz und gar von den Menschen, welche in hoher Lebensstellung geboren werden, oder zum mindesten von vielen unter ihnen. Sie wissen, daß die Personen von seinem Range, Fürsten von Geburt, geneigt sind, sich für ganz verschieden von allen anderen Menschen zu halten. Sie legen den Gefühlen und Wünschen anderer wenig Bedeutung bei. Ihre ganze Erziehung scheint darauf gerichtet, in ihnen die menschliche Seele zu ersticken. Der Kaiser ist im Gegenteile ein Mensch in allen Dingen. Er hat nie in seinem Leben irgend jemandem Unrecht gethan, niemandes Gefühl verletzt, eine Härte empfinden lassen. Er ist einer jener Menschen, deren gütiges Naturell die Herzen gewinnt, immer beschäftigt und besorgt um das Glück und die Wohlfahrt seiner Unterthanen und seiner Umgebung. Es ist nicht möglich sich einen schöneren edleren, liebenswürdigeren und wohlthätigeren Typus eines Edelmannes zu denken, mit allen hohen Eigenschaften eines Fürsten und den Tugenden eines Menschen. In gewissen Beziehungen hat der Kaiser Ähnlichkeit mit seinem Vorfahren Friedrich Wilhelm, dem Vater Friedrichs des Großen. Die Übereinstimmung zwischen ihnen ist die folgende: Der alte König hatte dieselbe Schlichtheit des Charakters, lebte einfach und zurückgezogen, führte ein wahres Familienleben; er besaß alle republikanischen Tugenden. So ist auch unser Kaiser; er ist in allen Dingen so republikanisch, daß selbst der eingefleischteste Republikaner ihn bewundern würde, wenn sein Urteil unparteiisch wäre." Als letzter und keineswegs unbedeutendster Zug dieses edeln Charakterbildes ist hervorzuheben ein warmes und stolzes Gefühl für die Ehre Preußens und Deutschlands, ein Gefühl, das sich auch in dieser besonnenen Natur zur Begeisterung erhebt und zu dem hingebendsten Opfermut bereit ist.

Einleuchtend ist, wieviele Züge seines eigenen Charakters und Wesens der Prinz bei Bismarck finden und wiedererkennen mußte, so daß er sich von selbst zu dem jungen Wortführer der äußersten Rechten der ersten preußischen Landtage sympathisch hingezogen fühlen mochte. Da war dieselbe glühende Vaterlandsliebe und eifersüchtige Sorge

für Preußens Ehre, von der des Prinzen Herz selbst bewegt war. Da offenbarte sich, trotz des stürmischen Feuers der Jugend, schon jenes kühl verständige realpolitische Denken und Handeln, welches der Prinz als eines seiner besten eigenen Güter schätzte. Auch für letzteren galt ja das von Sybel zunächst auf Bismarck angewandte Wort des Thukydides über Themistokles: „Er besaß in hohem Grade den Vorzug, durch die Macht seiner Natur und durch kurzes Nachdenken das Rechte augenblicklich herauszufinden.“ Außerdem war Bismarcks Frömmigkeit, Furchtlosigkeit, Pflichterfüllung und Hingebung den entsprechenden Tugenden des Prinzen verwandt, und daneben besaß Bismarck noch eine Fülle glänzender Eigenschaften und Gaben, die der Prinz weder deshalb übersah noch beneidete, weil sie ihm selbst abgingen: sprudelnden Witz, jugendliches Feuer, vielseitiges gründliches Wissen, lebhafte Einbildungskraft, die allezeit über eine Fülle treffender Bilder und Vergleiche verfügte, endlich eine meisterhafte Beherrschung und Bildung der Sprache, die dem Prinzen in Rede und Schrift immer etwas ungefüge blieb. Schließlich gesellte sich als ein mächtiges Mittel gegenseitiger Anziehung hinzu eine anfänglich vollkommene Übereinstimmung der politischen Überzeugungen und Grundanschauungen beider Männer. Sie beide sahen in der ungeschmälerten Königswürde den starken Hauptpfeiler des preußischen Staates und in Preußen den Grundbau Deutschlands. Sie beide beklagten anfänglich, daß der König Friedrich Wilhelm IV. die freiwillige Schmälerung seiner Kronrechte im Patente vom 3. Februar 1847, bei Berufung des ersten Vereinigten preußischen Landtags, dem Volke zugestanden habe. Aus demselben königstreuen Herzen entringt sich da dem Prinzen der Ruf: „Ein neues Preußen bildet sich. Das alte geht mit der Verkündung dieses Gesetzes zu Grabe. Möge das neue so erhaben und groß werden wie das alte mit Ehren und Ruhm geworden ist.“ Aus demselben königstreuen Herzen ruft Bismarck, ohne Kenntnis von den eben angeführten Worten seines erlauchten Gesinnungsgenossen, im Vereinigten Landtag von 1848: „Die Vergangenheit ist begraben, und ich bedaure es schmerzlicher als viele von Ihnen, daß keine menschliche Macht

im stande ist, sie wieder zu erwecken, nachdem die Krone selbst die Erde auf ihren Sarg geworfen hat." Auch an den neuen Verfassungsversprechungen des Königs in den Märztagen von 1848 hatten beide Männer am meisten zu beklagen, daß mindestens der Schein, die Krone habe sich vor gesetzloser Empörung gebeugt, die Würde des Königs schädigte. Deshalb hatte der Prinz empfohlen, vor jedem Zugeständnis an die bewaffnete Revolution diese erst mit Feuer und Schwert niederzuwerfen. Deshalb war Bismarck noch krank nach Berlin geeilt, um seinen König mit seinem Leibe zu schützen, wo nötig, sich für ihn zu opfern. Auch der Revolution gegenüber nahmen beide Männer, der Prinz und Bismarck, denselben kampfbereiten und unversöhnlichen Standpunkt ein. Der Prinz war das von den Demokraten bestgehaßte Glied der königlichen Familie, an dessen Palais „Nationaleigentum" geschrieben, auf dessen Kopf ein Preis gesetzt wurde; er mußte sich der Rache der Empörer im März 1848 durch eine Reise nach England entziehen, um ein Jahr später, 1849, als siegreicher Heerführer gegen die badisch-pfälzische Empörung der Revolution den schwersten Schlag beizubringen. Bismarck bewährte sich als der den „ehernen Säulen der Demokratie" widerwärtigste und verhaßteste Redner des Landtags und als ebenso unermüdlicher wie erfolgreicher königstreuer Agitator in den Volksmassen und in der Organisation der konservativen Presse. Es war also kein Zufall, daß gerade er auf Wunsch des Königs mit der Ehre betraut wurde, den Prinzen, bei dessen Heimkehr aus England im Juni 1848 am Bahnhofe von Potsdam zu begrüßen und in das Königsschloß zu geleiten.

Von da ab gehen jedoch beide Männer in der wichtigsten Angelegenheit der Zeit, der deutschen Frage, verschiedene Wege. Der Prinz hatte während seines halb unfreiwilligen Aufenthaltes in England, mit dem tiefen und begierigen Lerntriebe, der ihm allezeit inne wohnte, im traulichen persönlichen Verkehr mit dem Prinzen Albert von England, mit dessen deutschem Vertrauten Baron Stockmar, mit den englischen Staatsmännern Robert Peel, John Russel, Palmerston und anderen, seinen politischen Blick geklärt und für die deutschen Einheitsbestrebungen lebhaften Anteil und ein klares, vorurteilsfreies

Verständnis gewonnen. Namentlich auch das außerordentlich große und bedeutende Interesse Preußens, sich an die Spitze dieser Bewegung zu stellen, hatte er erfaßt, wie ihm andererseits für die selbstsüchtigen und gefährlichen österreichischen Gegenbestrebungen der Blick geöffnet ward. Wir finden deshalb den Prinzen von 1848 bis 1850 stets auf der Seite derjenigen, welche dem Könige zu entscheidenden und abschließenden Schritten in der deutschen Einheitsbewegung raten. Besonders bezeichnend ist dafür eine Denkschrift des Prinzen vom 19. Mai 1850, an deren Spitze der Satz steht: „Preußens geschichtliche Entwickelung deutet darauf hin, daß es berufen ist, einst an die Spitze Deutschlands zu treten." Deshalb sagt der Prinz: „Auf dem betretenen Wege muß Preußen mit seinen (im Dreikönigsbündnisse) unierten Fürsten fortschreiten, wenn es diese nicht im Stiche lassen, sich der größten Inkonsequenzen schuldig machen und mit Recht alles und jedes Vertrauen vor der Welt verscherzen will. Österreich hat einen Gesandtenkongreß nach Frankfurt berufen. Vermag Österreich in Frankfurt nichts besseres vorzulegen, als die Union, so schreitet diese zu ihrer endgiltigen Konstituierung, regelt ihre Stellung zu den nicht beigetretenen Staaten durch Revision der Bundesakte von 1815. Tritt Österreich dann diesem Vorhaben doch mit Krieg entgegen, so wird die Welt entscheiden, wer im Recht und wer im Unrecht ist." Freilich macht sich auch der Prinz kein Hehl daraus, daß „die Haltung von Rußland, Frankreich und England von entscheidendem Einfluß auf Österreichs Kriegsgelüste sein wird." Aber selbst wenn sie Österreich zum Krieg ermuntern sollten, vertraut der Prinz auf „den Stern Preußens, seine Armee und sein Recht". In diesem Sinne hat sich der Prinz bis nach dem Tage von Olmütz kühn und gottvertrauend ausgesprochen und immer zur Waffenentscheidung, niemals zur Nachgiebigkeit und Demütigung Preußens geraten.

Wir wissen, daß Bismarck damals auf einem ganz anderen Standpunkt sich befand, daß er das Verfassungswerk der Paulskirche ebenso nachdrücklich verwarf, als die Union, die im Erfurter Parlament zur Beratung stand, und daß er mit seiner großen Bered=

samkeit sogar für das Abkommen von Olmütz eintrat, dessen Schmach der schlichte Verstand und das tiefe Ehrgefühl des Prinzen niemals verwunden hat, während Bismarck bei reiferer Erkenntnis nicht säumte, den Olmützer Vertrag genau so zu beurteilen, wie der Bruder seines Königs, sein späterer königlicher Herr. Der Unterschied der beiderseitigen Beurteilung während jener kritischen Jahre lag nur an dem verschiedenen Standpunkt und der verschiedenen Erfahrung. Der Prinz stand über den Parteien und gab seine Entscheidung als nächstbeteiligtes Glied seines königlichen Hauses, selbst ohne Rücksicht auf die ihm bekannten österreichischen Neigungen und Schwächen seines Bruders und Königs, die nimmermehr geduldet hätten, daß Preußen in einem, dem Könige von vornherein widerstrebenden Bruderkriege gegen Österreich einen angemessenen Siegespreis davongetragen hätte. Der Prinz stand also mit anderen Worten schon 1850 auf jener hohen Zinne preußischer Pflichterfüllung und Vaterlandsliebe, die Bismarck erst in seinem amtlichen Wirken in Frankfurt in mühseligem Kampfe mit sich selbst und gegen die österreichischen Herrschaftsgelüste allmählich gewann und zur alleinigen Richtschnur seiner Handlungen machte. Bismarck aber war 1850 noch in den Gesichtskreis seiner Partei, des Königs und seiner Minister und Ratgeber gebannt. Unter dieser weitgespannten Kluft der Ansichten beider Männer ist dann aus dem Munde des Prinzen in Frankfurt am 3. Juli 1851 jenes Wort gegen Rochow über Bismarck gefallen: „Und' dieser Landwehr-Lieutenant soll Bundestagsgesandter werden?“ Offenbar sollte damit angedeutet werden, daß der Prinz auch der politischen Uniform Bismarcks damals nur Lieutenants-Epauletten zugestehen wollte, und daß Bismarcks Ansichten in der deutschen Frage und seine Haltung nach der Olmützer Abmachung dem Prinzen Zweifel erregten, ob dieser ungestüme Vorkämpfer der äußersten Rechten Preußens, dieser warme Freund Österreichs und Verherrlicher der auswärtigen Politik des vormärzlichen Bundestages schon reif und geeignet dazu sein werde, den schwierigsten diplomatischen Posten Preußens zu vertreten und zu behaupten. Rochow entgegnete auf

jene Frage: „Allerdings, und ich glaube, die Wahl ist gut; Herr von Bismarck ist frisch, kräftig und wird gewiß allen Anforderungen Ew. K. Hoheit entsprechen." Da — so berichtete Rochow weiter — „konnte der Prinz nichts darauf entgegnen und hatte im allgemeinen eine gute Meinung von diesem ausgezeichneten Vorkämpfer für Recht und wahre preußische Gesinnung. Ich glaube, Se. K. Hoheit wünschen Herrn v. Bismarck nur mehrere Jahre und graue Haare — ob man mit diesen Attributen gerade die Ansprüche des Prinzen durchführen kann, wage ich nicht zu entscheiden." Kaum hat der Prinz selbst damals daran gedacht, daß er seine Pläne oder „Ansprüche" — die von 1848 an auf die Begründung der deutschen Einheit unter Preußens Führung gerichtet waren — jemals unter Herrn v. Bismarcks Mitwirkung zur Ausführung bringen könne und werde. Denn Bismarck war als treuester Anhänger und Vorkämpfer der in Berlin am Königshofe unbedingt herrschenden „kleinen, aber mächtigen Partei", der Kreuzzeitungspartei, nach Frankfurt versetzt worden, und gerade diese Partei und die zu ihr haltende Hofkamarilla verfolgte den Prinzen seit seiner ihr gegnerischen Haltung in der deutschen Frage und seiner kriegerischen Entschlossenheit gegen Österreich, zugleich wegen seines treuen Festhaltens an der einmal mit dem Königsworte besiegelten preußischen Verfassung, mit unverhohlenem Mißtrauen. Um das Ohr des Königs seinen brüderlichen Vorstellungen und Mahnungen zu entziehen, war der Prinz schon im Oktober 1849 als Militärgouverneur des Rheinlandes und Westfalens nach Koblenz versetzt und hier gleichsam unter die Polizeiaufsicht des Oberpräsidenten Hans v. Kleist-Retzow, Bismarcks Onkel, gestellt worden. Insgeheim umgab ihn die Kamarilla mit Spionen und ließ seinen persönlichen und brieflichen Verkehr überwachen.

Wie seltsam, daß gerade der neue Wohnsitz des Prinzen, den man ihm in den Jahren seiner Verbannung vom Hofe seit 1849 bis 1857 anwies, und die Nähe dieses Wohnortes bei Frankfurt, wesentlich dazu beitrug, von 1851 an den Prinzen immer näher und inniger mit Bismarck zusammenzuführen. Ermüdend wäre die

Aufzählung aller der zahlreichen Begegnungen der beiden Männer in diesen Jahren. Wohl aber ist festzustellen, daß schon die Anlässe und Örtlichkeiten dieser Begegnungen erkennen lassen, daß Bismarcks Verhältnis zum Prinzen ein immer vertraulicheres wird. Anfangs nämlich sehen wir Bismarck bloß zu förmlicher amtlicher Begrüßung des Prinzen am Frankfurter Bahnhof oder in des Prinzen Begleitung in der Stadt erscheinen, wenn dieser durchreist. Aber schon im Jahre 1852 begleitet Bismarck den Prinzen auf einer Reise bis Mannheim. Am nämlichen Jahre schon nimmt der Prinz die Patenwürde bei der Taufe von Bismarcks „Sekundogenitur", dem zweiten Sohne Bismarcks an, der dem Prinzen zu Ehren Wilhelm getauft wird. Ja, der Prinz wird nur durch Dienstgeschäfte verhindert, der Taufe selbst beizuwohnen, was er anfangs zugesagt hatte. Im nämlichen Jahre sehen wir den Prinzen zum erstenmal als Gast zur Tafel bei Bismarck in Frankfurt und seither vergeht kein Jahr, ohne daß der Prinz, einmal sogar mit seinem Sohne und dem Herzog von Nassau, Bismarcks Gastlichkeit von neuem in Anspruch nimmt. Noch häufiger folgt Bismarck allein oder in Begleitung seiner Gattin den Einladungen des Prinzen an das Hoflager nach Koblenz. Namentlich fehlt Bismarck nie unter den freiwilligen Besuchern, welche dem Prinzen die Glückwünsche zum Geburtstag in Koblenz persönlich darbringen und regelmäßig findet dann auch in Bismarcks Hause eine glänzende amtliche Vor- oder Nachfeier des prinzlichen Geburtstages statt.

Wie sehr Bismarck schon 1854 das Vertrauen des Prinzen gewonnen haben mußte, erhellt am besten aus folgender Thatsache. Früher wurde berichtet, daß der Prinz, wohl hauptsächlich unter dem Einflusse seiner Gemahlin und seiner englischen Freunde, bei Beginn der orientalischen Verwickelung 1853 sich lebhaft dafür ausgesprochen hatte, Preußen müsse an Rußland den Krieg erklären thätig in diese Wirren eingreifen. Mit dem Abschlusse des preußisch-österreichischen Vertrages vom 20. April 1854 war, nach der preußischen Auslegung dieses Abkommens, die Entscheidung gegen die Ansichten des Prinzen gefallen: Preußen glaubte damit Stellung

gegen die Westmächte genommen zu haben. Die preußischen Anhänger dieser Mächte, die Feinde Rußlands, bekamen das sofort zu fühlen: Anfang Mai wurde Bunsen aus London abberufen, der Kriegsminister von Bonin entlassen, und der Prinz von Preußen von allen seinen militärischen Ämtern beurlaubt, ja wegen seiner bisherigen Widersetzlichkeit gegen die königliche Politik mit Festungshaft bedroht! Der dienstlichen Fesseln ledig und aufs tiefste über diese Behandlung empört, begab sich der Prinz aus seinem von Spähern umstellten Verbannungsorte Koblenz in die freie Bergluft von Baden-Baden. Hier aber besuchte ihn Bismarck, auf ausdrücklichen Befehl des Königs, schon in der dritten Maiwoche, zwei Tage lang und verließ das schöne Schwarzwaldbad mit der Gewißheit, daß ihm die Friedensstiftung zwischen den beiden königlichen Brüdern gelungen sei. Denn am 26. Mai berichtet er an Manteuffel: „Nach den dort (in Baden-Baden) erhaltenen Eindrücken darf ich annehmen, daß inzwischen ein befriedigender Schriftwechsel zwischen den beiden hohen Herrn stattgefunden hat. Se. K. Hoheit hatten die Absicht, zu Pfingsten über Mannheim (also ohne Frankfurt zu berühren) nach Koblenz und von dort nach Potsdam zu gehen.“ Der Prinz kam aber dennoch am 5. Juni über Frankfurt und sprach hier gegen Bismarck in der orientalischen Frage Ansichten aus — namentlich in betreff der Haltung Preußens gegen die Bamberger — deren Übereinstimmung mit seinen eigenen Bismarck überraschend fand. Auch auf der Rückreise von Potsdam am 12. Juli ließ sich der Prinz nicht die Gelegenheit entgehen, Bismarck in Frankfurt zu sprechen und zog ihn zur Tafel. Die Versöhnung der Brüder war eine vollständige, wie sich alsbald auch äußerlich kundgab, indem der Prinz von Preußen in seine bisherigen Ämter wieder eingesetzt und zugleich zum Generaloberst der Infanterie mit dem Range eines Feldmarschalls und Gouverneurs der Festung Mainz ernannt wurde.

Die Gründe dieses von Jahr zu Jahr festeren Zusammenschlusses der beiden Männer, die in ihrer unverbrüchlichen Vereinigung später so Großes für Preußen und Deutschland schaffen

sollten, dürfen wir nicht bloß in dem Umstand suchen, daß Bismarck dem Bruder seines Königs allezeit, in den Tagen der Gnade wie der Ungnade, mit der gleichen ritterlichen Huldigung und Verehrung begegnet ist, obwohl auch diese unwandelbare Treue des jungen Edelmannes und Bundestagsgesandten dem Herzen des Prinzen recht wohl gethan haben wird, namentlich in den trüben Tagen des eben dargestellten Zerwürfnisses mit dem königlichen Bruder und bei den vielen Beweisen des Hasses und der Geringschätzung, welche die königlichen Vertrauten damals dem Prinzen angedeihen ließen. Aber mehr noch fühlte sich der Prinz zu dem jungen Staatsmann hingezogen durch die immer mehr und in immer weiterem Umfang hervortretende Übereinstimmung der Ansichten und Überzeugungen beider Männer in den wichtigsten Fragen. Denn bei der rückhaltlosen Offenheit Bismarcks dürfen wir annehmen, daß er dem Prinzen jene Ergebnisse und Schlüsse seiner Kämpfe und Erfahrungen am Bundestage, welche die Welt erst einige Jahrzehnte später kennen lernte, nicht vorenthalten hat, so wenig wie z. B. dem General v. Gerlach. Betreffs einiger Hauptstreitpunkte am Bundestage, wie bei militärischen Fragen, bei dem Vorhaben, den Prinzen zum Bundesfeldherrn zu ernennen, in der Bundesfestungs- und Rastatter Besatzungsfrage u. s. w. besitzen wir sogar die amtlichen Nachweise dafür, daß Bismarck längere Beratungen mit dem Prinzen gepflogen hat. In diesen militärischen Angelegenheiten, die dem Prinzen so sehr am Herzen lagen, begegnete er bei Bismarck eingehendstem Verständnis und der entschlossensten Thatbereitschaft für alles, was Deutschlands Wehrfähigkeit erhöhen und Preußens Bedeutung als stärkster deutscher Waffenmacht fördern konnte. Aber so eifrig beide Männer sich der Verbesserung der deutschen Kriegsverfassung und Wehrhaftigkeit am Bunde auch widmen mochten, beide erkannten doch die Vergeblichkeit aller dieser Bestrebungen, bei dem Zwiespalt der beiden deutschen Großmächte und bei der Abneigung der Mittel- und Kleinstaaten, hierfür irgend welche namhafteren Opfer zu bringen. Am wunderbarsten mag dem Prinzen anfangs erschienen sein, daß Bismarck, der im Mai

1851 Berlin als warmer Freund Österreichs und als Verteidiger der historischen Vormachtstellung Österreichs in Deutschland verlassen hatte, in Frankfurt so rasch zur mißtrauischen Beobachtung und zur kräftigen Abwehr der österreichischen Übergriffe und Vergewaltigungsversuche überging, und schon nach wenigen Jahren kein Hehl mehr machte aus seiner Überzeugung, daß nur das preußische Schwert den Übermut der österreichischen Politik brechen und damit die Uhr des Jahrhunderts auf die richtige Stunde stellen könne. Gerade das aber war auch die Überzeugung des Prinzen, die er schon seit 1849 unabänderlich hegte und die ihn von Berlin vertrieben hatte. Nicht minder innig fühlten sich beide Männer verwandt in der letzten Erkenntnis, die Bismarck in Frankfurt gewann: daß Preußen für die Stunde der Entscheidung noch ungeahnte Kräfte in ganz Deutschland zur Verfügung habe, wenn es entschlossen an die Spitze der nationalen Bewegung trete. Auch diese Überzeugung hatte der Prinz unentwegt festgehalten seit seiner Denkschrift vom 19. Mai 1850, deren erster Satz hier noch einmal stehen mag: „Preußens geschichtliche Entwickelung deutet darauf hin, daß es berufen ist, dereinst an die Spitze Deutschlands zu treten.“ Ob er selbst, der Sechziger, diese große Zukunft je erleben werde, das bezweifelte er in vertrauten Stunden. Aber daß sein Sohn diese Herrlichkeit schauen werde, dessen war er gewiß. Und nun fand er es nicht mehr von Übel, wie 1851, daß Bismarck noch so jung war. Denn diese Jugend verbürgte, daß Bismarck die deutsche Einheit miterkämpfen werde, die der Prinz ersehnte. Und Bismarck hatte sich trotz seiner Jugend auf dem gefährdetsten Vorposten Preußens in heißem Kampfe mit Ehren bewährt, Sieg um Sieg erstritten, köstliche Erfahrungen in Fülle gesammelt, und in edler Läuterung alle Schlacken abgestreift. Als der Prinz aus Bismarcks Nähe schied, um die Vertretung des schwererkrankten königlichen Bruders zu übernehmen, da wußte er, wo er selbst, wenn ihm das Leben beschieden blieb, oder doch sein Sohn, der künftige Erbe der preußischen Krone, den Mann zu suchen habe, der alles in sich vereinige, was die stillen gro-

ßen Zukunftspläne des Prinzen zu ihrer Vollendung bedürften: unerschütterliche und kampfbereite Königstreue, lauterste Vaterlandsliebe, mutige Tapferkeit, weiten Blick, unvergleichliche Erfahrung und schöpferische Genialität in der Erfindung und Wahl tüchtiger Mittel und Wege zu dem hohen Ziele.

Zu den schönsten Zeugnissen für Bismarcks Charakter gehören die durchaus vertraulichen Äußerungen, die er über den Prinzen that gegen Personen, die jenem keineswegs sehr freundlich gesinnt waren, und zu einer Zeit, da der Prinz noch von der Hofgunst ausgeschlossen in der Verbannung weilte, und da auch Bismarck selbst ihm bei weitem noch nicht so nahe getreten war, wie in den späteren Jahren seines Frankfurter Wirkens. So nahm er schon am 9. Juli 1853 den Prinzen in einem Briefe an Gerlach in Schutz gegen Intriguen und Ausstreuungen des Leiters im preußischen Preßbureau, Quehl, der dem Prinzen angedichtet hatte, dieser strebe danach, den Minister Manteuffel zu stürzen und durch seine Günstlinge, Radowitz oder Graf Goltz, zu ersetzen. Da schreibt Bismarck an Gerlach: „Daß solche quartanermäßige Albernheiten in so einflußreichen Regionen so lange festgehalten werden können, darüber lache ich zwar als Parteimann, als Preuße aber schäme ich mich, daß große Kinder bei uns so hoch stehen und fürchte ihren ‚bubenhaften Leichtsinn‘, wie Schäffer (der darmstädtische Kriegsminister) sich von Dalwigk ausdrückt. Der Prinz von Preußen hat die ihm gemachten Insinuationen, bei denen auch ein vom jetzigen Premier (Manteuffel) auszustellender Revers genannt wurde, in richtigem Takt zurückgewiesen, und namentlich hat ihm dieser beabsichtigte Revers die Augen geöffnet, und er gesagt: wenn ich davon Gebrauch machen wollte, so müßte ich ja erklären, daß ich gegen meinen Bruder konspiriert hätte. Der Prinz hat zuviel soldatische Subordination und Ehre in sich, um ein Instrument dieser Leute in diesem Plane zu werden.“ Mit derselben Anerkennung und Hochschätzung spricht Bismarck in allen seinen Briefen und Berichten an Manteuffel und Gerlach von dem Prinzen, selbst da, wo seine Ansichten von denen des Prinzen sich scheiden, in

der orientalischen Frage. Von besonderem Interesse ist auch ein Schreiben Bismarcks an Gerlach aus Frankfurt vom 19. Dezember 1857, verfaßt nach einer Unterredung, die er mit dem Prinzen in Sanssouci hatte und nach einer seltsamen Szene, die der damalige Adjutant König Friedrich Wilhelms IV., Edwin v. Manteuffel, — der spätere Feldmarschall — ihm im Vorzimmer machte, indem er dem Gesandten, der „die Stimmung des Prinzen befriedigend und klar über sich und die Lage der Dinge gefunden hatte", gleichsam im Auftrag des Königs einschärfte, daß alle Gesandten sich ohne Zögern auf ihre Posten zu begeben hätten. Bismarck deutet an, Edwin v. Manteuffel sei ja nie sein persönlicher Freund gewesen, „sondern stets ablehnend und mißtrauisch, und bei Meinungsverschiedenheiten absprechend, wie ein Obertribunal, ohne Würdigung der Gegengründe, ohne Offenheit über die eigenen." Dann fuhr er fort: „Sein Benehmen brauchte mich daher bei dieser Gelegenheit ebenso wenig zu befremden wie bei früheren. Aber ein Hof bleibt immer ein Hof. In den ersten Jahren meiner hiesigen Stellung war ich eine Art von Günstling, und der Sonnenschein königlichen Wohlwollens strahlte mir von den Gesichtern der Hofleute zurück. Das ist anders geworden, Se. Majestät hat weniger als früher das Bedürfnis mich zu sehen, die Hofdamen Ihrer Majestät lächeln mir kühler zu, als sonst, die Herren drücken mir matter die Hand, die gute Meinung von meiner Brauchbarkeit ist gesunken, nur der Minister Manteuffel ist freundlicher gegen mich. Das Gefühl davon habe ich seit zwei bis drei Jahren crescendo, ohne mich zu wundern; dergleichen passiert jedem, ändert sich auch wieder. Es ist mir kein Bedürfnis, von vielen Leuten geliebt zu werden, ich leide nicht an der Zeitkrankheit der love of approbation, und die Gunst des Hofes wie der Menschen, mit denen ich in Berührung komme, fasse ich mehr vom Standpunkte anthropologischer Naturkunde als von dem des Gefühls auf. Namentlich möchte ich keine Erörterung mit Edwin v. Manteuffel; wir können beide leben, ohne uns zu lieben, er in seiner Mördergrube hinter dem Marstall, und ich an dem Wasserfaß der Danaiden an der

Eschenheimer Gasse.“ Das alles ist offenbar in lebhafter und berechtigter Erregung über die Wahrnehmungen und die heftige Szene in Sanssouci geschrieben, und ein anderer würde den Brief an den vertrautesten Freund des Königs wohl damit geschlossen haben, seine Verdienste in Erinnerung zu bringen, um des Königs und des Hofes Gunst wieder zu gewinnen. Ganz anders Bismarck. Er weiß, daß vor allem die Königin, daß Gerlach und die Hofkamarilla, und die Mehrzahl der Minister, zugleich alle persönlichen Gönner Bismarcks, der Einsetzung des Prinzen von Preußen zum Regenten auf das äußerste widerstreben, und nur dessen „Stellvertretung“ für den unheilbar erkrankten Bruder von Vierteljahr zu Vierteljahr verlängern wollen. Gegen diese eigennützige Haltung seiner Freunde wendet sich nun aber Bismarck mit aller Entschiedenheit. „Eine lange Dauer dieses Provisoriums ist ein Unglück für das Land,“ schreibt er, „denn sie befördert die ohnehin vorhandene Tendenz, unser staatliches Räderwerk, in Gleichgültigkeit gegen das Ergebnis, maschinenartig fortspielen zu lassen, und auf dem Strome der Zeit, ohne bewußtes Ziel, hinabzutreiben. Von dem Prinzen kann ein lebendiges Eingreifen nicht erwartet werden, solange er nicht sicher ist, endgültig zu regieren. Wenn Gott dem Könige nicht bald wieder volle Gesundheit gibt, so bleiben wir in einem Zustande der Stagnation, der sich mehr und mehr verknöchert, und das monarchische Prinzip gewinnt dabei nicht.“

Auf diesen Brief Bismarcks an den General v. Gerlach wie auf die späteren besitzen wir keine Antwort mehr. Auch wenn sie ergangen ist, konnte ihr Inhalt doch den tiefen Riß nicht mehr schließen, den die große Wandlung der Zeit und Bismarcks lernbereite Erfahrung zwischen den einstigen vertrauten Freunden geschaffen hat. Keineswegs die feine Witterung des Stellenjägers, noch scharfes Spähen nach dem Aufgang einer neuen Gnadensonne, drängt Bismarck dazu, für die verfassungsmäßige Regentschaft des Prinzen von Preußen einzutreten, gegenüber der Hofkamarilla, die mit diesem Ereignis das letzte Ende ihres Einflusses und ihrer Rolle im Hintergrunde der Hoftreppen gekommen sieht. Vielmehr

ist es die lebhafte Sorge für seinen Staat Preußen und für die Würde der Krone, die Bismarck veranlaßt, das Ende der Scheinvertretung des Königs herbeizuwünschen und die selbständige Regierung des Prinzen von Preußen zu fordern, damit die Maschine des Staates nicht immer „bewußtloser und toter" wird, sondern lebendigen, von selbstbewußter und selbstverantwortlicher Kraft getriebenen mächtigen Anteil nimmt an den großen Fragen und Aufgaben der Zeit, die damals bedeutsamer als je zuvor an Preußen und Deutschland herantraten.



Viertes Buch.

Bismarck als Gesandter in Petersburg und Paris und seine Anfänge als Ministerpräsident

(bis zum Frankfurter Fürstentage)

1858—1863.

Erstes Kapitel.

Die Regentschaft in Preußen (die „neue Aera“ 1858). Die dänische und italienische Frage (1858/59). Bismarck als Gesandter in Petersburg (1859/62).

Von Grund aus hatte sich in dem Jahrzehnt von 1848 bis 1858 das Urteil der öffentlichen Meinung und der Parteien über den Prinzen von Preußen verwandelt. Diejenigen, die ihn während der Jahre der Bewegung gehaßt und verwünscht hatten, waren schon in der Zeit des Koblenzer Aufenthaltes des Prinzen anderen Sinnes geworden. Sie sahen in ihm ein Opfer desselben Systems und derselben finsteren Partei, der sie alle Demütigung, Schwäche und Unfreiheit Deutschlands seit 1850 zuschrieben. Die Festigkeit, Unerschrockenheit und Würde des Prinzen in den Tagen der Ungnade verklärte dem Volke seine edle Gestalt, und schon als er die Stellvertretung des Königs übernahm, ging es wie Frühlingsahnung durch Deutschland, bis weit hinein in radikal-demokratische Kreise. Ganz anders hatte sich auch die in Preußen von 1849 bis 1857 herrschende Partei und die den König und die Minister beeinflussende Hofkamarilla seit 1849 zum Prinzen gestellt, in welchem sie in den Märztagen von 1848 und bis zu seiner Rückkehr aus England den schneidigsten Vertreter ihrer eigenen Ansichten unter den Mitgliedern des königlichen Hauses verehrt hatte. Wie diese Meinungsverschiedenheiten an der Haltung des Prinzen in der deutschen Frage und an seiner Verfassungstreue den Anfang nahmen

und sich 1854 bis zu einer förmlichen Ächtung desselben und zu einem vollkommenen Bruche zwischen den beiden königlichen Brüder steigerten, ist schon dargelegt. Daß dieselben Kreise, trotz der immer zweifelloser hervortretenden Unheilbarkeit des königlichen Leidens, immer nur die „Stellvertretung" des Prinzen von Preußen auf je drei Monate verlängern wollten, wie einen Wechsel, dessen Einlösung sauer fällt, das war menschlich erklärlich. Denn gelangte der Prinz zur selbstverantwortlichen Regentschaft, so war der Einfluß der Königin Elisabeth und der Hofkamarilla beseitigt und ein Ministerwechsel in größerem oder geringerem Umfange höchst wahrscheinlich. Aber weder verfassungsmäßig noch klug war dieser ein volles Jahr hindurch fortgesetzte Widerstand gegen den rechtmäßigen Anspruch des Prinzen auf die Regentschaft. Verfassungswidrig, weil das preußische Staatsgrundgesetz, im Falle der Behinderung des Königs an der Regierung, eben nur die Regentschaft, d. h. die Übernahme der vollen Regierungsgewalt durch den nächsten volljährigen Agnaten, unter dessen Verantwortlichkeit, kannte und forderte, nicht aber eine bloße „Stellvertretung", wie die eines Gutsbesitzers durch den Verwalter oder die eines Richters oder Anwalts durch den Hilfsarbeiter. Warum das unzulässig und keinesfalls Sinn und Meinung der Verfassung sei, hörten wir Bismarck den ältesten und vertrautesten Freunden gegenüber rückhaltlos aussprechen: weil die Staatsmaschine dadurch erlahmte und stillstand, und weil die Würde der Krone dadurch Schaden litt. Dieser Widerstand war aber nicht einmal klug, im Sinne der engherzigen persönlichen Bestrebungen, denen er dienen sollte. Denn selbstverständlich mußte sich das verletzte Rechts- und Würdegefühl des Prinzen um so schärfer gegen alle kehren, Personen, Koterien und Parteien, die ihm die natürliche Befugnis seines Blutes und Ranges bestritten, je länger, schroffer und anmaßlicher dieser Widerstand ihm entgegengesetzt wurde.

Wie sehr die feudale Partei und die Hofkamarilla durch ihr hartnäckiges Widerstreben gegen die Einsetzung der Regentschaft ihr eigenes Spiel verdarb, hätte sie schon zu Beginn des Jahres 1858

erkennen können. Des Prinzen Sinn war durchaus nicht darauf gerichtet, ein liberales Ministerium an die Stelle der konservativen Männer zu setzen, die im Sinne seines erkrankten königlichen Bruders regierten. Aber als am 1. April abermals statt der von ihm erwarteten Regentschaft, nur eine neue Erstreckung seiner Stellvertretung auf drei Monate erfolgte, fühlte er sich doch berechtigt und verpflichtet, zur teilweisen Umbildung des Ministeriums zu schreiten, um der ihm widerwärtigen Kreuzzeitungspartei zu beweisen, daß auch der Stellvertreter des Königs nicht unter deren Vormundschaft stehe. Er beschloß daher, seine Ansprüche und Regierungsgrundsätze durch Berufung zweier strengkonservativer, ihm aber besonders vertrauter neuer Minister zum Ausdruck zu bringen und stützen zu lassen: durch den früheren Finanzminister v. Alvensleben-Erxleben, dessen treffliche Haltung und Thätigkeit wir auf den Dresdener Konferenzen kennen gelernt haben, und durch Herrn v. Bismarck, den Alvensleben selbst zum Minister des Auswärtigen vorgeschlagen hatte. Beide Männer erklärten sich zur Annahme des Amtes bereit, aber der rasche Tod Alvenslebens machte dem Plan ein Ende, und nun suchte der Prinz seine künftigen Ratgeber und Mitarbeiter nur um so eifriger unter den königstreuen Gegnern der Partei, die ihn in seinen Rechten geflissentlich kränkte. Noch einmal ließ der Prinz die widerrechtliche Verlängerung seiner Stellvertretungsvollmacht auf drei Monate am 1. Juli ohne sofortigen Widerspruch geschehen. Aber in Wahrheit war seine Langmut vollständig erschöpft, und und zugleich drängten die bevorstehenden preußischen Landtagswahlen gebieterisch zur Entscheidung, da die Presse für den Wahlkampf bereits die geradezu heillose Parteilosung ausgab: „königlich oder regentschaftlich". Schon am 6. September und dann noch einmal am 20. sprach sich das preußische Ministerium, namentlich auf Andringen der beiden Minister Manteuffel, für die verfassungsmäßige Notwendigkeit der Einsetzung der Regentschaft aus. Der kranke König, der den Winter in Italien verbringen sollte, unterzeichnete die Urkunde am 7. Oktober schweigend, brach dann aber in einen Thränenstrom aus, als habe er erkannt, daß sein Leiden

hoffnungslos sei. Am 8. Oktober 1858 wurde die königliche Verordnung, welche den Prinzen zum Regenten einsetzte, amtlich verkündet.

Ein weiterer Monat verging noch, ehe der Regent die Minister der „neuen Ära", wie sein Regierungsantritt im Volke jubelnd genannt wurde, ausgewählt und um sich versammelt hatte. Von den alten Ministern blieben die des Handels, v. d. Heydt, und der Justiz, Simons, um das konservative Element zu verstärken. Derselben Richtung gehörte an der neue Minister der Landwirtschaft, Graf Pückler. An die Spitze trat der Fürst Anton von Hohenzollern-Sigmaringen, ein naher Verwandter des Regenten, ein Mann von ehrenhaft vaterländischer Gesinnug. Die Seele des neuen Kollegiums aber war Rudolf v. Auerswald, des Regenten Freund seit den Knabentagen der Verbannung in Tilsit, 1848 Märzminister, ein gemäßigt konservativer, immer versöhnlicher Charakter. Zum Minister des Auswärtigen wurde der Freiherr v. Schleinitz ernannt, der dieses Amt schon unter dem Ministerium Brandenburg bekleidet hatte, und der dem Prinzen und seiner Gemahlin durch seine geselligen Vorzüge in den Jahren der Koblenzer Verbannung besonders lieb geworden war. Diese Wahl war jedenfalls der schwerste Fehler der neuen Ära. Denn Schleinitz handhabte die auswärtige und deutsche Politik nach seinem Lieblingsrezept der „moralischen Eroberungen" d. h. er ging allen Schwierigkeiten aus dem Wege, statt sie zu überwinden, da er selbst ohne klare politische Anschauungen und festen Charakter war und deshalb auch unfähig, selbständig entscheidende Beschlüsse zu fassen. Bismarck, der mit diesem Minister fast ausschließlich amtlich zu verkehren hatte, erfreute sich zwar auch seiner Zustimmung zu allem, was er in seinen Berichten vorschlug oder beantragte. Dennoch aber hat Bismarck dem schmerzlichen Eindruck der Politik der „moralischen Eroberungen" des Herrn v. Schleinitz in jenen Jahren sowohl als noch viel später unverhohlen Ausdruck gegeben, und die Frage ist vollberechtigt, wie ganz anders wohl die preußische Politik von 1858 an, namentlich zur Zeit des italienischen Krieges 1859, sich gestaltet hätte, wenn damals schon Herr von Bismarck und nicht Herr v. Schleinitz der auswärtige

Minister Preußens gewesen wäre. Aber freilich war für Bismarck in diesem Ministerium kein Platz. Zum Kriegsminister hatte der Regent den General v. Bonin ernannt, der während des Krimkrieges gleich dem Prinzen von der königlichen Ungnade betroffen ward, zum Minister des Innern den Oberpräsidenten v. Flottwell, einen alten Beamten von vorwiegend konservativen Grundsätzen, zum Kultusminister Herrn v. Bethmann-Hollweg, einen der Führer des „Preußischen Wochenblattes“, endlich zum Finanzminister Herrn v. Patow. Er war wie Auerswald ein Märzminister und hatte in der preußischen Kammer die Demokratie ebenso entschieden bekämpft, wie später die Reaktion. Am 6. November erhielten die bisherigen Minister die Entlassung. Manteuffel dankte Bismarck noch am nämlichen Tage schriftlich „für das Vertrauen und die Unterstützung“, welche ihm derselbe während seiner Verwaltung des Ministeriums bewiesen habe.

Das gesamte preußische Volk, mit Ausnahme der äußersten Rechten, begrüßte dieses erste Ministerium der „neuen Aera“ mit stürmischem Jubel, denn durch die Auswahl der Nachfolger der bisherigen Minister fanden die freisinnigeren Preußen ihre Hoffnungen noch übertroffen. Die Überzeugung, daß eine neue Aera für Preußen angebrochen sei, befestigte sich aber vollends, als die Ansprache bekannt wurde, welche der Prinzregent am 8. November 1858 bei Eröffnung der ersten Sitzung des neuen Kabinetts gehalten hatte. „Von einem Bruch mit der Vergangenheit soll nie und nimmermehr die Rede sein,“ hieß es da. „Es soll nur die sorgliche und bessernde Hand angelegt werden, wo sich Willkürliches oder gegen die Bedürfnisse der Zeit Laufendes zeigt.“ Als seine und „aller“ seiner Minister gemeinsame Überzeugung erklärte er: „Daß das unzertrennliche Wohl der Krone und des Landes, auf gesunden, kräftigen, ‚konservativen‘ Grundlagen beruhe. Versprochenes muß man treu halten, ohne sich der bessernden Hand dabei zu entschlagen; nicht Versprochenes muß man mutig verhindern. Vor allem warne ich vor der stereotypen Phrase, daß die Regierung sich fort und fort treiben lassen müsse, liberale Ideen zu entwickeln, weil solche sich

sonst Bahn brächen. Wenn in allen Regierungshandlungen sich Wahrheit, Gesetzlichkeit und Konsequenz ausspricht, so ist eine Regierung stark, weil sie ein reines Gewissen hat, und damit hat man ein Recht, allem Bösen kräftig zu widerstehen." Dann besprach der Regent die Hauptzweige der Staatsverwaltung einzeln und bezeichnete genau die Richtung, in welcher er jedes Ressort gehandhabt wünschte. Dem Minister des Innern empfahl er, allmählich zu erstreben „die rechte Mitte zwischen einer ganz unvorbereiteten Einführung des Selfgovernment und einem Rückfall in die alten Verhältnisse." Neben diesem Wort und der Mahnung an den Finanzminister, „die wahre Besteuerungsfähigkeit des Landes vor allem ins Auge zu fassen," machte das größte Aufsehen und erregte ungeteilte Befriedigung die Aussprache des Regenten über die Behandlung kirchlicher Fragen. Er erklärte: „Eine der schwierigsten und zugleich zartesten Fragen ist die kirchliche, da auf diesem Gebiete in der letzten Zeit viel vergriffen worden ist. Zunächst muß zwischen beiden christlichen Konfessionen eine möglichste Parität obwalten. In beiden Kirchen muß aber mit allem Ernste den Bestrebungen entgegengetreten werden, die dahin abzielen, die Religion zum Deckmantel politischer Bestrebungen zu machen. In der evangelischen Kirche, wir können es nicht leugnen, ist eine Orthodoxie eingekehrt, die mit deren Grundanschauung nicht verträglich ist und die sofort in ihrem Gefolge Heuchler hat. Diese Orthodoxie ist dem segensreichen Werke der evangelischen Union hinderlich in den Weg getreten, und wir sind nahe daran gewesen, die Union zerfallen zu sehen. Die Aufrechterhaltung derselben und ihre Weiterförderung ist mein fester Wille und Entschluß. Alle Heuchelei und Scheinheiligkeit, kurzum alles Kirchenwesen zu egoistischen Zwecken, ist zu entlarven, wo es nur möglich ist. Die wahre Religiosität zeigt sich im ganzen Verhalten des Menschen; dieses ist immer ins Auge zu fassen und von äußerem Gebahren und Schaustellungen zu unterscheiden. Der katholischen Kirche sind ihre Rechte verfassungsmäßig festgestellt; Übergriffe über diese hinaus sind nicht zu dulden." Bei weitem weniger Beachtung als diese goldenen Worte fanden die

nicht minder trefflichen, mit denen der Prinzregent sich der äußeren Politik zuwandte: „Die Armee hat Preußens Größe geschaffen und dessen Wachstum erkämpft. Eine 40jährige Erfahrung und zwei kurze Kriegsepisoden haben uns indes auch jetzt aufmerksam gemacht, daß manches, was sich nicht bewährt hat, zu Änderungen Veranlassung geben wird. Dazu gehören ruhige politische Zeiten und — Geld, und es wäre ein schwer sich bestrafender Fehler, wollte man mit einer wohlfeilen Heeresverfassung prangen, die deshalb im Momente der Entscheidung den Erwartungen nicht entspräche. Preußens Heer muß mächtig und angesehen sein, um, wenn es gilt, ein schwerwiegendes politisches Gewicht in die Wagschale legen zu können." In Betreff der auswärtigen Politik endlich erklärte der Prinzregent: „Preußen muß mit allen Großmächten (und allen übrigen Mächten) im freundschaftlichsten Vernehmen stehen, ohne sich fremden Einflüssen hinzugeben und ohne sich die Hände frühzeitig durch Verträge zu binden. In Deutschland muß Preußen moralische Eroberungen machen durch eine weise Gesetzgebung bei sich, durch Hebung aller sittlichen Elemente und durch Ergreifung von Einigungselementen, wie der Zollverband eines ist, der indes einer Reform wird unterworfen werden müssen. Die Welt muß wissen, daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist."

Der tiefe Eindruck dieser Ansprache zeigte sich in ganz Deutschland, in Preußen aber offenbarte er sich am deutlichsten bei den bald darauf folgenden allgemeinen Neuwahlen zum preußischen Landtag. In den Programmen empfahl selbst ein so radikaler Demokrat wie Johann Jacoby, die Regierung „nicht zu drängen". Namhafte Führer der demokratischen Partei von 1849 bis 1850, wie v. Unruh, Rodbertus, Schulze-Delitzsch verzichteten freiwillig auf Mandate, weil „durch die Wahl von Männern ihrer Vergangenheit dem liberalen Ministerium, der Rückschrittspartei gegenüber, manche Schwierigkeit bereitet werden möchte." Der gesamte gemäßigte Liberalismus dagegen stellte sich bei diesem Wahlkampfe zum ersten Mal ganz auf den Boden der (neuen) Regierung und einer ihrer Wortführer, Graf Schwerin, bot sogar allen Demokraten, „die sich aufrichtig

auf den Boden der bestehenden Verfassung stellen", die Hand zu gemeinsamem Wirken für die gesetzliche Ordnung. Die Wahlergebnisse entsprachen dieser Volksstimmung: die große Mehrheit des neuen Abgeordnetenhauses bestand aus „Gothaern", an deren Spitze die alten Führer Simson, Vincke, Graf Schwerin wieder in die Kammer einzogen, und aus Gliedern der Partei Bethmann-Hollweg. Die Rechte dagegen war von der beherrschenden Zahl von 224 Abgeordneten auf ein Häuflein von 38 zusammengeschmolzen.

Bismarck hatte sich, gleich den beiden Ministern Manteuffel, und wie wir sahen bereits vor diesen, entschieden auf den Standpunkt gestellt, daß die Einsetzung der Regentschaft verfassungsmäßig und politisch notwendig sei, namentlich wegen des völligen Stillstandes der auswärtigen Politik. So hatte er schon am 20. Februar 1858 an den General v. Gerlach geschrieben: „Über Auswärtiges habe ich nichts zu schreiben und bin unlustig. Wenn, wie jetzt in Berlin weder Ab- noch Ansichten, weder Pläne noch Willensregungen vorhanden sind, so drückt einen das Bewußtsein einer gänzlich zweck- und planlosen Beschäftigung nieder. Ich thue nichts mehr, als mir genau befohlen wird, führe meine Instruktionen aus, und lasse es gehen, wie es will, wenn es mir auch Mühe macht, jedes eigene Interesse an der Sache zu ersticken. Schließlich hoffe ich, daß mir alles ebenso wurscht werden wird wie anderen Leuten." Noch nachdrücklicher erklärte sich Bismarck in demselben Schreiben gegen den von Ludwig v. Gerlach in der Kammer eingebrachten Antrag, statt der dreijährigen preußischen Landtagswahlperioden sechsjährige einzuführen. Dieser Antrag bezweckte offenbar, die im Jahre 1855 gewählte sogenannte „Landratskammer", d. h. das Abgeordnetenhaus, welches 224 Abgeordnete der Rechten und darunter allein 102 Verwaltungsbeamte zählte, noch drei Jahre über 1858 hinaus beisammen zu halten, um alle Änderungen in der Politik und Verwaltung, die man schon zu Anfang des Jahres 1858 vom Prinzen von Preußen erwartete, zu hintertreiben. Bismarck erklärte dagegen mit größtem Freimut: „Die Krankheit, an welcher unser ständisches Leben darniederliegt, ist, neben der Unfähigkeit der einzelnen, der

Servilismus des Hauses der Abgeordneten. Seine Majorität hat keine unabhängigen Überzeugungen, und ist ein Werkzeug ministerieller Allmacht. Gegen die Unabhängigkeit gewährt aber die Verlängerung der Wahlperiode gewiß keine Hilfe. Dem von vielen höheren Beamten, wie mir scheint, in politischer Kurzsichtigkeit befolgten System, den Landtag versumpfen zu lassen, wirkt die öftere Zuführung frischen Blutes gerade entgegen. Wenn es unseren Kammern nicht gelingt, das öffentliche Interesse an sich zu fesseln, die Aufmerksamkeit des Landes auf sich zu ziehen, so werden sie über kurz oder lang ohne Teilnahme zu Grabe gehen."

Die Einsetzung der Regentschaft war also durchaus nach Bismarcks Sinn und Wunsch erfolgt und auch von den neuernannten Ministern mochte er sich manche gefallen lassen. Viele der Ansichten und Gedanken der Ansprache des Prinzregenten endlich entsprachen fast wörtlich den Ausführungen, die Bismarck in seiner berühmten Denkschrift vom März 1858 über den Beginn, die Richtung und die Ziele einer selbständigen deutschen Politik Preußens und ebenda, wie in früheren Denkschriften über die innere und auswärtige Politik Preußens gemacht hatte. Aber wie der Prinzregent selbst in seiner Ansprache vom 8. November die Befürchtung schon andeutete und in einem vertraulichen Schreiben an den Prinz-Gemahl Albert von England aus diesen Tagen ausdrücklich aussprach, von seinen Ministern „zu weit nach links getrieben zu werden," so hegte auch Bismarck diese Besorgnis für den Regenten und für Preußen. Gerade damals war Bismarcks Gemahlin aus Pommern und Berlin mit den Kindern nach Frankfurt zurückgekehrt, „niedergedrückt von allen den politischen Ängsten," die ihr die alten Freunde aus dem Kreuzzeitungslager unterwegs eingeflößt hatten. Namentlich wurde ihr gesagt, daß ihr Gemahl unter den neuen Ministern wenig Freunde habe und schlecht behandelt, versetzt oder abberufen werde. Aus diesen widerstreitenden Stimmungen schreibt Bismarck am 12. November 1858 an die Schwester: „Ich bemühe mich vergebens, ihr (Johanna) die gebührende Heiterkeit einzuflößen. Der natürliche Verdruß der Hausfrau ist auch dabei im Spiel, wenn

15*

es zweifelhaft wird, ob man in einem eben mit Mühe und Kosten neu eingerichteten Hause bleiben wird. Sie kam mit dem Glauben hier an, daß ich den Abschied sofort nehmen würde. Ich weiß nicht, ob man ihn mir nicht ungefordert gibt, oder mich so versetzt, daß ich ihn anstandshalber nehmen muß. Bevor ich es aber freiwillig thue, will ich doch erst abwarten, daß das Ministerium Farbe zeigt. Wenn die Herren die Fühlung der konservativen Partei beibehalten, sich aufrichtig um Verständigung und Frieden im Innern bemühen, so können sie in unsern auswärtigen Verhältnissen einen unzweifelhaften Vorzug haben, und das ist mir viel wert; denn ‚wir waren heruntergekommen und wußten doch selber nicht wie.‘ Das fühlte ich hier am empfindlichsten. Ich denke mir, daß man den Fürsten (Hohenzollern) gerade deshalb an die Spitze gestellt hat, um eine Garantie gegen eine Parteiregierung und gegen Rutschen nach links zu haben. Irre ich mich darin oder will man über mich lediglich aus Gefälligkeit für Stellenjäger verfügen, so werde ich mich unter die Kanonen von Schönhausen zurückziehen und zusehen, wie man in Preußen auf linke Mehrheiten gestützt regiert, mich auch im Herrenhause bestreben, meine Schuldigkeit zu thun. Abwechselung ist die Seele des Lebens, und hoffentlich werde ich mich um zehn Jahre verjüngt fühlen, wenn ich mich wieder in derselben Gefechtslage befinde, wie 1848—49. Wenn ich die Rollen des Gentleman und Diplomaten nicht mehr mit einander verträglich finde, so wird mich das Vergnügen oder die Last, ein hohes Gehalt mit Anstand auszugeben, keine Minute in der Wahl beirren. Zu leben habe ich nach meinen Bedürfnissen, und wenn mir Gott Frau und Kinder gesund erhält wie bisher, so sage ich: ‚vogue la galère‘, in welchem Fahrwasser es auch sein mag. Nach 30 Jahren wird es mir wohl gleichgiltig sein, ob ich jetzt Diplomat oder Landjunker spiele, und bisher hat die Aussicht auf frischen ehrlichen Kampf, ohne durch irgend eine amtliche Fessel geniert zu sein, gewissermaßen in politischen Schwimmhosen, fast ebensoviel Reiz für mich, als die Aussicht auf ein fortgesetztes Regime von Trüffeln, Depeschen und Großkreuzen. Nach

Neune ist alles vorbei, sagt der Schauspieler. Eine besondere Freude habe ich einstweilen am Bunde; alle die Herren, die noch vor sechs Monaten meine Abberufung als Erfordernis der deutschen Einheit verlangten, zittern jetzt bei dem Gedanken, mich hier zu verlieren, und sie sind wie ein Taubenschlag, der den Marder merkt, so verängstigt von Demokratie, Barrikaden, Parlament u. s. w. Ich sage allen natürlich: ‚Nur ruhig Blut, die Sache wird sich schon machen,' und habe die Genugthuung, daß sie antworten: ‚Ja, wenn Sie hier blieben, da hätten wir eine Gewähr, aber —!' Der Bamberger Diplomat spricht von einer kontinentalen Versicherung gegen preußische Brandstiftung. Dreikaiserbündnis gegen uns und neues Olmütz mit ‚thatsächlichen Operationen'. Kurz, es fängt an, weniger langweilig in der politischen Welt zu werden. Lebe herzlich wohl, mein sehr Geliebtes, und grüße Oskar; er soll nur die Ohren nicht hängen lassen, es ist doch alles Kaff."

Schon damals war ernstlich in Berlin davon die Rede, Bismarck an die Stelle des Herrn v. Werther als preußischen Gesandten nach Petersburg zu versetzen. Bei der Wichtigkeit des Postens hätte Bismarck in dieser Versetzung keinerlei Kränkung erblicken können. Deshalb schreibt er auch an die Schwester am 10. Dezember 1858 aus Frankfurt: „Über meine Versetzung oder Entlassung ist wieder alles still; eine Zeit lang schien mir Petersburg ziemlich sicher, und ich hatte mich mit dem Gedanken so vertraut gemacht, daß ich eigentlich Enttäuschung fühlte, als es hieß, daß ich hier bleiben würde. Es wird hier wohl schlechtes Wetter, politisches, geben, welches ich recht gerne im Bärenpelz bei Kaviar und Elenjagd abwarte. Sehr schön wäre es, wenn Ihr uns hier besuchen wolltet, ehe ich an der Newa ‚kalt gestellt' werde." Im Grunde aber beruhte auch dieser Plan der Versetzung Bismarcks von Frankfurt weg auf der Erkenntnis des neuen preußischen Ministers des Auswärtigen, Herrn v. Schleinitz, daß Bismarck am Bundestage Österreich gegenüber eine viel schroffere und kampflustigere Stellung einnehme, als der Minister für wünschenswert hielt und als auch der versöhnliche Auerswald empfahl. Diese Meinungsverschiedenheit

der Vertrauten des damaligen Stellvertreters des Königs mit Bismarck war schon im Sommer 1858 hervorgetreten, als die drei Staatsmänner die schwebenden Händel mit Österreich, namentlich den Streit über die österreichische Besatzung in Rastatt, mit dem Prinzen berieten. Und daß Bismarck, trotz dieser im Rate des Prinzen einflußreichen Widersacher, jenen Streit so vollständig im preußischen Sinne ausglich, wie früher gezeigt wurde, muß ihm doppelt hoch angerechnet werden. Bei jenen Verhandlungen mit dem Prinzen in Baden wurde aber noch eine zweite Streitfrage mit Österreich berührt, in welcher des Prinzen lebhaftes nationales Gefühl und seine unverlöschliche Erinnerung an Preußens Demütigung in Olmütz ihn durchaus an Bismarcks Seite stellte. Deshalb gebot er, daß Bismarck vor Lösung dieser Frage nicht von Frankfurt scheide. Es handelte sich um einen neuen schweren Streit mit dem Königreich Dänemark, dem Österreich nach seinen alten Überlieferungen auch jetzt beizustehen bereit war.

Dänemark hatte nämlich am 26. Juli 1854, gegen die ausdrücklichen Abmachungen und Versprechungen des Londoner Protokolls von 1852 eine dänische Gesamtstaatsverfassung in den Elbherzogtümern verkündet, welche Schleswig als unzertrennliches Glied des dänischen Reiches behandelte; Holstein zwar als selbständigen Teil der dänischen Monarchie, der aber mit derselben durch das Thronfolgegesetz von 1853 gleichfalls auf immer vereinigt sei. Die Stände der Herzogtümer hatten vergeblich gegen diese ungesetzlichen Maßregeln und gegen die von Dänemarck oktroyierten „Provinzialverfassungen" von Schleswig und Holstein protestiert. Um aber diese unbequemen Protestanten zu ewigem Stillschweigen zu nötigen, hatte ihnen die neue dänische Gesamtverfassung nur im dänischen Reichstag Sitz und Stimme angewiesen und sie dauernd zur Minderheit verurteilt; die Steuerbewilligung und der Staatshaushalt wurde ohne alle Rücksicht auf die Herzogtümer festgestellt; Heer, Flotte, Post, Münzwesen, Zölle waren fortan nur dänisch; auch die dänische Sprache wurde in Kirche und Schule rein deutschen Gemeinden aufgedrängt. Unerschütterlich aber hielten auch im dänischen Reichs-

rat die deutschen Abgeordneten fest an dem Rechte der Herzogtümer. Als 1856 ihr Antrag, den Ständen Schleswig-Holsteins die dänische Gesamtverfassung zur Prüfung vorzulegen, von der Regierung zurückgewiesen ward, protestierten sie gegen die Giltigkeit dieser Verfassung und wandten sich Anfang 1857 mit einer Beschwerde über das verfassungs- und vertragswidrige Verhalten Dänemarks gegen die Herzogtümer an den Bund. Bismarck trat im gerechten Interesse der Beschwerdeführer sowohl, als in klarer Erkenntnis der Notwendigkeit einer populären deutschen Politik Preußens, von Anfang an warm für das verletzte Recht der Herzogtümer ein und erlangte endlich im Februar und Mai 1858 Bundesbeschlüsse, welche die dänische Regierung aufforderten, die Rechtsverhältnisse der Herzogtümer Holstein und Lauenburg zu ordnen. Darauf erwiderte Dänemark am 15. Juli, es sei bereit, über diese Frage, wie seit sechs Jahren schon, auch ferner — zu verhandeln. Österreich und die „Bamberger“ erklärten sich durch diese Antwort völlig zufrieden gestellt, und auch die intimen Ratgeber des Prinzen von Preußen hatten nichts wesentliches daran auszusetzen. Der Prinz aber telegraphierte von Baden sofort nach Berlin: die dänische Antwort sei ungenügend, der Bund habe entschiedenes Vorgehen zu beschließen und Preußen dabei immer den Anstoß zu geben und den Vortritt zu behaupten. Zugleich berief er Bismarck nach Baden und am 16. Juli genehmigte er das ihm von Bismarck vorgelegte „Programm“ zur Lösung der Verfassungsfrage der Elbherzogtümer durch den Bundestag. Dieses Programm ging kurz dahin, daß Dänemark vom Bunde aufgefordert werde, die Aufhebung der Gesamtverfassung zu erklären, unter Androhung bewaffneter Exekution. Entspräche Dänemark dieser Aufforderung nicht, so würde der Bund beschließen, nach Ablauf einer letzten kurzen Frist, die Exekution gegen Dänemark zu vollstrecken. Nach wenigen Monaten, am 11. November, hatte der Bund diese Beschlüsse gefaßt und dadurch Dänemark zur Nachgiebigkeit gezwungen. Unendlicher Jubel durchbrauste Deutschland. So schnell hatte der Prinz schon das Wort seiner Ansprache vom 8. November in einer ganz Deutschland teuersten Angelegenheit er-

füllt: „Preußen sei stets bereit, das Recht zu schützen." Dem Prinzen schrieb ganz Deutschland allein die Ehre und den Ruhm dieses Erfolges zu; von Bismarcks starkem Anteil an dem Siege wußte ja damals noch niemand. Aber auch Bismarck selbst ließ seinem neuen Herrn die Ehre. Denn in einem Immediatbericht an den Prinzregenten über die Bundestagssitzung, in welcher Dänemark seine Unterwerfung angezeigt hatte, schrieb er am 12. November: „Ew. K. Hoheit darf ich hierbei melden, daß ich nach der Sitzung von mehreren Kollegen, auch von solchen, welche in den Ausschüssen wiederholt entgegengesetzte Ansichten vertreten hatten, anerkennende Bemerkungen und Glückwünsche darüber empfing, daß der Bund dieses für sein Ansehen so günstige vorläufige Ergebnis ausschließlich der Festigkeit und Besonnenheit verdanke, mit welcher Preußen diese ganze Angelegenheit geleitet habe, ohne sich durch die nach verschiedenen Richtungen hin auseinandergehenden Ansichten seiner Bundesgenossen beirren zu lassen. In der Stimmung der Bundesversammlung sprach sich eine allgemeine Befriedigung über die von Deutschland einstweilen erlangte Genugthuung aus." Sehr bezeichnend in diesem Berichte an den neuen Regenten Preußens ist auch die zweimalige Betonung der Auffassung Bismarcks, daß er den Sieg vom 11. November 1858 über Dänemark nur als eine „vorläufige", „einstweilige Genugthuung" des verletzten Rechtes der Herzogtümer ansehe. Gewiß waren beide Männer schon in Baden auch darüber einig geworden, daß Preußen nicht rasten dürfe, ehe das volle Recht der beiden deutschen Elbmarken zur Anerkennung gebracht sei und bis die schmerzbewegten Verse des edlen Patrioten Ernst Moritz Arndt:

> „Wohl vieles wird vergeben und vergessen,
> Doch nimmer Schleswig-Holstein, nimmer Hessen",

nur von vergangenem Leid erzählen würden. Die Zukunft wenigstens hat dieser Annahme vollkommen Recht gegeben.

Dreimal war Bismarck im Sommer 1858 zum Prinzen von Preußen nach Baden-Baden berufen worden. Einmal weilte auch Manteuffel wochenlang hier, und sicher ist damals schon diejenige

Frage, die Bismarck mit untrüglichem Scharfblick seit dem Ende des Krimkrieges und Neuenburger Handels als die wichtigste der nächsten Zukunft ansah, die italienische Frage, unter den Staatsmännern und mit dem Prinzen eifrig verhandelt worden. Sie alle teilten jetzt die von Bismarck schon 1856 ausgesprochene Ansicht, daß die nächste Thätigkeit des Kaisers Napoleon sich gegen die österreichische Herrschaft in Italien richten werde. In Baden-Baden hatten sie Gelegenheit, das auch aus dem Munde des großen italienischen Staatsmannes bestätigt zu hören, der sein ganzes Leben mit unvergleichlicher Thatkraft, Zähigkeit und Klugheit in den Dienst des italienischen Einheitswerkes gestellt hatte, des Grafen Camillo Cavour. Dieser hatte soeben, unter falschem Namen, den Kaiser Napoleon auf dessen Einladung im Bade zu Plombières aufgesucht und hier im tiefsten Vertrauen, ohne Zuziehung eines kaiserlichen Ministers, mit dem Kaiser verhandelt, und beide Männer waren insgeheim zu einem völligen Einverständnisse gelangt. Sie waren einig über den Krieg gegen Österreich und über den Siegespreis: Der König Viktor Emanuel von Sardinien sollte die Lombardei und Venetien, Parma und Modena erhalten, Frankreich aber Nizza und Savoyen. Italien solle künftig einen Staatenbund bilden, unter dem Ehrenvorsitz des Papstes. Als Herrn von Toskana dachte sich dabei Napoleon im Stillen seinen Vetter Jérome, der die Tochter des Königs Viktor Emanuel, Clotilde, heiraten sollte. Der Krieg würde von Sardinien und Frankreich erst erklärt werden, wenn ersteres von Österreich angegriffen werde. Aber beide Männer setzten den Plan genau fest, wie Österreich zu diesem Schritte gereizt werden sollte. Von diesen Abmachungen verriet Cavour in Baden-Baden den preußischen Staatsmännern und dem Prinzen natürlich nur den geringsten Teil. Er that so, als fühle sich Napoleon durch den französischen Klerus gehemmt, Italien den vollen Beistand zu gewähren, den sein Mitleid mit den traurigen Zuständen Italiens nicht versagen würde. Gleichwohl werde der Kaiser an Sardiniens Seite stehen, wenn dieses zum Bruche mit Österreich gezwungen würde. Dem Prinzen schilderte Cavour in bewegten Worten die

unleidlichen, jammervollen Zustände Italiens, und der Prinz versprach gern seine Bereitwilligkeit, seinen Einfluß zu Gunsten von Reformen in den von Österreichs Sekundogenituren beherrschten italienischen Provinzen geltend zu machen. Ein festeres Ergebnis knüpfte sich an die Besprechungen in Baden-Baden nicht. Bismarck aber hatte hier, wie schon 1857 von Napoleon selbst in Paris, genug gehört, um von da an jedem Hauche aufmerksam zu lauschen, der von der italienischen Bewegung neue Kunde gab.

Die Vorgänge in Italien selbst während des Herbstes und Winters von 1858 ließen für Bismarck schon keinen Zweifel übrig, daß dort Volk und Regierung auf einen nahen Krieg gegen Österreich hinarbeite. Er beobachtete genau, wie die gesamte nationale Bewegung Italiens, alle Parteien, alle Landstriche, Staaten und Provinzen jetzt schon im italienischen Nationalverein (società nationale) sich in engem Anschluß an die Politik des Königs Viktor Emanuel und seines Ministers, Graf Cavour, zusammenscharten, von letzterem offenkundig begünstigt und angefeuert. Da strömten aus allen von den österreichischen Bajonetten geknechteten Landesteilen Italiens hochansehnliche Emigranten in Turin zusammen, um Zeugnis abzulegen von dem unter fünfzigjähriger Fremdherrschaft immer noch lebendigen italienischen Nationalgefühl. Mitten unter der österreichischen Oberherrschaft wirkte in Toskana der tapfere Baron Ricasoli, der erst vor kurzem aus der Schweizer Verbannung zurückgekehrt war, der später als Nachfolger Cavours, gleich dem Freiherrn von Stein, als persönliche Kränkung empfand, daß ihm ein Gehalt gezahlt werden sollte, und der noch später bei seinem Rücktritt auf die Frage des Königs bei der Verabschiedung: „Doch hoffe ich, daß wir Freunde bleiben werden?“ stolz erwiderte: „Das wird von Ihrem Benehmen abhängen, Majestät.“*) In der Romagna arbeitete unverdrossen Massimo d'Azeg-

*) Der Verfasser dankt diese Mitteilungen über Ricasoli, an denen auch Fürst Bismarck in Varzin sich erfreute, der persönlichen Aussprache des großen Schweizer Dichters Konrad Ferdinand Meyer, mit dem Ricasoli während seines Exils in Zürich sich herzlich befreundet hatte. Ricasoli

lio, sonst der Gegner des Sardinischen Ministers, ganz im Sinne Cavours. Und Daniele Manin, der Republikaner, 1848 der „Diktator von Venedig", der damals schon das große Wort gesprochen hatte: „Die Menschen sind die Zeiten," er rief jetzt den Venetianern und allen italienischen Landsleuten zu: „Sammelt euch um den konstitutionellen König Viktor Emanuel." Bismarck erlebte gerade in denselben Monaten ein glückverheißendes deutsches Gegenstück zu diesen flammenden Kundgebungen des italienischen Einheitsdranges an die nationale Dynastie. Denn auch in Preußen huldigten damals die liberalen und demokratischen Wortführer, bis zu dem Republikaner Johann Jakoby, begeistert dem neuen Regenten Preußens. Freilich aber hatte dieser die Entscheidung seiner Politik nicht auf die Schneide des Schwertes gestellt, wie jetzt der König Viktor Emanuel in Italien. Wie würden sich die deutschen Parteiführer und ihr Gefolge zu dieser Notwendigkeit stellen, die Bismarck unausweichlich kommen sah? Die Zukunft mußte es zeigen.

Für jetzt hatte Bismarck vollauf Arbeit genug, die Stimmung der europäischen Mächte in der italienischen Frage zu erforschen, deren kriegerischen Austrag er binnen kurzem erwartete. Als der Graf Cavour in Baden-Baden versichert hatte, daß Frankreich beim Ausbruche eines Krieges jedenfalls an der Seite Sardiniens ins Feld ziehen werde, da rief ein russischer Diplomat freudig: „Dann wird auch die russische Garde marschieren." Wie weit und hoch dagegen Österreichs Politik und Ehrgeiz in der italienischen Frage gespannt sei, konnte Bismarck bald nachher aus der vertraulichen Aussprache eines österreichischen Diplomaten berichten, der ihm sagte: „Seitdem Sardinien ein konstitutioneller Staat geworden, ist unsern Behörden eine regelmäßige Verwaltung der Lombardei unmöglich; es ist für uns eine Lebensfrage, daß wir Sardinien zur Abschaffung der Verfassung und zum Verzicht auf den nationalen Gedanken zwingen." Bismarck erkannte in dieser rechtlos-despotischen Haltung

---

konnte dagegen über die Rechnung eines Schweizer Berghotels von 5 Francs eine prachtvolle Theaterszene von 1½ Stunden aufführen, während er sein Ministergehalt stets unberührt ließ.

auf den Boden der bestehenden Verfassung stellen", die Hand zu gemeinsamem Wirken für die gesetzliche Ordnung. Die Wahlergebnisse entsprachen dieser Volksstimmung: die große Mehrheit des neuen Abgeordnetenhauses bestand aus „Gothaern", an deren Spitze die alten Führer Simson, Vincke, Graf Schwerin wieder in die Kammer einzogen, und aus Gliedern der Partei Bethmann-Hollweg. Die Rechte dagegen war von der beherrschenden Zahl von 224 Abgeordneten auf ein Häuflein von 38 zusammengeschmolzen.

Bismarck hatte sich, gleich den beiden Ministern Manteuffel, und wie wir sahen bereits vor diesen, entschieden auf den Standpunkt gestellt, daß die Einsetzung der Regentschaft verfassungsmäßig und politisch notwendig sei, namentlich wegen des völligen Stillstandes der auswärtigen Politik. So hatte er schon am 20. Februar 1858 an den General v. Gerlach geschrieben: „Über Auswärtiges habe ich nichts zu schreiben und bin unlustig. Wenn, wie jetzt in Berlin weder Ab- noch Ansichten, weder Pläne noch Willensregungen vorhanden sind, so drückt einen das Bewußtsein einer gänzlich zweck- und planlosen Beschäftigung nieder. Ich thue nichts mehr, als mir genau befohlen wird, führe meine Instruktionen aus, und lasse es gehen, wie es will, wenn es mir auch Mühe macht, jedes eigene Interesse an der Sache zu ersticken. Schließlich hoffe ich, daß mir alles ebenso wurscht werden wird wie anderen Leuten." Noch nachdrücklicher erklärte sich Bismarck in demselben Schreiben gegen den von Ludwig v. Gerlach in der Kammer eingebrachten Antrag, statt der dreijährigen preußischen Landtagswahlperioden sechsjährige einzuführen. Dieser Antrag bezweckte offenbar, die im Jahre 1855 gewählte sogenannte „Landratskammer", d. h. das Abgeordnetenhaus, welches 224 Abgeordnete der Rechten und darunter allein 102 Verwaltungsbeamte zählte, noch drei Jahre über 1858 hinaus beisammen zu halten, um alle Änderungen in der Politik und Verwaltung, die man schon zu Anfang des Jahres 1858 vom Prinzen von Preußen erwartete, zu hintertreiben. Bismarck erklärte dagegen mit größtem Freimut: „Die Krankheit, an welcher unser ständisches Leben darniederliegt, ist, neben der Unfähigkeit der einzelnen, der

Servilismus des Hauses der Abgeordneten. Seine Majorität hat keine unabhängigen Überzeugungen, und ist ein Werkzeug ministerieller Allmacht. Gegen die Unabhängigkeit gewährt aber die Verlängerung der Wahlperiode gewiß keine Hilfe. Dem von vielen höheren Beamten, wie mir scheint, in politischer Kurzsichtigkeit befolgten System, den Landtag versumpfen zu lassen, wirkt die öftere Zuführung frischen Blutes gerade entgegen. Wenn es unseren Kammern nicht gelingt, das öffentliche Interesse an sich zu fesseln, die Aufmerksamkeit des Landes auf sich zu ziehen, so werden sie über kurz oder lang ohne Teilnahme zu Grabe gehen."

Die Einsetzung der Regentschaft war also durchaus nach Bismarcks Sinn und Wunsch erfolgt und auch von den neuernannten Ministern mochte er sich manche gefallen lassen. Viele der Ansichten und Gedanken der Ansprache des Prinzregenten endlich entsprachen fast wörtlich den Ausführungen, die Bismarck in seiner berühmten Denkschrift vom März 1858 über den Beginn, die Richtung und die Ziele einer selbständigen deutschen Politik Preußens und ebenda, wie in früheren Denkschriften über die innere und auswärtige Politik Preußens gemacht hatte. Aber wie der Prinzregent selbst in seiner Ansprache vom 8. November die Befürchtung schon andeutete und in einem vertraulichen Schreiben an den Prinz-Gemahl Albert von England aus diesen Tagen ausdrücklich aussprach, von seinen Ministern „zu weit nach links getrieben zu werden," so hegte auch Bismarck diese Besorgnis für den Regenten und für Preußen. Gerade damals war Bismarcks Gemahlin aus Pommern und Berlin mit den Kindern nach Frankfurt zurückgekehrt, „niedergedrückt von allen den politischen Ängsten," die ihr die alten Freunde aus dem Kreuzzeitungslager unterwegs eingeflößt hatten. Namentlich wurde ihr gesagt, daß ihr Gemahl unter den neuen Ministern wenig Freunde habe und schlecht behandelt, versetzt oder abberufen werde. Aus diesen widerstreitenden Stimmungen schreibt Bismarck am 12. November 1858 an die Schwester: „Ich bemühe mich vergebens, ihr (Johanna) die gebührende Heiterkeit einzuflößen. Der natürliche Verdruß der Hausfrau ist auch dabei im Spiel, wenn

es zweifelhaft wird, ob man in einem eben mit Mühe und Kosten neu eingerichteten Hause bleiben wird. Sie kam mit dem Glauben hier an, daß ich den Abschied sofort nehmen würde. Ich weiß nicht, ob man ihn mir nicht ungefordert gibt, oder mich so versetzt, daß ich ihn anstandshalber nehmen muß. Bevor ich es aber freiwillig thue, will ich doch erst abwarten, daß das Ministerium Farbe zeigt. Wenn die Herren die Fühlung der konservativen Partei beibehalten, sich aufrichtig um Verständigung und Frieden im Innern bemühen, so können sie in unsern auswärtigen Verhältnissen einen unzweifelhaften Vorzug haben, und das ist mir viel wert; denn ‚wir waren heruntergekommen und wußten doch selber nicht wie.‘ Das fühlte ich hier am empfindlichsten. Ich denke mir, daß man den Fürsten (Hohenzollern) gerade deshalb an die Spitze gestellt hat, um eine Garantie gegen eine Parteiregierung und gegen Rutschen nach links zu haben. Irre ich mich darin oder will man über mich lediglich aus Gefälligkeit für Stellenjäger verfügen, so werde ich mich unter die Kanonen von Schönhausen zurückziehen und zusehen, wie man in Preußen auf linke Mehrheiten gestützt regiert, mich auch im Herrenhause bestreben, meine Schuldigkeit zu thun. Abwechselung ist die Seele des Lebens, und hoffentlich werde ich mich um zehn Jahre verjüngt fühlen, wenn ich mich wieder in derselben Gefechtslage befinde, wie 1848—49. Wenn ich die Rollen des Gentleman und Diplomaten nicht mehr mit einander verträglich finde, so wird mich das Vergnügen oder die Last, ein hohes Gehalt mit Anstand auszugeben, keine Minute in der Wahl beirren. Zu leben habe ich nach meinen Bedürfnissen, und wenn mir Gott Frau und Kinder gesund erhält wie bisher, so sage ich: ‚vogue la galère‘, in welchem Fahrwasser es auch sein mag. Nach 30 Jahren wird es mir wohl gleichgiltig sein, ob ich jetzt Diplomat oder Landjunker spiele, und bisher hat die Aussicht auf frischen ehrlichen Kampf, ohne durch irgend eine amtliche Fessel geniert zu sein, gewissermaßen in politischen Schwimmhosen, fast ebensoviel Reiz für mich, als die Aussicht auf ein fortgesetztes Regime von Trüffeln, Depeschen und Großkreuzen. Nach

Neune ist alles vorbei, sagt der Schauspieler. Eine besondere Freude habe ich einstweilen am Bunde; alle die Herren, die noch vor sechs Monaten meine Abberufung als Erfordernis der deutschen Einheit verlangten, zittern jetzt bei dem Gedanken, mich hier zu verlieren, und sie sind wie ein Taubenschlag, der den Marder merkt, so verängstigt von Demokratie, Barrikaden, Parlament u. s. w. Ich sage allen natürlich: ‚Nur ruhig Blut, die Sache wird sich schon machen,‘ und habe die Genugthuung, daß sie antworten: ‚Ja, wenn Sie hier blieben, da hätten wir eine Gewähr, aber —!‘ Der Bamberger Diplomat spricht von einer kontinentalen Versicherung gegen preußische Brandstiftung. Dreikaiserbündnis gegen uns und neues Olmütz mit ‚thatsächlichen Operationen‘. Kurz, es fängt an, weniger langweilig in der politischen Welt zu werden. Lebe herzlich wohl, mein sehr Geliebtes, und grüße Oskar; er soll nur die Ohren nicht hängen lassen, es ist doch alles Kaff.“

Schon damals war ernstlich in Berlin davon die Rede, Bismarck an die Stelle des Herrn v. Werther als preußischen Gesandten nach Petersburg zu versetzen. Bei der Wichtigkeit des Postens hätte Bismarck in dieser Versetzung keinerlei Kränkung erblicken können. Deshalb schreibt er auch an die Schwester am 10. Dezember 1858 aus Frankfurt: „Über meine Versetzung oder Entlassung ist wieder alles still; eine Zeit lang schien mir Petersburg ziemlich sicher, und ich hatte mich mit dem Gedanken so vertraut gemacht, daß ich eigentlich Enttäuschung fühlte, als es hieß, daß ich hier bleiben würde. Es wird hier wohl schlechtes Wetter, politisches, geben, welches ich recht gerne im Bärenpelz bei Kaviar und Elenjagd abwarte. Sehr schön wäre es, wenn Ihr uns hier besuchen wolltet, ehe ich an der Newa ‚kalt gestellt‘ werde.“ Im Grunde aber beruhte auch dieser Plan der Versetzung Bismarcks von Frankfurt weg auf der Erkenntnis des neuen preußischen Ministers des Auswärtigen, Herrn v. Schleinitz, daß Bismarck am Bundestage Österreich gegenüber eine viel schroffere und kampflustigere Stellung einnehme, als der Minister für wünschenswert hielt und als auch der versöhnliche Auerswald empfahl. Diese Meinungsverschiedenheit

der Vertrauten des damaligen Stellvertreters des Königs mit Bismarck war schon im Sommer 1858 hervorgetreten, als die drei Staatsmänner die schwebenden Händel mit Österreich, namentlich den Streit über die österreichische Besatzung in Rastatt, mit dem Prinzen berieten. Und daß Bismarck, trotz dieser im Rate des Prinzen einflußreichen Widersacher, jenen Streit so vollständig im preußischen Sinne ausglich, wie früher gezeigt wurde, muß ihm doppelt hoch angerechnet werden. Bei jenen Verhandlungen mit dem Prinzen in Baden wurde aber noch eine zweite Streitfrage mit Österreich berührt, in welcher des Prinzen lebhaftes nationales Gefühl und seine unverlöschliche Erinnerung an Preußens Demütigung in Olmütz ihn durchaus an Bismarcks Seite stellte. Deshalb gebot er, daß Bismarck vor Lösung dieser Frage nicht von Frankfurt scheide. Es handelte sich um einen neuen schweren Streit mit dem Königreich Dänemark, dem Österreich nach seinen alten Überlieferungen auch jetzt beizustehen bereit war.

Dänemark hatte nämlich am 26. Juli 1854, gegen die ausdrücklichen Abmachungen und Versprechungen des Londoner Protokolls von 1852 eine dänische Gesamtstaatsverfassung in den Elbherzogtümern verkündet, welche Schleswig als unzertrennliches Glied des dänischen Reiches behandelte; Holstein zwar als selbständigen Teil der dänischen Monarchie, der aber mit derselben durch das Thronfolgegesetz von 1853 gleichfalls auf immer vereinigt sei. Die Stände der Herzogtümer hatten vergeblich gegen diese ungesetzlichen Maßregeln und gegen die von Dänemarck oktroyierten „Provinzialverfassungen" von Schleswig und Holstein protestiert. Um aber diese unbequemen Protestanten zu ewigem Stillschweigen zu nötigen, hatte ihnen die neue dänische Gesamtverfassung nur im dänischen Reichstag Sitz und Stimme angewiesen und sie dauernd zur Minderheit verurteilt; die Steuerbewilligung und der Staatshaushalt wurde ohne alle Rücksicht auf die Herzogtümer festgestellt; Heer, Flotte, Post, Münzwesen, Zölle waren fortan nur dänisch; auch die dänische Sprache wurde in Kirche und Schule rein deutschen Gemeinden aufgedrängt. Unerschütterlich aber hielten auch im dänischen Reichs-

rat die deutschen Abgeordneten fest an dem Rechte der Herzogtümer. Als 1856 ihr Antrag, den Ständen Schleswig-Holsteins die dänische Gesamtverfassung zur Prüfung vorzulegen, von der Regierung zurückgewiesen ward, protestierten sie gegen die Giltigkeit dieser Verfassung und wandten sich Anfang 1857 mit einer Beschwerde über das verfassungs- und vertragswidrige Verhalten Dänemarks gegen die Herzogtümer an den Bund. Bismarck trat im gerechten Interesse der Beschwerdeführer sowohl, als in klarer Erkenntnis der Notwendigkeit einer populären deutschen Politik Preußens, von Anfang an warm für das verletzte Recht der Herzogtümer ein und erlangte endlich im Februar und Mai 1858 Bundesbeschlüsse, welche die dänische Regierung aufforderten, die Rechtsverhältnisse der Herzogtümer Holstein und Lauenburg zu ordnen. Darauf erwiderte Dänemark am 15. Juli, es sei bereit, über diese Frage, wie seit sechs Jahren schon, auch ferner — zu verhandeln. Österreich und die „Bamberger" erklärten sich durch diese Antwort völlig zufrieden gestellt, und auch die intimen Ratgeber des Prinzen von Preußen hatten nichts wesentliches daran auszusetzen. Der Prinz aber telegraphierte von Baden sofort nach Berlin: die dänische Antwort sei ungenügend, der Bund habe entschiedenes Vorgehen zu beschließen und Preußen dabei immer den Anstoß zu geben und den Vortritt zu behaupten. Zugleich berief er Bismarck nach Baden und am 16. Juli genehmigte er das ihm von Bismarck vorgelegte „Programm" zur Lösung der Verfassungsfrage der Elbherzogtümer durch den Bundestag. Dieses Programm ging kurz dahin, daß Dänemark vom Bunde aufgefordert werde, die Aufhebung der Gesamtverfassung zu erklären, unter Androhung bewaffneter Exekution. Entspräche Dänemark dieser Aufforderung nicht, so würde der Bund beschließen, nach Ablauf einer letzten kurzen Frist, die Exekution gegen Dänemark zu vollstrecken. Nach wenigen Monaten, am 11. November, hatte der Bund diese Beschlüsse gefaßt und dadurch Dänemark zur Nachgiebigkeit gezwungen. Unendlicher Jubel durchbrauste Deutschland. So schnell hatte der Prinz schon das Wort seiner Ansprache vom 8. November in einer ganz Deutschland teuersten Angelegenheit er-

füllt: „Preußen sei stets bereit, das Recht zu schützen.“ Dem Prinzen schrieb ganz Deutschland allein die Ehre und den Ruhm dieses Erfolges zu; von Bismarcks starkem Anteil an dem Siege wußte ja damals noch niemand. Aber auch Bismarck selbst ließ seinem neuen Herrn die Ehre. Denn in einem Immediatbericht an den Prinzregenten über die Bundestagssitzung, in welcher Dänemark seine Unterwerfung angezeigt hatte, schrieb er am 12. November: „Ew. K. Hoheit darf ich hierbei melden, daß ich nach der Sitzung von mehreren Kollegen, auch von solchen, welche in den Ausschüssen wiederholt entgegengesetzte Ansichten vertreten hatten, anerkennende Bemerkungen und Glückwünsche darüber empfing, daß der Bund dieses für sein Ansehen so günstige vorläufige Ergebnis ausschließlich der Festigkeit und Besonnenheit verdanke, mit welcher Preußen diese ganze Angelegenheit geleitet habe, ohne sich durch die nach verschiedenen Richtungen hin auseinandergehenden Ansichten seiner Bundesgenossen beirren zu lassen. In der Stimmung der Bundesversammlung sprach sich eine allgemeine Befriedigung über die von Deutschland einstweilen erlangte Genugthuung aus.“ Sehr bezeichnend in diesem Berichte an den neuen Regenten Preußens ist auch die zweimalige Betonung der Auffassung Bismarcks, daß er den Sieg vom 11. November 1858 über Dänemark nur als eine „vorläufige“, „einstweilige Genugthuung“ des verletzten Rechtes der Herzogtümer ansehe. Gewiß waren beide Männer schon in Baden auch darüber einig geworden, daß Preußen nicht rasten dürfe, ehe das volle Recht der beiden deutschen Elbmarken zur Anerkennung gebracht sei und bis die schmerzbewegten Verse des edlen Patrioten Ernst Moritz Arndt:

„Wohl vieles wird vergeben und vergessen,
Doch nimmer Schleswig-Holstein, nimmer Hessen“,

nur von vergangenem Leid erzählen würden. Die Zukunft wenigstens hat dieser Annahme vollkommen Recht gegeben.

Dreimal war Bismarck im Sommer 1858 zum Prinzen von Preußen nach Baden-Baden berufen worden. Einmal weilte auch Manteuffel wochenlang hier, und sicher ist damals schon diejenige

Frage, die Bismarck mit untrüglichem Scharfblick seit dem Ende des Krimkrieges und Neuenburger Handels als die wichtigste der nächsten Zukunft ansah, die italienische Frage, unter den Staatsmännern und mit dem Prinzen eifrig verhandelt worden. Sie alle teilten jetzt die von Bismarck schon 1856 ausgesprochene Ansicht, daß die nächste Thätigkeit des Kaisers Napoleon sich gegen die österreichische Herrschaft in Italien richten werde. In Baden-Baden hatten sie Gelegenheit, das auch aus dem Munde des großen italienischen Staatsmannes bestätigt zu hören, der sein ganzes Leben mit unvergleichlicher Thatkraft, Zähigkeit und Klugheit in den Dienst des italienischen Einheitswerkes gestellt hatte, des Grafen Camillo Cavour. Dieser hatte soeben, unter falschem Namen, den Kaiser Napoleon auf dessen Einladung im Bade zu Plombières aufgesucht und hier im tiefsten Vertrauen, ohne Zuziehung eines kaiserlichen Ministers, mit dem Kaiser verhandelt, und beide Männer waren insgeheim zu einem völligen Einverständnisse gelangt. Sie waren einig über den Krieg gegen Österreich und über den Siegespreis: Der König Viktor Emanuel von Sardinien sollte die Lombardei und Venetien, Parma und Modena erhalten, Frankreich aber Nizza und Savoyen. Italien solle künftig einen Staatenbund bilden, unter dem Ehrenvorsitz des Papstes. Als Herrn von Toskana dachte sich dabei Napoleon im Stillen seinen Vetter Jérome, der die Tochter des Königs Viktor Emanuel, Clotilde, heiraten sollte. Der Krieg würde von Sardinien und Frankreich erst erklärt werden, wenn ersteres von Österreich angegriffen werde. Aber beide Männer setzten den Plan genau fest, wie Österreich zu diesem Schritte gereizt werden sollte. Von diesen Abmachungen verriet Cavour in Baden-Baden den preußischen Staatsmännern und dem Prinzen natürlich nur den geringsten Teil. Er that so, als fühle sich Napoleon durch den französischen Klerus gehemmt, Italien den vollen Beistand zu gewähren, den sein Mitleid mit den traurigen Zuständen Italiens nicht versagen würde. Gleichwohl werde der Kaiser an Sardiniens Seite stehen, wenn dieses zum Bruche mit Österreich gezwungen würde. Dem Prinzen schilderte Cavour in bewegten Worten die

unleidlichen, jammervollen Zustände Italiens, und der Prinz versprach gern seine Bereitwilligkeit, seinen Einfluß zu Gunsten von Reformen in den von Österreichs Sekundogenituren beherrschten italienischen Provinzen geltend zu machen. Ein festeres Ergebnis knüpfte sich an die Besprechungen in Baden-Baden nicht. Bismarck aber hatte hier, wie schon 1857 von Napoleon selbst in Paris, genug gehört, um von da an jedem Hauche aufmerksam zu lauschen, der von der italienischen Bewegung neue Kunde gab.

Die Vorgänge in Italien selbst während des Herbstes und Winters von 1858 ließen für Bismarck schon keinen Zweifel übrig, daß dort Volk und Regierung auf einen nahen Krieg gegen Österreich hinarbeite. Er beobachtete genau, wie die gesamte nationale Bewegung Italiens, alle Parteien, alle Landstriche, Staaten und Provinzen jetzt schon im italienischen Nationalverein (società nationale) sich in engem Anschluß an die Politik des Königs Viktor Emanuel und seines Ministers, Graf Cavour, zusammenscharten, von letzterem offenkundig begünstigt und angefeuert. Da strömten aus allen von den österreichischen Bajonetten geknechteten Landesteilen Italiens hochansehnliche Emigranten in Turin zusammen, um Zeugnis abzulegen von dem unter fünfzigjähriger Fremdherrschaft immer noch lebendigen italienischen Nationalgefühl. Mitten unter der österreichischen Oberherrschaft wirkte in Toskana der tapfere Baron Ricasoli, der erst vor kurzem aus der Schweizer Verbannung zurückgekehrt war, der später als Nachfolger Cavours, gleich dem Freiherrn von Stein, als persönliche Kränkung empfand, daß ihm ein Gehalt gezahlt werden sollte, und der noch später bei seinem Rücktritt auf die Frage des Königs bei der Verabschiedung: „Doch hoffe ich, daß wir Freunde bleiben werden?“ stolz erwiderte: „Das wird von Ihrem Benehmen abhängen, Majestät.“*) In der Romagna arbeitete unverdrossen Massimo d'Azeg-

*) Der Verfasser dankt diese Mitteilungen über Ricasoli, an denen auch Fürst Bismarck in Varzin sich erfreute, der persönlichen Aussprache des großen Schweizer Dichters Konrad Ferdinand Meyer, mit dem Ricasoli während seines Exils in Zürich sich herzlich befreundet hatte. Ricasoli

lio, sonst der Gegner des Sardinischen Ministers, ganz im Sinne Cavours. Und Daniele Manin, der Republikaner, 1848 der „Diktator von Venedig“, der damals schon das große Wort gesprochen hatte: „Die Menschen sind die Zeiten,“ er rief jetzt den Venetianern und allen italienischen Landsleuten zu: „Sammelt euch um den konstitutionellen König Viktor Emanuel.“ Bismarck erlebte gerade in denselben Monaten ein glückverheißendes deutsches Gegenstück zu diesen flammenden Kundgebungen des italienischen Einheitsdranges an die nationale Dynastie. Denn auch in Preußen huldigten damals die liberalen und demokratischen Wortführer, bis zu dem Republikaner Johann Jakoby, begeistert dem neuen Regenten Preußens. Freilich aber hatte dieser die Entscheidung seiner Politik nicht auf die Schneide des Schwertes gestellt, wie jetzt der König Viktor Emanuel in Italien. Wie würden sich die deutschen Parteiführer und ihr Gefolge zu dieser Notwendigkeit stellen, die Bismarck unausweichlich kommen sah? Die Zukunft mußte es zeigen.

Für jetzt hatte Bismarck vollauf Arbeit genug, die Stimmung der europäischen Mächte in der italienischen Frage zu erforschen, deren kriegerischen Austrag er binnen kurzem erwartete. Als der Graf Cavour in Baden-Baden versichert hatte, daß Frankreich beim Ausbruche eines Krieges jedenfalls an der Seite Sardiniens ins Feld ziehen werde, da rief ein russischer Diplomat freudig: „Dann wird auch die russische Garde marschieren.“ Wie weit und hoch dagegen Österreichs Politik und Ehrgeiz in der italienischen Frage gespannt sei, konnte Bismarck bald nachher aus der vertraulichen Aussprache eines österreichischen Diplomaten berichten, der ihm sagte: „Seitdem Sardinien ein konstitutioneller Staat geworden, ist unsern Behörden eine regelmäßige Verwaltung der Lombardei unmöglich; es ist für uns eine Lebensfrage, daß wir Sardinien zur Abschaffung der Verfassung und zum Verzicht auf den nationalen Gedanken zwingen.“ Bismarck erkannte in dieser rechtlos-despotischen Haltung

---

konnte dagegen über die Rechnung eines Schweizer Berghotels von 5 Francs eine prachtvolle Theaterszene von 1½ Stunden aufführen, während er sein Ministergehalt stets unberührt ließ.

Österreichs abermals nur einen Zug der alten Schwarzenbergschen Politik, und deshalb mochte er die sanftmütige Versöhnlichkeit gegen Österreich, welcher die Minister der „neuen Aera" huldigten, besonders beklagen. Mehr auf Österreichs Seite standen auch England und Belgien, und namentlich von England aus suchte man Preußen in unverbrüchlicher Freundschaft und Bundesgenossenschaft mit Österreich zu erhalten. Durch zahlreiche neue Kanäle fanden die englischen Ratschläge und Einflüsterungen Eingang am Hofe des Regenten in Berlin, seitdem dessen einziger Sohn am 18. Januar 1858 seine Vermählung mit der Prinzeß Royal Viktoria hatte. Denn auch einflußreichen Gliedern des königlichen Hauses galt die Hinneigung zu England als die Krone politischer Weisheit, hatte doch die Prinzessin von Preußen, die Gemahlin des Regenten, schon nach der Verlobung des jungen Paares am 12. April 1856 an den Herzog von Koburg geschrieben: „Das arme deutsche Vaterland könne sich nur im Bunde mit England aus seiner jetzigen Lage erheben." Ein halbes Jahr vorher, als diese Verlobung von der Prinzessin Augusta in London eingeleitet wurde, hatte Bismarck am 7. Oktober 1855 an Gerlach geschrieben: „Von Olympia erzählte Bernstorff Geschichten, die nahe ans Tollhaus streifen; sie kompromittiert uns, namentlich die allerhöchste Person, in unberechenbarer Weise in London." Nicht ohne Sorge verfolgte Bismarck dieses höfische Spiel mit den wichtigsten Interessen Preußens, dem er ohnmächtig gegenüberstand, und längst hatte er erwartet, daß Österreich am Bunde sein altes Ziel erneuern werde, unter allerlei deutschen Vorwänden die gesamte Wehrmacht des Bundes, einschließlich derjenigen Preußens, einfach aufzubieten für die österreichische Politik in Italien. Aber für so nahe mochte Österreich die kriegerische Gefahr noch nicht halten. Bis Ende 1858 that es keinen derartigen Schritt beim Bunde.

Da wurde es plötzlich aus dem Friedenswahn gerissen. Beim feierlichen Neujahrsempfang des diplomatischen Korps in den Tuilerien, am 1. Januar 1859, erklärte Kaiser Napoleon dem österreichischen Gesandten Baron Hübner: „Ich bedauere, daß

die Beziehungen zwischen unseren Regierungen nicht mehr so gut sind wie früher.“ Alle Welt faßte diese Worte als eine Kriegserklärung, auch Österreich. Schon am 3. Januar warf es 30000 Mann Truppen in die Lombardei. Damit war auch Sardinien der Vorwand zu Rüstungen gegeben. Am 10. Januar erklärte Viktor Emanuel bei Eröffnung der sardinischen Kammern: „Bei aller Achtung vor den Verträgen könne er doch nicht unempfindlich bleiben für den Schmerz Italiens.“ Ganz ähnlich sprach sich eine Flugschrift von Laguerronière, „Napoleon und Italien“, aus, die offenkundig vom französischen Kaiser beeinflußt war und dessen Gedanken wiedergab: „Die Verträge Österreichs mit den italienischen Fürsten haben ihre moralische Kraft verloren. Österreichs Herrschaft in Italien ist unhaltbar. Frankreich kann bei einem Kampfe Sardiniens mit Österreich nicht neutral bleiben. Die Selbstbestimmung der Völker ist heutzutage das oberste Gesetz des Staats- und Völkerrechts.“ Die Theorie, die Lord Palmerston gegen Preußen in der Neuenburger Frage aufgestellt hatte, wandte jetzt Napoleon, Englands Freund, Österreich gegenüber auf die italienischen Verhältnisse an. Ja, er beschuldigte das legitime Österreich, die Verträge von 1815, für dessen treuesten Schützer es sich ausgab, gröblich verletzt zu haben, indem es durch seine Verträge mit den mittelitalienischen Staaten deren Selbständigkeit wesentlich beschränkt habe. Als aber Österreich darauf entgegnete: gerade die Souveränität jener Staaten berechtige sie, den Preis von Österreichs Schutz mit gewissen Hoheitsrechten zu bezahlen, da wurde Österreich daran erinnert, daß es 1850 ganz derselben Ansicht gewesen sei, wie jetzt Frankreich. Denn damals habe die Wiener Hofburg Preußen erklärt: weil die deutschen Bundesfürsten nach der Bundesakte souverän sind, ist es unstatthaft, daß sie einen Teil ihrer Hoheitsrechte an die preußische Leitung der Union abtreten. Während dieser Plänkeleien in der Diplomatie und Presse schritten aber auch die Kriegsrüstungen fort. Österreich verstärkte seine Truppen in der Lombardei von Woche zu Woche. Graf Cavour versandte am 4. Februar ein Rundschreiben an die Mächte, in dem er, unter Hinweis auf die österreichischen Rüstungen

die Notwendigkeit von Gegenmaßregeln betonte, „um Sardinien in Verteidigungszustand zu setzen.“ Cavour beschränkte sich aber nicht auf die Mobilisierung der regelmäßigen königlichen Truppen, sondern ließ auch die Bildung von Freiwilligenkorps zu, zu denen große Scharen kampfbereiter Jünglinge und Männer aus ganz Italien herbeiströmten. An die Spitze dieser Freischaren im Heerbann des „Königs-Ehrenmannes“ trat aber der glühendste Republikaner Italiens, Giuseppe Garibaldi. Schwerer konnte Österreich nicht zum Angriffe gereizt werden.

Nun trat auch jenes Ränkespiel ein, das Bismarck von Österreich längst erwartet hatte. Wie im Krimkriege spähte es auch jetzt wieder nach Bundeshilfe aus, diesmal für seine ehrgeizigen und volksfeindlichen italienischen Pläne. An allen deutschen Höfen mußten die österreichischen Gesandten die Unterstützung Österreichs durch Ganzdeutschland als selbstverständliche vaterländische Pflicht deutscher Ehre und Selbsterhaltung verkünden. Das geflügelte Wort, daß Deutschland am Po und Mincio verteidigt werden müsse, ist damals entstanden. Vornehmlich aber und mit großem Geschick und Erfolg gab die ganze von Österreich abhängige Presse die Losung aus, Deutschlands vereinte Kraft müsse den welschen Erbfeind zerschmettern. In diesen Ruf stimmte auch die unabhängige süddeutsche Presse und die süddeutsche Bevölkerung fast ohne Ausnahme ein, und selbst ein kleiner Teil der preußischen. Die große Mehrzahl des preußischen Volkes aber war vom liberalen wie nationalen Standpunkt aus entschieden Gegnerin Österreichs, dagegen der italienischen Einheitsbewegung lebhaft zugethan. Der Prinzregent hatte in seiner Ansprache vom 8. November 1858 als die Grundlage der auswärtigen Politik Preußens jene Freiheit der Entschließung verlangt, die Bismarck von 1851 bis 1858 unablässig seinem Staate gewahrt hatte. Deshalb hatte der Prinzregent verkündet: „Preußen dürfe sich nicht fremden Einflüssen hingeben, noch sich die Hände frühzeitig durch Verträge binden.“ Für ihn konnte daher keine Rede davon sein, daß der Bund etwas mit Österreichs Verlegenheiten in Italien zu schaffen habe, zumal da

auch Kaiser Napoleon bis jetzt amtlich und öffentlich nur dasselbe in Italien begehrte wie Preußen: eine Verbesserung der dortigen unleidlichen Zustände, auf der Grundlage der Verträge von 1815. Damit stimmte auch Herr v. Schleinitz, trotz seiner Freundschaft für Österreich, überein, weil noch größer als diese Freundschaft in ihm die Abneigung war vor weitreichenden oder gar gefährlichen Entschlüssen. Und als der in den Folgen unabsehbarste erschien ihm der, Österreich gerade jetzt Preußens und des Bundes Hilfe zuzusagen.

Erstaunlich, aber für Österreichs erfolgreiche Umtriebe am Bunde höchst bezeichnend, ist bei diesen Stimmungen im Volke wie in den amtlichen Kreisen Preußens die Thatsache, daß es Österreich gerade damals gelungen war, den preußischen Militärbevollmächtigten am Bunde, General Dannhauer, für eine dem preußischen Regenten und Kabinet völlig entgegengesetzte Politik in der italienischen Frage zu gewinnen und sogar in einem amtlichen Gutachten des Bundesmilitärausschusses mit seinem Namen eintreten zu lassen! Dieser unerhörte Vorgang fesselt Bismarcks gespanntes Interesse und bildet den Hauptinhalt seiner letzten Berichte aus Frankfurt. Wir haben uns daher mit diesem in jeder Beziehung höchst interessanten Begebnis und dessen Verlauf näher zu beschäftigen. Am 14. Februar 1859 hatte Bismarck dem Minister von Schleinitz Kenntnis davon gegeben, daß Österreich am 5. Februar ein Rundschreiben an die kaiserlichen Gesandten in Deutschland verschickt habe, dessen Wortlaut er nicht kenne, in welchem sich jedoch, nach der Mitteilung aller Bundesgesandten, Österreich über die Haltung und das Maß moralischer Unterstützung ausspreche, welches Österreich glaubte in der gegenwärtigen Lage der Verhältnisse von seinen deutschen Bundesgenossen erwarten zu dürfen. Der Minister teilte Herrn v. Bismarck hierauf am 15. Februar den Wortlaut dieses österreichischen Rundschreibens mit und sprach sein Bedauern aus, daß das Wiener Kabinet, ohne irgend eine vorherige Verständigung mit Preußen, hiermit einen Schritt gethan habe, welcher Preußen nicht länger gestatte, in seinem bisherigen Stillschweigen zu ver-

harren. Preußen habe daher den deutschen Bundesgenossen gegenüber sich mit voller Offenheit über Preußens Stellung zur gegenwärtigen politischen Lage und über die Gründe ausgesprochen, nach welchen Preußen zur Zeit keine Veranlassung finde, aus dieser Stellung herauszutreten.

Angesichts dieser würdigen und vorsichtigen, mit Bismarcks Ansichten durchaus übereinstimmenden Haltung des preußischen Kabinets war Bismarck im höchsten Grade erstaunt und entrüstet, als er durch Dritte, nicht einmal durch den General Dannhauer selbst, hörte, dieser habe sich im Militärausschusse mit dem österreichischen Militärbevollmächtigten Feldmarschalllieutenant v. Schmerling über eine Vorlage verständigt, welche den angeblich traurigen Zustand der Bundesfestungen betraf und die Mittel, sie in Verteidigungszustand zu setzen. Dafür solle ohne weiteres eine Matrikularumlage von 4 Millionen beantragt werden. „Es kann nicht fehlen, daß diese Thatsache demnächst in weiteren Kreisen bekannt werden und einen demonstrativen Charakter machen wird", berichtet Bismarck am 24. Februar an den Minister. Er erwartet, daß der preußische Militärbevollmächtigte dem Minister von „diesen Vorgängen und den dazu getroffenen Einleitungen" selbst Kenntnis gegeben hat und berichtet sie nur, „um zu konstatieren, daß mich keinerlei Verantwortung für das Verhalten des k. Bevollmächtigten in der Militärkommission und für die Folgen der dort etwa mit preußischer Zustimmung gefaßten Beschlüsse trifft. Der General Dannhauer hat mir keine Gelegenheit gegeben, meine Ansicht über die politische Seite dieser Fragen auszusprechen." Dannhauer habe sogar schon vor seiner Abreise nach Berlin sich Österreich gegenüber mit bestimmten Maßnahmen in betreff des Verteidigungszustandes der Festungen einverstanden erklärt, und sei dann vor zwei Wochen aus Berlin mit der Versicherung zurückgekehrt, daß der Prinzregent und der Minister Schleinitz sein Verhalten gebilligt habe. Auch Dritten gegenüber habe er auf mündliche, von Berlin mitgebrachte Instruktionen Bezug genommen, „in betreff deren mir eine nähere Kenntnis abgeht. Vor 14 Tagen, bei seiner Rückkehr von Berlin

hat er zum letztenmal Geschäfte mit mir besprochen.“ Zwei Tage später, am 26. Februar, berichtet Bismarck von neuem über diese bedenkliche Angelegenheit. Er hat inzwischen festgestellt, daß das Gutachten des Militärausschusses, „mit Ausschluß jeder Erwägung durch die (nicht österreichischen) Gesandten ein von Österreich seit mehreren Wochen ins Werk gesetzter Plan ist, eine politische Demonstration gegen Frankreich herbeizuführen,“ daß aber auch General Dannhauer keineswegs die angebliche Zustimmung des Regenten und Ministers zu seinem auffallenden, allen bisherigen Gewohnheiten widersprechenden Verhalten erhalten habe. Es sei nun aber nach Lage der Dinge gegen „den einstimmigen und in sehr starken Ausdrücken abgefaßten Antrag der technischen Behörden kein Widerstand mehr zu leisten, der sich nicht auf ausschließlich politische Gründe stützt.“ Über so wichtige Anträge, wie die Mobilmachung von Bundestruppen, das Vorschieben derselben in die Rheinpfalz, die Armierung der Festungen, das Einrücken der Kriegsbesatzungen in dieselben, endlich über eine Matrikularumlage von 6 Millionen Gulden scheine von Österreich nicht einmal eine Verständigung mit Preußen angebahnt worden zu sein! „Wollen wir auf eine solche Haltung eingehen,“ erklärt Bismarck, „und alle Folgen derselben übernehmen, so könnten wir das mit viel mehr Vorteil, wenn wir die volle Initiative in dieser Richtung übernehmen, anstatt uns in das Schlepptau der Bundesmehrheit nehmen zu lassen, ohne irgend einen vorgängigen Beweis, daß diese unsere neue Haltung eine freiwillige ist.“ Um der unangenehmen Notwendigkeit überhoben zu sein, das von Dannhauer eigenmächtig mit unterschriebene Gutachten des Militärausschusses mit politischen Gründen zu bekämpfen, schlägt Bismarck schließlich vor, ihn zu ermächtigen, daß er dagegen einwende, der Ausschuß habe nach jeder Richtung seine Zuständigkeit überschritten, da der Ausschuß solche Gutachten überhaupt erst auf Anregung und Bestellung der Bundesversammlung im Falle der Kriegsgefahr anzufertigen habe, eine direkte Gefahr für das Bundesgebiet von dem Bundestage aber noch gar nicht festgestellt sei. Der Minister erklärte sich glücklicherweise mit diesen Ausführungen völlig

einverstanden und wies Bismarck an, dem General Dannhauer zu eröffnen, daß dieser sich in Zukunft „auf Erörterungen und Anträge, welche ein politisches Interesse berühren, unter allen Umständen erst nach vorheriger Verständigung mit dem K. Gesandten einlassen dürfe."

Man kann sich denken, mit welch grimmigem Behagen Bismarck diesen Erlaß des Ministers seinem Kollegen, dem General Dannhauer, mitgeteilt haben wird. Aber damit wollte er sich nicht begnügen. Er war schon am 29. Januar 1859 zum preußischen Gesandten in Petersburg ernannt worden und wußte daher, daß seine Tage in Frankfurt gezählt seien. Dannhauer blieb aber dort, und Rechberg, der die ganze Intrigue eingefädelt hatte, auch. „Man wird bei meinem Nachfolger versuchen, ob man auf ein günstigeres Terrain stößt, und sobald dies der Fall ist, die Sache wieder aufnehmen," schreibt Bismarck am 27. Februar an den Minister. „Für diesen Fall erlaube ich mir auf die Gefahren einer Emanzipation des Militärausschusses wiederholt aufmerksam zu machen." Dieser Ausschuß umfasse nur die Vertreter der deutschen Großmächte, der vier Königreiche und Hessen-Darmstadts, der „nicht Hesse, sondern Österreicher ist", der Ausschuß stelle Österreich also meist alle Stimmen gegen die eine preußische zur Verfügung. Wenn Preußen diesem Ausschusse, statt der verfassungsmäßig ihm allein zustehenden begutachtenden, eine beschließende Zuständigkeit einräumen wolle, so „kann sich Preußen auf eine solche Maßregel nur dann einlassen, wenn es das Bewußtsein von der Identität seiner Politik mit der Österreichs hat. Im anderen Falle würde die Unerträglichkeit unserer Stellung uns bald zum Bruch des Beschlusses oder der Bundesverfassung zwingen." Graf Rechberg selbst gab Bismarck vor dem Schlusse dieses Berichtes den deutlichsten Beweis, daß der preußische Gesandte die Sachlage richtig beurteile; denn er sagte ihm: der Krieg mit Frankreich müsse jedenfalls geführt werden, wenn es auch etwa gelänge, ihn aufzuschieben. Die gewonnene Frist werde nur kurz sein. „Er hat mich nur in der Vermutung bestärkt", führt Bismarck daher weiter aus, „daß Österreich den Krieg selbst

herbeiführen würde, sobald es unseres Beistandes in demselben sicher wäre, und daß man hofft, diesen Beistand durch moralischen Druck mannigfacher Art ohne materielle Zugeständnisse zu erlangen."

Diesen Kompaß für seinen Nachfolger überreichte Bismarck dem Minister in seinem letzten Bericht aus Frankfurt, der sich mit der Haltung Preußens in der italienischen Frage beschäftigte. Am 1. März berichtet er alsdann, daß er die Frankfurter Geschäfte dem Nachfolger, dem Wirkl. Geh. R. v. Usedom übergeben habe. Obwohl die beiden Männer sonst keineswegs freundschaftlich standen, noch eines Sinnes waren, berichtet Usedom doch am 4. März „mit besonderer Befriedigung, daß er sich in Beurteilung der Stellung Preußens am Bunde (u. s. w.) mit seinem Amtsvorgänger der Hauptsache nach ganz auf derselben Linie befinde. Vielfache Besprechungen mit Herrn v. Bismarck, sowie die Lektüre seiner neuerlichen politischen Berichte haben mir die Überzeugung gegeben, daß wir hierüber in allen wesentlichen Punkten zusammenstimmen." In der That war Herr v. Usedom, als begeisterter Anhänger der italienischen Einheit, mindestens in der Hauptfrage der Zeit eines Sinnes mit seinem Vorgänger.[1]

Bismarck verließ Frankfurt noch in der ersten Märzwoche, um seinen neuen Posten anzutreten. Am 6. März traf er in Berlin ein, am 8. empfing ihn der Prinzregent in längerer Audienz. Auch bei Herrn v. Schleinitz meldete er sich natürlich, „um weitere Befehle entgegenzunehmen." Wir sind berechtigt, uns dabei Herrn v. Schleinitz vielleicht mehr als Empfangenden wie als Gebenden zu denken. Das merkwürdigste Gespräch aber hatte Bismarck damals jedenfalls mit dem Präsidenten der preußischen Nationalversammlung von 1848, Herrn v. Unruh, mit dem sich Bismarck, wie wir früher sahen, im preußischen Landtag von 1849 persönlich gut gestellt hatte. Bei einer Begegnung beider im Hotel Royal sprach sich Bismarck gegen den liberalen Führer sehr scharf über Österreich aus: „Wenn es Preußen nicht gelänge, Österreich aus dem eigentlichen Deutschland zu entfernen, wenn Österreich hier die Oberhand behielte, so würden die Könige von Preußen wieder

Kurfürsten, Vasallen Österreichs. Müsse Preußens Ziel sein, Österreich aus Deutschland auszuschließen, so sei es doch nur ein Vorteil für Preußen, wenn Österreich zunächst durch Frankreich geschwächt werde." Hierbei erwähnte Bismarck weiter, daß er einen nicht unbedeutenden Einfluß auf den Prinzregenten zu besitzen glaube, und daß ihm anscheinend auch mehreremale gelungen sei, den Prinzregenten von der Richtigkeit dieser Anschauungen zu überzeugen. Aber er könne als Gesandter nicht alle Tage zum Regenten gehen. Wenn er ihn nach einiger Zeit wieder spreche, so habe der Prinz gegen Bismarcks Ratschläge neue Bedenken, denen er seinerseits deutlich anhöre, ob dieselben von Schleinitz oder Auerswald herrührten. Dann klagte Bismarck über die anmaßliche Rolle der Mittel- und Kleinstaaten, welche in den einzelnen Fragen den Ausschlag zu geben und Bedingungen zu stellen suchten. Sie wüßten zwar wohl, daß sie im engen Anschluß an Österreich „nach dessen Pfeife würden tanzen müssen, aber das fürchteten sie nicht, weil die österreichische Pfeife die ihrige sei, aber nicht die preußische. Soviel stände fest, Preußen sei vollständig isoliert. Es gebe nur einen Alliierten für Preußen, wenn es denselben zu erwerben und behandeln verstünde." — Begierig fragte Herr v. Unruh: welchen Alliierten Bismarck meine. — Er erwiderte: „Das deutsche Volk!" — Als Unruh bei diesen Worten verblüfft dreinblickte, lachte Bismarck. Unruh bemerkte nun, daß er über den Ausspruch selbst nicht verwundert sei, sondern darüber, denselben aus Bismarcks Munde zu hören. — „Nun, was denken Sie denn?" rief da Bismarck. „Ich bin (zwar) derselbe Junker, wie vor zehn Jahren, als wir uns in der Kammer kennen lernten, aber ich müßte kein Auge und keinen Verstand im Kopf haben, wenn ich die wirkliche Lage der Verhältnisse nicht klar erkennen könnte!" — „Wenn Sie das im stande sind, auch gegen Ihre persönliche Neigung," bemerkte nun Unruh, „wenn Sie die gefährliche Lage Preußens so scharf aufzufassen vermögen und die geeigneten Mittel mit solcher Sicherheit angeben, dann wären Sie mir als preußischer auswärtiger Minister viel lieber als Herr v. Schleinitz, den man nicht für energisch hält."

Einige Zeit darauf, als Bismarck dem Minister Schleinitz nicht verhehlte, daß dessen politische Haltung ihm bedenklich erscheine, berief sich der Minister darauf: das Ministerium müsse auf die Partei Rücksicht nehmen, von der es Unterstützung fände. Bismarck entgegnete darauf: „Nun, wenn Sie die liberale Partei meinen, so kann ich Ihnen mitteilen, was Herr v. Unruh zu mir gesagt hat: ich würde ihm als Minister lieber sein, als Ew. Excellenz.“ Bestürzt fragte Herr v. Schleinitz einen Freund Unruhs, ob jener für möglich halte, daß Unruh eine solche Äußerung zu Herrn v. Bismarck gethan habe. Der Freund aber vermochte darauf keine Antwort zu geben.

Bis zum 21. März nahm Bismarck in Berlin an den Sitzungen des Herrenhauses teil. Am 23. trat er dann die Petersburger Reise an. Nur bis Königsberg führte damals der Schienenweg. Von hier ging die Reise tags darauf mittelst Wagen weiter, 96 Stunden ununterbrochen über Insterburg und Wirballen, mit nur vierstündiger Schlafrast in Kowno und dreistündiger in Egypten (Station bei Dünaburg). Am 28. wurde Pskow erreicht, und von hier aus schildert Bismarck der Gemahlin die bisherige Reise: „Rußland hat sich unter unsern Rädern gedehnt, die Werste bekamen Junge auf jeder Station, aber endlich sind wir im Eisenbahnhafen.“ Die 96stündige Fahrt legte Bismarck, wie wir aus diesem Briefe erfahren, auf dem Außensitz des Wagens zurück, da der Innenraum zu eng für seine Länge war; da saß er denn an der Luft, bei 1 bis 12 Grad Kälte. „Wir hatten so tiefen Schnee, daß wir mit 6 bis 8 Pferden buchstäblich stecken blieben und aussteigen mußten. Noch schlimmer waren die glatten Berge, besonders hinunter auf 20 Schritt brauchten wir 1 Stunde, weil viermal die Pferde stürzten und sich 8 untereinander verwickelten; dazu Nacht und Wind, eine rechte Winterreise in Natur. Die ganze Gegend ist ziemlich wie in Vorpommern, ohne Dörfer, meist wie zwischen Bütow und Bohren, einige gute Wälder, die Mehrzahl aber den Neu-Kolpizlowschen Küsten ähnlich. Viel Birkenwälder, meilenweite Sümpfe, schnurgerade Chaussee, alle 14 bis 22 Werst ein Posthof, wie Hornskrug, jeder gut eingerichtet,

alles Mögliche zu haben und alles geheizt; jedermann sehr höflich und der Dienst pünktlich."

Am 29. März erreichte Bismarck Petersburg. Er kam unerwartet an. Bei dem starken Schneefall, der schon hinter Königsberg begann und durch ganz Rußland sich fortsetzte, war die Reise höchst anstrengend, wegen der Glätte beim Bergabfahren auf steilen Dämmen u. s. w. teilweise halsbrechend. Bismarck nahm vorläufig im Hotel Demidoff Wohnung und fühlte sich „warm und trocken untergebracht." Am 31. März schrieb er der Gattin, nach nochmaliger Schilderung der Reiseanstrengungen und Gefahren: „Das ist nun vorbei, und macht mir Spaß, es erlebt zu haben. Hier steht die Newa fest wie Granit, seit gestern ist aber Tauwetter mit Sonnenschein. Daß die Stadt schön, ist bekannt, wenn ich mich aber dem Gefühl des Wunderns hingäbe, so würde es über die außerordentliche Belebtheit der Straßen sein; ungeachtet ihrer Breite gehören gute Kutscher dazu, um immer im Trabe sich durchwinden zu können, so wimmelt es von Wagen!" Am nämlichen Tage noch hatte er eine lange Audienz bei der Kaiserin-Mutter (der Schwester des Königs und des Prinzregenten von Preußen) und freute sich an der graziösen Vornehmheit der alten Dame. Am 1. April aber, seinem Geburtstage, dem ersten, den er „bei klingendem Frost" verlebte, „und seit zwölf Jahren der erste ohne Johanna," hatte Bismarck als neuer preußischer Gesandter in Petersburg die erste Audienz beim Kaiser Alexander, „so daß ich gerade am Geburtstage die neue Funktion antrete. Von Johanna und Kindern heut liebe Briefe," so schreibt er am 1. April an die Schwester. Wie innig und selbst herzlich Bismarck seine persönlichen Beziehungen zu den allerhöchsten russischen Herrschaften und auch diejenigen des preußischen Staates zu Rußland während der drei Jahre seines Aufenthaltes in Petersburg zu gestalten wußte, davon werden wir noch viele beredte Zeugnisse anzuführen haben. Überall beim Verweilen in fremden Ländern hatte aber Bismarck auch das Bedürfnis, dem Volke näher zu treten, zumal in Rußland, da „der gemeine Mann ihm auf den ersten Anblick gefiel," wie er der Gattin schon

von Pskow aus geschrieben hatte. Bismarck nahm daher während der drei Jahre seines Petersburger Aufenthalts auch Unterricht im Russischen bei einem Studenten der Philologie der dortigen Universität.

Während Bismarck sich nun, „an der Newa kalt gestellt,“ im April und Mai 1859 vorzugsweise in seine neuen Gesandtschaftsgeschäfte vertiefte, ward die italienische Verwickelung von Woche zu Woche gefahrdrohender und kriegerischer. Österreichs Freund, England, suchte allerdings nach Kräften den Frieden zu erhalten, indem es nachdrücklich zu Reformen in Italien mahnen ließ. Aber der englische Abgesandte wurde in Wien mit der gröblichen Antwort empfangen: man brauche Bundesgenossen, nicht Vermittler. Etwa zur nämlichen Zeit machte auch Rußland einen Verständigungsversuch, indem es einen europäischen Kongreß vorschlug. Die Verhandlungen über diesen Vorschlag erfüllen die ersten Wochen von Bismarcks Anwesenheit in Petersburg. Frankreich stimmte ihm scheinbar eifrig zu, England und Preußen nahmen ihn ohne weiteres an. Welche Absichten Rußland mit diesem Vorschlag verfolge, verriet schon die in allen maßgebenden Kreisen Petersburgs verbreitete unverhohlene Freude, daß jetzt der Augenblick nahe, wo man für alle Überhebung und Kränkung, die man von Österreich im Krimkrieg erfahren, durch dessen Demütigung Rache nehmen könne. Der Zar war im Bekenntnis dieses Behagens ebenso offen wie seine Staatsmänner, und in Bismarck mochte sich in jenen Wochen oftmals ein gewisses Bedauern darüber regen, daß sein Preußen mit österreichischen Sympathien noch nicht so vollständig aufgeräumt habe wie Rußland. Schwerlich aber hat er mit seinen eigenen Ansichten über und gegen Österreich vor dem Zaren zurückgehalten, und die Enthüllung dieser Ansichten, die Deutschland erst viel später erfuhr, hat wohl dazu beigetragen, dem neuen preußischen Gesandten in Petersburg die Gunst des Kaisers und der amtlichen russischen Kreise so rasch zuzuwenden. In dem russischen Kongreßvorschlage war ganz selbstverständlich zur Bedingung gemacht, daß Sardinien, um dessen Lebensinteressen es sich handelte, zum Kongresse zugezogen werde.

Schon diese eine Bedingung wurde aber in Österreich als tödliche Beleidigung empfunden. Denn hier erblickte man in dem russischen Vorschlag die empörende Zumutung, vor dem europäischen Gerichtshofe, gegenüber dem in den Tod gehaßten Sardinien, nicht einmal als Gleicher, sondern als Angeklagter zu erscheinen. Das ging schlechterdings nicht an. Nach einigen Notbehelfen und Winkelzügen lehnte daher Österreich den Kongreß unbedingt ab. Denn auch die Kriegspartei und die ultramontanen Heißsporne Österreichs forderten jetzt ungestüm den heiligen Krieg gegen die Revolution, die Zermalmung Sardiniens vor der Vollendung der französischen Rüstungen. Allein Graf Buol, der trotz aller seiner stetigen Überhebung gegen auswärtige Mächte, im Laufe der sieben mageren Jahre seiner Amtsführung doch auch Österreichs Schwäche zur Genüge kennen gelernt hatte, warnte vor dem letzten verhängnisvollen Schritt. Aber er wurde überstimmt, forderte seine Entlassung, und ward durch den uns von Frankfurt her bekannten Grafen Rechberg ersetzt. Am 23. April überreichte Österreich sein Ultimatum in Turin: entweder sofortige vollständige Entwaffnung oder Beginn der Feindseligkeiten binnen drei Tagen.

Ganz Europa schob Österreich die Schuld des Kriegsausbruches zu. Trotz der Tory-Regierung in England, erhob sich dort das ganze Volk begeistert für den Freiheitskampf Italiens. Rußland machte vier Armeekorps mobil, und Preußen erklärte in einem Rundschreiben vom 26. April, daß es neutral bleiben werde, bis etwa ein Angriff auf das Bundesgebiet drohe. Am 29. April schon rückte der österreichische General Gyulay über die sardinische Grenze, mit doppelter Übermacht; aber er begnügte sich damit, die Provinz Lomellina zu besetzen und verharrte hier wochenlang unthätig. In Parma verjagte das Volk am 1. Mai die Regierung. Am 3. Mai schritt auch Napoleon zum Kriege, indem er die berühmte Losung ausgab, Italien müsse „frei bis zur Adria“ werden. Eiligst führte er zu Wasser und zu Lande die französischen Hilfstruppen Italien zu. Unter diesen Umständen beschloß der Prinzregent von Preußen, namentlich um sich und Deutschland auch etwaiger fran-

zösischer Übergriffe zu erwehren, eine „bewaffnete Vermittelung" für den geeigneten Augenblick vorzubereiten, indem er das preußische Heer in Kriegsbereitschaft treten ließ. Seinen Ministern ging schon dieser vorsorgende Entschluß viel zu weit. Sie hätten am liebsten nichts gethan, um nichts zu wagen.

In diese Tage fällt Bismarcks berühmtes Schreiben vom 12. Mai an den Minister Schleinitz, aus dem schon bei früherer Gelegenheit die Stelle angeführt wurde: „Ich sehe in unserem Bundesverhältnis ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder später mit Eisen und Blut werden heilen müssen". Das Schreiben Bismarcks erweist dem nicht übermäßig geschäftslustigen Minister den Gefallen, ihm seine achtjährigen Erfahrungen am Bundestage ganz kurz zusammenzustellen, statt erst auf seine früheren, weit ausführlicheren Berichte aus Frankfurt zu verweisen. Die Denkschrift beweist aber zugleich, daß die Sorge über die gegenwärtige Politik Preußens in der italienischen Frage Bismarcks Feder führt, und wenn er auch sich selbst am Schlusse „im Geiste" vom Minister zurufen läßt: „Schuster, bleibe bei deinem Leisten!", so hindert ihn das gar nicht, „das Zeugnis eines Sachverständigen wider den Bund abzulegen." Mit den Worten nämlich: „Stets haben wir uns (am Bunde) derselben kompakten Mehrheit, demselben Anspruch auf Preußens Nachgiebigkeit gegenüber befunden," geht er vielmehr auf die Nutzanwendung seiner Erfahrungen für die Gegenwart über. „In gefahrvollen Zeiten, wie die jetzigen sind, ist es zu natürlich, daß die andere Seite, welche sich im Besitz aller Vorteile der Bundeseinrichtungen befindet, den Zeitpunkt für durchaus ungeeignet erklärt, um vergangene Dinge, und ‚innere' Streitigkeiten zur Sprache zu bringen. Für uns aber kehrt eine Gelegenheit, wenn wir die jetzige unbenutzt lassen, vielleicht nicht so bald wieder, und wir sind später auf die Resignation beschränkt, daß sich in regelmäßigen Zeiten nichts an der Sache ändern läßt. Seine Königliche Hoheit der Prinzregent haben eine Haltung angenommen, welche den ungeteilten Beifall aller derer hat, denen ein Urteil über preußische Politik beiwohnen kann und die sich dasselbe nicht durch Parteileidenschaft

getrübt haben. In dieser Haltung sucht ein Teil unserer Bundesgenossen durch unbesonnene und fanatische Bestrebungen uns irre zu machen. Wenn die Staatsmänner von Bamberg so leichtfertig bereit sind, dem ersten Anstoß des Kriegsgeschreis der urteilslosen und veränderlichen Tagesmeinung zu folgen, so geschieht das vielleicht nicht ganz ohne tröstenden Hintergedanken an die Leichtigkeit, mit der ein kleiner Staat im Fall der Not die Farbe wechseln kann. Wenn sie sich aber dabei der Bundeseinrichtungen bedienen wollen, um eine Macht wie Preußen ins Feuer zu schicken; wenn uns zugemutet wird, Gut und Blut für die politische Weisheit und den Thatendurst von Regierungen einzusetzen, denen unser Schutz unentbehrlich zum Existieren ist; wenn diese Staaten uns den leitenden Impuls geben wollen, und wenn sie als Mittel dazu bundesrechtliche Theorien in Aussicht nehmen, mit deren Anerkennung alle Autonomie preußischer Politik aufhören würde, dann dürfte es meines Erachtens an der Zeit sein, uns zu erinnern, das die Führer, welche uns zumuten, ihnen zu folgen, anderen Interessen dienen als preußischen, und daß sie die Sache Deutschlands, welche sie im Munde führen, so verstehen, daß sie nicht zugleich die Sache Preußens sein kann, wenn wir uns nicht aufgeben wollen.

„Ich glaube, wir sollten den Handschuh aufnehmen und kein Unglück, sondern einen Fortschritt der Krisis zur Besserung darin sehen, wenn eine Mehrheit in Frankfurt einen Beschluß faßt, in welchem wir eine Überschreitung der Zuständigkeit, eine willkürliche Änderung des Bundeszweckes, einen Bruch der Bundesverträge finden. Je unzweideutiger die Verletzung zu tage tritt, desto besser. In Österreich, Frankreich, Rußland finden wir die Bedingungen nicht leicht wieder so günstig, um uns eine Verbesserung unserer Lage in Deutschland zu gestatten, und unsere Bundesgenossen sind auf dem besten Wege, uns vollkommen gerechten Anlaß dafür zu bieten, auch ohne daß wir ihrem Übermute nachhälfen. Sogar die Kreuzzeitung wird stutzig bei dem Gedanken, daß eine Frankfurter Mehrheit ohne weiteres über die preußische Armee verfügen könnte.

Nicht bloß an diesem Blatte habe ich bisher mit Besorgnis die Wahrnehmung gemacht, welche Alleinherrschaft sich Österreich in der deutschen Presse durch das geschickt angelegte Netz seiner Beeinflussung geschaffen hat, und wie es diese Waffe zu handhaben weiß. Ohne dieselbe wäre die sogenannte öffentliche Meinung schwerlich zu dieser Höhe montiert worden; ich sage die sogenannte, denn das wirkliche Gros der Bevölkerung ist niemals für den Krieg gestimmt, wenn nicht die thatsächlichen Leiden schwerer Bedrückung es gereizt haben. Es ist soweit gekommen, daß kaum noch unter dem Mantel allgemein deutscher Gesinnung ein preußisches Blatt sich zu preußischem Patriotismus zu bekennen wagt. Die allgemeine Piepmeyerei*) spielt dabei eine große Rolle, nicht minder die Zwanziger, die Österreich zu diesem Zwecke niemals fehlen. Die meisten Korrespondenten schreiben für ihren Lebensunterhalt, die meisten Blätter haben die Rentabilität zu ihrem Hauptzweck, und an einigen unserer und anderer Blätter vermag ein erfahrener Leser leicht zu erkennen, ob sie eine Subvention Österreichs wiederum erhalten haben, sie bald erwarten, oder sie durch drohende Winke herbeiführen wollen. Ich glaube, daß wir einen erheblichen Umschlag in die Stimmung bringen könnten, wenn wir gegen die Überhebung unserer deutschen Bundesgenossen die Saite selbständiger Politik in der Presse anschlügen. Vielleicht geschehen in Frankfurt Dinge, welche uns den vollsten Anhalt dazu bieten.

„In diesen Eventualitäten kann sich die Weisheit unserer militärischen Vorsichtsmaßregeln noch nach anderen Richtungen hin bethätigen und unserer Haltung Nachdruck geben. Dann wird das preußische Selbstgefühl einen lauteren und vielleicht folgenreicheren Ton geben als das bundestägliche. Wenn heute lediglich der Bund aufgehoben würde, ohne daß man etwas an seine Stelle setzte, so glaube ich, daß schon auf Grund dieser negativen Errungenschaft sich bald bessere und natürlichere Beziehungen Preußens

*) Während der Zeit des Frankfurter Parlaments von 1848 erschien eine illustrierte Satire auf die Frankfurter Mittelparteien unter dem Titel „Leben und Thaten des Abg. Piepmeyer“.

zu seinen deutschen Nachbarn ausbilden würden, als die bisherigen."

Wie sehr die Österreich ergebene Presse und die Kriegsfanatiker Süddeutschlands gegen Bismarck persönlich hetzten und ihn undeutscher Gesinnung verdächtigten, erkennen wir aus einer ganzen Reihe seiner Briefe jener Tage. Der erste derselben ist alsbald nach der Denkschrift an Schleinitz am 14. Mai verfaßt, und an den Redakteur des Kladderadatsch, Dr. Dohm, gerichtet. Der Kladderadatsch hatte in seinem „Briefkasten" eine Frankfurter Korrespondenz zum Abdrucke gebracht, welche die Meldung von einem höchst taktlosen Toast enthielt, den Bismarck beim Abschiedsdiner im Hause des Herrn v. Bethmann in Frankfurt vor den versammelten deutschen, österreichischen, englischen, französischen und russischen Diplomaten ausgebracht haben sollte. Bismarck erklärt diese Angaben für „aus der Luft gegriffen oder nach dem technischen Ausdruck verfrüht, bis auf ein Abschiedsdiner bei Herrn v. Bethmann. Der angebliche Toast wäre auch beim irgend wievielten Glase nicht wohl anzubringen gewesen." Dann fährt er fort: „Diese Berichtigung hat nicht den Zweck, Sie zur Rehabilitierung eines in seinem Patriotismus und seiner Nüchternheit verkannten Staatsbeamten zu bewegen, sondern ist lediglich bestimmt, mich vor dem Forum eines Instituts, dem ich soviele angenehme Momente verdanke, wie dem Ihrigen, von dem Verdachte einer so groben Geschmacklosigkeit zu reinigen, wie sie in solchem Toaste unter solchen Umständen gelegen hätte. Zugleich bitte ich Sie im Interesse des Blattes, sich gegen Frankfurter Korrespondenten ein grundsätzliches Mißtrauen aneignen zu wollen, und in meinem Interesse, sobald ich einmal mit mehr Recht als jetzt Ihrer Satire anheimfallen sollte, Sich zu erinnern, daß ich aus Nr. 14, 15 auf ein Guthaben bei Ihnen Anspruch mache."

Daß die Überschreitung der sardinischen Grenzen seitens Österreichs im festen Vertrauen erfolgt war, Preußen werde sich der Heeresfolge für die italienische Politik Österreichs nicht entziehen, daran ließ das Manifest des Kaisers an seine Völker, welches die Kriegserklärung rechtfertigen sollte, nicht den geringsten Zweifel.

In diesem Manifest hieß es: „Österreich verteidigt die heiligsten Güter der Menschheit gegen die Umsturzlehren, welche jetzt sogar von Thronen aus geschleudert werden. Die deutschen Brüder werden das österreichische Heer nicht allein kämpfen lassen.“ Zugleich mahnte der Kaiser „als Haupt des deutschen Bundes“ an die Gefahr, welche Deutschland bedrohe, wenn das „mit Strömen deutschen Blutes eroberte Bollwerk Italien“, das die Feinde Deutschlands stets zuerst angegriffen hätten, nicht „mit gemeinsamen Kräften“ verteidigt würde. Er forderte geradezu die „Einmütigkeit der Begeisterung“ aller deutschen Völker wie im Befreiungskriege von 1813. Der preußische General Willisen, welcher im Auftrage des Prinzregenten im Mai nach Wien reiste, um dort zu erklären, daß Preußen mit seiner bewaffneten Vermittelung bezwecke, für die Erhaltung des gesamten österreichischen Länderbesitzes in Italien einzutreten, dagegen auch den Oberbefehl über die gesamten Streitkräfte des deutschen Bundes verlangen müsse, wurde sehr kühl aufgenommen und erhielt zur Antwort: nicht bloß für den italienischen Länderbesitz Österreichs, sondern auch für dessen Schutzverträge mit den italienischen Staaten müsse Preußen mit Waffengewalt eintreten, ja sogar für die Vernichtung Sardiniens, für den Sturz Napoleons und für die Einsetzung des Bourbon Heinrichs V. auf den französischen Thron. Darauf konnte natürlich seitens Preußen nur eine ablehnende Antwort erfolgen.

Der Fall folgte dem österreichischen Hochmut auf dem Fuße. Denn inzwischen waren 150,000 Mann Franzosen den Sardiniern zu Hilfe geeilt. Am 20. Mai wurden die Österreicher bei Montebello geschlagen. Am 4. Juni ging die erste ernste Schlacht bei Magenta verloren. Das österreichische Heer räumte nun die Lombardei und zog sich hinter den Mincio zurück. In Toskana, Modena und Bologna verjagte die Bevölkerung ihre Regierungen und sandte zahlreiche Zuzüge in das Heerlager Italiens. Preußen beharrte auch jetzt auf dem Standpunkte bewaffneter Vermittelung. Eine Depesche des Ministers Schleinitz vom 14. Juni erklärte noch einmal in Wien Preußens Bereitwilligkeit, mit Hilfe dieser Ver-

mittelung den bestehenden Länderbesitz Österreichs zu behaupten „und je nach dem Erfolge der Vermittelung so weiter zu handeln, wie es Preußens Pflichten als europäischer Großmacht und der hohe Beruf Deutschlands erheischen.“ Um den Ernst des preußischen Auftretens darzuthun, verfügte der Prinz-Regent am nämlichen Tage die Mobilmachung von sechs Armeekorps (180,000 Mann) und beantragte beim Bunde die Aufstellung eines Beobachtungskorps von 60,000 Mann süddeutscher Truppen. Österreich aber fand das alles noch nicht genügend. Inzwischen hatte es nämlich zwei Dritteile seiner gesamten Streitmacht, unter des Kaisers persönlichem Oberbefehl, am Mincio versammelt und hoffte, da es den Gegnern nun erheblich an Zahl überlegen war, bestimmt auf Sieg. Am 22. Juni wiederholte eine Depesche Rechbergs in Berlin die Forderung, daß Preußen auch für die Erhaltung der italienischen Schutzverträge Österreichs eintreten werde, ohne doch in Hinsicht auf den preußischen Oberbefehl über die Bundestruppen ein Entgegenkommen zu beweisen. Auch diese Verblendung fand alsbald furchtbare Strafe. Denn schon am 24. Juni erlitten die Österreicher bei Solferino die schwerste und blutigste Niederlage dieses Feldzuges. Der Kaiser Franz Joseph war, nach Anblick dieses furchtbaren Massenelends, zu einer Erneuerung des Angriffs nicht zu bewegen. Lieber wolle er eine Provinz verlieren. Er gab die Lombardei preis und ließ die Armee bis Verona zurückgehen.

Seltsamerweise empfand auch sein kaiserlicher Gegner denselben Kriegsüberdruß und dieselbe Sehnsucht nach Frieden. Diese friedfertige Stimmung hatte aber gute Gründe. Denn nun, da sich das geschlagene Heer des Feindes in das berühmte Festungsviereck zurückgezogen hatte, sah sich Napoleon erst vor der Hauptarbeit des Krieges. Die italienische Einheitsbewegung bedrohte außerdem bereits die weltliche Herrschaft des Papstes, und darüber ergrimmte des Kaisers Hauptstütze in Frankreich, der Klerus. Sein Gönner, der russische Zar, war sehr ungehalten über die revolutionäre Bewegung in Italien, die dort außer dem Papste schon alle Landesherren hinweggefegt hatte. Der Hauptgrund aber, der die beiden Kaiser von Frankreich und Österreich bewog, schon am 8. Juli einen,

Waffenstillstand bis zum 15. August und am 11. Juli schon den Frieden von Villafranca zu schließen, war die gemeinsame Furcht vor Preußen. Denn dieses hatte am 24. Juni seine gesamte Armee mobil gemacht und beim Bunde auch die Zusammenziehung der beiden norddeutschen Bundeskorps beantragt, um mit Hilfe dieser den französischen Streitkräften doppelt überlegenen Heeresmacht seine bewaffnete Vermittelung für die beiden Forderungen durchzusetzen: Aufrechterhaltung des österreichischen Besitzstandes und Durchführung politischer Reformen in Italien. England und Rußland wurden zum Beitritte eingeladen. Am 4. Juli hatte dann Preußen am Bunde beantragt, alle Bundeskorps unter seinen Oberbefehl zu stellen. Österreich dagegen brachte am 7. einen Gegenantrag ein, der darauf abzielte, den Prinzregenten als Oberfeldherrn nur nach den Weisungen des Bundestages und unter der Aufsicht der Bundeskommissare — 17 an der Zahl! — im Feld operieren zu lassen. England teilte die preußische Eröffnung alsbald an Napoleon mit, und dieser erkannte sofort die Unmöglichkeit, jetzt Krieg gegen Preußen und den Bund zu führen. Ebensowenig aber war Österreich willens, Preußen die Lorbeeren eines deutschen Volkskrieges gegen Frankreich zu gönnen und es dadurch zum Herrn Deutschlands zu machen. Diese Erwägungen brachten das Friedenswerk von Villafranca schon nach wenigen Stunden persönlicher Aussprache der beiden Kaiser zu stande. Österreich brauchte nur die Lombardei an Sardinien abzutreten. Die Herren von Toscana und Modena sollten wieder eingesetzt werden, jedoch ohne Waffengewalt. Für Venetien versprach Österreich liberale Einrichtungen; beide Kaiser würden auch den Papst einladen, Reformen im Kirchenstaat einzuführen. Ganz Italien sollte, unter dem Vorsitz des Papstes, ein Bundesstaat, Österreich ein Glied desselben werden. Eine Konferenz in Zürich würde das Nähere ausarbeiten. Thatsächlich wäre nach diesem Plane die Oberherrschaft Österreichs über Italien verewigt worden. Aber der französische Rechenmeister übersah dabei den mächtigsten Zähler: den Einheitsdrang und die mutige Begeisterung des italienischen Volkes. In allen Versprechungen und Erwartungen getäuscht, nahm Graf Cavour nach dem Frieden

mittelung den bestehenden Länderbesitz Österreichs zu behaupten „und je nach dem Erfolge der Vermittelung so weiter zu handeln, wie es Preußens Pflichten als europäischer Großmacht und der hohe Beruf Deutschlands erheischen." Um den Ernst des preußischen Auftretens darzuthun, verfügte der Prinz-Regent am nämlichen Tage die Mobilmachung von sechs Armeekorps (180,000 Mann) und beantragte beim Bunde die Aufstellung eines Beobachtungskorps von 60,000 Mann süddeutscher Truppen. Österreich aber fand das alles noch nicht genügend. Inzwischen hatte es nämlich zwei Dritteile seiner gesamten Streitmacht, unter des Kaisers persönlichem Oberbefehl, am Mincio versammelt und hoffte, da es den Gegnern nun erheblich an Zahl überlegen war, bestimmt auf Sieg. Am 22. Juni wiederholte eine Depesche Rechbergs in Berlin die Forderung, daß Preußen auch für die Erhaltung der italienischen Schutzverträge Österreichs eintreten werde, ohne doch in Hinsicht auf den preußischen Oberbefehl über die Bundestruppen ein Entgegenkommen zu beweisen. Auch diese Verblendung fand alsbald furchtbare Strafe. Denn schon am 24. Juni erlitten die Österreicher bei Solferino die schwerste und blutigste Niederlage dieses Feldzuges. Der Kaiser Franz Joseph war, nach Anblick dieses furchtbaren Massenelends, zu einer Erneuerung des Angriffs nicht zu bewegen. Lieber wolle er eine Provinz verlieren. Er gab die Lombardei preis und ließ die Armee bis Verona zurückgehen.

Seltsamerweise empfand auch sein kaiserlicher Gegner denselben Kriegsüberdruß und dieselbe Sehnsucht nach Frieden. Diese friedfertige Stimmung hatte aber gute Gründe. Denn nun, da sich das geschlagene Heer des Feindes in das berühmte Festungsviereck zurückgezogen hatte, sah sich Napoleon erst vor der Hauptarbeit des Krieges. Die italienische Einheitsbewegung bedrohte außerdem bereits die weltliche Herrschaft des Papstes, und darüber ergrimmte des Kaisers Hauptstütze in Frankreich, der Klerus. Sein Gönner, der russische Zar, war sehr ungehalten über die revolutionäre Bewegung in Italien, die dort außer dem Papste schon alle Landesherren hinweggefegt hatte. Der Hauptgrund aber, der die beiden Kaiser von Frankreich und Österreich bewog, schon am 8. Juli einen,

Waffenstillstand bis zum 15. August und am 11. Juli schon den Frieden von Villafranca zu schließen, war die gemeinsame Furcht vor Preußen. Denn dieses hatte am 24. Juni seine gesamte Armee mobil gemacht und beim Bunde auch die Zusammenziehung der beiden norddeutschen Bundeskorps beantragt, um mit Hilfe dieser den französischen Streitkräften doppelt überlegenen Heeresmacht seine bewaffnete Vermittelung für die beiden Forderungen durchzusetzen: Aufrechterhaltung des österreichischen Besitzstandes und Durchführung politischer Reformen in Italien. England und Rußland wurden zum Beitritte eingeladen. Am 4. Juli hatte dann Preußen am Bunde beantragt, alle Bundeskorps unter seinen Oberbefehl zu stellen. Österreich dagegen brachte am 7. einen Gegenantrag ein, der darauf abzielte, den Prinzregenten als Oberfeldherrn nur nach den Weisungen des Bundestages und unter der Aufsicht der Bundeskommissare — 17 an der Zahl! — im Feld operieren zu lassen. England teilte die preußische Eröffnung alsbald an Napoleon mit, und dieser erkannte sofort die Unmöglichkeit, jetzt Krieg gegen Preußen und den Bund zu führen. Ebensowenig aber war Österreich willens, Preußen die Lorbeeren eines deutschen Volkskrieges gegen Frankreich zu gönnen und es dadurch zum Herrn Deutschlands zu machen. Diese Erwägungen brachten das Friedenswerk von Villafranca schon nach wenigen Stunden persönlicher Aussprache der beiden Kaiser zu stande. Österreich brauchte nur die Lombardei an Sardinien abzutreten. Die Herren von Toscana und Modena sollten wieder eingesetzt werden, jedoch ohne Waffengewalt. Für Venetien versprach Österreich liberale Einrichtungen; beide Kaiser würden auch den Papst einladen, Reformen im Kirchenstaat einzuführen. Ganz Italien sollte, unter dem Vorsitz des Papstes, ein Bundesstaat, Österreich ein Glied desselben werden. Eine Konferenz in Zürich würde das Nähere ausarbeiten. Thatsächlich wäre nach diesem Plane die Oberherrschaft Österreichs über Italien verewigt worden. Aber der französische Rechenmeister übersah dabei den mächtigsten Zähler: den Einheitsdrang und die mutige Begeisterung des italienischen Volkes. In allen Versprechungen und Erwartungen getäuscht, nahm Graf Cavour nach dem Frieden

von Villafranca sofort seine Entlassung, stellte sich aber als freier Privatmann an die Spitze der italienischen Einheitsbewegung, der er den monarchischen italienischen Einheitsstaat als Ziel hinstellte. Auf sein Gebot erklärten schon im August 1859 Volksabstimmungen in Parma, Modena, Toscana und der Romagna (Bologna) die Annexion dieser Staaten an Sardinien. Napoleon konnte gegen diese übermächtige Bewegung gar nichts thun, und Österreich vermochte seiner Entrüstung auch nur in Worten Ausdruck zu geben. Darin aber waren Frankreich und Österreich einig, Preußen für den kläglichen Ausgang dieses Krieges die ganze Schuld allein beizumessen. Napoleon sagte: Preußen habe das für Italiens Einheit erhobene französische Schwert durch Kriegsdrohung gekreuzt. Österreich klagte: es habe die Lombardei opfern müssen, weil es von dem nächsten natürlichen Bundesgenossen treulos verlassen worden sei. Dieser Anklage traten alle österreichisch gesinnten deutschen Preßorgane und Volkskreise in grimmigem Zorne bei. Alle hießen „Verräter", welche die preußische Politik in Schutz nahmen, geschweige denn dafür verantwortlich gemacht werden konnten. Zu den letzteren wurde — übrigens nicht ganz mit Recht — auch Bismarck gezählt.

Wie er über die preußische Politik in der italienischen Verwickelung kurz vor der Entscheidung urteilte, erfordert genauere Betrachtung. Am 1. Juli schreibt er an Herrn v. Usedom, der ihm Nachrichten aus Frankfurt mitgeteilt hatte: „Unsere Politik finde ich bis jetzt korrekt; aber ich blicke doch mit Sorge in die Zukunft; wir haben zu früh und zu stark gerüstet, und die Schwere der Last, die wir uns aufgebürdet, zieht uns die schiefe Ebene hinab. Man wird zuletzt losschlagen; wir werden dann nicht einmal Österreichs Reserve, sondern wir opfern uns geradeswegs für Österreich, wir nehmen ihm den Krieg ab. Mit dem ersten Schuß am Rhein wird der deutsche Krieg die Hauptsache, weil er Paris bedroht, Österreich bekommt Luft, und wird es seine Freiheit benutzen, um uns zu einer glänzenden Rolle zu verhelfen? Wird es nicht vielmehr dahin streben, uns das Maß und die Richtung unserer Erfolge so zuzuschneiden, wie es dem spezifisch österreichischen Interesse ent-

spricht? Und wenn es uns schlecht geht, so werden die Bundesstaaten von uns abfallen wie welke Pflaumen im Winde, und jeder, dessen Residenz französische Einquartierung bekommt, wird sich landesväterlich auf das Floß eines neuen Rheinbundes retten. Vielleicht gelingt es, eine gemeinschaftliche Haltung der drei neutralen Großmächte zu kombinieren; wir sind nur schon zu kostspielig gerüstet, um ebenso geduldig wie England und Rußland des Erfolges warten zu können, und unsere Vermittelung wird schwerlich die Zirkelquadratur einer für Frankreich und Österreich annehmlichen Friedensbasis zu Tage fördern können!" „Unsere Politik gleitet mehr und mehr in das österreichische Kielwasser hinein," beginnt er am folgenden Tage (2. Juli) an die Gemahlin ganz ähnliche politische Betrachtungen, die dann in die teilweise schon früher erwähnte weltschmerzliche Klage übergehen: „Wie Gott will! Es ist hier alles doch nur eine Zeitfrage, Völker und Menschen, Thorheit und Weisheit, Krieg und Frieden, sie kommen und gehen wie Wasserwogen und das Meer bleibt. Es ist ja nichts auf dieser Erde, als Heuchelei und Gaukelei, und ob nun das Fieber oder die Kartätsche diese Maske von Fleisch abreißt, fallen muß sie doch über kurz oder lang, und dann wird zwischen einem Preußen und einem Österreicher, wenn sie gleich groß sind, doch eine Ähnlichkeit eintreten, die das Unterscheiden schwierig macht; auch die Dummen und die Klugen sehen, reinlich skelettiert, ziemlich einer wie der andere aus; den spezifischen Patriotismus wird man allerdings mit dieser Betrachtung los, aber es wäre auch jetzt zum Verzweifeln, wenn wir auf den mit unserer Seligkeit angewiesen wären. Man ist hier sehr gut für mich, in Berlin aber intriguiert Österreich und alle lieben Bundesgenossen, um mich hier wegzubringen, und ich bin doch so artig. Wie Gott will, ich wohne eben so gern auf dem Lande."

Als Bismarck das oben mitgeteilte besorgniserfüllte Urteil über die Haltung Preußens gegenüber den italienischen Wirren fällte, konnte er freilich so wenig wie der Prinzregent und Minister von Schleinitz ahnen, daß das Gefühl der eigenen Erschöpfung, und

noch mehr die Preußenfurcht, beide in Italien gegeneinander streitenden Kaiser nicht viel mehr als eine Woche später zum Abschluß des Friedensschlusses veranlassen werde! Wäre dieser Fall aber nicht eingetreten und hätte Preußen am Rhein wirklich losgeschlagen, während Österreich gegen Sardinien und Frankreich in Oberitalien den Krieg fortführte, hätten allerdings Bismarcks Befürchtungen nur zu sehr sich bewahrheiten können: die Einsetzung der preußischen Kraft nur mit der Wirkung, Österreich in Italien Luft zu schaffen; die hemmende Unzuverlässigkeit der deutschen Bundesgenossen; die durch Österreichs Eifersucht, wie schon 1813 und 1815, ganz wesentlich verschuldete Schmälerung der Errungenschaften preußischer Siege. Wie hochmütig und argwöhnisch Österreich selbst nach dem Tage von Solferino noch gegen Preußens Führung in einem französischen Feldzuge gesinnt war, beweist ja deutlich der früher erwähnte österreichische Antrag vom 7. Juli beim Bunde: den Bundesfeldherrn, den Prinz-Regenten von Preußen, unter die Polizeiaufsicht des siebzehnköpfigen Bundeskriegsrates zu stellen. Zumal in der Richtung erscheine Bismarcks Bedenken gegen die damalige preußische Politik nur zu begründet, wenn er nämlich einen Erfolg der bewaffneten Vermittelung Preußens nur dann ersehen kann, wenn es gelinge, die andern beiden neutralen Großmächte, England und Rußland, zum Anschluß zu gewinnen, gleichzeitig aber „die Zirkelquadratur einer für Frankreich und Österreich annehmlichen Friedensbasis zu tage zu fördern.“ Die Verständigung mit England und Rußland suchte nun Preußen, wie wir sahen, erst am 24. Juni, als es selbst schon in Waffen starrte, und die kriegerischen Ereignisse in Norditalien schon zu weit vorgeschritten waren, um einer gütlichen Vermittelung der Mächte erhebliche Beachtung zu verheißen. Namentlich aber war der Vermittelungsvorschlag selbst, den Preußen allein aufstellte, offenbar ohne genauere und genügende Kenntnis der italienischen Verhältnisse gefaßt, und daher für die streitenden Parteien wirklich „die Zirkelquadratur“. Denn Preußen verlangte gleichzeitig, was weder Frankreich noch Österreich zugestehen wollten: die Unversehrtheit des österreichischen Besitzes in

Italien und den Verzicht auf die österreichische Oberherrschaft in Mittelitalien. Gegen die erste Bedingung hatte Napoleon schon beim Kriegsausbruch seinen Schlachtruf „Frei bis zur Adria!" erhoben; gegen die zweite sträubte sich Österreich mit aller Kraft. Selbst das Opfer der Lombardei war ihm für die Erhaltung der vermeintlichen Herrschaft in Mittelitalien nicht zu teuer, wie der Friede von Villafranca bewies. Bismarcks eigene Politik in der italienischen Frage, wenn er damals Preußens Politik zu leiten gehabt hätte, würde nach alledem, namentlich wenn wir seine lebhafte Klage über Preußens vorzeitige Rüstungen beachten, dahin gegangen sein: in unbedingter Neutralität zu verharren, bis Österreich alle seine italienischen Besitzungen, einschließlich Venetiens, hätte räumen müssen, und dann der Krieg infolge allseitiger Erschöpfung von selbst erloschen wäre.

In der ersten Juniwoche, da auf Italiens Kriegsfeldern so schwer gerungen wurde, machte Bismarck übrigens eine kleine Erholungsreise nach Moskau und schildert sie der Gemahlin in bekannten Briefen anschaulich, wie es stets seine Gewohnheit auf Reisen ist. Der Ausflug ward unternommen, weil „Abwechslung die Seele des Lebens ist," besonders „wenn man zehn Wochen lang ein sonniges Gasthofzimmer mit Aussicht auf Steinpflaster bewohnt hat," aber auch, um eine liebenswürdige Bekannte aus früheren Zeiten, die Besitzerin des in italienischem Stil gebauten Schlosses Archangelski bei Moskau, etwa drei Meilen oberhalb der Stadt, inmitten weitläufiger Gartenanlagen, zu besuchen. Unterwegs schneite es heftig. In Archangelski aber und in Moskau selbst verlebte Bismarck „vergnügte Tage". Aber schon am 8. Juni mußte er, so gern er noch in Moskau geblieben wäre, nach Petersburg zurück, — wie er schrieb, — „da Gerüchte von einer großen Schlacht in Italien" — es war die Schlacht von Magenta — „zirkulieren, die vielleicht Diplomatenarbeit nach sich ziehen kann. Das Haus, in dem ich schreibe, ist auch wunderlich genug, eins der wenigen, die 1812 überlebt haben, alte dicke Mauern, wie in Schönhausen, orientalische Architektur, maurisch, große Räume."

Diplomatenarbeit gab es zwar in Petersburg nicht viel. Dagegen wurde Bismarck, dessen Gesundheitszustand in Frankfurt stets ein normaler gewesen war, bald von einem schweren Krankheitsanfall heimgesucht, dessen ernsten Charakter er der fernen Gattin zwar verschwieg, über den er aber am 29. Juni 1859 der treuen Schwester schrieb: „Ich habe Dir mit dem Postschiff vom 25. meinen Glückwunsch (zum Geburtstag) in ein paar Pantoffel gestickt schicken wollen, Du hättest ihn dann gerade heut erhalten, aber ich habe in der vorigen Woche auch nicht einmal das thun können, so lag ich erschlagen auf dem Rücken. Ich bin schon seit dem Januar in Berlin nie wieder recht gesund gewesen, und Ärger, Klima und Erkältung trieben mein ursprünglich unscheinbares Gliederreißen vor etwa 10 Tagen auf die Höhe, daß mir der übliche Atem nicht mehr ausreichend zufloß, und nur unter sehr schmerzhaften Anstrengungen einzuziehen war. Das Übel, rheumatisch-gastrisch-nervös, hatte sich in der Lebergegend eingenistet, und wurde mit massenhaften Schröpfköpfen wie Untertassen, und spanischen Fliegen und Senf über den ganzen Leib bekämpft, bis es mir gelang, nachdem ich schon halb für eine bessere Welt gewonnen war, die Ärzte zu überzeugen, daß meine Nerven durch achtjährigen ununterbrochenen Ärger und stete Aufregung geschwächt wären, und weiteres Blutabzapfen mich mutmaßlich typhös oder blödsinnig machen würde. Gestern vor 8 Tagen war's am schlimmsten; meine gute Natur hat sich aber rasch geholfen, seitdem man mir Sekt in mäßigen Quantitäten verordnet hat. Schreibe über die Krankheitsdetails nichts an Johanna, ich werde ihr das mündlich sagen; einstweilen habe ich ihr nur von gebräuchlichen Hexenschüssen geschrieben." Leider war dieser Anfall nur die Einleitung zu weiteren und bedenklicheren Leiden, die im Laufe des Jahres folgten.

Die erste Ausfahrt nach diesem Krankenlager machte Bismarck am 28. Juni nach Peterhof, um von der Kaiserin-Mutter Abschied zu nehmen, die am folgenden Tag in See gehen wollte. Aber dieser amtliche Besuch gestaltete sich für ihn zu einer sehr wohlthuenden und freudigen zweitägigen Erholung. „Für mich hat sie

in ihrer liebenswürdigen Natürlichkeit wirklich etwas Mütterliches, und ich kann mich zu ihr ausreden, als hätte ich sie von Kind auf gekannt," schrieb Bismarck am Abend dieses Tages der Gattin. „Sie sprach heute lange und vielerlei mit mir; auf einem Balkon mit Aussicht ins Grüne, strickend an einem Shawl mit langen Stäben, lag sie, schwarz angezogen, in einer Chaise-Longue, und ich hätte ihrer tiefen Stimme und ihrem ehrlichen Lachen und Schelten noch stundenlang zuhören mögen, so heimatlich war mir's. Ich war nur auf 2 Stunden im Frack gekommen, da sie aber schließlich sagte, sie hätte noch nicht Lust, von mir Abschied zu nehmen, ich aber wahrscheinlich schrecklich viel zu thun, so erklärte ich: ‚Nicht das Mindeste' und sie: ‚Dann bleiben Sie doch, bis ich morgen fahre.' Ich nahm die Einladung mit Vergnügen als Befehl, denn es ist hier reizend und in Petersburg so steinern. Denke Dir die Höhe von Oliva und Zoppot alle in Parkanlagen verbunden und mit einem Dutzend Schlössern und Terrassen, Springbrunnen und Teichen dazwischen, mit schattigen Gängen und Rasen bis ins Seewasser hinein, blauen Himmel und warme Sonne mit weißen Wolken, über die grünen Wipfelmeere hinaus das blaue wirkliche Meer mit Segeln und Möven; so gut ist es mir lange nicht geworden. In einigen Stunden kommt der Kaiser und Gortschakow, da wird auch wohl einiges Geschäft in die Idylle eindringen." Da die Kaiserfamilie jedoch den letzten Abend unter sich verbringen wollte, so war Bismarck zu seiner Freude sich selbst überlassen.

Wenn er übrigens der Kaiserin-Mutter versichert hatte, daß er nicht das Mindeste zu thun habe, so entsprach diese Versicherung jedenfalls nur einem seltenen Ausnahmezustand. Denn wenige Tage später schreibt Bismarck an einen Diplomaten: „Geschäftlich ist meine Stellung hier sehr angenehm, aber viel zu thun mit 40000 Preußen, deren Polizei, Advokat, Richter, Aushebungsbehörde und Landrat man ist, täglich 20 bis 50 Unterschriften ohne Pässe." Auch der Schwester klagt er in dem bereits erwähnten Briefe vom 29. Juni: „Der Betrieb der vielen (hiesigen) Geschäfte

ist jetzt doppelt zeitraubend durch den Aufenthalt des Hofes und und des Ministers in Zarskoe-Selo." „Ich habe 3 Tage hintereinander nach Zarskoe-Selo müssen, kostet immer den ganzen Tag," meldet er am 2. Juli der Gemahlin. „Beim Kaiser aß ich neulich in den Kleidern von vier verschiedenen Leuten, weil ich nicht auf Frack gefaßt war, ich sah sehr sonderbar aus." Mit Anfang Juli hatte Bismarck auch begonnen, ein eigenes Haus in Petersburg für sich einzurichten und für die künftige Anwesenheit der Seinigen bereit zu stellen. Freilich sah es noch wild darin aus. „Ich bin noch immer wie im Biwak," schreibt er am 1. Juli, „mit einigen in der Eile gekauften Betten, Handtüchern und Tassen, ohne Koch und Küche, weil alles Geschirr fehlt; und bei der Hitze ohne Sommerzeug! Mein Haus ist groß und schön gelegen, an der Newa; 3 große Säle; in einen habe ich die Kanzlei gelegt, mit Parket, Spiegelthüren und silbernen Wandleuchtern. Das einzige, was ich bis jetzt aus Frankfurt erhalten habe, sind meine Gewehre, die man leider mit Kronleuchtern beschwert hatte, so daß sie vollkommen verdorben ankamen." Da Bismarck indessen für das „erste Drittel Juli" um Urlaub gebeten hatte, um zunächst nach Berlin und dann über Kröchlendorf nach Pommern zu reisen, und da er seine Familie erst im Herbst nach Petersburg zu geleiten gedachte, so konnte dieser „Biwak-Zustand" des eigenen Heims in Petersburg inzwischen geruhig verbessert werden.

Am 22. Juli traf er in der That auf Urlaub in Berlin ein, um hier an maßgebender Stelle zunächst Geschäfte zu erledigen. Aber noch am nämlichen Tage packte ihn ein neuer Anfall seines rheumatisch-nervösen Leidens, der amtliche Arbeit völlig oder doch beinahe unmöglich machte. Nicht vor dem 31. Juli konnte er die erste Ausfahrt unternehmen. Seine treue Gattin war zu seiner Pflege herbeigeeilt, und mit ihr gemeinsam trat er alsdann am 3. August die Erholungsreise in die Bäder von Wiesbaden und Nauheim an, die bis zum 7. September mit Erfolg gebraucht wurden. An diesem Tage kehrte er mit Gemahlin nach Berlin zurück. Am 10. September aber begab er sich auf Befehl

des Prinzregenten nach Baden-Baden zur Nachkur und zugleich zu wichtigen amtlichen Konferenzen und Besprechungen. „Ich habe mich, besonders die vierzehn Tagen in Baden, sehr erholt,“ schreibt er der Schwester aus Berlin am 24. September. „Das linke Bein ist noch schwach, wird vom Gehen dick, die Nerven von der Jodvergiftung noch nicht erholt, ich schlafe noch schlecht; aber ich habe doch wieder andere Weltanschauungen wie vor sechs Wochen, wo mir am Weiterleben wenig gelegen war, und die Leute, die mich damals hier gesehen haben, sagen, daß sie nicht geglaubt haben, dieses Vergnügen heut noch zu haben. Alle preußischen Gesandten sterben oder werden wahnsinnig, sagt mir X. mit einem Aussehen, welches die Wahrheit seiner Worte bekräftigt. Andere Menschen aber auch.“ Die neben der Kur stattfindenden Beratungen hatten die bedeutendsten Fragen der deutschen und auswärtigen Politik Preußens zum Gegenstand. Außer dem Prinz-Regenten und Bismarck nahm an ihnen vor allem Minister Auerswald teil. Auch Herr v. Usedom, der Bismarcks Nachfolge am Bundestage wesentlich im Sinne seines Vorgängers vertrat, wurde zeitweilig von Frankfurt mit hinzugezogen. Es handelte sich dabei um nichts Geringeres, als darum, die Richtung und Zielpunkte der preußischen Politik für eine Reihe von Jahren festzustellen.

In Deutschland nämlich hatte der mächtige Fortschritt der italienischen Einheitsbewegung seit dem Kriege und Friedensschluß und der gleichzeitige Zusammenbruch der österreichischen Oberherrschaft, deren Schwäche und Überhebung auch in deutschen Dingen nun offenkundig geworden war, Gedanken und Hoffnungen und eine nationale Bewegung erweckt, welche seit einem Jahrzehnt für immer begraben schienen. Schon am 5. Mai, also noch vor den österreichischen Mißerfolgen, hatte der Abg. Hölder in der Stuttgarter Kammer den Antrag gestellt, zu „erklären, daß bei dieser Gefahr die Wohlfahrt Deutschlands nur durch Herstellung der inneren Einheit gesichert werden könne“, und zu diesem Zwecke eine gründliche Umgestaltung der Bundesverfassung gefordert. Dieser Antrag hatte, trotz der leidenschaftlichen Erregung der Bevölkerung und Volks-

vertretung Württembergs für Österreich, 24 Stimmen auf sich vereinigt. Nach den ersten Niederlagen Österreichs trat der Gedanke und die Forderung einer preußischen Führerschaft in Deutschland noch klarer und bestimmter hervor. Zuerst am 22. Juni in einer öffentlichen Erklärung der liberalen Führer beider nassauischen Kammern, K. Braun, Lang, Hilf u. s. w., welche von zahlreichen namhaften nassauischen Staatsbürgern unterzeichnet war und in Frankfurt, Darmstadt und an vielen anderen Orten Beitrittserklärungen fand. Hier wurde zwar die Unterstützung Österreichs in einem Kriege gegen Frankreich als „nationale Pflicht" hingestellt, aber zugleich die rückhaltlose Übertragung der diplomatischen und militärischen Leitung an Preußen als unerläßliche Vorbedingung für den „nationalen Krieg" bezeichnet. Ein gewichtiges Anzeichen des beginnenden Umschwungs in der öffentlichen Meinung war, daß diese mannhafte Erklärung vielen süddeutschen und norddeutschen Patrioten gerade solcher Staaten, deren Regierungen blindlings mit Österreich zusammengingen, sogar noch „zu österreichisch" gefaßt war. Ende Juni erließen gemäßigt liberale, ehemals „großdeutsche" Württemberger gemeinsam eine Erklärung, welche ein Zusammengehen Deutschlands mit Österreich nur unter der Voraussetzung wesentlicher Änderungen in der italienischen wie in der deutschen Politik Österreichs als möglich bezeichnete, dem Bundestag ein für allemal absagte, die preußische Führerschaft über Deutschland, wegen der unlöslichen Einheit der preußischen und deutschen Interessen, für die Dauer forderte und auch die Losung einer „deutschen Volksvertretung" wieder erhob. In Hannover aber wurde gerade jetzt sogar vielfach die Äußerung laut: „Lieber heut als morgen preußisch." Die letzten dieser nationalen Kundgebungen waren die bedeutendsten und erfolgten fast gleichzeitig. Am 17. Juli nämlich fand eine von Schulze-Delitzsch angeregte und vorwiegend von Gliedern der preußischen und thüringischen Demokratie beschickte Versammlung in Eisenach statt, am 19. Juli eine solche in Hannover, unter Leitung Rudolf v. Bennigsens, zu der sich die Führer der Opposition in der hannoverschen Kammer und eine Anzahl

Liberaler aus dem Königreiche eingefunden hatten. Beide Versammlungen beschlossen eine gründliche Reform der Bundesverfassung durch Übertragung der militärischen und diplomatischen Leitung an Preußen und erwarteten von Preußen selbst die Inangriffnahme der Reformbewegung. Diese Bestrebungen flossen dann zusammen in einer dritten Versammlung in Eisenach am 14. August, bei welcher sich Demokraten und Konstitutionelle, Nord- und Süddeutsche in dem Beschlusse vereinigten: den Bundestag durch eine feste, starke und bleibende Zentralgewalt und eine deutsche Nationalversammlung zu ersetzen, Preußen zur Inangriffnahme dieser Reform aufzufordern und die preußische Regierung in ihrer Thätigkeit für Einführung einer starken und freien Gesamtverfassung Deutschlands mit allen Kräften zu unterstützen. Am 15. und 16. September 1859, also gerade in den Tagen, da Bismarck in Baden-Baden beim Prinz-Regenten weilte, wurde auf diesen Grundlagen in Frankfurt a./M. der deutsche Nationalverein, unter Führung Bennigsens, gegründet, der von da ab jahrelang an die Spitze der nationalen Bewegung Deutschlands trat.

Wie die preußische Regierung zu dieser Bewegung sich stelle, hatte sie schon im August ausgesprochen, als eine Adresse von Bürgern Stettins die Idee der Bundesreform im Sinne des Nationalvereins an maßgebender Stelle in Berlin angeregt hatte. Der liberale Minister Graf Schwerin, der wenige Monate nach Einsetzung der Regentschaft an Stelle Flottwells das Innere übernommen hatte, wollte die Stettiner Adresse schroff ablehnen und ihren Unterzeichnern den Standpunkt des „beschränkten Unterthanenverstandes“ ebenso klar machen, wie ein halbes Menschenalter früher der Minister Eichhorn Bittstellern von Elbing. Aber der Prinzregent war damit keineswegs einverstanden, sondern verlangte eine glimpflichere Antwort. Diese erging denn auch dahin: die preußische Regierung erkenne die Notwendigkeit einer Zusammenfassung der nationalen Kräfte und einer Umgestaltung der Bundesverfassung vollkommen an. Nur müsse fremdes Recht geachtet und nur das zur Zeit Erreichbare erstrebt werden: eine Stärkung der

deutschen Wehrkraft und die Befestigung gesicherter deutscher Rechtszustände in ganz Deutschland. Dadurch werde mehr genützt, als durch „verfrühte" Anträge auf eine umfassende Bundesreform. Auch gegenüber den lauten Forderungen, die sich in Eisenach, Hannover und Frankfurt erhoben und in der Begründung des Nationalvereins Ausdruck gefunden hatten, gedachte der Prinzregent dieselbe Stellung zu behaupten. Sicherlich hat er darin Bismarcks vollen Beifall gefunden, der schon in dem berühmten Briefe vom 12. Mai 1859 an Schleinitz geschrieben hatte: „Das Wort ‚deutsch' für ‚preußisch' möchte ich gern erst dann auf unsere Fahne geschrieben sehen, wenn wir enger und zweckmäßiger mit unseren übrigen Landsleuten verbunden wären, als bisher." Wir dürfen aber auch annehmen, daß Bismarck sich damals für die freundliche Duldung erklärte, die Preußen dem Nationalverein im Unterschied von den Mittelstaaten, sowie Mecklenburg, Nassau u. s. w., gewährte, wo er überall grimmig befehdet und verfolgt wurde.

Auch dafür besitzen wir Zeugnisse, daß Bismarck im Prinzip den Schritten vollständig beipflichtete, welche der Prinzregent im Interesse der nationalen Sache sofort thun wollte: sie betrafen die „Stärkung der deutschen Wehrkraft und die Befestigung deutscher Rechtszustände." Um die Schlagfertigkeit ganz Deutschlands zu heben, wollte Preußen jetzt einen Antrag auf Verbesserung der Bundeskriegsverfassung stellen, nach welchem bei einem Bundeskrieg, an welchem Österreich und Preußen mit ihrer gesamten Heermacht teilnähmen, die beiden süddeutschen Bundeskorps unter österreichischen, die beiden norddeutschen unter preußischen Oberbefehl treten sollten, also kein Bundesfeldherr mehr vom Bunde gewählt, gegängelt und beaufsichtigt würde. Allerdings war Bismarck von der völligen Ergebnislosigkeit dieses Versuches überzeugt, der das größte Heiligtum mittelstaatlicher Selbstherrlichkeit zertrümmert und Österreich zu einer Anerkennung der Gleichberechtigung Preußens genötigt hätte, und die Folge hat dieser Vermutung Bismarcks recht gegeben: auch aus diesem Anlaufe Preußens zur Verbesserung der Bundeskriegsverfassung ist nichts herausgekommen. Es erfüllte sich darin Bis-

marcks Wort: „Ich sehe in unserem Bundesverhältnis ein Gebrechen Preußens, das wir früher oder später mit Blut und Eisen werden heilen müssen.“ Aber als ein vortreffliches Mittel zur nationalen Agitation und Hebung des Ansehens und der Sympathien Preußens beim Volke erkannte Bismarck diesen Antrag Preußens beim Bunde gleichwohl, und ein Brief, den er noch am 3. Februar 1860 an Usedom schrieb, darf als ein zuverlässiges Zeugnis dafür angesehen werden, daß er sich in Baden-Baden in diesem Sinne ausgesprochen hat. Es heißt hier: „Der Zug mit der Kriegsverfassung war vortrefflich, nur weiter so, offen und dreist mit unseren Ansprüchen herausgetreten, sie sind zu berechtigt, um nicht schließlich, wenn auch langsam, sich Anerkennung zu verschaffen, und die von des Rheinbunds und der Bundesakte Gnaden souveränen Kleinstaaten können ihren Partikularismus auf die Dauer gegen den Strom der Zeit nicht halten. Es kann, wie meine Genesung, Stillstand und Rückschritt gelegentlich durchmachen, aber im ganzen rückt es vorwärts, sobald wir mutig wollen und uns unseres Wollens nicht mehr schämen, sondern im Bunde, in der Presse, und vor allem in unseren Kammern offen darlegen, was wir in Deutschland vorstellen wollen, und was der Bund bisher in Preußen gewesen ist: ein Alp und eine Schlinge um unseren Hals mit dem Ende in feindlichen Händen, die nur auf Gelegenheit zum Zuschnüren wartet.“

Übrigens hat der Prinzregent damals sicher nicht bloß die Verbesserung der Bundeskriegsverfassung — deren Erfolg ihm selbst höchst zweifelhaft war —, sondern jedenfalls auch die große preußische Heeresreform mit Bismarck erörtert, die er plante und deren Ausführung beide Männer für unerläßlich hielten, ehe Preußen, unter Heraufbeschwörung innerer und äußerer Kriegsgefahren, entscheidende Schritte zur Lösung der nationalen Frage thun konnte. Unmittelbar nach Bismarcks Abreise von Baden beschied der Prinzregent den Generalleutnant Albrecht v. Roon nach Baden, um mit diesem die Beratungen über die preußische Heeresreform fortzusetzen, von welcher später eingehend die Rede sein wird.

Unter der „Befestigung der deutschen Rechtszustände“ verstand

der Prinz zunächst die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Kurhessen und die Durchführung der dänischen Verfassungsversprechungen in den Elbherzogtümern. Beide Fragen rührten an die schmerzlichsten Erinnerungen des Prinzen wie des gesamten deutschen Volkes, und der Prinz machte sich an ihre Lösung, um die unvergeßliche Demütigung von Olmütz auszulöschen. Bismarck stimmte ihm bei in der klaren Erkenntnis, daß Preußen mit Lösung dieser Fragen von der jubelnden Zustimmung des Volkes als Führer und Schirmer deutscher Ehre und Kraft werde anerkannt werden.

Zunächst galt es, die kurhessische Angelegenheit in Angriff zu nehmen. Ganz erfüllt von den Vorstellungen seines Königs, Gerlachs und anderer, die in den mutigen Kämpfern für das kurhessische Verfassungsrecht nur Rebellen und in dem kurfürstlichen Tyrannen und und seinem gewissenlosen Minister Hassenpflug die von Gott gesetzte Obrigkeit erblickten, war Bismarck 1851 nach Frankfurt gekommen. Hier hatte er aber sehr rasch ein anderes Urteil gewonnen. Denn schon 1852 warnte er in einem halben Dutzend Berichten Manteuffel davor, daß Preußen die damals vom Kurfürsten durch Hassenpflug oktroyierte Verfassung, die der Bundestag gleichsam probeweise genehmigte, zur Ausführung kommen lasse und anerkenne, mindestens nicht eher, als bis Kurhessen in allen damaligen Streitfragen, namentlich in der Zollvereinskrisis, Beweise seines Wohlverhaltens gebe. Mit diesen Vorstellungen war er aber bei der damaligen Stimmung der maßgebenden Kreise in Berlin nicht durchgedrungen. Noch kräftiger wurden Bismarcks Warnungen vor Unterstützung der kurhessischen Mißregierung, als Hassenpflug auch mit den auf Grund der oktroyierten Verfassung von 1852 gewählten Ständen nicht auszukommen vermochte und im April 1854 in Frankfurt erschien, um die selbst in der Verfassung von 1852 den Ständen belassenen Rechte ohne Verhandlung am Bunde durch einen einfachen Akt kurfürstlicher „Gesetzgebung“, d. h. Willkür, zu beseitigen. Denn aus persönlichen Unterredungen mit Hassenpflug gewann Bismarck die Überzeugung, daß in Kurhessen alle konservativen, unabhängigen und anständigen Elemente, namentlich der gesamte in beiden Kam-

mern vertretene Grundbesitz, unerschütterlich in Opposition zur Regierung stünden, während nur eine kleine Minderzahl abhängiger und jederzeit absetzbarer niederer Staats- und Gemeindebeamten in den Kammern der Regierung gefügig sei, „gerade die Klasse, welche in den vergangenen unruhigen Zeiten das stärkste Kontingent von Anhängern der Revolution lieferte.“ Diesmal versagte sich der Bund und auch Preußen dem schmählichen Ansinnen des hessischen Ministers. Im Gegenteil blieb der Bundesbeschluß von 1852 bestehen, welcher eine Erklärung der Ständeversammlung über etwaige Verbesserungen der Verfassung von 1852 begehrte. Während die tapferen Kurhessen nun fünf Jahre lang unverdrossen den Rechtskampf gegen ihren Unterdrücker fortsetzten und dieser alles mögliche aufbot, um jene von Anrufung des Bundestages abzuhalten, versäumte Bismarck keine Gelegenheit, in seinen Berichten aus Frankfurt und in vertrauten Briefen seine Geringschätzung über Hassenpflug und das kurfürstliche Regiment auszusprechen. Die allerstärksten Ausdrücke sind hier zu finden. So schreibt er in einem „niedlichen Sonntagsbriefchen“ Anfang März 1853 an Gerlach: „Für den Minister Hassenpflug in Kurhessen vertauscht man hier lächerlicher Weise die Initialen beider Namen: Kassenfluch in —. Wirklich gehen die Finanzen dort noch immer schlecht.“ Und über einen verrückten Grafen zu Ysenburg-Büdingen in Wächtersbach, „des Kurfürsten Schwiegersohn in partibus infidelium“ berichtet Bismarck am 8 November 1853 an den Minister Manteuffel: „Dann hat er den Minister Hassenpflug mit einem kurfürstlichen Rohrstock durchgeprügelt, wenn schon ich diese Thatsache nicht für einen Beweis von Wahnsinn halten möchte . . . Dann ist er fortgelaufen und sofort (von Kassel) mit Extrapost nach Frankfurt gefahren. Vor seiner Abreise hat er noch geäußert: mit Herrn v. Bismarck in Frankfurt und mit dem Minister Schäffer in Darmstadt werde er es ebenso machen. Der Brief des Herrn v. Baumbach“ (des kurhessischen Ministers des Äußern an den Bundestagsgesandten v. Trott, dem Bismarck diese Thatsachen entnimmt) „schließt mit der wohlwollenden Bemerkung: ‚Hoffentlich wird er von Bismarck totgestochen

oder bekommt wenigstens selbst Prügel.'" Da Hassenpflug die Kammern hinderte, ihre Beschwerden über die Verfassung von 1852 in einem gemeinsamen Beschlusse der kurhessischen Ständeversammlung niederzulegen, so richteten endlich im Jahre 1857 beide Kammern ihre gleichlautenden Anträge an den Bundestag mit dem Bemerken, daß diese ein unteilbares Ganze bildeten, und Hassenpflug beeilte sich seinerseits eine Reihe anderer „Verbesserungsanträge" dem Bund zu überreichen, welche selbst die Regungen der bescheidensten Opposition unmöglich gemacht hätten. Vergebens versuchte Bismarck in den letzten zwei Jahren seiner Frankfurter Wirksamkeit, diesem Anliegen der Kurhessen Beachtung zu verschaffen. Unter allerlei Vorwänden wußte der österreichische Präsidialgesandte die Sache zu verschleppen und der ihm ergebene Referent des Ausschusses, der Badenser v. Marschall, hatte keinen Grund, aus seiner Unthätigkeit herauszutreten. Da hielt, in der stets gleich drängenden Geldnot des Landes und nach Bismarcks Abgang von Frankfurt, die Regierung in Kassel selbst den Augenblick für günstig, um die Sache am Bunde zur Entscheidung zu bringen. Der Ausschuß des Bundestages gedachte nun nach altbewährtem Rezept zu verfahren: die Hassenpflugschen Verschärfungen zu streichen, auch einige der ständischen Begehren, im übrigen aber der oktroyierten Verfassung nun die vom Kurfürsten erbetene Garantie des Bundes zu erteilen. Gegen diesen Plan erhob sich indessen nachdrücklich Herr v. Usedom, indem er die Rechtswidrigkeit des Verfahrens nachwies, das der Bund und leider auch Preußen gegen Kurhessens klares Verfassungsrecht von 1831 geübt habe. Er erklärte für unbedingt notwendig, daß Preußen sich jetzt von diesem rechtswidrigen Treiben lossage, sicherlich unter dem jubelnden Beifall des ganzen deutschen Volkes, und die Kompetenzüberschreitung des Bundes zurückweise. Der Suspension der kurhessischen Verfassung von 1831 müsse ein Ende gemacht und nur vorbehalten werden, die darin etwa enthaltenen bundeswidrigen Artikel auszumerzen. Aber dieser kühne Vorschlag ging weit über den Wagemut des Herrn v. Schleinitz hinaus. Eben deshalb wurde Usedom nach Baden-Baden berufen und hier

in gemeinsamer Beratung mit dem Prinzregenten Bismarcks und Usedoms Antrag genehmigt. Als Schleinitz nach Bismarcks Abreise in Baden eintraf, war die Entscheidung thatsächlich bereits gegen dessen Zaghaftigkeit gefallen. Der Prinz hielt sich an sein Wort vom 8. November 1858: „Die Welt muß wissen, daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist.“ Am 7. Oktober wurde in Baden der förmliche Beschluß gefaßt, für das kurhessische Verfassungsrecht einzustehen, das Gesamtministerium trat dem Beschlusse am 11. Oktober bei, und am nämlichen Tage erging schon die Einladung nach Wien, dem Beschlusse beizutreten, an welchem Preußen auch ohne Österreich unverbrüchlich festhalten werde. Der Eindruck dieser preußischen That war in ganz Deutschland ein ungeheurer. In Kurhessen pries man Preußen als den Befreier aus langer Knechtschaft und Rechtlosigkeit. Überall in Deutschland erhob sich nun die liberale Partei für die gute Sache Kurhessens, in den Kammern, in der Presse, in Volksversammlungen, in Adressen und Petitionen. Es war ein großartiger Erfolg des ersten kühnen Schrittes, den Preußen auf nationaler Bahn gethan hatte. Mit tiefem Unmut dagegen verfolgten die meisten deutschen Regierungen diesen guten Zug und großen Erfolg der preußischen Politik; mit Ingrimm sah auch die Kreuzzeitungspartei solches Geschehen, und namentlich der General v. Gerlach fühlte sich gedrungen, Bismarck ins Gewissen zu reden, worauf dieser antwortete: „Ich halte es für einen mißverstandenen Konservativismus, das Recht von 1831 in seiner Kontinuität fahren zu lassen, weil uns sein Inhalt mißliebig ist, und die fürstliche Autorität auf der entgegengesetzten Seite steht. Im Auslande wie im Inlande sehe ich in zweifelhaften Fällen mit den Augen meiner Standesgenossen, der Ritterschaft, und die ist nicht auf Hassenpflugs Seite, wenn sie auch den Inhalt der 52er Verfassung großenteils dem der 31er vorzieht.“ Der Bundestag machte seinem Ärger dadurch Luft, daß er am 24. März 1860 den Antrag des Ausschusses annahm, gegen den sich Preußen erhoben hatte. Preußen legte darauf gegen diesen Beschluß, weil er auf einer Kompetenzüberschreitung beruhe, förmlich Verwahrung ein

und erklärte ihn für nichtig und unverbindlich. Der Kurfürst aber verkündete trotzdem am 30. Mai 1860 die vom Bundestage genehmigte und garantierte Verfassung dem Lande. Wir werden später verfolgen, welche Wirkung sie hier erzielte, und wie der Prinzregent und Bismarck hier auch fernerhin das Wort erfüllten, Preußen sei überall bereit, das Recht zu schützen.

Auch die auswärtige Politik Preußens endlich kam in Baden-Baden zwischen dem Prinzregenten und Bismarck zur Sprache. Vornehmlich die italienischen Angelegenheiten, die trotz des Friedens von Villafranca durchaus nicht zur Ruhe kommen wollten, da außer der Abtretung der Lombardei an Sardinien und der Behauptung des übrigen norditalienischen Besitzstandes durch Österreich, keine einzige der Bedingungen dieses Friedens ausgeführt wurde, oder sich nur als ausführbar zeigte: weder eine liberale Verfassung in Venetien, solange Österreichs Fremdherrschaft dauerte, noch die Wiedereinsetzung der verjagten mittelitalienischen Dynasten, noch der wunderbare italienische Staatenbund unter dem Vorsitz des Papstes und Österreichs Mitgliedschaft. Statt dessen war die italienische Einheitsbewegung durch den nunmehrigen Privatmann Cavour mächtig gefördert worden und daher mußte in Kürze die Zeit kommen, wo namentlich Frankreich mit diesen veränderten Verhältnissen sich abzufinden hatte. Dann brach vielleicht auch für Preußen eine entscheidende Stunde an. Hatte aber Bismarck schon vor dem Friedensschlusse am 28. Juni der Gattin geschrieben: „Weniger Frankreich als Österreich würde ich von dem Augenblick an fürchten, wo wir den Krieg auf uns nähmen," so wird er vollends jetzt dem Prinzregenten ausschließlich zu einer wachsamen Zurückhaltung geraten und bei diesem hierfür auch volle Zustimmung gefunden haben. Denn der Prinzregent sah in dem Kaiser Napoleon keineswegs, wie sein königlicher Bruder und der diesem gleichgesinnte General v. Gerlach, nur die „fleischgewordene Revolution", und des Prinzen Abneigung und Mißtrauen gegen den unberechenbaren französischen Emporkömmling war jedenfalls völlig frei von Furcht, wie bei Bismarck auch. Wir dürfen daher wohl

annehmen, daß letzterer sich gegen den Prinzen in Baden über diese Dinge dem Sinne nach ungefähr ebenso ausgesprochen haben wird, wie ein halbes Jahr später gegen Gerlach: „Ich will nicht mit Frankreich oder Sardinien gehen, nicht, weil ich es für Unrecht halte, sondern weil ich es im Interesse unserer Sicherheit für bedenklich halte. Wer in Frankreich und Sardinien herrscht, ist mir dabei, nachdem die Gevattern einmal anerkannt sind, ganz gleichgültig, und nur eine thatsächliche, keine rechtliche Unterlage. Mit meinem eigenen Lehnsherrn stehe ich und falle ich, auch wenn er meines Erachtens sich thöricht zu Grunde richtete, aber Frankreich bleibt für mich Frankreich, mag L. Napoleon oder Ludwig der Heilige dort regieren, und Österreich bleibt mir Ausland, ich mag es bei Hochkirch oder vor Paris (im Befreiungskrieg von 1814 und 1815) ins Auge fassen. Was ich aber an Abneigung gegen Frankreich im Leibe habe, das verkörpert sich mir vielmehr in orleanistischen als bonapartistischen Bildern, mehr in bureaukratischer Korruption unter konstitutioneller Decke, als in napoleonischer Umhüllung im Mantel gleißnerischer Phrase. Gegen letztere schlage ich mich gerne, daß die Hunde das Blut lecken, aber mit nicht mehr Bosheit, als gegen Kroaten, Böhmen, jesuitische Beichtväter und Bamberger Landsleute. Um aber zu Realitäten zurückzukehren, zur Gegenwart, so wäre mir Frankreich von allen Bundesgenossen der bedenklichste, obschon ich mir die Möglichkeit offen halten muß, weil man nicht Schach spielen kann, wenn einem 16 Felder von 64 von Hause aus verboten sind, und weil wir mit den anderen Kabinetten nicht auskommen können, wenn wir mit dem Gewicht unvermeidlichen Krieges gegen Frankreich belastet, in ihre Gemeinschaft treten wollen. Den Augenblick, wo man Sardinien gegen Frankreich den Rücken hätte stärken können, halte ich für vergangen oder zukünftig und wegen heimischer Personalverhältnisse für entfernt; ich halte es aber nicht für unerlaubt. Man überschätzt den jetzigen Napoleon, weil man ihn zu sehr mit dem alten identifiziert, dessen gewaltige Erscheinung die Staatenentwickelung, wie sie bis 1800 war, aus ihren Bahnen gestoßen hat und natürliche Gegner zu Not-Bundesgenossen

machte. Die Not wird nur von den übrigen Kabinetten nicht in dem Maße gefühlt, wie vor 50 Jahren; bei uns aber, weil der Fall tiefer, die Erhebung davon kräftiger war, vibrieren die damaligen Gefühle länger nach. Ich spreche dem Hasse unter dem eisernen Kreuz seine Berechtigung auch gegen diesen Bonaparte nicht ab, sobald ich diesen Haß nur frei von Furcht erkenne, und das ist er in den offiziellen Kreisen nicht, weil diesen Kreisen der Gedanke, mit Ehren unterzugehen, unerträglich ist, sie glauben nicht an Auferstehung weder hier noch dort. Diesem feigen Haß trete ich entgegen, wie ich kann, und schimpft man mich dafür Bonapartist, so lasse ich mir's gefallen. Die Koalitionsbettelei und die Hoffnung, durch Darmstadt gerettet zu werden, sind die augenblicklichen Staatskrankheiten, und es ist leichter, schwache ängstliche Bestrebungen zu schelten als mit Erfolg zu kurieren."

Die Abreise Bismarcks von Baden-Baden erfolgte am 23. September. Er besprach sich am 24. und 25. mit den Ministern in Berlin, hatte am 26. eine Zusammenkunft mit dem Bruder Bernhard in Freienwalde und verweilte dann vom 27. September bis 12. Oktober bei den Seinigen in Reinfeld in Pommern. In diesen Tagen wurde Bismarck zum Rittmeister befördert. Von Berlin aus hatte er der Schwester am 24. September geschrieben: „Ich kann mir nicht einmal einen anderen Posten wünschen, da ich nach ärztlicher Vorschrift faul sein soll; das geht nur in Petersburg, wenn ich nicht ganz ausscheiden will. Ich werde mich in den Bärenpelz wickeln und einschneien lassen, und sehen, was nächsten Mai beim Tauwetter von mir und den Meinigen übrig geblieben ist. Ist es zu wenig, so gehe ich zu Bau und schließe mit der Politik ab." „Faul" ließ man aber höheren Orts, trotz der ärztlichen Vorschrift, den Gesandten in Petersburg vorläufig noch nicht werden. Am 12. Oktober wurde Bismarck von Reinfeld telegraphisch nach Berlin berufen, und am 15. hatte er ganz früh den Prinzregenten auf dem Bahnhof zu empfangen, um mit ihm nach Potsdam zu fahren und dort Briefe und Aufträge entgegenzunehmen. Desselben Abends mußte er noch nach Warschau reisen, um dort den russischen Kaiser

zu begrüßen. Es war ihm alsdann die ehrenvolle Mission zugedacht, den russischen Zaren von Warschau nach Breslau zu begleiten, wo dieser sich mit dem Prinzregenten von Preußen, seinem Onkel, treffen wollte. Während aber so über Bismarck im Dienste des Staates verfügt wurde, traf ein 14sitziger Wagen für ihn und seine Familie in Tauroggen ein, um alle nach Petersburg zu bringen. „Wie lange er dort auf mich warten wird, weiß der Himmel," schreibt Bismarck am 14. Oktober von Berlin an die Schwester, „dieses Vagabondieren in herbstlicher Kälte mit winterlichem Ziel ist nicht sehr lustig."

Indessen fehlte es der Reise nach Warschau, wie aus Bismarcks Briefen an die Gemahlin hervorgeht, doch nicht an Annehmlichkeiten. Am 17. früh nämlich hatte Bismarck den ersten polnischen Bahnhof erreicht und suchte hier nach dem Billetbureau, als ihn plötzlich „ein wohlwollendes Geschick in Gestalt eines weißbärtigen russischen Generals ergriff," und ehe er recht zur Besinnung kam, war sein Paß den Polizisten, sein Gepäck den Zollbeamten entrissen, Bismarck aus dem Bummelzug in den Extrazug verpflanzt, und saß nun mit einer Zigarre dieses liebenswürdigen Herrn in einem kaiserlichen Salonwagen, gelangte auch nach einem guten Diner in Petrikau bis Lazienki, wurde aber hier von dem Diener und den Sachen „durch das goldene Gedränge getrennt". Recht ergötzlich schrieb er über diese Affaire nach Hause: „Mein Wagen war vor, ich mußte hinein und meine in mehreren Sprachen gerufenen Fragen, wo ich wohnte, verhallten in dem Wagengerassel, mit welchem zwei aufgeregte Hengste mich in die Nacht hinein gallopierten. Wohl eine halbe Stunde lang fuhr man mich in rasender Eile durch die Finsternis, und nun sitze ich hier in Uniform mit Ordensband, welches wir sämtlich auf der letzten Station anlegten — Thee neben mir, einen Spiegel vor mir, und weiß nichts, als daß ich im Pavillon Stanislaus Augusts in Lazienki (bei Warschau) bin, aber nicht, wo das liegt, und lebe der Hoffnung, daß mein Diener mit einem etwas bequemeren Kostüm meine Spur bald auffinden wird. Soweit hätten sie mir!" Am folgenden Tage,

den 18. Oktober, war er laut seinen weiteren Berichten allezeit „en grandeur, Frühstück mit dem Kaiser, dann Audienz, ebenso gnädig wie in Petersburg und sehr teilnehmend; Tafel bei Sr. Majestät, abends Theater, recht gutes Ballet und alle Logen voll hübscher Damen.“ „Jetzt habe ich vortrefflich geschlafen,“ — so fährt sein Brief vom 19. morgens an die Gattin fort, — „der Thee steht auf dem Tisch, und wenn ich ihn getrunken haben werde, fahre ich aus. Besagter Thee, den ich eben trank, bestand übrigens nicht nur aus Thee, sondern auch aus Kaffee, 6 Eiern, 3 Sorten Fleisch, Backwesen und 1 Flasche Bordeaux, und aus der Bresche, die ich darin angerichtet habe, würdest Du ersehen, daß die Reise mir nicht geschadet hat.“ Ebenso vergnügt ging der weiter folgende Tag hin. Da gab es ein großes Diner, eine Wasser- und Waldillumination und Ballet „mit Mazurka zum Verlieben“. Er setzt dem Bericht hierüber bei: „Ich würde empfänglicher dafür sein, wenn ich ein Wort der Nachricht von Euch hätte. Morgen (den 22.) fahren wir nach Skierniewice, wo Jagd im Park ist, morgen Abend von da nach Breslau. Mit Gottes Hilfe bin ich heut über 8 Tagen schon in Reinfeld, und finde Dich und das kleine Volk gesund und reisefertig. Ich sehne mich nach dem Moment, wo wir zum erstenmal im Winterquartier ruhig am Theetisch sitzen werden, mag die Newa so dick gefroren sein, wie sie will.“

Nachdem Bismarck dann am 22. Oktober in Skierniewice fünf Stunden Damwild geschossen, 4 Hasen gehetzt, 3 Stunden geritten, was ihm „alles sehr gut bekommen“ war, stieg er abends 9 Uhr in den kaiserlichen Extrazug nach Breslau und kam hier am 23. früh an. Mit dem Prinzregenten von Berlin her war auf dessen Befehl auch Albrecht v. Roon in Breslau angelangt, um hier die Entscheidung über die große Frage zu erwarten, die sein vaterländisches Herz bewegte: ob der Prinzregent sich für die von Roon entworfene preußische Heeresreform erkläre; zugleich die Entscheidung über sein persönliches Schicksal: ob er gewürdigt werde, dieses Werk seines Herzens als preußischer Kriegsminister vor dem

Lande zu vertreten und durchzuführen. Beide Entscheidungen erfolgten freilich erst geraume Zeit später und Bismarck, der mit Roon, wie wir früher sahen, schon seit jungen Jahren vertraut war, hat hierüber schon in Breslau dem Freunde keinen Zweifel gelassen. In dieser Hinsicht ist einem Brief Roons vom Abend des 24. Oktober zu entnehmen: „Der Trubel hier ist großartig, alle Dinge machen einen einfachen, solchen Spektakels nicht gewohnten Mann ganz aufgeregt. Ob auch die wichtigen politischen Dinge, die hier betrieben werden sollten, zu einem gedeihlichen Ziele führen werden, ist aber abzuwarten. Otto Bismarck, der auch hier ist, hat mir sehr ernste Zweifel dagegen erweckt. Gott sei's geklagt!" Indessen tröstete ihn wenigstens Bismarcks Gesellschaft über den unabänderlichen Aufschub. Die beiden Freunde fuhren mit Alvensleben als Drittem im Bunde am folgenden Tage nach Berlin, wo sie nachmittags anlangten. Hier aber „verleitete" der Reiz der Unterhaltung mit Bismarck und Alvensleben den pünktlichen Roon — so berichtet dieser selbst des weiteren — zu einem gemeinschaftlichen Mittagessen, bei dem sie sich „bis neun Uhr verplauderten." Die Folge war, daß Roons Söhne, die Nachrichten von der in Düsseldorf weilenden Gattin für ihn hatten, den Vater verfehlten.

Nun endlich waren die amtlichen Reisegeschäfte sämtlich erledigt, und Bismarck konnte daran denken, die Seinigen nach Petersburg in ihr neues Heim zu geleiten. In der ersten Novemberwoche wurde von dem Gute der Schwiegereltern in Reinfeld aus die Reise angetreten. Sie führte über Elbing und hier ward bei dem Freunde, Herrn v. Below auf Hohendorf (bei Güldenboden an der Ostbahn), auf dessen Einladung Halt gemacht — ein unfreiwillig langer und höchst beängstigender Aufenthalt, denn Bismarck erkrankte hier plötzlich schwer an Lungenentzündung, nach Ansicht der Ärzte infolge zu früh unternommener angestrengter Reisen. Auch die Reise nach Petersburg hatte er sehr beeilt, denn Hohendorf war erst das zweite Nachtquartier seit Reinfeld. Die Krankheit trat anfangs so überaus heftig auf, daß nicht bloß alle

zunächst zu erreichenden Ärzte, sondern auch der Generalarzt Dr. Hasse aus Königsberg hinzugezogen wurden. Sie stellten am 8. November fest: „Rheumatisches Fieber mit Affektion der Brustmuskeln, namentlich der linken Seite. Der gegenwärtige Zustand immer noch nicht bedeutungslos, indes mit den besten Hoffnungen für Genesung.“ Bismarcks gesunde und starke Natur überwand auch diesen schweren Anfall. Am 10. November schon war er fieberfrei und in Genesung begriffen. Doch warnten die Ärzte dringend, bei der Affektion der Lunge, vor übereilter Weiterreise, und der Kranke gehorchte diesmal der guten Warnung. Er blieb monatelang in Hohendorf. Noch am 3. Februar 1860 schreibt er von da an Usedom: „Ich hoffe bald reisefertig zu sein, bin's vielleicht schon; meine Frau und die Ärzte drängen mich nach Süden, Heidelberg oder Schweiz; ich dränge nach Petersburg, um endlich im eigenen Hause in Ruhe zu wohnen.“ Aber davon konnte zur Zeit gar keine Rede sein. Als er nach Monaten die alte Kraft vollständig wieder gewonnen hatte, schrieb er an Gerlach: „Ich glaubte vor sechs Monaten nicht, noch einmal grünen Rasen von oben ansehen zu können.“ Zwischen den Breitegraden von Petersburg und Montreux wurde also im Interesse von Bismarcks Gesundheit und mit Rücksicht auf die Unerläßlichkeit seiner Teilnahme an der inneren und äußeren Politik Preußens in der damaligen wichtigen Zeit der Durchschnitt gezogen und dem Kranken erlaubt, am 5. März 1860 nach Berlin zu reisen, um hier seinen Sitz im Herrenhause einzunehmen und seinen Rat dem Prinzregenten zur Verfügung zu stellen.

Die wichtigsten Vorlagen des Regenten an den Landtag und die bedeutsamsten Fragen der auswärtigen Politik zogen Bismarck mächtig dahin. Unter den ersteren befand sich vor allem die Militärvorlage des Freundes Albrecht v. Roon, dessen Ernennung zum Kriegsminister am 5. Dezember 1859 thatsächlich erfolgt war. In Verbindung mit der Militärvorlage stand ein Gesetzentwurf über Erhebung einer preußischen Grundsteuer, dem das Herrenhaus eine geschlossene Phalanx von Neinsagern gegenüberstellte; nicht minder war dies der Fall gegenüber einem Gesetzentwurf über die Notcivil-

ehe, wogegen es um so nachdrücklicher und einstimmiger für die Militärvorlage eintrat. Bismarck stimmte, ohne ein Wort zu sprechen, für die Notzivilehe und für eine Gebäudesteuer. Nicht im geringsten hatte er sich, trotz seines reizbaren Gesundheitszustandes, verbittern lassen durch eine Note, welche zwölf Tage nach Eröffnung des preußischen Landtags, am 24. Januar 1860, in dem anerkannten Organ des damaligen preußischen Ministeriums, der „Preußischen Zeitung", erschienen war, offenbar zu dem Zwecke, das liberale Ministerium von dem Verdacht jeder Verbindung mit dem unpopulären „Junker" v. Bismarck in den Augen der gesinnungstüchtigen Opposition des Landtags zu reinigen. Denn da hieß es: „Verschiedene Blätter haben das Gerücht verbreitet, daß Herr v. Bismarck-Schönhausen das Ministerium des Auswärtigen übernehmen werde. Es ist nicht schwer, die Absicht zu erraten, welche dieser und ähnlichen Nachrichten, die in der letzten Zeit in das Publikum geworfen sind, zu Grunde liegt. Obgleich das Manöver durch häufigen Gebrauch ziemlich abgenutzt ist, wollen wir doch zum Überfluß bemerken, daß in den bestunterrichteten Kreisen auch nicht das mindeste von einer solchen Kombination bekannt ist."

Neben jenen inneren Fragen standen damals wie bemerkt auch die wichtigsten Fragen der auswärtigen Politik zur Entscheidung. In Italien machte die Einheitsbewegung so mächtige Fortschritte, und zwar im Einverständnisse mit Frankreich, daß die Aufmerksamkeit ganz Europas dorthin gezogen wurde. Als sich die den Abmachungen von Villafranca entsprechenden Bedingungen des Züricher Friedens vom Oktober 1859, angesichts der mutigen und entschlossenen Haltung des italienischen Volkes, als unausführbar erwiesen hatten, suchte Napoleon bedenkenfrei die Wiederannäherung an Sardinien. Er versprach, die italienische Einheitsbewegung in Mittelitalien, bis zur Romagna, mit der ganzen Macht Frankreichs zu decken, wenn ihm dagegen der in Plombières bedungene Preis für die französische Waffenhilfe, Savoyen und Nizza, entrichtet würde. Schon zu Ende des Jahres 1859 hatte König Viktor Emanuel diese Bedingung angenommen.

Im Januar 1860 übernahm daher Cavour wieder die amtliche Leitung der italienischen Politik. Ende März fanden gleichzeitig die Volksabstimmungen statt, durch welche die Angliederung von Toscana, Modena, Parma, der Romagna an Sardinien und die Einverleibung Savoyens und Nizzas in das französische Gebiet besiegelt wurden. Der Eindruck dieser Vorgänge war in ganz Europa ein tiefer. Das liberale englische Ministerium und die überwiegende Mehrheit des englischen Volkes war dem Emporstreben Italiens durchaus freundlich gesinnt. Zudem hatte Napoleon auch wirtschaftlich die Interessen dieses Handelsvolkes mit denen seiner Politik zu verknüpfen verstanden, indem er am 20. Januar 1860 mit England den ersten jener Handelsverträge auf gemäßigt freihändlerischer Grundlage schloß, die anderthalb Jahrzehnte lang die europäische Handels- und Wirtschaftspolitik beherrschen sollten.

Rußland hielt auch nach den italienischen Vorgängen, wie seit dem Krimkriege, den Abschluß eines Dreibundes mit Preußen und Frankreich für die sicherste Friedensbürgschaft und machte in Paris entsprechende Eröffnungen, die Napoleon bereitwillig aufnahm und in Berlin anregend mitteilte, mit dem Versprechen, Preußens Erhebung zur Vormacht des deutschen Bundes zu unterstützen und, gegen eine kleine Gebietsabtretung am Rhein, sogar eine erhebliche Gebietsvergrößerung Preußens, wie etwa durch die Elbherzogtümer Schleswig-Holstein, zuzulassen. Mit Entrüstung hatte jedoch der preußische Prinzregent schon den Schacher mit Nizza und Savoyen sich vollziehen sehen, der Frankreichs angebliche Uneigennützigkeit im Kampfe für Italien in ein ganz eigentümliches Licht stellte, und durch den erheblichen Machtzuwachs Frankreichs die Unabhängigkeit der Schweiz und Deutschlands bedrohte. Die Rheingelüste, welche Napoleons heimliche Eröffnungen in Berlin verrieten, lehnte er tiefempört ab. Bei einer Reise in die Saargegend sprach er sogar öffentlich nachdrücklich aus: niemals werde mit seiner Einwilligung eine Scholle deutscher Erde dem Vaterlande verloren gehen. In alledem dürfen wir den Widerhall von Bismarcks Ansichten und Aussprachen erkennen. An Bismarcks eigenen Worten wird das alsbald nachgewiesen werden.

Erhöhtes Mißtrauen erweckte alsbald gegen Napoleon der kühne Zug, den Garibaldi im Mai nach Sizilien unternahm und der ihn schon am 7. September, nach Vernichtung des Königreichs Neapel, als Sieger in Neapel einziehen ließ. Alle Welt glaubte, daß auch dieser Streich mit Wissen Napoleons geführt sei. In Wahrheit aber war nur Cavour im Geheimnis, dessen ungestüme und unerschrockene Vaterlandsliebe die Schranken, welche Napoleon im Dezember 1859 dem italienischen Einheitsdrang hatte setzen wollen, ebenso mächtig durchbrach, wie die unerträglichen Friedensbedingungen von Villafranca. Aber auch von Garibaldi, der in Neapel schon die Befreiung Roms und Venetiens verkündete, ließ sich Cavour die Richtung seiner Politik keineswegs vorschreiben. Vielmehr nahm er sofort, unter Beseitigung der Truppen Garibaldis, Neapel und Sizilien für den König Viktor Emanuel in Besitz, der noch vor Ausgang des Jahres 1860 als König von Italien die ganze Halbinsel, mit einziger Ausnahme von Rom und Venetien, beherrschte. Zu dieser Zeit geschah es denn, daß der preußische Gesandte in Turin, Herr Brassier de St. Simon, im Auftrage des Ministers Schleinitz, dem Grafen Cavour eine Depesche des preußischen Ministers vorlas, welche den Einfall der italienischen Truppen in Süditalien und die ganze Politik Cavours aufs heftigste tadelte. Als aber der Gesandte sich bereit erklärte, dem italienischen Minister eine Abschrift dieser Depesche zu hinterlassen, antwortete Cavour fein: „Offenbar kann ich keine sehr brennende Sehnsucht danach empfinden, diese Depesche in Abschrift zu besitzen. Allein in jeder Weise ist es ein Trost für mich, zu denken, daß ich hier ein Beispiel gegeben habe, welches wahrscheinlich binnen einiger Zeit Preußen mit Freuden nachahmen wird." Und zu Vertrauten sprach der Begründer der italienischen Einheit das prophetische Wort: „Unser Bündnis mit Preußen steht in den Sternen geschrieben."

Im April 1860 hatte sich Bismarck dem Prinzregenten natürlich noch nicht über diese letzteren Ereignisse auszusprechen, die damals noch der Zukunft angehörten, und die wir hier nur des Zusammenhangs wegen schon im voraus berichtet haben. Wohl

aber hatte er am 5., 11. und 25. April eingehende Besprechungen mit dem Regenten über die italienische Frage. Aber aus dem früher angeführten Briefe Bismarcks an Gerlach vom Anfang des Jahres 1860 erhellt deutlich, daß er schon damals der sardinischen Politik viel freundlicher gegenüberstand, als Herr v. Schleinitz. Es sei an folgende Stelle aus jenem Briefe erinnert: „Den Augenblick, wo man Sardinien gegen Frankreich den Rücken hätte stärken können, halte ich für vergangen oder zukünftig und wegen heimischer Personalverhältnisse für entfernt, ich halte es aber nicht für unerlaubt." Durch die mächtige Erstarkung des italienischen Einheitsstaates im Laufe des Jahres 1860 war nunmehr dieser „Augenblick" sehr viel näher gerückt und Bismarck hat späterhin das Seinige gethan, ihn recht bald zu verwirklichen.

Für jetzt, bei Bismarcks Beratungen mit dem Prinzregenten im April und Mai 1860, handelte es sich aber vorwiegend um Preußens Stellung Frankreich gegenüber. Denn Napoleon war nach der Ablehnung seiner Vorschläge an Preußen und bei dem allerseits wachsenden Mißtrauen, das den Kaiser für Garibaldis Zug verantwortlich machte, unablässig bemüht, das Vertrauen des preußischen Regenten zu gewinnen, dessen offene und feste Haltung im Jahre 1859 seine besondere Achtung erweckt hatte. Der französische Kaiser machte daher in Berlin den Vorschlag zu einer persönlichen Zusammenkunft in Baden-Baden, die der Prinzregent nach zweimaliger Ablehnung schließlich auch genehmigte.

Bismarck hatte schon von Frankfurt aus seit dem Krimkrieg immer die Notwendigkeit betont, daß Preußen sich ein gutes Verhältnis mit Frankreich erhalten müsse. Er hatte sich ebenso im Herbst 1859 vor dem Regenten in Baden ausgesprochen. Jetzt war zweifellos nicht am wenigsten seinem Rat die endliche Annahme des französischen Vorschlages einer Zusammenkunft in Baden zuzuschreiben, und er sah auch keinen Grund, dies den alten Freunden von der Kreuzzeitungspartei zu verhehlen. Die Folge aber war ein „Verleumdungsfeldzug", der monatelang mit wachsender Bosheit, ja Niedertracht gegen ihn geführt ward; die

Folge war ferner eine schroffe Zurechtweisung von seiten des alten Gönners General v. Gerlach, die Bismarck aus Berlin folgendermaßen beantwortete: „Man hat jeder Lüge über mich geglaubt, sie nachgesprochen und, ohne eine Frage der Aufklärung an mich zu richten, eine kühle Haltung gegen mich angenommen. Ich habe die Erfahrung in den früher intimsten Kreisen gemacht. Es liegt in unserem Volkscharakter, und je höher hinauf, desto mehr, vom nächsten Freunde bereitwillig Böses zu glauben und dann sein Mißtrauen gegen ihn selbst nicht auszusprechen: wohl aber gegen andere Freunde. Man muß auch damit zu leben lernen, so lange es Gott gefällt. ‚Eines Mannes Rede keine Rede, billig hört man beede‘, steht seit 500 Jahren am Tangermünder Schloß, scheint aber nur altmärkisches Provinzialrecht zu sein. Der Vorwurf gilt Ihnen nicht, denn ich weiß nicht, wie weit Sie glauben, was ‚man‘ gesagt hat, und jedenfalls sprechen Sie sich mit mir aus.“ Nachdem Bismarck dann betont hat, Preußen müsse Frankreich, Sardinien und Österreich immer nur als Staatsmächte behandeln und demgemäß seine Stellung nehmen, fährt er fort: „Ich fühle keine Verantwortlichkeit für auswärtige Zustände in mir. Ich weiß, daß Sie mir darauf antworten, wohlverstandene preußische Politik erfordere auch aus Zweckmäßigkeitsrücksicht Keuschheit in auswärtigen Beziehungen. Vom Standpunkte politischer Nützlichkeit läßt sich darüber streiten; (so) wie Sie aber den Unterschied stellen zwischen Recht und Revolution, Christentum und Unglauben, Gott und Teufel so kann ich nicht mit Ihnen diskutieren, sondern einfach sagen, ich bin nicht Ihrer Meinung, und Sie richten in mir, was nicht Ihres Gerichts ist. Ich habe weder den königlichen Dienst, noch eigene Ehre in demselben, letzteres wenigstens nicht vorbedachter Weise, gesucht, und der Gott, der mich unerwartet hineingesetzt hat, wird mir auch lieber den Weg hinauszeigen, als meine Seele darin verderben lassen, so lange ich ehrlich suche, was Seines Dienstes und meines Amtes ist, und gehe ich fehl, so wird er mein tägliches Gebet hören und mein Herz wenden, oder mir Freunde schicken, die das vermögen. . . . Ich habe erdrückendes Heimweh nach Peters-

burg und eigenem Hause, ich halte es hier nicht länger aus und fühle mich vollständig überflüssig und erfolglos verdächtigt als Ministerkandidat, in der geschmacklosen Lage eines Gesandten im Gasthof mit Hinterthür-Intriguen gegen seinen Chef."

Am 23. Mai schloß der Prinzregent persönlich die Landtagssession, und Bismarck reiste noch am nämlichen Tage nach Hohendorf. Am 30. trat er von hier mit den Seinen die Reise nach Petersburg an, das er in langsamen Tagfahrten am 5. Juni erreichte. Kaiser Alexander war sehr herzlich beim Wiedersehen, umarmte den Gesandten Preußens und hatte eine unverkennbare aufrichtige Freude darüber, daß derselbe wieder da war. Auch Frau v. Bismarck wurde bald von der hohen russischen Gesellschaft sehr geschätzt. Sie fand das Leben in der russischen Hauptstadt viel behaglicher als ihr Gemahl befürchtet hatte. Sein eigenes Leben schildert er der Schwester also: „Mit meinem Befinden geht es über Erwarten gut, seit ich im eigenen Hause wohne. Mir ist zu Mute wie einem alten Pensionär, der mit den Händeln dieser Welt abgeschlossen hat, oder doch wie einem früheren ehrgeizigen Militär, der den Hafen einer guten Kommandantur erreicht hat, und mir ist, als könnte ich hier lange zufriedene Jahre hindurch meinem Ende entgegenreifen. Bis zwölf habe ich jeden Morgen mit Karlsbader, Spazierengehen, Frühstücken, Anziehen zu thun, von da bis fünf gibt mir der Dienst gerade genug regelmäßige Arbeit, um mich nicht überflüssig in der Welt zu fühlen. Das Mittagessen schmeckt mir vortrefflich, am besten das, was ich nicht essen darf, von acht bis zehn reite ich, ebenfalls par ordonnance du médecin, und lese dann bis zwölf, mit dem begleitenden Genusse der gemeinen Lazaretpflaume, die eingegangenen Zeitungen und Depeschen. So halte ich's noch lange aus, vorausgesetzt, daß es mir gelingt, den Standpunkt des beobachtenden Naturforschers unserer Politik gegenüber festzuhalten." An einen Freund schrieb er am 16. Juni: „Uns geht es vor der Hand ziemlich gut, und mir besonders besser als in Deutschland, — unberufen! Die Ruhe und Annehmlichkeit des häuslichen Lebens thun das ihre. 24 Grad im Schatten, aber

immer kühle Nächte. Die Geschäfte gehen, dank einem so liebenswürdigen Minister, wie Gortschakoff, ohne Ärger. Unsere Beziehungen mit hier sind ausgezeichnet, was auch die Zeitungen fabeln mögen. Die Augsburger*) und Co. haben immer noch Angst, ich möchte Minister werden, und meinen dies durch Schimpfen über mich und meine französisch-russischen Gesinnungen zu hintertreiben. Viel Ehre, von den Feinden Preußens gefürchtet zu werden. Übrigens sind meine politischen Liebhabereien im Frühjahre bei Hof und Minister so genau gesiebt worden, daß man klar weiß, was daran ist, und wie ich gerade im nationalen Aufschwung Abwehr und Kraft zu finden glaubte. Wenn ich einem Teufel verschrieben bin, so ist es ein teutonischer und kein gallischer."

Diese Verleumdungen gegen Bismarck schossen gerade damals besonders giftig ins Kraut, weil eben in diesen Tagen die Zusammenkunft zwischen dem Prinzregenten von Preußen und dem Kaiser Napoleon in Baden-Baden stattfand, und das eine vortreffliche Gelegenheit bot, Preußen und dessen unerschrockenste Vorkämpfer, unter denen namentlich Bismarck im österreichischen Lager gehaßt und gefürchtet wurde, landesverräterischer Liebäugelei mit den Franzosen zu beschuldigen. Die Zusammenkunft in Baden lieferte hierfür freilich nicht den Schatten eines Verdachtes. Denn der Prinzregent hatte die vier deutschen Könige und viele Bundesfürsten mit nach Baden eingeladen; sie waren auch dort erschienen und konnten sich überzeugen, daß kein Wort von deutscher Landabtretung gesprochen wurde und daß die Begegnung, abgesehen von der Befestigung freundlicher persönlicher Beziehungen zum französischen Staatsoberhaupte, an welcher übrigens alle in Baden anwesenden Fürsten gleichmäßig teilnahmen, irgend ein Ergebnis nicht erzielte, weder zwischen dem Prinzregenten und Napoleon, noch auch bei den Sonderberatungen der großdeutschen Fürsten untereinander.

---

*) d. h. die Österreich dienstbare deutsche Presse, an deren Spitze damals die Augsburger Allgemeine Zeitung stand, deren ständiger Mitarbeiter in preußenfeindlichen Artikeln aus London der Kommunist Herr — Wilhelm Liebknecht war!

Dagegen gab der Prinzregent dem König Max von Bayern auf dessen Ansuchen die Zusage, sich auch mit dem Kaiser von Österreich zu treffen, wenn die Aufforderung vom Kaiser ausgehe und für das beleidigende vorjährige österreichische Manifest Preußen zuvor Genugthuung erhalte. An Stoff konnte es dieser Zusammenkunft nicht fehlen, da Bismarck eben damals amtlich aus Petersburg berichtete, Österreich habe bei Rußland die Wiederherstellung der heiligen Allianz angeregt, sei aber vom Fürsten Gortschakoff mit diesem Anliegen an Preußen gewiesen worden. Der Prinzregent und der Kaiser von Österreich waren bald darüber einig, in Teplitz sich allein zu begegnen, nur unter Zuziehung ihrer Minister, nicht der deutschen Könige, wie diese gewünscht hatten. Die Zusammenkunft fand am 26. Juli statt. Der Prinzregent erklärte: Preußen sei bereit, mit Österreich sich dahin zu einigen, daß beide Staaten gemeinschaftliche Gefahren gemeinschaftlich abwehren müßten, namentlich einen französischen Angriff gegen beide Staaten, außer wenn Österreich den Krieg herausfordere. Das werde nie geschehen, rief der Kaiser; sehe er sich aber zu einem Angriff gezwungen, so werde er ihn nur nach vorheriger Verständigung mit Preußen unternehmen. Der Prinzregent schlug weiter vor: auch einen Angriff Sardiniens auf deutsches Gebiet solle Deutschland als Kriegsfall betrachten. Endlich müßten etwaige französische Annexionsgelüste auf die Schweiz, Holland oder Belgien gemeinsam abgewehrt werden. Mit alledem war Kaiser Franz Joseph vollkommen einverstanden. Aber als der Prinzregent dann die preußischen Gegenforderungen aufstellte: Wechsel im Vorsitz des Bundestages, Verbesserung der Bundeskriegsverfassung, Erledigung der holsteiner Sache im deutschen Sinne, Einführung liberaler Reformen und religiöser Duldung in Österreich, da erhielt er entweder rundweg ablehnende oder vertröstende Antwort. So verlief denn auch diese Zusammenkunft ohne Ergebnis.

Anders stellte die Österreich dienstbare Presse und Diplomatie den Verlauf dar. Kaiser Franz Joseph selbst sagte alsbald nach Teplitz dem König von Sachsen: „Ich bin sicher, daß ich

nicht ein zweites Mal im Stiche gelassen werde." Er mochte das im Vertrauen auf die edle deutsche Gesinnung des Prinzregenten, die einen Angriff Frankreichs auf Österreich sicherlich nicht zulassen würde, gesagt haben. Wie seltsam verschoben sich aber die Nachrichten über Teplitz in der Presse, öffentlichen Meinung und diplomatischen Berichterstattung. Dies erfahren wir unter anderem aus einem Briefe Bismarcks aus Petersburg vom 22. August.

Noch fast vier Wochen nach der Zusammenkunft in Teplitz war dieser, trotzdem er nun den wichtigen Petersburger Posten einnahm, über die Teplitzer Besprechungen nur durch die Zeitungen unterrichtet, „die den Untergrund der Dinge nicht bloßlegen". Bismarck führt in dem citierten Schreiben aus: „Nach ihnen haben wir in Teplitz nichts Definitives versprochen, sondern unsere Leistungen für Österreich davon abhängig gemacht, daß letzteres sein Wohlwollen für uns auf dem Gebiet deutscher Politik zunächst praktisch bewähre; nachdem dies geschehen, werde es auf unsere Dankbarkeit rechnen können. Damit wäre ich sehr zufrieden; eine Hand wäscht die andere, und sehen wir die Wiener Seife nur erst schäumen, so werden wir gerne die Wäsche erwidern. Indirekte Nachrichten, die von anderen Höfen hierher gelangen, lauten allerdings anders. Wenn sie richtig sind, so hätten wir zwar keinen schriftlichen Garantievertrag geschlossen, uns aber doch vermöge mündlichen Worts gebunden, Österreich unter allen Umständen dann beizustehen, wenn es von Frankreich in Italien angegriffen werde; sehe Österreich sich zum Angriff genötigt, so sei unsere Einwilligung erforderlich, wenn unser Beistand erwartet werden soll. Die Version klingt unverfänglicher, als sie in der That sein würde. Hat Österreich die Sicherheit, daß wir für Venedig eintreten werden, so wird es den Angriff Frankreichs zu provozieren wissen, wie denn schon jetzt behauptet wird, daß Österreich seit Teplitz in Italien dreist und herausfordernd auftrete. Seit der Garibaldischen Expedition geht die Wiener Politik dahin, es in Italien so schlimm als möglich werden zu lassen, damit dann, wenn Napoleon selbst nötig finden werde, sich gegen die italienische Revolution zu wahren, allseitig eingeschritten und der frühere Zu-

stand annähernd hergestellt werde. Diese Rechnung mit und auf Napoleon kann sehr trügen; wie es scheint, hat man sie deshalb seit Teplitz aufgegeben und hofft auch gegen Napoleon zum Ziel zu gelangen. Die unruhige, gereizte Leidenschaftlichkeit der österreichischen Politik bringt auf beiden Wegen den Frieden in Gefahr. Was wird die Kammer zu Teplitz sagen! Der Eindruck der auswärtigen Politik wird sich erst berechnen lassen, wenn man genauer weiß, was Teplitz bedeutet. Ein wohlunterrichteter, aber ziemlich bonapartistischer Korrespondent schreibt mir aus Berlin: ‚Wir sind in Teplitz mit Wiener Gemütlichkeit glänzend über den Löffel balbiert, für nichts, nicht einmal für ein Linsengericht verkauft.‘ Gott gebe, daß er irrt!

„Bei Gelegenheit von Bonapartisten fällt mir ein, daß gelegentliche Andeutungen hierher gelangen, als würde von der Presse ein systematischer Verleumdungsfeldzug gegen meine Person geführt. Ich sollte russisch-französische Zumutungen wegen einer Abtretung der Rheinlande gegen Arrondierung im Innern (Deutschlands) offen unterstützt haben, ein zweiter Borries*) sein und dergleichen. Ich zahle demjenigen 1000 Friedrichsdor bar, der mir nachweisen kann, daß dergleichen russisch-französische Anerbietungen jemals von irgend jemand zu meiner Kenntnis gebracht seien. Ich habe in der ganzen Zeit meines deutschen Aufenthaltes nie etwas anderes geraten, als uns auf die eigene und die von uns im Fall des Krieges von uns aufzubietende nationale Kraft Deutschlands zu verlassen. Dieses einfältige Federvieh der deutschen Presse merkt gar nicht, daß es gegen das bessere Teil seiner eigenen Bestrebungen arbeitet, wenn es mich angreift. Wenn ich ein österreichischer Staatsmann oder ein deutscher Fürst und österreichischer Reaktionär, wie der Herzog von Meiningen, wäre, so würde unsere Kreuzzeitung mich so gut in Schutz genommen haben, wie letzteren; die Lügenhaftigkeit jener Verdächtigungen ist keinem unserer politischen

*) Der hannöversche Minister v. Borries hatte nach Gründung des Nationalvereins in öffentlicher Kammersitzung den Ausspruch gewagt: „Die Bestrebungen des Nationalvereins seien dazu angethan, die deutschen Fürsten in die Arme des Auslandes zu treiben.“

Freunde unbekannt. Da ich aber nur ein alter Parteigenosse bin, der obenein das Unglück hat, über manche ihm genau bekannte Dinge eigene Ansichten zu haben, so läßt man mich nach Herzenslust begeifern. Es geht nichts über Ketzerrichter im eigenen Lager, und unter Freunden, die lange aus einem Topfe gegessen haben, ist man ungerechter, als gegen Feinde. Mir ist's recht, man soll sich nicht auf Menschen verlassen, und ich bin dankbar für jeden Zug, der mich nach innen zieht!"

Der russische Zar hatte sich immer als besonderer Beschützer des Thrones von Neapel angesehen und fühlte sich daher durch die Beschädigung oder gar Beseitigung dieses Gliedes der europäischen Fürstenfamilie ernstlich verstimmt. Sein Wunsch, sich mit dem Prinzregenten von Preußen in Warschau über die allgemeine Weltlage auszusprechen, war schon Anfangs Oktober angenommen. Auch der Kaiser Franz Joseph von Österreich ward auf sein Ansuchen bei der Zusammenkunft willkommen geheißen. Bismarck hoffte mit der Teilnahme an dieser Staatsaktion verschont zu werden und hatte „eine Einladung des Kaisers nach Warschau ausweichend beantwortet." Denn „für Dienst bin ich gesund, für Vergnügen aber nicht ausreichend," schrieb er der Schwester. „Ich bleibe hoffentlich hier (in Petersburg), ich habe wenigstens geschrieben, daß ich die allgemein übliche Dienstpraxis des Empfanges (des eigenen Herrschers) an der Grenze bei hiesigen Entfernungen nicht anwendbar hielte und nur auf besonderen Befehl kommen würde. Ich fühle mich, Gott sei Dank, sehr viel wohler, als im Frühjahr, aber so ganz traue ich meiner Gesundheit doch nicht und das dortige Hofleben mit täglich stehenden Bällen bis 3 Uhr (nachts) und seiner ganzen Ruhelosigkeit wird eine harte Probe auch für gesunde Leute sein. Nach dem langen Umhertreiben seit Anfang 59 ist mir das Gefühl, mit den Meinigen zusammen irgendwo wieder wirklich zu wohnen, so wohlthuend, daß ich mich schwer von der Häuslichkeit losreiße, wenigstens, bis es wieder Sommer ist, möchte ich ruhig, wie der Dachs, im Bau liegen." Aber ein solches „Dachs"-Leben ging freilich gegen den harten preußischen Dienst. Wenige

Tage später schreibt Bismarck der Schwester: „Seitdem ist mir die Aufforderung zugegangen, mich in Warschau einzufinden, und ich gehorche mit etwas schwerem Herzen.“

Gerade in Warschau aber sollte Bismarck eine sehr anregende und rühmliche Begegnung haben, und zwar mit dem Ministerpräsidenten Fürst v. Hohenzollern. Dieser hatte den Prinzregenten nach Warschau begleitet, da auch die ersten Ratgeber der Kaiser von Rußland und Österreich, Fürst Gortschakoff und Graf Rechberg, ihren Herrschern hier zur Seite standen. Und Bismarck erkannte bald, daß der preußische Ministerpräsident ihn keineswegs bloß zu höfischem Tand nach Warschau befohlen hatte.*) Fürst Hohenzollern wünschte eine straffere und bedeutendere Leitung der auswärtigen Politik Preußens und faßte für die Besetzung dieses Postens Bismarck ins Auge. In Warschau trat diesem der Fürst näher als zuvor. Er knüpfte mit Bismarck vertraute politische Gespräche an, die sich oft bis in die tiefe Nacht, ja bis zum Morgengrauen fortspannen. Alle Fragen, welche Europa bewegten, wurden zwischen beiden Staatsmännern erörtert, und mächtig wirkte auf den Fürsten der jüngere Staatsmann, dessen Haupt von gewaltigen Ideen erleuchtet und durchstürmt wurde. Mit sprühendem Geiste, mit erbarmungsloser Wahrheitsliebe und fast erschreckender Offenheit, zugleich mit voller Kenntnis und Würdigung aller thatsächlichen Verhältnisse und ernster Besonnenheit bei der Erwägung aller vorteilhaften und ungünstigen Umstände, legte Bismarck seine Ansichten und Zukunftspläne dar, und machte dadurch auf den Fürsten, wie dessen Biograph bezeugt, „einen tiefen und unauslöschlichen Eindruck.“ Nun erst recht entschlossen, beantragte dieser beim Prinzregenten die Ernennung Bismarcks zum Minister des Auswärtigen. Nach Berlin wurde die Entscheidung verlegt, und Bismarck am 27. Oktober dahin mitgenommen. Aber außer Roon wird hier keiner der Minister dem Vorschlage des Fürsten Hohenzollern beigetreten sein, diese elementare Naturkraft eines Allen

*) Karl Anton Fürst v. Hohenzollern-Sigmaringen. Nord und Süd, November 1884.

überlegenen Geistes, die von den Einen verhöhnt, von Anderen gefürchtet, von Allen unterschätzt wurde, für die Leitung der Geschicke Preußens dienstbar zu machen. So lehnte denn der Prinzregent den Antrag ab. Am 30. Oktober kehrte Bismarck nach Petersburg zurück.

Hier litt seine hohe Gönnerin, die Kaiserin-Mutter, die Schwester seines Königs und Prinzregenten, dem nahen Tode entgegen. Am 17. November nahm Bismarck an ihrer Beisetzung teil. Die aufrichtige Trauer, welche dem Heimgang dieser edlen Fürstin folgte, rechtfertigte Bismarcks sonst vielleicht auffälligere Zurückhaltung von Geselligkeit. „Gesellig sind wir hier gar nicht“, schreibt er der Schwester am 9. Dezember; „meine Mittel erlauben mir das nicht; in fremden Häusern erkälte ich mich, und im allgemeinen ist man hier als Gesandter mit 30000 Thalern zu großer Einschränkung verurteilt.“ Auf seiner Seele lastete aber damals noch eine andere viel größere Sorge, als die um sein und der Seinigen genügendes Auskommen: die Sorge um die preußische Heeresreorganisation. Ihr wenden wir uns jetzt zu.

---

aber hatte er am 5., 11. und 25. April eingehende Besprechungen mit dem Regenten über die italienische Frage. Aber aus dem früher angeführten Briefe Bismarcks an Gerlach vom Anfang des Jahres 1860 erhellt deutlich, daß er schon damals der sardinischen Politik viel freundlicher gegenüberstand, als Herr v. Schleinitz. Es sei an folgende Stelle aus jenem Briefe erinnert: „Den Augenblick, wo man Sardinien gegen Frankreich den Rücken hätte stärken können, halte ich für vergangen oder zukünftig und wegen heimischer Personalverhältnisse für entfernt, ich halte es aber nicht für unerlaubt.“ Durch die mächtige Erstarkung des italienischen Einheitsstaates im Laufe des Jahres 1860 war nunmehr dieser „Augenblick“ sehr viel näher gerückt und Bismarck hat späterhin das Seinige gethan, ihn recht bald zu verwirklichen.

Für jetzt, bei Bismarcks Beratungen mit dem Prinzregenten im April und Mai 1860, handelte es sich aber vorwiegend um Preußens Stellung Frankreich gegenüber. Denn Napoleon war nach der Ablehnung seiner Vorschläge an Preußen und bei dem allerseits wachsenden Mißtrauen, das den Kaiser für Garibaldis Zug verantwortlich machte, unablässig bemüht, das Vertrauen des preußischen Regenten zu gewinnen, dessen offene und feste Haltung im Jahre 1859 seine besondere Achtung erweckt hatte. Der französische Kaiser machte daher in Berlin den Vorschlag zu einer persönlichen Zusammenkunft in Baden-Baden, die der Prinzregent nach zweimaliger Ablehnung schließlich auch genehmigte.

Bismarck hatte schon von Frankfurt aus seit dem Krimkrieg immer die Notwendigkeit betont, daß Preußen sich ein gutes Verhältnis mit Frankreich erhalten müsse. Er hatte sich ebenso im Herbst 1859 vor dem Regenten in Baden ausgesprochen. Jetzt war zweifellos nicht am wenigsten seinem Rat die endliche Annahme des französischen Vorschlages einer Zusammenkunft in Baden zuzuschreiben, und er sah auch keinen Grund, dies den alten Freunden von der Kreuzzeitungspartei zu verhehlen. Die Folge aber war ein „Verleumdungsfeldzug“, der monatelang mit wachsender Bosheit, ja Niedertracht gegen ihn geführt ward; die

Folge war ferner eine schroffe Zurechtweisung von seiten des alten Gönners General v. Gerlach, die Bismarck aus Berlin folgendermaßen beantwortete: „Man hat jeder Lüge über mich geglaubt, sie nachgesprochen und, ohne eine Frage der Aufklärung an mich zu richten, eine kühle Haltung gegen mich angenommen. Ich habe die Erfahrung in den früher intimsten Kreisen gemacht. Es liegt in unserem Volkscharakter, und je höher hinauf, desto mehr, vom nächsten Freunde bereitwillig Böses zu glauben und dann sein Mißtrauen gegen ihn selbst nicht auszusprechen: wohl aber gegen andere Freunde. Man muß auch damit zu leben lernen, so lange es Gott gefällt. ‚Eines Mannes Rede keine Rede, billig hört man beede‘, steht seit 500 Jahren am Tangermünder Schloß, scheint aber nur altmärkisches Provinzialrecht zu sein. Der Vorwurf gilt Ihnen nicht, denn ich weiß nicht, wie weit Sie glauben, was ‚man‘ gesagt hat, und jedenfalls sprechen Sie sich mit mir aus.“ Nachdem Bismarck dann betont hat, Preußen müsse Frankreich, Sardinien und Österreich immer nur als Staatsmächte behandeln und demgemäß seine Stellung nehmen, fährt er fort: „Ich fühle keine Verantwortlichkeit für auswärtige Zustände in mir. Ich weiß, daß Sie mir darauf antworten, wohlverstandene preußische Politik erfordere auch aus Zweckmäßigkeitsrücksicht Keuschheit in auswärtigen Beziehungen. Vom Standpunkte politischer Nützlichkeit läßt sich darüber streiten; (so) wie Sie aber den Unterschied stellen zwischen Recht und Revolution, Christentum und Unglauben, Gott und Teufel so kann ich nicht mit Ihnen diskutieren, sondern einfach sagen, ich bin nicht Ihrer Meinung, und Sie richten in mir, was nicht Ihres Gerichts ist. Ich habe weder den königlichen Dienst, noch eigene Ehre in demselben, letzteres wenigstens nicht vorbedachter Weise, gesucht, und der Gott, der mich unerwartet hineingesetzt hat, wird mir auch lieber den Weg hinauszeigen, als meine Seele darin verderben lassen, so lange ich ehrlich suche, was Seines Dienstes und meines Amtes ist, und gehe ich fehl, so wird er mein tägliches Gebet hören und mein Herz wenden, oder mir Freunde schicken, die das vermögen. . . . Ich habe erdrückendes Heimweh nach Peters-

burg und eigenem Hause, ich halte es hier nicht länger aus und fühle mich vollständig überflüssig und erfolglos verdächtigt als Ministerkandidat, in der geschmacklosen Lage eines Gesandten im Gasthof mit Hinterthür-Intriguen gegen seinen Chef."

Am 23. Mai schloß der Prinzregent persönlich die Landtagssession, und Bismarck reiste noch am nämlichen Tage nach Hohendorf. Am 30. trat er von hier mit den Seinen die Reise nach Petersburg an, das er in langsamen Tagfahrten am 5. Juni erreichte. Kaiser Alexander war sehr herzlich beim Wiedersehen, umarmte den Gesandten Preußens und hatte eine unverkennbare aufrichtige Freude darüber, daß derselbe wieder da war. Auch Frau v. Bismarck wurde bald von der hohen russischen Gesellschaft sehr geschätzt. Sie fand das Leben in der russischen Hauptstadt viel behaglicher als ihr Gemahl befürchtet hatte. Sein eigenes Leben schildert er der Schwester also: „Mit meinem Befinden geht es über Erwarten gut, seit ich im eigenen Hause wohne. Mir ist zu Mute wie einem alten Pensionär, der mit den Händeln dieser Welt abgeschlossen hat, oder doch wie einem früheren ehrgeizigen Militär, der den Hafen einer guten Kommandantur erreicht hat, und mir ist, als könnte ich hier lange zufriedene Jahre hindurch meinem Ende entgegenreifen. Bis zwölf habe ich jeden Morgen mit Karlsbader, Spazierengehen, Frühstücken, Anziehen zu thun, von da bis fünf gibt mir der Dienst gerade genug regelmäßige Arbeit, um mich nicht überflüssig in der Welt zu fühlen. Das Mittagessen schmeckt mir vortrefflich, am besten das, was ich nicht essen darf, von acht bis zehn reite ich, ebenfalls par ordonnance du médecin, und lese dann bis zwölf, mit dem begleitenden Genusse der gemeinen Lazaretpflaume, die eingegangenen Zeitungen und Depeschen. So halte ich's noch lange aus, vorausgesetzt, daß es mir gelingt, den Standpunkt des beobachtenden Naturforschers unserer Politik gegenüber festzuhalten." An einen Freund schrieb er am 16. Juni: „Uns geht es vor der Hand ziemlich gut, und mir besonders besser als in Deutschland, — unberufen! Die Ruhe und Annehmlichkeit des häuslichen Lebens thun das ihre. 24 Grad im Schatten, aber

immer kühle Nächte. Die Geschäfte gehen, dank einem so liebenswürdigen Minister, wie Gortschakoff, ohne Ärger. Unsere Beziehungen mit hier sind ausgezeichnet, was auch die Zeitungen fabeln mögen. Die Augsburger*) und Co. haben immer noch Angst, ich möchte Minister werden, und meinen dies durch Schimpfen über mich und meine französisch-russischen Gesinnungen zu hintertreiben. Viel Ehre, von den Feinden Preußens gefürchtet zu werden. Übrigens sind meine politischen Liebhabereien im Frühjahre bei Hof und Minister so genau gesiebt worden, daß man klar weiß, was daran ist, und wie ich gerade im nationalen Aufschwung Abwehr und Kraft zu finden glaubte. Wenn ich einem Teufel verschrieben bin, so ist es ein teutonischer und kein gallischer."

Diese Verleumdungen gegen Bismarck schossen gerade damals besonders giftig ins Kraut, weil eben in diesen Tagen die Zusammenkunft zwischen dem Prinzregenten von Preußen und dem Kaiser Napoleon in Baden-Baden stattfand, und das eine vortreffliche Gelegenheit bot, Preußen und dessen unerschrockenste Vorkämpfer, unter denen namentlich Bismarck im österreichischen Lager gehaßt und gefürchtet wurde, landesverräterischer Liebäugelei mit den Franzosen zu beschuldigen. Die Zusammenkunft in Baden lieferte hierfür freilich nicht den Schatten eines Verdachtes. Denn der Prinzregent hatte die vier deutschen Könige und viele Bundesfürsten mit nach Baden eingeladen; sie waren auch dort erschienen und konnten sich überzeugen, daß kein Wort von deutscher Landabtretung gesprochen wurde und daß die Begegnung, abgesehen von der Befestigung freundlicher persönlicher Beziehungen zum französischen Staatsoberhaupte, an welcher übrigens alle in Baden anwesenden Fürsten gleichmäßig teilnahmen, irgend ein Ergebnis nicht erzielte, weder zwischen dem Prinzregenten und Napoleon, noch auch bei den Sonderberatungen der großdeutschen Fürsten untereinander.

*) d. h. die Österreich dienstbare deutsche Presse, an deren Spitze damals die Augsburger Allgemeine Zeitung stand, deren ständiger Mitarbeiter in preußenfeindlichen Artikeln aus London der Kommunist Herr — Wilhelm Liebknecht war!

Dagegen gab der Prinzregent dem König Max von Bayern auf dessen Ansuchen die Zusage, sich auch mit dem Kaiser von Österreich zu treffen, wenn die Aufforderung vom Kaiser ausgehe und für das beleidigende vorjährige österreichische Manifest Preußen zuvor Genugthuung erhalte. An Stoff konnte es dieser Zusammenkunft nicht fehlen, da Bismarck eben damals amtlich aus Petersburg berichtete, Österreich habe bei Rußland die Wiederherstellung der heiligen Allianz angeregt, sei aber vom Fürsten Gortschakoff mit diesem Anliegen an Preußen gewiesen worden. Der Prinzregent und der Kaiser von Österreich waren bald darüber einig, in Teplitz sich allein zu begegnen, nur unter Zuziehung ihrer Minister, nicht der deutschen Könige, wie diese gewünscht hatten. Die Zusammenkunft fand am 26. Juli statt. Der Prinzregent erklärte: Preußen sei bereit, mit Österreich sich dahin zu einigen, daß beide Staaten gemeinschaftliche Gefahren gemeinschaftlich abwehren müßten, namentlich einen französischen Angriff gegen beide Staaten, außer wenn Österreich den Krieg herausforderе. Das werde nie geschehen, rief der Kaiser; sehe er sich aber zu einem Angriff gezwungen, so werde er ihn nur nach vorheriger Verständigung mit Preußen unternehmen. Der Prinzregent schlug weiter vor: auch einen Angriff Sardiniens auf deutsches Gebiet solle Deutschland als Kriegsfall betrachten. Endlich müßten etwaige französische Annexionsgelüste auf die Schweiz, Holland oder Belgien gemeinsam abgewehrt werden. Mit alledem war Kaiser Franz Joseph vollkommen einverstanden. Aber als der Prinzregent dann die preußischen Gegenforderungen aufstellte: Wechsel im Vorsitz des Bundestages, Verbesserung der Bundeskriegsverfassung, Erledigung der holsteiner Sache im deutschen Sinne, Einführung liberaler Reformen und religiöser Duldung in Österreich, da erhielt er entweder rundweg ablehnende oder vertröstende Antwort. So verlief denn auch diese Zusammenkunft ohne Ergebnis.

Anders stellte die Österreich dienstbare Presse und Diplomatie den Verlauf dar. Kaiser Franz Joseph selbst sagte alsbald nach Teplitz dem König von Sachsen: „Ich bin sicher, daß ich

nicht ein zweites Mal im Stiche gelassen werde." Er mochte das im Vertrauen auf die edle deutsche Gesinnung des Prinzregenten, die einen Angriff Frankreichs auf Österreich sicherlich nicht zulassen würde, gesagt haben. Wie seltsam verschoben sich aber die Nachrichten über Teplitz in der Presse, öffentlichen Meinung und diplomatischen Berichterstattung. Dies erfahren wir unter anderem aus einem Briefe Bismarcks aus Petersburg vom 22. August.

Noch fast vier Wochen nach der Zusammenkunft in Teplitz war dieser, trotzdem er nun den wichtigen Petersburger Posten einnahm, über die Teplitzer Besprechungen nur durch die Zeitungen unterrichtet, „die den Untergrund der Dinge nicht bloßlegen". Bismarck führt in dem citierten Schreiben aus: „Nach ihnen haben wir in Teplitz nichts Definitives versprochen, sondern unsere Leistungen für Österreich davon abhängig gemacht, daß letzteres sein Wohlwollen für uns auf dem Gebiet deutscher Politik zunächst praktisch bewähre; nachdem dies geschehen, werde es auf unsere Dankbarkeit rechnen können. Damit wäre ich sehr zufrieden; eine Hand wäscht die andere, und sehen wir die Wiener Seife nur erst schäumen, so werden wir gerne die Wäsche erwidern. Indirekte Nachrichten, die von anderen Höfen hierher gelangen, lauten allerdings anders. Wenn sie richtig sind, so hätten wir zwar keinen schriftlichen Garantievertrag geschlossen, uns aber doch vermöge mündlichen Worts gebunden, Österreich unter allen Umständen dann beizustehen, wenn es von Frankreich in Italien angegriffen werde; sehe Österreich sich zum Angriff genötigt, so sei unsere Einwilligung erforderlich, wenn unser Beistand erwartet werden soll. Die Version klingt unverfänglicher, als sie in der That sein würde. Hat Österreich die Sicherheit, daß wir für Venedig eintreten werden, so wird es den Angriff Frankreichs zu provozieren wissen, wie denn schon jetzt behauptet wird, daß Österreich seit Teplitz in Italien dreist und herausfordernd auftrete. Seit der Garibaldischen Expedition geht die Wiener Politik dahin, es in Italien so schlimm als möglich werden zu lassen, damit dann, wenn Napoleon selbst nötig finden werde, sich gegen die italienische Revolution zu wahren, allseitig eingeschritten und der frühere Zu-

stand annähernd hergestellt werde. Diese Rechnung mit und auf Napoleon kann sehr trügen; wie es scheint, hat man sie deshalb seit Teplitz aufgegeben und hofft auch gegen Napoleon zum Ziel zu gelangen. Die unruhige, gereizte Leidenschaftlichkeit der österreichischen Politik bringt auf beiden Wegen den Frieden in Gefahr. Was wird die Kammer zu Teplitz sagen! Der Eindruck der auswärtigen Politik wird sich erst berechnen lassen, wenn man genauer weiß, was Teplitz bedeutet. Ein wohlunterrichteter, aber ziemlich bonapartistischer Korrespondent schreibt mir aus Berlin: ‚Wir sind in Teplitz mit Wiener Gemütlichkeit glänzend über den Löffel balbiert, für nichts, nicht einmal für ein Linsengericht verkauft.‘ Gott gebe, daß er irrt!

„Bei Gelegenheit von Bonapartisten fällt mir ein, daß gelegentliche Andeutungen hierher gelangen, als würde von der Presse ein systematischer Verleumdungsfeldzug gegen meine Person geführt. Ich sollte russisch-französische Zumutungen wegen einer Abtretung der Rheinlande gegen Arrondierung im Innern (Deutschlands) offen unterstützt haben, ein zweiter Borries*) sein und dergleichen. Ich zahle demjenigen 1000 Friedrichsdor bar, der mir nachweisen kann, daß dergleichen russisch-französische Anerbietungen jemals von irgend jemand zu meiner Kenntnis gebracht seien. Ich habe in der ganzen Zeit meines deutschen Aufenthaltes nie etwas anderes geraten, als uns auf die eigene und die von uns im Fall des Krieges von uns aufzubietende nationale Kraft Deutschlands zu verlassen. Dieses einfältige Federvieh der deutschen Presse merkt gar nicht, daß es gegen das bessere Teil seiner eigenen Bestrebungen arbeitet, wenn es mich angreift. Wenn ich ein österreichischer Staatsmann oder ein deutscher Fürst und österreichischer Reaktionär, wie der Herzog von Meiningen, wäre, so würde unsere Kreuzzeitung mich so gut in Schutz genommen haben, wie letzteren; die Lügenhaftigkeit jener Verdächtigungen ist keinem unserer politischen

*) Der hannöversche Minister v. Borries hatte nach Gründung des Nationalvereins in öffentlicher Kammersitzung den Ausspruch gewagt: „Die Bestrebungen des Nationalvereins seien dazu angethan, die deutschen Fürsten in die Arme des Auslandes zu treiben.“

Freunde unbekannt. Da ich aber nur ein alter Parteigenosse bin, der obenein das Unglück hat, über manche ihm genau bekannte Dinge eigene Ansichten zu haben, so läßt man mich nach Herzenslust begeifern. Es geht nichts über Ketzerrichter im eigenen Lager, und unter Freunden, die lange aus einem Topfe gegessen haben, ist man ungerechter, als gegen Feinde. Mir ist's recht, man soll sich nicht auf Menschen verlassen, und ich bin dankbar für jeden Zug, der mich nach innen zieht!"

Der russische Zar hatte sich immer als besonderer Beschützer des Thrones von Neapel angesehen und fühlte sich daher durch die Beschädigung oder gar Beseitigung dieses Gliedes der europäischen Fürstenfamilie ernstlich verstimmt. Sein Wunsch, sich mit dem Prinzregenten von Preußen in Warschau über die allgemeine Weltlage auszusprechen, war schon Anfangs Oktober angenommen. Auch der Kaiser Franz Joseph von Österreich ward auf sein Ansuchen bei der Zusammenkunft willkommen geheißen. Bismarck hoffte mit der Teilnahme an dieser Staatsaktion verschont zu werden und hatte „eine Einladung des Kaisers nach Warschau ausweichend beantwortet." Denn „für Dienst bin ich gesund, für Vergnügen aber nicht ausreichend," schrieb er der Schwester. „Ich bleibe hoffentlich hier (in Petersburg), ich habe wenigstens geschrieben, daß ich die allgemein übliche Dienstpraxis des Empfanges (des eigenen Herrschers) an der Grenze bei hiesigen Entfernungen nicht anwendbar hielte und nur auf besonderen Befehl kommen würde. Ich fühle mich, Gott sei Dank, sehr viel wohler, als im Frühjahr, aber so ganz traue ich meiner Gesundheit doch nicht und das dortige Hofleben mit täglich stehenden Bällen bis 3 Uhr (nachts) und seiner ganzen Ruhelosigkeit wird eine harte Probe auch für gesunde Leute sein. Nach dem langen Umhertreiben seit Anfang 59 ist mir das Gefühl, mit den Meinigen zusammen irgendwo wieder wirklich zu wohnen, so wohlthuend, daß ich mich schwer von der Häuslichkeit losreiße, wenigstens, bis es wieder Sommer ist, möchte ich ruhig, wie der Dachs, im Bau liegen." Aber ein solches „Dachs"-Leben ging freilich gegen den harten preußischen Dienst. Wenige

Tage später schreibt Bismarck der Schwester: „Seitdem ist mir die Aufforderung zugegangen, mich in Warschau einzufinden, und ich gehorche mit etwas schwerem Herzen."

Gerade in Warschau aber sollte Bismarck eine sehr anregende und rühmliche Begegnung haben, und zwar mit dem Ministerpräsidenten Fürst v. Hohenzollern. Dieser hatte den Prinzregenten nach Warschau begleitet, da auch die ersten Ratgeber der Kaiser von Rußland und Österreich, Fürst Gortschakoff und Graf Rechberg, ihren Herrschern hier zur Seite standen. Und Bismarck erkannte bald, daß der preußische Ministerpräsident ihn keineswegs bloß zu höfischem Tand nach Warschau befohlen hatte.*) Fürst Hohenzollern wünschte eine straffere und bedeutendere Leitung der auswärtigen Politik Preußens und faßte für die Besetzung dieses Postens Bismarck ins Auge. In Warschau trat diesem der Fürst näher als zuvor. Er knüpfte mit Bismarck vertraute politische Gespräche an, die sich oft bis in die tiefe Nacht, ja bis zum Morgengrauen fortspannen. Alle Fragen, welche Europa bewegten, wurden zwischen beiden Staatsmännern erörtert, und mächtig wirkte auf den Fürsten der jüngere Staatsmann, dessen Haupt von gewaltigen Ideen erleuchtet und durchstürmt wurde. Mit sprühendem Geiste, mit erbarmungsloser Wahrheitsliebe und fast erschreckender Offenheit, zugleich mit voller Kenntnis und Würdigung aller thatsächlichen Verhältnisse und ernster Besonnenheit bei der Erwägung aller vorteilhaften und ungünstigen Umstände, legte Bismarck seine Ansichten und Zukunftspläne dar, und machte dadurch auf den Fürsten, wie dessen Biograph bezeugt, „einen tiefen und unauslöschlichen Eindruck." Nun erst recht entschlossen, beantragte dieser beim Prinzregenten die Ernennung Bismarcks zum Minister des Auswärtigen. Nach Berlin wurde die Entscheidung verlegt, und Bismarck am 27. Oktober dahin mitgenommen. Aber außer Roon wird hier keiner der Minister dem Vorschlage des Fürsten Hohenzollern beigetreten sein, diese elementare Naturkraft eines Allen

*) Karl Anton Fürst v. Hohenzollern-Sigmaringen. Nord und Süd, November 1884.

überlegenen Geistes, die von den Einen verhöhnt, von Anderen gefürchtet, von Allen unterschätzt wurde, für die Leitung der Geschicke Preußens dienstbar zu machen. So lehnte denn der Prinzregent den Antrag ab. Am 30. Oktober kehrte Bismarck nach Petersburg zurück.

Hier litt seine hohe Gönnerin, die Kaiserin-Mutter, die Schwester seines Königs und Prinzregenten, dem nahen Tode entgegen. Am 17. November nahm Bismarck an ihrer Beisetzung teil. Die aufrichtige Trauer, welche dem Heimgang dieser edlen Fürstin folgte, rechtfertigte Bismarcks sonst vielleicht auffälligere Zurückhaltung von Geselligkeit. „Gesellig sind wir hier gar nicht", schreibt er der Schwester am 9. Dezember; „meine Mittel erlauben mir das nicht; in fremden Häusern erkälte ich mich, und im allgemeinen ist man hier als Gesandter mit 30000 Thalern zu großer Einschränkung verurteilt." Auf seiner Seele lastete aber damals noch eine andere viel größere Sorge, als die um sein und der Seinigen genügendes Auskommen: die Sorge um die preußische Heeresreorganisation. Ihr wenden wir uns jetzt zu.

Zweites Kapitel.

Der Streit um die preußische Heeresreform. Bismarcks Standpunkt und Anteil (1858 bis März 1862).

Der Prinzregent von Preußen hatte schon während der Jahrzehnte, da er ohne jede Hoffnung, dem nur wenige Jahre älteren Bruder jemals auf dem Throne zu folgen, einfach als Diener des Königs seine Pflicht that, sein Hauptaugenmerk auf die Schlagfertigkeit, Mannszucht und Stärke des preußischen Heeres gerichtet. Seinem ruhigen klaren Blicke waren auch die Mängel des preußischen Heerwesens niemals entgangen. Der badisch-pfälzische Feldzug von 1849, die Mobilmachung von 1850 hatten diese Mängel besonders deutlich gemacht, und lange ehe die Mobilmachung von 1859 dieselben auch den Augen der Laien offenbarte, hatte der Prinz von Preußen die Grundlagen und den Plan einer umfassenden Reorganisation des preußischen Heerwesens erwogen. Der eigenen Sachkunde, Erfahrung und Umsicht auf diesem Gebiete vollständig sicher, versäumte er doch nicht, auch das Gutachten und Urteil anderer, ihm besonders vertrauter und vertrauenerweckender Offiziere heranzuziehen, und so hatte er namentlich am 25. Juni 1858 auf Schloß Babelsberg und in einem besonderen Zimmer des Bahnhofes Potsdam eine lange Unterredung mit Albrecht von Roon über diesen Gegenstand, an deren Schlusse er Roon aufforderte, dessen eigene Gedanken und Pläne dem Prinzen schriftlich zugehen zu lassen. Diese Unterredung war für die Folgezeit, man darf ohne

Übertreibung sagen für die Erhebung Preußens, ja für die Gründung des Deutschen Reiches, von der größten Bedeutung. Auch der nachherige König und Kaiser Wilhelm hat sie nie vergessen, vielmehr in späteren Jahren Roon wiederholt an dieselbe erinnert, als an den Ausgangspunkt aller ihrer gemeinsamen Bestrebungen für die Stärkung preußischer Macht, ohne welche alle nachher erlangten politischen Erfolge sowie die Neuordnung der deutschen Verhältnisse ganz undenkbar gewesen wären. Schon aus diesem Königsworte, dem das bekannte sich anreiht, daß Roon „das Schwert für Deutschland geschliffen" habe, erhellt, daß dem General von Roon ein viel größerer Anteil an diesem bedeutsamen Werke gebührt, als die bisherigen Geschichtswerke annehmen. Völlige Klarheit darüber geben Roons Denkwürdigkeiten, welche mit tagebuchartiger Genauigkeit das schrittweise Vorschreiten der großen Reform, aber auch den heftigen Widerstand erkennen lassen, den der damalige Kriegsminister Bonin einem Werke entgegensetzte, das nicht in seinem Haupte entsprungen war, und dem kühnen Hervortreten eines Mannes, in dem er mit Recht seinen eigenen Nachfolger fürchtete, wenn dessen Plan durchdrang. Dem Prinzen aber gebührt auch hier der unvergängliche Ruhm, daß er eigene Gedanken und Wünsche dem als besser Erkannten unterordnete und mit untrüglicher Menschenkenntnis den Tüchtigsten auswählte zur Vorbereitung wie zur Durchführung des großen Werkes, das jetzt dem Prinzen selbst als die wichtigste Herzens- und Staatsangelegenheit erschien. Denn nimmermehr wagte er sein Preußen in die mannigfachen ernsten politischen Verwickelungen hineinziehen zu lassen, die sich schon beim Antritte seiner Regentschaft überall aufthaten, ehe er Preußens Heerwesen auf neuer Grundlage geordnet und gestärkt wußte.

Roon konnte, durch dienstliche Geschäfte behindert, die vom Prinzen befohlene Denkschrift, „Bemerkungen und Entwürfe zur vaterländischen Heeresverfassung," erst am 22. Juli 1858 an den Prinzen nach Baden-Baden absenden. Sie war durchaus im Geiste und Sinne des hohen Bestellers verfaßt. Roon bemerkte dazu bescheiden in dem Begleitschreiben: „Mögen die Unvollkommenheiten

des Aufsatzes, der in der Muße eines Badeortes (Kolberg) ohne alle Materialien und Vorarbeiten niedergeschrieben worden, um einer gebieterischen Aufforderung Folge zu geben, dem Nützlichen und Richtigen, das er etwa birgt, nicht die Geltung streitig machen, die ihm unter keinerlei Umständen versagt werden sollte, namentlich wo es sich, wie hier um die wichtigsten und heiligsten Interessen, um des Thrones und des Vaterlandes Glanz und Größe, um seine politische Bedeutung, um sein Bestehen handelt!" Zu Anfang der Denkschrift selbst bezeichnet Roon deren Ziel in den Worten: „Die hier zu lösende Aufgabe beschränkt sich jedoch auf die praktische Frage: durch welche Mittel Preußen seine welthistorische Aufgabe zu behaupten, seine politische Mission zu erfüllen vermag?" Dies sei in erster Linie und hauptsächlich zu erreichen durch „die Herstellung und Erhaltung einer gesteigerten Streitbarkeit" des preußischen Heeres, mit thunlichster Rücksicht auf die wohlgeordnete und sparsame preußische Finanzwirtschaft. Die Denkschrift stellt und beantwortet dann zwei weitere Fragen: „Ob und welche Mängel der jetzigen Kriegsorganisation ankleben?" und „durch welche Veränderungen (Reformen) jene Mängel zu beseitigen seien?"

Die größten Mängel zeige vor allem die zur Zeit bestehende Organisation der Landwehr. Sie sei 1813 ein bloßer Notbehelf gewesen, ihre damaligen kriegerischen Leistungen würden erheblich überschätzt. Gegenwärtig aber könne man zu jenem Notbehelfe „durchaus kein Vertrauen mehr haben, wenn auch aus naheliegenden Gründen jedermann sich scheue, dies offiziell auszusprechen." Im einzelnsten beweist Roon dann folgende Sätze: „die Landwehr ist eine politisch falsche Institution, denn sie imponiert dem Auslande nicht mehr und ist für die äußere wie für die innere Politik von zweifelhafter Bedeutung. Die Landwehr ist aber zugleich auch eine militärisch falsche und schwache Institution, weil sie des eigentlichen, richtigen, festen Soldatengeistes und der sicheren disziplinarischen Handhaben entbehrt, ohne die kein zuverlässiger militärischer Organismus gedacht werden kann." Auch Scharnhorst, der Begründer der Landwehr, habe selbst dargelegt: „daß sie für lange Friedens-

epochen ungeeignet sein und einer künftigen Umbildung dringend bedürfen würde.“ Ein weiterer Mangel sei die bisherige Handhabung der allgemeinen Wehrpflicht. Diese müsse, unter Beibehaltung der dreijährigen Dienstzeit, zur Wahrheit gemacht werden d. h. es müßten so viel Wehrpflichtige auch wirklich eingestellt werden, als nach den gesetzlichen Bestimmungen und den Finanzkräften nur irgend möglich sei; das führe dann unvermeidlich zu einer sehr erheblichen Vermehrung der Offiziere und Unteroffiziere. Zur Ausführung dieser Reformen folgen dann eingehende Vorschläge.

In den Grundzügen enthält diese Denkschrift alle die leitenden Gedanken, welche dem amtlichen Heeres-Reorganisations-Entwurfe zu Grunde lagen, den Roon 1½ Jahre später als Kriegsminister dem Landtage im Namen der Regierung vorlegte und zu vertreten berufen war. Daß der Entwurf sich so lange verzögerte, liegt an den „turmhohen Schwierigkeiten“, die der Kriegsminister Bonin und andere Minister dagegen bereit hielten, dann an den kriegerischen Unterbrechungen des Jahres 1859, endlich an dem ehrenwerten Zaudern des Prinzregenten, sich von Bonin zu trennen, der in den Tagen der Ungnade treu zum Koblenzer Hofe gestanden hatte. Am 5. Dezember 1859 wurde Roon Kriegsminister. Der von ihm dem Landtag im Februar 1860 vorgelegte Entwurf einer Heeresreform enthielt folgende Hauptgrundsätze. Zunächst die wirkliche Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht. Der preußische Kriegsdienst beruhte bis dahin auf den früher erwähnten Gesetzen von 1814 und 1815. Danach betrug die jährliche Aushebung, nach der Bevölkerung Preußens von zehn Millionen im Jahre 1815 berechnet, jährlich 40 000 Mann. Im Laufe von 45 Jahren war die Bevölkerung auf 18 Millionen gestiegen und die jährliche Zahl der Dienstpflichtigen auf etwa 65 000. Die Regimenter aber konnten, bei ihrer nicht vermehrten Zahl und bei dem seit 1815 nicht erhöhten Bestand von Unteroffizieren und Offizieren, nicht mehr als 40 000 Rekruten jährlich aufnehmen, so daß 25 000 waffenfähige junge Leute jährlich grundlos dienstfrei bleiben. Der Entwurf beseitigte diesen schreienden Mißstand durch Steigerung der jährlichen

Aushebung von 40000 auf 63000 Köpfe. Hierdurch wurden aber 39 neue Infanterie- und 10 neue Kavallerie-Regimenter notwendig, mit einem jährlichen Mehraufwand von 9½ Millionen Thaler. Was der Entwurf somit — und zwar in vollbegründeter Weise — dem Volk und dem einzelnen an größerer Belastung auflegte, das verringerte er andererseits an den schwersten und unersetzlichsten Blutopfern durch die Reform der Landwehr. Denn nach jenen Kriegsdienstgesetzen aus den Befreiungskriegen hatte der preußische Wehrmann bisher 3 Jahre bei der Linie, 2 Jahre bei der Reserve, 7 Jahre bei dem ersten und ebensolange bei dem zweiten Aufgebote der Landwehr gedient. Linie (Reserve) und Landwehr ersten Aufgebotes hatten bis dahin im Kriege die aktive Feldarmee gebildet, das zweite Landwehraufgebot die Festungsbesatzung. Der Landwehr ersten Aufgebotes gehörten die gedienten Wehrmänner vom 25. bis 32. Altersjahre an. Bei den drei Mobilmachungen 1849, 1850 und 1859 waren darunter die Hälfte verheiratete Familienväter gewesen. Nach Theodor v. Bernhardis Berechnungen hatte die schlesische Landwehr ersten Aufgebotes sogar zu 4/5 und die rheinische sogar zu 7/8 aus verheirateten Familienvätern bestanden! Alle diese unersetzlichen Leben waren zugleich mit der unverheirateten Jungmannschaft der Linie im ersten Treffen dem feindlichen Feuer ausgesetzt worden, während jährlich 25000 unverheiratete junge Leute rechtlos daheim blieben. Ja, die Lebensgefahr im Kriege war thatsächlich für die Landwehr ersten Aufgebotes wesentlich höher gesteigert als für die Linie, weil diese Landwehr von Landwehr- und Reserveoffizieren geführt wurde, die außerhalb der Mobilmachungszeit irgend einem bürgerlichen Beruf nachgingen, und daher bei weitem nicht so feldtüchtig führten, wie die Berufsoffiziere der Linie. Die Landwehr hatte daher auch im badischen Feldzug 1849 unverhältnismäßig große Verluste erlitten. Nunmehr wurde die Landwehr ersten Aufgebots geteilt. Die den drei jüngsten Jahrgängen derselben zugehörigen Mannschaften, bei denen die Unverheirateten bei weitem überwogen, wurden der Kriegsreserve der Linie zugeteilt, die Mannschaften vom vierten bis siebenten Jahrgang dagegen

wurden aus der aktiven Feldarmee ausgeschieden und gleich der Landwehr zweiten Aufgebotes dem Festungsbesatzungsdienst überwiesen.

Das ganze Werk war von einer einfachen Großartigkeit, wie die Zeit der Befreiungskriege, welche die Grundgedanken desselben geschaffen hatte, die hier der neuen Zeit entsprechend vervollkommnet wurde. Das Werk war von jener einfachen Größe, wie der Hohenzoller, der es nach langen Beratungen genehmigt, nun aber auch unter allen Umständen, um jeden Preis zur Ausführung bestimmt hatte. Mit einem geringen Mehraufwand von Kosten, durch die Heranziehung von Waffenfähigen, die ohne jeden Rechtsgrund bisher der Wehrpflicht entgangen waren, wurde das preußische Heer jährlich um mehr als 50 Prozent der bisherigen Aushebungen, in drei Jahren bei der Linie allein um je 69000 Mann verstärkt. Da die zwei Jahrgänge Reserve und die drei ersten Jahrgänge Landwehr mit zur aktiven Feldarmee zählten, so wäre diese schon nach achtjähriger Wirksamkeit des Reformgesetzes um 184000 Mann gewachsen. Und zu dieser gerechten und im Einzelnen und Ganzen doch kaum fühlbaren Verwirklichung der allgemeinen Wehrpflicht, welche Preußens Schlagfertigkeit für die größten Aufgaben und Leistungen tüchtig machte, gesellte sich die echt menschliche Schonung verheirateter Familienväter, die gerechtere Verteilung der Kriegslasten und Kriegsgefahren auf Leistungsfähigere, leichter Ersetzliche. Der Prinzregent selbst ließ keinen Zweifel darüber, daß diese edeln und großen Gesichtspunkte bei Einbringung der Vorlage ihn leiteten, und daß er das größte Gewicht auf ihre Annahme und Durchführung lege. Denn in der Thronrede, mit der er am 12. Januar 1860 den Landtag eröffnete, sagte er: „die Erfahrungen der letzten zehn Jahre, in denen die Wehrkraft des Volkes mehrfach aufgeboten werden mußte, haben verschiedenartige, tief empfundene Übelstände immer klarer herausgestellt. Die Beseitigung derselben ist meine Pflicht und mein Recht, und ich nehme Ihre verfassungsmäßige Mitwirkung für Maßregeln in Anspruch, welche die Wehrkraft steigern, der Zunahme der Bevölkerung entsprechen und der Entwickelung unserer industriellen und wirtschaftlichen Verhältnisse gerecht

werden. Es ist nicht die Absicht, mit dem Vermächtnis einer großen Zeit zu brechen. Die preußische Armee wird auch in Zukunft das preußische Volk in Waffen sein. Es ist die Aufgabe, innerhalb der durch die Finanzkräfte des Landes gezogenen Grenzen die überkommene Heeresverfassung durch Verjüngung ihrer Formen mit neuer Lebenskraft zu erfüllen. Gewähren Sie einer reichlichst erwogenen, die bürgerlichen wie die militärischen Gesamtinteressen gleichmäßig umfassenden Vorlage Ihre vorurteilsfreie Prüfung und Beistimmung. Sie wird nach allen Seiten hin Zeugnis geben von dem Vertrauen des Landes in meine redlichen Absichten. Der Vertretung des Landes ist eine Maßregel von solcher Bedeutung für den Schutz und den Schirm, für die Größe und die Macht des Vaterlandes noch nicht vorgelegt worden. Es gilt, die Geschicke des Vaterlandes gegen die Wechselfälle der Zukunft sicher zu stellen." Um gleich mit der Ausführung der Neuordnung beginnen zu können, hatte der Prinz bei der Abrüstung des Heeres 1859 einen Teil der Linie und sämtliche der neuen Feldarmee zuzuteilenden Landwehrstämme stehen lassen. Am 10. Februar 1860 wurden die zwei Gesetzentwürfe, welche die Thronrede so nachdrücklich angezeigt und befürwortet hatte, im Abgeordnetenhause eingebracht: der eine über Regelung der Dienstpflicht, der andere über Bewilligung von 9½ Millionen Thalern.

Die Gegnerschaft, welche dieser Vorlage sofort bei ihrem Bekanntwerden im Volke erstand, schöpfte die Gründe ihrer Abneigung und ihres Mißtrauens nicht aus dem Gesetzgebungswerke selbst, sondern aus den trüben Erfahrungen des letzten Jahrzehnts preußischer Geschichte. Die liberalen Minister der neuen Ära hatte man hochgefeiert. Aber in der auswärtigen Politik hatten sie, nach der Meinung des Volkes, nichts geleistet. Die Kriegsrüstung von 1859 hatte Preußen außer einem Steuerzuschlag von 25% nichts eingebracht. Wozu nun also die Vermehrung von 49 Regimentern mit der entsprechenden Zugabe adeliger, hochfahrender Leutnants und einer jährlichen Mehrbelastung des Landes mit 9½ Millionen Thaler? Gleichzeitig aber wolle man gar die Landwehr abschaffen,

die herrliche Schöpfung der Freiheitskriege, die eigentliche Vertretung des Volkes im stehenden Heer. Weit entfernt davon, die Ausscheidung der älteren Landwehrjahrgänge aus der Feldarmee dankbar anzuerkennen, sah das erregte Volk darin vielmehr eine Beleidigung der geliebten Landwehr; und selbst ein so klarer Kopf, wie der Berichterstatter der Militärkommission des Abgeordnetenhauses, der Generalmajor a. D. Stavenhagen, machte sich zum Sprachrohr dieses Unsinns. So gährte es im Volke.

Aus Theodor v. Bernhardis Erinnerungen gewinnen wir dagegen in Niederschriften, die Tag für Tag fortgeführt sind und welche die Beratungen und Gespräche Bernhardis mit den maßgebenden Anhängern und Gegnern der Vorlage viele Wochen hindurch wiedergeben, genauen Einblick in die Stimmungen und Beweggründe der Landtagsopposition. Es ist traurig, daß man aus diesen wortgetreuen Selbstbekenntnissen der Gegner der Vorlage feststellen muß, wie nur die Furcht vor dem Verlust der Love of approbation der Wählermassen — um die Bismarck sich so gar nichts kümmerte — neben dem eigenen Eingeständnisse, von der Sache selbst nichts zu verstehen, Männer wie Georg v. Vincke und andere veranlaßt hat, dieser Vorlage die Genehmigung zu versagen. Sehr klar erkannte der frühere Ministerpräsident v. Manteuffel die Sachlage, als er aussprach: wenn die Liberalen bei dieser Vorlage klug sind, so ist ihnen auf lange Jahre der Besitz der Macht gesichert. Statt dessen stürzten sie Preußen durch ihre unkluge Nachgiebigkeit an die Vorurteile der Massen in einen heillosen Konflikt. Fast noch trauriger ist, daß die damals am Staatsruder befindlichen Minister entweder nicht den Mut oder nicht das Geschick fanden, die ihnen zweifellos ergebene Mehrheit des Abgeordnetenhauses von der Notwendigkeit der Zustimmung zu der Heeresvorlage des Regenten zu überzeugen. Denn daß jeder neue Wahlkampf, nach Ablehnung der Vorlage, bei der Stimmung des Volkes, die Schar der Gegner stärken müsse, war damals schon wahrscheinlich. Sehr bezeichnend erscheint die Haltung eines Mannes wie des Generals Gerlach in diesem Konflikt. „General Gerlach (den be-

kannten Führer der ‚Kreuzzeitungspartei‘) auf der Straße getroffen,“ schreibt Bernhardi am 15. Mai, „zeigt sich diesmal unverhohlen als Lobredner vergangener Tage; er freut sich, daß die Reform der Armee noch nicht endgültig durchgegangen ist, hat doch das Ministerium nicht den Ruhmeskranz, sie durchgebracht zu haben.“ Dagegen gebührt den Historikern Häusser und Sybel das Verdienst, daß sie alles aufgeboten haben, um die gemäßigt Liberalen des Abgeordnetenhauses, namentlich die Fraktion Vincke, zur Annahme des Entwurfs zu bewegen, und die Führer namentlich von der thörichten Rücksicht und Furcht vor der sogenannten „öffentlichen Meinung“ und „Volksstimme“ frei zu machen. Auch das bezeugt Bernhardi an interessanten Einzelnheiten. „Ich habe aber die Überzeugung gewonnen,“ schreibt er als Schlußergebnis, „daß Gründe nicht weiter helfen; denn eigentlich sind die Herren überzeugt, daß es zweckmäßig wäre, die Militärvorlage mit allen ihren Fehlern anzunehmen — aber sie fürchten sich vor der öffentlichen Meinung, vor den Wählern.“

Diese schwächliche Haltung der liberalen Mehrheit des Abgeordnetenhauses führte zunächst zur Annahme der Anträge des Berichterstatters Stavenhagen in der Militärkommission: man wollte die Vermehrung der Aushebung auf 63,000 Mann und der Linienregimenter um 49 bewilligen, verlangte dagegen, daß die Landwehr in der Feldarmee erhalten und daß die zweijährige Dienstzeit der Linieninfanterie zugestanden werde. Diese Anträge hatte Roon schon im Heeresausschuß für unannehmbar erklärt, gleichwohl aber war gewiß, daß das Plenum des Abgeordnetenhauses eben diese Anträge annehmen und demgemäß die Regierungsvorlagen verwerfen werde.

Zu dieser Schwäche der Volksvertretung gesellte sich nun die Schwäche der liberalen Minister. Sie verwirrten die Streitfrage unheilvoll, statt sie klar und entschlossen zu lösen. Männern wie Schleinitz ging freilich entschlossenes Handeln, das in hartem Kampfe mit der Volksmeinung um den Sieg ringen mußte, wider die Natur. So beschloß denn das Ministerium, den Entwurf über

die Regelung der Dienstpflicht zurückzuziehen, und neun Millionen zur „Aufrechterhaltung und Vervollständigung derjenigen Maßnahmen, welche für die fernere Kriegsbereitschaft und die erhöhte Streitbarkeit des Heeres erforderlich und auf den bisherigen gesetzlichen Grundlagen thunlich sind," nur vorläufig, „provisorisch", auf 14 Monate zu fordern. Der Finanzminister v. Patow beging dabei die Unvorsichtigkeit, in der Kommission zu erklären, daß durch Annahme der Vorlage der Regelung aller streitigen Fragen nicht vorgegriffen werde. Bei der Beratung im Plenum schränkte er diese Erklärung zwar wesentlich ein, indem er sagte: der jetzige Zustand der Heeresreform sei nur insoweit ein provisorischer, als eine endgiltige Neuordnung erst nach einer nochmaligen Beratung im Landtage, nämlich bei Feststellung der erforderlichen Kosten im Etat, stattfinden könne. Aber die Mehrheit des Landtags wie des Volkes hielt zäh an der ersten Erklärung des Ministers fest, und behauptete, die ganze Regierung habe durch seinen Mund versprochen, die Heeresreform gänzlich fallen zu lassen und rückgängig zu machen, wenn die Volksvertretung ihre Genehmigung versagen würde. Die liberale Mehrheit der Kammer handelte dabei nicht einmal vollständig im guten Glauben, jedenfalls unter völliger Verkennung der Thatsachen, wenn sie in ihrem „Rechenschaftsbericht"*) behauptete: „Da die Regierung sich zur Begründung ihres Reorganisationsplanes auf die exceptionelle Lage Europas bezog, so hat die Volksvertretung sich die Frage vorlegen müssen, ob nicht die durch diese Lage gebotene Verstärkung des Heeres auch nur eine exceptionelle, d. h. vorübergehende sein könne." Die Bezugnahme auf die bedenkliche Lage Europas war aber nur einer der Nebengründe der Neuordnung des preußischen Heerwesens. Unmöglich konnte das Abgeordnetenhaus die geforderte dauernde Neuordnung des Heeres, welche mit dessen seit Jahrzehnten hervorgetretenen Mängeln begründet wurde, verwechseln mit einer vorübergehenden Verstärkung desselben aus Anlaß einer besonderen politischen

*) „Die Legislaturperiode des Hauses der Abgeordneten 1859—1861."

Verwickelung. Abermals trifft das liberale Ministerium der Vorwurf, daß es dieser unstichhaltigen Annahme des Abgeordnetenhauses nicht klar und scharf entgegentrat, ehe dieses mit 315 gegen 2 Stimmen den außerordentlichen Kredit von 9 Millionen Thalern bewilligte.

Daß Bismarck in dieser wichtigen Frage durchaus auf der Seite des Prinzregenten und Roons stand, wissen wir bereits. Er hat jedenfalls auch wesentlichen Anteil genommen an der Einbringung und Fassung des Antrages, den das Herrenhaus am 22. Mai 1860 zugleich mit der Neunmillionenvorlage einstimmig annahm: „das Herrenhaus hat nur mit Befriedigung entnehmen können, daß die königliche Staatsregierung Entschließungen gefaßt hat, welche zur wesentlichen Kräftigung des Heeres zu führen geeignet sind, und hofft mit Zuversicht, daß sie auf diesem Wege beharren und alle zur Reorganisation des Heeres erforderlichen Maßregeln energisch in Ausführungen bringen, zu diesem Behufe auch insoweit, als dieselben nicht schon kraft der Prärogative des Kriegsherrn durchgeführt werden können, die erforderlichen gesetzlichen Bestimmungen seiner Zeit einbringen werde.“ Am folgenden Tage, am 23. Mai, schloß der Prinzregent die Tagung. Seine Thronrede ließ keinen Zweifel darüber, daß die Regierung in der Kreditbewilligung die Zustimmung zu der „erhöhten Streitbarkeit“ des Heeres überhaupt, nicht bloß für die augenblickliche Kriegsbereitschaft, d. h. also zur Heeresreform im allgemeinen und auf die Dauer erblicke. Denn der Prinzregent sagte vom Throne aus: die Beanstandung der Vorlage über die Heerpflicht sei beklagenswert. Die dadurch herbeigeführte Verzögerung hätte bedenklich werden können, wenn der Landtag nicht die Mittelung zur Erhöhung der vaterländischen Wehrkraft bewilligt hätte. Der Regent erblicke darin eine Bürgschaft dafür, daß die Notwendigkeit der Heeresreform doch endlich richtig gewürdigt und die Lösung der zurückgestellten Frage eines Wehrgesetzes baldigst gelingen werde. Mochten also die dem Beschlusse des Landtags vorausgehenden Erklärungen des Ministers v. Patow immerhin verschiedener Deutungen fähig sein, diese bei weitem

maßgebendere Aussprache des Trägers der königlichen Gewalt lautete klar und bestimmt dahin, daß die Regierung die Heeresform ihrerseits keinesfalls zurückziehen werde, sondern als endgiltig beschlossen und auch vom Landtag als endgiltig genehmigt ansehe.

Der Kriegsminister Roon war entschlossen, alle Kraft und alle Macht seines Amtes an die Ausführung dieser Willenserklärung des Regenten zu setzen. Aber mit Besorgnis erfüllte ihn der Umblick unter seinen Kollegen im Ministerium, von denen sich manche in diesem ersten Stadium des parlamentarischen Streites um die wichtigste Frage keineswegs stark und fest gezeigt hatten. Er selbst hatte mit wunderbarem Geschick und großem Eindruck bei Freund und Feind seine Stellung auf dem ihm völlig neuen Kampfplatz des Landtags genommen und behauptet. Aber er meinte, Bismarck würde das noch viel besser gethan haben, als er selbst, namentlich aber hielt er sein eigenes juristisches und staatsrechtliches Wissen für künftige Kämpfe nicht zureichend, und deshalb empfahl er schon damals Herrn v. Bismarck dem Regenten als Minister. Während der letzten Wochen der Tagung hatte er sich in häufigen Gesprächen mit Bismarck, an denen meist noch Roons Neffe und Bismarcks Jugendfreund, der Abgeordnete Moritz v. Blanckenburg teilnahm, auch davon überzeugen können, daß zwischen ihnen vollkommene Übereinstimmung der politischen Anschauungen und Überzeugungen bestehe, die Roon auch mit dem Prinzregenten aufs innigste verband. Doch hielt der Regent jetzt den Zeitpunkt noch nicht gekommen, Bismarck ins Ministerium zu berufen. Er fürchtete, die Gegnerschaft gegen die Heeresreform durch die Ernennung des den Gegnern besonders verhaßten Bismarck nur zu stärken und noch leidenschaftlicher zu machen. Denn als der Regent, dank Roons unermüdlicher Thätigkeit schon im Juli 1860, nach Vollendung der neuen Heerbildungen, die Einteilung derselben in Regimentsverbände verfügen konnte und die Offiziere und Unteroffiziere endgiltig ernannte, ging eine tiefe Enttäuschung und Erbitterung durch Preußen, und laut erhob sich der Ruf, daß die Regierung das Volk täusche, indem sie endgültig und für immer einrichte, was nach Patows Zu-

sicherung nur einstweilen und vorübergehend bestehen solle. Die seit 1858 sehr zum Nachteil der Regierung umgeschlagene Stimmung offenbarte sich im Herbst 1860 namentlich darin, daß bei zwei Nachwahlen zum Abgeordnetenhause jetzt zum erstenmal wieder zwei Häupter der Demokratie von 1848, Waldeck und Schulze-Delitzsch, gewählt wurden.

In diesen schweren Tagen, am 2. Januar 1861, erlosch das umnachtete Dasein König Friedrich Wilhelms IV., begann König Wilhelm I. im eigenen Namen die Regierung. Sein Erlaß „an mein Volk" vom 7. Januar zeigte, daß er nicht an einen Wechsel jener Regierungsgrundsätze denke, die er schon am 8. November 1858 beim Antritt der Regentschaft ausgesprochen hatte. Noch entschiedener wie damals betonte er die unlösliche Verbindung der preußischen und deutschen Interessen in diesem Erlaß wie in der Thronrede, mit der er am 14. Januar den Landtag eröffnete. Zugleich aber sprach er in dieser feierlichen amtlichen Kundgebung nochmals aus, daß er die Heeresreform als eine fertige Schöpfung betrachte. Denn er sagte hier: die Verstärkung des Heeres, für welche der Landtag in der letzten Session die Mittel bewilligt habe, sei erfolgt, die Zahl der Truppen gesteigert, der innere Zusammenhalt, die Festigkeit und Zuverlässigkeit der neuen Bildungen gesichert. Der für die Beibehaltung der Neuerungen erforderliche Betrag war in das Ordinarium des Staatshaushaltplanes eingestellt, um dadurch jene Neuerungen auch äußerlich als etwas Endgiltiges, bleibend Bestehendes zu kennzeichnen. Noch im Januar verlieh der König den neuen Regimentern auch neue eigene Fahnen.

Das Herrenhaus zeigte sich mit alledem durchaus einverstanden. Es bewilligte jetzt auch mit starker Mehrheit die früher verworfenen Gesetze über die Notzivilehe und die Grundsteuer, da die Thronrede ohne die Grundsteuer den Geldbedarf für die Heeresreform als nicht gesichert erklärte. Selbst einen Tadel des Königs nahm das Herrenhaus mit ehrerbietigem Schweigen hin. Das Herrenhaus hatte nämlich in seiner Adresse an den König die anmaßliche Mahnung gerichtet: „Der König möge seinem verstorbenen

Bruder nacheifern." Der König entgegnete: „Er wolle keinen Bruch mit der Vergangenheit, wohl aber die bessernde Hand an die Einrichtungen des Landes legen, wie dies der König sein Vater in der Gesetzgebung von 1808 und auch sein Bruder gethan habe, und er erwarte vom Herrenhause zuversichtlich, daß es ihm auf diesem Wege folgen werde." Von da ab herrschte ungetrübte Harmonie zwischen dem Könige und der ersten preußischen Kammer.

Das Abgeordnetenhaus dagegen benützte schon die Adreßdebatte, um die Regierung zur Anerkennung des Königreichs Italien und zu einer gründlichen Umgestaltung der deutschen Bundesverfassung im Sinne der preußischen Union von 1850 zu drängen. Da der König vor der gesetzlichen Sicherung der Heeresreform zu derartigen Schritten nicht geneigt war, so erklärte Schleinitz diese Anträge als zur Zeit für die Regierung unannehmbare. Dadurch erregte er die bittere Entgegnung: eine Regierung, die in der deutschen Frage ohne Kraft und Mut sei, brauche auch nicht 100 000 neue Soldaten. Jetzt fand sich um Waldeck schon eine Gruppe von etwa 50 Abgeordneten, welche bei Beratung des Militärbudgets — dem einzigen Punkte, an dem man der verhaßten Heeresreform noch zu Leibe konnte — die gesamten Mehrkosten der Neuordnung in Höhe von 8 Millionen streichen wollte. Aber auch die gemäßigt liberale Mehrheit, unter Führung von Kühne und Vincke, dachte gar nicht an eine glatte Bewilligung der Heeresbedürfnisse, obwohl sie den Fortbestand der neuen Regimenter nicht beeinträchtigen mochte. Wohl aber wollte sie die Regierung zwingen, ein neues Wehrdienstgesetz vorzulegen, in welchem die zweijährige Dienstzeit und die Erhaltung der Landwehr in der Feldarmee stehen würden, während die Regierung, namentlich der König, sich für berechtigt gehalten hatten, die gesamte Heeresreform auf Grund des preußischen Wehrdienstgesetzes von 1814 durchzuführen, welches den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht aussprach, daher von selbst die Einstellung aller wirklich Wehrpflichtigen zuließ und gebot, und die Verwendung der Landwehr durchaus dem königlichen Gutbefinden anheimstellte. Die Rechtsgründe, mit denen das Abgeordnetenhaus

diese gesetzlich bestehenden Befugnisse des Königs und seiner Regierung zu bestreiten versuchte, waren im höchsten Grade unstichhaltig. Aber zweifellos besaß das Abgeordnetenhaus das Budgetbewilligungsrecht, und dieses wollte die gemäßigt liberale Mehrheit nicht um ein Linsengericht verkaufen. Es beschloß also: die endgiltige Anerkennung der Heeresreform nur auszusprechen, falls ein neues Gesetz über die Wehrpflicht vorgelegt werde. Die Kosten der neuen Einrichtungen wurden, mit einem von der Regierung genehmigten Abstrich von 3/4 Millionen Thaler, nochmals für das laufende Jahr bewilligt, aber diese Summen wurden aus dem Ordinarium unter die „einmaligen und außerordentlichen Ausgaben“ versetzt. So war der offene Bruch noch einmal vermieden. Die zu Ende des Jahres neugewählte Landesvertretung mochte dann zusehen, wie sie die brennende Frage endgiltig bewältigte. Weder von großem Mute noch von klarer und weiter politischer Erkenntnis zeugten diese Beschlüsse.

Der König aber dankte dem Landtag, den er am 5. Juni 1861 entließ, auch für das, was dieser bewilligt hatte: für die Gewährung der Mittel, welche zur Aufrechterhaltung der vom König angeordneten, für die Größe und Machtstellung Preußens unerläßlichen Organisation des Heeres hinreichten. Er erklärte: auch die Regierung werde weder die Herbeiführung entsprechender gesetzlicher Normen, noch die Herstellung regelmäßig geordneter Etatsverhältnisse im Ressort der Militärverwaltung aus dem Auge verlieren. Die Hauptsache, die Neuordnung der preußischen Wehrkraft, sah er auch jetzt aus dem Streite der Parteien unversehrt hervorgehen und hoffte, bis zu den Neuwahlen werde das preußische Volk die Notwendigkeit der Heeresreform und die weise Fürsorge seines Königs erkennen und eine starke Mehrheit von Anhängern der Regierung nach Berlin senden. Weit entfernt war der König jetzt von jener vorübergehenden Verzagtheit, da die schwankenden Entschlüsse seiner Minister über die Vorlagen an den Landtag betreffs der Heeresreform im Herbst 1860 ihn zu der amtlichen Erklärung an das Ministerium bewogen hatten: „daß er unter diesen Umständen ab-

zudanken entschlossen sei."*) Denn jetzt erfüllten die Seele des Königs große Gedanken und Vorhaben, deren Eindruck auf die Herzen seiner Preußen er auch für das ihm teuere Kleinod der Heeresreform nützlich erachtete. Er wollte die kurhessische und dänische Frage lösen und durch seine eigene feierliche Krönung und Huldigung die preußische Königswürde allen Unterthanen in dem Glanze einer Staatsaktion erstrahlen lassen, die seit dem ersten Könige von Preußen nicht mehr erlebt worden war. Doch heftiger Streit erhob sich um die vom König verlangte Huldigung im Ministerium. Schließlich ließ der König selbst diese Forderung fallen, da man ihm „das Größere", die Krönung, zugab. Noch während dieser Streit andauerte, telegraphierte aber Roon am 28. Juni, mit der Unterschrift „Moritz C. Henning" — dem Vornamen des beiderseitigen Freundes Blanckenburg — an Bismarck nach Petersburg: „Es ist nötig, die beabsichtigte Urlaubsreise unverzüglich anzutreten. Periculum in mora." Bismarck hatte den Sitzungen des Herrenhauses im Frühjahr 1861 nicht beiwohnen können, da ihn seine amtlichen Pflichten in Petersburg festhielten. Das Telegramm des Freundes beantwortete er am 2. Juli. Schon die Depesche hatte das zwischen den Freunden verabredete Stichwort enthalten, welches Bismarck aufforderte, sich für den Eintritt ins Ministerium bereit zu machen. Außerdem hatte Roon auch eingehend geschrieben, daß Bismarck jetzt den Dienst im Kampfministerium antreten müsse. Bismarck verhehlt daher zu Beginn seiner Antwort nicht, daß Roons Kommando: „an die Pferde" in seinem Familienfrieden „mit schrillem Mißklang" hineingetönt sei. „Ich bin geistesträge, matt und kleinmütig geworden, seit mir das Fundament der Gesundheit abhanden gekommen ist. Doch zur Sache. In dem Huldigungsstreit verstehe ich nicht recht, wie er so wichtig hat werden können, für beide Teile." Die rechtliche Befugnis des Königs zu diesem Verlangen stehe mit der Verfassung keinesfalls in Widerspruch, Bismarck sei aber nicht „von der praktischen Wichtigkeit der Ausübung (dieses königlichen

*) Denkwürdigkeiten Roons, Bd. II S. 36.

Rechtes) durchdrungen. Meinem Eindruck nach lag der Hauptmangel unserer bisherigen Politik darin, daß wir liberal in Preußen und konservativ im Auslande auftraten, die Rechte unseres Königs wohlfeil, die fremder Fürsten zu hoch hielten. Eine natürliche Folge des Dualismus zwischen der konstitutionellen Richtung der Minister und der legitimistischen, welche der persönliche Wille Sr. Majestät unserer auswärtigen Politik gab. Ich würde mich nicht leicht zu der Erbschaft Schwerins entschließen, schon weil ich mein augenblickliches Gesundheitskapital dazu nicht ausreichend halte. Aber selbst wenn es der Fall wäre, würde ich auch im Innern das Bedürfnis einer anderen Färbung unserer auswärtigen Politik fühlen. Nur durch eine Schwenkung in unserer ‚auswärtigen' Haltung kann, wie ich glaube, die Stellung der Krone im Innern von dem Andrang entlastet werden, dem sie auf die Dauer sonst thatsächlich nicht widerstehen wird, obschon ich an der Zulänglichkeit der Mittel dazu nicht zweifle. Man sollte glauben, daß eine lange und schwere Mißregierung das Volk gegen seine Obrigkeit so erbittert hätte, daß bei jedem Luftzug die Flamme aufschlägt. Politische Unreife hat viel Anteil an diesem Stolpern über Zwirnsfäden; aber seit 14 Jahren haben wir der Nation Geschmack an der Politik beigebracht, ihr aber den Appetit nicht befriedigt, und sie sucht die Nahrung in den Gassen. . . . Ich bin meinem Fürsten treu bis in die Waden, aber gegen alle anderen fühle ich in keinem Blutstropfen eine Spur von Verbindlichkeit, den Finger für sie aufzuheben. In dieser Denkungsweise fürchte ich von der unseres allergnädigsten Herrn so weit entfernt zu sein, daß er mich schwerlich zum Rate seiner Krone geeignet finden wird. Deshalb wird er mich, wenn überhaupt, lieber im Innern verwenden. Das bleibt sich aber meines Erachtens ganz gleich, denn ich verspreche mir von der Gesamtregierung keine gedeihlichen Ergebnisse, wenn unsere auswärtige Haltung nicht kräftiger und unabhängiger von (außerpreußischen) dynastischen Sympathien wird, an denen wir aus Mangel an Selbstvertrauen eine Anlehnung suchen, die sie nicht gewähren können und die wir nicht brauchen. . . . Es wäre besser gewesen, in der

Militärfrage stramm zu halten gegen Kühne, mit der Kammer zu brechen, sie aufzulösen, und damit der Nation zu zeigen, wie der König zu den Leuten steht. Wird der König zu solchem Mittel im Winter greifen wollen, wenn's paßt? Ich glaube nicht an gute Wahlen für diesmal, obschon gerade die Huldigungen dem Könige manches Mittel gewähren, darauf zu wirken. Aber rechtzeitige Auflösung, nach handgreiflichen Ausschreitungen der Mehrheit sind ein heilsames Mittel, vielleicht das richtigste, zu dem man gelangen kann, um gesunden Blutumlauf herzustellen." Am folgenden Tage, dem 3. Juli — man denke: nur fünf Jahre vor Königgrätz! — fügt Bismarck noch eine Nachschrift am Rande hinzu: „Umziehen, Streiten, Ärgern, und die ganze Knechtschaft Tag und Nacht bilden eine Perspektive, bei der ich schon heut Heimweh nach Petersburg oder Reinfeld habe. In besserer Gesellschaft als in der Ihrigen kann ich (freilich) niemals in den Schwindel hineingeraten; aber auf der Sabower Haide hinter den Rebhühnern war es für uns beide behaglicher. Ich mag mich nicht drücken, denn ich mag mir keiner Feigheit bewußt sein, aber wenn in 14 Tagen dieses Gewitter spurlos an mir vorübergezogen und ich ruhig bei Muttern wäre, so würde ich mir einen Enten . . . ß wünschen, um vor Befriedigung damit wackeln zu können."

Bismarck reiste, um nicht Aufsehen zu erregen, nur in Urlaub am 6. Juli von Petersburg ab. Er nahm das Schiff nach Lübeck und erreichte am 10. Juli Berlin. Hier traf er den König nicht mehr, der bereits in Baden-Baden weilte, auch nicht einmal Roon, der gleichfalls verreist war. Den Freund wollte Bismarck in Berlin erwarten. Aber Minister Schleinitz störte diese Absicht durch das Ersuchen, Bismarck solle thunlichst schleunig nach Baden-Baden reisen. Zugleich erklärte der Minister Herrn v. Bismarck, daß er „versetzt" werden solle. Wohin, in welches Amt? Das wurde nicht gesagt. Doch klang das Wort „versetzt" durchaus nicht wie eine bei Sicht fällige Anweisung auf einen Ministerposten, sondern eher wie die Ankündigung eines längeren unsteten diplomatischen Wanderlebens. Bismarck wenigstens wurde durch diese Eröffnung, wie die

von der alten Reichsacht Betroffenen, „aus dem Frieden gesetzt in den Unfrieden“. Noch fast ein Jahr später, zu Pfingsten 1862, schreibt er an Roon: „Ein fester Wohnsitz fehlt mir eigentlich seit Juli v. J., wo mir Schleinitz zuerst sagte, daß ich versetzt würde.“ Einstweilen reiste Bismarck pflichtschuldig sofort nach Baden-Baden und traf hier schon am 11. Juli ein. Bis zum 16. Juli verhandelte er dort eingehend mit dem Könige. Doch war von Bismarcks Eintritt ins Ministerium auch hier kaum die Rede. Er erfuhr aus des Königs eigenem Munde, wie schwer dieser unter dem Streit um die preußische Heeresreform gelitten hatte und noch leide, wie unter den Ministern fast nur Roon in allen Fragen bis zu der am 3. Juli im Ministerkonseil entschiedenen Huldigungs- und Krönungsangelegenheit zum König stehe, wie weite Kreise des deutschen Volkes in der deutschen Frage ungestüm vorwärts drängten und König Wilhelm selbst entschlossen sei, eine bestimmte Stellung in der großen Frage zu nehmen. Bismarck mahnte den teuren Herrn bei allen diesen bewegten Aussprachen immer nur zu einer tapferen Politik, wie er schon von Frankfurt aus die frühere Regierung immer ermahnt hatte. Eine Folge seiner Ratschläge war wohl zunächst der kräftige Zusatz, den der König am 13. Juli in Baden eigenhändig unter das Protokoll über die Ministersitzung vom 3. Juli schrieb: „Die ersten Beamten der Krone seien berufen, dem Souverän ihre Gesetzesvorlagen zu machen; dieser habe sie zu prüfen und, bei Nicht-Einverständnis, eine Ausgleichung und Annäherung der Ansichten zu versuchen. Ein Wille und Eine Ansicht müsse zuletzt entscheiden, das sei die des Königs. Wer von den Ministern sich dessen Entscheidung aus Gewissens-Überzeugung nicht anzuschließen vermöge, müsse dann allerdings zurücktreten.“ Zugleich forderte der König Herrn v. Bismarck auf, eine Denkschrift über die deutsche Frage auszuarbeiten — eine bedeutsame Ferienaufgabe, die Bismarck nach ihrem dem Könige noch in Baden vorgelegten Entwurfe auch Herrn v. Below-Hohendorf mitteilte und die für die Entschlüsse der preußischen Regierung und Politik in Deutschland für die nächste Zeit von maßgebendem Einfluß ge-

worden ist. Ehe aber Bismarck Baden-Baden am 16. Juli verließ, trat hier noch ein ebenso aufregender als unerwarteter Zwischenfall ein: der halbverrückte Leipziger Student Oskar Becker machte nämlich am 14. Juli einen erfolglosen Mordversuch auf den König. Auch dieser frevelhafte Anschlag brachte den König, wie Bismarck mit freudiger Zuversicht wahrnahm, keinen Augenblick aus dem ruhigen Gottvertrauen seiner Seele.

Leider verfehlte Bismarck auch auf der Rückreise nach Berlin den treuen Roon. Telegramme, „Bestechung des Zugführers", alles blieb vergeblich. Während Bismarck nach Berlin fuhr, eilte Roon nach Baden-Baden. Die Freunde kreuzten sich wahrscheinlich „auf der Höhe von Trebbin". Bismarck schrieb ihm zweimal am 17. Juli, von Frankfurt und Berlin aus, sehr betrübt über dies Mißgeschick. Zugleich teilte er mit, daß er nun mit Frau und Kindern „vier Wochen in Reinfeld im blauen Ländchen bleibe und dann nach Stolpmünde gehen" werde. In Reinfeld aber erhielt Bismarck am 16. August die erschütternde Kunde, daß Tags zuvor der älteste, fünfzehnjährige, vielversprechende Sohn seiner einzigen Schwester und des lieben Jugendfreundes und Schwagers, Oskar v. Arnim, auf der Entenjagd erschossen worden sei. Der Trostbrief, den Bismarck da schmerzbewegt schrieb, ist ein leuchtendes Zeugnis von Seelengröße und innigster Gefühlswärme. Einige Stellen wurden schon früher mitgeteilt. Hier mögen noch die folgenden stehen: „Wir sind in Gottes gewaltiger Hand ratlos und hilflos, soweit Er selbst uns nicht helfen will, und können nichts thun, als uns in Demut unter seine Schickung beugen. Mische Deinen gerechten Schmerz nicht mit Bitterkeit und Murren, sondern vergegenwärtige Dir, daß Dir ein Sohn und eine Tochter bleibt, und daß Du mit ihnen, und selbst in dem Gefühl, ein geliebtes Kind fünfzehn Jahre lang besessen zu haben, Dich als gesegnet betrachten mußt im Vergleich mit den vielen, welche Kinder niemals gehabt und Elternfreuden niemals gekannt haben. Wie verschwinden alle kleinen Sorgen und Verdrießlichkeiten, welche unser Leben täglich geleiten, neben dem ehernen Auftreten wahren Unglücks, und

ich empfinde, wie eben so viel Vorwürfe, die Erinnerungen an alle Klagen und begehrlichen Wünsche, über welchen ich so oft vergessen habe, wie viel Segen uns Gott gibt und wie viel Gefahr uns umringt, ohne zu treffen. . . . Der Kreis derer, die wir lieben, verengt sich und erhält keinen Zuwachs, bis wir Enkel haben. Man schließt in unseren Jahren keine Verbindungen mehr, die uns die absterbenden ersetzen könnten. Laß uns darum um so enger in Liebe zusammenhalten, bis auch uns der Tod voneinander trennt, wie jetzt Deinen Sohn von uns. Wer weiß, wie bald!"

Inzwischen war der König von Baden-Baden, in Begleitung des Ministers v. Schleinitz und des Londoner Gesandten Grafen Bernstorff, nach Ostende gereist. Hier fand sich auch des Königs Schwiegersohn, der Großherzog von Baden, mit seinem neuen, gut deutsch gesinnten und thatenlustigen Minister Roggenbach ein, der die deutsche Frage beim König lebhaft anregte: die Wiederaufnahme der preußischen Unionsbestrebungen von 1849, einen Bundesstaat unter Preußens Führung, ein deutsches Parlament, verantwortliche Bundesminister. Viel bereitwilliger als Schleinitz ging Bernstorff auf den Plan ein, den der König selbst eifrig ergriff. In Koblenz sollte die Entscheidung in einem großen Ministerrate erwogen werden, der am 20. September auch stattfand. Bismarck war schon eine Woche zuvor nach Koblenz entboten worden und dort eingetroffen. Roggenbachs Vorschläge entsprachen in der Hauptsache ganz seinen eigenen Plänen, nicht minder das zu Anfang Oktober ausgeführte Vorhaben des Königs, den Badener Besuch des Kaisers Napoleon in Compiègne zu erwidern und hier von neuem sich der freundschaftlichen und friedlichen Gesinnungen des französischen Herrschers zu versichern. Von besonderer Wichtigkeit aber war in Bismarcks Augen die Gewißheit, daß der schwächliche Schleinitz den neuen Zielen der preußischen Politik in keiner Weise gewachsen sei, und daher baldigst dem wenigstens etwas entschlosseneren Bernstorff Platz machen müsse. Bismarcks eigene Zukunft war durch diesen im Oktober 1861 wirklich vollzogenen Ministerwechsel freilich nur noch unsicherer geworden als zuvor. Denn Herr v. Schleinitz, ein

Liebling der Königin Augusta, zog sich fortan in das Ministerium des königlichen Hauses nur als auf einen Lauerposten zurück, von dem aus er bis 1877 immer die Wiedereroberung der auswärtigen Leitung erhoffte. Graf Bernstorff aber hatte so wenig Vertrauen auf den Bestand seiner neuen Würde, daß er den Gesandtschaftsposten in London, der eigentlich Bismarck gebührt hätte, unbesetzt ließ, um sich dorthin im Notfall zurückzuziehen. Aber viel wichtiger als die Sicherheit des eigenen Schicksals war in Bismarcks Augen die größere Sicherheit der preußischen und deutschen Politik unter der Leitung Bernstorffs.

Auch auf die feierliche Krönung des Königs in Königsberg am 18. Oktober 1861 setzte Bismarck, wie wir aus seinem Briefe an Roon vom 2. Juli ersahen, gute Hoffnungen. Er selbst wohnte der bedeutsamen Feier bei und wurde von seinem Könige dabei hochgeehrt durch die Verleihung des Titels eines Wirklichen Geheimen Rates mit dem Prädikat Excellenz. Die aufreizenden Gerüchte, daß der König mit diesem ungewöhnlichen Gepränge beabsichtige, die Königswürde, gleich seinem Bruder auf eine den lebendigen Regungen des Volkes ferne Höhe zu stellen, mußten verstummen angesichts der amtlichen Aussprachen des Königs bei der Krönung. Denn in einem Erlaß an das Staatsministerium dankte König Wilhelm mit herzlicher Genugthuung für „die warme und freudig hingebende Gesinnung, die sich in allen Teilen des Landes und in allen Kreisen des Volkes kund gegeben“ und versicherte, „daß er das Vertrauen des Volkes, auf dessen bewährte Gesinnung und Hingebung er zu allen Zeiten rechne, erwidere und in der unausgesetzten Beförderung der gesetzlichen Entwickelung des Volkes die Bürgschaft weiterer Erfolge anerkenne.“

Die am 6. Dezember 1861 vollzogenen Neuwahlen zum preußischen Abgeordnetenhause bewiesen jedoch, daß die große Mehrheit des Volkes gegen die Zusicherungen seines treuen Königs Ohr und Herz verschlossen hielt. Bismarck hatte schon am 2. Juli an Roon geschrieben: „Ich glaube nicht an gute Wahlen für diesmal.“ Aber sie fielen über alle Befürchtungen schlecht aus. Gleich nach dem

Schlusse des Frühjahrslandtags hatte sich die Demokratie unter dem Namen der „Deutschen Fortschrittspartei" konstituiert und am 9. Mai ein Programm erlassen, welches eine Umgestaltung des Herrenhauses forderte, die Schwäche des Ministeriums tadelte und die Bewilligung der Heeresvorlage ablehnte, bis die Erhaltung der Landwehr und die zweijährige Dienstzeit zugestanden werde. Das Programm der bisher ministeriellen Liberalen unterschied sich nur durch eine maßvollere Taktik von demjenigen der Radikalen. Diese aber spielten sich nach der Königsberger Krönung erst recht als die alleinigen Anwälte der bedrohten „Volksrechte" auf; und das bethörte Volk glaubte ihnen, selbst in dem bisher immer konservativen Osten der preußischen Monarchie. Am 6. Dezember wurden 139 Radikale (Fortschrittler und Angehörige der ihnen nahestehenden Fraktionen Bockum-Dolffs und Immermann) gewählt, die ministeriellen „Altliberalen" waren auf 92 zusammengeschmolzen, die Konservativen zählten nur 24, die zum ersten Male auftretende katholische Partei etwas über 50 Stimmen. Das war die Ernte jener Sturmsaat, welche die liberalen Minister in der Zeit der neuen Ära ausgesät hatten.

Am 14. Januar 1862 wurde der neue Landtag eröffnet. Alsbald legte die Regierung die vom vorigen Abgeordnetenhause gewünschte Gesetzesvorlage über die Wehrpflicht vor und kündigte weitere Ersparnisse im Militäretat an. Auch liberale Gesetzentwürfe wurden eingebracht: über die Aufhebung der gutsherrlichen Polizei, eine Kreisordnung, ein Gesetz über die Oberrechenkammer u. s. w. Aber die radikale Mehrheit des Hauses der Abgeordneten war schnell mit dem Urteil fertig, daß die Hauptsumme aller Ergebnisse dieser Vorlagen nur der Reaktion zu Gute komme, und dafür solle man die dreijährige Dienstzeit und die Kostenlast für die neuen Regimenter dauernd hinnehmen. Nimmermehr! Überall zeigte die Mehrheit der Regierung sofort unverhohlene mißtrauische Abneigung, entschlossenen Widerstand. In der kurhessischen Frage hatte Österreich sich zu Ende des Jahres 1861 dem preußischen Standpunkt wesentlich angenähert. Daher lag jetzt ein gewisses vorsichtiges

Vorwärtsschreiten Preußens im Interesse der Sache und der kurhessischen Verfassungskämpfer selbst. Das Abgeordnetenhaus drängte dagegen in der ungestümsten Weise nach dem letzten Ziele hin. Ebenso in der Frage der Bundesreform, die Herr v. Beust im Vorjahre wieder einmal in Angriff genommen und verfahren hatte, so daß Preußen in einem Rundschreiben vom 20. Dezember 1861 den deutschen Höfen erklärte: Die Bundesreform könne nur gelöst werden durch die Gründung eines Bundesstaates innerhalb des deutschen Staatenbundes von 1815. Schon diese Erinnerung an Preußens Unionsbestrebungen von 1849/50 hatte in den Mittelstaaten und in Österreich die feindseligsten und häßlichsten Leidenschaften gegen Preußen entfesselt. Nun aber beschloß der vom preußischen Abgeordnetenhause zur Beratung der deutschen Frage niedergesetzte Ausschuß am 25. Februar 1862 sogar: das deutsche Volk habe ein Anrecht auf die Reichsverfassung von 1849, der Bundestag sei 1848 rechtmäßig aufgehoben und bestehe daher überhaupt nicht zu Recht. Preußen müsse daher einen deutschen Bundesstaat mit einem deutschen Parlament ins Leben rufen. Vergebens wies die Regierung auf das zur Zeit Zweckwidrige und Gefährliche dieses Antrages und eines ihm entsprechenden Vorgehens. Der Ausschuß beharrte unbedingt auf seinem Beschlusse und drohte ihn vor das Plenum des Hauses zu bringen, dessen Mehrheit ihm zweifellos zugestimmt haben würde.

Ehe es jedoch soweit kam, führte die Haltung des Ausschusses für die Wehrgesetzvorlage eine rasche Entscheidung herbei. Alle in dieser Vorlage von der Regierung gemachten Zugeständnisse hielt der Ausschuß nämlich für unzureichend, da die zweijährige Dienstzeit nicht bewilligt sei. Am 5. März erklärte Roon endgiltig, daß die Regierung von der dreijährigen Dienstzeit nicht lassen könne. Nach dieser Entscheidung war die Mehrheit entschlossen, alle Kosten für die Heeresreform zu streichen. Um der Regierung aber die Möglichkeit zu entziehen, durch Ersparnisse bei einigen der Haupttitel des Militärbudgets die Kosten der Neugestaltung des Heeres mittelbar zu beschaffen, brachte der Abg. Hagen am 6. März

den Antrag ein: die Regierung sei nicht nur verantwortlich zu machen für die Hauptsumme der einzelnen Titel des Budgets, sondern auch für jeden einzelnen Ansatz der einzelnen Titel, aus denen sich jene Hauptsumme ergebe. Demgemäß habe die Regierung auch schon für das laufende Jahr den Etat zu spezialisieren, was bisher nicht Brauch war. Minister v. Patow erklärte den Antrag grundsätzlich für berechtigt und versprach, für 1863 einen spezialisierten Etat vorzulegen; für 1862 dagegen sei diese zeitraubende Arbeit nicht mehr möglich. Werde der Antrag trotzdem angenommen, so müsse das Ministerium zurücktreten. Das eben bezweckte dieser Antrag. Die Fortschrittspartei hoffte die Sitze des Ministeriums selbst zu gewinnen und glaubte einen entscheidenden Sieg erfochten zu haben, als das Haus den Antrag Hagen mit 177 gegen 143 Stimmen annahm. Wie die Römer ihren verdientesten Männern den Ehrentitel „Vater des Vaterlandes" verliehen, so wurde das unsterbliche Verdienst Hagens um das „Vaterland" von der Berliner Demokratie durch den Beinamen „der Konfliktsvater" ausgezeichnet.

Am 8. März reichte das gesamte Ministerium dem Könige die Entlassung ein. Anfangs wollte sich König Wilhelm auch jetzt noch nicht von den Männern der liberalen neuen Ära trennen und verfügte daher am 11. März die Auflösung des Abgeordnetenhauses. Aber als die liberalen Minister dann in den folgenden Kabinetsberatungen noch weitere Zugeständnisse an das Abgeordnetenhaus vorschlugen, welche einen Zwiespalt mit dem Herrenhause herbeigeführt hätten, das in der Heeresreformfrage treu zum Könige stand, da schloß sich der König den Mahnungen Roons und v. d. Heydts an: nicht durch Zurückweichen, sondern nur durch Festigkeit sei auf Erfolg zu hoffen. Man habe sich schon jetzt viel zu weit nach links drängen lassen und werde die konservative Grundlage ganz verlieren. Da traten sämtliche liberale Minister aus dem Kabinet: Auerswald, Graf Schwerin, Patow, Bernuth, Graf Pückler. Der König entließ sie. Die neue Ära war zu Ende. Graf Bernstorff behielt das Auswärtige, v. d. Heydt über-

nahm die Finanzen. An die Spitze des neuen Ministeriums trat der bisherige Präsident des Herrenhauses, Fürst zu Hohenlohe-Ingelfingen. Herr v. Jagow übernahm das Innere, Graf Lippe die Justiz, Graf Itzenplitz die Landwirtschaft, v. Mühler den Kultus — es war ein durchaus konservatives Ministerium, das wohl wußte, welche heißen und entscheidenden Kämpfe ihm bevorständen. Die feindselige Stimmung im Volke ließ darüber keinen Zweifel.

Drittes Kapitel.

Bismarcks Ernennung zum Gesandten in Paris. Sein Eintritt in das Ministerium (1862).

Bismarck hatte alle diese Vorgänge mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt. Schon ehe er unmittelbar nach der Krönung in Königsberg nach Petersburg zurückkehrte, hatte er an den Freund v. Below-Hohendorf aus Stolpmünde über das Wahlprogramm der Konservativen geschrieben: „Ich hätte gewünscht, daß in dem Programm anstatt des vagen Ausfalls gegen die deutsche Republik offen ausgesprochen wäre, was wir in Deutschland geändert und hergestellt wünschen, sei es durch Anstrengung rechtlich zu stande zu bringender Änderungen der Bundesverfassung, sei es auf dem Wege kündbarer Associationen nach Analogie des Zollvereins. Wir haben die doppelte Aufgabe, Zeugnis abzulegen, daß das Bestehende der Bundesverfassung unser Ideal nicht ist, daß wir die notwendige Änderung aber auf rechtmäßigem Wege offen anstreben, und über das zur Sicherheit und zum Gedeihen aller erforderliche Maß nicht hinausgehen wollen." Durch Roon wurde Bismarck dann über die weitere Entwickelung des Konfliktes genau unterrichtet. Denn immer behielt der Freund Bismarcks Berufung ins Ministerium im Auge. Freilich war daran nicht zu denken, solange Roon liberale Kollegen hatte. Aber auch weit in konservative Kreise hinein reichte die grundfalsche Beurteilung der Richtung und Befähigung Bismarcks. Besonders lehrreich hierfür ist die Stelle in einem Briefe des Professors der Staatswissenschaften Perthes in Bonn,

mit dem Roon seit Jahren in inniger Freundschaft und Seelenverwandschaft verbunden war. Als Roon nämlich Herrn v. Bismarck diesem Freunde als die beste Stütze im Kampfe für das Königtum genannt hatte, nach welcher Roon sehnsüchtig ausblicke, da antwortete Perthes am 3. Januar 1862: „Wenn aber nicht Sie, wen denn sonst könnte man als Führer für die nächste Zeit wünschen? Schwerlich einen Mann, der nach außen revolutionär auftreten würde, um nach Innen konservativ sein zu können, der die Fürsten preis gäbe, um den brandenburgischen Adel zu retten. Das Revolutionieren läßt sich nicht wie der Krimkrieg lokalisieren, es frißt um sich wie der Krebs."

Wie wenig Bismarck selbst aus Ehrgeiz oder Eigennutz nach dem Ministerposten strebte, für den er geschaffen war wie kein anderer, das erhellt aus allen seinen Briefen bis zur letzten Entscheidung. Mißmutig wurde er niemals über die Versagung dieses Amtes, sondern nur über die Unsicherheit, in die man seine eigene Zukunft geraten ließ. So schreibt er der Schwester am 17. Januar 1862: „Wollte ich noch Karrière machen, so wäre es gerade gut, wenn recht viel Nachteiliges von mir gehört würde, dann käme ich wenigstens wieder nach Frankfurt; oder wenn ich 8 Jahre lang recht faul wäre und anspruchsvoll, das hilft. Für mich ist es damit zu spät, ich fahre deshalb fort, hausbacken meine Schuldigkeit zu thun. Ich bin seit meiner Krankheit geistig so matt geworden, daß mir die Spannkraft für bewegte Verhältnisse verloren gegangen ist. Vor drei Jahren hätte ich noch einen brauchbaren Minister abgegeben, jetzt komme ich mir in Gedanken daran vor wie ein kranker Kunstreiter. Ich würde ohne Kummer und ohne Freude nach Paris, London gehen, hier bleiben, wie es Gott und Sr. Majestät gefällt, der Kohl wird weder für unsere Politik noch für mich fetter, wenn das eine oder andere geschieht. Ich wäre undankbar gegen Gott und Menschen, wenn ich behaupten wollte, daß es mir hier schlecht ginge, und ich für Änderung bestrebt wäre; vor dem Ministerium habe ich geradezu Furcht wie vor kaltem Bade. Ich gehe lieber auf jene vakanten Posten oder nach Frankfurt zurück, selbst nach

Bern, wo ich recht gern lebte. Soll ich hier fort, so wäre es mir lieb, bald davon zu hören. Am 1. Februar muß ich mich erklären, ob ich mein Haus behalte, muß bejahenden Falls Bauten und Reparaturen bedingen, auch wären teuere Pferde und andere Sachen zu verkaufen, was hier Monate erfordert und tausende verlieren oder behalten macht. Ein Umzug im Winter ist kaum möglich." Am Schlusse des Briefes findet sich noch folgende für des Verfassers Denkweise bezeichnende Stelle: „Neben mir liegt gerade Varnhagens Tagebuch, ich begreife den Aufwand von sittlicher Entrüstung nicht, mit dem man diesen dürftigen Zeitspiegel von 1836 bis 1845 verdammt. Es stehen Gemeinheiten genug darin, aber gerade so wurde geredet in der Zeit, und schlimmer, es ist aus dem Leben. V. ist eitel und boshaft, wer ist das nicht? Es kommt nur darauf an, wie das Leben die Natur des einen oder des anderen reift, mit Wurmstichen, mit Sonne oder mit nassem Wetter, bitter, süß oder faul?"

In einem Briefe an die Schwester vom 7. März klagte er: „Wir haben beinahe keinen Tag in diesem Winter gehabt, wo alles im Hause gesund gewesen wäre. Sobald die Witterung milder wird und alles reisefähig ist, schicke ich Kind und Kegel nach Reinfeld. Die Gleichmütigkeit, mit der ich der Versetzungsfrage entgegen sah, vermindert sich unter diesen Umständen; ich würde kaum den Mut haben, dem nächsten Winter hier zu trotzen. Mich allein herreisen zu lassen, dazu werde ich Johanna schwer überreden. Versetzt man mich nicht, so komme ich vielleicht um längeren Urlaub ein. Prinzliche Briefe sprachen von N.'s Rücktritt und meiner Nachfolge; ich glaube nicht, daß es die Absicht ist, würde aber ablehnen, wenn's wäre. Abgesehen von allen politischen Unzuträglichkeiten fühle ich mich nicht wohl genug für so viel Aufregung und Arbeit. Diese Rücksicht macht mich auch bedenklich, wenn man mir Paris anböte; London ist ruhiger. Wenn Klima und Kindergesundheit nicht wären, so bliebe ich zweifellos am liebsten hier. Bern ist auch eine fixe Idee von mir; langweilige Orte mit hübscher Gegend sind für alte Leute entsprechend; nur

fehlt dort alle Jagd, da ich das Klettern nach Gemsen nicht liebe."

Inzwischen hatte sich auch das neue preußische Ministerium seiner schweren Aufgabe kaum gewachsen gezeigt. Der Ministerpräsident Fürst Hohenlohe war kränklich und beteiligte sich bald gar nicht mehr an den Ministerberatungen. Graf Bernstorff machte kein Hehl daraus, daß er je eher je lieber nach London zurückkehre und zeigte sich in allen sein Ressort nicht unmittelbar betreffenden Angelegenheiten sehr zurückhaltend. Den übrigen Ministern, auch Herrn v. d. Heydt fehlte, trotz ihres eifrigen Bemühens für die Sache des Königs, das allgemeine Ansehen, um den inneren Wirren eine bessere Wendung zu geben. Außerdem verbarg die auf des Königs Gemüt sehr einflußreiche Königin Augusta ihre lebhafte Abneigung gegen das „reaktionäre" neue Ministerium nicht. Da blickte Roon wieder sehnsüchtig nach Bismarcks Beistand und Führerschaft im bevorstehenden Entscheidungskampfe aus. Bismarcks Berufung an die Spitze des Ministeriums war das ceterum censeo, das Roon in allen vertraulichen Beratungen dieser Tage zum Könige sprach. Bis zum April war wenigstens Bismarcks Abberufung von Petersburg entschieden. Am 12. April schrieb er an Roon, hauptsächlich aus Anlaß eines noch heute unaufgeklärten Vorganges. Der Minister v. d. Heydt hatte nämlich an Roon einen Brief gerichtet, in welchem er zu Ersparnissen im Militäretat riet. Dieser Brief wurde wahrscheinlich infolge des Verrats eines Unterbeamten veröffentlicht und diente der Fortschrittspartei natürlich zum willkommensten Agitationsmittel gegen die Höhe der Forderungen für die Heeresreform. Bismarck schreibt darüber: „Heut treibt mich der Heydtsche Brief, trotz Kuriereile einige Zeilen an Sie zu richten. Jener Brief macht den Eindruck und wird hier angesehen, als sei er für die Veröffentlichung geschrieben, ein Manifest in Rechnung auf die Zukunft. Sein Stil ist nicht der einer vertraulichen Erörterung zwischen zwei Ministern, die sich täglich sehen und einen Büchsenschuß voneinander wohnen. So aufgefaßt schließt man daraus, daß Heydt wiederum mit seiner anerkannten

Sagacität einen Wechsel voraussehe und rechtzeitig in die Richtungslinie der Zukunft einschwenke. Damit bringt man die Stimmung Ihrer Majestät der Königin gegen die jetzigen Minister in Verbindung. In 14 Tagen hoffe ich bei Ihnen zu sein und diesem Leiden von Abschiedsaudienzen, Visiten, schlechten Verkäufen (seines Hausrates u. s. w.) und packenden Hammerschlägen ein Ende zu machen. Ich weiß nur, daß ich nach Paris oder London gehe, nicht nach welchem von beiden." Das neue Ministerium hatte, um sich volkstümlich zu machen, den Steuerzuschlag von 25%, der bisher zur Deckung der Mobilmachungskosten von 1859 in Preußen erhoben worden war, plötzlich fallen lassen. Darüber bemerkt Bismarck an Roon: „Wie kam man eigentlich darauf, den 25% Zuschlag jetzt aus dem Fenster zu werfen? Denkt man damit die Opposition zu versöhnen? Auf die Wahlen wird das nur wie ein von der aufgelösten Kammer errungener Sieg, wie ein Schnaps für die erlahmende Fortschrittspartei wirken. Kann man diese bisher gut eingehende, also erträgliche Steuer missen, was ich bestreite, so hätte man in einem kritischen Kammermoment die Konzession in Handeln und Dingen verwerten sollen, aber nicht jetzt sein Pulver in die Luft verschießen. Geben wir mit der Militärfrage jetzt nach, ohne Kampf, aus unbestimmter Wahlangst, so sinkt die Achtung vor uns im In- und Auslande in beklagenswertem Maßstabe. Ich will mich schriftlich nicht stärker ausdrücken."

Nicht minder ungeschickt wie durch diese milde Gabe an die Opposition, verfuhr das neue Ministerium durch seine seit der neuen Aera nicht mehr erlebten gröblichen Wahlbeeinflussungen. Denn nun durften sich die Kandidaten der Fortschrittspartei mit scheinbarem Recht als die einzigen Stützen und Retter der bedrohten Freiheit und Verfassung vor den Wählern aufspielen. Ganz im Sinne dieser Partei fielen die Wahlen vom 6. Mai aus. In verstärkter Zahl erschienen die Scharen der Demokratie und des ihr in den Hauptstreitfragen des Tages verbündeten linken Zentrums im neuen Abgeordnetenhause. Die Altliberalen, Konservativen und Katholiken waren auf kleine Häuflein zusammengeschmolzen.

Anfang Mai trat Bismarck die Reise von Petersburg nach Berlin an. Am 10. traf er hier ein. Zahlreiche Beratungen hatte er mit dem Könige, mit Bernstorff, mit den Ministern. Im Kriegsministerium bei Roon war er täglich. Überreicher Stoff für diese Verhandlungen lag vor. Preußen hatte am 26. März 1862 auf maßvoll freihändlerischer Grundlage einen Handelsvertrag mit Frankreich abgeschlossen. Ein ungeheurer Sturm der Entrüstung wurde deshalb von Österreich und dessen Bundesgenossen entfacht. Die Zollvereinskrisis von 1851/53 war in verstärktem Maße ausgebrochen, doch für Preußen wesentlich aussichtsvoller, da diesmal das Königreich Sachsen und Baden, und wie damals Thüringen und Oldenburg fest zu Preußen hielten. In diesen Dingen war Bismarck unstreitig der sachverständigste preußische Diplomat. Nicht minder in der kurhessischen Frage, die eben damals fast bis zur Entscheidung durch die Waffen gediehen war. Am 8. März hatten nämlich Preußen und Österreich gemeinsam beim Bundestage den Antrag gestellt, den Kurfürsten aufzufordern, die Landesverfassung von 1831 wieder in Wirksamkeit zu setzen. Da der Bund, seiner Gewohnheit entsprechend, mit einer Beschlußfassung erheblich zögerte, meinte der Kurfürst in Frankfurt wie ehedem eine Stütze seiner Willkür zu finden und verlangte von allen kurhessischen Wählern in einer Wahlverordnung vom 26. April die Anerkennung seiner oktroyierten Verfassung von 1860. Da schritt aber Preußen kräftig ein. Am 11. Mai erschien im Auftrage des Königs Wilhelm der General Willisen in Kassel mit einem königlichen Schreiben, in welchem dem Kurfürsten für den Fall der Aufrechterhaltung jener Wahlverordnung der Abbruch der diplomatischen Beziehungen angedroht wurde. Der Kurfürst ließ den General erst nach langem Zaudern vor, warf den Brief des Königs uneröffnet auf einen Tisch und fuhr den General gröblich an. Am 13. Mai inhibierte der Bundestag die Wahlverordnung vom 26. April fast einstimmig. In Berlin aber erwog man, unter Zuziehung Bismarcks, bewaffnetes Einschreiten in Kurhessen, um für die beleidigende Behandlung Willisens Genugthuung zu fordern. Zwei Armeekorps wurden

sofort in Marschbereitschaft gesetzt. Am 15. Mai befragte Graf Bernstorff Herrn v. Bismarck über dessen Meinung in der Sache. Bismarck erklärte: „Der Umstand, daß der Kurfürst einen königlichen Brief auf den Tisch geworfen hat, ist ein wenig geschickter Casus belli; wollen Sie aber Krieg, so ernennen Sie mich zu Ihrem Unterstaatssekretär; dann mache ich mich anheischig, Ihnen binnen vier Wochen einen deutschen Bürgerkrieg bester Qualität zu liefern." Entsetzt fuhr Bernstorff zurück. Aber am 18. Mai schon wurde das preußische Ultimatum in Kassel überreicht: sofortige Entlassung der kurhessischen Minister oder Einrücken der Preußen. Da war auch sofort der Bundesbeschluß fertig, der die Verfassung von 1831 wieder herstellte. Die kurhessischen Minister traten zurück und das vielgeprüfte Land hatte seinen Rechtsfrieden wieder.

Neben diesen brennenden Fragen, wurde auch Bismarcks Eintritt ins Ministerium bei diesen Besprechungen lebhaft erörtert. Roon glaubte sich schon am Ziel seiner Wünsche. „Uns fehlt nur noch der Kopf des Ministeriums," schreibt er am 18. Mai an Perthes, unter vorsichtiger Verschweigung der Thatsache, daß auch dieser Kopf schon gefunden sei. Am 17. Mai berichtet Bismarck an die Gemahlin: „Unsere Zukunft ist noch ebenso unklar wie in Petersburg. Berlin steht mehr im Vordergrund; ich thue nichts dazu und nichts dagegen, trinke mir aber einen Rausch, wenn ich erst meine Beglaubigung für Paris in der Tasche habe. Von London ist im Augenblick gar nicht die Rede, es kann sich aber wieder ändern." Am 23. Mai setzt er hinzu: „Ich war schon so gut wie eingefangen für das Ministerium." Endlich am 25. Mai: „Sie sind hier alle verschworen für mein Hierbleiben." „Roons an Bismarcks Person geknüpfte Wünsche waren schon damals der Erfüllung sehr nahe," erzählen Roons Denkwürdigkeiten. „Auch dem Könige konnte es nach dem Gange der Dinge nicht zweifelhaft sein, daß neue und sehr ernste Kämpfe bevorstanden; er hatte sich daher den wiederholten Bitten Roons, jene Berufung in Erwägung zu ziehen, schon geneigter gezeigt und auch die Schwierigkeiten der Lage bei seinen Konferenzen mit Bismarck in eingehender Weise

erörtert.“ Die durchweg demokratische Bevölkerung Berlins sah die hochragende Gestalt des verhaßten Junkers am 17. Mai bei der Einweihung des Denkmals des Grafen Brandenburg auf dem Leipziger Platz und am 22. Mai bei der großen Frühjahrsparade der Garden auf dem Tempelhofer Feld in der nächsten Umgebung des Königs, von ihm und vielen maßgebenden Personen durch längere Ansprachen geehrt, die er lebhaft erwiderte. Die finstere Reaktion des neuen Ministeriums war, nach Ansicht des Berliners, der schlimmsten Anschläge fähig. So wurde denn auch das Gerücht geglaubt, daß dieser „scheußliche Junker“ zum Minister bestimmt sei. Man beobachtete ihn um so genauer. Vielleicht kam es in Berlin bald wieder zum Schießen — und dann wollte man ihn nicht fehlen. Er trug jetzt die bekannte Kürassieruniform mit gelbem Kragen, die Abzeichen eines Majors. Sein persönlicher Gegner, der Chef des Militärkabinetts Edwin v. Manteuffel, hatte ihm auch diese Abzeichen erst gegönnt, als nachgewiesen wurde, daß mindestens die Majorsepauletten am Hofe von St. Petersburg für den Gesandten Preußens unentbehrlich seien.

Nun war die Parade vom 22. Mai zu Ende. Bismarck näherte sich dem Wagen, in welchem die Damen des Kriegsministers dem militärischen Schauspiel beigewohnt hatten, um, wie er sagte, von ihnen Abschied zu nehmen. Frau v. Roon meinte, er sei zum Minister ernannt und wolle nur nach Petersburg zurück, um sich vom Kaiser zu verabschieden. „Nun — ist es entschieden?“ fragte sie gespannt. „Ja wohl, Se. Majestät haben mich zum Gesandten in Paris ernannt; ich reise morgen ab und komme, um Ihnen Lebewohl zu sagen,“ erwiderte Bismarck zu ihrem peinlichen Erstaunen. Die Thatsache war richtig. Noch einmal war der König vor der innigsten Verbindung mit diesem gewaltigen Manne zurückgeschreckt, von der er ahnen mochte, daß sie unlöslich und auch den Willen des Königs beherrschend fortdauern werde bis an das Ende eines von beiden. Noch einmal hatte König Wilhelm die Berufung Bismarcks zum ersten Ratgeber der Krone vertagt, bis zu besseren oder bis zu schlimmeren, zu verzweifelten Tagen. In

beiden Fällen aber hatte man Bismarck die Berufung ins Ministerium ziemlich fest versprochen. Denn Roon schrieb am 23. Mai an Perthes: „Daß Bismarck Gesandter in Paris geworden, wissen Sie wohl schon aus den Zeitungen. Sehen Sie das immerhin als eine bemerkenswerte Signatura unserer Zukunfts-Politik an“ — denn Bismarck erhielt die Aufgabe zugeteilt, sich in Paris über die Verhältnisse Frankreichs genau zu unterrichten und Napoleons Vertrauen soweit als möglich zu gewinnen —; „wissen Sie aber auch, daß er schwerlich lange auf dem dortigen Posten bleiben wird.“ Bismarck selbst schrieb am nämlichen 23. Mai an die Gemahlin: „Aus den Zeitungen hast Du schon ersehen, daß ich nach Paris ernannt bin; ich bin sehr froh darüber, aber der Schatten bleibt im Hintergrund . . . ich muß gewärtigen, daß man mich in wenig Monaten oder Wochen wieder herbeiruft und hier behält. Vielleicht entdecken sie einen andern Ministerpräsidenten, wenn ich ihnen erst aus den Augen bin. Gestern erhielt ich meine Ernennung für Paris auf dem Sattel.“ Am 25. Mai setzt er hinzu: „Ob ich auf lange nach Paris gehe, das weiß Gott; vielleicht nur auf Monate oder Wochen! Es ist möglich, daß ich schon wieder herberufen werde, ehe meine Sachen ankommen. Es ist mehr ein Fluchtversuch, den ich mache, als ein neuer Wohnsitz, an den ich ziehe. Ich habe sehr fest auftreten müssen, um nur einstweilen hier aus dem Gasthofswarteleben loszukommen. Ich bin zu allem bereit, was Gott schickt, und klage nur, daß ich von Euch getrennt bin, ohne den Termin des Wiedersehens berechnen zu können.“ Am 26. Mai hatte Bismarck die Abschiedsaudienz beim Könige auf Schloß Babelsberg und reiste abends nach Paris ab, wo er am 29. anlangte. Seine Ernennung bildete das Tagesgespräch der hohen Diplomatie Europas. Wie wenig dabei aber die Sprecher den neuen Gesandten Preußens am Tuilerien-Hofe richtig beurteilten, lehrt der Ausspruch, den damals am 30. Mai 1862 gegen den Wiener Gesandten Duc de Gramont der österreichische Premier Graf Rechberg that, der doch Bismarck in Frankfurt jahrelang genau kennen gelernt hatte. Gramont berichtete dieses Urteil so-

fort an den französischen Minister Thouvenel in Paris. Es lautet,*) ins Deutsche übersetzt: „Wenn Herr v. Bismarck eine vollkommene diplomatische Erziehung gehabt hätte, so wäre er einer der ersten Staatsmänner Deutschlands, wenn nicht der erste; er ist mutig, fest, erregt, voll feurigen Eifers; aber unfähig eine vorgefaßte Idee, ein Vorurteil, eine Parteimeinung irgend welcher Erwägung (raison) einer höheren Ordnung zu opfern; er hat nicht den praktischen Sinn für Politik, er ist ein Parteimann in des Wortes verwegener Bedeutung, und da er Reiz und Einfluß in den Geschäften hat und außerdem uns feindlich gesinnt ist, so betrachten wir seine Ernennung zum Gesandten in Paris nicht ohne Mißvergnügen und Unruhe. Jedenfalls ist es kein Freund, den wir dort haben werden." Als Freund Österreichs in Paris zu wirken, fühlte sich wohl Bismarck selbst nicht berufen.

Er bestimmte in seinem ersten Pariser Briefe vom 31. Mai an die Gattin einstweilen nur die Zwischenstationen für die Versendung seiner Habe aus Petersburg, denn: „Mein Bleiben hier ist noch nicht gesichert, ehe das Ministerium nicht für Hohenlohe einen anderen Präsidenten hat, und ehe London nicht neu besetzt ist." Am 1. Juni wurde Bismarck vom Kaiser empfangen. „Das ganze war amtlich und feierlich," schreibt er an die Gattin, „Abholung im Hofwagen mit Zeremonienmeister, nächstens werde ich wohl eine Privataudienz haben." Dieselbe Schilderung, mit „aufmarschierten Würdenträgern" verschönt, findet sich in einem Briefe an Roon vom 2. Juni. Sonst war die Audienz bei den Majestäten Frankreichs „kurz und vertraulich, ohne Politik, die auf un de ces jours und Privataudienz verschoben wurde." Nachdem diese Privataudienz stattgefunden, berichtet Bismarck am 9. Juni (zu Pfingsten) an Roon: „Unsern freundschaftlichen Nachbar hier habe ich ruhig und behäbig gefunden, sehr wohlwollend für uns, sehr geneigt, die Schwierigkeiten der ‚Deutschen Frage' zu besprechen; er kann seine Sympathien keiner der bestehenden Dynastien versagen,

---

*) Thouvenel, le secret de l'Empereur, II, S. 311.

aber er hofft, daß Preußen die große ihm gestellte Aufgabe mit Erfolg lösen werde, die deutsche nämlich, dann werde die Regierung auch im Innern Vertrauen gewinnen. Lauter schöne Worte.“

Diese im ganzen oberflächlichen Besprechungen machten aber Bismarcks Hauptthätigkeit in Paris aus, befriedigten seinen Arbeits- und Thatendrang nicht im mindesten und ließen ihn die Grausamkeit des Schwebezustandes, in den man ihn versetzte, doppelt schwer empfinden. „Heute habe ich allein diniert, die jungen Herren waren aus; den ganzen Abend Regen und allein zu Hause. Zu wem sollte ich gehen?“ schreibt er der Gattin am 1. Juni. „Mitten im großen Paris bin ich einsamer wie Du in Reinfeld und sitze hier wie eine Ratte im wüsten Hause. Wie lange es dauert, weiß Gott. In 8 bis 10 Tagen erhalte ich wahrscheinlich eine telegraphische Zitation nach Berlin, und dann ist Spiel und Tanz vorbei. Wenn meine Gegner wüßten, welche Wohlthat sie mir persönlich durch ihren Sieg erweisen würden, und wie aufrichtig ich ihn ihnen wünsche! Du kannst nicht mehr Abneigung gegen die Wilhelmstraße*) haben, als ich selbst, und wenn ich nicht überzeugt bin, daß es sein muß, so gehe ich nicht. Den König unter Krankheitsvorwänden im Stich zu lassen, halte ich für Feigheit und Untreue.“ Am folgenden Tage schreibt Bismarck an Roon: „Aus einem Schreiben, welches Bernstorff an Reuß gerichtet hat, ersehe ich, daß der Schreiber auf einen dauernden Aufenthalt hier und den seinigen in Berlin mit Bestimmtheit rechnet, und daß der König irrt, wenn er annimmt, daß jener je eher je lieber nach London zurückverlange. Ich begreife ihn nicht, warum er nicht ganz ehrlich sagt, ich wünsche zu bleiben oder ich wünsche zu gehen, keines von beiden ist ja eine Schande. Beide Posten gleichzeitig zu behalten, ist schon weniger vorwurfsfrei. Ich schmeichle mir noch immer mit der Hoffnung, daß ich Sr. Majestät weniger unentbehrlich erscheinen werde, wenn ich Ihm eine Zeit lang aus den Augen bin, und daß sich noch ein bisher verkannter Staatsmann

*) D. h. gegen den Amtssitz im Ministerium des Auswärtigen auf der Wilhelmstraße in Berlin.

findet, der mir den Rang abläuft, damit ich hier noch etwas reifer werde. Geschieht in einigen Wochen nichts, so möchte ich dann doch Sicherheit haben, wie lange ich hier bleibe. Auf achttägige Kündigung kann ich mich hier dauernd nicht einrichten. Der Gedanke, mir ein Ministerium ohne Portefeuille zu geben, wird hoffentlich AH. Orts nicht Raum gewinnen; bei der letzten Audienz war davon nicht die Rede; die Stellung ist nicht praktisch: nichts zu sagen und alles zu tragen haben, in alles unberufen hineinstänkern und von jedem abgebissen, wo man wirklich mitreden will. Mir geht Portefeuille über Präsidium; letzteres ist doch nur eine Reservestellung."

Wochenlang ziehen sich diese berechtigten Klagen fort. Auch zu Pfingsten noch (9. Juni) ist Bismarck, wie er Roon schreibt, fest überzeugt, „daß Bernstorff gar nicht daran denkt, auszuscheiden. Ich kann doch den König nicht mahnen, mir Bernstorffs Stelle zu geben, und wenn ich ohne Portefeuille einträte, so hätten wir, Schleinitz eingerechnet, drei auswärtige Minister, von denen jeder Verantwortung gegenüber der eine sich stündlich ins Hausministerium, der andere nach London zurückzuziehen bereit ist. Mit Ihnen weiß ich mich einig, mit Jagow glaube ich es werden zu können, die Fachministerien würden mir nicht Anstoß geben; über auswärtige Dinge aber habe ich ziemlich bestimmte Ansichten, Bernstorff vielleicht auch, aber ich kenne sie nicht und vermag mich in seine Methoden und seine Formen nicht einzuleben, ich habe auch kein Vertrauen zu seinem richtigen Augenmaß für politische Dinge, er also zu dem meinigen wahrscheinlich auch nicht. So sehr lange kann die Ungewißheit übrigens nicht mehr dauern. Meine Sachen und Wagen sind noch in Petersburg, ich muß sie irgendwo unterbringen; außerdem habe ich die Gewohnheiten eines achtbaren Familienvaters, zu denen gehört, daß man irgendwo einen festen Wohnsitz hat. Sie thun mir Unrecht, wenn Sie glauben, daß ich mich sträube; ich habe im Gegenteil lebhafte Anwandlungen von dem Unternehmungsgeist jenes Tieres, welches auf dem Eise tanzen geht, wenn es ihm zu wohl wird." In diesem Briefe hatte Bis-

marck dem Freunde erklärt, noch bis zum 11. Juni warten zu wollen, ob die Entscheidung endlich eintreffe. Am 16. Juni aber schreibt er der Schwester: „Mein Barometerstand ist noch immer auf veränderlich, wie seit Jahr und Tag, und wird auch wohl noch lange so bleiben, mag ich hier oder in Berlin wohnen. Ruhe ist im Grabe, hoffe ich wenigstens. Seit meiner Abreise habe ich über die ministerielle Frage kein Wort aus Berlin von irgend jemand. Ende Juni warte ich in Ruhe ab. Das Haus" (das preußische Gesandtschaftshotel in Paris) „liegt schön, ist aber dunkel, feucht und kalt. Die Sonnenseite mit Treppen und nonvaleurs verbraucht, alles liegt nach Norden, riecht dumpfig und kloakig." Jeder Raum wird nun einzeln geschildert. „So haben Hatzfeld und Pourtales die ganze Zeit (hier) existiert, sind aber auch dabei gestorben, in der Blüte ihrer Jahre, und bleibe ich in dem Hause, so sterbe ich auch früher, als ich wünsche. Ich mag nicht umsonst darin wohnen, schon des Geruchs wegen."

In diesen Tagen schrieb Bismarck auch an Graf Bernstorff einen „Privatbrief", in dem er „den Wunsch durchschimmern ließ, bald etwas mehr Klarheit darüber zu erlangen, ob er sich in Paris auf acht Tage, acht Wochen oder acht Monate einrichten könne."*) Der Minister erwiderte darauf am 20. Juni, daß er Bismarcks Brief dem Könige vorgelesen und dieser darauf geantwortet habe, er könne in diesem Augenblicke noch keinen Entschluß fassen. Bernstorff redete darauf zu, Bismarck zu berufen, und von andern „Kombinationen, mit denen sich die Presse beschäftige und an deren Verwirklichung die Beteiligten selbst zu glauben anfingen," abzustehen.**) Bismarck aber zieht aus diesen Versicherungen des Ministers in seinem Briefe an Roon vom 22. Juni nur den Schluß: „Ich sehe darnach voraus, daß mein Bleiben hier sich verlängert, und bin sehr zufrieden damit, da ich mir sagen kann, daß ich mich keines Dienstes und keiner Arbeit geweigert habe."

*) Brief Bismarcks an Roon vom 22. Juni 1862.

**) Ebenda.

In der letzten Juniwoche reiste Bismarck nach London zum Besuche der Weltausstellung. Bei einem Diner im Hause des russischen Gesandten Baron Brunnow lernte er hier die Führer der englischen Parteien, die Staatsmänner Palmerston und Disraeli, kennen. Der konservative Führer Disraeli (der spätere Lord Beaconsfield), den früher Bismarck einmal in einem Bericht aus Frankfurt als den „englischen Stahl“ mit dem Führer der preußischen Konservativen verglichen hatte, nahm besonderes Interesse an dem deutschen Diplomaten. „Geben Sie wohl acht auf diesen Mann! Er meint, was er sagt,“ urteilte er über Bismarck gegen seine Umgebung. Am 5. Juli kehrte Bismarck von London nach Paris zurück und schrieb sofort an Roon. Er bat dringend um Urlaub, da in Paris „gar nichts los sei“, der Kaiser, die Minister, die Gesandten auf Reisen, „die Ministerialräte unterstehen sich hier kein Wort über Politik zu reden, und wenn ich länger hier noch wohne, so muß ich mich endgültig einrichten, mit Frau, Pferden und Dienern, ich weiß schon nicht, was und worauf ich zu Mittag essen soll. Diese Ungewißheit, dieses ‚nicht wohnen‘, kann ich auf die Länge nicht aushalten, dazu bin ich nicht Fähnrich genug.“ Aber nicht einmal zu einem Urlaub an den in Paris geschäftlich jetzt unnützen und in allen berechtigten Gefühlen und Erwartungen verletzten Gesandten konnte man sich in Berlin entschließen. Am 14. Juli erhielt Bismarck auf sein Urlaubsgesuch die Antwort Bernstorffs: der König könne sich noch nicht entscheiden, ob er Bismarck Urlaub gäbe, weil dadurch die Frage, ob dieser das Präsidium (im Ministerium) übernähme, noch sechs Wochen in der Schwebe gehalten würde. Bismarck möge schreiben, ob er es für nützlich halte, noch in der jetzigen Kammersession einzutreten und wann? und ob er nicht vor Antritt des Urlaubs nach Berlin kommen wolle? Entrüstet schreibt Bismarck darauf am 15. Juli an Roon: „Ich bin hier jetzt überflüssig und nicht sehr gesund und diese Spannung auf ‚ob und wie‘ ohne eigentliche Geschäfte beruhigt die Nerven nicht. Ich ging meiner Ansicht nach auf zehn bis vierzehn Tage hierher und bin nun sieben Wochen hier, ohne

marck dem Freunde erklärt, noch bis zum 11. Juni warten zu wollen, ob die Entscheidung endlich eintreffe. Am 16. Juni aber schreibt er der Schwester: „Mein Barometerstand ist noch immer auf veränderlich, wie seit Jahr und Tag, und wird auch wohl noch lange so bleiben, mag ich hier oder in Berlin wohnen. Ruhe ist im Grabe, hoffe ich wenigstens. Seit meiner Abreise habe ich über die ministerielle Frage kein Wort aus Berlin von irgend jemand. Ende Juni warte ich in Ruhe ab. Das Haus" (das preußische Gesandtschaftshotel in Paris) „liegt schön, ist aber dunkel, feucht und kalt. Die Sonnenseite mit Treppen und nonvaleurs verbraucht, alles liegt nach Norden, riecht dumpfig und kloakig." Jeder Raum wird nun einzeln geschildert. „So haben Hatzfeld und Pourtales die ganze Zeit (hier) existiert, sind aber auch dabei gestorben, in der Blüte ihrer Jahre, und bleibe ich in dem Hause, so sterbe ich auch früher, als ich wünsche. Ich mag nicht umsonst darin wohnen, schon des Geruchs wegen."

In diesen Tagen schrieb Bismarck auch an Graf Bernstorff einen „Privatbrief", in dem er „den Wunsch durchschimmern ließ, bald etwas mehr Klarheit darüber zu erlangen, ob er sich in Paris auf acht Tage, acht Wochen oder acht Monate einrichten könne."*) Der Minister erwiderte darauf am 20. Juni, daß er Bismarcks Brief dem Könige vorgelesen und dieser darauf geantwortet habe, er könne in diesem Augenblicke noch keinen Entschluß fassen. Bernstorff redete darauf zu, Bismarck zu berufen, und von andern „Kombinationen, mit denen sich die Presse beschäftige und an deren Verwirklichung die Beteiligten selbst zu glauben anfingen," abzustehen.**) Bismarck aber zieht aus diesen Versicherungen des Ministers in seinem Briefe an Roon vom 22. Juni nur den Schluß: „Ich sehe darnach voraus, daß mein Bleiben hier sich verlängert, und bin sehr zufrieden damit, da ich mir sagen kann, daß ich mich keines Dienstes und keiner Arbeit geweigert habe."

*) Brief Bismarcks an Roon vom 22. Juni 1862.

**) Ebenda.

In der letzten Juniwoche reiste Bismarck nach London zum Besuche der Weltausstellung. Bei einem Diner im Hause des russischen Gesandten Baron Brunnow lernte er hier die Führer der englischen Parteien, die Staatsmänner Palmerston und Disraeli, kennen. Der konservative Führer Disraeli (der spätere Lord Beaconsfield), den früher Bismarck einmal in einem Bericht aus Frankfurt als den „englischen Stahl" mit dem Führer der preußischen Konservativen verglichen hatte, nahm besonderes Interesse an dem deutschen Diplomaten. „Geben Sie wohl acht auf diesen Mann! Er meint, was er sagt," urteilte er über Bismarck gegen seine Umgebung. Am 5. Juli kehrte Bismarck von London nach Paris zurück und schrieb sofort an Roon. Er bat dringend um Urlaub, da in Paris „gar nichts los sei", der Kaiser, die Minister, die Gesandten auf Reisen, „die Ministerialräte unterstehen sich hier kein Wort über Politik zu reden, und wenn ich länger hier noch wohne, so muß ich mich endgültig einrichten, mit Frau, Pferden und Dienern, ich weiß schon nicht, was und worauf ich zu Mittag essen soll. Diese Ungewißheit, dieses ‚nicht wohnen', kann ich auf die Länge nicht aushalten, dazu bin ich nicht Fähnrich genug." Aber nicht einmal zu einem Urlaub an den in Paris geschäftlich jetzt unnützen und in allen berechtigten Gefühlen und Erwartungen verletzten Gesandten konnte man sich in Berlin entschließen. Am 14. Juli erhielt Bismarck auf sein Urlaubsgesuch die Antwort Bernstorffs: der König könne sich noch nicht entscheiden, ob er Bismarck Urlaub gäbe, weil dadurch die Frage, ob dieser das Präsidium (im Ministerium) übernähme, noch sechs Wochen in der Schwebe gehalten würde. Bismarck möge schreiben, ob er es für nützlich halte, noch in der jetzigen Kammersession einzutreten und wann? und ob er nicht vor Antritt des Urlaubs nach Berlin kommen wolle? Entrüstet schreibt Bismarck darauf am 15. Juli an Roon: „Ich bin hier jetzt überflüssig und nicht sehr gesund und diese Spannung auf ‚ob und wie' ohne eigentliche Geschäfte beruhigt die Nerven nicht. Ich ging meiner Ansicht nach auf zehn bis vierzehn Tage hierher und bin nun sieben Wochen hier, ohne

marck dem Freunde erklärt, noch bis zum 11. Juni warten zu wollen, ob die Entscheidung endlich eintreffe. Am 16. Juni aber schreibt er der Schwester: „Mein Barometerstand ist noch immer auf veränderlich, wie seit Jahr und Tag, und wird auch wohl noch lange so bleiben, mag ich hier oder in Berlin wohnen. Ruhe ist im Grabe, hoffe ich wenigstens. Seit meiner Abreise habe ich über die ministerielle Frage kein Wort aus Berlin von irgend jemand. Ende Juni warte ich in Ruhe ab. Das Haus“ (das preußische Gesandtschaftshotel in Paris) „liegt schön, ist aber dunkel, feucht und kalt. Die Sonnenseite mit Treppen und nonvaleurs verbraucht, alles liegt nach Norden, riecht dumpfig und kloakig.“ Jeder Raum wird nun einzeln geschildert. „So haben Hatzfeld und Pourtales die ganze Zeit (hier) existiert, sind aber auch dabei gestorben, in der Blüte ihrer Jahre, und bleibe ich in dem Hause, so sterbe ich auch früher, als ich wünsche. Ich mag nicht umsonst darin wohnen, schon des Geruchs wegen.“

In diesen Tagen schrieb Bismarck auch an Graf Bernstorff einen „Privatbrief“, in dem er „den Wunsch durchschimmern ließ, bald etwas mehr Klarheit darüber zu erlangen, ob er sich in Paris auf acht Tage, acht Wochen oder acht Monate einrichten könne.“*) Der Minister erwiderte darauf am 20. Juni, daß er Bismarcks Brief dem Könige vorgelesen und dieser darauf geantwortet habe, er könne in diesem Augenblicke noch keinen Entschluß fassen. Bernstorff redete darauf zu, Bismarck zu berufen, und von andern „Kombinationen, mit denen sich die Presse beschäftige und an deren Verwirklichung die Beteiligten selbst zu glauben anfingen,“ abzustehen.**) Bismarck aber zieht aus diesen Versicherungen des Ministers in seinem Briefe an Roon vom 22. Juni nur den Schluß: „Ich sehe darnach voraus, daß mein Bleiben hier sich verlängert, und bin sehr zufrieden damit, da ich mir sagen kann, daß ich mich keines Dienstes und keiner Arbeit geweigert habe.“

*) Brief Bismarcks an Roon vom 22. Juni 1862.

**) Ebenda.

In der letzten Juniwoche reiste Bismarck nach London zum Besuche der Weltausstellung. Bei einem Diner im Hause des russischen Gesandten Baron Brunnow lernte er hier die Führer der englischen Parteien, die Staatsmänner Palmerston und Disraeli, kennen. Der konservative Führer Disraeli (der spätere Lord Beaconsfield), den früher Bismarck einmal in einem Bericht aus Frankfurt als den „englischen Stahl" mit dem Führer der preußischen Konservativen verglichen hatte, nahm besonderes Interesse an dem deutschen Diplomaten. „Geben Sie wohl acht auf diesen Mann! Er meint, was er sagt," urteilte er über Bismarck gegen seine Umgebung. Am 5. Juli kehrte Bismarck von London nach Paris zurück und schrieb sofort an Roon. Er bat dringend um Urlaub, da in Paris „gar nichts los sei", der Kaiser, die Minister, die Gesandten auf Reisen, „die Ministerialräte unterstehen sich hier kein Wort über Politik zu reden, und wenn ich länger hier noch wohne, so muß ich mich endgültig einrichten, mit Frau, Pferden und Dienern, ich weiß schon nicht, was und worauf ich zu Mittag essen soll. Diese Ungewißheit, dieses ‚nicht wohnen', kann ich auf die Länge nicht aushalten, dazu bin ich nicht Fähnrich genug." Aber nicht einmal zu einem Urlaub an den in Paris geschäftlich jetzt unnützen und in allen berechtigten Gefühlen und Erwartungen verletzten Gesandten konnte man sich in Berlin entschließen. Am 14. Juli erhielt Bismarck auf sein Urlaubsgesuch die Antwort Bernstorffs: der König könne sich noch nicht entscheiden, ob er Bismarck Urlaub gäbe, weil dadurch die Frage, ob dieser das Präsidium (im Ministerium) übernähme, noch sechs Wochen in der Schwebe gehalten würde. Bismarck möge schreiben, ob er es für nützlich halte, noch in der jetzigen Kammersession einzutreten und wann? und ob er nicht vor Antritt des Urlaubs nach Berlin kommen wolle? Entrüstet schreibt Bismarck darauf am 15. Juli an Roon: „Ich bin hier jetzt überflüssig und nicht sehr gesund und diese Spannung auf ‚ob und wie' ohne eigentliche Geschäfte beruhigt die Nerven nicht. Ich ging meiner Ansicht nach auf zehn bis vierzehn Tage hierher und bin nun sieben Wochen hier, ohne

zu wissen, ob ich in 24 Stunden noch hier wohne. Der König ist, wie mir Bernstorff schreibt, zweifelhaft, ob ich während der gegenwärtigen Session nützlich sein könne, und ob nicht meine Berufung, wenn sie überhaupt erfolgt, zum Winter aufzuschieben sei." Unter diesen Umständen wiederholt Bismarck nachdrücklich das Gesuch um einen sechswöchigen Urlaub, den er wie folgt begründet: „Einmal bin ich wirklich einer körperlichen Stärkung durch Berg- und Seeluft bedürftig; wenn ich in die Galeere eintreten soll, so muß ich etwas Gesundheitsvorrat sammeln, und Paris ist mir bis jetzt schlecht bekommen mit dem Hundebummelleben als Garçon. Zweitens muß der König Zeit haben, sich ruhig aus eigener Bewegung zu entschließen, sonst macht Se. Majestät für die Folgen die verantwortlich, die ihn drängen. Drittens will Bernstorff jetzt nicht abgehen, der König hat ihn wiederholt aufgefordert zu bleiben und erklärt, daß er mit mir wegen des Auswärtigen gar nicht gesprochen habe; die Stellung als Minister ohne Portefeuille finde ich aber nicht haltbar. Viertens kann mein Eintritt, der jetzt zwecklos und beiläufig erscheinen würde, in einem spätern Moment als eindrucksvolles Manöver erwartet werden."

Die erbetene Urlaubsbewilligung traf endlich am 25. Juli ein. Sofort reiste Bismarck nach Südfrankreich und nach den Pyrenäen ab und verweilte hier reichliche sechs Wochen lang. Seine Reiseschilderungen an die Gattin sind überaus interessant und anschaulich. Aus Bordeaux schreibt er zuerst am 27. Juli. Namentlich schildert er die Schlösser, die er unterwegs gesehen, Chambord, das „in seiner Verödung dem Geschick seines Besitzers*) entspricht. Die Kinderspielsachen des Herzogs bilden das einzige Mobiliar. Die Führerin hielt mich für einen Legitimisten und zerdrückte eine Thräne, als sie mir die kleine Kanone ihres Herrn zeigte. Ich bezahlte den Tropfen tarifmäßig mit 1 Fr. extra, obschon ich keinen Beruf habe, den Karlismus zu unterstützen. Die Schloßhöfe lagen so still in der Sonne, wie verlassene Kirchhöfe; von den Türmen

*) Des in Frohsdorf weilenden bourbonischen Kronprätendenten Frankreichs, Grafen Chambord, Herzogs von Bordeaux (Karl V.).

hat man eine weite Rundsicht, aber nach allen Seiten schweigender Wald und Heidekraut bis an den äußersten Horizont, keine Stadt, kein Dorf, kein Bauernhof, weder am Schloß noch im Umkreis." Selbst für Sperlinge sei es zu einsam. Besondere Freude machte ihm die Purpurfarbe des dort blühenden Heidekrautes, „der einzigen Blume in den königlichen Gärten. Prächtig liegt (auch) das alte Schloß von Amboise, man sieht von oben die Loire 6 Meilen weit auf und ab. Von dort hierher (nach Bordeaux) geht man allmählich in den Süden über. Das Getreide verschwindet und macht dem Mais Platz, dazwischen rankiger Wein und Kastanienwälder, Schlösser und Schlößchen mit vielen Türmen, Schornsteinen und Erkern, alle weiß mit hohen, spitzen Schieferdächern." Am folgenden Tag macht Bismarck mit dem preußischen Konsul in Bordeaux und einem General „eine reizende Tour durchs Medoc", wobei „Lafitte, Mouton, Pichon, Laroze, Latour, Margaux, St. Julien, Branne, Armeillac und andere Weine in der Ursprache von der Kelter getrunken" werden. „Wir haben im Schatten 30, in der Sonne 55 Grad am Thermometer, aber mit gutem Wein im Leibe spürt man das gar nicht." Am 29. Juli erreicht er Bayonne. Die Bahnfahrt von Bordeaux dorthin führt ununterbrochen durch Fichtenwald, Heidekraut und Moor, so daß Bismarck sich „auf den ersten Anblick lebhaft ins Gouvernement Pskow oder Petersburg versetzt" glaubt, oder nach „Pommern, wie etwa im Strandwald hinter den Dünen". Als er aber „mit der Lorgnette hinsah, schwand die Illusion; statt der Kiefer ist es die langhaarige Seepinie, und die anscheinende Mischung von Wachholder, Heidelbeeren u. dergl., welche den Boden deckt, löst sich in allerhand fremdartige Pflanzen mit myrten- und cypressenartigen Blättern auf. Die Pracht, in der das Heidekraut hier seine violett-purpurnen Blüten entwickelt, ist überraschend; das Ganze ein bunter Teppich. Der Fluß Adour, an dem Bayonne liegt, begrenzt dieses B-moll der Heide, welches mir in seiner weicheren Idealisierung einer nördlichen Landschaft das Heimweh schärfte. Von St. Vincent sieht man zuerst über Heide und Kiefern hinweg die blauen Umrisse der Pyrenäen, eine

Art riesigen Taunus, aber doch kühner und zackiger in den Umrissen. Ich kann nicht sagen, daß ich mich langweile, eine Menge neuer Eindrücke sprechen mich an, aber ich komme mir doch wie ein Verbannter vor und bin mit meinen Gedanken mehr an der Kamenz (Flüßchen bei Reinfeld in Pommern), als am Adour. Deutsche Zeitungen habe ich seit sechs Tagen nicht gesehen und vermisse sie auch nicht."

Am 1. August überschreitet er die spanische Grenze und schreibt von San Sebastian: „Der Weg von Bayonne hierher ist herrlich, links die Pyrenäen, etwas wie Dent du Midi und Moleson, was hier aber Pic und Port heißt, im wechselnden Alpenpanorama, rechts das Meer, Ufer wie bei Genua. Der Übergang nach Spanien ist überraschend, in Behobie, dem letzten französischen Ort, konnte man glauben, ebensogut an der Loire zu sein, in Fuentarabia eine steile Gasse, 12 Fuß breit, jedes Fenster mit Balkon und Vorhang, jeder Balkon mit schwarzen Augen und Mantillen, Schönheit und Schmutz. Die Gegend ist bis hierher außerordentlich schön, grüne Thäler und waldige Hänge, darüber phantastische Linien von Festungswerken, Reihe hinter Reihe; Buchten der See mit ganz schmalen Einfahrten, die wie Salzburger Seen in Bergkesseln, tief ins Land schneiden. Die Landzunge" (auf der San Sebastian liegt), „scheidet zwei Meeresbuchten voneinander und so hat man von der" (einige 100 Fuß über der See gelegenen) „Zitadelle nach Norden den weiten Blick in die See, östlich und westlich auf die beiden Buchten, wie zwei Schweizerseen, südlich auf die Landzunge mit der Stadt darauf, und dahinter, landwärts, himmelhohe Gebirge. Ich wollte dir ein Bild davon malen können, und wenn wir 15 Jahre jünger wären, so führen wir beide her. Von Berlin und Paris höre ich zu meiner Beruhigung kein Wort." Am folgenden Tage gab es einen überaus heftigen Sturm, wie ihn Bismarck nie erlebt hatte. Bei einer Treppe von vier Stufen auf dem Hafendamm mußte er dreimal Anlauf nehmen, ehe es ihm gelang, hinaufzukommen. Steinstücke und halbe Bäume flogen in der Luft. Da er nicht denken konnte, daß nach vier Stunden schon

alles wieder still und heiter sein würde, bestellte er seinen Platz auf einem Segelschiff nach Bayonne wieder ab und kam so um eine reizende Seefahrt längs der Küste, blieb einen Tag länger in San Sebastian und fuhr am 3. August in der Diligence nach Bayonne, „ziemlich unbehaglich eingepackt zwischen niedlichen Spanierinnen, mit denen ich kein Wort sprechen konnte. Soviel Italienisch verstanden sie aber doch, daß ich ihnen meine Zufriedenheit mit ihrer Außenseite klar machen konnte.“ Am 4. August gelangte Bismarck nach Biarritz und schwelgt noch einmal in der Erinnerung an die landschaftlichen Reize von San Sebastian: „Ich habe ein schlechtes Gewissen, daß ich so vieles Schöne ohne Dich sehe“, schreibt er der Gattin. „Wenn man Dich durch die Luft herbeiführen könnte, so wollte ich gleich noch einmal mit Dir nach San Sebastian. Denke Dir das Siebengebirge mit dem Drachenfels ans Meer gestellt; daneben den Ehrenbreitstein und zwischen beiden dringt ein Meeresarm etwas breiter als der Rhein ins Land und bildet hinter den Bergen eine runde Bucht. In dieser badet man in durchsichtig klarem Wasser, so schwer und salzig, daß man von selber oben auf schwimmt und durch das breite Felsenthor ins Meer sieht, oder landeinwärts, wo die Bergketten immer höher und blauer sich überragen.“ In Biarritz, wo Bismarck das Bad brauchte, erhielt er gegen Mitte August ein Schreiben des Ministers Bernstorff, des Inhalts, „daß sich im September die Frage wegen des Personenwechsels (im Ministerium) jedenfalls entscheiden werde.“ Erst gegen Ende August verließ Bismarck Biarrits, um nach Bagnères de Luchon, einem Gebirgsstädtchen in den Pyrenäen nahe der spanischen Grenze zu reisen. Von hier aus bestieg er am 7. September den 2417 Meter hohen Col de Venasque, „zuerst 2 Stunden durch prächtige Buchenwälder, voll Epheu, Felsen und Wasserfällen, dann ein Hospiz, dann 2 Stunden steiles Steigen zu Pferde im Schnee, mit Fernsichten, stillen tiefen Seen zwischen Schnee und Klippen, und 7500 Fuß hoch öffnet sich eine schmale Pforte im scharfen Kamme der Pyrenäen, durch die man Spanien betritt. Das Land der Kastanien und Palmen zeigt sich hier als Felsenkessel, ringsum

eingefaßt von der Maladetta, die vor uns lag, Pic de Sauvegarde und Pic de Picade, rechts flossen die Gewässer zum Ebro, links zur Garonne, und bis zum Horizont starrte ein Gletscher und Schneegipfel hinter dem andern, weit nach Katalonien und Aragon hinein." Am 8. September unternahm Bismarck „eine ähnliche Expedition nach Superbagnères und an die Pforten der Hölle, le gouffre d'enfer, in dessen Tiefen sich ein prachtvoller Wasserfall zwischen Buchen, Eichen, Kastanien und Eschen stürzt. An Wasserfällen sind die Pyrenäen den Alpen entschieden überlegen, sonst sind letztere doch imposanter." Am 9. September wurde dann der See von Oo besucht, „Felsenkessel wie der Obersee bei Berchtesgarden, aber belebt durch einen gewaltigen Wasserfall, der in ihn stürzt." Alle diese Ausflüge wurden zu Pferde gemacht, „unter 6 bis 8 Stunden zu Pferde geht es keinen Tag." Aber freilich: „morgen hat der Scherz ein Ende und, ‚Ach wie so bald verhallt' u. s. w. war heut an der Tagesordnung. Morgen Abend sind wir in Toulouse. Von Berlin weiß ich gar nichts, habe seit 14 Tagen keine Zeitung gelesen und mein Urlaub ist um. Ich erwarte in Toulouse einen Brief von Bernstorff*) und daß man mich nach Berlin zitiert, ohne bestimmte Entscheidung," doch, „mit Klarheit über die Zukunft," wie er am 12. September von Toulouse aus hinzusetzt.

Aber nicht einmal diesen Brief hatte der Minister an Bismarck gerichtet. „Ich habe in glücklichem Vergessen der Welt Berge und Wälder durchstreift und bin etwas bedrückt, mich seit 6 Wochen zum erstenmal wieder in einer großen Stadt zu finden," schreibt letzterer am 12. September aus Toulouse an die Gattin. Aber daß man auch ihn all diese Zeit über fast vollständig vergessen hat, das bedrückt ihn doch noch mehr, und in gerechtem Grimm darüber setzt er hinzu: „Mein Urlaub ist um; Gewißheit ist jetzt nötig, oder ich nehme Knall und Fall meinen Abschied." Von der Hand des treuen Roon fand er in Toulouse am 12. September einen Brief vom 31. August vor, den er sofort beantwortet, ob-

*) Der Name kann aus Bismarcks Briefwechsel mit Roon jetzt mit Bestimmtheit ergänzt werden.

wohl — schreibt er — auch diese Zeilen ihn vermuten lassen, daß die Ungewißheit um Weihnachten noch dieselbe sein wird wie jetzt. „Meine Sachen liegen noch in Petersburg und werden dort einfrieren, meine Wagen sind in Stettin, meine Pferde bei Berlin auf dem Lande, meine Familie in Pommern, ich selbst auf der Landstraße. Ich gehe jetzt nach Paris zurück, obschon ich dort weniger wie je zu thun habe, mein Urlaub ist aber um. Mein Plan ist nun, Bernstorff vorzuschlagen, daß ich nach Berlin komme, um das Weitere mündlich zu besprechen. Ich habe das Bedürfnis, einige Tage in Reinfeld zu sein, nachdem ich die Meinigen seit dem 8. Mai nicht gesehen habe. Bei der Gelegenheit muß ich ins Klare kommen. Ich wünsche nichts lieber, als in Paris zu bleiben, nur muß ich wissen, daß ich Umzug und Einrichtung nicht auf einige Wochen und Monate bewirke, dazu ist mein Hausstand zu groß. Ich habe mich niemals geweigert, das Präsidium ohne Portefeuille anzunehmen, sobald es der König befiehlt, ich habe nur gesagt, daß ich die Einrichtung für unzweckmäßig halte. Ich bin noch heute bereit, ohne Portefeuille einzutreten, aber ich sehe gar keine amtliche Absicht dazu. Wenn mir Se. Majestät sagen wollte: am 1. November, oder 1. Januar, oder 1. April — so wüßte ich, woran ich wäre, und bin wahrlich kein Schwierigkeitsmacher, ich verlange nur 1/100 der Rücksicht, die Bernstorff so reichlich gewährt wird. In dieser Ungewißheit verliere ich alle Lust an Geschäften.“ Roon hatte dem Freunde mitgeteilt, daß der König am 13. September nach Karlsruhe reise und Bismarck geraten, sich dorthin zu begeben. Bismarck lehnt das ab; auch wenn er nicht zu spät dort einträfe, weiß er „aus Erfahrung, daß solche ungerufene Erscheinungen nicht willkommen sind; der Herr schließt daraus auf ehrgeizig drängende Absichten bei mir, die mir weiß Gott fernliegen. Ich bin so zufrieden Sr. Majestät Gesandter in Paris zu sein, daß ich nichts erbitten möchte, als die Gewißheit, es wenigstens bis 1875 zu bleiben. Schaffen Sie mir diese oder jede andere Gewißheit, und ich male Engelsflügel an Ihre Photographie!“ —

Schon drei Tage später schaffte Roon eine andere Ge-

wißheit, als die, daß Bismarck „wenigstens bis 1875" Gesandter in Paris bleibe. Am 15. September telegraphierte er an Bismarck, der noch am 12. September nach Montpellier abgereist war, um von da über Avignon und Lyon nach Paris zurückzukehren: „Die Birne ist reif." Es war das zwischen den Freunden verabredete Stichwort für Bismarcks sofortige Abreise nach Berlin, für das unmittelbare Bevorstehen der Entscheidung. Am 16. September traf Bismarck in Paris ein. Am 18. reiste er von hier nach Berlin ab, der Entscheidung entgegen!

Wir müssen nun kurz den politischen Ereignissen nachgehen, welche diese Entscheidung nach so langer Zögerung endlich doch plötzlich herbeiführten. Der preußische Landtag war noch während Bismarcks Anwesenheit in Berlin, am 16. Mai, eröffnet worden. In der auswärtigen Politik hatte Preußen so große Erfolge errungen, daß auch die mißgünstige fortschrittliche Mehrheit des Abgeordnetenhauses dagegen keinen Widerspruch wagte. Der Wiederherstellung des Rechtes in Kurhessen geschah bereits Erwähnung. Auch der Handelsvertrag mit Frankreich ward vom Abgeordnetenhause beifällig aufgenommen und genehmigt, so daß bereits am 2. August die endgiltige Unterzeichnung des Vertrags erfolgen konnte. Als dann die Mittelstaaten, mit Ausnahme von Sachsen, außerdem aber beide Hessen und Nassau den Beitritt zum französischen Handelsvertrage unbedingt ablehnten und dagegen eine Zolleinigung mit Österreich beim Bunde beantragten, eröffnete Preußen der bayerischen und württembergischen Regierung, daß die Ablehnung des Beitritts zum Vertrage mit Frankreich als eine Kündigung des Zollvereinsvertrages angesehen und behandelt werden müsse. Auch dieser Erklärung trat das Abgeordnetenhaus am 5. September mit allen gegen 26 Stimmen bei. Durchaus im Sinne der preußischen Volksvertretung war ferner die im Juli erfolgte Anerkennung des Königreichs Italien durch Preußen. Desselben Beifalls des Abgeordnetenhauses erfreute sich die Politik der preußischen Regierung in der deutschen Frage. Damals hatten nämlich Herr v. Beust und Österreich das alte großdeutsche Delegiertenprojekt wieder belebt und im Bunde mit

den übrigen Mittelstaaten, beiden Hessen und Nassau unter dem kühnen Namen einer Bundesreform beim Bunde eingebracht. Preußen erklärte darauf kurz: jeder Mehrheitsbeschluß in dieser Sache sei rechtswidrig und nichtig; aber auch alle deutschen Landtage würden dieses Delegiertenprojekt mit Unwillen zurückweisen; das deutsche Volk verlange eine kräftige Bundeszentralgewalt und eine wirkliche nationale Volksvertretung; beides lasse sich auf dem hier vorgeschlagenen Wege nicht erreichen. Abermals stimmte die große Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses der Regierung zu. Volksvertretung und Regierung, auch der König selbst, waren entschlossen, in dieser Frage den Gegnern Trotz zu bieten, auch wenn daraus ein deutscher Bürgerkrieg entstehen sollte. Diesmal brauchte Preußen nicht, wie 1850, solchenfalls die feindselige Einmischung Rußlands und Frankreichs zu befürchten. Denn mit Rußland stand man vortrefflich. Auch Rußland hatte, sogar früher noch als Preußen, Italien anerkannt, und der russische Reichskanzler Fürst Gortschakoff hatte Herrn v. Bismarck schon in Petersburg wiederholt erklärt, daß Preußens Stärkung im Bunde dem allgemeinen Interesse entspreche und Österreichs Widerstreben dagegen auf Rußlands Macht stoßen werde. Ganz ähnliche Gesinnungen hegte, nach Bismarcks Berichten aus Paris, der Kaiser Napoleon. Er sprach mit großer Verehrung von König Wilhelm, bedauerte die Schwierigkeiten, welche derselbe beim Landtage finde, meinte aber, diese Streitigkeiten würden bedeutungslos werden, sobald Preußen eine vom ganzen deutschen Volke getragene nationale Politik einschlage, namentlich die deutsche Bundesreform im preußischen Sinne kräftig in die Hand nehme, welcher Frankreich durchaus freundlich gesinnt sei. Da endlich auch Preußens Beziehungen zu Italien jetzt vortreffliche waren, so durfte Preußen der Entwicklung der deutschen Frage mit Ruhe und Zuversicht entgegensehen.

Der Konflikt mit der Volksvertretung dagegen dauerte, trotz der vollen Übereinstimmung der Regierung und des Landtages in allen diesen auswärtigen Beziehungen und Fragen, im Innern auf dem Gebiete der Heeresreform in unverminderter Schärfe,

ja mit wachsender Erbitterung fort. Und das landesväterliche Herz des Königs nahm diesen tiefen Zwiespalt zwischen Königtum und Volk bei weitem nicht so leicht wie der kaiserliche Emporkömmling an der Seine. Diesmal gab es im Abgeordnetenhause überhaupt nur noch wenige Abgeordnete, welche die Kosten für die Heeresreform auf ein weiteres Jahr im Extraordinarium bewilligen wollten, aber auch diese nur unter der Bedingung, daß die Regierung die zweijährige Dienstpflicht gesetzlich einführe. Die Abgeordneten Stavenhagen, Heinrich v. Sybel und Twesten fanden den Mut, diesen Standpunkt in Form eines Antrages und mit gewichtigen Worten, denen die glänzende Beredsamkeit Vinckes beitrat, einer überwältigenden Mehrheit gegenüber festzuhalten, die schlankweg jeden Mann und jeden Groschen versagte, alle Kosten der Heeresreform, alle Forderungen des neu vorgelegten Flottengründungsplanes unbedingt ablehnte. Nachdem die Ausschüsse des Abgeordnetenhauses am 22. und 29. August diese verhängnisvollen Ablehnungsbeschlüsse gefaßt hatten, begann das Plenum am 11. September eine siebentägige Redeschlacht über das Heeresbudget d. h. in Wahrheit über die Heeresreform. Denn der Beschluß der Ausschüsse vernichtete alle schon seit Jahren bestehenden Neubildungen des Heeres und verweigerte die im Laufe des Jahres 1862 dafür bereits ausgegebenen Summen. Vergebens wies Twesten in seiner Rede darauf hin, daß man Unerfüllbares beschließe, den Staat in die gefährlichste Notlage stürze, wenn man die Ausschußanträge annehme, vergebens rief er: „Man beschließt, was man gar nicht ausgeführt haben will!“ Am 23. September wurden zunächst mit 273 gegen 68 Stimmen die gesamten Kosten der Heeresreform aus dem Budget für 1862 herausgestrichen, und sodann dieses verstümmelte Budget mit 308 gegen 11 Stimmen angenommen. Damit war seit Olmütz der ernsteste und entscheidendste Augenblick für Preußen gekommen.

In des Königs Hand allein lag jetzt Preußens und Deutschlands Geschick, und wahrlich schwer war die Verantwortung, in solcher Lage das Rechte zu treffen! Sofort nach der Abstimmung

des Abgeordnetenhauses hatten die Minister Hohenlohe, v. d. Heydt und Bernstorff ihre Entlassung eingereicht, nicht bloß weil sie einen fortgesetzten Kampf mit der überwiegenden Mehrheit des preußischen Volkes und seiner Vertreter als aussichtslos und über ihre eigenen Kräfte weit hinausgehend betrachteten, sondern vor allem weil sie, mindestens Herr v. d. Heydt, diesen Kampf auf Seiten der Krone nicht für verfassungs- und rechtmäßig ansahen. Auch im Herzen und Haupte des Königs regte sich schon lange das peinliche Bedenken, daß sein Verfassungseid in unlöslichem Widerspruch stehen könne mit der Durchführung seiner militärischen Überzeugung und Einsicht. Der Königin und des Kronprinzen einflußreiche Stimmen rieten zur Nachgiebigkeit gegen die Volksvertretung, zur „Verfassungstreue".

Am 20. September morgens war Bismarck in Berlin angekommen. Auch in Paris hatte er ein Telegramm Roons vom 18. empfangen, des Inhalts: „Periculum in mora. Depêchez-vous. L'ami de Maurice. Henning." Roon hatte er auch sofort nach der Ankunft in Berlin besucht, ehe dieser am 20. zum Vortrag beim Könige nach Schloß Babelsberg eilte. Bekümmert verlangte der König auch diesmal den Rat des treuen Freundes und Dieners in der schweren Lage. „Berufen Ew. Majestät doch Herrn v. Bismarck," entgegnete Roon auch jetzt, wie schon so oft früher. „Er wird nicht wollen, wird es jetzt auch nicht übernehmen; er ist auch nicht da, es kann mit ihm nichts besprochen werden," versetzte der König. „Er ist hier, er wird Ew. Majestät Ruf bereitwillig folgen," konnte Roon da antworten. Wie unendlich wichtig für Preußens und Deutschlands Geschick war es doch, daß Roon für Bismarcks Anwesenheit in den Tagen der Entscheidung gesorgt hatte!

Denn als Bismarck am nämlichen Tage auf des Königs Befehl vor diesem in Babelsberg erschien, hatte der König — wie der Verfasser aus bester Quelle erzählen kann — bereits seine Abdankung unterzeichnet. Die Urkunde lag vor ihm, als Bismarck eintrat; er war Willens, den Kronprinzen rufen zu lassen, und mit

der Abdankungsurkunde die Regierung in dessen Hand zu legen, falls Bismarck sich der königlichen Berufung ins Ministerium versagen würde. Bismarck aber nahm das Angebot sofort an. Darauf entwickelte sich etwa folgende bewegte Scene. „Ja, wollen Sie denn auch gegen die Majorität des Landes Ihr Amt antreten und führen?" fragte der König. Bismarck bejahte fest. „Und auch ohne Budget?" fuhr König Wilhelm fort. Abermals sprach Bismarck bestimmt Ja. Nun zerriß der König die Abdankungsurkunde und später auch ein ziemlich liberales Programm von 16 Seiten, welches er entworfen hatte, um dem vermeintlichen „Junkertum" Bismarcks einige Zügel anzulegen, und schöpfte neuen Mut und neue Hoffnung. Der unabänderlichen Beschlußfassung der jetzigen Mehrheit des Abgeordnetenhauses sah er nun in Ruhe entgegen. Die Minister wurden von des Königs Entschluß unterrichtet, Herrn v. Bismarck ins Staatsministerium zu berufen. Schon am 20. September hatte dieser eine längere Konferenz im Ministerium der Auswärtigen, die am 21. mittags fortgesetzt wurde. Am 22. begab er sich von neuem auf Befehl des Königs nach Schloß Babelsberg und nachmittags abermals zum Grafen Bernstorff je zu längeren Konferenzen.

Als dann am 23. September die Entscheidung im Abgeordnetenhause gefallen war und die Minister Fürst Hohenlohe, v. d. Heydt und Graf Bernstorff ihre Entlassung gegeben hatten, eilte Roon nach Babelsberg, um dem Könige Vortrag über die Lage zu halten. Noch einmal soll da der Monarch (nach Roons Denkwürdigkeiten) seinen Kriegsminister vor der letzten Entscheidung um Rat gefragt und noch einmal soll er den Hinweis auf Bismarck zur Antwort erhalten haben. Der König empfing letzteren nachmittags 5 Uhr in Babelsberg und übergab ihm in dieser Audienz die königliche Ordre, welche seine Ernennung verfügte und die wichtigste Entscheidung der neueren Geschichte Preußens und Deutschlands dem Lande und der Welt verkündete in den Worten: „Nachdem der Prinz Adolf zu Hohenlohe-Ingelfingen auf sein wiederholtes Gesuch von dem Vorsitz im Staatsministerium entbunden, habe Ich den Wirklichen Geheimen Rat v. Bismarck-Schönhausen zum Staats-

minister ernannt und ihm den interimistischen Vorsitz des Staatsministeriums übertragen." Wenige Tage darauf erfolgte die endgiltige Ernennung Bismarcks zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten und zum Ministerpräsidenten. Die Opposition sagte bei der verblüffenden Kunde: „Herr von Bismarck, das ist der Staatsstreich." Sie sollte bald erleben, daß sie ihren verhaßtesten Gegner auch in diesem Punkte viel geringer und ungerechter beurteilte, als er verdiente.

Viertes Kapitel.

Das Ministerium Bismarck. Der innere Konflikt. Deutsche Fragen, die polnischen Wirren und der Frankfurter Fürstentag (1862/63).

Während der Pariser Wartemonate hatte Bismarck am 12. Juli an Roon geschrieben: „Je länger sich die Sache (der innere preußische Konflikt) hinzieht, desto mehr sinkt die Kammer in der öffentlichen Achtung. Wenn sie mürbe wird, dann ist meines Erachtens der Moment gekommen, ihr durch meine Ernennung zu zeigen, daß man weit entfernt ist, den Kampf aufzugeben, sondern ihn mit frischen Kräften aufnimmt. Das Zeigen eines neuen Bataillons in der ministeriellen Schlachtordnung macht dann vielleicht einen Eindruck, der jetzt nicht erreicht würde, besonders wenn vorher etwas mit Redensarten von Oktroyieren und Staatsstreicheln gerasselt wird, so hilft mir meine alte Reputation von leichtfertiger Gewaltthätigkeit, und man denkt: ‚Nun geht's los'. Dann sind alle Centralen und Halben zum Unterhandeln geneigt."

„Nun geht's los!" Das war in der That der Eindruck, den Bismarcks Berufung zum Ministerpräsidenten in allen Kreisen der Opposition, ja selbst bei so konservativen Männern, wie bei dem Professor Perthes in Bonn, dem Freunde Roons, hervorrief. Gleich diesem hatten nun alle „düstere Ahnungen". Um so überraschter war man allerseits, als dieser Minister mit der „alten Reputation von leichtfertiger Gewaltthätigkeit" sein Amt mit ver-

söhnlichen Worten und Werken antrat. Zunächst lud er die Führer der Altliberalen zu sich, entwickelte ihnen offen seine Absichten und bot ihnen einige Ministersitze an. Wie gerne hätten sie durch Annahme seiner Vorschläge den Konflikt geschlossen, den ihre unkluge Haltung unter der neuen Ära zum guten Teil mit verschuldet hatte. Aber die unglückliche Forderung der zweijährigen Dienstzeit, welche die Quelle des ganzen Streites gebildet hatte, stand auch jetzt der Verständigung im Wege. „Würden wir ohne diese Einräumung Minister, so wären wir Offiziere ohne Soldaten," erklärte Simson. Sowie diese Unterhandlungen sich zerschlagen hatten, that Bismarck einen weiteren Schritt des Entgegenkommens. Sogleich mit der Anzeige seines Amtsantrittes an beide Häuser des Landtags hatte er an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses das Ersuchen gerichtet, wegen der im Ministerium eingetretenen Personalveränderungen die auf den 25. September anberaumte Sitzung des Abgeordnetenhauses zur Beratung des Militäretats für 1863 auf drei Tage verschieben zu wollen. Diese Frist benutzte Bismarck sowohl zu den bereits erwähnten erfolglosen Verhandlungen mit den Altliberalen als auch dazu, den König und die Minister zu überzeugen, daß durch einstweilige Zurückziehung des Budgets für 1863 der Hauptgegenstand des inneren Streites vorläufig beseitigt werde. Am 27. September beschloß der Ministerrat nach diesem Antrage und der König erteilte seine Genehmigung. Am nämlichen Tage wurde die entsprechende königliche Kabinettsordre, unter Gegenzeichnung Bismarcks, ausgefertigt. Der König reiste am 28. abends zur Erholung von der schweren Gemütsbewegung der letzten Wochen nach Baden-Baden. Bismarck erschien zur Verabschiedung am Bahnhof.

Am 29. September wohnte Bismarck der Sitzung des Abgeordnetenhauses zum ersten Male als Ministerpräsident bei. Er verlas hier, unter Überreichung der königlichen Kabinettsordre vom 27. die Erklärung des Staatsministeriums, daß die Regierung das Budget für 1863 zurückziehe, da „die Ergebnisse einer sofortigen Beschlußnahme über den Etat von 1863 der zukünftigen Erledigung der streitigen Fragen nicht förderlich sein, sondern die Schwierig-

keiten derselben erheblich vermehren" würden. „Die bisherigen Verhandlungen haben außerdem herausgestellt, daß eine den Bedürfnissen des Landes entsprechende Feststellung des Budgets erst durch die von der Regierung für die nächste Sitzungsperiode in Aussicht genommene Verständigung über ein anderweitiges Gesetz hinsichtlich der Verpflichtung zum Kriegsdienste ermöglicht werden kann." Die Regierung beabsichtige mit Zurückziehung des nächstjährigen Budgets „nicht, den Grundsatz aufzugeben, daß die Etats in Zukunft zeitig genug vorgelegt werden, um ihre Feststellung vor dem Beginn des Jahres, für welches sie bestimmt sind, möglich zu machen. Sie hält nur in dem gegenwärtigen Falle für ihre Pflicht, die Hindernisse der Verständigung nicht höher anschwellen zu lassen, als sie ohnehin sind." Die Vorlegung des Etats für 1863 wurde „für den Beginn der nächsten Sitzungsperiode" verheißen. Das Haus verwies die Erklärung der Regierung zur schleunigen Berichterstattung an die Budgetkommission.

Am nämlichen Tage erschien Bismarck auch in der Sitzung der Budgetkommission, in welcher Forckenbeck zum Berichterstatter bestellt war. Dieser beantragte, mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Sache, eine Vertagung von 24 Stunden und richtete an den Ministerpräsidenten für jetzt nur die Anfrage, wann nach Ansicht der Regierung die „neue Sitzungsperiode, in der nach Erklärung der Regierung der neue Etat für 1863 zu erwarten sei, ihren Anfang nehmen solle, ob noch in diesem Jahre oder erst im Anfange des nächsten." Bismarck erklärte sich außer stande, hierüber schon jetzt eine Erklärung abzugeben; die Regierung habe den Etat von 1863 zurückgezogen, um den staatsrechtlichen Konflikt, „dem wir vielleicht entgegengehen," thunlichst zu mildern. Sie betrachte die Frist als eine „Art von Waffenstillstand", in welchem sie versuchen wolle, ob sich der Konflikt in einer für das Land weniger ernsten Weise ausgleichen lasse. Ein Abschluß des Budgets, einschließlich der Feststellung desselben durch den Landtag, sei in diesem Jahre schwerlich möglich. Auf heftige Gegenbemerkungen Forckenbecks und v. Hennigs erwiderte Bismarck: die Regierung verschanze sich nicht

etwa hinter eine vorgeschützte Unmöglichkeit; die Zwecke, die sie bei der Zurücknahme des Etats für 1863 verfolge, seien in der heute früh verlesenen Erklärung angegeben; es seien „Zwecke des Friedens und der Versöhnung".

Am Abend des 30. September trat die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses abermals zu einer Sitzung zusammen, die von 6 bis 10 Uhr dauerte und der Bismarck und Roon beiwohnten. Der Berichterstatter Forckenbeck gelangte in einer langen Resolution zu dem Antrage: „Die Staatsregierung aufzufordern, den Etat für 1863 dem Abgeordnetenhause zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme so zeitig vorzulegen, daß die Feststellung desselben noch vor dem 1. Januar 1863 erfolgen kann. Es ist verfassungswidrig, wenn die Staatsregierung eine Ausgabe verfügt, welche durch einen Beschluß des Hauses definitiv und ausdrücklich abgelehnt worden ist." Die mündliche Begründung würzte Forckenbeck durch scharfe Ausfälle auf den neuen Ministerpräsidenten. Die in dem vorstehenden Antrage enthaltenen Rechtsgrundsätze seien seit 1851 in Preußen immer unbestritten geblieben. Entgegenstehende Äußerungen einzelner Abgeordneter aus früherer Zeit, möchten dieselben noch so hoch im Staatsdienste gestiegen sein, könnten nichts dagegen besagen. Ebensowenig die gegenteilige Meinung des Herrenhauses. „Waffenstillstand" könne die Regierung nur durch schleunigste Vorlegung des Etats und des Wehrgesetzes haben. Obwohl von diesem Geiste auch die Reden der übrigen Forschrittsleute, Virchow, v. Kirchmann, v. Hennig u. s. w. erfüllt waren, und obwohl der Antrag Forckenbeck, nach Ablehnung eines Vermittlungsantrages Twesten, mit 26 gegen 3 Stimmen angenommen wurde, so sind doch die unbefangenen Tageszeitungen, die über jene Sitzung berichten, darüber einig, daß Bismarcks Auftreten in jener Sitzung „ein ganz besonders angenehmes und in der innegehaltenen Form versöhnliches" gewesen sei. Damals zeigte Bismarck dem Vorsitzenden v. Bockum-Dolffs einen Ölzweig vor mit den Worten: „Diesen Olivenzweig habe ich in Avignon gebrochen, um ihn dem hohen Hause zu bringen; es scheint aber noch nicht Zeit dazu."

Was die Sache selbst betrifft, so legte Bismarck den Art. 99 der preußischen Verfassung auch jetzt — und während der ganzen ferneren Dauer des Konfliktes — ebenso aus, wie im Jahre 1851.*) Der Art. 99 lautet zwar — so war sein Gedankengang —: „Alle Einnahmen und Ausgaben des Staates müssen für jedes Jahr im voraus veranschlagt und auf den Staatshaushalt gebracht werden." Aber derselbe Artikel setzt im zweiten Absatze hinzu: „Letzterer, nämlich der Staatshaushalt, wird jährlich durch ein Gesetz festgestellt." Ein Gesetz aber kann in Preußen nimmermehr durch das Abgeordnetenhaus allein, sondern nur durch die Übereinstimmung dreier Faktoren zu stande kommen. Denn Art. 62 der Verfassung bestimmt: „Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinschaftlich durch den König und die zwei Kammern ausgeübt. Die Übereinstimmung des Königs und beider Kammern ist zu jedem Gesetz erforderlich. Finanz-Gesetzentwürfe und Staatshaushaltsetats werden zuerst der zweiten Kammer vorgelegt; letztere werden von der ersten Kammer im Ganzen angenommen oder abgelehnt." Gehörte also zum Abschluß eines preußischen Gesetzes die Übereinstimmung der Krone und der beiden Kammern, so war gewiß der Anspruch des Abgeordnetenhauses unbegründet, daß die preußische Gesetzgebung sich nach dessen Meinung allein richten müsse. Andererseits erfordert freilich der Art. 62 der Verfassung ebenso unzweifelhaft die Zustimmung des Abgeordnetenhauses zu jedem Gesetz, und von diesem Standpunkt aus schien jener zweite Satz des Antrags Forckenbeck durchaus begründet, welcher sagte: es sei verfassungswidrig, wenn die Regierung eine vom Abgeordnetenhause versagte Ausgabe dennoch bewirke. Bismarck aber bekämpfte auch diese Beweisführung mit dem Hinweis auf den Art. 109 der Verfassung, welcher lautet: „Die bestehenden Steuern und Abgaben werden forterhoben, bis sie durch ein Gesetz abgeändert werden." Diese Verfassungsbestimmung war gegeben für den Fall eines staatlichen Notstandes, wie er in der Folgezeit des inneren Konfliktes eintrat. Einstweilen war man noch nicht soweit.

*) S. o. Bd. I, S. 254 flg. dieses Werkes.

Vielmehr suchte Bismarck durch seine Erklärung in der Budgetkommission am 30. September 1862 dieses Unheil nach Kräften abzuwehren.*) An die eingehende Darlegung seines eben skizzierten Rechtsstandpunktes reihte er noch folgende Bemerkungen an: Eine Verfassung werde gegeben nicht als etwas Todtes, wohl aber als etwas erst zu Belebendes. Ihre Auslegung aus der Praxis, aus der lebendigen Wirksamkeit der Verfassung, zu übereilen, sei nicht rätlich; dann werde die Rechtsfrage leicht zur Machtfrage. Der Konflikt betreffe die Grenze zwischen Krongewalt und Parlamentsgewalt. Die Krone habe aber noch andere Rechte, als die in der Verfassung stünden. Er gebe die Hoffnung nicht auf, daß die Krisis, wie sie auch enden möge, zum Wohle des Landes ausschlagen werde. Der Konflikt werde sich wohl noch auf verfassungsmäßigem Wege erledigen oder vielmehr, man werde hoffentlich dahin kommen, die Verfassung besser dem preußischen Leibe anzupassen. Verfassungsfragen seien keine mathematischen Exempel; nur mit gegenseitiger Schonung seien sie zu lösen. Niemand in der Regierung habe die Absicht, den Verfassungswagen aus seinem Geleise zu bringen. Daß die Regierung andrerseits etwa bei Verwerfung des Budgets die Kassen schließe u. s. w., werde man doch auch nicht erwarten. Das Haus erwarte andere Schritte, vielleicht Maßregeln gegen das Herrenhaus, dazu aber sehe die Regierung keinen verfassungsmäßigen Grund; die jetzige Regierung werde nicht zu einer Pairsernennung schreiten (um das Herrenhaus zu nötigen, sich den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses zu fügen). Denn der Artikel der Verfassung, wonach das Herrenhaus den Etat verwerfen könne, sei doch keine bloße Phrase. Eine „verfassungsmäßige Kraft" könne Bismarck bis jetzt den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses

*) Bismarcks Erklärung vom 30. September 1862 konnte hier nur in den Hauptsätzen gegeben werden, die zusammengestellt sind nach den übereinstimmenden (im Einzelnen vielfach abweichenden) Angaben des amtlichen Protokolls, der Berliner Allgemeinen Zeitung und der Kammerkorrespondenz, die Kohls kritische Ausgabe der Reden Bismarcks nacheinander in voller Ausdehnung abdruckt.

nicht beimessen. Was solle denn geschehen, wenn er die Beschlüsse des Hauses wegen des Etats von 1862 als unabänderlich betrachten würde? Sollten etwa die Regimenter entlassen werden u. s. w. Die Krisis, so ernst sie sei, werde zu tragisch aufgefaßt, als wenn nun alles vorbei sei; aber die Regierung suche keinen Kampf, „wir sind Kinder desselben Landes". Eine Krisis werde freilich nach außen schwächen; könne sie daher mit Ehren beseitigt werden, so biete die Regierung gern die Hand dazu. Das sei kein Programm, sondern eine persönliche Äußerung, die „aus gutem Herzen" komme; man möge sie hinnehmen als die Worte eines Mannes, der mit den Abgeordneten an einem gemeinsamen Werke arbeite.

Nachdem dann die Abgeordneten v. Hennig und v. Forckenbeck neue schwere Angriffe gegen Bismarck gerichtet hatten — Hennig sagte, man spreche verschiedene Sprachen, ohne sich zu verstehen; „die Hand der Versöhnung sehe ich nicht" u. s. w. — nahm Bismarck nochmals das Wort: Ein Mißbrauch von Verfassungsrechten könne von allen Seiten getrieben werden, das führe dann zur Gegenwirkung von der anderen Seite. Die Krone z. B. könne nach dem Buchstaben der Verfassung zwölfmal hintereinander auflösen, das würde aber doch Mißbrauch sein. „Wir sind vielleicht zu ‚gebildet', um eine Verfassung zu ertragen, zu kritisch; die Befähigung, Regierungsmaßregeln, Akte der Volksvertretung zu beurteilen, ist zu allgemein; im Lande gibt es eine Menge ‚catilinarischer Existenzen', die ein großes Interesse an Umwälzungen haben." Die öffentliche Meinung wechsle, die Presse sei nicht die öffentliche Meinung; die Abgeordneten hätten die höhere Aufgabe, die Stimmung zu leiten, über ihr zu stehen. Dann folgten eine Reihe geistvoller Aperçus. „Wir haben die Vorliebe, eine zu große Rüstung für unsern schmalen Leib zu tragen; nur sollen wir sie auch ausnützen. Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf Preußens Macht; Bayern, Württemberg, Baden mögen dem Liberalismus hold sein, darum wird ihnen doch niemand Preußens Rolle anweisen. Preußen muß seine Kraft zusammenfassen und zusammenhalten auf den günstigen Augenblick, der schon einigemale verpaßt ist. Preußens Grenzen nach den Wiener Ver-

trägen sind zu einem gesunden Staatsleben nicht günstig. Nicht durch Reden und Mehrheitsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden — das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen — sondern durch Eisen und Blut." Er suche aufrichtig die Brücke der Verständigung mit dem Abgeordnetenhause und schloß mit der Aufforderung: „Sie können doch uns als ehrlichen Leuten trauen."

Ungemein lehrreich für die damalige Stimmung ist der Bericht, den die Kölnische Zeitung, die damals so wenig wie heute zu den demokratischen Preßorganen gerechnet werden wollte, am 2. Okt. 1862 über diese bewegte Sitzung der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses brachte. „Das Sitzungszimmer der Budgetkommission war gedrängt voll; es galt, Herrn v. Bismarck über preußisches Verfassungsrecht zu hören," heißt es da. „Wir bekamen ihn auch zu hören, und in welcher überraschenden Wendung." Nun folgen Bismarcks Rechtsausführungen und eine kurze Aufzählung der geflügelten Worte, die er sprach. Sie sind mit einer gewissen mitleidigen Duldung wiedergegeben: „Zunächst that das überraschende Wirkung, wir sind von preußischen Ministern lange nicht mehr an viel Geist gewöhnt. Hier nun sprudelte etwas davon. Aber als man dazu kam, mit ruhiger Überlegung zu kosten, da war's kein Wein, höchstens Soda." Der Bericht bedauert, daß keine Stenographen zur Stelle waren. Denn „jedenfalls würde dann über den Politiker Herrn v. Bismarck nur ein Urteil sein. In einem Atem das wichtigste Recht der Landesvertretung durch die verwegenste Auslegung in Frage stellen und dann von gegenseitiger Schonung sprechen und den Volksvertretern im liebenswürdigsten Flüsterton zumuten: ‚Traut doch uns ehrlichen Leuten, wir sind ja Kinder eines Landes!' — zugestehen, daß ein Konflikt die Kräfte der Regierung lahm legt, und dann, ohne einen Vorschlag zur Beseitigung dieses Konfliktes auch nur anzudeuten, von den großen Entscheidungen durch ‚Eisen und Blut' reden — das fördert die gesuchte Verständigung wohl wenig." Nach dieser Leistung des rheinischen Blattes kann man sich vorstellen, wie vollends die radikale Presse über den Mann von „Blut und Eisen" urteilte.

Nächst ihrem Sohne, dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm,

war die Königin Augusta von Preußen überaus geneigt, solche Stimmen der Presse nicht bloß für die der öffentlichen Meinung zu halten, sondern gar für das Urteil des Weltgerichts, und dem entsprechend auf das Herz des Königs zu wirken. „Acht Tage Baden-Baden und Augusta," erzählte Bismarck später, „hatten die zuversichtliche Stimmung des Königs wieder vollständig verändert." Am 4. Oktober wollte König Wilhelm wieder in Berlin eintreffen. Bismarck fuhr ihm bis zur Station Jüterbog entgegen, deren Bahnhof damals noch nicht fertig war. Als Bismarck anlangte, war alles dunkel. Niemand wußte Bescheid, nicht einmal ob der König komme. Bismarck setzte sich im Freien auf eine umgestülpte Karre und wartete auf den gewöhnlichen Zug, mit dem der König kommen wollte. Der Zug fuhr ein. Immer noch kein Licht. Bismarck lief dem Zug entlang. Nicht ohne Schwierigkeit fand endlich Bismarck den König in einem Coupé erster Klasse. Der König war freudig überrascht, seinen Ministerpräsidenten hier zu sehen und lud ihn ein, in seinem Coupé, allein mit dem Monarchen, nach Berlin zu fahren. Bismarck fand den Herrscher jetzt fast noch gebeugter als am 20. September. „Seine Gemahlin hatte ihn beim Rüssel der Weltgeschichte gefaßt. Ich faßte ihn nun beim preußischen Portepee," berichtete Bismarck über die nun folgende Scene*). — „Ja, was soll denn werden?" fragte der König, nachdem Bismarck ihn zu mutigem Festhalten ermahnt hatte. „Ich sehe weit genug von meinem Schlosse," fuhr der König fort, „um auf dem Platz davor Ihr Haupt fallen zu sehen, und dann fällt das meinige." — Da brach Bismarck in die Worte aus: „Nun, was mich betrifft, Majestät, kann ich mir denn einen schöneren Tod denken, als diesen oder den auf dem Schlachtfelde? Ich würde dann fallen wie ein Lord Strafford und Ew. Majestät nicht wie ein Ludwig der Sechszehnte, sondern wie ein Karl der Erste. Das ist doch eine ganz anständige historische Figur." „Et après?"

---

*) Die Worte sind thunlichst genau dem Sinne nach wiedergegeben, doch kann nicht für jedes einzelne eingestanden werden, da sie vom Verfasser nicht sofort stenographiert werden konnten.

fragte der König nachdenklich weiter. Bismarck aber that die Gegenfrage: ob denn der König als Kompanieführer seine Kompanie im Gefecht werde im Stiche lassen wollen? „Nein, gewiß nicht!“ versetzte der König fest, und damit hatte Bismarck den Monarchen wiedergewonnen. Das preußische Portepee hatte gesiegt.

Namentlich gelang es Bismarck, jene feste Überzeugung von der Verfassungsmäßigkeit des Regierungsstandpunktes im inneren Konflikt, die er selbst hegte, auch dem Könige einzuflößen. Das zeigte sich schon am 7. Oktober, als das Haus der Abgeordneten die von der Budgetkommission beschlossene Resolution Forckenbeck annahm. Da erklärte Bismarck im Auftrage und Namen der gesamten Staatsregierung, also unter klarer und ausdrücklicher Zustimmung des Königs: diese Resolution sei „bestimmt, die Antwort zu bilden auf unsere Zurückziehung der Budgetvorlage für 1863. Wie die Regierung bei letzterer erklärt hat, glaubte die kgl. Regierung, indem sie die Verhandlungen über den Etat von 1863 vertagte, in versöhnlicher Weise die künftige Ausgleichung zu erleichtern. Die Resolution weist die dargebotene Hand zurück; sie beantwortet den Vorschlag zum Waffenstillstand mit einer Herausforderung zu schleuniger Fortsetzung des Streites. Die Regierung wird sich durch dieselbe in ihren Entschließungen zur Herstellung des Einvernehmens der verfassungsmäßigen Gewalten nicht beirren lassen.“ In der Rede, welche Bismarck dieser Erklärung des Gesamtministeriums folgen ließ, betonte er: „Die Regierung verspricht sich für die praktische Verständigung keinen Gewinn, wenn sie mit derselben polemischen Schärfe, welche die Vorträge im Abgeordnetenhause charakterisierte, die Theorie der Theorie, die Auslegung der Auslegung gegenüberstellen wollte. Dazu wird die Zeit kommen, wenn die Aussicht auf eine friedlichere Verständigung geschwunden sein sollte (große Bewegung).“ Vincke hatte das Amendement eingereicht, die Regierung möge, wenn der Etat für 1863 vor Ende des Jahres 1862 nicht mehr festzustellen sei, die Bewilligung eines vorläufigen außerordentlichen Kredits bei der Landesvertretung beantragen. Darauf erklärte Bismarck namens des Gesamtministeriums,

die Regierung werde „in der Annahme des Antrags Vincke ein Unterpfand für die entgegenkommende Aufnahme ihrer Bemühungen zur Verständigung erblicken und, wenn die Annahme erfolgt, Vorschläge machen, welche auf den Antrag eingehen, ohne sich dessen Motive anzueignen.“ Auch diese Worte riefen „lebhafte Sensation“ hervor. Offenbar verlangte das Abgeordnetenhaus, daß niemand eine von der Mehrheit des Hauses abweichende Meinung haben oder auch nur sich wahren dürfe. Das Herrenhaus ging leider auf der anderen Seite einen Schritt zu weit, indem es am 10. Oktober nicht bloß — wie ihm zustand — den vom Abgeordnetenhause verstümmelten Etat von 1862 ablehnte, sondern auch — verfassungswidrig — den von der Regierung am 25. Mai 1862 vorgelegten Etat für 1862 unverändert annahm. Denn verfassungsmäßig hatte sich das Herrenhaus nur mit dem vom Abgeordnetenhause durchberatenen Budget zu befassen. Triumphierend beschloß darauf das Abgeordnetenhaus am 13. Oktober, und zwar — nachdem die Rechte protestierend den Saal verlassen — einstimmig: „Der Beschluß des Herrenhauses verstößt gegen den klaren Sinn der Verfassung, Art. 62, und ist deshalb null und nichtig. Die Staatsregierung kann daher keine Rechte aus diesem Beschlusse herleiten.“ Unmittelbar nachher verlas Bismarck eine königliche Botschaft, durch welche die Sitzungen des Landtags geschlossen wurden. In der von Bismarck hierauf nachmittags 3 Uhr im Weißen Saale verlesenen Schlußrede erklärte die Regierung: „sie würde sich einer schweren Pflichtverletzung schuldig machen, wenn sie die auf Grund der früheren Bewilligungen der Landesvertretung ausgeführte Umformung der Heeresverfassung, unter Preisgebung der dafür gebrachten beträchtlichen Opfer und mit Beeinträchtigung der Machtstellung Preußens, dem Beschlusse des Hauses gemäß, rückgängig machen wollte. . . Die Regierung befindet sich“ (nach dem Mißlingen der Verständigung über den Etat von 1862) „in der Notwendigkeit, den Staatshaushalt ohne die in der Verfassung vorausgesetzte Unterlage führen zu müssen. Sie ist sich der Verantwortlichkeit in vollem Maße bewußt, die für sie aus diesem beklagenswerten Zustande erwächst;

sie ist aber ebenso der Pflichten eingedenk, welche ihr gegen das Land obliegen, und findet darin die Ermächtigung, bis zur gesetzlichen Feststellung des Etats die Ausgaben zu bestreiten, welche zur Erhaltung der bestehenden Staatseinrichtungen und zur Förderung der Landeswohlfahrt nötig sind, indem sie die Zuversicht hegt, daß dieselben seiner Zeit die nachträgliche Genehmigung erhalten werden."

Unmittelbar nach Schluß des Landtags vervollständigte Bismarck sein Ministerium, indem er an v. d. Heydts Stelle einstweilen Herrn v. Bodelschwingh zum Finanzminister berief und den gescheuten, erfahrenen und schlagfertigen Grafen Fritz Eulenburg an Stelle Jagows zum Minister des Innern. An ihm und Roon hatte er kampfgeübte Mitstreiter im inneren Konflikt.

Vorläufig aber waren die deutschen Fragen noch dringlicher. Auch hier gab Bismarck bei Antritt seines Amtes einen deutlichen Beweis seiner Versöhnlichkeit, indem er am 10. Oktober 1862 an den Freiherrn v. Beust schrieb: „Die Erinnerung an unsere vertraulichen Unterhaltungen in Paris hatte gleich bei der Übernahme meiner jetzigen Stellung in mir das Bedürfnis geweckt, die persönlichen Beziehungen zu E. Exc. durch Anknüpfung eines von amtlichen Formen nicht beengten schriftlichen Verkehrs lebendig zu erhalten. Der Drang ungewohnter Amtsgeschäfte hat mich bisher an der Ausführung des Vorhabens gehindert; die amtlichen Stellungen, welche wir in zwei Nachbarländern einnehmen, . . . bringen es mit sich, daß ich gleichzeitig eine dienstliche Pflicht erfülle, wenn ich dem eigenen Verlangen nach direkten und vertrauensvollen Beziehungen zu E. Exc. Folge gebe. . . Ich brauche Ihrer Kenntnis der Dinge und Menschen gegenüber nicht zu versichern, daß ich allen abenteuerlichen Plänen fern stehe, welche mir von politischen Kindern und Gegnern in der Presse zugeschrieben werden. Die unwahren, entstellten und des Zusammenhangs entkleideten Veröffentlichungen angeblicher Äußerungen von mir, durch welche man meine Urtheilskraft zu verdächtigen gesucht hat, werden von Ihnen mit vollem Verständnis des wahren Sachverhalts gewürdigt worden sein. Ich fühle nicht den Beruf, Preußen in die Bahnen sardi-

nischer Politik zu drängen. — Im Hinblick auf die Pariser Bestrebungen glaube ich mich in betreff der für deutsche Reformbestrebungen erreichbaren Ziele in keinem prinzipiellen Gegensatz mit E. Exc. zu befinden; nur solange, als die thatsächlich bestehenden deutschen Partikularinteressen sich nicht zu allseitig anerkannten Gesamtinteressen in der Art verschmelzen, daß ihre Solidarität auf jede Gefahr hin verbürgt erscheint, nehme ich für die auswärtigen Beziehungen Preußens dieselbe Freiheit der Bewegung in Anspruch, deren das Wiener Kabinet sich notorisch bedient. In Benützung derselben habe ich keine vorgefaßte Meinung nach irgend einer Richtung hin, wohl aber das Bedürfnis, dem Vorurteile entgegenzuwirken, als ob Preußen auswärtigen Angriffen mehr ausgesetzt und deshalb fremden oder landsmannschaftlichen Beistandes bedürftiger sei, als irgend ein anderer Staat. — In betreff unserer inneren Angelegenheiten ist es meine nächste Pflicht, gegen das wachsende Gewicht des Hauses der Abgeordneten und des parlamentarischen Beamtentums die Schwerkraft der Krone zu wahren und zu stärken. Ich halte diese Aufgabe für lösbar, ohne mit positiven Bestimmungen der Verfassung zu brechen, und werde dabei bemüht sein, konstitutionelle Empfindlichkeiten soweit es möglich zu schonen und die unbestrittene Heerstraße des Verfassungslebens, sobald es geht, wieder zu gewinnen, immer aber eingedenk sein, daß unser Verfassungseid die ‚Treue dem König‘ voranstellt. In der Gewißheit Ihres Einverständnisses mit dieser Auffassung würde ich jede Mitteilung über die Eindrücke, welche Ihnen die Vorgänge bei uns machen, und jeden guten Rat, den Ihre Erfahrung in ähnlichen Erlebnissen Ihnen eingibt, mit verbindlichstem Dank entgegennehmen. — In Sachen des Handelsvertrages . . . ist es für mich unzweifelhaft, daß wir keine andere Politik einschlagen können, als die des Festhaltens an dem Vertrage. — Gegen Ende der Woche denke ich nach Paris zu reisen, um meine Abberufung zu übergeben und meinen Umzug zu bewirken; bisher lebe ich für mich im Gasthause. Ich bitte Sie, die Versicherung zu genehmigen mit der ich bin E. Exc. aufrichtig ergebener v. Bismarck.“

Die damaligen Ansichten Bismarcks in den deutschen Streitfragen sind hier aufs klarste und offenste ausgesprochen und fanden im allgemeinen Beusts Beifall und den lebhaften Wunsch persönlicher Weiterbesprechung nach Bismarcks Rückkehr aus Paris. Inzwischen wurde die Abreise dorthin durch dringende deutsche Angelegenheiten verzögert, über die alsbald berichtet werden soll. Auch traf Frau v. Bismarck am 15. Oktober aus Reinfeld in Pommern in Berlin ein, bezog am 17. die Wohnung der preußischen Ministerpräsidenten im Auswärtigen Amte und bereitete diese zum Einzuge der Familie vor. Am Abend des 27. Oktober trat Bismarck dann die Reise nach Paris an, wo er am 28. anlangte. Vom 29. bis 31. Oktober hatte er wiederholte Besprechungen mit dem neuen französischen Ministerpräsidenten Drouyn de l'Huys und mit Herbe, dem Direktor der handelspolitischen Abteilung. Am 1. November verabschiedete er sich vom Kaiser Napoleon in St. Cloud. Die Unterredung dauerte zwei Stunden, und es scheint Bismarck dabei gelungen zu sein, sich des Einverständnisses Napoleons für seine Politik in allen wesentlichen Punkten zu versichern. Ja es ist nicht ausgeschlossen, daß der französische Kaiser schon damals seine ausdrückliche Zusage anbot, daß Frankreich neutral bleiben werde, wenn Preußen mit Österreich in kriegerische Verwickelungen geraten sollte. Wenigstens berichtet der verbannt in Paris weilende ungarische Graf v. Seherr-Thosz, welcher den Tag darauf wie allerdings auch schon früher und dann ebenfalls noch später, namentlich 1866, mit Bismarck eine Unterredung hatte, wobei er wohl teilweise früher und später aus Bismarcks Mund Vernommenes auf den 2. November 1862 verlegt haben mag, hierüber folgendes. Nachdem sich der Graf über das Verhältnis seines ungarischen Vaterlandes zu Österreich ausgesprochen, habe sich Bismarck also geäußert: „Ihre Voraussetzungen sind richtig, ich habe mir zum Ziel gesetzt, die Schmach von Olmütz zu rächen, dieses Österreich niederzuwerfen,*) das uns aufs

*) Es ist im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß Bismarck sich im November 1862 einem verbannten Fremdling gegenüber so ausgesprochen habe, auch wenn man dabei Bismarcks Erbitterung über die damaligen öster-

unwürdigste behandelt, uns zu seinem Vasallen erniedrigen möchte. Ich will Preußen aufrichten, ihm die Stellung in Deutschland schaffen, die ihm als rein deutscher Staat gebührt. Ich verkenne nicht den Wert, den die Hilfe Ungarns für uns haben kann, und ich weiß, daß die Ungarn nicht Revolutionäre sind im gewöhnlichen Sinne des Wortes. Übrigens hat schon der große Fritz mit unzufriedenen ungarischen Magnaten wegen eines Bündnisses unterhandelt. Wenn wir siegen, wird auch Ungarn frei werden, verlassen Sie sich darauf." Auf die weitere Frage, wie Bismarck sich die Neutralität Frankreichs werde sichern können, soll dieser dann weiter erwidert haben: „Darüber habe ich keine Sorge mehr. Ich habe heute (müßte heißen: gestern!) zwei Stunden mit dem Kaiser konferiert und die Zusage unbedingter Neutralität von ihm erhalten. Er sprach mir allerdings von einer kleinen Grenzberichtigung, wie er es nannte. Er wollte das Saarbrückener Kohlengebiet haben. Ich erklärte ihm aber rund heraus, daß wir nicht ein einziges Dorf hergeben;*) denn wenn ich es selbst wollte, so würde mein König nie darein willigen. Darauf gab der Kaiser seine Zusage. Er hält uns eben für schwach oder überschätzt die Österreicher; er warnte mich mehrere Male. Als er mich trotz seiner Warnungen guten Mutes sah, sagte er: ‚Thun Sie, was Sie nicht lassen können!'"

Trotz der Ungenauigkeiten dieses Berichtes des ungarischen Grafen über seine Unterredung mit Bismarck erscheint doch soviel sehr wahrscheinlich, das der preußische Minister tags zuvor bei Napoleon den bestimmten Eindruck erhalten hatte, Frankreich werde wenigstens bei den nächsten Zügen der deutschen Politik Preußens sich neutral verhalten. Das entsprach, auch ohne alle der Zeitlage nicht entsprechenden Seitenblicke auf das Kohlengebiet von Saarbrücken, dem damaligen französischen Interesse auch schon allein aus dem Gesichts-

reichischen Umtriebe in Deutschland mit veranschlagt. Denn vor allem war König Wilhelm damals noch weit entfernt von kriegerischen Entschlüssen gegen Österreich.

*) Auch das alles, was schon vor Jahren geschehen war, wie wir sahen, wird Bismarck kaum auf den 1. November 1862 verlegt haben.

punkt der Zollvereinskrisis, die Preußen durch den Abschluß des Handelsvertrags mit Frankreich heraufbeschworen hatte. Noch vor Bismarcks Reise nach Paris, am 18. Oktober, hatte übrigens der in München versammelte deutsche Handelstag wenn auch nur mit vier Stimmen Mehrheit gegen die gerade dort stark vertretenen Österreicher und Süddeutschen die Aufrechterhaltung des französischen Vertrags beschlossen.

Eine andere brennende deutsche Zeit- und Streitfrage, bei welcher Frankreich Preußens thatkräftiges Einschreiten auch mit wohlwollender Neutralität geleiten konnte, war gleichfalls vor Bismarcks Abreise nach Paris der Entscheidung nahe, die kurhessische. Der Kurfürst von Hessen hatte nämlich seinen Landtag für den 30. Oktober einberufen, aber nur um diesem den Entwurf eines neuen Wahlgesetzes vorzulegen, da er das von 1849 nicht für rechtsbeständig halte. Der Führer der verfassungstreuen hessischen Partei, der wackere Dr. Fr. Ötker, hatte schon vor der Offenbarung dieser Absichten seines Zwingherrn Unrat gewittert und sich deshalb des preußischen Schutzes versichern wollen. Im tiefen Geheimnis hatte er am 15. Oktober eine Audienz bei Bismarck. Ötker berichtet darüber selbst folgendes:*) „Man kann sich vorstellen, mit welchen Gedanken und mit welcher Zurückhaltung ich mich dem Manne näherte, der damals liberalerseits als der wahre aristokratisch-feudale Unhold angesehen wurde. Serviler Landjunker, eingefleischter Aristokrat, Jagdbummler, leichtsinniger Spieler — das waren so etwa die Bezeichnungen, mit denen man den neuen Ersten Minister Preußens bedachte. Und ich selbst, wenn ich auch mein Urteil weit freier gehalten hatte, stand doch unter dem Eindruck der allgemeinen Meinung. Wie war ich daher erstaunt, in wenig Minuten ein ganz anderes Bild in der Seele zu haben, als womit ich das Zimmer des Ministers betreten hatte. Keine Spur von aristokratischem Übermut, borniertem Junkertum, feudaler Einseitigkeit, prinzipieller Verranntheit, diplomatischer Zurückhaltung. Eine hohe, starke, aber geschmeidige Kraftgestalt kam mir freundlichst bis an die Thüre

*) In seinen „Lebenserinnerungen“, Kassel 1885, III, 334.

entgegen, reichte mir die Hand, rückte mir einen Sessel zurecht und sagte mit dem gewinnendsten Lächeln: „Na, Sie werden ja auch schon mißliebig bei den Demokraten".“ Er erhielt damals zweifellos Bismarcks bestimmte Zusage, daß Preußen jedem Rechtsbruch des Kurfürsten schneidig entgegentreten werde. Der weitere Verlauf der Sache beweist das aufs klarste. Der am 30. Oktober zusammentretende kurhessische Landtag protestierte, wie vorausgesehen werden konnte, gegen die Zumutung eines neuen Wahlgesetzes und verlangte rechtzeitige Vorlegung des Budgets, mindestens den Antrag der Regierung auf Bewilligung eines außerordentlichen Kredits. Das Ministerium unterstützte diese ständischen Rechtsverwahrungen und wurde deshalb vom Kurfürsten im November plötzlich entlassen, am 20. November auch die Ständeversammlung auf unbestimmte Zeit vertagt. Da wandte sich Ötker von neuem um Hilfe nach Berlin, und sofort erfolgte Bismarcks berühmter Gegenzug. Er sandte am 24. durch einen Feldjägerlieutenant eine Note unmittelbar an den kurhessischen Premier v. Dehn, in welcher er erklärte: Preußen könne zwischen seinen eigenen Provinzen so bedenkliche politische Wirren keinesfalls wieder aufleben lassen. Fahre der Kurfürst also in seiner Willkür fort, so werde Preußen mit des Kurfürsten Agnaten sofort die nötigen Verhandlungen (zur Absetzung desselben) einleiten. Bei der gegenseitigen Stimmung, die zwischen dem Kurfürsten und dessen Agnaten herrschte, war ersterem keinen Augenblick zweifelhaft, daß der kurhessische Familienrat die Regierungsunfähigkeit Serenissimi einmütig und schleunig aussprechen werde. So fügte er sich denn am 27. November der preußischen Drohung in ohnmächtigem Grimm, berief die Minister und Stände wieder und gab fürerst kein Ärgernis weiter.

Inzwischen war der österreichische Antrag, die Bundesreformfrage zu lösen durch Berufung einer Delegiertenversammlung der einzelnen Landtage zum Bundestage, insofern einer Entscheidung entgegengereift, als der Verfassungsausschuß der Bundesversammlung am 4. Dezember seinen Bericht abgeschlossen hatte. Bismarck bereitete eine scharfe preußische Sonderschrift dagegen vor. Doch wollte er, ehe die Meinungsverschiedenheit der deutschen Groß-

mächte in der deutschen Frage an die Öffentlichkeit träte, Österreich Gelegenheit geben, diesen Zwiespalt und dessen Folgen thunlichst zu vermeiden. Er lud daher den österreichischen Gesandten, Grafen Karolyi, zu persönlichen Unterredungen ein, die am 4. und 13. Dezember in Berlin stattfanden. Durch österreichische Indiskretion gelangte ein Bericht über diese Gespräche in den Nürnberger Korrespondenten, so daß Bismarck sich veranlaßt sah, am 24. Januar 1863 eine amtliche Darstellung derselben in einem Erlaß an die preußischen Gesandtschaften in Deutschland zu geben. Wir fußen hier also überall auf amtlichem Material. Bismarck entwickelte dem österreichischen Gesandten am 4. Dezember die Notwendigkeit, daß die Beziehungen Preußens zu Österreich „unvermeidlich entweder besser oder schlechter werden" müßten. Schlechter müßten sie werden, — führte er aus — wenn Österreich, wie seit der Ära Schwarzenberg, fortfahre, „zum Nachteile für die Gesamtverhältnisse am Bunde in den Staaten, mit welchen Preußen, der geographischen Lage nach, auf Pflege freundschaftlicher Beziehungen besonderen Wert legen muß, einen zur Oppposition gegen uns aufstachelnden Einfluß mit Erfolg geltend zu machen." Denn Österreich entfremde sich damit die Sympathie Preußens. Der kaiserliche Gesandte tröstete sich darüber mit der Gewißheit, daß in einem für Österreich gefährlichen Kriege beide Großstaaten sich dennoch unter allen Umständen als Bundesgenossen wieder finden würden. „In dieser Voraussetzung liegt meines Erachtens ein gefährlicher Irrtum," entgegnete Bismarck, „über welchen vielleicht erst im entscheidenden Augenblicke eine für beide Kabinette verhängnisvolle Klarheit gewonnen werden würde." Er bat den Grafen Karolyi dringend, diesem Irrtum in Wien nach Kräften entgegenzutreten. Im Jahre 1859 habe Preußen zwar die Verlegenheiten Österreichs nicht zum eigenen Vorteil ausgebeutet, vielmehr zum Beistande Österreichs gerüstet, aber nur unter den Nachwirkungen der früheren innigeren Verhältnisse. „Sollten aber letztere sich nicht neu anknüpfen und beleben lassen, so würde unter ähnlichen Verhältnissen ein Bündnis Preußens mit einem Gegner Österreichs ebensowenig ausgeschlossen sein, als im entgegengesetzten

Falle eine treue und feste Verbindung beider Großmächte gegen gemeinschaftliche Feinde. Ich wenigstens würde mich unter ähnlichen Umständen niemals dazu entschließen können, meinem AGn. Herrn zur Neutralität zu raten. Österreich hat die Wahl, seine gegenwärtige antipreußische Politik mit dem Stützpunkte einer mittelstaatlichen Koalition fortzusetzen, oder eine ehrliche Verbindung mit Preußen zu suchen. Zu letzterer zu gelangen ist mein aufrichtigster Wunsch. Dieselbe kann aber nur durch das Aufgeben der uns feindlichen Thätigkeit Österreichs an den deutschen Höfen gewonnen werden." Graf Karolyi erwiderte, es sei für das Kaiserhaus nicht thunlich, seinen traditionellen Einflüssen auf die deutschen Regierungen zu entsagen. „Ich stellte die Existenz einer solchen Tradition mit dem Hinweis in Abrede," sagt Bismarck in seiner Denkschrift vom 24. Januar, „daß Hannover und Hessen seit hundert Jahren von Anbeginn des siebenjährigen Krieges vorwiegend preußischen Einflüssen gefolgt seien, und daß in der Epoche des Fürsten Metternich die genannten Staaten auch von Wien aus im Interesse des Einverständnisses zwischen Preußen und Österreich ausdrücklich in jene Richtung gewiesen worden seien, daß also die vermeintliche Tradition des österreichischen Kaiserhauses erst seit dem Fürsten Schwarzenberg datiere, und das System, welchem sie angehöre, sich bisher der Konsolodierung des deutschen Bündnisses nicht förderlich erwiesen habe. Die ganze Behandlungsweise Preußens von seiten des Wiener Kabinets scheine auf der Voraussetzung zu beruhen, daß wir mehr als irgend ein anderer Staat auswärtigen Angriffen ausgesetzt seien, gegen welche wir fremder Hilfe bedürfen, und daß wir uns deshalb von seiten der Staaten, von welchen wir solche Hilfe erwarten können, eine rücksichtslose Behandlung gefallen lassen müßten. Die Aufgabe einer preußischen Regierung, welcher die Interessen des königlichen Hauses und des eigenen Landes am Herzen liegen, werde es daher sein, das Irrtümliche jener Voraussetzung durch die That nachzuweisen, wenn man ihren Worten und Wünschen keine Beachtung schenke." Als Karolyi darauf entgegnete: Ein Verzicht Österreichs auf seinen Einfluß bei den deutschen Höfen sei gleichbedeutend

mit der Hinausdrängung Österreichs aus Deutschland, da rief Bismarck: „Nun, so verlegt Euren Schwerpunkt nach Ofen!"

Als Österreich sich durch diese deutlichen vertraulichen Eröffnungen Bismarcks nicht abhalten ließ, den von Bismarck als „gefährlich" bezeichneten Weg der Bundesreform weiter zu verfolgen, erteilte Bismarck am 11. Dezember dem neuen preußischen Bundestagsgesandten, v. Sydow, die erforderlichen Weisungen, und begab sich am 13. Dezember persönlich zum Grafen Karolyi, um noch deutlichere Warnungen an diesen zu richten, „den Ernst der Lage der Dinge am Bunde seiner Beachtung zu empfehlen." „Ich verhehlte ihm nicht, daß unter solchen Umständen das Gefühl der eigenen Würde uns nicht gestatte, dem von der anderen Seite herbeigeführten Konflikt ferner auszuweichen. Ich stellte in Aussicht, daß wir die Überschreitung der Zuständigkeit (des Bundes) durch Mehrheitsbeschlüsse als einen Bruch der Bundesverträge auffassen und dementsprechend verfahren würden, indem unser Bundestagsgesandter ohne Vertretungsvollmacht abberufen werden würde, und deutete die praktischen Folgen an, welche sich aus einer solchen Lage im Kriege ergeben müßten, indem wir natürlich die Wirksamkeit einer Versammlung, an welcher wir uns aus rechtlichen Gründen nicht mehr beteiligten, in Bezug auf den ganzen Geschäftskreis des Bundes nicht weiter für zulässig anerkennen könnten. Wir würden also auch die preußischen Besatzungen in den Bundesfestungen nicht mehr den Beschlüssen der Bundesversammlung unterstellen können. Ich habe weiter auf die Konflikte aufmerksam gemacht, welche das Verbleiben unserer Besatzungen in den Bundesfestungen nach sich ziehen könne, nachdem ihre Befehlshaber der Autorität der Bundesversammlung die Anerkennung zu versagen haben würden." Wenige Tage später reiste Graf Thun von Wien auf seinen Posten in Petersburg über Berlin, um Bismarck zu sprechen. Auch er bekam nur dasselbe zu hören. „Die Anträge wegen der Delegiertenversammlung sind nicht mit Rücksichtnahme auf die Unabhängigkeit der Regierungen von entgegenstehender Ansicht ins Leben getreten", sagte Bismarck am Schlusse der Denkschrift vom 24. Januar, welche

alle diese Unterredungen widergibt, „sondern es ist versucht worden, sie den ausdrücklich widersprechenden Regierungen auf dem Wege neuer und dem Inhalt der Bundesverträge Gewalt anthuender Auslegungen letzterer aufzudrängen. Einem solchen Verfahren gegenüber kann Preußen im Bewußtsein seines guten Rechtes lediglich denjenigen Bundesregierungen, welche die Einigkeit im Innern des Bundes durch ihr aggressives Verfahren in Frage stellen, die Sorge für die Beilegung oder die Verantwortung für die Folgen des von ihnen heraufbeschworenen Konfliktes überlassen."

In demselben Sinne wie diese vertraulichen Aussprachen waren die amtlichen Erklärungen gehalten, welche Preußen am Bundestage abgab, nur gehen sie naturgemäß auf die Mängel des österreichischen Delegiertenprojektes näher ein. Die erste dieser Erklärungen wurde am 18. Dezember in Frankfurt verlesen. Sie betont: „Der Bund würde nach Einfügung eines solchen Organismus ein anderer werden, als er bisher war. Er würde nicht nur seine Zuständigkeit auf ein neues, ja auf alle Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung ausgedehnt haben, sondern es würde sich ihm auch in dem Delegiertenkörper, nach Ansicht der Mehrheit, eine Handhabe für die politische Entwickelung darbieten sollen." Damit ist aber „die Gefahr vorhanden, daß eine große Mehrheit an Volkszahl und staatlicher Kraft einer Kombination von Stimmen unterliegt, welche thatsächlich eine Minderheit an Zahl und Macht vertritt." Der „Drang der deutschen Stämme nach engerer staatlicher Einigung" wird außerdem in dem Delegiertenprojekt „keine Annäherung an die höheren Ziele staatlicher Einheit und Stärkung erblicken, keinen Fortschritt der nationalen Bewegung, sondern eine Ablenkung von derselben. Die beantragte Institution würde mithin nicht einmal als eine Abschlagszahlung betrachtet werden." Am Schlusse wird dann warnend ausgesprochen: „Daß die Fortsetzung dieses Verfahrens zu einem Punkte führen könne, wo Preußen außer stand gesetzt wäre, in einer im Widerspruch mit den Bundesgesetzen verfahrenden Versammlung noch das Organ des Bundes zu erkennen, an dessen Schließung es sich beteiligt hat."

Trotz aller Warnungen trieb Österreich die Sache bis zu dieser Spitze. Am 19. Dezember 1862 hatte die Bundesversammlung die Abstimmung auf den 22. Januar 1863 festgesetzt. Herr v. Sydow verlas hier das ihm von Bismarck zugesandte preußische Votum: „Nicht bloß durch die formelle, dem Geiste der Bundesverträge fremde Behandlungsweise, welche diese Angelegenheit (von Anfang an) erfahren hat, wird Preußen verhindert, derselben näher zu treten, sondern auch durch die materielle Untauglichkeit und Halbheit der Vorschläge selbst. Nur in einer Vertretung, welche nach Maßgabe der Bevölkerung jedes Bundesstaates aus letzterer durch unmittelbare Wahl hervorgeht, kann die deutsche Nation das berechtigte Organ ihrer Einwirkung auf die gemeinsamen Angelegenheiten finden." Dies wird dann eingehend begründet. Zu Österreichs größtem Verdrusse wurde bei der Abstimmung das Wiener Delegiertenprojekt mit 9 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Bismarck hatte also selbst bei der Bundesversammlung, trotz aller österreichischen Umtriebe und Einschüchterungsversuche, gesiegt!

Wichtiger noch als dieser Sieg ist uns Heutigen aber die Erinnerung daran, daß hier Bismarck zum ersten Male öffentlich die Losung eines deutschen Parlamentes ausgegeben, also damit das Hauptverlangen erfüllt hatte, welches seit 1859 der Nationalverein, der deutsche Abgeordnetentag, alle Sänger-, Schützen-, Turnerfeste u. s. w. erhoben. Alle die Tausende, welche diesen Staatsmann persönlich sowie aus seinen Reden der Jahre 1847 bis 1851 kannten, mochten wohl besser als Benjamin Disraeli wissen, daß in der That auf ihn das früher mitgeteilte Wort des englischen Toryführers in jedem Buchstaben passe: „Gebt acht auf diesen Mann, er sagt was er denkt!" Zudem ging die Erklärung, die v. Sydow in Bismarcks Namen, im Auftrag der preußischen Regierung, am 22. Januar in Frankfurt abgegeben hatte, an verantwortlicher Bedeutung und geschichtlich-amtlicher Wichtigkeit weit hinaus über irgend eine bisherige persönliche Meinungsäußerung Bismarcks. Unmöglich konnte Bismarck namens der preußischen Regierung die Forderung eines deutschen Parla-

mentes amtlich als das einzige Mittel zur Lösung der deutschen Bundesreformfrage erheben, wenn er diese Forderung nicht ernst meinte, nicht daran fest halten wollte. Aus allen diesen Gründen hätte man erwarten dürfen, daß in ganz Deutschland heller Jubel ausbrechen werde über Bismarcks Erklärung vom 22. Januar, daß seine That um so mehr Anerkennung und Begeisterung erwecken werde, als sie von dem „Junker" ausging, der 1849 das deutsche Parlament bekämpft und 1850 Olmütz verteidigt hatte. Wäre die Hoffnung zu vermessen gewesen, daß nun auch der innerpreußische Zwiespalt sich schließen werde, nachdem Bismarck zum Teil wenigstens den Schleier von seinen Zukunftsplänen hinweggezogen und als sein eigenes Ziel das gerade dem Liberalismus ersehnteste hingestellt hatte? Aber nichts von alledem trat ein. Bismarcks erstes öffentliches Bekenntnis für ein deutsches Parlament begegnete in ganz Deutschland nur staunendem Unglauben, blutigem Hohn. Mit welchen Ehrennamen die erbitterten Gegner damals den preußischen Ministerpräsidenten belegten, haben wir eben erst aus Ötkers „Erinnerungen" gehört. Einer der maßvollsten und nationalstgesinnten deutschen Gelehrten, der Freund Dahlmanns, gleich diesem einer von den berühmten Göttinger Sieben, der Germanist Eduard Albrecht in Leipzig, nannte damals Bismarck dem Verfasser gegenüber eine „frivole Bestie". Kaum weniger kräftige Worte hatte natürlich die gesamte deutsche Presse, verschwindende Ausnahmen abgerechnet, gegen den Mann mit der eisernen Stirn, der offenbar darnach lechzte, das deutsche Parlament ebenso brutal mit Füßen zu treten, wie seine preußischen Landboten. Eitle Drohungen und preußischen Wind nannte man Bismarcks Erklärung, daß Preußen beim Bruche der Bundesverträge aus dem Bund austreten werde. Wo kann denn Preußen bei seinen inneren Wirren an ein so gefährliches Spiel denken? rief die deutsche liberale und die österreichische Presse, in lieblicher Einmütigkeit ihr Urteil über die Wertlosigkeit und Dreistigkeit des Gerichteten abschließend. Dann aber ereignete sich etwas viel Auffallenderes: die allergrößte Mehrzahl deutscher Zeitungsleser, Wahlmänner, Politiker und selbst

Abgeordneter vergaß jahrelang vollständig, daß Bismarck schon am 22. Januar 1863 erklärt hatte, ein deutsches Parlament allein könne die deutsche Bundesreform befriedigend lösen.

Am wenigsten war der preußische Landtag geneigt, Herrn v. Bismarck deshalb entgegenzukommen, weil dieser am Bundestage für das deutsche Parlament eingetreten war. Das zeigte sich schon alsbald nach der am 14. Januar 1863 erfolgten Eröffnung des Landtags. In der von Bismarck verlesenen Thronrede hieß es: „Die Regierung Seiner Majestät begrüßt Sie mit dem lebhaften Wunsche, daß es in dieser Sitzungsperiode des Landtags gelingen möge, über die im vorigen Jahre ungelöst gebliebenen Fragen eine dauernde Verständigung herbeizuführen. Die Lage der Finanzen darf als eine durchaus befriedigende bezeichnet werden. In Ermangelung eines gesetzlich festgestellten Staatshaushaltsetats für das Jahr 1862 hat die Regierung in erhöhtem Maße ihr Augenmerk darauf gerichtet, die Verwaltung mit Sparsamkeit zu führen." Dann wird, der vorjährigen Zusage gemäß, die Vorlegung eines Gesetzes zur Ergänzung und Abänderung des Wehrpflichtgesetzes von 1814 versprochen, dabei aber erklärt: „Die Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß die Reorganisation des Heeres, zu deren Aufrechthaltung die Regierung Seiner Majestät sich im Interesse der Machtstellung Preußens einmütig verpflichtet erachtet, auch durch die gesetzliche Feststellung der zu ihrer Durchführung erforderlichen Ausgaben nunmehr ihren vollständigen Abschluß gewinnen werde."

Der einstweilige Präsident des Abgeordnetenhauses, Herr Grabow, fühlte sich dagegen gedrungen, schon bei Eröffnung der Sitzungen, in Abwesenheit der Minister, die annehmen mußten, die erste Zusammenkunft der Abgeordneten werde nur die üblichen formellen Geschäfte erledigen, ein scharfes und verletzendes Urteil über das Verhalten der Regierung auszusprechen und in aufreizender Weise die Kämpfe wieder anzuregen, welche die vorige Session zu einer so unerquicklichen und unfruchtbaren gemacht hatten. Er sagte geradezu: „Der Konflikt hat in den letzten drei Monaten (seit unserer Vertagung) immer größeren Umfang angenommen und den

unwürdigste behandelt, uns zu seinem Vasallen erniedrigen möchte. Ich will Preußen aufrichten, ihm die Stellung in Deutschland schaffen, die ihm als rein deutscher Staat gebührt. Ich verkenne nicht den Wert, den die Hilfe Ungarns für uns haben kann, und ich weiß, daß die Ungarn nicht Revolutionäre sind im gewöhnlichen Sinne des Wortes. Übrigens hat schon der große Fritz mit unzufriedenen ungarischen Magnaten wegen eines Bündnisses unterhandelt. Wenn wir siegen, wird auch Ungarn frei werden, verlassen Sie sich darauf." Auf die weitere Frage, wie Bismarck sich die Neutralität Frankreichs werde sichern können, soll dieser dann weiter erwidert haben: „Darüber habe ich keine Sorge mehr. Ich habe heute (müßte heißen: gestern!) zwei Stunden mit dem Kaiser konferiert und die Zusage unbedingter Neutralität von ihm erhalten. Er sprach mir allerdings von einer kleinen Grenzberichtigung, wie er es nannte. Er wollte das Saarbrückener Kohlengebiet haben. Ich erklärte ihm aber rund heraus, daß wir nicht ein einziges Dorf hergeben;*) denn wenn ich es selbst wollte, so würde mein König nie darein willigen. Darauf gab der Kaiser seine Zusage. Er hält uns eben für schwach oder überschätzt die Österreicher; er warnte mich mehrere Male. Als er mich trotz seiner Warnungen guten Mutes sah, sagte er: ‚Thun Sie, was Sie nicht lassen können!'"

Trotz der Ungenauigkeiten dieses Berichtes des ungarischen Grafen über seine Unterredung mit Bismarck erscheint doch soviel sehr wahrscheinlich, das der preußische Minister tags zuvor bei Napoleon den bestimmten Eindruck erhalten hatte, Frankreich werde wenigstens bei den nächsten Zügen der deutschen Politik Preußens sich neutral verhalten. Das entsprach, auch ohne alle der Zeitlage nicht entsprechenden Seitenblicke auf das Kohlengebiet von Saarbrücken, dem damaligen französischen Interesse auch schon allein aus dem Gesichts-

reichischen Umtriebe in Deutschland mit veranschlagt. Denn vor allem war König Wilhelm damals noch weit entfernt von kriegerischen Entschlüssen gegen Österreich.

*) Auch das alles, was schon vor Jahren geschehen war, wie wir sahen, wird Bismarck kaum auf den 1. November 1862 verlegt haben.

punkt der Zollvereinskrisis, die Preußen durch den Abschluß des Handelsvertrags mit Frankreich heraufbeschworen hatte. Noch vor Bismarcks Reise nach Paris, am 18. Oktober, hatte übrigens der in München versammelte deutsche Handelstag wenn auch nur mit vier Stimmen Mehrheit gegen die gerade dort stark vertretenen Österreicher und Süddeutschen die Aufrechterhaltung des französischen Vertrags beschlossen.

Eine andere brennende deutsche Zeit- und Streitfrage, bei welcher Frankreich Preußens thatkräftiges Einschreiten auch mit wohlwollender Neutralität geleiten konnte, war gleichfalls vor Bismarcks Abreise nach Paris der Entscheidung nahe, die kurhessische. Der Kurfürst von Hessen hatte nämlich seinen Landtag für den 30. Oktober einberufen, aber nur um diesem den Entwurf eines neuen Wahlgesetzes vorzulegen, da er das von 1849 nicht für rechtsbeständig halte. Der Führer der verfassungstreuen hessischen Partei, der wackere Dr. Fr. Ötker, hatte schon vor der Offenbarung dieser Absichten seines Zwingherrn Unrat gewittert und sich deshalb des preußischen Schutzes versichern wollen. Im tiefen Geheimnis hatte er am 15. Oktober eine Audienz bei Bismarck. Ötker berichtet darüber selbst folgendes:*) „Man kann sich vorstellen, mit welchen Gedanken und mit welcher Zurückhaltung ich mich dem Manne näherte, der damals liberalerseits als der wahre aristokratisch-feudale Unhold angesehen wurde. Serviler Landjunker, eingefleischter Aristokrat, Jagdbummler, leichtsinniger Spieler — das waren so etwa die Bezeichnungen, mit denen man den neuen Ersten Minister Preußens bedachte. Und ich selbst, wenn ich auch mein Urteil weit freier gehalten hatte, stand doch unter dem Eindruck der allgemeinen Meinung. Wie war ich daher erstaunt, in wenig Minuten ein ganz anderes Bild in der Seele zu haben, als womit ich das Zimmer des Ministers betreten hatte. Keine Spur von aristokratischem Übermut, borniertem Junkertum, feudaler Einseitigkeit, prinzipieller Verranntheit, diplomatischer Zurückhaltung. Eine hohe, starke, aber geschmeidige Kraftgestalt kam mir freundlichst bis an die Thüre

*) In seinen „Lebenserinnerungen", Kassel 1885, III, 334.

entgegen, reichte mir die Hand, rückte mir einen Sessel zurecht und sagte mit dem gewinnendsten Lächeln: ‚Na, Sie werden ja auch schon mißliebig bei den Demokraten‘.“ Er erhielt damals zweifellos Bismarcks bestimmte Zusage, daß Preußen jedem Rechtsbruch des Kurfürsten schneidig entgegentreten werde. Der weitere Verlauf der Sache beweist das aufs klarste. Der am 30. Oktober zusammentretende kurhessische Landtag protestierte, wie vorausgesehen werden konnte, gegen die Zumutung eines neuen Wahlgesetzes und verlangte rechtzeitige Vorlegung des Budgets, mindestens den Antrag der Regierung auf Bewilligung eines außerordentlichen Kredits. Das Ministerium unterstützte diese ständischen Rechtsverwahrungen und wurde deshalb vom Kurfürsten im November plötzlich entlassen, am 20. November auch die Ständeversammlung auf unbestimmte Zeit vertagt. Da wandte sich Ötker von neuem um Hilfe nach Berlin, und sofort erfolgte Bismarcks berühmter Gegenzug. Er sandte am 24. durch einen Feldjägerlieutenant eine Note unmittelbar an den kurhessischen Premier v. Dehn, in welcher er erklärte: Preußen könne zwischen seinen eigenen Provinzen so bedenkliche politische Wirren keinesfalls wieder aufleben lassen. Fahre der Kurfürst also in seiner Willkür fort, so werde Preußen mit des Kurfürsten Agnaten sofort die nötigen Verhandlungen (zur Absetzung desselben) einleiten. Bei der gegenseitigen Stimmung, die zwischen dem Kurfürsten und dessen Agnaten herrschte, war ersterem keinen Augenblick zweifelhaft, daß der kurhessische Familienrat die Regierungsunfähigkeit Serenissimi einmütig und schleunig aussprechen werde. So fügte er sich denn am 27. November der preußischen Drohung in ohnmächtigem Grimm, berief die Minister und Stände wieder und gab fürerst kein Ärgernis weiter.

Inzwischen war der österreichische Antrag, die Bundesreformfrage zu lösen durch Berufung einer Delegiertenversammlung der einzelnen Landtage zum Bundestage, insofern einer Entscheidung entgegengereift, als der Verfassungsausschuß der Bundesversammlung am 4. Dezember seinen Bericht abgeschlossen hatte. Bismarck bereitete eine scharfe preußische Sonderschrift dagegen vor. Doch wollte er, ehe die Meinungsverschiedenheit der deutschen Groß-

mächte in der deutschen Frage an die Öffentlichkeit träte, Österreich Gelegenheit geben, diesen Zwiespalt und dessen Folgen thunlichst zu vermeiden. Er lud daher den österreichischen Gesandten, Grafen Karolyi, zu persönlichen Unterredungen ein, die am 4. und 13. Dezember in Berlin stattfanden. Durch österreichische Indiskretion gelangte ein Bericht über diese Gespräche in den Nürnberger Korrespondenten, so daß Bismarck sich veranlaßt sah, am 24. Januar 1863 eine amtliche Darstellung derselben in einem Erlaß an die preußischen Gesandtschaften in Deutschland zu geben. Wir fußen hier also überall auf amtlichem Material. Bismarck entwickelte dem österreichischen Gesandten am 4. Dezember die Notwendigkeit, daß die Beziehungen Preußens zu Österreich „unvermeidlich entweder besser oder schlechter werden“ müßten. Schlechter müßten sie werden, — führte er aus — wenn Österreich, wie seit der Ära Schwarzenberg, fortfahre, „zum Nachteile für die Gesamtverhältnisse am Bunde in den Staaten, mit welchen Preußen, der geographischen Lage nach, auf Pflege freundschaftlicher Beziehungen besonderen Wert legen muß, einen zur Oppposition gegen uns aufstachelnden Einfluß mit Erfolg geltend zu machen.“ Denn Österreich entfremde sich damit die Sympathie Preußens. Der kaiserliche Gesandte tröstete sich darüber mit der Gewißheit, daß in einem für Österreich gefährlichen Kriege beide Großstaaten sich dennoch unter allen Umständen als Bundesgenossen wieder finden würden. „In dieser Voraussetzung liegt meines Erachtens ein gefährlicher Irrtum,“ entgegnete Bismarck, „über welchen vielleicht erst im entscheidenden Augenblicke eine für beide Kabinette verhängnisvolle Klarheit gewonnen werden würde.“ Er bat den Grafen Karolyi dringend, diesem Irrtum in Wien nach Kräften entgegenzutreten. Im Jahre 1859 habe Preußen zwar die Verlegenheiten Österreichs nicht zum eigenen Vorteil ausgebeutet, vielmehr zum Beistande Österreichs gerüstet, aber nur unter den Nachwirkungen der früheren innigeren Verhältnisse. „Sollten aber letztere sich nicht neu anknüpfen und beleben lassen, so würde unter ähnlichen Verhältnissen ein Bündnis Preußens mit einem Gegner Österreichs ebensowenig ausgeschlossen sein, als im entgegengesetzten

Falle eine treue und feste Verbindung beider Großmächte gegen gemeinschaftliche Feinde. Ich wenigstens würde mich unter ähnlichen Umständen niemals dazu entschließen können, meinem AGn. Herrn zur Neutralität zu raten. Österreich hat die Wahl, seine gegenwärtige antipreußische Politik mit dem Stützpunkte einer mittelstaatlichen Koalition fortzusetzen, oder eine ehrliche Verbindung mit Preußen zu suchen. Zu letzterer zu gelangen ist mein aufrichtigster Wunsch. Dieselbe kann aber nur durch das Aufgeben der uns feindlichen Thätigkeit Österreichs an den deutschen Höfen gewonnen werden." Graf Karolyi erwiderte, es sei für das Kaiserhaus nicht thunlich, seinen traditionellen Einflüssen auf die deutschen Regierungen zu entsagen. „Ich stellte die Existenz einer solchen Tradition mit dem Hinweis in Abrede," sagt Bismarck in seiner Denkschrift vom 24. Januar, „daß Hannover und Hessen seit hundert Jahren von Anbeginn des siebenjährigen Krieges vorwiegend preußischen Einflüssen gefolgt seien, und daß in der Epoche des Fürsten Metternich die genannten Staaten auch von Wien aus im Interesse des Einverständnisses zwischen Preußen und Österreich ausdrücklich in jene Richtung gewiesen worden seien, daß also die vermeintliche Tradition des österreichischen Kaiserhauses erst seit dem Fürsten Schwarzenberg datiere, und das System, welchem sie angehöre, sich bisher der Konsolodierung des deutschen Bündnisses nicht förderlich erwiesen habe. Die ganze Behandlungsweise Preußens von seiten des Wiener Kabinets scheine auf der Voraussetzung zu beruhen, daß wir mehr als irgend ein anderer Staat auswärtigen Angriffen ausgesetzt seien, gegen welche wir fremder Hilfe bedürfen, und daß wir uns deshalb von seiten der Staaten, von welchen wir solche Hilfe erwarten können, eine rücksichtslose Behandlung gefallen lassen müßten. Die Aufgabe einer preußischen Regierung, welcher die Interessen des königlichen Hauses und des eigenen Landes am Herzen liegen, werde es daher sein, das Irrtümliche jener Voraussetzung durch die That nachzuweisen, wenn man ihren Worten und Wünschen keine Beachtung schenke." Als Karolyi darauf entgegnete: Ein Verzicht Österreichs auf seinen Einfluß bei den deutschen Höfen sei gleichbedeutend

mit der Hinausdrängung Österreichs aus Deutschland, da rief Bismarck: „Nun, so verlegt Euren Schwerpunkt nach Ofen!“

Als Österreich sich durch diese deutlichen vertraulichen Eröffnungen Bismarcks nicht abhalten ließ, den von Bismarck als „gefährlich“ bezeichneten Weg der Bundesreform weiter zu verfolgen, erteilte Bismarck am 11. Dezember dem neuen preußischen Bundestagsgesandten, v. Sydow, die erforderlichen Weisungen, und begab sich am 13. Dezember persönlich zum Grafen Karolyi, um noch deutlichere Warnungen an diesen zu richten, „den Ernst der Lage der Dinge am Bunde seiner Beachtung zu empfehlen.“ „Ich verhehlte ihm nicht, daß unter solchen Umständen das Gefühl der eigenen Würde uns nicht gestatte, dem von der anderen Seite herbeigeführten Konflikt ferner auszuweichen. Ich stellte in Aussicht, daß wir die Überschreitung der Zuständigkeit (des Bundes) durch Mehrheitsbeschlüsse als einen Bruch der Bundesverträge auffassen und dementsprechend verfahren würden, indem unser Bundestagsgesandter ohne Vertretungsvollmacht abberufen werden würde, und deutete die praktischen Folgen an, welche sich aus einer solchen Lage im Kriege ergeben müßten, indem wir natürlich die Wirksamkeit einer Versammlung, an welcher wir uns aus rechtlichen Gründen nicht mehr beteiligten, in Bezug auf den ganzen Geschäftskreis des Bundes nicht weiter für zulässig anerkennen könnten. Wir würden also auch die preußischen Besatzungen in den Bundesfestungen nicht mehr den Beschlüssen der Bundesversammlung unterstellen können. Ich habe weiter auf die Konflikte aufmerksam gemacht, welche das Verbleiben unserer Besatzungen in den Bundesfestungen nach sich ziehen könne, nachdem ihre Befehlshaber der Autorität der Bundesversammlung die Anerkennung zu versagen haben würden.“ Wenige Tage später reiste Graf Thun von Wien auf seinen Posten in Petersburg über Berlin, um Bismarck zu sprechen. Auch er bekam nur dasselbe zu hören. „Die Anträge wegen der Delegiertenversammlung sind nicht mit Rücksichtnahme auf die Unabhängigkeit der Regierungen von entgegenstehender Ansicht ins Leben getreten“, sagte Bismarck am Schlusse der Denkschrift vom 24. Januar, welche

alle diese Unterredungen widergibt, „sondern es ist versucht worden, sie den ausdrücklich widersprechenden Regierungen auf dem Wege neuer und dem Inhalt der Bundesverträge Gewalt anthuender Auslegungen letzterer aufzudrängen. Einem solchen Verfahren gegenüber kann Preußen im Bewußtsein seines guten Rechtes lediglich denjenigen Bundesregierungen, welche die Einigkeit im Innern des Bundes durch ihr aggressives Verfahren in Frage stellen, die Sorge für die Beilegung oder die Verantwortung für die Folgen des von ihnen heraufbeschworenen Konfliktes überlassen."

In demselben Sinne wie diese vertraulichen Aussprachen waren die amtlichen Erklärungen gehalten, welche Preußen am Bundestage abgab, nur gehen sie naturgemäß auf die Mängel des österreichischen Delegiertenprojektes näher ein. Die erste dieser Erklärungen wurde am 18. Dezember in Frankfurt verlesen. Sie betont: „Der Bund würde nach Einfügung eines solchen Organismus ein anderer werden, als er bisher war. Er würde nicht nur seine Zuständigkeit auf ein neues, ja auf alle Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung ausgedehnt haben, sondern es würde sich ihm auch in dem Delegiertenkörper, nach Ansicht der Mehrheit, eine Handhabe für die politische Entwickelung darbieten sollen." Damit ist aber „die Gefahr vorhanden, daß eine große Mehrheit an Volkszahl und staatlicher Kraft einer Kombination von Stimmen unterliegt, welche thatsächlich eine Minderheit an Zahl und Macht vertritt." Der „Drang der deutschen Stämme nach engerer staatlicher Einigung" wird außerdem in dem Delegiertenprojekt „keine Annäherung an die höheren Ziele staatlicher Einheit und Stärkung erblicken, keinen Fortschritt der nationalen Bewegung, sondern eine Ablenkung von derselben. Die beantragte Institution würde mithin nicht einmal als eine Abschlagszahlung betrachtet werden." Am Schlusse wird dann warnend ausgesprochen: „Daß die Fortsetzung dieses Verfahrens zu einem Punkte führen könne, wo Preußen außer stand gesetzt wäre, in einer im Widerspruch mit den Bundesgesetzen verfahrenden Versammlung noch das Organ des Bundes zu erkennen, an dessen Schließung es sich beteiligt hat."

Trotz aller Warnungen trieb Österreich die Sache bis zu dieser Spitze. Am 19. Dezember 1862 hatte die Bundesversammlung die Abstimmung auf den 22. Januar 1863 festgesetzt. Herr v. Sydow verlas hier das ihm von Bismarck zugesandte preußische Votum: „Nicht bloß durch die formelle, dem Geiste der Bundesverträge fremde Behandlungsweise, welche diese Angelegenheit (von Anfang an) erfahren hat, wird Preußen verhindert, derselben näher zu treten, sondern auch durch die materielle Untauglichkeit und Halbheit der Vorschläge selbst. Nur in einer Vertretung, welche nach Maßgabe der Bevölkerung jedes Bundesstaates aus letzterer durch unmittelbare Wahl hervorgeht, kann die deutsche Nation das berechtigte Organ ihrer Einwirkung auf die gemeinsamen Angelegenheiten finden." Dies wird dann eingehend begründet. Zu Österreichs größtem Verdrusse wurde bei der Abstimmung das Wiener Delegiertenprojekt mit 9 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Bismarck hatte also selbst bei der Bundesversammlung, trotz aller österreichischen Umtriebe und Einschüchterungsversuche, gesiegt!

Wichtiger noch als dieser Sieg ist uns Heutigen aber die Erinnerung daran, daß hier Bismarck zum ersten Male öffentlich die Losung eines deutschen Parlamentes ausgegeben, also damit das Hauptverlangen erfüllt hatte, welches seit 1859 der Nationalverein, der deutsche Abgeordnetentag, alle Sänger-, Schützen-, Turnerfeste u. s. w. erhoben. Alle die Tausende, welche diesen Staatsmann persönlich sowie aus seinen Reden der Jahre 1847 bis 1851 kannten, mochten wohl besser als Benjamin Disraeli wissen, daß in der That auf ihn das früher mitgeteilte Wort des englischen Toryführers in jedem Buchstaben passe: „Gebt acht auf diesen Mann, er sagt was er denkt!" Zudem ging die Erklärung, die v. Sydow in Bismarcks Namen, im Auftrag der preußischen Regierung, am 22. Januar in Frankfurt abgegeben hatte, an verantwortlicher Bedeutung und geschichtlich-amtlicher Wichtigkeit weit hinaus über irgend eine bisherige persönliche Meinungsäußerung Bismarcks. Unmöglich konnte Bismarck namens der preußischen Regierung die Forderung eines deutschen Parla-

mentes amtlich als das einzige Mittel zur Lösung der deutschen Bundesreformfrage erheben, wenn er diese Forderung nicht ernst meinte, nicht daran fest halten wollte. Aus allen diesen Gründen hätte man erwarten dürfen, daß in ganz Deutschland heller Jubel ausbrechen werde über Bismarcks Erklärung vom 22. Januar, daß seine That um so mehr Anerkennung und Begeisterung erwecken werde, als sie von dem „Junker" ausging, der 1849 das deutsche Parlament bekämpft und 1850 Olmütz verteidigt hatte. Wäre die Hoffnung zu vermessen gewesen, daß nun auch der innerpreußische Zwiespalt sich schließen werde, nachdem Bismarck zum Teil wenigstens den Schleier von seinen Zukunftsplänen hinweggezogen und als sein eigenes Ziel das gerade dem Liberalismus ersehnteste hingestellt hatte? Aber nichts von alledem trat ein. Bismarcks erstes öffentliches Bekenntnis für ein deutsches Parlament begegnete in ganz Deutschland nur staunendem Unglauben, blutigem Hohn. Mit welchen Ehrennamen die erbitterten Gegner damals den preußischen Ministerpräsidenten belegten, haben wir eben erst aus Ötkers „Erinnerungen" gehört. Einer der maßvollsten und nationalstgesinnten deutschen Gelehrten, der Freund Dahlmanns, gleich diesem einer von den berühmten Göttinger Sieben, der Germanist Eduard Albrecht in Leipzig, nannte damals Bismarck dem Verfasser gegenüber eine „frivole Bestie". Kaum weniger kräftige Worte hatte natürlich die gesamte deutsche Presse, verschwindende Ausnahmen abgerechnet, gegen den Mann mit der eisernen Stirn, der offenbar darnach lechzte, das deutsche Parlament ebenso brutal mit Füßen zu treten, wie seine preußischen Landboten. Eitle Drohungen und preußischen Wind nannte man Bismarcks Erklärung, daß Preußen beim Bruche der Bundesverträge aus dem Bund austreten werde. Wo kann denn Preußen bei seinen inneren Wirren an ein so gefährliches Spiel denken? rief die deutsche liberale und die österreichische Presse, in lieblicher Einmütigkeit ihr Urteil über die Wertlosigkeit und Dreistigkeit des Gerichteten abschließend. Dann aber ereignete sich etwas viel Auffallenderes: die allergrößte Mehrzahl deutscher Zeitungsleser, Wahlmänner, Politiker und selbst

Abgeordneter vergaß jahrelang vollständig, daß Bismarck schon am 22. Januar 1863 erklärt hatte, ein deutsches Parlament allein könne die deutsche Bundesreform befriedigend lösen.

Am wenigsten war der preußische Landtag geneigt, Herrn v. Bismarck deshalb entgegenzukommen, weil dieser am Bundestage für das deutsche Parlament eingetreten war. Das zeigte sich schon alsbald nach der am 14. Januar 1863 erfolgten Eröffnung des Landtags. In der von Bismarck verlesenen Thronrede hieß es: „Die Regierung Seiner Majestät begrüßt Sie mit dem lebhaften Wunsche, daß es in dieser Sitzungsperiode des Landtags gelingen möge, über die im vorigen Jahre ungelöst gebliebenen Fragen eine dauernde Verständigung herbeizuführen. Die Lage der Finanzen darf als eine durchaus befriedigende bezeichnet werden. In Ermangelung eines gesetzlich festgestellten Staatshaushaltsetats für das Jahr 1862 hat die Regierung in erhöhtem Maße ihr Augenmerk darauf gerichtet, die Verwaltung mit Sparsamkeit zu führen." Dann wird, der vorjährigen Zusage gemäß, die Vorlegung eines Gesetzes zur Ergänzung und Abänderung des Wehrpflichtgesetzes von 1814 versprochen, dabei aber erklärt: „Die Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß die Reorganisation des Heeres, zu deren Aufrechthaltung die Regierung Seiner Majestät sich im Interesse der Machtstellung Preußens einmütig verpflichtet erachtet, auch durch die gesetzliche Feststellung der zu ihrer Durchführung erforderlichen Ausgaben nunmehr ihren vollständigen Abschluß gewinnen werde."

Der einstweilige Präsident des Abgeordnetenhauses, Herr Grabow, fühlte sich dagegen gedrungen, schon bei Eröffnung der Sitzungen, in Abwesenheit der Minister, die annehmen mußten, die erste Zusammenkunft der Abgeordneten werde nur die üblichen formellen Geschäfte erledigen, ein scharfes und verletzendes Urteil über das Verhalten der Regierung auszusprechen und in aufreizender Weise die Kämpfe wieder anzuregen, welche die vorige Session zu einer so unerquicklichen und unfruchtbaren gemacht hatten. Er sagte geradezu: „Der Konflikt hat in den letzten drei Monaten (seit unserer Vertagung) immer größeren Umfang angenommen und den

Ausbau unseres verfassungsmäßigen Rechtsstaates gefährdet. Der Art. 99 der Verfassung ist verletzt. Doch das Land ist in diesem immer schärfer hervortretenden Konflikte seinen gewählten Vertretern zu ihrer vollen Befriedigung zur Seite getreten.“ Nicht zweifelhaft war, daß das Abgeordnetenhaus diesem deutlichen Winke seines Präsidenten folgen werde, indem es seiner gepreßten Brust durch eine Adresse an den König Luft machte. Diese Adresse gab sich den Anschein, zu glauben, daß „nur eine kleine, der Nation seit lange entfrembete Minderheit, gestützt durch die Minister Ew. Majestät,“ noch zur Politik des Königs stehe. Die Adresse sprach ferner „offen aus, die Verfassung ist durch die Minister schon jetzt verletzt. Das schwere Übel einer budgetlosen Regierung ist über das Land gekommen.“ Und schließlich war gesagt: „Das preußische Volk läßt nicht von der Hoffnung, daß Ew. Majestät Weisheit die ehrliche Stimmung seiner gesetzlichen Vertreter unterscheiden werde von dem Rate derer, welche in dem Kampf der Parteien ihre an sich ohnmächtigen Bestrebungen durch den erhabenen Namen Ew. Majestät zu decken und zu stützen sich bemühen.“ Bismarck aber erklärte schon in der Adreßkommission: „Es gibt eine Grenze dafür, was ein König von Preußen anhören kann. Die Adresse setzt zwar eine Trennung und Unterscheidung zwischen König und Regierung voraus, so, als ob der König durch Krankheit oder Abwesenheit verhindert gewesen, von den Handlungen der Regierung und des Landes Kenntnis zu nehmen. So liegt die Sache nicht. Die Adresse trifft den König. Der Vorhang, mit welchem man die Unterscheidung bedeckt, ist zu durchsichtig. Die Akte, in denen die Verfassungsverletzung gefunden wird, sind im Namen des Königs eingebracht. Eine Trennung ist nicht zu erreichen. Wir, die Minister, nehmen die Eide ebenso ernst, wie Sie, die Abgeordneten. Als Verfassungsfreund will ich darauf hinweisen, man möge nicht zu oft von Verfassungsverletzungen sprechen. Solche Mittel schwächen sich durch Wiederholung ab.“

Gleichwohl brachte die Adreßkommission die Adresse vor das Haus, und nun folgte in den Tagen vom 27.—29. Januar die

höchst erregte Adreßdebatte, welche der Berichterstatter der Kommission, v. Sybel, leidlich maßvoll eröffnete. Nach ihm ergriff Bismarck das Wort. Er sagte: „Der Adressenentwurf hat das unbestreitbare Verdienst, Klarheit in unsere gegenseitigen Beziehungen zu bringen. Bei den letzten Wahlen noch wurde die Behauptung, daß in Preußen das Parlament mit der Krone um die Herrschaft dieses Landes streite, mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Nachdem Sie die Adresse, wie sie vorliegt, werden angenommen haben, wird diese Zurückweisung nicht mehr möglich sein. . . . Durch diese Adresse werden dem Königlichen Hause der Hohenzollern seine verfassungsmäßigen Regierungsrechte abgefordert, um sie der Mehrheit dieses Hauses zu übertragen. (Große Unruhe. Dazwischen Rufe: Ganz richtig!) Ich weise die Trennung der Minister von der Krone, wie sie von der Adresse angenommen wird, keineswegs zurück, um die Autorität der Krone zu einem Schilde zu machen, durch welchen das Ministerium sich deckt. Wir bedürfen dieser Deckung nicht, wir stehen fest auf dem Boden unseres guten Rechtes. Ich weise diese Trennung nur deshalb zurück, weil durch sie die Thatsache verdeckt wird, daß Sie Sich im Kampfe mit der Krone um die Herrschaft dieses Landes befinden und nicht im Kampfe mit dem Ministerium." Dann legt Bismarck eingehend dar, daß der Anspruch des Abgeordnetenhauses, Krone und Herrenhaus müßten sich den Budgetbeschlüssen des Abgeordnetenhauses unterwerfen, in Preußen verfassungswidrig sei. „Die Verfassung hält das Gleichgewicht der drei gesetzgebenden Gewalten in allen Fragen, auch in der Budgetgesetzgebung, durchaus fest; keine dieser Gewalten kann die andere zum Nachgeben zwingen; die Verfassung verweist daher auf den Weg der Kompromisse zur Verständigung. Ein konstitutionell erfahrener Staatsmann hat gesagt, daß das ganze Verfassungsleben jederzeit eine Reihe von Kompromissen ist. Wird der Kompromiß dadurch vereitelt, daß eine der beteiligten Gewalten ihre eigene Ansicht mit doktrinärem Absolutismus durchführen will, so wird die Reihe der Kompromisse unterbrochen und an ihre Stelle treten Konflikte, und Konflikte, da das Staatsleben nicht stillzustehen ver-

mag, werden zu Machtfragen; wer die Macht in Händen hat, geht dann in seinem Sinne vor, weil das Staatsleben auch nicht einen Augenblick stillstehen kann. Sie erwarten Nachgiebigkeit von der Krone, wir erwarten sie von Ihnen! Es ist ein eigentümliches Zusammentreffen, daß die Beratung dieses Manifestes, welches unserem Königlichen Herrn überreicht werden soll, gerade zusammenfällt mit dem heutigen Geburtstage des jüngsten mutmaßlichen Thronerben.*) In diesem Zusammentreffen, meine Herren, sehen wir eine verdoppelte Aufforderung, fest für die Rechte des Königtums, fest für die Rechte der Nachfolger Sr. Majestät einzustehen. Das preußische Königtum hat seine Mission noch nicht erfüllt, es ist noch nicht reif dazu, einen rein ornamentalen Schmuck Ihres Verfassungsgebäudes zu bilden, noch nicht reif, als ein toter Maschinenteil dem Mechanismus des parlamentarischen Regiments eingefügt zu werden."

Aus der sehr viel längeren Rede Bismarcks sind hier notgedrungen nur die Hauptgedanken mitgeteilt. Graf Schwerin meinte, die Rede habe in dem Satze „kulminiert": „Macht geht vor Recht!" Unter lebhaftem Widerspruche der Versammlung bestritt Bismarck nachdrücklich, diesen Ausspruch gethan zu haben, und unter fortdauernder großer Unruhe wiederholte er seine früheren Worte: „Da das Staatsleben nicht einen Augenblick stillstehen kann, ist derjenige, der im Besitz der Macht sich befindet, genötigt, sie zu brauchen. Ich habe das nicht als einen Vorteil bezeichnet. Ich mache auf unparteiische Beurteilung von Ihrer Seite keinen Anspruch (hört! hört! links), ich will nur zu Protokoll richtig stellen, was mißverstanden ist."

Nach diesen Worten vertagte sich das Haus und setzte die Adreßdebatte am 28. Januar fort. Hier zeichnete sich besonders der Abgeordnete Virchow durch lebhafte und persönlich verletzende Angriffe auf den Ministerpräsidenten aus. „Es gibt eine Art von preußischer Sprache," sagte er, „das ist die, die die Herren vom Ministertische gegenwärtig reden; es ist die Sprache, die man in

*) Des jetzigen Kaisers Wilhelm II., geb. 27. Januar 1859.

der ganzen Welt nicht versteht." Von den „Loyalitätsdeputationen", welche häufig bei ihrem königlichen Herrn in Berlin erschienen, um diesem das Gelöbnis altpreußischer Treue abzulegen, behauptete er, sie würden „in der Wilhelmstraße kostümiert". Bismarck fragte dagegen: „Haben diese Personen denn nicht das Recht so gut wie Sie, ihre Meinung in Wort und Schrift auszusprechen?" Verleumdungen, wie Virchow behauptet hatte, habe er in den Loyalitätsadressen nicht gefunden, das Härteste sei eine Stelle gewesen, „welche das Verhalten dieses Hauses als ein unpreußisches bezeichnet. Ich eigne mir diesen Ausdruck nicht an, man gibt aber zu einem solchen Urteil einigermaßen Anhaltspunkte, wenn man, wie es seitens des Herrn Vorredners geschehen ist, das Wort ‚Preußisch' als eine Art von Schimpfwort benutzt (lauter Widerspruch), wie es mir mit dem Ausdruck der Geringschätzung als unterscheidende Bezeichnung entgegengehalten wurde, ich spräche eine ‚preußische' Sprache, die verstände hier niemand, und daher verständen Sie mich nicht. Meine Herren, ich bin stolz darauf, eine preußische Sprache zu reden, und Sie werden dieselbe noch oft von mir hören!"

Bei der Fortsetzung der Adreßdebatte am 29. Januar erklärte Bismarck: „Ich darf annehmen, daß Sie mit dem Epitheton ‚verfassungswidrig' verlangen, der König möge dieses Ministerium entlassen!" Das Haus begleitete die Worte mit lautem „Hört, Hört!" Bismarck aber fuhr ruhig fort: geschehe das, so habe das Haus die „Ehrenpflicht", ein neues Ministerium zu bilden, das in gleichem Maße das Vertrauen der Krone wie der Mehrheit des Hauses besitze. Diese „recht stattliche Mehrheit ist zwar vollkommen einig in dem negativen Wunsche uns beseitigt zu sehen, aber ich frage Sie, über wie viel positive Sätze sind Sie denn unter sich einig, die Mitglieder dieser großen Majorität? (Oh! Oh!) Der Weg, den ein preußisches Ministerium überhaupt gehen kann, ist so sehr breit nicht; derjenige, der weiter links steht, wenn er Minister wird, wird nach rechts rücken müssen; derjenige, der weit rechts steht, wenn er Minister wird, wird nach links rücken müssen, und man hat für die weiten Abschweifungen der Doktrin, wie man sie als Redner, als Abgeordneter

entwickeln kann, auf diesem schmalen Pfade, auf dem die Regierung eines großen Landes wandeln kann, keinen Raum."

Das Abgeordnetenhaus nahm, wie vorauszusehen war, die Adresse am 29. Januar mit großer Mehrheit (255 gegen 68 Stimmen) an. Der König verweigerte den Empfang der Adreßdeputation und beantwortete die ihm hierauf unmittelbar zugesandte Adresse am 3. Februar, „ohne Vermittelung seiner Minister", gleichfalls unmittelbar, da er annahm, „daß es dem Hause darum zu thun ist, Meine persönliche Anschauung und Willensmeinung kennen zu lernen." Wir erkennen unschwer Bismarcks Feder in dieser Antwort, aber da der König sie gebilligt hatte, so durfte er mit Fug und Recht von seinem „Königlichen Wort" reden, welches die Überhebung des Abgeordnetenhauses ebenso treffend als würdevoll zurückwies. „Das Haus der Abgeordneten hat mit Recht jeden Zweifel an Meinem ernsten und gewissenstreuen Willen, die Verfassung des Landes aufrecht zu erhalten, ausgeschlossen", hieß es da, „dasselbe hat aber Anordnungen Meiner Regierung, welche mit Meiner Genehmigung getroffen worden, als Thatsachen zur Begründung der Beschwerde über Verfassungsverletzung angeführt. Ich würde jene Anordnungen nicht zugelassen haben, wenn Ich darin eine Verfassungsverletzung hätte erkennen können. Das Haus der Abgeordneten wird die in der Verfassung den verschiedenen Gewalten gesetzten Schranken anzuerkennen haben und Ich fordere dasselbe nunmehr auf, seinerseits Meinen landesväterlichen Absichten sein Entgegenkommen in einer Art zu beweisen, daß das Werk der Verständigung ermöglicht wird, welches Meinem Herzen ein Bedürfnis ist."

Auch die auswärtige Politik Bismarcks hatte während der Adreßdebatte die schärfsten Angriffe erfahren. Diese Angriffe tragen in den Augen des heutigen Geschlechtes in hohem Grade das Gepräge unfreiwilliger Komik. Aber den Zeitgenossen erschienen sie ungemein ernst und treffend. So, wenn Schulze-Delitzsch rief: „Selbst die feudale Partei ist politischer und konsequenter als der Herr Ministerpräsident, wenn er meint, seine innere Politik lasse sich mit der großen Aktion nach außen vereinigen. ‚Zentralgewalt

und Parlament' ist noch jetzt die Losung im ganzen deutschen Volke. Aber, m. H., wenn das jetzige Ministerium den Ruf erschallen ließe — es wird es nicht thun, es befindet sich gar nicht in der Möglichkeit dazu, ich gebe nur die hypothetische Annahme hier (Heiterkeit) —, wenn es ihn erschallen ließe, so würde sich bei dem von ihm berufenen deutschen Parlament niemand einfinden! (Bravo! Große Heiterkeit)." Höchst bezeichnend für die unselige Stimmung jener Tage ist, daß auch ein Mann wie Heinrich v. Sybel als Abgeordneter in diesen Ton einstimmte. „Die Kleinodien unserer Vergangenheit werden uns unter den Händen verfälscht," sagte er, „und der Blick unserer Zukunft wird uns von Grund aus verdüstert. Eine preußische Regierung, die den Aufgaben ihres Volkes im neunzehnten Jahrhundert gewachsen sein soll, sie muß verstehen, die Wünsche des Volkes durch Aufstecken großer und idealer Ziele um ihr eigenes Banner zu versammeln. Das können wir erwarten, das können wir begehren, daß nicht gerade das Gegenteil von solchen Tendenzen unsere Regierung erfülle." Auch diese Worte wurden von stürmischem, wiederholtem Beifall begleitet. Noch wuchtiger ging der sonst so milde Herr v. Carlowitz mit Bismarcks auswärtiger Politik ins Gericht. „Ich bin der Meinung," rief er, „daß, was dieses Ministerium auf dem Gebiete der auswärtigen Politik auch unternehmen möge, jede seiner Unternehmungen von vornherein mit Unfruchtbarkeit werde geschlagen sein. (Sehr wahr!) Ein preußisches Ministerium, das, indem es in die Aktion eintritt, nur die neugeschaffenen Bataillone zählt und nicht die Herzen des Volkes, ein solches wird niemals Triumphe auf dem Felde der auswärtigen Politik feiern. (Sehr wahr!) Jetzt, geschwächt durch innere Zerwürfnisse, jetzt, mit dem Mißtrauen Deutschlands oder doch des deutschen Volkes behaftet, stehen wir isoliert, ohne irgend einen schöpferischen Gedanken. Und so befürchte ich allerdings, es werde uns nichts übrig bleiben, als uns in einen Schmollwinkel zurückzuziehen und von diesem aus mißmutig zuzusehen, wie das übrige Deutschland sich unter der Würzburger oder Österreichs Führung neu konstituiert und günstigenfalls uns eine Hinterthüre offen läßt,

die freilich dem kaudinischen Passe so ähnlich sehen würde, wie ein Ei dem andern. Also, m. H., lassen Sie uns die Lösung dieser Frage einer Zeit vorbehalten, wo Preußens guter Genius sich uns von neuem enthüllt, aber zunächst nicht mit Blut und Eisen und nicht mit Donner und Blitz, sondern im friedlichen Sonnenschein eines verfassungstreuen, auf Freiheit und Recht gegründeten Regiments.“ Bismarck hatte auf alle diese Angriffe treffend erwidert: „Für das Bestreben, das eigene Vaterland vor dem Auslande als erniedrigt darzustellen, weil die eigene Partei nicht am Ruder ist, für dieses Bestreben überlasse ich die Verantwortung denen, die sich in diesem Sinne ausgesprochen haben; ich verliere kein Wort darüber, ich berufe mich auf die Thatsachen, die jedermann vorliegen,“ die Erfolge Preußens in Kurhessen und in dem Bundesreformfeldzug am Bundestage, die bei gerechter Beurteilung in der That alle vorausgegangenen Angriffe zu nichte machten. Bismarck ging aber auch selbst zum vernichtenden Angriff über, als er ausrief: „Sollte aber die Notwendigkeit eintreten, die Ehre und Unabhängigkeit des Landes nach außen hin zu wahren, so würden Sie selbst gar nicht im stande sein, uns diejenigen Mittel der Abwehr gegen das Ausland zu verweigern, in deren Mangel Sie eine Schwächung der auswärtigen Politik der Regierung erblicken wollen.“

Aus diesen Verhandlungen war offenkundig geworden, in welchem Grade damals Volk und Volksvertretung von urteilsloser Erbitterung gegen die Regierung erfüllt waren. Die größten Erfolge, die Preußen seit 1850 in seiner deutschen Politik erzielt hatte, und das freudige und bedingungslose Einstehen für die höchsten nationalen deutschen Forderungen waren dem preußischen Ministerpräsidenten Bismarck im Abgeordnetenhause nur mit wegwerfender Verachtung gelohnt worden. Nun aber bot seine auswärtige Politik den Gesinnungstüchtigen eine noch viel breitere und anscheinend viel bessere Zielscheibe zu allgemeinem, hoffentlich zu vernichtendem Angriff.

Am 22. Januar 1863 war nämlich der seit langem ins-

geheim vorbereitete Aufstand der Polen in Warschau ausgebrochen; durchaus nicht infolge unerträglicher russischer Bedrückungen, denn niemals hat ein milderer Herrscher auf Rußlands Thron gesessen, als Zar Alexander II. Auch in den polnischen Provinzen seines Reiches wollte er glückliche Unterthanen haben, und ließ daher die Ursachen des Elends, namentlich der kleinbäuerlichen Bevölkerung, eifrig erforschen — schon ein ausreichender Grund der Erbitterung für den polnischen Kleinadel, der mit der Ausschlachtung der Bauerngüter und mit dem Frondienst weißer Sklaven sein faules, unnützes Dasein bestritt. Auch die Einsetzung des nationalpolnischen Großgrundbesitzers Wielopolski zum kaiserlichen Statthalter in Warschau, vom Kaiser in wohlwollendster Absicht verfügt, machte in der radikalen polnischen Partei böses Blut, da diese zwar Wielopolskis Deutschenhaß vollkommen teilte, nicht aber mit ihm den Zar als rechtmäßigen Herrscher anerkennen noch aus der Hand des Zaren die polnische Selbstregierung des Landes entgegennehmen wollte. So war denn schon seit Jahren ein geheimes polnisches „Nationalkomitee" in Warschau an der Arbeit — aus zwölf unbekannten jungen Leuten bestehend —, das die polnischen Landsleute, die unter russischem, preußischem und österreichischem Joche angeblich seufzten, zum bevorstehenden Kampfe durch das Versprechen begeisterte: der Kaiser Napoleon trage sich schon seit dem Krimkriege mit dem großen Plane der Wiederherstellung des alten Polenreichs der Jagellonen. Außerdem hatte der alte Unruhestifter, „General" Mieroslawski, der 1848 seine Person und innerste Überzeugung nach Paris gerettet hatte — aus dem von den Kaiserlichen eingenommenen Wien hatte er sich im November 1848 in einem Sarg mit feierlichem Geleit hinausfahren lassen — den polnischen Brüdern verheißen, daß der polnische Aufstand nicht bloß Frankreich, sondern auch Ungarn und Italien in Bewegung setzen werde. Seine Freunde Klapka, Mazzini und Garibaldi hätten das fest versprochen. Schon am 3. März 1861 hatte er neben diesen Verheißungen die Normalweisungen für einen soliden polnischen Aufstand an das Warschauer Nationalkomitee gelangen

lassen, welche seiner und seiner Nation würdig waren: Ermordung aller im Bereiche befindlichen russischen Garnisonen im Schlafe; äußerster Widerstand gegen jede Aushebung polnischer Leute durch Rußland; lügenhafte und erfundene Zeitungsnachrichten in allen Sprachen über Bedrückungen des polnischen Volkes und über in Petersburg schnöde zurückgewiesene Beschwerden. Dann würden mindestens die Westmächte, die in der That noch mehr zu thun hatten, als polnischen Lügen nachzuforschen, zu einem Bruch mit Rußland gedrängt werden. Dieses ganze nationalpolnische Programm, mit Ermordung wehrloser schlafender Soldaten, mit jahrelangem lügnerischen Betrug der öffentlichen Meinung und der in dem gesitteten Europa dadurch erzeugten Mißstimmung gegen Rußland, war bereits buchstäblich ausgeführt, ehe das polnische Nationalkomitee, das sich nun „Nationalregierung" nannte, am 22. Januar 1863 die sogenannte polnische Nation zu den Waffen rief und den Urheber des trefflichen Programms, den „General" Mieroslawski, zum Diktator einsetzte.

Bismarck hatte längst Kenntnis von diesen geheimen Umtrieben, ehe sie sich ans Licht der Öffentlichkeit wagten. Er wußte genau, daß das polnische geheime Revolutionskomitee in Posen und Westpreußen, selbst in Oberschlesien, seine Ableger besaß, darunter selbst Abgeordnete des preußischen Landtags, die durch ihre polnischen Umtriebe nach Eid und Gewissen schnöden Landesverrat übten und später auch dem Strafrichter verfallen sind. Nichts ist Bismarck seit frühen Jahren so verhaßt gewesen und so gefährlich erschienen als die polnische Auflehnung gegen die landesväterliche Regierung Preußens, nichts so unbegreiflich als die amtliche Begünstigung nationalpolnischer, d. h. dem Deutschtum feindlichster Bestrebungen. Aus dem Jahre 1848 ist hierfür Bismarcks berühmtes, früher abgedrucktes Schreiben an die Magdeburgische Zeitung ein glänzendes Zeugnis. Nicht minder seine Rede über die Polenfrage im Vereinigten Landtag von 1848, die gleichfalls mitgeteilt wurde. Den sogenannten Kulturkampf hat Bismarck wesentlich unternommen, um die polnische Propaganda im Priesterrocke

niederzuwerfen. Auf allen seinen Wegen der Politik, die er als Reichskanzler im Sinne des Friedens, namentlich des guten Einvernehmens mit Rußland, zu vertreten hatte, ist er polnischer Ränkearbeit begegnet, wie später, nach seinen eigenen Mitteilungen an den Verfasser, nachgewiesen werden soll. Und ebenso entschieden hat er sich gegen den Verfasser und viele andere wider die polenfreundliche Politik des neuen Kurses erklärt. Wie die sogenannte öffentliche Meinung, durch polnische Lüge und Betrügerei getäuscht und erregt, im Gegensatz zu seiner eigenen Überzeugung urteilte, war ihm allezeit gleichgültig. Denn hier stand, wie er schon 1848 an die Magdeburgische Zeitung geschrieben hatte, jahrhundertelange deutsche Kulturarbeit in Frage und jede Nachgiebigkeit an die Herren Polen war die „traurigste Donquixoterie".

Beim Ausbruche des polnischen Aufstandes 1863 vermochte auch die Erkenntnis, daß Österreich mit gelassenem und Preußen feindseligem Behagen dem polnischen Aufstande zuschaute, indem es Tausende von Freiwilligen aus Österreich nach Polen zuströmen ließ, daß ferner England diesem Aufstande wohlwollte und Frankreich lauernd auf einen Streitfall mit Rußland zuwartete, Bismarck keinen Augenblick von der entschlossenen Bethätigung seiner Überzeugung abzubringen. Im Gegenteil versprach er sich um so bessere Wirkung des Schrittes, den er thun wollte, bei Rußland, da die Westmächte und Österreich ganz anderen Ideen und Plänen folgten. So wurde denn schon auf die erste Nachricht vom polnischen Aufstande am 1. Februar 1863 der General Gustav v. Alvensleben nach Petersburg gesandt, um dem Zaren zu erklären, daß Preußen sich gegenüber der polnischen Empörung dem Zarenreiche „als einen Bundesgenossen zur Seite stelle, der von einem gemeinsamen Feinde bedroht werde." Der Eindruck dieser Sendung und dieses Angebotes auf den Zaren war ein tiefer. Er erblickte darin mit Recht einen erhebenden Beweis treuester Freundschaft, der ihm doppelt wohlthat, während ganz Europa sich vom Zaren und Rußland unter Verwünschungen lossagte. Der Zar schlug daher in die dargebotene Hand sofort ein, und auf seinen Befehl mußte Fürst Gortschakoff

dem General von Alvensleben den Vorschlag machen, die gegen den polnischen Aufstand erforderlichen Maßregeln in Form eines schriftlichen Vertrages, einer „Punktation“, festzustellen. Darin war gesagt, daß die an der Grenze stehenden preußischen und russischen Truppenführer sich gegenseitig Hilfe leisten und nötigenfalls die Grenze überschreiten sollten, um die Rebellen zu verfolgen, die aus einem Lande in das andere überträten. Auch alle polnischen Umtriebe, die in Preußen gegen Rußland und in Rußland gegen Preußen gesponnen würden, sollten dem andern Staate mitgeteilt werden. Der Vertrag sollte schließlich nur solange gelten, als die Lage der Dinge es erfordere, und als die beiden Höfe es für angemessen erachteten. Das war der Sinn der Punktation, nachdem sie in Berlin durchberaten und in Petersburg nochmals geprüft war. Am 8. Februar wurde sie von Alvensleben und Gortschakoff in Petersburg unterzeichnet. Gortschakoff, der schon seit dem Ende des Krimkrieges den Abschluß eines russisch-französischen Bündnisses als das höchste Ziel seines amtlichen Wirkens ansah, war über Alvenslebens Erscheinen in Petersburg und über die Punktation vom 8. Februar höchlich verdrossen. Seinem Unmut machte er Luft, indem er schon am 9. Februar den Wortlaut dieses geheimen Vertrages dem französischen Gesandten in Petersburg, Herzog von Montebello, verriet, um die Entrüstung Europas gegen Preußen zu entfesseln.

Preußen hatte bereits am 3. Februar vier Armeekorps an der russischen Grenze zusammenziehen lassen und dadurch deutlich genug bekundet, wie es sich zum polnischen Aufstand stelle. Aber auch Preußens Bereitwilligkeit, Rußland wenn nötig weitere Hilfe zu leisten, verschwieg Bismarck nicht. Am 11. Februar eröffnete er dem englischen Gesandten in Berlin, Sir A. Buchanan, vertraulich, daß Preußen einen Vertrag mit Rußland zur gemeinschaftlichen Unterdrückung des Aufstandes vorbereite, namentlich auch die Überschreitung der Grenze durch die beiderseitigen Truppen gestatten wolle. Als Buchanan darauf fragte: was Preußen aber thun werde, wenn die Russen aus Polen hinausgedrängt würden? erklärte Bismarck: dann würde Preußen selbst das Königreich Polen besetzen, um das Auf-

kommen dieser feindlichen Macht zu hindern. „Das wird Europa nimmermehr dulden!“ rief Buchanan erregt mehr als einmal. „Wer ist Europa?“ frug Bismarck. „Verschiedene große Nationen,“ versetzte der Engländer. „Sind diese bereits darüber einig?“ frug Bismarck von neuem. Darauf vermochte Buchanan natürlich keine Antwort zu geben, als die: Frankreich könne unmöglich eine neue Unterdrückung Polens zulassen. „Für uns ist die Unterdrückung des Aufstandes eine Frage über Leben und Tod,“ entgegnete Bismarck gelassen.

Daß Frankreich Polens halber kaum zum Schwerte greifen werde, glaubte Bismarck annehmen zu dürfen. Während seiner vorjährigen Abschiedsaudienz bei Napoleon hatte er mit dem Kaiser auch die polnische Frage gestreift, indem er auf Napoleons Äußerung: „man müsse für Polen etwas thun“, seine eigene gegenteilige Meinung in nachdrücklicher Form ohne Widerspruch des Kaisers vorgetragen hatte. Aber seither waren freilich in Frankreich andere Verhältnisse eingetreten. Gerade mit Rücksicht auf den lebhaften Eifer des französischen Klerus für die polnischen Glaubensgenossen hatte Napoleon an Stelle des maßvollen Thouvenel den ultramontanen Heißsporn Drouyn de l'Huys zum auswärtigen Minister berufen. Außerdem verlangte die öffentliche Meinung in Frankreich, durch polnische und klerikale Federn und Stimmen gleichzeitig erhitzt, ungestüm die Parteinahme Frankreichs für Polen, und endlich standen allgemeine französische Neuwahlen bevor, bei denen der Kaiser die Unterstützung des Klerus nicht entbehren konnte. So kam er auf den Gedanken, durch Einschüchterung Preußens „etwas für Polen zu thun“. Eifrig ging Drouyn de l'Huys auf diesen Plan ein. Am 15. Februar erklärte er dem preußischen Gesandten in Paris, Grafen Goltz: Preußen habe durch seine Politik die ganze polnische Frage statt nur eines Drittels derselben aufgerührt, und dürfe sich nicht wundern, wenn es der preußisch-russischen Koalition eine französisch-englische entgegentreten sehe. Diese drohende Sprache wurde von Tag zu Tag gesteigert, Goltz gegenüber wie auch in Noten nach Berlin und Peters-

burg. Nur Bismarcks Entlassung könne noch ein gutes Verhältnis herstellen, sagte der französische Minister schließlich dem preußischen Gesandten. Am 21. Februar lud er auch die Höfe von London und Wien ein, in einer gemeinsamen Note dem preußischen Kabinet das tiefe Bedauern der Mächte über den Abschluß der Konvention zugleich mit der Hoffnung auszusprechen, Preußen werde die baldige Aufhebung des Abkommens in seinem eigenen Interesse beschließen. Da England und Österreich den Beitritt zu dieser Note ablehnten, so endigte dieser diplomatische Feldzug mit einer schweren Niederlage Frankreichs. Bismarck hatte dem französischen Gesandten in Berlin, v. Talleyrand, schon auf die ersten französischen Einschüchterungsversuche erwidert: für Preußen gebe es in der polnischen Sache keine Wahl; verwende sich Frankreich also zu Polens Gunsten, so werde die Verwendung rundweg abgelehnt werden.

Bei Gortschakoff erweckte diese französische Einmischung ganz andere Entschlüsse. Er ergriff sie als willkommene Gelegenheit, um wo möglich die Konvention vom 8. Februar zur Lösung zu bringen, die guten Beziehungen des Königs Wilhelm zum Zaren zu trüben und dem Bündnis Rußlands mit Frankreich von neuem zuzusteuern. Zu diesem Zwecke log er dem Zaren vor, Preußen wünsche aus Furcht vor den drohenden europäischen Verwickelungen den Vertrag vom 8. Februar außer Kraft zu setzen. Dasselbe meldete er am 22. Februar dem russischen Gesandten in Berlin, Herrn v. Oubril, als Ansicht der russischen Regierung, ohne den Zaren vorher zu fragen. Am 24. Februar gelangte nunmehr aus Warschau von der dortigen russischen Statthalterschaft eine Depesche nach Berlin, in der angezeigt wurde: Da Preußen wegen der Nachrichten aus Paris keine Überschreitung der Grenze wünsche, sei der entsprechende Befehl an die russischen Befehlshaber ergangen. Bismarck war höchst erstaunt, daß hier Preußen als der Urheber des Wunsches bezeichnet wurde, die Punktation aufzuheben; da aber Baron Oubril schon am 22. Februar diese Aufhebung als „Ansicht der russischen Regierung" angeregt hatte, so trug er nun kein Bedenken, in Gegenwart Oubrils dem englischen Gesandten zu erklären, der Vertrag

werde ein toter Buchstabe bleiben. Erst als infolge der lebhaften Klagen des Kaisers Alexander gegen den preußischen Militärbevollmächtigten in Petersburg, Herrn v. Loen, darüber, daß Preußen aus Gründen seiner inneren und äußeren Politik sich gezwungen sehe, von dem Vertrage vom 8. Februar zurückzutreten, Bismarcks telegraphische Antwort feststellte, Preußen habe nie und aus keinem Grunde den Wunsch der Aufhebung des Vertrages ausgesprochen, erkannte der Zar, daß Gortschakoff hier Umtriebe gesponnen habe. Nur um so nachdrücklicher sprach Alexander nun den Entschluß festen Zusammenhaltens mit Preußen aus.

Wie der französische Minister, so hoffte auch die Opposition des preußischen Abgeordnetenhauses, Herrn v. Bismarck bei dieser Gelegenheit zu stürzen und los zu werden. Die preußische Regierung hatte am 1. Februar an die Bevölkerung des Großherzogtums Posen einen Erlaß gerichtet, der die Bewohner der Provinz dringend warnte, den polnischen Anführern Beistand zu leisten, da sonst die Strafen des Hochverrats eintreten würden. Der Führer der polnischen Landtagsfraktion, Abgeordneter Kantack, machte diesen Erlaß am 16. Februar zum Gegenstand einer Interpellation im Abgeordnetenhause, die Bismarck namens des gesamten Staatsministeriums mit der Erklärung beantwortete, daß Preußen jedem Versuche, auf Herstellung eines unabhängigen polnischen Reiches mit allen Mitteln seiner Macht entgegentreten werde. Dabei bekam der Interpellant die unangenehme Thatsache zu hören: „Es liegen uns über die Bestrebungen, auch auf preußischem Gebiete den Aufstand so weit vorzubereiten, daß er im günstigen Augenblicke ins Leben gerufen werden könnte, amtliche Anzeigen vor.“ Eine Verhandlung schloß sich an diese Interpellation nicht. Anders geschah es am 18. Februar. An diesem Tage fühlten sich nämlich die Abgeordneten Schulze-Delitzsch und v. Carlowitz gedrungen, der allgemeinen Entrüstung über die gerüchtweise verlautete Thatsache des Abschlusses einer Konvention Preußens mit Rußland in einer Interpellation Ausdruck zu geben, welche lautete: „Ob ein Vertrag mit Rußland zur Unterdrückung des polnischen Aufstandes

entwickeln kann, auf diesem schmalen Pfade, auf dem die Regierung eines großen Landes wandeln kann, keinen Raum."

Das Abgeordnetenhaus nahm, wie vorauszusehen war, die Adresse am 29. Januar mit großer Mehrheit (255 gegen 68 Stimmen) an. Der König verweigerte den Empfang der Adreßdeputation und beantwortete die ihm hierauf unmittelbar zugesandte Adresse am 3. Februar, „ohne Vermittelung seiner Minister", gleichfalls unmittelbar, da er annahm, „daß es dem Hause darum zu thun ist, Meine persönliche Anschauung und Willensmeinung kennen zu lernen." Wir erkennen unschwer Bismarcks Feder in dieser Antwort, aber da der König sie gebilligt hatte, so durfte er mit Fug und Recht von seinem „Königlichen Wort" reden, welches die Überhebung des Abgeordnetenhauses ebenso treffend als würdevoll zurückwies. „Das Haus der Abgeordneten hat mit Recht jeden Zweifel an Meinem ernsten und gewissenstreuen Willen, die Verfassung des Landes aufrecht zu erhalten, ausgeschlossen", hieß es da, „dasselbe hat aber Anordnungen Meiner Regierung, welche mit Meiner Genehmigung getroffen worden, als Thatsachen zur Begründung der Beschwerde über Verfassungsverletzung angeführt. Ich würde jene Anordnungen nicht zugelassen haben, wenn Ich darin eine Verfassungsverletzung hätte erkennen können. Das Haus der Abgeordneten wird die in der Verfassung den verschiedenen Gewalten gesetzten Schranken anzuerkennen haben und Ich fordere dasselbe nunmehr auf, seinerseits Meinen landesväterlichen Absichten sein Entgegenkommen in einer Art zu beweisen, daß das Werk der Verständigung ermöglicht wird, welches Meinem Herzen ein Bedürfnis ist."

Auch die auswärtige Politik Bismarcks hatte während der Adreßdebatte die schärfsten Angriffe erfahren. Diese Angriffe tragen in den Augen des heutigen Geschlechtes in hohem Grade das Gepräge unfreiwilliger Komik. Aber den Zeitgenossen erschienen sie ungemein ernst und treffend. So, wenn Schulze-Delitzsch rief: „Selbst die feudale Partei ist politischer und konsequenter als der Herr Ministerpräsident, wenn er meint, seine innere Politik lasse sich mit der großen Aktion nach außen vereinigen. ‚Zentralgewalt

und Parlament' ist noch jetzt die Losung im ganzen deutschen Volke. Aber, m. H., wenn das jetzige Ministerium den Ruf erschallen ließe — es wird es nicht thun, es befindet sich gar nicht in der Möglichkeit dazu, ich gebe nur die hypothetische Annahme hier (Heiterkeit) —, wenn es ihn erschallen ließe, so würde sich bei dem von ihm berufenen deutschen Parlament niemand einfinden! (Bravo! Große Heiterkeit)." Höchst bezeichnend für die unselige Stimmung jener Tage ist, daß auch ein Mann wie Heinrich v. Sybel als Abgeordneter in diesen Ton einstimmte. „Die Kleinodien unserer Vergangenheit werden uns unter den Händen verfälscht," sagte er, „und der Blick unserer Zukunft wird uns von Grund aus verdüstert. Eine preußische Regierung, die den Aufgaben ihres Volkes im neunzehnten Jahrhundert gewachsen sein soll, sie muß verstehen, die Wünsche des Volkes durch Aufstecken großer und idealer Ziele um ihr eigenes Banner zu versammeln. Das können wir erwarten, das können wir begehren, daß nicht gerade das Gegenteil von solchen Tendenzen unsere Regierung erfülle." Auch diese Worte wurden von stürmischem, wiederholtem Beifall begleitet. Noch wuchtiger ging der sonst so milde Herr v. Carlowitz mit Bismarcks auswärtiger Politik ins Gericht. „Ich bin der Meinung," rief er, „daß, was dieses Ministerium auf dem Gebiete der auswärtigen Politik auch unternehmen möge, jede seiner Unternehmungen von vornherein mit Unfruchtbarkeit werde geschlagen sein. (Sehr wahr!) Ein preußisches Ministerium, das, indem es in die Aktion eintritt, nur die neugeschaffenen Bataillone zählt und nicht die Herzen des Volkes, ein solches wird niemals Triumphe auf dem Felde der auswärtigen Politik feiern. (Sehr wahr!) Jetzt, geschwächt durch innere Zerwürfnisse, jetzt, mit dem Mißtrauen Deutschlands oder doch des deutschen Volkes behaftet, stehen wir isoliert, ohne irgend einen schöpferischen Gedanken. Und so befürchte ich allerdings, es werde uns nichts übrig bleiben, als uns in einen Schmollwinkel zurückzuziehen und von diesem aus mißmutig zuzusehen, wie das übrige Deutschland sich unter der Würzburger oder Österreichs Führung neu konstituiert und günstigenfalls uns eine Hinterthüre offen läßt,

die freilich dem kaudinischen Passe so ähnlich sehen würde, wie ein Ei dem andern. Also, m. H., lassen Sie uns die Lösung dieser Frage einer Zeit vorbehalten, wo Preußens guter Genius sich uns von neuem enthüllt, aber zunächst nicht mit Blut und Eisen und nicht mit Donner und Blitz, sondern im friedlichen Sonnenschein eines verfassungstreuen, auf Freiheit und Recht gegründeten Regiments." Bismarck hatte auf alle diese Angriffe treffend erwidert: „Für das Bestreben, das eigene Vaterland vor dem Auslande als erniedrigt darzustellen, weil die eigene Partei nicht am Ruder ist, für dieses Bestreben überlasse ich die Verantwortung denen, die sich in diesem Sinne ausgesprochen haben; ich verliere kein Wort darüber, ich berufe mich auf die Thatsachen, die jedermann vorliegen," die Erfolge Preußens in Kurhessen und in dem Bundesreformfeldzug am Bundestage, die bei gerechter Beurteilung in der That alle vorausgegangenen Angriffe zu nichte machten. Bismarck ging aber auch selbst zum vernichtenden Angriff über, als er ausrief: „Sollte aber die Notwendigkeit eintreten, die Ehre und Unabhängigkeit des Landes nach außen hin zu wahren, so würden Sie selbst gar nicht im stande sein, uns diejenigen Mittel der Abwehr gegen das Ausland zu verweigern, in deren Mangel Sie eine Schwächung der auswärtigen Politik der Regierung erblicken wollen."

Aus diesen Verhandlungen war offenkundig geworden, in welchem Grade damals Volk und Volksvertretung von urteilsloser Erbitterung gegen die Regierung erfüllt waren. Die größten Erfolge, die Preußen seit 1850 in seiner deutschen Politik erzielt hatte, und das freudige und bedingungslose Einstehen für die höchsten nationalen deutschen Forderungen waren dem preußischen Ministerpräsidenten Bismarck im Abgeordnetenhause nur mit wegwerfender Verachtung gelohnt worden. Nun aber bot seine auswärtige Politik den Gesinnungstüchtigen eine noch viel breitere und anscheinend viel bessere Zielscheibe zu allgemeinem, hoffentlich zu vernichtendem Angriff.

Am 22. Januar 1863 war nämlich der seit langem ins-

geheim vorbereitete Aufstand der Polen in Warschau ausgebrochen; durchaus nicht infolge unerträglicher russischer Bedrückungen, denn niemals hat ein milderer Herrscher auf Rußlands Thron gesessen, als Zar Alexander II. Auch in den polnischen Provinzen seines Reiches wollte er glückliche Unterthanen haben, und ließ daher die Ursachen des Elends, namentlich der kleinbäuerlichen Bevölkerung, eifrig erforschen — schon ein ausreichender Grund der Erbitterung für den polnischen Kleinadel, der mit der Ausschlachtung der Bauerngüter und mit dem Frondienst weißer Sklaven sein faules, unnützes Dasein bestritt. Auch die Einsetzung des nationalpolnischen Großgrundbesitzers Wielopolski zum kaiserlichen Statthalter in Warschau, vom Kaiser in wohlwollendster Absicht verfügt, machte in der radikalen polnischen Partei böses Blut, da diese zwar Wielopolskis Deutschenhaß vollkommen teilte, nicht aber mit ihm den Zar als rechtmäßigen Herrscher anerkennen noch aus der Hand des Zaren die polnische Selbstregierung des Landes entgegennehmen wollte. So war denn schon seit Jahren ein geheimes polnisches „Nationalkomitee“ in Warschau an der Arbeit — aus zwölf unbekannten jungen Leuten bestehend —, das die polnischen Landsleute, die unter russischem, preußischem und österreichischem Joche angeblich seufzten, zum bevorstehenden Kampfe durch das Versprechen begeisterte: der Kaiser Napoleon trage sich schon seit dem Krimkriege mit dem großen Plane der Wiederherstellung des alten Polenreichs der Jagellonen. Außerdem hatte der alte Unruhestifter, „General“ Mieroslawski, der 1848 seine Person und innerste Überzeugung nach Paris gerettet hatte — aus dem von den Kaiserlichen eingenommenen Wien hatte er sich im November 1848 in einem Sarg mit feierlichem Geleit hinausfahren lassen — den polnischen Brüdern verheißen, daß der polnische Aufstand nicht bloß Frankreich, sondern auch Ungarn und Italien in Bewegung setzen werde. Seine Freunde Klapka, Mazzini und Garibaldi hätten das fest versprochen. Schon am 3. März 1861 hatte er neben diesen Verheißungen die Normalweisungen für einen soliden polnischen Aufstand an das Warschauer Nationalkomitee gelangen

lassen, welche seiner und seiner Nation würdig waren: Ermordung aller im Bereiche befindlichen russischen Garnisonen im Schlafe; äußerster Widerstand gegen jede Aushebung polnischer Leute durch Rußland; lügenhafte und erfundene Zeitungsnachrichten in allen Sprachen über Bedrückungen des polnischen Volkes und über in Petersburg schnöde zurückgewiesene Beschwerden. Dann würden mindestens die Westmächte, die in der That noch mehr zu thun hatten, als polnischen Lügen nachzuforschen, zu einem Bruch mit Rußland gedrängt werden. Dieses ganze nationalpolnische Programm, mit Ermordung wehrloser schlafender Soldaten, mit jahrelangem lügnerischen Betrug der öffentlichen Meinung und der in dem gesitteten Europa dadurch erzeugten Mißstimmung gegen Rußland, war bereits buchstäblich ausgeführt, ehe das polnische Nationalkomitee, das sich nun „Nationalregierung“ nannte, am 22. Januar 1863 die sogenannte polnische Nation zu den Waffen rief und den Urheber des trefflichen Programms, den „General“ Mieroslawski, zum Diktator einsetzte.

Bismarck hatte längst Kenntnis von diesen geheimen Umtrieben, ehe sie sich ans Licht der Öffentlichkeit wagten. Er wußte genau, daß das polnische geheime Revolutionskomitee in Posen und Westpreußen, selbst in Oberschlesien, seine Ableger besaß, darunter selbst Abgeordnete des preußischen Landtags, die durch ihre polnischen Umtriebe nach Eid und Gewissen schnöden Landesverrat übten und später auch dem Strafrichter verfallen sind. Nichts ist Bismarck seit frühen Jahren so verhaßt gewesen und so gefährlich erschienen als die polnische Auflehnung gegen die landesväterliche Regierung Preußens, nichts so unbegreiflich als die amtliche Begünstigung nationalpolnischer, d. h. dem Deutschtum feindlichster Bestrebungen. Aus dem Jahre 1848 ist hierfür Bismarcks berühmtes, früher abgedrucktes Schreiben an die Magdeburgische Zeitung ein glänzendes Zeugnis. Nicht minder seine Rede über die Polenfrage im Vereinigten Landtag von 1848, die gleichfalls mitgeteilt wurde. Den sogenannten Kulturkampf hat Bismarck wesentlich unternommen, um die polnische Propaganda im Priesterrocke

niederzuwerfen. Auf allen seinen Wegen der Politik, die er als Reichskanzler im Sinne des Friedens, namentlich des guten Einvernehmens mit Rußland, zu vertreten hatte, ist er polnischer Ränkearbeit begegnet, wie später, nach seinen eigenen Mitteilungen an den Verfasser, nachgewiesen werden soll. Und ebenso entschieden hat er sich gegen den Verfasser und viele andere wider die polenfreundliche Politik des neuen Kurses erklärt. Wie die sogenannte öffentliche Meinung, durch polnische Lüge und Betrügerei getäuscht und erregt, im Gegensatz zu seiner eigenen Überzeugung urteilte, war ihm allezeit gleichgültig. Denn hier stand, wie er schon 1848 an die Magdeburgische Zeitung geschrieben hatte, jahrhundertelange deutsche Kulturarbeit in Frage und jede Nachgiebigkeit an die Herren Polen war die „traurigste Donquixoterie".

Beim Ausbruche des polnischen Aufstandes 1863 vermochte auch die Erkenntnis, daß Österreich mit gelassenem und Preußen feindseligem Behagen dem polnischen Aufstande zuschaute, indem es Tausende von Freiwilligen aus Österreich nach Polen zuströmen ließ, daß ferner England diesem Aufstande wohlwollte und Frankreich lauernd auf einen Streitfall mit Rußland zuwartete, Bismarck keinen Augenblick von der entschlossenen Bethätigung seiner Überzeugung abzubringen. Im Gegenteil versprach er sich um so bessere Wirkung des Schrittes, den er thun wollte, bei Rußland, da die Westmächte und Österreich ganz anderen Ideen und Plänen folgten. So wurde denn schon auf die erste Nachricht vom polnischen Aufstande am 1. Februar 1863 der General Gustav v. Alvensleben nach Petersburg gesandt, um dem Zaren zu erklären, daß Preußen sich gegenüber der polnischen Empörung dem Zarenreiche „als einen Bundesgenossen zur Seite stelle, der von einem gemeinsamen Feinde bedroht werde." Der Eindruck dieser Sendung und dieses Angebotes auf den Zaren war ein tiefer. Er erblickte darin mit Recht einen erhebenden Beweis treuester Freundschaft, der ihm doppelt wohlthat, während ganz Europa sich vom Zaren und Rußland unter Verwünschungen lossagte. Der Zar schlug daher in die dargebotene Hand sofort ein, und auf seinen Befehl mußte Fürst Gortschakoff

dem General von Alvensleben den Vorschlag machen, die gegen den polnischen Aufstand erforderlichen Maßregeln in Form eines schriftlichen Vertrages, einer „Punktation“, festzustellen. Darin war gesagt, daß die an der Grenze stehenden preußischen und russischen Truppenführer sich gegenseitig Hilfe leisten und nötigenfalls die Grenze überschreiten sollten, um die Rebellen zu verfolgen, die aus einem Lande in das andere überträten. Auch alle polnischen Umtriebe, die in Preußen gegen Rußland und in Rußland gegen Preußen gesponnen würden, sollten dem andern Staate mitgeteilt werden. Der Vertrag sollte schließlich nur solange gelten, als die Lage der Dinge es erfordere, und als die beiden Höfe es für angemessen erachteten. Das war der Sinn der Punktation, nachdem sie in Berlin durchberaten und in Petersburg nochmals geprüft war. Am 8. Februar wurde sie von Alvensleben und Gortschakoff in Petersburg unterzeichnet. Gortschakoff, der schon seit dem Ende des Krimkrieges den Abschluß eines russisch-französischen Bündnisses als das höchste Ziel seines amtlichen Wirkens ansah, war über Alvenslebens Erscheinen in Petersburg und über die Punktation vom 8. Februar höchlich verdrossen. Seinem Unmut machte er Luft, indem er schon am 9. Februar den Wortlaut dieses geheimen Vertrages dem französischen Gesandten in Petersburg, Herzog von Montebello, verriet, um die Entrüstung Europas gegen Preußen zu entfesseln.

Preußen hatte bereits am 3. Februar vier Armeekorps an der russischen Grenze zusammenziehen lassen und dadurch deutlich genug bekundet, wie es sich zum polnischen Aufstand stelle. Aber auch Preußens Bereitwilligkeit, Rußland wenn nötig weitere Hilfe zu leisten, verschwieg Bismarck nicht. Am 11. Februar eröffnete er dem englischen Gesandten in Berlin, Sir A. Buchanan, vertraulich, daß Preußen einen Vertrag mit Rußland zur gemeinschaftlichen Unterdrückung des Aufstandes vorbereite, namentlich auch die Überschreitung der Grenze durch die beiderseitigen Truppen gestatten wolle. Als Buchanan darauf fragte: was Preußen aber thun werde, wenn die Russen aus Polen hinausgedrängt würden? erklärte Bismarck: dann würde Preußen selbst das Königreich Polen besetzen, um das Auf-

kommen dieser feindlichen Macht zu hindern. „Das wird Europa nimmermehr dulden!“ rief Buchanan erregt mehr als einmal. „Wer ist Europa?“ frug Bismarck. „Verschiedene große Nationen,“ versetzte der Engländer. „Sind diese bereits darüber einig?“ frug Bismarck von neuem. Darauf vermochte Buchanan natürlich keine Antwort zu geben, als die: Frankreich könne unmöglich eine neue Unterdrückung Polens zulassen. „Für uns ist die Unterdrückung des Aufstandes eine Frage über Leben und Tod,“ entgegnete Bismarck gelassen.

Daß Frankreich Polens halber kaum zum Schwerte greifen werde, glaubte Bismarck annehmen zu dürfen. Während seiner vorjährigen Abschiedsaudienz bei Napoleon hatte er mit dem Kaiser auch die polnische Frage gestreift, indem er auf Napoleons Äußerung: „man müsse für Polen etwas thun“, seine eigene gegenteilige Meinung in nachdrücklicher Form ohne Widerspruch des Kaisers vorgetragen hatte. Aber seither waren freilich in Frankreich andere Verhältnisse eingetreten. Gerade mit Rücksicht auf den lebhaften Eifer des französischen Klerus für die polnischen Glaubensgenossen hatte Napoleon an Stelle des maßvollen Thouvenel den ultramontanen Heißsporn Drouyn de l’Huys zum auswärtigen Minister berufen. Außerdem verlangte die öffentliche Meinung in Frankreich, durch polnische und klerikale Federn und Stimmen gleichzeitig erhitzt, ungestüm die Parteinahme Frankreichs für Polen, und endlich standen allgemeine französische Neuwahlen bevor, bei denen der Kaiser die Unterstützung des Klerus nicht entbehren konnte. So kam er auf den Gedanken, durch Einschüchterung Preußens „etwas für Polen zu thun“. Eifrig ging Drouyn de l’Huys auf diesen Plan ein. Am 15. Februar erklärte er dem preußischen Gesandten in Paris, Grafen Goltz: Preußen habe durch seine Politik die ganze polnische Frage statt nur eines Drittels derselben aufgerührt, und dürfe sich nicht wundern, wenn es der preußisch-russischen Koalition eine französisch-englische entgegentreten sehe. Diese drohende Sprache wurde von Tag zu Tag gesteigert, Goltz gegenüber wie auch in Noten nach Berlin und Peters-

burg. Nur Bismarcks Entlassung könne noch ein gutes Verhältnis herstellen, sagte der französische Minister schließlich dem preußischen Gesandten. Am 21. Februar lud er auch die Höfe von London und Wien ein, in einer gemeinsamen Note dem preußischen Kabinet das tiefe Bedauern der Mächte über den Abschluß der Konvention zugleich mit der Hoffnung auszusprechen, Preußen werde die baldige Aufhebung des Abkommens in seinem eigenen Interesse beschließen. Da England und Österreich den Beitritt zu dieser Note ablehnten, so endigte dieser diplomatische Feldzug mit einer schweren Niederlage Frankreichs. Bismarck hatte dem französischen Gesandten in Berlin, v. Talleyrand, schon auf die ersten französischen Einschüchterungsversuche erwidert: für Preußen gebe es in der polnischen Sache keine Wahl; verwende sich Frankreich also zu Polens Gunsten, so werde die Verwendung rundweg abgelehnt werden.

Bei Gortschakoff erweckte diese französische Einmischung ganz andere Entschlüsse. Er ergriff sie als willkommene Gelegenheit, um wo möglich die Konvention vom 8. Februar zur Lösung zu bringen, die guten Beziehungen des Königs Wilhelm zum Zaren zu trüben und dem Bündnis Rußlands mit Frankreich von neuem zuzusteuern. Zu diesem Zwecke log er dem Zaren vor, Preußen wünsche aus Furcht vor den drohenden europäischen Verwickelungen den Vertrag vom 8. Februar außer Kraft zu setzen. Dasselbe meldete er am 22. Februar dem russischen Gesandten in Berlin, Herrn v. Oubril, als Ansicht der russischen Regierung, ohne den Zaren vorher zu fragen. Am 24. Februar gelangte nunmehr aus Warschau von der dortigen russischen Statthalterschaft eine Depesche nach Berlin, in der angezeigt wurde: Da Preußen wegen der Nachrichten aus Paris keine Überschreitung der Grenze wünsche, sei der entsprechende Befehl an die russischen Befehlshaber ergangen. Bismarck war höchst erstaunt, daß hier Preußen als der Urheber des Wunsches bezeichnet wurde, die Punktation aufzuheben; da aber Baron Oubril schon am 22. Februar diese Aufhebung als „Ansicht der russischen Regierung" angeregt hatte, so trug er nun kein Bedenken, in Gegenwart Oubrils dem englischen Gesandten zu erklären, der Vertrag

werde ein toter Buchstabe bleiben. Erst als infolge der lebhaften Klagen des Kaisers Alexander gegen den preußischen Militärbevollmächtigten in Petersburg, Herrn v. Loen, darüber, daß Preußen aus Gründen seiner inneren und äußeren Politik sich gezwungen sehe, von dem Vertrage vom 8. Februar zurückzutreten, Bismarcks telegraphische Antwort feststellte, Preußen habe nie und aus keinem Grunde den Wunsch der Aufhebung des Vertrages ausgesprochen, erkannte der Zar, daß Gortschakoff hier Umtriebe gesponnen habe. Nur um so nachdrücklicher sprach Alexander nun den Entschluß festen Zusammenhaltens mit Preußen aus.

Wie der französische Minister, so hoffte auch die Opposition des preußischen Abgeordnetenhauses, Herrn v. Bismarck bei dieser Gelegenheit zu stürzen und los zu werden. Die preußische Regierung hatte am 1. Februar an die Bevölkerung des Großherzogtums Posen einen Erlaß gerichtet, der die Bewohner der Provinz dringend warnte, den polnischen Anführern Beistand zu leisten, da sonst die Strafen des Hochverrats eintreten würden. Der Führer der polnischen Landtagsfraktion, Abgeordneter Kantack, machte diesen Erlaß am 16. Februar zum Gegenstand einer Interpellation im Abgeordnetenhause, die Bismarck namens des gesamten Staatsministeriums mit der Erklärung beantwortete, daß Preußen jedem Versuche, auf Herstellung eines unabhängigen polnischen Reiches mit allen Mitteln seiner Macht entgegentreten werde. Dabei bekam der Interpellant die unangenehme Thatsache zu hören: „Es liegen uns über die Bestrebungen, auch auf preußischem Gebiete den Aufstand so weit vorzubereiten, daß er im günstigen Augenblicke ins Leben gerufen werden könnte, amtliche Anzeigen vor.“ Eine Verhandlung schloß sich an diese Interpellation nicht. Anders geschah es am 18. Februar. An diesem Tage fühlten sich nämlich die Abgeordneten Schulze-Delitzsch und v. Carlowitz gedrungen, der allgemeinen Entrüstung über die gerüchtweise verlautete Thatsache des Abschlusses einer Konvention Preußens mit Rußland in einer Interpellation Ausdruck zu geben, welche lautete: „Ob ein Vertrag mit Rußland zur Unterdrückung des polnischen Aufstandes

burg. Nur Bismarcks Entlassung könne noch ein gutes Verhältnis herstellen, sagte der französische Minister schließlich dem preußischen Gesandten. Am 21. Februar lud er auch die Höfe von London und Wien ein, in einer gemeinsamen Note dem preußischen Kabinet das tiefe Bedauern der Mächte über den Abschluß der Konvention zugleich mit der Hoffnung auszusprechen, Preußen werde die baldige Aufhebung des Abkommens in seinem eigenen Interesse beschließen. Da England und Österreich den Beitritt zu dieser Note ablehnten, so endigte dieser diplomatische Feldzug mit einer schweren Niederlage Frankreichs. Bismarck hatte dem französischen Gesandten in Berlin, v. Talleyrand, schon auf die ersten französischen Einschüchterungsversuche erwidert: für Preußen gebe es in der polnischen Sache keine Wahl; verwende sich Frankreich also zu Polens Gunsten, so werde die Verwendung rundweg abgelehnt werden.

Bei Gortschakoff erweckte diese französische Einmischung ganz andere Entschlüsse. Er ergriff sie als willkommene Gelegenheit, um wo möglich die Konvention vom 8. Februar zur Lösung zu bringen, die guten Beziehungen des Königs Wilhelm zum Zaren zu trüben und dem Bündnis Rußlands mit Frankreich von neuem zuzusteuern. Zu diesem Zwecke log er dem Zaren vor, Preußen wünsche aus Furcht vor den drohenden europäischen Verwickelungen den Vertrag vom 8. Februar außer Kraft zu setzen. Dasselbe meldete er am 22. Februar dem russischen Gesandten in Berlin, Herrn v. Oubril, als Ansicht der russischen Regierung, ohne den Zaren vorher zu fragen. Am 24. Februar gelangte nunmehr aus Warschau von der dortigen russischen Statthalterschaft eine Depesche nach Berlin, in der angezeigt wurde: Da Preußen wegen der Nachrichten aus Paris keine Überschreitung der Grenze wünsche, sei der entsprechende Befehl an die russischen Befehlshaber ergangen. Bismarck war höchst erstaunt, daß hier Preußen als der Urheber des Wunsches bezeichnet wurde, die Punktation aufzuheben; da aber Baron Oubril schon am 22. Februar diese Aufhebung als „Ansicht der russischen Regierung" angeregt hatte, so trug er nun kein Bedenken, in Gegenwart Oubrils dem englischen Gesandten zu erklären, der Vertrag

werde ein toter Buchstabe bleiben. Erst als infolge der lebhaften Klagen des Kaisers Alexander gegen den preußischen Militärbevollmächtigten in Petersburg, Herrn v. Loen, darüber, daß Preußen aus Gründen seiner inneren und äußeren Politik sich gezwungen sehe, von dem Vertrage vom 8. Februar zurückzutreten, Bismarcks telegraphische Antwort feststellte, Preußen habe nie und aus keinem Grunde den Wunsch der Aufhebung des Vertrages ausgesprochen, erkannte der Zar, daß Gortschakoff hier Umtriebe gesponnen habe. Nur um so nachdrücklicher sprach Alexander nun den Entschluß festen Zusammenhaltens mit Preußen aus.

Wie der französische Minister, so hoffte auch die Opposition des preußischen Abgeordnetenhauses, Herrn v. Bismarck bei dieser Gelegenheit zu stürzen und los zu werden. Die preußische Regierung hatte am 1. Februar an die Bevölkerung des Großherzogtums Posen einen Erlaß gerichtet, der die Bewohner der Provinz dringend warnte, den polnischen Anführern Beistand zu leisten, da sonst die Strafen des Hochverrats eintreten würden. Der Führer der polnischen Landtagsfraktion, Abgeordneter Kantack, machte diesen Erlaß am 16. Februar zum Gegenstand einer Interpellation im Abgeordnetenhause, die Bismarck namens des gesamten Staatsministeriums mit der Erklärung beantwortete, daß Preußen jedem Versuche, auf Herstellung eines unabhängigen polnischen Reiches mit allen Mitteln seiner Macht entgegentreten werde. Dabei bekam der Interpellant die unangenehme Thatsache zu hören: „Es liegen uns über die Bestrebungen, auch auf preußischem Gebiete den Aufstand so weit vorzubereiten, daß er im günstigen Augenblicke ins Leben gerufen werden könnte, amtliche Anzeigen vor.“ Eine Verhandlung schloß sich an diese Interpellation nicht. Anders geschah es am 18. Februar. An diesem Tage fühlten sich nämlich die Abgeordneten Schulze-Delitzsch und v. Carlowitz gedrungen, der allgemeinen Entrüstung über die gerüchtweise verlautete Thatsache des Abschlusses einer Konvention Preußens mit Rußland in einer Interpellation Ausdruck zu geben, welche lautete: „Ob ein Vertrag mit Rußland zur Unterdrückung des polnischen Aufstandes

abgeschlossen worden, eventuell, was der Inhalt desselben sei?" Bismarck erklärte darauf kurz: „Die königliche Staatsregierung lehnt es ab, die gestellte Interpellation zu beantworten." Gleichwohl beschloß das Haus, sofort in eine Besprechung der Interpellation einzutreten.

Der erste Redner war v. Unruh. Er meinte, wenn man die halbe preußische Armee mobil gemacht habe, nur um für Ruhe und Sicherheit im eigenen Lande zu sorgen, „so würde das ungefähr so viel heißen, als ein Dorf anstecken, um einen Brief dabei zu lesen." Die russische Politik sei der preußischen an Weitsichtigkeit von jeher überlegen gewesen; sie habe Preußen immer als bequeme Schutzmauer betrachtet, werde aber nie ein Preußen dulden, das selbständige Politik triebe. Es empfehle sich für Preußen nur eine Politik der Nichteinmischung: denn England habe seine Warnungsstimme schon hören lassen, Frankreich schweige zwar noch, werde aber Einspruch erheben, wenn Preußen genügend engagiert sei, um ihm dann ein zweites Olmütz zu bereiten. Wenn die preußische Regierung sich übereile und mutwillig unter den ungünstigsten Umständen in auswärtige Verwickelungen sich einlasse, und eine aggressive Politik betreibe, so werde das Haus diesem Ministerium zu einer solchen Politik auch nicht einen Thaler bewilligen. Bismarck betonte in seiner Antwort zunächst, daß auch für Schmähungen gegen die eigene Regierung vor der Öffentlichkeit und vor dem Auslande gewisse Grenzen sich empföhlen, und fuhr dann fort: „Mobil gemacht haben wir gar nichts, kein einziger Truppenteil befindet sich auf mobilem Fuße. Ich möchte wohl, wir hätten versuchen können, den entgegengesetzten Weg einzuschlagen, daß wir nämlich gar nichts gethan hätten, und ich hätte dann die Deklamationen hören mögen gegen die Kurzsichtigkeit der Regierung, gegen den Mangel an Vorsicht im Schutz preußischer Unterthanen. Wir glauben besser zu thun, wenn wir einige hunderttausend Thaler in dieser Richtung ausgeben, als wenn wir es darauf ankommen lassen, daß einige hundert oder tausend preußische Einwohner in dieselbe Lage — ob auch nur vorübergehend — geraten, in welcher heutzutage ein großer Teil

der russischen Unterthanen sich befindet. In dieser ganzen Sache kommt es uns nicht auf russische Politik und auch nicht auf unser Verhältnis zu Rußland an, sondern lediglich auf das Verhältnis Preußens gegen die polnische Insurrektion und auf den Schutz preußischer Unterthanen gegen die Nachteile, die aus dieser Insurrektion für dieselben hervorgehen können. Daß Rußland keine preußische Politik treibt, weiß ich, weiß Jeder. Es hat auch keinen Beruf dazu; im Gegenteil hat es die Verpflichtung, russische Politik zu treiben. Ob ein unabhängiges Polen, welches sich an der Stelle von Rußland in Warschau etablieren möchte, preußische Politik treiben würde, ob es ein leidenschaftlicher Bundesgenosse Preußens gegen auswärtige Mächte sein würde, ob es sich bemühen würde, Posen und Danzig in preußischen Händen zu bewahren, meine Herren, das überlasse ich Ihrer eigenen Erwägung zu ermessen. Der Herr Vorredner hat angedeutet, als ob von irgend einer auswärtigen Macht Drohungen oder Ratschläge über unser Verhalten gegen die polnische Insurrektion uns zugegangen wären. Wir haben deren weder erhalten noch erwarten wir sie."

Der Abgeordnete Waldeck erhob sich darauf zu heftigem Angriff. Er hielt das Bestehen einer Konvention mit Rußland für zweifellos, da der Ministerpräsident sonst „die große Verpflichtung dem Lande und Europa gegenüber gehabt haben würde ein einfaches und ruhiges Nein zu sagen, ein Nein, welches der Ehre Preußens angemessen sein würde." Der Gendarmendienst, den Preußen an Rußland leiste, „müsse jedem Preußen die Schamröte ins Gesicht treiben." Die Rede war im übrigen ein tapferes Seitenstück zu dem Spruch des Abgeordneten Jäckel im Sächsischen „Unverstandslandtage" von 1849: „Ich kenne die Absichten der Regierung nicht, aber ich mißbillige sie." Der Abgeordnete Waldeck kannte den Inhalt des Vertrages mit Rußland nicht im geringsten, aber gleichwohl trug er kein Bedenken, ihn mit der Ehre Preußens für unvereinbar zu erklären. Bismarck mahnte zunächst den Präsidenten Grabow — freilich ganz vergeblich — an seine Pflicht. Er sagte: „Wenn ich recht gehört habe, hat der Herr Vorredner sich dahin ausgesprochen, er

hätte auf die Interpellation von mir dasjenige Nein erwartet, welches allein der Ehre Preußens entsprochen hätte. Der Herr Präsident hat diese Äußerung nicht moniert, ich nehme daher an, daß ich sie mißverstanden habe." — Ein lautes „Nein!" scholl von der Linken her zur Antwort. Obwohl hiernach feststand, daß Waldecks Gesinnungsgenossen diesen ebenso verstanden hatten wie der Minister, und daß Waldeck diesen also beschuldigte, eine mit der Ehre Preußens unverträgliche Antwort gegeben zu haben, schritt Herr Grabow doch nicht ein. Da schützte sich Bismarck selbst durch die Worte: „Ich glaube, für die Ehre Preußens mindestens so viel Sinn zu haben, wie der Herr Abgeordnete Waldeck, und glaube dies durch mein Verhalten in der Gegenwart, durch mein Verhalten in der Vergangenheit in reichem Maße bethätigt zu haben (Sehr gut! Bravo rechts). Mir fiel bei dieser Äußerung ein Vorgang im englischen Parlament ein, meine Herren, auf das Sie sich so gern berufen. Es handelte sich um die Abschaffung von Monopolien, und einer der englischen Staatsmänner bemerkte dabei nicht mit Unrecht, das gehässigste aller Monopole sei dasjenige der politischen Einsicht und Tugend, welches einzelne Parteien und Parteiführer sich beilegten (Bravo! rechts. Lachen links)."

Der Abgeordnete Virchow entwickelte die Meinung, daß die Konvention mit Rußland nach Art. 48 der Verfassung der Genehmigung der Kammern bedürfe, da sie dem Staat Lasten und einzelnen Staatsbürgern Verpflichtungen auferlege. Die Einberufung der Reserven außerhalb des Kriegsfalles sei ohne Zweifel eine den Staatsbürgern auferlegte Last. Preußen möge doch, statt seine militärische Operation in Petersburg freiwillig und unaufgefordert anzubieten, dort lieber dazu raten, daß man endlich dem Königreich Polen Institutionen gebe, die geeignet seien, auf die Dauer ähnlichen Ausbrüchen vorzubeugen. Bismarck antwortete dem gelehrten Anthropologen: „Ich glaube, die Berechtigung der Regierung zur Einziehung der Reserven beruht auf jenem Artikel der Verfassung, der Sr. Majestät dem Könige den Oberbefehl über die Armee beilegt, und die Reserven gehören zur Armee (Heiterkeit).

Am Schluß seiner Rede bedauert der Herr Vorredner, daß wir anstatt einer militärischen Intervention, zu der er uns die Absicht zuschreibt, nicht eine diplomatische hätten eintreten lassen, um die russische Regierung zu einer anderen Regierungsweise in Polen zu bewegen, als sie eingeschlagen hat. Ich muß darauf aufmerksam machen, daß dergleichen Ratschläge an fremde Regierungen, wie sie im Innern zu regieren haben, immer etwas Mißliches haben, weil sie sehr leicht zur Reziprozität führen. (Große anhaltende Heiterkeit.)"

Um diesen willkommenen Stoff noch weiter auszunutzen, brachten am nämlichen Tage die Abgeordneten v. Hoverbeck und v. Carlowitz noch den förmlichen Antrag ein: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, zu erklären: Das Interesse Preußens erfordert, daß die königliche Staatsregierung gegenüber dem im Königreich Polen ausgebrochenen Aufstande weder der russischen Regierung noch dem Aufstande irgend eine Unterstützung oder Begünstigung zuwende, demgemäß also auch keinem der kämpfenden Teile gestatte, das preußische Gebiet ohne vorhergängige Entwaffnung zu betreten." Im Ausschuß, an welchen dieser Antrag verwiesen wurde, blieb derselbe ohne jede Abänderung und wurde in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 26. Februar durch den Berichterstatter Abgeordneten v. Sybel zur Annahme empfohlen. Seine Rede war ein entrüsteter Protest gegen die gesamte Politik Bismarcks, „welche uns aus freien Stücken mit der Mitschuld an einer kolossalen, von ganz Europa mit sittlicher Empörung betrachteten Menschenjagd belastet, welche selbst unseren Staat in alle Gefahren Rußlands hineindrängt, welche eine in den polnischen Wäldern glimmende Insurrektion ohne Not zur europäischen Frage umschafft, ohne die versammelte Landesvertretung einer Anfrage, ja nur einer Anzeige zu würdigen, welche damit wieder sich das Zeugnis ausstellt, daß die Essenz ihres Wesens die Nichtachtung des Rechtes ist, daß sie weder im Innern noch nach außen handeln, weder ruhen noch wirken, ja ich möchte sagen, weder leben noch sterben kann, ohne die Gesetze dieses Landes zu verletzen." So sprachen damals

die maßvollsten Männer, der gefeierte Meister deutscher Geschichtswissenschaft; gleich darauf setzte der berühmte Lehrer des deutschen Verfassungsrechtes v. Rönne, hinzu: diese Politik gefährde sogar die Existenz der Dynastie aufs äußerste.

Bismarck betrat den Sitzungssaal erst, als noch eine Reihe anderer Redner gesprochen hatte. Dann ging er aber sofort zum Angriff über. Daß die polnische Fraktion die erste Interpellation eingebracht habe, wundere ihn nicht. „Befremdlicher war es, daß diese Interpellation von deutschen Abgeordneten mit unterzeichnet war. Die Neigung sich für fremde Nationalitäten und Nationalbestrebungen zu begeistern, auch dann, wenn dieselben nur auf Kosten des eigenen Vaterlandes verwirklicht werden können, ist eine politische Krankheitsform, deren geographische Verbreitung sich auf Deutschland leider beschränkt (Heiterkeit. Sehr gut rechts.) Die Regierung fand es durch die Staatsinteressen vorgeschrieben, die Beantwortung dieser Interpellation abzulehnen. In jedem anderen mir bekannten Parlamente würde auch die strengste Opposition, die unzufriedenste mit der bestehenden Regierung, von der Verfolgung der Interpellation von dem Augenblick an Abstand genommen haben, und ich knüpfe daran den Wunsch: Geben Sie uns ein englisches Unterhaus und dann fordern Sie englische Institutionen! (Bewegung. Ruf: Oberhaus!). Das Oberhaus ist weniger wichtig (Große Heiterkeit). Ein Unterhaus wie das englische würde unser Oberhaus entbehrlich machen. Das Parteiinteresse ist mit dem Staatsinteresse nicht zusammengefallen; es forderte die Diskussion. In dieser Diskussion traten nun die deutschen Redner schon unverhüllter mit ihrer Sympathie für die polnische Sache hervor." Das wird an Waldecks und v. Unruhs Rede dargelegt. Unruh habe, unter dem lebhaften Beifall des Hauses, erklärt: „wenn aus den Vorkehrungen, welche die Regierung zur Sicherung unserer Grenzen und unserer Interessen getroffen hat, auswärtige Verwickelungen entstehen sollten, würde das Haus die Mittel zur Landesverteidigung dem Könige verweigern. Heißt das nicht, dem Auslande zurufen: ‚Kommt her, der Augenblick ist günstig, Preußen . . . (Unterbrechung und

Widerspruch). Nun, es freut mich, daß Sie noch ein Gefühl der Entrüstung äußern ... (Unterbrechung. Ruf: Zur Ordnung!)."

Die Scene wurde nun immer erregter. Vizepräsident Behrend konnte die Unruhe kaum bewältigen. Als dies einigermaßen gelungen war, erklärte er: „Einen Ordnungsruf über diese Äußerung halte ich nicht für gerechtfertigt. Der Herr Ministerpräsident hat das Wort." Dieser aber sagte: „Ich will hier die Frage, inwieweit ein Ordnungsruf für das Staatsministerium überhaupt zu rechtfertigen ist, nicht erörtern. — Diese Drohung, Preußen wehrlos zu machen, sprach derselbe Abgeordnete v. Unruh aus, dessen Namen mit der Steuerverweigerung von 1848 ... (Unterbrechung)." Vizepräsident Behrend erklärte nun, die letzte Bemerkung Bismarcks stehe „mit der gegenwärtigen Frage nicht im lockersten Zusammenhang." Da rief Bismarck: „Ich kann dem Herrn Präsidenten das Recht zur disziplinarischen Unterbrechung meiner Äußerungen nicht einräumen; ich unterliege nicht dem disziplinarischen Einfluß der Kammer. Die Disziplinargewalt des Herrn Präsidenten hat an diesen Schranken ihre Grenzen. Ich habe zum Vorgesetzten nur Se. Majestät den König, und ich wüßte nicht, welche Gesetzes- oder Verfassungsbestimmung mich der Disziplin des Herrn Präsidenten dieses Hauses unterstellte (Unterbrechung). Sie haben nicht das Recht, mich zu unterbrechen ...." Vizepräsident Behrend erklärte darauf: „Ich muß den Herrn Ministerpräsidenten trotz dieser letzten Äußerung dennoch unterbrechen. Der Präsident dieses Hauses übt in diesem Saale seine Disziplinargewalt aus, soweit diese vier Wände reichen; sie endet nicht am Ministertische (Lebhaftes, anhaltendes Bravo!)." — „Ich muß diese Ansicht als eine irrtümliche bezeichnen," versetzte Bismarck, „welche von der königlichen Staatsregierung nicht geteilt wird. Also, ich sagte: Derselbe Abgeordnete v. Unruh, welcher im Jahre 1848 seinen Namen unauslöschlich mit der Steuerverweigerung verknüpft hat." (Stürmische Bewegung in der Versammlung: „Das ist unwürdig — vertagen!" Andauernder Ruf der Glocke des Präsidenten). — Vizepräsident Behrend droht darauf, die Sitzung zu vertagen, falls die Unruhe fortdauere

oder der Ministerpräsident noch einmal Äußerungen wiederhole, welche der Präsident zur Diskussion nicht gehörig bezeichnet habe. — „Ich kann den Herrn Präsidenten nicht an der Vertagung hindern," entgegnete Bismarck. „Ich habe kein Bedürfnis, meine Herren, eine zweimalige Äußerung zu wiederholen, und glaube, Sie haben mich verstanden. (Große Bewegung. Ruf nach Vertagung und Widerspruch dagegen.)"

Trotz dieser großen Erregung der Versammlung und der vielen scharfen und bitteren Worte, die Bismarck noch weiter an die Gegner richtete, verlief die Verhandlung von da ab doch etwas ruhiger. Bismarck führte aus, „daß die Tendenzen, die Worte, die Namen von 1848 wieder im Vordergrund der Bühne erscheinen. Die europäische Revolution ist solidarisch in allen Ländern," Mieroslawski und Mazzini seien bei dieser Empörung mit den revolutionären Elementen aller Länder verbunden. Und „unter diesen Umständen, meine Herren, schlägt man Ihnen vor, durch Annahme des heutigen Antrags Ihre Sympathie für die polnische Insurrektion zu bekunden (Große Bewegung, lebhafter Widerspruch)." Gelassen begründet Bismarck diese Anklage und versichert, daß alle Berichte über den Inhalt der preußisch-russischen Konvention, an denen das Haus sich erhitzt habe, „Phantasiegebilde und vollständig müssige Erfindungen" seien. Ohne ausdrückliche Zustimmung des preußischen Befehlshabers dürfe keine russische Heeresabteilung die preußische Grenze überschreiten. Unter großer Unruhe schließt er die Rede mit den Worten: „Wenn diese ganze Debatte — einen sonstigen Zweck kann ich nicht einsehen — das Ziel gehabt hat, der königlichen Regierung Verlegenheiten zu bereiten und sie in ihrer Stellung, in ihren Ansichten zu erschüttern, so hat sie auch darin ihren Zweck verfehlt (Stimme links: Leider!). Wir fühlen uns stark in der Überzeugung, die Pflicht erfüllt zu haben, die uns durch die Wahrung der Interessen des Landes auferlegt war, und diese Überzeugung wird dadurch nicht geschwächt werden, wenn Sie uns durch die Annahme Ihres Antrages in die Lage versetzen, vor dem Lande Akt davon zu nehmen, daß Sie Partei ergreifen für die polnische

Insurrektion (Anhaltende Unruhe links. Bewegung in der Versammlung)."*)

Mit der Anführung der Hauptstellen dieser bewegten Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über die polnische Frage müssen wir uns begnügen. Die folgenden zahlreichen Debatten in derselben Angelegenheit haben ja auch, gleich den vorstehenden, aber noch mehr als diese, fast nur eine symptomatische Bedeutung, indem sie uns urkundliche Beweise liefern für das Maß von Verblendung und Verhetzung, dem damals die einsichtigen und gemäßigten Geister dieser Versammlung ebenso willig ihr Wort liehen, als die meisterlosen. Da hören wir einen Twesten gegen die Regierung donnern: „deren Ehre sei nicht mehr die Ehre des Staates und Landes." Da hören wir einen Eduard Simson die Politik der Regierung als „Donquixoterie" bezeichnen, als ein „trostloses Impromptu", als das „Gelegenheitsgedicht eines Mannes, der kein Dichter ist"; wir hören ihn dem Haupte der Regierung den Vorwurf der Unfähigkeit machen. Noch schärfer äußerten sich natürlich die Wortführer der berufsmäßigen Opposition wie Waldeck, der am 31. März die Entdeckung machte: „Wir sind leider ein Staat, der bei diesem Ministerium auf eine große Politik in Europa so wenig wie auf eine klare und wahre, freie und redliche Politik im Innern einen Anspruch machen kann; so lassen Sie uns doch wenigstens die Gesetze der Menschlichkeit und Humanität halten!" Bismarck mochte noch so oft die Legenden über den preußischen Vertrag mit Rußland widerlegen, ganz abgesehen davon, daß dieser längst „ein toter Buchstabe" geworden war; es half ihm nichts, man glaubte jeder polnischen Zeitungsente mehr als ihm. Um so besser hafteten alle seine scharfen Hiebe an den Gegnern. So konnten sich selbst

---

*) Zum Danke für diese Reden empfing Bismarck von konservativen Männern der Rheinlande (an deren Spitze General a. D. v. Griesheim stand) einen Ehrendegen. Auf der Klinge stand die Inschrift: „Das Wegekraut sollst stehen la'n — Hüt Dich, Junge, 's sind Nesseln dran." Auf der Rückseite: „Viel Feinde, viel Ehr!"; Legende: „Zur Erinnerung an den 26. Februar."

diese der Heiterkeit nicht erwehren, als er auf die Frage des Abgeordneten v. Hennig: „warum denn die Regierung den Landtag nicht nicht auflöse und an das Land appelliere?“, die Antwort gab: „Ja, meine Herren, ehe wir das thun, möchten wir gern, daß das Land Gelegenheit hat, Sie recht kennen zu lernen.“

Das Traurigste an diesen Verhandlungen ist die Thatsache, daß einzelne Führer der Opposition sich, natürlich unbewußt, zu Werkzeugen der polenfreundlichen Weststaaten gebrauchen ließen. Bismarck hat diesen Eindruck nie vergessen. In seiner berühmten Reichstagsrede v. 6. Februar 1888 teilte er uns hierüber folgendes mit: „Schon 1863 war eine kaum minder große Kriegsgefahr (als 1859), die dem großen Publikum ziemlich unbekannt blieb, und ihren Eindruck erst machen wird, wenn dermaleinst die geheimen Archive der Kabinette der Öffentlichkeit übergeben sein werden. Sie werden sich des polnischen Aufstandes von 1863 erinnern, und ich werde es nie vergessen, wie ich in jener Zeit des Morgens den Besuch zu haben pflegte von Sir Andrew Buchanan, dem englischen Botschafter, und Talleyrand, dem französischen Vertreter, die mir die Hölle heiß machten über das unverantwortliche Festhalten der preußischen Politik an der russischen und eine ziemlich drohende Sprache gegen uns führten; am Mittag desselben Tages hatte ich nachher die Annehmlichkeit, im preußischen Landtage ungefähr dieselben Argumente und Angriffe zu hören, die die beiden fremden Botschafter am Morgen auf mich gemacht hatten (Heiterkeit).“

Lange nach der kriegerischen Überwindung des polnischen Aufstandes dauerten übrigens die Bemühungen der Westmächte und Österreichs noch unentwegt in der Richtung fort, „etwas für Polen zu thun“ und Rußland fremde Gebote vorzuschreiben. Bis an die Schwelle des Krieges sind sie gediehen. Was würden die überhaupt noch belehrbaren unter den Wortführern der Opposition von 1863 gegen Bismarck gesagt haben, wenn sie gewußt hätten, daß dieser von ihnen als „unfähig, unmenschlich und unredlich“ verschrieene Minister eben damals das geheime Anerbieten des russischen Zaren ablehnte, im Bunde mit Rußland an Frankreich und Österreich den Krieg zu erklären?

In einem eigenhändigen Handschreiben an König Wilhelm hatte Zar Alexander diesen Vorschlag ernstlich gemacht. Er hatte viel Verlockendes für Preußen. Österreich war gänzlich unvorbereitet für den Krieg und wäre noch unendlich leichter niedergeworfen worden als 1866. Auch des ganzen inneren preußischen Haders wurde man dabei ledig. Gegen Frankreich aber hätte Preußen so gut wie allein fechten müssen, und dann wäre der Friede dennoch zwischen Frankreich und Rußland auf Kosten Preußens nach Gortschakoffs franzosenfreundlicher Gesinnung vereinbart worden. „In diesem Falle würde Rußland am längeren Hebelarme sitzen," sagte Bismarck. Und König Wilhelm, dessen Gefühl sich außerdem gegen einen Krieg mit Österreich sträubte, schrieb deshalb die ablehnende Antwort an seinen Neffen, den Zaren, mit voller Offenheit der Gründe, nach einem eigenhändigen Konzept Bismarcks. Die persönlichen Gefühle des Zaren blieben dadurch ungetrübt. — Bismarck hat uns in jener schon citierten Reichstagsrede vom 6. Februar 1888 einen Teil dieser bis dahin nur ihm und seinem König bekannten Verhandlungen enthüllt, und Sybel hat aus den Geheimen Archiven darnach auch die urkundlichen Belege dazu ans Licht gezogen. „Ich hatte das" (d. h. die zuvor geschilderte Einmischung des Auslandes und Abgeordnetenhauses in die Politik Preußens gegenüber Polen und Rußland) — so lauteten des Kanzlers Aufsehen machende Worte — „ruhig ausgehalten, aber dem Kaiser Alexander riß die Geduld, und er wollte den Degen ziehen gegenüber den Chikanen von Seiten der Westmächte. Sie werden Sich erinnern, daß die französische Kriegsmacht damals schon mit amerikanischen Projekten und in Mexiko engagiert war, so daß sie nicht mit der vollen Macht auftreten konnte. Der Kaiser von Rußland wollte sich die polnischen Intriguen von Seiten der anderen Mächte nicht mehr gefallen lassen und war bereit, mit uns im Bunde den Ereignissen die Stirn zu bieten und zu schlagen. Sie werden Sich erinnern, daß damals Preußen in seinem Innern in einer schwierigen Lage war, daß in Deutschland die Gemüter bereits gährten und der Frankfurter Fürstentag sich in der

Vorbereitung befand. Man kann also zugeben, daß die Versuchung für meinen allergnädigsten Herrn, diese schwierige innere Lage durch Eingehen auf ein kriegerisches Unternehmen im größten Stil abzuschneiden und zu sanieren, daß die wohl vorhanden war, und es wäre damals ganz zweifellos zum Kriege gekommen von Preußen und Rußland im Bunde gegen diejenigen, welche den polnischen Aufstand uns gegenüber beschützten, wenn Se. Majestät nicht zurückgeschreckt wäre vor dem Gedanken, innere Schwierigkeiten, preußische wie deutsche, mit fremder Hilfe zu lösen (Bravo!), und wir haben damals, ohne die Gründe unseres Verfahrens gegenüber den uns feindlichen Projekten anderer deutscher Regierungen geltend zu machen, stillschweigend abgelehnt. Aber es bedurfte nur eines Ja statt eines Nein aus Gastein von Sr. Majestät dem König, und der große Krieg, der Koalitionskrieg, war schon 1863 vorhanden. Ein anderer als ein deutscher Minister würde vielleicht zugeredet haben aus Nützlichkeitsrücksichten, als Opportunist, um unsere inneren Schwierigkeiten damit zu lösen; im eigenen Volke wie im Auslande hat man aber kaum eine richtige Vorstellung von dem Maß von nationalem Sinn und pflichttreuer Gewissenhaftigkeit (Beifall rechts), welches Monarchen und Minister beim Regieren deutscher Länder leitet. (Allseitiger Beifall.)"

Es ist kaum anzunehmen, daß die Fortschrittspartei von 1863 günstiger über Bismarck geurteilt hätte, wenn ihr schon damals die vorstehenden Thatsachen bekannt geworden wären. Denn das Gepräge öder Unfruchtbarkeit, unbedingter dürrer Verneinung ist dieser Partei von Anfang bis zu Ende, ein Menschenalter hindurch, eigentümlich geblieben. Die Beseitigung des verhaßten Ministerpräsidenten durch Ablehnung jeder Regierungsvorlage, jedes Antrags oder Unternehmens der Regierung zu erzwingen, war die unverbrüchliche Losung der Opposition auch in dieser Landtagssession. Außer einigen ganz unabweisbaren Vorlagen, wie der zu Gunsten der Invaliden von 1813/15, der Elbzollakte und namentlich dem Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Belgien, kam während der Tagung vom 14. Januar bis 27. Mai 1863 nicht ein

einziges Gesetz zu stande; namentlich wurde die Beratung des Staatshaushaltsetats nicht zu Ende geführt, obwohl derselbe sogleich mit dem Beginne der Sitzungen vorgelegt worden war; ebensowenig das schon am 8. Februar von Roon eingebrachte Wehrgesetz Mit den unfruchtbarsten — ja, man darf, vom Standpunkte der heutigen Erkenntnis aus, wohl sagen: mit den unverständigsten — Zänkereien gegen die Regierung wurde die Zeit vergeudet, die Volksverhetzung gesteigert und verbösert, und schließlich, trotz aller Mahnungen der Regierung und Krone, gar ein offener Rechtsbruch und Gewaltakt verübt, und als die Krone sich diesen nicht gefallen ließ, die verfassungsmäßige Pflichterfüllung des Abgeordnetenhauses einfach verweigert. Als offener Rechtsbruch und Gewaltakt ist nämlich jene Behandlung zu bezeichnen, welche der Minister v. Roon in der Sitzung vom 11. März durch den Vizepräsidenten v. Bockum-Dolffs erfuhr. Denn Roon wurde nicht bloß vom Hause und vom Präsidenten in seiner Rede unterbrochen, sondern ihm auch vom Präsidenten geboten, zu schweigen. Da Roon sich das nicht gefallen lassen wollte, ließ der Präsident seinen Hut bringen — die Diener brachten ihm einen fremden, der ihm viel zu klein war und große Heiterkeit erregte — bedeckte sein Haupt und hob die Sitzung auf. Die Minister beschlossen darauf, sich bis zur förmlichen Gewährleistung ihrer verfassungsmäßigen Rechte durch das Präsidium des Abgeordnetenhauses an den Sitzungen des letzteren nicht mehr zu beteiligen. Der König trat diesem Verlangen in einer von sämtlichen Ministern gegengezeichneten Botschaft vom 20. Mai auch seinerseits bei. Darauf beschloß das Abgeordnetenhaus am 22. Mai eine Adresse an den König, in welcher rundweg erklärt wurde: „Das Haus der Abgeordneten lehnt seine Mitwirkung zu der gegenwärtigen Politik der Regierung ab.“ Damit war der Boykott gegen Krone und Regierung beschlossen und verkündet. Es blieb nichts übrig, als diesem parlamentarischen Generalstreik durch Schließung des Landtags ein Ende zu machen. Das geschah am 27. Mai.

Am 1. Juni folgte dann ein Gegenschlag der Regierung,

welcher die tiefe Erregung des Volkes noch wesentlich steigerte: der Erlaß von Preßverordnungen, welche u. a. das Napoleonische System der Verwarnungen einführten, die Maßregelung liberaler Beamten u. s. w. Die hochgradige Gärung des Volkes gab sich in allerlei Manifestationen kund. Die heimgekehrten liberalen Abgeordneten wurden in jeder Art gefeiert. Die Stadt Köln lud das gesamte Abgeordnetenhaus und seine Präsidenten zu einer großartigen Feier ein. Als die Polizei das Fest störte, begab sich der größte Teil der Festversammlung auf Rheindampfer und flüchtete auf nassauisches Gebiet. Für die gemaßregelten Beamten wurde ein „Nationalfonds“ von 75,000 Thalern gesammelt. Zahllos waren die liberalen Adressen und Deputationen an den König. Auch einzelne alte Vertraute desselben, wie Herr v. Beckerath, eilten nach Berlin, um dem Monarchen persönlich die Notlage des Vaterlandes und die Dringlichkeit einer Abhilfe vorzustellen. König Wilhelm litt seelisch und leiblich schwer unter dem Unfrieden mit seinem Volke. „Ich schlafe keine Nacht,“ sagte er zu Beckerath. Bis in die Nächsten, die Seinigen selbst, ging der große Riß der Zeit. Der Kronprinz Friedrich Wilhelm sagte sich in einer Rede in Danzig mit unmutigen Worten von den Preßverordnungen und Bismarcks Politik überhaupt los. Die Königin, der Bismarcks Einfluß auf ihren Gemahl von jeher durchaus widerwärtig war, schon weil dieser Einfluß den ihrigen verkleinerte, wird in demselben Sinne gesprochen und gewarnt haben. Sichtlich lockerte sich die altpreußische Ehrfurcht und Pietät für die königliche Familie. Bei freudigen und leidvollen Ereignissen, die das Königshaus betrafen, versagte eine Reihe von Städten, deren Adressen uneröffnet zurückgekommen waren, die altherkömmlichen Loyalitätsbezeigungen. Die Prinzen, selbst der freisinnige Kronprinz, wurden bei ihren Reisen nicht mehr von den Bürgern begrüßt. Als der König in diesem Sommer nach Karlsbad reiste, ging der erbärmliche Berliner Witz um: „Lehmann sei leberleidend abgereist und leider lebend wiedergekommen.“

Auch Bismarck litt persönlich unter dieser feindseligen Stim-

mung des Volkes, obwohl er mit seinem Könige starken Trost fand in der Überzeugung, daß er in treuer Pflichterfüllung das Notwendige thue, und dereinst auch die große Mehrheit des Volkes das dankbar erkennen werde. In diesen Wochen langten auch die ersten „Todesurteile“ gegen Bismarck an; das erste am 3. April aus Warschau, angeblich vom Polenkomitee, mit der Anzeige, daß Bismarck wegen seines Auftretens gegen die polnische Nation zum Tode verurteilt sei und auf offener Straße ermordet werden solle. Am 21. Mai empfing er dann aus „Ost-Coczya bei Thorn“ ein von der „Warschauer Henkerkommission“ unterzeichnetes Schreiben in Begleitung eines zierlichen Holzkastens; in diesem lag der mit schwarz-weißer Schleife gezierte Strang, zu welchem der Empfänger verurteilt worden sei. Die „Warschauer Henkerkommission“ schien demnach mit dem „Polenkomitee“ nicht einmal so ausreichende Fühlung zu besitzen, um einer mehrfachen Ermordung Bismarcks mit verschiedenen Todesarten vorzubeugen. Diese Drohungen feiger Gegner verfehlten nicht, den Bedrohten zu erheitern. Eine große Freude aber bereitete ihm am 17. April der Empfang eines Briefes von dem alten lieben Freunde Motley. Bismarck begann die Antwort noch am nämlichen Tage, konnte sie aber erst am 18. zu Ende führen. Sie lautet, unter Übertragung einiger englischen Stellen: „Mein teurer Motley, — Du hast mir eine große Freude gemacht durch Deinen Brief vom 9. und ich werde Dir sehr dankbar sein, wenn Du Wort hältst, öfter und länger zu schreiben. Ich hasse die Politik, aber wie Du sehr richtig sagst, so wie der Kolonialwarenhändler (grocer) die Feigen haßt, ich bin nichtsdestoweniger genötigt, meine Gedanken unablässig mit jenen Feigen zu befassen. Auch in diesem Augenblicke, während ich Dir schreibe, habe ich die Ohren davon voll. Ich bin genötigt, ungewöhnlich abgeschmackte Reden aus dem Munde ungewöhnlich kindischer und aufgeregter Politiker anzuhören,*) und habe dadurch einen Augenblick unfrei-

*) Es bezog sich dies auf die Verhandlungen des Hauses über die schleswig-holsteinische Frage, von welchen erst später im Zusammenhang die Rede sein wird.

die maßvollsten Männer, der gefeierte Meister deutscher Geschichtswissenschaft; gleich darauf setzte der berühmte Lehrer des deutschen Verfassungsrechtes v. Rönne, hinzu: diese Politik gefährde sogar die Existenz der Dynastie aufs äußerste.

Bismarck betrat den Sitzungssaal erst, als noch eine Reihe anderer Redner gesprochen hatte. Dann ging er aber sofort zum Angriff über. Daß die polnische Fraktion die erste Interpellation eingebracht habe, wundere ihn nicht. „Befremdlicher war es, daß diese Interpellation von deutschen Abgeordneten mit unterzeichnet war. Die Neigung sich für fremde Nationalitäten und Nationalbestrebungen zu begeistern, auch dann, wenn dieselben nur auf Kosten des eigenen Vaterlandes verwirklicht werden können, ist eine politische Krankheitsform, deren geographische Verbreitung sich auf Deutschland leider beschränkt (Heiterkeit. Sehr gut rechts.) Die Regierung fand es durch die Staatsinteressen vorgeschrieben, die Beantwortung dieser Interpellation abzulehnen. In jedem anderen mir bekannten Parlamente würde auch die strengste Opposition, die unzufriedenste mit der bestehenden Regierung, von der Verfolgung der Interpellation von dem Augenblick an Abstand genommen haben, und ich knüpfe daran den Wunsch: Geben Sie uns ein englisches Unterhaus und dann fordern Sie englische Institutionen! (Bewegung. Ruf: Oberhaus!). Das Oberhaus ist weniger wichtig (Große Heiterkeit). Ein Unterhaus wie das englische würde unser Oberhaus entbehrlich machen. Das Parteinteresse ist mit dem Staatsinteresse nicht zusammengefallen; es forderte die Diskussion. In dieser Diskussion traten nun die deutschen Redner schon unverhüllter mit ihrer Sympathie für die polnische Sache hervor." Das wird an Waldecks und v. Unruhs Rede dargelegt. Unruh habe, unter dem lebhaften Beifall des Hauses, erklärt: „wenn aus den Vorkehrungen, welche die Regierung zur Sicherung unserer Grenzen und unserer Interessen getroffen hat, auswärtige Verwickelungen entstehen sollten, würde das Haus die Mittel zur Landesverteidigung dem Könige verweigern. Heißt das nicht, dem Auslande zurufen: ‚Kommt her, der Augenblick ist günstig, Preußen . . . (Unterbrechung und

Widerspruch). Nun, es freut mich, daß Sie noch ein Gefühl der Entrüstung äußern ... (Unterbrechung. Ruf: Zur Ordnung!)."

Die Scene wurde nun immer erregter. Vizepräsident Behrend konnte die Unruhe kaum bewältigen. Als dies einigermaßen gelungen war, erklärte er: „Einen Ordnungsruf über diese Äußerung halte ich nicht für gerechtfertigt. Der Herr Ministerpräsident hat das Wort." Dieser aber sagte: „Ich will hier die Frage, inwieweit ein Ordnungsruf für das Staatsministerium überhaupt zu rechtfertigen ist, nicht erörtern. — Diese Drohung, Preußen wehrlos zu machen, sprach derselbe Abgeordnete v. Unruh aus, dessen Namen mit der Steuerverweigerung von 1848 ... (Unterbrechung)." Vizepräsident Behrend erklärte nun, die letzte Bemerkung Bismarcks stehe „mit der gegenwärtigen Frage nicht im lockersten Zusammenhang." Da rief Bismarck: „Ich kann dem Herrn Präsidenten das Recht zur disziplinarischen Unterbrechung meiner Äußerungen nicht einräumen; ich unterliege nicht dem disziplinarischen Einfluß der Kammer. Die Disziplinargewalt des Herrn Präsidenten hat an diesen Schranken ihre Grenzen. Ich habe zum Vorgesetzten nur Se. Majestät den König, und ich wüßte nicht, welche Gesetzes- oder Verfassungsbestimmung mich der Disziplin des Herrn Präsidenten dieses Hauses unterstellte (Unterbrechung). Sie haben nicht das Recht, mich zu unterbrechen ...." Vizepräsident Behrend erklärte darauf: „Ich muß den Herrn Ministerpräsidenten trotz dieser letzten Äußerung dennoch unterbrechen. Der Präsident dieses Hauses übt in diesem Saale seine Disziplinargewalt aus, soweit diese vier Wände reichen; sie endet nicht am Ministertische (Lebhaftes, anhaltendes Bravo!)." — „Ich muß diese Ansicht als eine irrtümliche bezeichnen," versetzte Bismarck, „welche von der königlichen Staatsregierung nicht geteilt wird. Also, ich sagte: Derselbe Abgeordnete v. Unruh, welcher im Jahre 1848 seinen Namen unauslöschlich mit der Steuerverweigerung verknüpft hat." (Stürmische Bewegung in der Versammlung: „Das ist unwürdig — vertagen!" Andauernder Ruf der Glocke des Präsidenten). — Vizepräsident Behrend droht darauf, die Sitzung zu vertagen, falls die Unruhe fortdauere

oder der Ministerpräsident noch einmal Äußerungen wiederhole, welche der Präsident zur Diskussion nicht gehörig bezeichnet habe. — „Ich kann den Herrn Präsidenten nicht an der Vertagung hindern,“ entgegnete Bismarck. „Ich habe kein Bedürfnis, meine Herren, eine zweimalige Äußerung zu wiederholen, und glaube, Sie haben mich verstanden. (Große Bewegung. Ruf nach Vertagung und Widerspruch dagegen.)“

Trotz dieser großen Erregung der Versammlung und der vielen scharfen und bitteren Worte, die Bismarck noch weiter an die Gegner richtete, verlief die Verhandlung von da ab doch etwas ruhiger. Bismarck führte aus, „daß die Tendenzen, die Worte, die Namen von 1848 wieder im Vordergrund der Bühne erscheinen. Die europäische Revolution ist solidarisch in allen Ländern,“ Mieroslawski und Mazzini seien bei dieser Empörung mit den revolutionären Elementen aller Länder verbunden. Und „unter diesen Umständen, meine Herren, schlägt man Ihnen vor, durch Annahme des heutigen Antrags Ihre Sympathie für die polnische Insurrektion zu bekunden (Große Bewegung, lebhafter Widerspruch).“ Gelassen begründet Bismarck diese Anklage und versichert, daß alle Berichte über den Inhalt der preußisch-russischen Konvention, an denen das Haus sich erhitzt habe, „Phantasiegebilde und vollständig müssige Erfindungen“ seien. Ohne ausdrückliche Zustimmung des preußischen Befehlshabers dürfe keine russische Heeresabteilung die preußische Grenze überschreiten. Unter großer Unruhe schließt er die Rede mit den Worten: „Wenn diese ganze Debatte — einen sonstigen Zweck kann ich nicht einsehen — das Ziel gehabt hat, der königlichen Regierung Verlegenheiten zu bereiten und sie in ihrer Stellung, in ihren Ansichten zu erschüttern, so hat sie auch darin ihren Zweck verfehlt (Stimme links: Leider!). Wir fühlen uns stark in der Überzeugung, die Pflicht erfüllt zu haben, die uns durch die Wahrung der Interessen des Landes auferlegt war, und diese Überzeugung wird dadurch nicht geschwächt werden, wenn Sie uns durch die Annahme Ihres Antrages in die Lage versetzen, vor dem Lande Akt davon zu nehmen, daß Sie Partei ergreifen für die polnische

Insurrektion (Anhaltende Unruhe links. Bewegung in der Versammlung)."*)

Mit der Anführung der Hauptstellen dieser bewegten Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über die polnische Frage müssen wir uns begnügen. Die folgenden zahlreichen Debatten in derselben Angelegenheit haben ja auch, gleich den vorstehenden, aber noch mehr als diese, fast nur eine symptomatische Bedeutung, indem sie uns urkundliche Beweise liefern für das Maß von Verblendung und Verhetzung, dem damals die einsichtigen und gemäßigten Geister dieser Versammlung ebenso willig ihr Wort liehen, als die meisterlosen. Da hören wir einen Twesten gegen die Regierung donnern: „deren Ehre sei nicht mehr die Ehre des Staates und Landes." Da hören wir einen Eduard Simson die Politik der Regierung als „Donquixoterie" bezeichnen, als ein „trostloses Impromptu", als das „Gelegenheitsgedicht eines Mannes, der kein Dichter ist"; wir hören ihn dem Haupte der Regierung den Vorwurf der Unfähigkeit machen. Noch schärfer äußerten sich natürlich die Wortführer der berufsmäßigen Opposition wie Waldeck, der am 31. März die Entdeckung machte: „Wir sind leider ein Staat, der bei diesem Ministerium auf eine große Politik in Europa so wenig wie auf eine klare und wahre, freie und redliche Politik im Innern einen Anspruch machen kann; so lassen Sie uns doch wenigstens die Gesetze der Menschlichkeit und Humanität halten!" Bismarck mochte noch so oft die Legenden über den preußischen Vertrag mit Rußland widerlegen, ganz abgesehen davon, daß dieser längst „ein toter Buchstabe" geworden war; es half ihm nichts, man glaubte jeder polnischen Zeitungsente mehr als ihm. Um so besser hafteten alle seine scharfen Hiebe an den Gegnern. So konnten sich selbst

*) Zum Danke für diese Reden empfing Bismarck von konservativen Männern der Rheinlande (an deren Spitze General a. D. v. Griesheim stand) einen Ehrendegen. Auf der Klinge stand die Inschrift: „Das Wegekraut sollst stehen la'n — Hüt Dich, Junge, 's sind Nesseln dran." Auf der Rückseite: „Viel Feinde, viel Ehr!"; Legende: „Zur Erinnerung an den 26. Februar."

diese der Heiterkeit nicht erwehren, als er auf die Frage des Abgeordneten v. Hennig: „warum denn die Regierung den Landtag nicht nicht auflöse und an das Land appelliere?“, die Antwort gab: „Ja, meine Herren, ehe wir das thun, möchten wir gern, daß das Land Gelegenheit hat, Sie recht kennen zu lernen.“

Das Traurigste an diesen Verhandlungen ist die Thatsache, daß einzelne Führer der Opposition sich, natürlich unbewußt, zu Werkzeugen der polenfreundlichen Weststaaten gebrauchen ließen. Bismarck hat diesen Eindruck nie vergessen. In seiner berühmten Reichstagsrede v. 6. Februar 1888 teilte er uns hierüber folgendes mit: „Schon 1863 war eine kaum minder große Kriegsgefahr (als 1859), die dem großen Publikum ziemlich unbekannt blieb, und ihren Eindruck erst machen wird, wenn dermaleinst die geheimen Archive der Kabinette der Öffentlichkeit übergeben sein werden. Sie werden sich des polnischen Aufstandes von 1863 erinnern, und ich werde es nie vergessen, wie ich in jener Zeit des Morgens den Besuch zu haben pflegte von Sir Andrew Buchanan, dem englischen Botschafter, und Talleyrand, dem französischen Vertreter, die mir die Hölle heiß machten über das unverantwortliche Festhalten der preußischen Politik an der russischen und eine ziemlich drohende Sprache gegen uns führten; am Mittag desselben Tages hatte ich nachher die Annehmlichkeit, im preußischen Landtage ungefähr dieselben Argumente und Angriffe zu hören, die die beiden fremden Botschafter am Morgen auf mich gemacht hatten (Heiterkeit).“

Lange nach der kriegerischen Überwindung des polnischen Aufstandes dauerten übrigens die Bemühungen der Westmächte und Österreichs noch unentwegt in der Richtung fort, „etwas für Polen zu thun“ und Rußland fremde Gebote vorzuschreiben. Bis an die Schwelle des Krieges sind sie gediehen. Was würden die überhaupt noch belehrbaren unter den Wortführern der Opposition von 1863 gegen Bismarck gesagt haben, wenn sie gewußt hätten, daß dieser von ihnen als „unfähig, unmenschlich und unredlich“ verschrieene Minister eben damals das geheime Anerbieten des russischen Zaren ablehnte, im Bunde mit Rußland an Frankreich und Österreich den Krieg zu erklären?

In einem eigenhändigen Handschreiben an König Wilhelm hatte Zar Alexander diesen Vorschlag ernstlich gemacht. Er hatte viel Verlockendes für Preußen. Österreich war gänzlich unvorbereitet für den Krieg und wäre noch unendlich leichter niedergeworfen worden als 1866. Auch des ganzen inneren preußischen Haders wurde man dabei ledig. Gegen Frankreich aber hätte Preußen so gut wie allein fechten müssen, und dann wäre der Friede dennoch zwischen Frankreich und Rußland auf Kosten Preußens nach Gortschakoffs franzosenfreundlicher Gesinnung vereinbart worden. „In diesem Falle würde Rußland am längeren Hebelarme sitzen," sagte Bismarck. Und König Wilhelm, dessen Gefühl sich außerdem gegen einen Krieg mit Österreich sträubte, schrieb deshalb die ablehnende Antwort an seinen Neffen, den Zaren, mit voller Offenheit der Gründe, nach einem eigenhändigen Konzept Bismarcks. Die persönlichen Gefühle des Zaren blieben dadurch ungetrübt. — Bismarck hat uns in jener schon citierten Reichstagsrede vom 6. Februar 1888 einen Teil dieser bis dahin nur ihm und seinem König bekannten Verhandlungen enthüllt, und Sybel hat aus den Geheimen Archiven darnach auch die urkundlichen Belege dazu ans Licht gezogen. „Ich hatte das" (d. h. die zuvor geschilderte Einmischung des Auslandes und Abgeordnetenhauses in die Politik Preußens gegenüber Polen und Rußland) — so lauteten des Kanzlers Aufsehen machende Worte — „ruhig ausgehalten, aber dem Kaiser Alexander riß die Geduld, und er wollte den Degen ziehen gegenüber den Chikanen von Seiten der Westmächte. Sie werden Sich erinnern, daß die französische Kriegsmacht damals schon mit amerikanischen Projekten und in Mexiko engagiert war, so daß sie nicht mit der vollen Macht auftreten konnte. Der Kaiser von Rußland wollte sich die polnischen Intriguen von Seiten der anderen Mächte nicht mehr gefallen lassen und war bereit, mit uns im Bunde den Ereignissen die Stirn zu bieten und zu schlagen. Sie werden Sich erinnern, daß damals Preußen in seinem Innern in einer schwierigen Lage war, daß in Deutschland die Gemüter bereits gährten und der Frankfurter Fürstentag sich in der

Vorbereitung befand. Man kann also zugeben, daß die Versuchung für meinen allergnädigsten Herrn, diese schwierige innere Lage durch Eingehen auf ein kriegerisches Unternehmen im größten Stil abzuschneiden und zu sanieren, daß die wohl vorhanden war, und es wäre damals ganz zweifellos zum Kriege gekommen von Preußen und Rußland im Bunde gegen diejenigen, welche den polnischen Aufstand uns gegenüber beschützten, wenn Se. Majestät nicht zurückgeschreckt wäre vor dem Gedanken, innere Schwierigkeiten, preußische wie deutsche, mit fremder Hilfe zu lösen (Bravo!), und wir haben damals, ohne die Gründe unseres Verfahrens gegenüber den uns feindlichen Projekten anderer deutscher Regierungen geltend zu machen, stillschweigend abgelehnt. Aber es bedurfte nur eines Ja statt eines Nein aus Gastein von Sr. Majestät dem König, und der große Krieg, der Koalitionskrieg, war schon 1863 vorhanden. Ein anderer als ein deutscher Minister würde vielleicht zugeredet haben aus Nützlichkeitsrücksichten, als Opportunist, um unsere inneren Schwierigkeiten damit zu lösen; im eigenen Volke wie im Auslande hat man aber kaum eine richtige Vorstellung von dem Maß von nationalem Sinn und pflichttreuer Gewissenhaftigkeit (Beifall rechts), welches Monarchen und Minister beim Regieren deutscher Länder leitet. (Allseitiger Beifall.)"

Es ist kaum anzunehmen, daß die Fortschrittspartei von 1863 günstiger über Bismarck geurteilt hätte, wenn ihr schon damals die vorstehenden Thatsachen bekannt geworden wären. Denn das Gepräge öder Unfruchtbarkeit, unbedingter dürrer Verneinung ist dieser Partei von Anfang bis zu Ende, ein Menschenalter hindurch, eigentümlich geblieben. Die Beseitigung des verhaßten Ministerpräsidenten durch Ablehnung jeder Regierungsvorlage, jedes Antrags oder Unternehmens der Regierung zu erzwingen, war die unverbrüchliche Losung der Opposition auch in dieser Landtagssession. Außer einigen ganz unabweisbaren Vorlagen, wie der zu Gunsten der Invaliden von 1813/15, der Elbzollakte und namentlich dem Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Belgien, kam während der ganzen Tagung vom 14. Januar bis 27. Mai 1863 nicht ein

einziges Gesetz zu stande; namentlich wurde die Beratung des Staatshaushaltsetats nicht zu Ende geführt, obwohl derselbe sogleich mit dem Beginne der Sitzungen vorgelegt worden war; ebensowenig das schon am 8. Februar von Roon eingebrachte Wehrgesetz Mit den unfruchtbarsten — ja, man darf, vom Standpunkte der heutigen Erkenntnis aus, wohl sagen: mit den unverständigsten — Zänkereien gegen die Regierung wurde die Zeit vergeudet, die Volksverhetzung gesteigert und verbösert, und schließlich, trotz aller Mahnungen der Regierung und Krone, gar ein offener Rechtsbruch und Gewaltakt verübt, und als die Krone sich diesen nicht gefallen ließ, die verfassungsmäßige Pflichterfüllung des Abgeordnetenhauses einfach verweigert. Als offener Rechtsbruch und Gewaltakt ist nämlich jene Behandlung zu bezeichnen, welche der Minister v. Roon in der Sitzung vom 11. März durch den Vizepräsidenten v. Bockum-Dolffs erfuhr. Denn Roon wurde nicht bloß vom Hause und vom Präsidenten in seiner Rede unterbrochen, sondern ihm auch vom Präsidenten geboten, zu schweigen. Da Roon sich das nicht gefallen lassen wollte, ließ der Präsident seinen Hut bringen — die Diener brachten ihm einen fremden, der ihm viel zu klein war und große Heiterkeit erregte — bedeckte sein Haupt und hob die Sitzung auf. Die Minister beschlossen darauf, sich bis zur förmlichen Gewährleistung ihrer verfassungsmäßigen Rechte durch das Präsidium des Abgeordnetenhauses an den Sitzungen des letzteren nicht mehr zu beteiligen. Der König trat diesem Verlangen in einer von sämtlichen Ministern gegengezeichneten Botschaft vom 20. Mai auch seinerseits bei. Darauf beschloß das Abgeordnetenhaus am 22. Mai eine Adresse an den König, in welcher rundweg erklärt wurde: „Das Haus der Abgeordneten lehnt seine Mitwirkung zu der gegenwärtigen Politik der Regierung ab.“ Damit war der Boykott gegen Krone und Regierung beschlossen und verkündet. Es blieb nichts übrig, als diesem parlamentarischen Generalstreik durch Schließung des Landtags ein Ende zu machen. Das geschah am 27. Mai.

Am 1. Juni folgte dann ein Gegenschlag der Regierung,

welcher die tiefe Erregung des Volkes noch wesentlich steigerte: der Erlaß von Preßverordnungen, welche u. a. das Napoleonische System der Verwarnungen einführten, die Maßregelung liberaler Beamten u. s. w. Die hochgradige Gärung des Volkes gab sich in allerlei Manifestationen kund. Die heimgekehrten liberalen Abgeordneten wurden in jeder Art gefeiert. Die Stadt Köln lud das gesamte Abgeordnetenhaus und seine Präsidenten zu einer großartigen Feier ein. Als die Polizei das Fest störte, begab sich der größte Teil der Festversammlung auf Rheindampfer und flüchtete auf nassauisches Gebiet. Für die gemaßregelten Beamten wurde ein „Nationalfonds" von 75,000 Thalern gesammelt. Zahllos waren die liberalen Adressen und Deputationen an den König. Auch einzelne alte Vertraute desselben, wie Herr v. Beckerath, eilten nach Berlin, um dem Monarchen persönlich die Notlage des Vaterlandes und die Dringlichkeit einer Abhilfe vorzustellen. König Wilhelm litt seelisch und leiblich schwer unter dem Unfrieden mit seinem Volke. „Ich schlafe keine Nacht," sagte er zu Beckerath. Bis in die Nächsten, die Seinigen selbst, ging der große Riß der Zeit. Der Kronprinz Friedrich Wilhelm sagte sich in einer Rede in Danzig mit unmutigen Worten von den Preßverordnungen und Bismarcks Politik überhaupt los. Die Königin, der Bismarcks Einfluß auf ihren Gemahl von jeher durchaus widerwärtig war, schon weil dieser Einfluß den ihrigen verkleinerte, wird in demselben Sinne gesprochen und gewarnt haben. Sichtlich lockerte sich die altpreußische Ehrfurcht und Pietät für die königliche Familie. Bei freudigen und leidvollen Ereignissen, die das Königshaus betrafen, versagte eine Reihe von Städten, deren Adressen uneröffnet zurückgekommen waren, die altherkömmlichen Loyalitätsbezeigungen. Die Prinzen, selbst der freisinnige Kronprinz, wurden bei ihren Reisen nicht mehr von den Bürgern begrüßt. Als der König in diesem Sommer nach Karlsbad reiste, ging der erbärmliche Berliner Witz um: „Lehmann sei leberleidend abgereist und leider lebend wiedergekommen."

Auch Bismarck litt persönlich unter dieser feindseligen Stim-

mung des Volkes, obwohl er mit seinem Könige starken Trost fand in der Überzeugung, daß er in treuer Pflichterfüllung das Notwendige thue, und dereinst auch die große Mehrheit des Volkes das dankbar erkennen werde. In diesen Wochen langten auch die ersten „Todesurteile" gegen Bismarck an; das erste am 3. April aus Warschau, angeblich vom Polenkomitee, mit der Anzeige, daß Bismarck wegen seines Auftretens gegen die polnische Nation zum Tode verurteilt sei und auf offener Straße ermordet werden solle. Am 21. Mai empfing er dann aus „Ost-Coczya bei Thorn" ein von der „Warschauer Henkerkommission" unterzeichnetes Schreiben in Begleitung eines zierlichen Holzkastens; in diesem lag der mit schwarz-weißer Schleife gezierte Strang, zu welchem der Empfänger verurteilt worden sei. Die „Warschauer Henkerkommission" schien demnach mit dem „Polenkomitee" nicht einmal so ausreichende Fühlung zu besitzen, um einer mehrfachen Ermordung Bismarcks mit verschiedenen Todesarten vorzubeugen. Diese Drohungen feiger Gegner verfehlten nicht, den Bedrohten zu erheitern. Eine große Freude aber bereitete ihm am 17. April der Empfang eines Briefes von dem alten lieben Freunde Motley. Bismarck begann die Antwort noch am nämlichen Tage, konnte sie aber erst am 18. zu Ende führen. Sie lautet, unter Übertragung einiger englischen Stellen: „Mein teurer Motley, — Du hast mir eine große Freude gemacht durch Deinen Brief vom 9. und ich werde Dir sehr dankbar sein, wenn Du Wort hältst, öfter und länger zu schreiben. Ich hasse die Politik, aber wie Du sehr richtig sagst, so wie der Kolonialwarenhändler (grocer) die Feigen haßt, ich bin nichtsdestoweniger genötigt, meine Gedanken unablässig mit jenen Feigen zu befassen. Auch in diesem Augenblicke, während ich Dir schreibe, habe ich die Ohren davon voll. Ich bin genötigt, ungewöhnlich abgeschmackte Reden aus dem Munde ungewöhnlich kindischer und aufgeregter Politiker anzuhören,*) und habe dadurch einen Augenblick unfrei-

*) Es bezog sich dies auf die Verhandlungen des Hauses über die schleswig-holsteinische Frage, von welchen erst später im Zusammenhang die Rede sein wird.

williger Muße, die ich nicht besser benutzen kann, als indem ich Dir von meinem Wohlbefinden Nachricht gebe. Ich habe niemals geglaubt, daß ich in meinen reifen Jahren genötigt werden würde, ein so unwürdiges Gewerbe, wie das eines parlamentarischen Ministers zu betreiben. Als Gesandter hatte ich, obschon Beamter, doch das Gefühl, ein Gentleman zu sein. Als Minister ist man Helot. Ich bin heruntergekommen und weiß doch selber nicht wie. — April 18. — So weit schrieb ich gestern, dann schloß die Sitzung; 5 Stunden Kammer bis 3 Uhr, dann 1 Stunde reiten, 1 Stunde Vortrag bei Seiner Majestät, 3 Stunden auf einem langweiligen Diner, alte wichtige Fortschrittler (old important Whigs), dann 2 Stunden Arbeit, schließlich ein Souper bei einem Kollegen, der es mir übel genommen hätte, wenn ich seinen Fisch verschmäht hätte.

„Heute früh kaum gefrühstückt, da saß mir Karolyi schon gegenüber; ihn lösten ohne Unterbrechung Dänemark, England, Portugal, Rußland, Frankreich ab, dessen Botschafter ich (um) ein Uhr darauf aufmerksam machte, daß es für mich Zeit sei, in das Haus der Phrasen (Abgeordnetenhaus) zu gehen. In diesem sitze ich nun wieder, höre die Leute Unsinn reden, und beendige meinen Brief; die Leute sind alle darüber einig, unsere Verträge mit Belgien gut zu heißen, und doch sprechen 20 Redner, schelten einander mit der größten Heftigkeit, als ob jeder den andern umbringen wollte; sie sind über die Motive nicht einig, aus denen sie übereinstimmen, darum der Zank; echt deutsch, leider, Streit um des Kaisers Bart, querelle d'Allemand; etwas davon habt Ihr Anglo-Saxon Yankees auch. . . . Eure Gefechte*) sind blutig, unsere geschwätzig; diese Schwätzer können Preußen wirklich nicht regieren, ich muß dem Widerstand leisten, sie haben zu wenig Witz und zu viel Behagen, dumm und dreist. Dumm in seiner Allgemeinheit ist nicht der richtige Ausdruck; die Leute sind, einzeln betrachtet, zum Teil recht gescheit, meist unterrichtet, regelrechte deutsche Universitätsbildung, aber von der Politik über die Kirch-

*) Es war während des amerikanischen Secessionskrieges 1862/64.

turm-Interessen hinaus wissen sie so wenig, als wir Studenten davon wußten, ja noch weniger, in auswärtiger Politik sind sie auch einzeln genommen Kinder; in allen übrigen Fragen aber werden sie kindisch, sobald sie in corpore zusammentreten, massenweise dumm, einzeln verständig."

Der größte übrige Teil des Briefes ist englisch geschrieben, in der Nacht, ehe Bismarck im Bett „des müden Leibes süßen Krafterneuerer" (the weary natures sweet regenerator) aufsucht. Er will den Brief zerreißen, da dieser unter dem lärmenden Getöse des Parlamentes doch nur eine Folge trauriger Gemeinplätze festgelegt habe, aber da er in seinem drangvollen Schicksal doch keinen ungestörten Augenblick und keine passendere Gemütsstimmung zu finden wagt, so denkt er, „wie Pontius Pilatus: ‚Was ich schrieb, das schrieb ich.' „Diese Tropfen meiner eigenen Tinte", fährt er englisch fort, „sollen Dir wenigstens beweisen, daß meine Gedanken, wenn allein gelassen, hurtig zu Dir eilen. Ich gehe nie an unserm alten Logierhause in der Friedrichstraße vorüber, ohne zu den Fenstern aufzuschauen, die einst geschmückt zu sein pflegten mit einem Paar roter Pantoffeln, die auf dem Fensterbrett aufrechtgehalten wurden von den Füßen eines Herrn (gentleman), der in Yankee-Weise dasaß (d. h. während er die Beine hochhielt), mit dem Kopf drunten und außer Sicht. Meine Frau ist sehr verbunden für Dein freundliches Gedenken. Die Meinen sind leidlich wohl." „Gott sei Dank", schließt der Brief deutsch. „Nun leb herzlich wohl. Ich kann so spät am Abend eine so unorthographische Sprache wie englisch nicht länger schreiben. Aber bitte, versuche Du es bald wieder. Deine Hand sieht aus wie Krähenfüße, ist aber sehr leserlich; meine auch? Dein treuer alter Freund v. Bismarck."

Am 19. Juni geleitete Bismarck den König, als dieser nach Karlsbad abreiste, zum Anhalter Bahnhof. Am 23. Juni folgte er selbst dem Könige nach Karlsbad, kehrte aber schon am 15. Juli nach Berlin zurück. Beidemale berührte er Leipzig, auf der Rückreise im strengsten Inkognito. „Na, sein Inkognito langte für Unsereinen nicht zu", sagte später Hartwig, der Kolporteur auf

dem Berliner Bahnhof in Leipzig. Und der mit demselben Zuge reisende nationalgesinnte sächsische Landtagsabgeordnete, Stadtrat Penzig aus Meerane, berichtete dem Verfasser folgendes ergötzliche Histörchen über sein damaliges Diner in Bismarcks Gesellschaft. Auf dem Berliner Bahnhof in Leipzig war über eine Stunde lang Mittagspause vor dem Abgang des nächsten Zuges nach Berlin. Stadtrat Penzig trat in den reservierten Speisesalon, Bismarck gleichfalls. Penzig hatte schon von dem Bahnhofsvorstand in Altenburg gehört, mit wem er fahre. Er ließ sich aber nichts merken, Bismarck noch weniger, denn er reiste ja im strengsten Inkognito. Sie setzten sich gegenüber. Der Stadtrat fragt den Kellner, welche Suppe frisch sei. „Die hier". „Gut, geben Sie mir von der". „Kellner", ruft Bismarck, „geben Sie mir auch von der Suppe". Nach der Suppe bestellt Penzig eine halbe Flasche Mosel und Bismarck eine ganze. Dann wird die Karte nach der Speisenfolge abgegessen. - Der Stadtrat wählt und Bismarck bestellt dasselbe. Ein Wort zwischen Beiden wird nicht gewechselt. Immer reicht der Kellner die Karte Beiden herüber und hinüber. Vor dem letzten Gang bleibt sie bei Bismarck liegen. „Kellner, geben Sie mir mal die Karte", sagt jetzt Penzig. „Hier ist sie", spricht Bismarck, sie über den Tisch reichend. „Sie sehen, ich habe immer dasselbe gewählt wie Sie und bin zufrieden, nur mit dem Mosel bin ich reingefallen! Ich werde nun auch den Käse essen, den Sie bestellen." Das Gespräch war damit in Gang gesetzt und stockte nicht mehr bis zur Abfahrt. Bismarck spricht lobend von der Schönheit Sachsens, dem Fleiß und der Bravheit seiner Bewohner. Der Stadtrat und Landtagsabgeordnete, der nicht zu den leidenschaftlichen Verehrern des Herrn v. Beust gehörte, fragt sein Gegenüber, wie ihm die sächsische Regierung und Politik gefalle. Das Gegenüber fährt in der Lobrede auf Sachsen fort. Nun fängt Penzig an, aus vollem Halse Preußen zu loben — mit Ausnahme des Berliners. In dieses Unlob aber stimmt der Lobredner der Sachsen bereitwillig ein, und erzählt dem Tischgenossen aus seiner Erinnerung, da er „einmal längere Zeit in Hannover wohnte", eine Geschichte, die mit dem Beweise abschließt, daß die

Allee nach Herrenhausen bei Hannover schöner sei als die Straße Unter den Linden in Berlin, diesen Beweis aber begleitet der von dem Erzähler überführte Berliner mit den Worten: „‚Ich kann mich immer nich jenug ärjern, wenn mir was Besseres jezeigt wird, als in Berlin‘. Da haben Sie den Berliner.“ Das strenge Inkognito kommt nun auf die niederen Stände in Berlin zu sprechen, insbesondere auf die Packträger, und beklagt deren Unzuverlässigkeit. „Machen Sie es doch wie bei uns“, rät der Stadtrat von Meerane. „Lassen Sie die Leute vor ihrem Dienstantritt vereiden“. „O, der Zwirn hält nicht!“ ruft das Gegenüber lachend. — Inzwischen sind die Thüren des Speisesaals auch dem reisenden Publikum geöffnet worden, das sich zum Zugabgang einfindet. Auch der Kolporteur Hartwig erscheint nun auf der Bildfläche. Das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden, ist sein Zweck: d. h. er tritt auf die Szene, um dem durchschauten Inkognito einige ungeschminkte Beweise der politischen Gesinnung der Fraktion Hartwig zu verabreichen, zugleich aber auch seinen fliegenden Buchhandel schwunghaft zu betreiben. „Nun, meine Herrn, ist was gefällig?“ fragt Hartwig, indem er neben Bismarck hintritt und eine Reihe freisinniger Blätter auflegt. — „Ich danke“. — Damit läßt sich Hartwig aber noch nicht werfen. „Deutsche Allgemeine, Kladderadatsch, allerneueste Nummern, enthalten wieder schöne Geschichten von Bismarck.“ — „Bei wem erscheint denn die Deutsche Allgemeine?“ — „Bei Brockhaus, mein Herr.“ — „Geben Sie mir die Zeitung. So, und nun noch die Illustrierte,“ sagt Bismarck kurz und zahlt. — „Sehen Sie, hier ist auch die neueste Volkszeitung. Lesen Sie nur einmal den Leitartikel über Bismarck“. — „Wollen Sie mir einen Gefallen thun?“ fragt das Inkognito den Kolporteur. — „Mit dem größten Vergnügen.“ — „Nun, so stellen Sie Ihr Geschäft ein.“

Am 18. Juli verließ Bismarck Berlin wieder, um sich in Regensburg mit dem Könige zu treffen, der nach Gastein reiste. Bismarck begab sich zunächst nach Dresden, um Herrn v. Beust das Vergnügen der von diesem lange ersehnten mündlichen Aussprache zu bereiten. Das

Vergnügen war jedoch auf beiden Seiten nicht sehr groß. Denn Beust plante eben jetzt mit Österreich einen Hauptschlag gegen Preußen in der deutschen Frage. Am 19. Juli schrieb Bismarck während einer längeren Fahrpause aus Nürnberg an die Gattin: „Das Reisen bekommt mir vortrefflich; sehr lästig ist es aber, auf jeder Station wie ein Japanese angestaunt zu werden; mit dem Inkognito und seinen Annehmlichkeiten ist es vorbei, bis ich dermaleinst gleich andern vor mir verschollen sein werde und irgend ein anderer den Vorzug hat, Gegenstand allgemeinen Übelwollens zu sein.“ Während seines kurzen Aufenthaltes in Karlsbad im Juni und Juli hatte Bismarck übrigens eine Äußerung gethan, die Mémor (der Herzog von Gramont) berichtet*), und die hier, in deutscher Übersetzung, stehen mag: „Der preußische Wahlkörper,“ sagte Bismarck, „stelle nur höchstens ein Siebzehntel der Bevölkerung dar, und dank der schlechten Landesgesetzgebung sei dieses Siebenzehntel auch beinahe ausschließlich zusammengesetzt aus Bureaukraten mit feindseliger und befangener Gesinnung. An der Stelle von Bürgern gingen aus den Wahlen nur Professoren und ungenießbare Pedanten hervor. Es sei absolut nötig, den Kreis der Wähler zu erweitern, um eine Kammer zu erlangen, die vaterländischer (nationaler) gesinnt, weniger dogmatisch und minder feindselig sei gegenüber den legitimen Vorrechten des Königtums.“ Man möchte aus diesen Worten fast ein Echo jener zahlreichen Gespräche heraushören, die Bismarck in den vorausgehenden Monaten mit Ferdinand Lassalle gehabt hatte, der seinerseits das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht als die Lösung der sozialen Frage ansah und in seinem grimmigen Hasse gegen die herrschende Fortschrittspartei seinen Berliner Arbeiterbataillonen einmal zurief: „Das aber versprecht mir, Freunde, wenn es je zum Kampf kommen sollte zwischen dem Königtum von Gottes Gnaden auf der einen und dieser elenden Bourgeoisie auf der anderen Seite, dann schwört

*) Mémor (Duc de Gramont), l'Allemagne nouvelle, 1863--1867, Paris (Dentu) 1879 S. 16.

mir, daß ihr auf der Seite des Königtums stehen werdet, gegen die Bourgeoisie."

Am 19. Juli abends traf Bismarck mit dem Könige in Regensburg zusammen. Am 20. reiste er im Gefolge des Königs über den Königssee nach Salzburg. Am 21. wurde Gastein erreicht. Die landschaftlichen Reize und die Luft des Hochgebirgsortes erquickten Bismarck doch sehr, trotz der vielen Arbeit, die ihn auch hierher verfolgte. An seinem Hochzeitstage, dem 28. Juli, schreibt er an die Gattin: „Wie dieser Tag vor 16 Jahren Sonnenschein in mein wüstes Junggesellenleben brachte, so hat er heut auch dieses Thal damit erfreut, und ich habe es auf einem reizenden Morgenspaziergang zum erstenmal in seiner ganzen Schönheit gesehen. Moritz (v. Blanckenburg) würde sagen, daß es eine riesige Schüssel mit Grünkohl ist, schmal und tief, die Ränder mit weißen Falleiern rundum besetzt. Steile Wände, einige tausend Fuß hoch mit Tannen- und Wiesengrün und eingestreuten Sennhütten bis an die Schneegrenze bedeckt, und das Ganze von einem Kranze weißer Spitzen und Bänder umzogen, die der Schnee während der 5 Regentage reichlich bepudert hat und deren untere Grenze nun die Sonne allmählich höher rückt. Dutzende von silbernen Fäden durchziehen das Grün von oben, Wasserbäche, die sich herabstürzen in eiliger Hast, als kämen sie zu spät zu dem großen Fall, den sie mit der Ache zusammen dicht vor meinem Hause bilden. Die Ache ist ein Strom mit etwas mehr Wasser als die Stolpe bei Strellin und vollführt einen rasenden Walzer durch ganz Gastein, indem sie einige hundert Fuß in verschiedenen Absätzen zwischen Felsen herabspringt. Bei diesem Wetter läßt sich leben hier, nur möchte ich gar nichts zu thun haben, immer an den Höhen umherschlendern, mich auf sonnige Bänke setzen, rauchen und die zackigen Schneespitzen durch das Glas ansehen. Gesellschaft ist wenig hier; ich lebe nur mit der Umgebung des Königs in Verkehr, mit der mich Mittag und Thee täglich zusammenführen; die übrige Zeit reicht zum Arbeiten, Schlafen, Baden, Gehen kaum hin. Zugleich mit dem Kaiser, der am 2. erwartet wird, kommt N. N. und

wird mir vorklagen, daß das Lügen der Fluch dieser Welt sei." Am 2. August schreibt Bismarck weiter: „Wills Tag*) ist mit gutem Wetter von mir gefeiert, dem Könige gemeldet, der sich nach dem Alter und dem Fleiße seines Paten erkundigte. Heute kommt der Kaiser, alles flaggt und bekränzt sich, die Sonne scheint und ich bin noch nicht aus dem Zimmer gewesen, schreibe seit 3 Stunden, darum nur herzliche Grüße."

Mit der Ankunft des Kaisers von Österreich sollte sich freilich Bismarcks Schreib- und Arbeitslast in noch ungeahntem Maße steigern. Denn schon am Tage seines Eintreffens in Gastein, am 2. August, eröffnete Kaiser Franz Joseph dem König Wilhelm seine Absicht, zur Beratung und Entscheidung über eine neue deutsche Bundesverfassung einen deutschen Fürstentag nach Frankfurt zu berufen. Die Besprechungen beider Herrscher über den Gegenstand wurden am 3. August fortgesetzt. Der Kaiser beschränkte sich bei Begründung und Ausgestaltung des österreichischen Vorhabens auf wenige Andeutungen und überreichte eine Denkschrift des Wiener Kabinets, die das Nähere enthalte. Diese Denkschrift war nun freilich das wunderbarste, was Bismarck aus der Wiener Staatskanzlei hatte hervorgehen sehen. Denn gleich im Eingange erklärte Österreich alle jene Verträge, auf welchen dessen Anspruch der Mitregierung in Deutschland und auf denen die deutsche Bundesverfassung beruhte, als unhaltbar. „Seit lange sind die Bundesverträge von 1815 und 1820 in ihren Grundlagen erschüttert", hieß es da. „Der Boden der Bundesverträge schwankt unter den Füßen dessen, der sich auf ihn stellt, der Bau der vertragsmäßigen Ordnung der Dinge in Deutschland zeigt überall Risse und Spalten, und der bloße Wunsch, daß die morschen Wände den nächsten Sturm noch aushalten mögen, kann ihnen die dazu nötige Festigkeit nimmermehr zurückgeben. Österreich ist sich über diesen Punkt vollkommen klar geworden, seine Vorschläge zur Reorganisation

*) Der Geburtstag Wilhelms v. Bismarck, geb. in Frankfurt, am 1. August 1852, s. o. Bd. I S. 85, des Patenkindes König Wilhelms.

der Bundesverfassung können nur auf dem Föderativprinzip beruhen." Denn die deutschen Bundesstaaten sind sämtlich souverän. „Einrichtungen wie eine einheitliche Spitze oder ein aus direkten Volkswahlen hervorgegangenes Parlament, passen nicht für diesen Verein (der deutschen Staaten), sie widerstreben seiner Natur. Solche Einrichtungen wird Österreich nicht vorschlagen." Vielmehr sind die Grundlagen des Wiener Reformplanes: ein Bundesdirektorium von fünf Köpfen, die periodische Berufung einer Versammlung von Abgeordneten der Kammern der Einzelstaaten, zeitweilige persönliche Vereinigungen der Souveräne Deutschlands, endlich ein Bundesgericht. „Ohne Preußens bundesfreundliche Mitwirkung gibt es freilich für die Aufgabe der Reorganisation des Bundes keinen endgültigen Abschluß. Preußens Wille kann ihn faktisch und rechtlich hindern. Aber die Dinge sind in Deutschland so weit gediehen, daß ein absoluter Sillstand der Reformbewegung nicht mehr möglich ist, und die Regierungen, welche dies erkennen, werden sich zuletzt gezwungen sehen, die Hand an ein Werk der Not zu legen, in dem sie sich zur partiellen Ausführung der beabsichtigten Bundesreform im Bereiche der eigenen Staaten entschließen, und zu diesem Zwecke unter Wahrung des Bundesverhältnisses ihrem freien Bündnisrechte möglichst ausgedehnte Anwendung geben. Heute hängt es von Preußens Entschließungen ab, den deutschen Bund wieder auf die Höhe seiner für die Nation und ihre Fürsten wie für Europas Frieden so unendlich wichtigen Bestimmung zu heben."

Auch mit Bismarck hatte Kaiser Franz Joseph am 2. und 3. August lange Unterredungen über diese Angelegenheit. Doch gefiel die mündliche und schriftliche Begründung des Projektes dem König so wenig als Bismarck. Nachdem der Kaiser sich aber am 3. August verabschiedet hatte und von Gastein abgereist war, mit dem Ersuchen, der König möge ihm seine mündlich geäußerten Bedenken schriftlich zufertigen, wurde das preußische Mißtrauen durch das folgende Ereignis noch besonders erhöht. Am Spätabend des 3. August erschien nämlich der Generaladjutant des Kaisers in Gastein und überbrachte eine vom 31. Juli datierte Einladung zu

dem unabänderlich auf den 16. August nach Frankfurt ausgeschriebenen Fürstentage. König Wilhelm hatte mündlich aufs Entschiedenste abgeraten, das Reformwerk mit einer Beratung der Fürsten beginnen zu lassen, er hatte Ministerkonferenzen vorgeschlagen, die Ansetzung des Fürstentages frühestens zum 1. Oktober empfohlen. Das Erscheinen des Adjutanten mit einer vor diesen Besprechungen ausgefertigten Einladung, das Beharren Österreichs bei dem Fürstentage an Stelle von Ministerkonferenzen und an dem voraus bestimmten Eröffnungstage, dem 16. August, bewies aufs klarste, daß die Hofburg entschlossen sei, keinerlei Gegenvorstellung zu beachten. Der König wiederholte daher am 4. August einfach die in seinen Unterredungen mit dem Kaiser bereits mündlich vorgetragenen Bedenken gegen den „Fürstentag" und lehnte die Teilnahme daran bestimmt ab, indem er von neuem Ministerialkonferenzen vorschlug. Diesem amtlichen Schreiben war ein Privatbrief beigefügt, in welchem der König erklärte, schon durch seine Kur an einem Erscheinen in Frankfurt zu einem so frühen Termin wie dem 16. August verhindert zu sein. Endlich wurde die Ablehnung Preußens am 4. August auch noch telegraphisch in Wien angezeigt.

Gleichwohl wurden gerade an diesem Tage die Einladungen zur Beschickung des Fürstentages von Wien aus an die deutschen Höfe und freien Städte mit dem Datum des 31. Juli versandt, als sei der Kaiser nicht in Gastein gewesen, als sei Preußen nicht vorhanden, oder als gelte es doch nicht mehr wie Bückeburg. Als daher am 7. August wieder ein Flügeladjutant in Gastein erschien und eine Denkschrift überbrachte, in der anheimgegeben war, einen königlichen Prinzen — gemeint war der Kronprinz — nach Frankfurt zu entsenden, wenn der König durch die Badekur selbst am Erscheinen behindert sei, da lehnte der König in einem eigenhändigen Schreiben vom 7. August abermals bestimmt ab, sowohl selbst am Fürstentage teilzunehmen, als einen Prinzen dorthin zu senden. Am nämlichen Tage mahnte Preußen alle ihm befreundeten Regierungen telegraphisch, auch ihrerseits die Einladung abzulehnen.

Am 13. und 14. August erließ Bismarck seinerseits an den

preußischen Gesandten in Wien, Herrn v. Werther, zwei Depeschen in der Sache. In der ersten dieser Denkschriften gab er der berechtigten Überraschung Ausdruck: „wie die Vorschläge (Österreichs) zu einer organischen Reform der Bundesverfassung durch Anschauungen begründet werden, welche die Grundlage des Bundesverbandes selbst in Frage stellen,“ indem diese „als eine wertlose und hinfällige, als ‚schlechthin chaotische‘ bezeichnet wird, als sehe Österreich das bisherige Bundesverhältnis schon als gelöst an. Gelingt es aber nicht, anderweite Einrichtungen herzustellen, welche den Gegensatz der Partikular- und Gesamtinteressen Deutschlands angemessener als bisher vermitteln, so wird die Erschütterung des Vertrauens auf die Bundesverträge das einzige Ergebnis der Eröffnungen bleiben, welche die kaiserliche Regierung ihren Bundesgenossen gemacht hat. Jedenfalls entnehmen wir für jetzt aus derselben das Recht und die Pflicht, Klarheit darüber zu verlangen: ob Österreich und die Staaten, welche an dem Kongreß in Frankfurt teilnehmen, die vertragsmäßigen Bundespflichten rückhaltlos anerkennen oder nicht. Es ist einleuchtend, daß die Entscheidung hierüber von dem wesentlichsten Einfluß auf die maßgebenden Grundlagen unserer Gesamtpolitik sein muß.“ — Die zweite Depesche vom 14. August enthält hauptsächlich nur die Aufzählung der einzelnen Vorgänge bei der Einladung und Ablehnung Preußens vom 2. bis 7. August, die oben schon vorgetragen wurden. — Gleichzeitig aber teilte Bismarck diese beiden Depeschen dem neuen preußischen Bundestagsgesandten in Frankfurt, Herrn v. Sydow, mit und schrieb dazu: „Ich betrachte das österreichische Reformprojekt als eine Schaumwelle, mit welcher Schmerling (der mit Grund als der Haupturheber galt) mehr noch ein Manöver der inneren österreichischen Politik, als einen Schachzug antipreußischer Diplomatie beabsichtigt. Er arrangiert dem Kaiser eine glänzende Geburtstagsfeier mit weißgekleideten Fürsten, und fingiert ihm Erfolge der konstitutionellen Ära Österreichs. Von dem Dampf der Phrasen entkleidet, ist des Pudels Kern ein so dürftiger, daß man dem Volke lieber nicht praktisch vordemonstrieren sollte, wie nicht einmal das zu stande

kommt. Einen Einfluß auf die Verhandlungen zu erhalten, empfiehlt sich jetzt noch nicht; wir müssen die Weisheit der Reformen sich erst ungestört offenbaren lassen."

Selbstverständlich litt unter diesen aufregenden amtlichen Geschäften sowohl Bismarcks Badekur als Erholung beträchtlich. Am 12. August schrieb er der Gattin: „Mir geht es wohl, aber Courierangst in allen Richtungen. Ich habe vorgestern 7000 Fuß hoch 2 Gemsen geschossen, ganz gebraten, trotz der Höhe. Ich kann wegen der Frankfurter Windbeuteleien nicht vom König fort." Am 14. August berichtet er der Gattin weiter: „Ich schreibe seit vier Stunden und bin so im Zuge, daß die Feder nicht zu halten ist, heiße Sonne seit 8 Tagen, abends Gewitter, der König wohl, aber doch angegriffen vom Baden; er badet täglich und arbeitet wie in Berlin, läßt sich nichts sagen. Gott gebe, daß es ihm bekommt! Ich habe heute mein letztes Bad, 20 oder 21 im ganzen, in 26 Tagen. Mir ist sehr wohl, aber Arbeit über Kopf! Ich bin so beansprucht, daß ich wenig Leute sehen kann." Tags darauf, am 25. August, reiste Bismarck in Begleitung des Königs von Gastein ab bis Salzburg; am 16. von Salzburg nach München; am 18. von München über Ulm und Stuttgart nach Wildbad; am Abend des 19. trafen beide in Baden-Baden ein.

Inzwischen war schon am 16. August der Fürstentag in Frankfurt programmmäßig eröffnet worden. Das Frankfurter „Volk" von damals benahm sich dabei genau so, wie man nach Bismarcks Schilderungen aus seiner Bundestagszeit hatte erwarten können, d. h. gut österreichisch. In den begeisterten Schilderungen der demokratischen „Frankfurter Zeitung" jener Tage kann höchstens zweifelhaft sein, ob die einzelnen in Frankfurt einziehenden Fürsten, oder die sie ziehenden Rappen, Isabellen, Schimmel oder Schecken die größere Bewunderung der Eingeborenen erregten. Beim Erscheinen des Kaisers Franz Joseph stieg aber jedenfalls der monarchische Enthusiasmus dieser fleischgewordenen Republikaner auf den Gipfel seiner und ihrer Leistungsfähigkeit. Alle „Chancen" des Frankfurter Fürstentages wurden in diesem Augenblicke von den unzähligen

Frankfurter Besitzern österreichischer Staatspapiere in einem gewaltigen Hausse-Jubelschrei im voraus „eskomptiert". Aber das Hurrahrufen half in den Gassen so wenig als im Fürstensaale. Der König von Preußen, dessen nachträgliches Einkriechen unter dem Frankfurter Joche alle Welt dort erwartet hatte, blieb fern nach wie vor. Im Auftrage des Fürstentages ihn nach Frankfurt einzuladen, übernahm sein persönlicher Freund, der König Johann von Sachsen. In Begleitung des Ministers Freiherrn v. Beust reiste König Johann am Morgen jenes 19. August, da König Wilhelm erst abends 9 Uhr in Baden eintraf, dorthin ab. Bis zu seiner Rückkehr setzte der Fürstentag die Sitzungen aus.

König Wilhelm wurde in diesen Tagen wieder einmal von verschiedenen hohen Damen „beim Rüffel der Weltgeschichte angefaßt," weil er nicht in Frankfurt erscheinen wollte. In München hatte die Königin Marie in diesem Sinne zu ihm geredet, in Wildbad die Witwe seines königlichen Bruders. Wie die augusteisch-englischen Kreise über die Sache dachten, werden wir bald von ihnen bei ihrem Familientage in Coburg hören. Bismarck dagegen faßte seinen König auch jetzt wieder „beim preußischen Portepée". Er erklärte sich sogar bereit, wenn der König befehle, mit nach Frankfurt zu gehen — aber dann nicht mehr als Minister nach Berlin. Die Unterredung mit dem befreundeten König Johann von Sachsen steigerte die Erregung des Königs Wilhelm, der doch immer erst von schwerem Leid halb genesen war, zu förmlichem Unwohlsein. Wie gern er dem Freunde aus Sachsen folgen möchte, sprach er offen aus. Aber doch behielt er sich vor, die Entscheidung schriftlich und mit Gründen zu Händen der Fürstenversammlung in Frankfurt abzugeben. Sybel berichtet (II, 532): als der König nach dieser Unterredung mit Bismarck beriet, habe er ausgerufen: „Dreißig Fürsten als Einlader, ein König als Kabinetskurier, wie kann man da ablehnen?" Doch fügte sich auch in diesem schweren Kampf des Herzens der Verstand des Königs schließlich Bismarcks Vorstellungen. Bismarck selbst übergab die vom König geschriebene ablehnende Antwort versiegelt den abreisenden Sachsen. „In Bis-

marcks Innern kochte der Zorn über die lange Spannung," erzählt Sybel; „als hinter den Sachsen sich die Thüre geschlossen, zerschlug er einen auf dem Tische stehenden Teller mit Gläsern: ich mußte etwas zerstören, sagte er, jetzt habe ich wieder Atem."

Wir brauchen uns bei den nun folgenden weiteren Beratungen des Fürstentages nicht aufzuhalten. Die von Bismarck und seinem Könige geforderten Ministerialkonferenzen über die österreichischen Reformvorschläge waren während der Reise des Königs Johann nach Baden nicht bloß in den Sonderberatungen der preußenfreundlichen Fürsten (Baden, Weimar, Coburg, Waldeck, Altenburg), sondern auch in den Reihen der „Würzburger" (der vier Könige und beiden Hessen) als notwendige Vorbedingung irgend einer erfolgreichen Beratung des Fürstentages erkannt worden. Außerdem machte gleichfalls in diesen beiden Lagern die österreichische Anmaßung stutzig, die in einer Art von Geschäftsordnung vorschrieb: „Etwaige Abänderungsvorschläge dürften nicht mit dem leitenden Gedanken des Ganzen in Widerspruch stehen." Die inzwischen an die erlauchten Teilnehmer des Fürstentages verteilte österreichische „Reformakte" ließ den Freunden Preußens vollends keinen Zweifel, daß der Zweck dieses Fürstentages nach österreichischem Plane einzig und allein sei, Preußen ein zweites und noch härteres Olmütz aus der Hand der deutschen Fürsten zu bereiten. Denn wenn die Reformakte Bundesgesetz wurde, so entschied fortan die Stimmenmehrheit des Bundesdirektoriums in allen den Fällen, in denen bis dahin am Bundestage Stimmeneinheit erfordert wurde. Unter den sechs Stimmen des Bundesdirektoriums standen aber immer vier gegen Preußen. Konnten sich deutsche Fürsten dazu gebrauchen lassen, dem Könige von Preußen auf diese Weise bundesverfassungsmäßige Rechte und die Österreich gleichberechtigte Großmachtstellung seines Staates zu entwinden? Ja, wenn sie selbst dazu gewillt gewesen wären, welche verfassungsmäßige Befugnis besaßen sie selbst zu einem solchen Beschlusse? Sie mußten doch — wie auch viele von ihnen anerkannten — als konstitutionelle Regenten der von ihnen vertretenen deutschen Bundesstaaten denselben Vorbehalt

in Frankfurt machen, wie die Vertreter der vier freien Städte: daß alles in Frankfurt Beschlossene erst dann rechtliche Geltung erlangen könne, wenn die berufenenen Körperschaften der Einzelstaaten — Senate, Bürgerschaften, Landtage — diesen Beschlüssen beiträten, und zwar immer mit der Wirkung, daß nach der deutschen Bundesakte die mangelnde Zustimmung eines einzigen deutschen Staatskörpers — z. B. des preußischen Herrenhauses — die ganze „Reformakte" zu nichte machte! So sind denn in den vierzehntägigen Beratungen des Frankfurter Fürstentages vom 17. August bis zum 1. September 1863 eigentlich nur zwei unanfechtbare Beschlüsse gefaßt worden: der Beschluß, den König Wilhelm durch den König Johann von Sachsen nach Frankfurt einladen zu lassen, und der Beschluß, keinen Beschluß zu fassen über die wichtigste Frage dieser vierzehn Tage, den Wechsel des Vorsitzes zwischen Österreich und Preußen im Bundesdirektorium, d. h. eigentlich über die deutsche Frage selbst. Mit der Dürftigkeit dieser Ergebnisse konnte Bismarck und sein König wohl zufrieden sein. Nur mit diesen Vorbehalten unterzeichneten 24 von den Teilnehmern des Frankfurter Fürstentages die „Reformakte", die übrigen verweigerten auch jetzt die Unterschrift. Und Österreich ließ dennoch dieses Werk jetzt in Berlin zum einfachen Beitritt Preußens vorlegen, als habe man in der weiten Welt keine Ahnung davon, wie es zu Stande gekommen sei und wie wenig es für sich selbst gelte. Wir werden bald erkennen, wie Preußen sich darauf erklärte und wie 23 von den 24 Unterschriften — d. h. alle außer Österreich selbst — sich davon los machten für immer.

Einstweilen aber wenden wir uns den Nachwirkungen dieser Tage auf Bismarck und seinen schweren Dienst zu. Am 28. August schreibt er der Gattin aus Baden: „Ich habe eine rechte Sehnsucht, einmal einen faulen Tag in Eurer Mitte zu erleben; hier werde ich auch bei dem reizendsten Wetter die Tinte nicht von den Fingern los. Ich wollte, irgend eine Intrigue setzte ein anderes Ministerium durch, daß ich mit Ehren diesem ununterbrochenen Tintenstrom den Rücken drehen und still auf dem Lande leben

könnte; die Ruhelosigkeit des Daseins ist unerträglich, seit zehn Wochen im Wirtshause Schreiberdienste und in Berlin wieder; es ist kein Leben für einen rechtschaffenen Landedelmann, und ich sehe einen Wohlthäter in jedem, der mich zu stürzen sucht." In demselben Briefe stand auch: „vielleicht muß ich auch mit zur Königin von England, die der König auf der Rückreise in Rosenau bei Coburg besuchen will." In der That war auch diese Reise Bismarck beschieden. Am 31. August mußte er im Gefolge des Königs in Coburg erscheinen, wo König Wilhelm die Schwiegermutter seines Sohnes begrüßte. Rebus quasi bene gestis, kam auch der Kaiser Franz Joseph am 3. September dorthin, nachdem König Wilhelm und Bismarck bereits abgereist waren. Dabei ereignete sich eine Scene, welche besser als bogenlange Erörterungen zeigt, wie weit Bismarck alle bei dieser Scene Mitwirkenden überragte, und welche jammervolle Rolle Preußen gespielt haben würde, wenn nicht Bismarck dessen Politik geleitet hätte. Zu denen, welche diese Politik für falsch hielten, gehörte, außer der Königin Augusta, vor allem das kronprinzliche Paar, auch die Königin Viktoria von England und zum Teil selbst der „Schützenkönig" Herzog Ernst von Coburg.*) Bei dem Familienfest in Coburg trafen sie alle zusammen und klagten sich gegenseitig, wie weit Bismarck Preußen schon heruntergebracht habe. Der Kronprinz Friedrich Wilhelm war damals über seines Vaters und Bismarcks Haltung gegenüber dem Frankfurter Fürstentage ohnehin in „gedrückter" Stimmung. Die einfache Abweisung der Vorschläge Österreichs erklärte er „für sträflich". Er selbst, meinte er, würde in Frankfurt eine glänzende Rolle gespielt haben, wenn sein Vater nur der entsprechenden Anregung Österreichs vom 7. August gefolgt wäre. Die Königin von England sah noch düsterer in die Zukunft als ihr Schwiegersohn. Sie ängstigte sich geradezu über die Stellung und das Schicksal ihrer Tochter. Preußen erschien ihr so unpopulär in Deutschland, durch Österreich so bedenklich zurückgedrängt, daß sie sich bewogen

*) Nach seinen Erinnerungen (III, 350) ist das Vorstehende und Nachfolgende erzählt.

fühlte, der traurigen Zukunft ihres Schwiegersohnes, und namentlich ihrer Tochter, sich anzunehmen, „so wie ein reicher Großkaufmann wohl seinen von ihm abhängigen und unterstützten armen Verwandten gegenüber zu thun beliebt.“*) Als daher Kaiser Franz Joseph am 3. September bei Coburg vorbeikam, verschaffte sich die Königin Viktoria eine Unterredung mit ihm. Sie spendete ihm viele Schmeicheleien über seine Frankfurter Triumphe; dann aber legte sie ihm, „von mütterlicher Sorge um das Los ihrer Kinder getrieben,“ wie sie sagte, „die dringende und inbrünstige Bitte ans Herz, der Kaiser möge doch an die Zukunft ihrer Tochter Viktoria und ihres Schwiegersohnes denken und die Zukunft des künftigen Königs von Preußen und seiner Gemahlin nicht beeinträchtigen und schädigen lassen!“ Diesem Gespräche wohnte der Herzog von Koburg bei, ohne durch ein einziges Wort die Würde Preußens und Deutschlands zu wahren. Der Kaiser von Österreich war taktvoller. „Sichtlich durch diese Ansprache überrascht“, antwortete er ausweichend, mit einigen höflichen Wendungen, ohne die von der Königin unbefugt und unverständig berührte Sache selbst zu erörtern. Wahrlich, wir hätten die Rolle der armen unterstützten Verwandten des englischen Goldonkels recht gründlich durchgespielt, wenn der König Wilhelm 1862 zu Gunsten seines Herrn Sohnes abgedankt, und wenn nicht Bismarck damals mit Einsetzung seines Kopfes die Leitung der preußischen Politik übernommen, oder wenn er sie 1863 aus der Hand gelegt hätte!

Bismarck war mit dem Könige schon am 1. September früh morgens nach Berlin zurückgekehrt. An jedem Tage fanden nun mehrfache Ministersitzungen, meist in Gegenwart des Königs und mitunter auch des Kronprinzen, statt. Den Gegenstand der Beratungen bildete zunächst die Stellung der Regierung zum Abgeordnetenhause. Am 4. September fiel die Entscheidung: es wurde beschlossen, die Kammer aufzulösen. Am nämlichen Tage berichtet Bismarck an die Gattin: „Endlich finde ich einen Augenblick Zeit,

---

*) Maurenbrecher, Gründung des Deutschen Reiches S. 108.

Dir zu schreiben. Ich hatte gehofft, auf einige Tage mich in Kröchlendorf wenigstens zu erholen, aber es ist wieder ganz die alte Tretmühle, gestern nachts bis 1 Uhr Arbeit. Heut um 9 Uhr schon die Minister hier, um 1 zum zweitenmal und mit ihnen der König. Das Ergebnis aller Beratungen ist die Auflösung der Kammer gewesen, zu der ich kein Herz hatte. Aber es ging nicht anders; Gott weiß, wozu es gut ist. Nun geht der Wahlschwindel los. Gesund bin ich dabei mit Gottes Hilfe; aber es gehört ein demütiges Vertrauen auf Gott dazu, um an der Zukunft unseres Landes nicht zu verzweifeln. Möge Er vor allem dem Könige Gesundheit schenken."

Ein sehr schmerzliches Ereignis, der am 5. September eingetretene Tod der Schwiegermutter, Frau Littegarde von Puttkamer, nötigte Bismarck doch, auch inmitten der außerordentlichen Arbeitsfülle jener Tage einen kurzen Urlaub zu nehmen. Am 6. September begab er sich zur Beerdigung der Geschiedenen, die er wie eine Mutter liebte, nach Reinfeld, wo die Seinen allezeit wie zu Hause gewesen waren, kehrte aber schon am 11. nach Berlin zurück. Denn nun galt es für Preußen auch, gegenüber der von den 24 Fürsten in Frankfurt vorläufig gebilligten österreichischen Reformakte Stellung zu nehmen. Es geschah dies in der Form eines Berichtes des Staatsministeriums an den König. Dieser Bericht ist vom 15. September 1863 datiert und muß zu den bedeutendsten, geschichtlich unvergänglichsten Staatsschriften Bismarcks gerechnet werden. Deshalb müssen seine Hauptgedanken hier folgen. Der Bericht prüft zunächst nochmals die Vorgänge vor der Berufung des Fürstentages. „Ohne Zweifel hätte der Versuch einer Verständigung Preußens und Österreichs über die Grundzüge der zu machenden Vorschläge am nächsten gelegen. Statt dessen ist von Österreich einseitig die demnächst in Frankfurt vorgelegte Reformakte ausgearbeitet und über den Inhalt derselben Eurer Majestät am 3. August d. J. so unvollständige Mitteilung gemacht worden, daß sich darauf ein Urteil über die Tragweite der Vorschläge nicht begründen ließ." Mit Recht habe der König damals schon in dem Schreiben vom

4. August seine Teilnahme abgelehnt und Ministerkonferenzen gefordert, denn: „Nicht wenige Tage einer unvorbereiteten Besprechung und nicht der edelste persönliche Wille der Fürsten konnte ein Werk zum Abschluß bringen, dessen Schwierigkeiten nicht allein in den verschiedenen persönlichen Ansichten, sondern in Verhältnissen liegen, welche tief im Wesen der deutschen Nation wurzeln und Jahrhunderte hindurch in wechselnden Formen sich immer von neuem geltend gemacht haben.“ Dann wendet sich die Denkschrift zu einer vernichtenden Kritik der österreichischen Reformakte selbst. „Wie der Entwurf vorliegt“, könne der Antrag der Minister nur dahin gehen, „demselben die Allerhöchste Zustimmung zu versagen.“

„Die verhältnismäßige Schwäche des Bundes, im Vergleich zu der der deutschen Nation innewohnenden Gesamtkraft, beruht in der Schwierigkeit, die Bundeszentralgewalt so zusammenzusetzen und mit solchen Attributionen zu versehen, daß sie kräftig und wirksam sei, zugleich aber die berechtigte Unabhängigkeit der einzelnen Staaten schone und erhalte. Diese Schwierigkeit wurzelt in einer tausendjährigen Geschichte des Landes und läßt sich bei dem besten Willen der Beteiligten weder schnell noch vollständig überwinden. Der vorliegende Entwurf löst diese Schwierigkeit durch den einfachen Mechanismus einer Mehrheitsabstimmung im Schoße des Direktoriums und durch eine Erweiterung des Bundeszweckes bis zu dem Maße, daß die Politik jeder der beiden deutschen Großmächte in der durch das Zentralorgan des Bundes zu bestimmenden Gesamtpolitik des letzteren aufzugehen habe. In der Theorie ist diese Lösung eine leichte, in der Praxis ist ihre Durchführung unmöglich. . . Der Bund darf durch eigene Aktion in die Beziehungen der europäischen Politik nur mit dem Einverständnisse der beiden Großmächte eingreifen und jeder der letzteren muß ein Veto zustehen, mindestens gegen Kriegserklärungen, so lange nicht das Bundesgebiet angegriffen ist. Dieses Veto ist für die Sicherheit Deutschlands selbst unentbehrlich. Denn nicht auf der gezwungenen, oder geforderten und doch nicht zu erzwingenden Unterordnung der einen Macht unter die andere, sondern auf ihrer Einigkeit beruht

die Kraft und die Sicherheit Deutschlands. Es wäre eine verhängnisvolle Selbsttäuschung, wenn Preußen sich zu Gunsten einer scheinbaren Einheit Beschränkungen seiner Selbstbestimmung im voraus auflegen wollte, welche es im gegebenen Falle thatsächlich zu ertragen nicht im stande wäre." Dieses in der Reformakte Preußen versagte Veto stehe sogar jetzt schon, nach Art. 40 der Wiener Schlußakte, jeder Minderheit zu, die 1/3 der Stimmen der Bundesakte um eine einzige übersteige. So könnten nicht bloß die vier Königreiche, Baden und beide Hessen dieses Veto ausüben, welche zusammen 12 900 000 Einwohner vertreten, sondern sogar die 23 Stimmen der Kleinstaaten zusammen, die nur 2 400 000 Einwohner vertreten. Und Preußen mit 14 1/2 Einwohner werde es versagt!

Ferner könne und müsse Preußen „den Anspruch auf eine vollkommene Gleichheit" mit Österreich erheben. Denn „Preußen ist als deutsche Macht Österreich nicht nur ebenbürtig, sondern es hat innerhalb des Bundes die größere Volkszahl. Aber wenn Österreich wider Erwarten auch Preußen das Veto und völlige Gleichheit zugestände, so bleibe doch immer noch die Hauptschwierigkeit übrig: „Die Vermittelung der divergierenden dynastischen Interessen mit der Aktion des Bundes". Die in der Reformakte hierfür vorgesehenen Organe seien dazu völlig ungeeignet. Denn „die ausgedehnten Befugnisse, welche dem aus wenigen und ungleichen Stimmen zusammengesetzten Direktorium gegeben werden; die unvollkommene und den wirklichen Verhältnissen nicht entsprechende Bildung der an Stelle einer Nationalvertretung vorgeschlagenen „Versammlung von Bundesabgeordneten", welche durch ihren Ursprung auf die Vertretung von Partikularinteressen, nicht von deutschen Interessen hingewiesen ist, und die auf einen kleinen Kreis verhältnismäßig untergeordneter Gegenstände beschränkte und dennoch vage und unbestimmte Befugnis auch dieser Versammlung — lassen jede Bürgschaft dafür vermissen, daß in der beabsichtigten neuen Organisation des Bundes die wahren Bedürfnisse und Interessen der deutschen Nation und nicht partikularistische Bestrebungen

zur Geltung kommen werden. Diese Bürgschaft kann Eurer Majestät Staatsministerium nur in einer wahren, aus direkter Beteiligung der ganzen Nation hervorgehenden Nationalvertretung finden. Nur eine solche Vertretung wird für Preußen die Sicherheit gewähren, daß es nichts zu opfern hat, was nicht dem ganzen Deutschland zu Gute komme. Kein noch so künstlich ausgedachter Organismus von Bundesbehörden kann das Spiel und Widerspiel dynastischer und partikularistischer Interessen ausschließen, welches sein Gegengewicht und sein Korrektiv in der Nationalvertretung finden muß. In einer Versammlung, die aus dem ganzen Deutschland nach dem Maßstab der Bevölkerung durch direkte Wahlen hervorgeht, wird der Schwerpunkt, so wenig wie außer Deutschland, so auch wie in einen einzelnen, von dem Ganzen sich innerlich loslösenden Teil fallen; darum kann Preußen mit Vertrauen in sie eintreten. Denn die Interessen und Bedürfnisse des preußischen Volkes sind wesentlich und unzertrennlich identisch mit denen des deutschen Volkes." Die Denkschrift schließt mit der Hoffnung, daß auch der demnächst zusammentretende neue preußische Landtag „nur solchen Änderungen der bestehenden Bundesverträge die verfassungsmäßige Zustimmung" erteilen werde, „vermöge deren die Würde und die Machtstellung Preußens und die Interessen der gesamten deutschen Nation in gleichem Maße Berücksichtigung finden."

König Wilhelm genehmigte diesen Bericht durchaus und richtete, unter Beifügung desselben, am 22. September ein Rundschreiben an alle deutsche Fürsten, welche die Reformakte unterschrieben hatten. Diese sahen damit jede Hoffnung auf Verständigung abgeschnitten. Unmittelbar nach Abfassung der bedeutsamen Denkschrift vom 15. September, am 16., ließ Bismarck auch in dem halbamtlichen Organ des preußischen Ministeriums, der „Provinzial-Korrespondenz" (einem lithographierten Blatte, das an alle größeren Zeitungen verschickt wurde), wohl durch Hermann Wagener, einen warmen Aufruf an die Wähler, „an alle Patrioten" veröffentlichen, der gemahnte, durch die nächsten Wahlen „das Werk des Friedens

Bismarck selbst hatte am 4. September an die Gattin geschrieben, daß er „zur Auflösung der Kammer kein Herz hatte", d. h. daß er von den Neuwahlen nichts Besseres erwartete, als zuvor. Der Wahltag vom 28. Oktober gab seiner Voraussicht leider wieder recht. Abermals verstärkte sich die Mehrheit der Opposition. Nur noch 37 Stimmen waren im neuen Abgeordnetenhause auf der Seite der Regierung. Die Mittelpartei war fast verschwunden, der Fortschritt fast allmächtig geworden. Deutlich und nachdrücklich hatte Bismarck auch jetzt vor den Wahlen seine großen deutschen Pläne zu erkennen gegeben. Doch abermals war nur Hohn und Unglauben, die Wiederwahl seiner erbittertsten Gegner die Antwort gewesen.

Anders lauteten ja freilich jetzt schon die Kundgebungen der gesamt-deutschen nationalen Vereinigungen. Der deutsche Abgeordnetentag war gleichzeitig mit den Fürsten in Frankfurt versammelt gewesen und hatte das ganze österreichische Unternehmen entschieden verworfen. Am 16. Oktober faßte auch der Nationalverein den Beschluß: „Das österreichische Reformprojekt genügt in keiner Weise den Ansprüchen der Nation, da es den Einfluß Österreichs und die Sonderstellung der Königreiche auf Kosten Preußens verstärkt, und ist daher entschieden zu bekämpfen. Ziel der Nationalpartei ist und bleibt der Bundesstaat." Aber weit entfernt war doch auch diese Kundgebung davon, etwa den preußischen Gesinnungsgenossen die Einlenkung und Versöhnung im inneren Konflikt zu empfehlen. Und im Gegensatze zum Nationalverein erkannte der von Großdeutschen aus ganz Deutschland zahlreich beschickte österreichische „Reformverein" in der Reformakte „eine geeignete Grundlage für die Entwickelung der deutschen Verfassung, die daher anzunehmen sei."

Bismarck brauchte sich aber bei diesen freundlichen und feindlichen Kundgebungen nicht aufzuhalten, denn die vollendeten Thatsachen gaben seiner Politik schon jetzt in Deutschland wie nach außen recht. Auf das entschiedenste erklärte sich nämlich Rußland in Wien gegen die österreichische Reformakte. Angesichts der Gefahren der Revo-

und der Verständigung im Innern zu fördern und Preußens Stellung als Großmacht zu sichern." Der Schluß des Aufrufes sagte: „Wenn Preußen in solcher Gemeinschaft zwischen König und Volk neu erstarkt, dann werden die Versuche, sein Ansehen und seine Stellung in Deutschland zu schmälern, vollends zu Schanden werden — man wird sich nirgends darüber täuschen, daß die Verjüngung und nationale Kräftigung Deutschlands, über deren Bedürfnis Preußens Fürsten und Volk jederzeit einig waren, nimmermehr ohne Preußen, geschweige denn gegen Preußen durchzuführen ist." Abermals fühlte sich jetzt der behäbige englische Großkaufmann gedrungen, dem armen, einsichtlosen und unterstützungsbedürftigen deutschen Verwandten mit Rat beizustehen. Lord John Russell, der auswärtige Minister Englands, erklärte in einer Depesche vom 30. September die preußischen Forderungen des Veto und der Gleichberechtigung mit Österreich in der Denkschrift vom 15. für begründet, riet aber dringend, von der dritten Forderung eines deutschen Parlamentes aus direkten Volkswahlen abzustehen. Denn Wahlen mit einem Census würden die Liberalen erbittern, Wahlen ohne Census die Revolution heraufbeschwören. Bismarck antwortete am 8. Oktober, ganz im Sinne seiner Denkschrift vom 15. September: „Was das deutsche Parlament betrifft, so beruht unser Standpunkt nicht auf einer politischen Theorie, sondern auf materiellen preußischen Interessen, welche mit denjenigen der Mehrheit der deutschen Nation identisch sind. Preußen braucht ein Gegengewicht gegen die dynastische Politik der Regierungen und kann dasselbe nur in der Nationalvertretung finden. Selbst der geringste Census würde noch bessere Garantien gegen revolutionäre Überschreitungen bieten, als manches Wahlgesetz, aus welchem die einzelnen Landesvertretungen jetzt hervorgehen, bessere namentlich, als der Wahlmodus in Preußen." Übrigens solle der Vorschlag einer Nationalvertretung auch gar nicht unitarischen oder revolutionären Zwecken dienen; sie solle starke Befugnisse auf föderalem Gebiete, aber doch weit weniger Zuständigkeit zur Einmischung in innere Landesangelegenheiten erhalten als die österreichische Reformakte.

Bismarck selbst hatte am 4. September an die Gattin geschrieben, daß er „zur Auflösung der Kammer kein Herz hatte", d. h. daß er von den Neuwahlen nichts Besseres erwartete, als zuvor. Der Wahltag vom 28. Oktober gab seiner Voraussicht leider wieder recht. Abermals verstärkte sich die Mehrheit der Opposition. Nur noch 37 Stimmen waren im neuen Abgeordnetenhause auf der Seite der Regierung. Die Mittelpartei war fast verschwunden, der Fortschritt fast allmächtig geworden. Deutlich und nachdrücklich hatte Bismarck auch jetzt vor den Wahlen seine großen deutschen Pläne zu erkennen gegeben. Doch abermals war nur Hohn und Unglauben, die Wiederwahl seiner erbittertsten Gegner die Antwort gewesen.

Anders lauteten ja freilich jetzt schon die Kundgebungen der gesamt-deutschen nationalen Vereinigungen. Der deutsche Abgeordnetentag war gleichzeitig mit den Fürsten in Frankfurt versammelt gewesen und hatte das ganze österreichische Unternehmen entschieden verworfen. Am 16. Oktober faßte auch der Nationalverein den Beschluß: „Das österreichische Reformprojekt genügt in keiner Weise den Ansprüchen der Nation, da es den Einfluß Österreichs und die Sonderstellung der Königreiche auf Kosten Preußens verstärkt, und ist daher entschieden zu bekämpfen. Ziel der Nationalpartei ist und bleibt der Bundesstaat." Aber weit entfernt war doch auch diese Kundgebung davon, etwa den preußischen Gesinnungsgenossen die Einlenkung und Versöhnung im inneren Konflikt zu empfehlen. Und im Gegensatze zum Nationalverein erkannte der von Großdeutschen aus ganz Deutschland zahlreich beschickte österreichische „Reformverein" in der Reformakte „eine geeignete Grundlage für die Entwickelung der deutschen Verfassung, die daher anzunehmen sei."

Bismarck brauchte sich aber bei diesen freundlichen und feindlichen Kundgebungen nicht aufzuhalten, denn die vollendeten Thatsachen gaben seiner Politik schon jetzt in Deutschland wie nach außen recht. Auf das entschiedenste erklärte sich nämlich Rußland in Wien gegen die österreichische Reformakte. Angesichts der Gefahren der Revo-

marcks Innern kochte der Zorn über die lange Spannung," erzählt Sybel; „als hinter den Sachsen sich die Thüre geschlossen, zerschlug er einen auf dem Tische stehenden Teller mit Gläsern: ich mußte etwas zerstören, sagte er, jetzt habe ich wieder Atem."

Wir brauchen uns bei den nun folgenden weiteren Beratungen des Fürstentages nicht aufzuhalten. Die von Bismarck und seinem Könige geforderten Ministerialkonferenzen über die österreichischen Reformvorschläge waren während der Reise des Königs Johann nach Baden nicht bloß in den Sonderberatungen der preußenfreundlichen Fürsten (Baden, Weimar, Coburg, Waldeck, Altenburg), sondern auch in den Reihen der „Würzburger" (der vier Könige und beiden Hessen) als notwendige Vorbedingung irgend einer erfolgreichen Beratung des Fürstentages erkannt worden. Außerdem machte gleichfalls in diesen beiden Lagern die österreichische Anmaßung stutzig, die in einer Art von Geschäftsordnung vorschrieb: „Etwaige Abänderungsvorschläge dürften nicht mit dem leitenden Gedanken des Ganzen in Widerspruch stehen." Die inzwischen an die erlauchten Teilnehmer des Fürstentages verteilte österreichische „Reformakte" ließ den Freunden Preußens vollends keinen Zweifel, daß der Zweck dieses Fürstentages nach österreichischem Plane einzig und allein sei, Preußen ein zweites und noch härteres Olmütz aus der Hand der deutschen Fürsten zu bereiten. Denn wenn die Reformakte Bundesgesetz wurde, so entschied fortan die Stimmenmehrheit des Bundesdirektoriums in allen den Fällen, in denen bis dahin am Bundestage Stimmeneinheit erfordert wurde. Unter den sechs Stimmen des Bundesdirektoriums standen aber immer vier gegen Preußen. Konnten sich deutsche Fürsten dazu gebrauchen lassen, dem Könige von Preußen auf diese Weise bundesverfassungsmäßige Rechte und die Österreich gleichberechtigte Großmachtstellung seines Staates zu entwinden? Ja, wenn sie selbst dazu gewillt gewesen wären, welche verfassungsmäßige Befugnis besaßen sie selbst zu einem solchen Beschlusse? Sie mußten doch — wie auch viele von ihnen anerkannten — als konstitutionelle Regenten der von ihnen vertretenen deutschen Bundesstaaten denselben Vorbehalt

in Frankfurt machen, wie die Vertreter der vier freien Städte: daß alles in Frankfurt Beschlossene erst dann rechtliche Geltung erlangen könne, wenn die berufenenen Körperschaften der Einzelstaaten — Senate, Bürgerschaften, Landtage — diesen Beschlüssen beiträten, und zwar immer mit der Wirkung, daß nach der deutschen Bundesakte die mangelnde Zustimmung eines einzigen deutschen Staatskörpers — z. B. des preußischen Herrenhauses — die ganze „Reformakte" zu nichte machte! So sind denn in den vierzehntägigen Beratungen des Frankfurter Fürstentages vom 17. August bis zum 1. September 1863 eigentlich nur zwei unanfechtbare Beschlüsse gefaßt worden: der Beschluß, den König Wilhelm durch den König Johann von Sachsen nach Frankfurt einladen zu lassen, und der Beschluß, keinen Beschluß zu fassen über die wichtigste Frage dieser vierzehn Tage, den Wechsel des Vorsitzes zwischen Österreich und Preußen im Bundesdirektorium, d. h. eigentlich über die deutsche Frage selbst. Mit der Dürftigkeit dieser Ergebnisse konnte Bismarck und sein König wohl zufrieden sein. Nur mit diesen Vorbehalten unterzeichneten 24 von den Teilnehmern des Frankfurter Fürstentages die „Reformakte", die übrigen verweigerten auch jetzt die Unterschrift. Und Österreich ließ dennoch dieses Werk jetzt in Berlin zum einfachen Beitritt Preußens vorlegen, als habe man in der weiten Welt keine Ahnung davon, wie es zu Stande gekommen sei und wie wenig es für sich selbst gelte. Wir werden bald erkennen, wie Preußen sich darauf erklärte und wie 23 von den 24 Unterschriften — d. h. alle außer Österreich selbst — sich davon los machten für immer.

Einstweilen aber wenden wir uns den Nachwirkungen dieser Tage auf Bismarck und seinen schweren Dienst zu. Am 28. August schreibt er der Gattin aus Baden: „Ich habe eine rechte Sehnsucht, einmal einen faulen Tag in Eurer Mitte zu erleben; hier werde ich auch bei dem reizendsten Wetter die Tinte nicht von den Fingern los. Ich wollte, irgend eine Intrigue setzte ein anderes Ministerium durch, daß ich mit Ehren diesem ununterbrochenen Tintenstrom den Rücken drehen und still auf dem Lande leben







